Die politischen Reden

des

Fürsten Bismarck.

Historisch-kritische Gesammtausgabe

besorgt von

Horst Kohl.

Elfter Band. 1885–1886.

Stuttgart 1894.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung
Nachfolger.

Die politischen Reden

des

Fürsten Bismarck.

Historisch-kritische Gesammtausgabe

besorgt von

Horst Kohl.

Elfter Band. 1885—1886.

Stuttgart 1894.
Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung
Nachfolger.

Die Reden

des Ministerpräsidenten und Reichskanzlers

Fürsten von Bismarck

im

Preußischen Landtage und im Deutschen Reichstage

1885—1886.

Kritische Ausgabe

besorgt von

Horst Kohl.

Stuttgart 1894.

Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung

Nachfolger.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Inhalt.

Seite

IV. Preußischer Landtag.

I.

Deutscher Reichstag.

20. November 1884 bis 15. Mai 1885.

2. Abtheilung.

Wie im Jahre 1879 der neue Zolltarif dadurch zur Annahme gebracht wurde, daß sich innerhalb des Reichstags eine aus Mitgliedern verschiedener Parteien zusammengesetzte freie wirthschaftliche Vereinigung bildete, so wurde auch der Zolltarifnovelle, die die verbündeten Regierungen im Jahre 1885 dem Reichstag vorlegten, durch Organisation einer aus Mitgliedern der beiden conservativen Parteien, des Centrums und der nationalliberalen Partei gebildeten freien wirthschaftlichen Vereinigung von vornherein die Mehrheit gesichert. Sie ließ es aber nicht bei der Unterstützung der Vorlage bewenden, sondern ging auch darauf aus, den Zolltarif in verschiedenen Punkten noch weiter im Sinne schutzzöllnerischer Bestrebungen auszugestalten. Das trat insbesondere bei ihren Vorschlägen über Normirung der Zollsätze für Getreide hervor. In ihrem Namen brachte der Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst den Antrag ein, den Zoll auf Roggen dem auf Weizen gleichzustellen, also auf 3 Mark für 100 Kilogramm zu erhöhen, und, um im Falle der Annahme der Erhöhung dem zu erwartenden Gesetze noch vor seinem Inkrafttreten Geltung zu verschaffen, beantragte der Abg. v. Kardorff den Erlaß eines Sperrgesetzes, durch das der Reichskanzler ermächtigt wurde, die Eingangszölle für Getreide durch Anordnung mit gesetzlicher Kraft in derjenigen Höhe in vorläufige Hebung zu setzen, die der Reichstag bei der zweiten Lesung genehmigen werde. Da der Antrag desselben Abgeordneten, die Getreidezölle nicht erst einer Commission zu überweisen, sondern die zweite Berathung alsbald im Plenum vorzunehmen, die Mehrheit gefunden hatte, so konnte in die zweite Lesung der betreffenden Position schon in der

49. Sitzung des Deutschen Reichstags

Sonnabend 14. Februar 1885

eingetreten werden. Für die Erhöhung der Getreidezölle traten die Abg. Racke und Flügge ein, dagegen sprach der Abg. Rohland. Fürst Bismarck, der nach dem Abg. Rohland das Wort nahm, 14. 2. 1885.

14. 2. 1885. konnte sich mit den Argumenten des Vorredners, die ihm wegen der Ungunst der akustischen Verhältnisse nicht verständlich geworden waren, zunächst nicht beschäftigen, sondern richtete seine kritischen Ausführungen gegen die bei der ersten Berathung von den Abg. Rickert, Möller und Bebel vorgebrachten Behauptungen und Beweisgründe*):

Ich bin leider außer Stande, dem Herrn Vorredner direct zu antworten, weil er zu meinem Bedauern hier nicht verständlich war. Das Wenige, was ich im Zusammenhang habe verstehen können, gibt mir zu einer Beantwortung keinen Anlaß. Ich habe nur ermessen können aus der häufigen Wiederholung der Worte „der Herr Reichskanzler", daß von mir die Rede war, und aus den Beifallsbezeugungen und dem „Sehr wahr!" in der Nachbarschaft des Herrn Redners, daß es in keinem wohlwollenden und einverstandenen Sinne war. Es thut mir um so mehr Leid, daß ich außer Stande bin, das zu widerlegen. Ich glaube außerdem, es sind schon theoretische Argumente genug von beiden Seiten vorgebracht, und sowohl der Herr Vorredner wie auch ich werden etwas Neues nicht vorbringen können.

(Abg. Richter: Es ist kein Wort zu verstehen!)

— Ich werde etwas lauter sprechen. Ich spreche wenigstens von einer Stelle, die höher steht; die Herren aber, die dort von unten herauf sprechen, sind gar nicht zu verstehen, weil die Köpfe dazwischen sind. Ich bin überzeugt, daß das Organ des Herrn Vorredners gerade so deutlich ist wie andere. Das von unten herauf Sprechen ist bequemer, es ist bequemer, vom Platze aus zu sprechen; aber für uns hier nicht; man erschwert es uns jedes Mal, wenn wir antworten sollen. — Es war dies mehr ein Monolog, und ich werde deutlicher sprechen, damit dem Herrn Abg. Richter Nichts entgeht.

Ich habe nur das Wort ergriffen, um bei den Einwohnern von Danzig und anderen Ostseestädten doch nicht in der schlechten Reputation zu bleiben, die uns einige der Herren Vorredner gemacht haben. Es war gestern**) der Herr Abg.***) Möller, nach dessen Aeußerung man annehmen mußte, daß in Danzig eine Art

*) StB. 1298a.

**) Muß heißen: vorgestern.

***) S. 1298b.

von Noth der Arbeiter und ein Zurückgehen der Geschäfte statt- 14. 2. 1885.
finde. Er bezog sich darauf, daß er diese Frage nur obiter[1]) erwähnen wollte, weil der Herr Abg. Rickert ausführlicher darüber gesprochen habe[2]). Ich habe darauf die Rede des Herrn Abg. Rickert nachgelesen, habe aber das nicht gefunden, worauf sich der Herr Abg. Möller bezog. Ich muß deshalb annehmen, daß der Herr Abg. Möller sich damit begnügte, Danzig als nothleidend darzustellen, weil es der Herr Abg. Rickert gesagt hat. Wenn der Herr Abg. Rickert es wirklich gesagt hätte in einer Weise, die die Bezugnahme des Herrn Abg. Möller rechtfertigte, so würde ich ja ihm, der die Danziger Verhältnisse so genau kennt, sehr viel Glauben beimessen. Herr Rickert hat aber nur ganz im Allgemeinen über den nothleidenden Handel der Ostseehäfen und Danzigs gesprochen[3]). Die Details darüber, die ich nach der Rede des Herrn Abg. Möller in der von mir nicht gehörten Rede des Herrn Abg. Rickert suchte, fehlten auch da. Es werden indessen dieselben sein, die vor ungefähr sechs Jahren angeführt worden sind.

Nach den Aeußerungen des Herrn Abg. Möller mußte man jeden Falls glauben, daß Danzig sich unter der Wirkung der jetzt bestehenden Zollgesetze in einer rückläufigen Bewegung seines Handels befunden hat. Um zu beweisen, daß dies ein großer Irrthum ist, und daß diejenigen Herren, die das andeuten, den Irrthum künstlich erregen, erlaube ich mir einige amtliche Angaben über den Danziger Handel, über Danzigs gesammten Schiffsverkehr vorzutragen.

Ich erspare Ihnen die Unterscheidung von Dampfern und Segelschiffen; aber es ist doch interessant — obwohl es nicht in unsere Discussion gerade hineingehört —, daß 1860 in Danzig nur 147 Dampfschiffe einkamen und 2388 Segelschiffe, im Jahre 1883

---

[1]) Nebenbei, vgl. Bd. X 494.

[2]) Abg. Möller: „Was Danzig anbelangt, meine Herren, so hat ja in der vorgestrigen Sitzung der Herr Abg. Rickert an den bekannten Vorgang erinnert, daß im vorigen Winter Hunderte von tüchtigen Arbeitern, welche bisher ihren redlichen Erwerb im Holzhandel gefunden hatten, sich als brotlos beim Magistrat meldeten und Arbeit begehrten, und der Herr Abg. Rickert kann Ihnen sagen, um wie viel Hunderttausende der Armenetat der Stadt Danzig in Folge dessen angeschwollen ist" (StB. 1250b).

[3]) Abg. Rickert: „Alle Parteien sind bei uns in Danzig darin einig: für unsere Seestädte ist dieser Zolltarif geradezu vernichtend" (StB. 1176a).

14. 2. 1885. aber 1068 Dampfschiffe und nur 974 Segelschiffe. Ich führe das in Parenthese an, weil das ein interessanter Beitrag dazu ist, wie unsere Segelschifffahrt allmählich in die Dampfschifffahrt übergeht. — Ich gehe also auf die Unterscheidung zwischen Segel- und Dampfschiffen nicht ein und erwähne nur den Raumgehalt der Schiffe, die eingekommen sind.

Es sind Schiffe eingekommen: 1877 610986 Tonnen; 1878 679592 Tonnen; diese Zahl bleibt ungefähr constant in den Jahren 1879, 1880 und 1881. 1882 steigt sie auf 805634 Tonnen;

(Hört! Hört! rechts.)

1883 auf 867382 Tonnen.

(Hört! Hört! rechts.)

Also unter der Wirkung unserer Zollgesetze hat sich die einkommende Schifffahrt Danzigs wesentlich gehoben.

Die ausgegangenen Schiffe waren im Jahre 1877 604584 Tonnen, 1878 665960, 1882 786551;

(Hört! Hört! rechts.)

1883 875664.

(Hört! Hört! rechts.)

Also ganz im Widerspruche mit den Andeutungen der Herren Redner, von denen man glauben sollte, daß, weil sie dort zu Hause sind, sie die Sache sehr genau kennen,

(Heiterkeit rechts.)

befindet sich der Handel Danzigs in einem wesentlichen Fortschritt.

Außerdem hat Danzigs Getreidehandel 1876 an Einfuhr betragen 191180 Tonnen, 1883 302000 Tonnen;

(Hört! Hört! rechts.)

Danzigs*) Ausfuhr**) im Getreidehandel: 1876 122700 Tonnen, 1883 246000 Tonnen.

(Hört! Hört! rechts.)

Von Danzigs Holzhandel ist der Export seewärts gewesen: 1877 260000 Schiffstonnen, 1883 264541 Schiffstonnen.

---

*) S. 1299 a.

**) StB.: Einfuhr.

Der Holzexport ist also doch mindestens sich noch gleich 14. 2. 1885.
geblieben, während die Herren behaupten, er wäre wesentlich zurückgegangen.

Danzigs Waarenverkehr betrug dem Werthe nach anno 1878 168 482 000 Mark, 1879 161 344 500 Mark, 1882 184 714 000 Mark; also ist eine Zunahme von 16 Millionen Mark gegen das Jahr 1878 zu verzeichnen.

Der Waarenausgang von Danzig betrug 1878 140 Millionen Mark, 1882 160 Millionen Mark.

Nun könnte man ja glauben, daß die Bewegung im Waarenverkehr eine unfruchtbare gewesen ist; aber ich habe hier auch einen Beweis dafür, daß der Handel von Danzig ein gewinnreicher war, — zu unserer großen Freude; ich gönne den Danzigern das —, nur bitte ich die Herren Danziger, uns Landwirthen doch auch Etwas zu gönnen, wenn auch nur die Brosamen, die von dem Tische ihres russischen Handels fallen. Dieser Beweis liegt in der Dividende der Danziger Privatbank. Der Bankverkehr pflegt ein Maßstab dafür zu sein, ob der Handel lebhaft ist und zunimmt oder nicht; namentlich wenn der Bankverkehr sich in steigender Progression bewegt, darf man annehmen, daß das handeltreibende Publicum, was an der Bank gerade betheiligt ist, sich ebenfalls prosperirend und in steigenden Geschäften bewegt. Die Danziger Privatbank zahlte 1877 überhaupt keine Dividende, 1878 5 1/5 Procent, 1879 5 Procent, 1880 5 Procent, 1881 5 1/2 Procent, 1882 6 2/3 Procent, 1883 9 Procent. Für 1884 ist die Dividende noch nicht notirt. Ich glaube nicht, daß diese Bank unserer großen Seestadt so gute Geschäfte gemacht haben würde, wenn seit dem neuen Zoll ihr Handelsverkehr ein dauernd rückläufiger gewesen wäre.

Ich habe noch einige andere Angaben über Danzig, wie ich glaube, — ich werde sie noch finden.

Man könnte nun glauben, daß vielleicht die Nachbarhäfen an der Ostsee unter den Zöllen gelitten haben. — Doch, ich kann zunächst noch eine Angabe über Danzig nachholen, das ist der Bericht über Danzigs Handel.

Es betrugen an Getreide- und Hülsenfrüchten die Zufuhren 1877 332 132 Tonnen, 1878 und 1879 je circa 400 000, 1880 236 193, 1881 259 170, 1882 411 196, 1883 340 474 Tonnen.

14. 2. 1885. Wenn Sie die erste und die letzte Zahl betrachten, also 332000 und 340000, so werden Sie finden, daß die Zufuhr dieselbe geblieben ist.

Der Export seewärts bewegt sich mit gleichem Auf- und Abwärtssteigen von 227000 Tonnen im Jahre 1877 auf 246000 im Jahre 1883. Also auch dort ist eine Abnahme nicht vorhanden.

Von Danzig sind seewärts exportirt 1881 an Mehl 3735886 Kilogramm, 1882 7686549, 1883 7711534. Also wenn selbst weniger Getreide exportirt worden wäre, so würde dieser außerordentliche Zuwachs von über 4 Millionen Kilogramm Mehl den Ausfall decken; da aber nicht weniger Getreide exportirt ist, so repräsentirt dieser Mehlexport einen Zuwachs.

Außerdem wurden Kleie und Malzkeime $1\frac{1}{2}$ Millionen Kilogramm exportirt im Jahre 1881, dagegen 1882 4428434, 1883 4254473.

Ferner betrug in Rohspiritus und Sprit die Zufuhr 1881 40680 Hektoliter, 1882 63130, 1883 131800 Hektoliter; die Ausfuhr 36000, — 57000, — 121000.

Also in allen Branchen sehen wir zu unserer Aller Freude und im Widerspruch mit den besorglichen Nachrichten, die die eingeborenen Herren Abgeordneten hier verbreitet hatten, eine erfreuliche*) Zunahme des Danziger Handels und ein Aufblühen dieser großen und wohlverdienten Seestadt unter dem Regime der bestehenden Zollgesetzgebung. Hoffen wir also, daß sie unter dem neuen Regime, wenn wir es einführen, noch einen stärkeren Ansprung zu weiterer besserer Entwickelung nehmen wird!

Bei Königsberg betrug an Getreide, Hülsenfrüchten, Sämereien im Jahre 1878 die Einfuhr 602000 Tonnen, 1883 606000; die Ausfuhr 608000 und 596000, — sie ist also im Wesentlichen sich gleich geblieben. Der Gesammthandel Königsbergs hat 1878 1091000 Tonnen betragen, 1883 1117000 Tonnen, ist also auch im Wesentlichen constant geblieben. In Königsberg zeigt sich so wenig wie in Danzig eine Abnahme.

Nun aber wie ist es mit Memel? Das soll ja ganz besonders gelitten haben, wie — ich weiß nicht, welcher von den

*) S. 1299 b.

Herren Rednern behauptet hat —, wahrscheinlich der Herr Abg. 14. 2. 1885.
Möller, der ja dort sachkundig und heimathsberechtigt ist [1]).

(Heiterkeit rechts.)

Namentlich soll der Holzhandel sehr zurückgegangen sein.

In Memel sind, was zunächst die Schifffahrt im Allgemeinen anbelangt, zur See eingegangen: 1877 972 Schiffe — Dampfer und Segelschiffe — mit einem Gesammtinhalt von circa 495 000 Kubikmeter, nach denen hier gerechnet wird; etwa 3 Kubikmeter, denke ich mir, gehen auf die Registertonne; — 1879 493 000, 1883 552 000 Kubikmeter. Also auch der Handel Memels befindet sich in fortschreitender Bewegung. Die letzte Ziffer ist nur sehr selten erreicht worden, zwei Mal in Vorjahren, zum Theil weit zurückliegend. Soviel ich obiter [2]) berechnen kann — ich will aber dafür nicht aufkommen —, würden diese 552 000 Kubikmeter einem Betrage von etwa 10 Millionen Scheffel Roggen entsprechen; das wäre also immer noch ein recht hübscher Ertrag, wenn der Import wesentlich in Getreide bestanden hat, — das kann ich aber hier nicht angeben, ich führe das nur beiläufig an.

Das war der Eingang, den ich eben erwähnte.

Ausgegangen von Memel sind mit Segel- und Dampfschiffen 1877 477 000 Kubikmeter, 1878 507 000, 1883 648 000 Kubikmeter. Auch hier ist eine Zunahme des Ausfuhrhandels von 477 000 auf 648 000 Kubikmeter, also — ich weiß nicht genau — eine Zunahme von zwischen 30 und 40 Procent.

Außerdem aber passirten den König-Wilhelm-Canal Stockhölzer*) im Jahre 1878 8573, im Jahre 1883 23770, an Schiffen passirten 1878 1319, 1883 1921.

---

*) StB.: Schockhölzer.

[1]) Abg. Möller: „Der Vertreter von Memel, der Herr Abg. Graf v. Moltke, wird ja bestätigen können, wie trostlos die Verhältnisse in der von ihm vertretenen Seestadt sind, und diese Stadt kann als classischer Zeuge angeführt werden, wenn es sich um die Wirkung von Holzzöllen handelt ... Memel ist nach Ausweis der letzten Volkszählung die einzige Stadt in der preußischen Monarchie, ... welche in ihrer Einwohnerzahl ... zurückgeht. Wie wenig die Geschäfte dort noch rentabel sind, zeigt sich darin, daß eine Firma nach der andern ihr Geschäft liquidirt und wegzieht. Die allgemeine Verarmung spricht sich am deutlichsten in dem Sinken des Grundwerths aus" 2c. (StB. 1250 b).

[2]) Oberflächlich, s. o. S. 5.

14. 2. 1885. Meine Herren, ich bedaure, daß ich Ihnen so viel Ziffern vorlesen muß; aber — man hat oft gesagt: Um einen falschen Gedanken zu widerlegen, muß man ein Buch schreiben, — um eine unrichtige Ziffer mit Angaben zu widerlegen, muß man tausend Ziffern der richtigen Angaben bringen; sonst wird Jedermann glauben, man hat sie einzeln herausgerissen.

Was über Memel noch weiter anzuführen wäre, das ist, daß die Zahl der dortigen Dampfmühlen sich unter dem Drucke der heutigen Zollgesetze von 15 auf 18 vermehrt hat, und daß daneben der Betrieb einiger Windmühlen vorhanden ist.

Dann komme ich noch auf die Frage der Entwickelung von Libau. Ich weiß nicht, welcher von den Herren Rednern sich darauf berufen hat, ich hätte vor sechs Jahren über Libau mich geringschätzig geäußert und wäre nun durch die große Entwickelung von Libau glänzend widerlegt[1]). Ich muß zu diesem Behufe wiederholen, was ich damals gesagt habe[2]):

> Die Besorgniß, daß wir die Zufuhr von Getreide von unseren Ostseeprovinzen ablenken, ist, wie mir gesagt wird, von dem Herrn Vorredner mit Angabe der zunehmenden Schiffszahl in Libau unterstützt worden*), die sich seit 1872 von 367 bis auf 1278**) im Jahre 1878 gesteigert hat.

— Also so groß war es schon damals. —

> Ja, meine Herren, das ist ganz natürlich, daß auch der Verkehr von Libau sich gesteigert hat, daß die russische Aus-

---

*) S. 1300a.

**) StB.: 1268.

[1]) Abg. Rickert: „Meine Herren, erinnern Sie sich noch der Unterhaltung, die der Herr Reichskanzler mit mir über die Bedeutung des Hafens Libau hatte im Jahre 1879? Der Herr Reichskanzler schlug mich mit seiner Sachkenntniß, als ich sagte, daß man auch in meiner Vaterstadt, in Danzig, fürchtete, die neue Zollpolitik werde Rußland auf Libau drängen und dieses ein bedenklicher Concurrent werden. Der Herr Reichskanzler erwiderte damals: Das kenne ich besser; Libau, das ist so ein Hafen wie Stolpmünde. Und jetzt, meine Herren, nach wenigen Jahren beträgt der Getreideexport von Libau drei bis vier Mal so viel, wie der von Danzig" (StB. 1169a). Die Aeußerung Bismarcks, auf die der Abg. Rickert hier Bezug nimmt, findet sich in der Rede vom 21. Mai 1879, Bd. VIII 74: „Es hat Libau einen Hafen wie Stolpmünde."

[2]) Bd. VIII 97.

fuhr auch über Libau eine stärkere ist, seitdem das russische 14. 2. 1885.
Eisenbahnnetz vollendet ist,

— und namentlich seitdem die jüngste Eisenbahn gebaut ist, die Libau in directe Verbindung mit dem Hinterlande, in ein System mit den Gouvernements Minsk und Wilna gebracht hat, —

seitdem viele Pferdeweiden, Viehweiden und Steppen, die sonst uncultivirt lagen, durch die Nähe der Bahn und der Bahnhöfe zu einträglichen Gütern geworden sind, seitdem die russische Getreideproduction in dem Maße sich gemehrt hat, daß in den westlichen Provinzen Rußlands eine Wohlhabenheit besteht, die diese Provinzen in Jahrzehnten nicht gekannt haben.

— Auf der Basis des deutschen Geldes! —

Es ist sehr wunderbar, daß sie sich nicht viel stärker vermehrt hat.

— Also ich habe mich schon damals darüber gewundert. —

Wenn es für die russischen Producenten gleichgültig wäre, wenn nicht andere Gründe wären, die sie nach Preußen zögen, müßte Libau noch viel mehr aufgeblüht sein. Denn wenn Sie die Karte ansehen, so werden Sie finden, daß alle diejenigen russischen Getreidehändler, welche östlich von Grodno oder ich will sagen, von Wilna liegen, daß die näher, zum Theil viel näher nach Libau haben, als nach Preußen herein zu fahren. Von Wilna geht die Eisenbahn direct nach Libau, und von Dünaburg geht sie die Düna entlang nach Riga zu; also die Verbindung mit jenen Häfen fehlt nicht, und das ganze weite Gebiet, was vielleicht drei Viertel, wenn nicht neun Zehntel des russischen Exports liefert, hat schon immer viel näher nach Libau und Riga zu fahren, als nach Preußen.

Also das Aufblühen von Libau, das wir ihm gönnen können, ist kein Ergebniß unserer Zolleinrichtung, sondern das Ergebniß der russischen Eisenbahneinrichtungen und der sehr guten Ernten und der großen Exporte, die Rußland mehrere Jahre hinter einander geliefert hat, und die seinen Häfen zu Gute kommen; darum ist der Export über Libau namentlich in Hafer außerordentlich gestiegen. Aber diese Fortschritte Libaus sind nicht auf Kosten Königs-

14. 2. 1885. bergs, Danzigs und Memels erreicht; wenn das der Fall wäre — und man sollte es fast glauben nach dem Gewichte, das auf das Aufblühen Libaus gelegt wird —, dann müßte*) sich das als Manco bei Königsberg und Danzig wiederfinden, was bei Libau zugewachsen ist. Das ist in keiner Weise der Fall, wie ich Ihnen soeben dargelegt habe, sondern der gesammte Korn- und Schiffsverkehr ist auch in unseren Ostseeprovinzen gestiegen, ebenso wie in Libau. Das kann liegen in der Vermehrung des Exports überhaupt, zum Theil auch daran, daß Libau durch die letzten Abschlüsse seiner Eisenbahnverbindungen einen Theil des Handels von Riga und Petersburg an sich gezogen hat. Von Petersburg aus wird das durch die Wahrnehmung unterstützt, daß der Hafer-export**) aus Petersburg von 409000 Centner im Jahre 1880 auf 73000 Centner im Jahre 1883 heruntergegangen ist und schon in den Zwischenjahren auf 180000 Centner gefallen war. Das sind keine Effecte, die ihre Ursache in Ernteverhältnissen finden, sondern lediglich in den Verkehrsverhältnissen liegen. Riga liegt als Hafen ungünstiger wie Libau, sobald der Hafen von Libau eine hinreichende Tiefe hat. Die Küste von Libau ist eisfreier, der Rigaer Meerbusen thaut später auf; die Schiffe aus Riga können des Eises wegen erst später im Jahre auslaufen als die Libauer; außerdem müssen***) sie das ganze Kap Domesnäs in Kurland umsegeln, bevor sie in die Ostsee kommen; es ist also sehr natürlich, daß auch ein Theil des Rigaer Handels sich nach Libau hin domicilirt. Ich zweifle sogar nicht, daß die Betriebsamkeit der Königsberger Kaufleute diese vortheilhafte Gelegenheit, russisches Korn über Libau zu expediren, reichlich benutzt hat. Das, was ich vor sechs Jahren an Libau vermißte, um einen Hafen daraus zu machen, nämlich Capital und unternehmende und geschäftskundige Kaufleute, das haben Danzig, Königsberg und namentlich Stettin den Libauern geliefert, und der Libauer Kornhandel wird vielfach von deutschen Häusern, welche dort Factoreien oder Correspondenzen errichtet haben, betrieben und nährt zum großen Theil deutsche Schifffahrt. Bei Weitem das meiste Libauer Korn wird auf

*) StB.: müsse.

**) StB.: Hafenexport.

***) S. 1300b.

deutschen Schiffen verfahren, und von dem großen Exporte von Libau geht ein erheblicher Antheil nach deutschen Häfen. Dieser Export mag früher, ehe Libau einen fahrbaren Hafen hatte, auf dem Landwege und auf unseren fiscalischen Eisenbahnen zu uns gekommen sein; jetzt wird er*) auf deutschen Schiffen von Libau zur See nach den deutschen Ostseehäfen**) verfahren. Ich habe in einem amtlichen Register gefunden, daß im Jahre 1883 von Libau aus 346 Schiffe mit 127000 und einigen Registertonnen nach deutschen Häfen gefahren sind. 14. 2. 1885.

Das hat also der deutsche Handel nicht verloren. Diese circa — wenn ich richtig rechne — 7½ Millionen Scheffel, die von Libau nach Deutschland zur See gegangen sind, und großen Theils mit Capitalien von Königsberger und Stettiner Häusern, die sind dem deutschen Import nicht verloren gegangen; bloß anstatt daß sie früher vielleicht — vielleicht auch nicht — über Königsberg importirt worden wären und von dort mit der Eisenbahn, sind sie jetzt großen Theils über Stettin und Lübeck importirt worden. Von Libau nach Memel und Danzig sind nur wenig Schiffe mit Getreide gegangen, dagegen nach Stettin schon 155 Schiffe mit 54600 Registertonnen. Das ist schon ganz erheblich. Wenn Sie die Registertonne — ich glaube, so ungefähr — mit 60 Scheffeln rechnen, so macht das 3 Millionen Scheffel. Nun, die sollten die Herren in Königsberg und auch der Herr Abg. Möller doch den Stettinern gönnen, damit diese auch ihren Antheil an dem russischen Exporthandel über Libau nehmen. — Ein erheblicher Theil des letzteren ist ferner nach Geestemünde gegangen, und nach Lübeck 99 Schiffe mit 26000 Registertonnen.

Der ganze Export aus Libau nach unseren Ostseehäfen beträgt 127000 Tonnen. Wenn Sie nun über diesen sehr beträchtlichen Theil des Libauer Handels Beschwerde führen wollen, dann ist das doch nur eine Abgunst von einer deutschen Handelsstadt gegen die andere; der Handel ist in Stettin und in Lübeck auch in guten Händen, und Sie können nicht von uns verlangen, daß unsere Gesetzgebung darauf eingerichtet ist, der Stadt Königsberg

*) StB.: es.
**) StB.: Osthäfen.

14. 2. 1885. das Monopol des russischen Kornhandels zu bewahren; ich glaube auch nicht, daß der Herr Abg. Möller mächtig genug in seinem Einfluß ist, um dies durchzuführen. Der Werth des Exports von Libau nach Deutschland hat in seiner Gesammtheit 6 Millionen Rubel im Jahre 1881, 8 Millionen im Jahre 1882 betragen; das Jahr 1883 ist noch nicht bekannt. Diese Werthe müssen Sie doch — wenn Sie Ihren Landsleuten dasselbe gönnen wollen wie sich selbst — von dem Quantum abziehen, welches Sie dem Libauer Handel mißgönnen; denn die kommen dem deutschen Handel, der deutschen Schifffahrt zu Gute.

Mir kam es bloß darauf an, daß die Danziger und unsere übrigen dortigen Landsleute, die, wenn ich mich nicht mit amtlichen Actenstücken bewaffne, wahrscheinlich ihrem Abgeordneten mehr glauben als mir, — daß die doch darüber aufgeklärt würden, daß der Herr Abgeordnete sich in einem Irrthum befindet. Er wäre wohl im Stande gewesen, ihn aufzuklären, wenn er diese Jedermann zugänglichen Listen seinerseits nachgesehen und sich überzeugt hätte, daß unser baltischer*) Handel sich nicht in dem elenden Zustande befindet, den er andeutete.

(Sehr richtig! rechts.)

Da ich einmal das Wort habe, und ich nicht weiß, ob ich hier bleiben kann, so möchte ich noch eine Thatsache berichtigen, die ich bei meinem heutigen Suchen nach den Details des Herrn Rickert über den Niedergang von Danzig zufällig fand in einer Rede, die damals der Herr Abg. Bebel gehalten hat. Er hat da Bezug genommen auf die von mir angeführte Thatsache, daß in Varzin Bauernhöfe verkauft werden und die Leute ausgewandert wären, und daran die Voraussetzung geknüpft, daß natürlich diese Bauernhöfe in meinen Besitz übergegangen wären [1]). Ich muß dieser seiner Voraussetzung widersprechen; sie ist thatsächlich un-

*) S. 1301 a.

[1]) Abg. Bebel in der 46. Sitzung vom 11. Februar 1885: „Wir haben neulich bereits aus dem Munde des Herrn Reichskanzlers gehört, daß zu seiner Zeit, als er zuerst in Varzin sich ansiedelte, dort noch zwölf Bauerngüter existirten; dieselben seien allmählich bis auf zwei verschwunden. Fragen wir aber, wohin die zehn übrigen Bauerngüter gegangen sind, so dürften sie dem Besitzthum des Fürsten Bismarck zugefallen sein" (StB. 1209 b). — Vgl. Bd. X 356.

richtig. Von den circa acht oder neun Höfen, die ganz oder theilweise verkauft wurden, habe ich zwei erworben; die anderen, die zu meiner Zeit verkauft wurden, wurden mir ebenfalls angetragen, weil die europamüden Bauern lieber an mich als an einen Güterschlächter verkaufen wollten. Aber ich hatte im Augenblick das Geld nicht übrig und hielt das Geschäft nicht für rentabel. Ich lehnte es ab. Der Abg. Bebel kann sich also beruhigen, daß durch diese Varziner Bauernhöfe das von ihm so gefürchtete System der Latifundien[1]) keinen Zuwachs erhalten hat. Sie sind parcellirt worden, was mir auch sehr angenehm ist; denn ich theile den vorhin geäußerten Wunsch, daß die Zahl der Grundbesitzer bei uns wesentlich vermehrt werde. 14. 2. 1885.

(Sehr richtig! rechts.)

Daß man Domainen verkauft, das ist ein Palliativmittel, welches in Vorpommern versucht ist; das hilft aber nicht. Wenn Sie die Erbpacht nicht aufgehoben hätten, wenn die gestattet wäre,

(Sehr richtig!)

so würden Sie sehr viele kleinere erbliche Besitzer noch entstehen sehen. Aber das war ja damals eine von diesen demokratischen Befürchtungen; sie knüpfte sich an die Neigung, die leider in unseren Landsleuten steckt — wenn es auch nur ein kleiner Procentsatz ist, der überhaupt dieser geistigen Verirrung verfällt —, an die Neigung zum Verfolgungswahnsinn, welche allerdings bei uns viel häufiger ist als bei anderen Nationen[2]). So hat auch die Angst vor der Reaction und die Angst vor der Aristokratie, die das mißbrauchen würde, den geradezu thörichten Beschluß veranlaßt, die Erbpacht aufzuheben und die vorhandenen mit solchen Sätzen abzulösen, daß es sehr schwer sein wird, heut zu Tage einen Erbpächter zu ermuthigen, daß er sich darauf einläßt, gegenüber der Möglichkeit, daß die Gesetzgebung ihm mal wieder das, was er damit im Dienste der wirthschaftlich besseren Vertheilung des Grundbesitzes sich gesichert zu haben glaubte, für eine unzulängliche Entschädigung entzieht. Indessen die Richtung, glaube ich, sollte

---

[1]) Vgl. Bd. X 473.
[2]) Vgl. Bd. X 493.

14. 2. 1885. man doch begünstigen; namentlich bin ich Gegner aller Hindernisse der Parcellirung,

(Bravo! links.)

die unsere Gesetzgebung leider immer noch aufrecht erhält. Ich freue mich, wenn große Besitzungen zusammen bleiben; aber die Zahl der Grundbesitzer ist bei uns nicht genügend. Wenn wir einmal Kopfzahlwahlen haben, so sollten die Grundbesitzer auch darauf halten, daß ihrer mehr werden. Im Ganzen sind die Nichtgrundbesitzer viel leichter dazu geneigt, sich unter sich zu einigen, als die Grundbesitzer, und der*) Grundbesitzer, der kleine wie der große, wird von dem im Vermögen gleichstehenden Nichtgrundbesitzer mit keinem Wohlwollen angesehen. Also möchte ich, daß die Gesetzgebung darauf hinwirkt, daß der Grundbesitzer im Lande mehr werden, als bis jetzt vorhanden sind. Wir werden das auch bei den Wahlen als nützlich empfinden, — nicht gleich, aber vielleicht**) unsere Söhne und Enkel, wenn dann überhaupt noch gewählt wird.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, so lange ich Einfluß auf unsere Geschäfte habe, wird es nicht anders werden; denn ich weiß die Sache nicht anders zu machen. Aber es ist sehr leicht möglich, daß die Art, wie das Wahlrecht heut zu Tage geübt und ausgebeutet wird, ihm selbst mit der Zeit Schaden bringt. Ich würde es bedauern, denn ich weiß nichts Besseres an die Stelle desselben zu setzen augenblicklich; aber ich werde gewiß auch nicht in der Nothwendigkeit sein, mir den Kopf darüber zu zerbrechen, — er wird mir dann nicht mehr wehe thun.

Aber ich möchte hierbei nur wiederholt darauf aufmerksam machen — und deshalb habe ich an diese Aeußerung des Abg. Bebel angeknüpft —, daß die Latifundien, die er fürchtet, durch Nichts mehr begünstigt werden als durch den Ruin der Landwirthschaft, durch zu wohlfeile Preise.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich muß von Neuem [1]) bedauern, daß ich die Unterstützung des Professors Mommsen hier zu vermissen habe,

(Heiterkeit.)

*) StB.: die.

**) S. 1301b.

[1]) Vgl. Bd. X 369. 372.

dieses ausgezeichneten und geistreichsten Alterthumsforschers, der 14. 2. 1885. dabei so außerordentlich wenig Verständniß für die Gegenwart hat, zu meinem Bedauern.

(Heiterkeit.)

Ich glaube, hier würde er mich unterstützen müssen. Er hat so schlagend nachgewiesen, daß dieselben Ursachen immer dieselben Folgen haben würden, daß gerade diejenigen Herren, die die Wiedergeburt der Latifundien fürchten, doch suchen müßten, die kleinen Güter von dem Druck der Abgaben zu befreien, der auf dem Grundbesitz, auch auf dem kleinsten, lastet in Gestalt von Häusersteuern und von Grundsteuern. Die Classensteuer haben wir ihm in Preußen zu erleichtern gesucht; aber der kleinste Grundbesitzer zahlt Grundsteuer, der kleinste Hausbesitzer zahlt Häusersteuer. Wenn Sie ihm die nicht abnehmen, so werden die Latifundien immer häufiger werden.

Der Abg. Bebel hat außerdem den Herrn Dr. Friedenthal in Schlesien und die gräflich Schönburgsche Familie in Sachsen angeführt und hat dabei den eigenthümlichen Vorwurf erhoben, daß diese die Grundstücke zu theuer bezahlt hätten, mit ungeheuren Preisen [1]). Er sollte doch den kleinen Besitzern diese hohen Preise gönnen. Bei den Ankäufen von Höfen, die ich gemacht habe, sind mir die Verkäufer sehr dankbar gewesen, daß ich ihnen überhaupt so viel gegeben habe, und so wird es auch bei dem Grafen Schönburg sein. Wenn Jemand eine kleine Parcelle verkaufen muß oder will, dann soll er froh sein, wenn sich ein Käufer findet, der theuer bezahlt. Wenn der Herr Abg. Bebel dazu mitwirken will, das zu verhindern, so muß er für die Vorlage, für die Kornzölle stimmen

[1]) Abg. Bebel (im Anschluß an die oben S. 14 Anm. 1 mitgetheilte Stelle): „Ebenso habe ich vor einiger Zeit Gelegenheit gehabt, ganz unbetheiligter Zeuge eines Gesprächs in Neisse in Schlesien zu sein, wo ein paar Herren am Tisch im Hotel sich mittheilten, wie Dr. Friedenthal, der frühere preußische landwirthschaftliche Minister, der dort Großgrundbesitzer ist, ein Bauerngut nach dem anderen aufkauft, und daß in kurzer Zeit der ganz kleine und mittlere Besitz in dortiger Gegend verschwunden sein werde. Ebenso braucht man nur nach Sachsen zu gehen in die Gegend, wo die Fürsten und Grafen von Schönburg zu Hause sind, um zu hören, wie jedes kleinste Gut, jedes Fetzchen Land sofort, wenn es zum Verkauf kommt, in den Grafen und Fürsten von Schönburg seine Käufer findet — und zwar um jeden Preis" (StB. 1209 b).

14. 2. 1885. und muß suchen, daß auch der Bauer, der doch ganz gewiß zu den Kornverkäufern gehört, in die Lage komme, für seine Arbeit und seinen Aufwand der Art bezahlt zu werden, daß er das Grundstück halten kann. Wenn Sie den Bauern in die Lage bringen, daß er verkaufen muß, dann erzeugen Sie nothwendig Latifundien. Der große Besitzer ist so reich, daß er eine Calamität überdauern kann; zu leben behält er immer noch, — er denkt, es kommt eine Zeit, wo es umschlägt, und es ficht ihn so nicht an; eine augenblickliche Lust, der Anblick seiner Gutskarte — die Karten sind bekanntlich der Ursprung jedes Eroberers —

(Heiterkeit.)

erwecken in ihm den Wunsch, sich eine Parcelle zu annectiren; es kommt ihm nicht darauf an, er hält die Calamität länger aus*), er bleibt über Wasser, und alle die Kleinen, die matt werden, die sammelt er auf, und damit ist das Latifundium da mit allen seinen üblen Nachtheilen. Zum großen Theil bilden sie sich in den Händen der Capitalisten, und das ist das Gefährlichste. Der Grundbesitzer, der auf dem Lande wohnt, ist noch nicht der Schlimmste, — der Schlimmste ist der Großgrundbesitzer, der in der Stadt wohnt, sei es in Paris, Rom oder Berlin, und der von seinen Gütern und Verwaltungen nur Geld verlangt, der sie auch nicht vertritt im Parlament und sonstwie, auch nicht weiß, wie es ihnen ergeht. Darin liegt das Elend der Latifundien. Latifundien, deren Besitzer auf dem Lande wohnen, sind unter Umständen ein großes Heil und sehr nützlich; und wenn England seine Großgrundbesitzer durch Beibehaltung der jetzigen Korngesetzgebung allmählich zu Grunde gehen läßt, so glaube ich nicht, daß das für die Zukunft von England und für das Wohlsein der gesammten ländlichen Bevölkerung nützlich sein wird. Die Großgrundbesitzer werden dann Rentiers werden, die in der Stadt wohnen, Sommers und Winters, die das Landleben nicht mehr kennen und höchstens auf einer fashionablen Jagdpartie mal von der Stadt herauskommen. Ich halte es für einen der wesentlichsten Vorzüge unseres Lebens in Deutschland, daß ein großer Theil unserer wohlhabenden Classen das ganze Jahr hindurch, Jahr aus, Jahr ein, auf dem Lande

*) S. 1302a.

lebt, die Landwirthschaft selbst und direct betreibt; und man kann sagen, wenn man die braungebrannten Herren des Morgens um fünf Uhr auf ihren Feldern umhergehen und reiten, im Schweiße ihres Angesichts das Feld bebauen sieht: Wolle Gott uns noch lange solche Grundbesitzer erhalten, die das Jahr hindurch auf dem Lande bleiben! 14. 2. 1885.

(Bravo! rechts.)

Solche, die dauernd in der Stadt wohnen — ich bin leider dazu gezwungen, freiwillig würde ich es wahrhaftig nicht thun, — die von dort aus ihre Güter verpachten und verwalten und bloß Geldsendungen von dort erwarten, — nach denen frage ich nicht so viel; und daß in deren Händen der große Grundbesitz sich nicht sammle, dafür bin ich mit Herrn Bebel gern bereit mitzuarbeiten. Aber die Großgrundbesitzer, die wirklich Landwirthe sind und aus Passion für dieses Gewerbe Land ankaufen, die halte ich für ein Glück unseres Landes und namentlich der Provinzen, in denen sie zu Hause sind. Und wenn es Ihnen gelänge, diese Race zu vertilgen, so würden Sie das in der Lähmung unseres ganzen wirthschaftlichen und politischen Lebens, nicht bloß auf dem Lande merken; Sie selbst würden sie bald zurücksehnen in derselben Weise, wie es nach dem Vereinigten Landtag geschah. Da war mein Hauptgegner ein sehr verdienstvoller, aber sehr liberaler schlesischer Bauer Namens Krause[1]). Den sah ich wieder zur Zeit des ersten Preußischen Parlaments hier im Sommer 1848 auf der Straße, — und das Erste, was er sagte, war: Mein Gott, wie bitte ich um Entschuldigung für Alles, was ich gethan und gesagt habe im Sinne dieser Freiheit, wie sie sich hier entwickelt; so habe ich mir das nicht gedacht; diese Leute sind ja — er brauchte einen so harten Ausdruck für die damalige Versammlung,

(Heiterkeit.)

daß ich ihn gar nicht öffentlich wiederholen will, obschon der Erfinder des Ausdrucks längst todt ist; er brauchte einen Vergleich, der mehr aus seinen landwirthschaftlichen Erfahrungen, als aus seinem parlamentarischen Verkehr abgeleitet war.

(Heiterkeit.)

---

[1]) Vgl. Bd. I 10. 13. 32. 34.

14. 2. 1885. Diese Sorte Parlament scheinen die Herren zu erstreben, die vorzugsweise auf die Bekämpfung des intelligentesten und potentesten Theiles der Landwirthe und der Grundbesitzer bedacht sind. Aber, meine Herren, so lange Gott überhaupt noch im Sinne hat, das Deutsche Reich und das Königreich Preußen zu*) erhalten, wird Ihnen dieser Kampf gegen den Grundbesitz, auch wenn Sie noch so viel Verbündete finden, nicht gelingen. — Ich verstehe unter Grundbesitz, was man im Allgemeinen den Ersatz der Ritterschaft im alten Sinne nennt, der sich mehr und mehr mit dem bäuerlichen Grundbesitz verschmilzt, der ja auch, wie die Statistik zeigt, groß ist. — Die Bauern und die früheren Rittergüter bilden nach der Kopfzahl immer eine Minorität. Aber Gott wird uns diese beiden Classen erhalten, so lange er uns ein geordnetes Regiment im Lande erhalten will; wenn sie wirklich zu Grunde gehen sollten, so, fürchte ich, wird das letztere mit zu Grunde gehen.

(Bravo! rechts.)

Nach dem Fürsten Bismarck sprach noch für die Erhöhung der Getreidezölle der Abg. Frhr. v. Hornstein, dagegen der Abg. Sattler, alsdann wurde die Debatte auf die

50. Sitzung des Deutschen Reichstags

Montag 16. Februar 1885

16. 2. 1885. vertagt. Nach mehreren Reden für und wider die Getreidezölle unternahm es der Abg. Rickert, die Angaben des Fürsten Bismarck zu widerlegen. Er bestritt die Zahlen, die der Reichskanzler über den steigenden Schifffahrtsverkehr von Danzig gemacht habe, mit der Behauptung eines großen Rückgangs, den das vom Reichskanzler „auffallender Weise“ nicht erwähnte Jahr 1884 nach den Angaben des Vorsteheramts der Kaufmannschaft in Danzig aufweise; die großen Schiffszahlen der Vorjahre führte er darauf zurück, daß alle leer oder in Ballast ein- und ausgehenden Schiffe, sowie alle die, welche Danzig als Nothhafen angelaufen seien, in die Aufstellung mit eingerechnet worden seien. Einem Nothstande in der Landwirthschaft, den er in größerem Umfange nicht zugab, glaubte er besser durch eine Nothstandsvorlage als durch Zollerhöhungen begegnen zu können, die nur dazu beitrügen, die reichen Männer, die Quadratmeilen Landes besäßen,

*) S. 1302b.

aus dem öffentlichen Seckel und zum Schaden des armen Mannes zu 16. 2. 1885.
bereichern. Dem Abg. Flügge, der sich im Jahre 1879 als Gegner der Getreidezölle bekannt hatte, machte er diesen Wechsel der Anschauungen zum Vorwurf; früheren Principien untreu zu werden, das dürften nur Männer von weltgeschichtlicher Autorität wagen, deren Irrthümer die Geschichte um des Großen willen verzeihe, das sie nebenher geleistet hätten; die Unzulässigkeit des „Brotzolls" folgerte er aus der statistisch erweisbaren Thatsache, daß die Ernährung einer Arbeiterfamilie 60 Procent des Haushalts in Anspruch nehme, woraus sich die Richtigkeit der Behauptung ergebe, daß durch den Zoll auf Getreide die größere Masse des armen Volkes zu Gunsten der Besitzenden und Reicheren belastet werde; daß bei den Getreidezöllen auch der landwirthschaftliche Arbeiter interessirt sei, stellte er entschieden in Abrede. Den Vorwurf der Verhetzung der Massen und der Volksaufwiegelung, den der Reichskanzler gegen die Gegner der neuen Wirthschaftspolitik erhoben, gab er diesem zurück, denn wer da sage, daß der Bauer von gewissen Classen bisher ausgebeutet worden sei, die aus seiner Haut die Riemen geschnitten hätten (vgl. Bd. X 493), der thue etwas Schlimmeres als der, welcher in der Ueberzeugung, daß der Getreidezoll die Aermsten zu Gunsten der Reichen belaste, sich gegen die Umkehr der Wirthschaftspolitik ausspreche. Fürst Bismarck erwiderte*):

Meine Herren, ich bedaure, daß ich nochmals in der Nothwendigkeit bin, Ihre vielgeprüfte Geduld — mit anderen Worten, Ihre Zeit — in Anspruch zu nehmen zu einer Erwiderung. Aber wenn Sie dem Herrn Vorredner es nachgesehen haben ohne Zeichen von Ungeduld, daß er in dieser an Rednern und an langen Reden reichen Debatte zwei Mal das Wort ergriffen hat, daß er uns in der zweiten Rede die erste in einer anderen Form, etwas anders zusammengesetzt und vielleicht auch in etwas anderer Betonung wiedergegeben hat, ohne den Inhalt wesentlich zu ändern, daß er Ihnen nicht nur seine, sondern auch meine Rede noch ein Mal gehalten hat,

(Heiterkeit rechts.)

um sie recht im Einzelnen, in der Weise, wie er sie sich denkt und wie er sie auslegt, durchzuhecheln und zu zerpflücken — ja, meine Herren, wenn Sie das ruhig mit angehört haben, ohne einen Augenblick, wie es in alten parlamentarischen Zeiten üblich war bei Sachen, die man oft genug gehört hatte, „Schluß!" zu rufen, dann, hoffe ich, werden Sie auch mich in Ruhe anhören.

*) StB. 1334a.

16. 2. 1885. Der Herr Vorredner hat an die Wahrheiten der Geschichte appellirt; sie sollen bestätigen, was er hier angeführt hat von den verderblichen Wirkungen der Vertheuerung der Kornzölle [1]). Ich weiß nicht, welchen Historiker er dabei im Sinne gehabt hat. Ganz sicher nicht den Herrn Professor Mommsen, einen der anerkanntesten unter uns. Jeden Falls muß ich die Geschichte, an die der Herr Vorredner mit einer solchen Feierlichkeit appellirt, als eine tendenziöse, unwahre Entstellung der Weltgeschichte bezeichnen.

(Bravo! rechts.)

Und das hat gerade so viel Autorität und Berechtigung in meinem Munde, wie das Gegentheil im Munde des Herrn Vorredners. — Ich hebe absichtlich auch die Stimme etwas, weil ich fand, daß es bei dem Herrn Vorredner immer einen günstigen Eindruck auf Sie machte, wenn er lauter sprach.

(Heiterkeit.)

Durch das Lautersprechen wird aber eine Sache nicht wahrer, als sie an sich ist und als sie sich liest, wenn sie gedruckt ist.

Der Herr Vorredner hat ferner, indem er mit scharfen Waffen den Vorwurf der Verhetzung des Armen gegen den Reichen von seiner Darstellung abzuwehren suchte, mir vorgeworfen, ich hätte ja auch den Bauern aufgehetzt, ich hätte daran erinnert, daß die Gesetzgebung bisher aus der Haut des Bauern Riemen geschnitten hätte, um sich andere Classen zu verbinden, und er hat damit meine Behauptung in Vergleich gestellt, daß in den Reden der Opposition die besitzlosen Arbeiter gegen den Grundbesitz aufgehetzt worden seien [2]). Ja, meine Herren, das ist ganz etwas Anderes.

---

[1]) Abg. Rickert: „Die Geschichte, die Wissenschaft wollen keine Variationen, sondern sie wollen die Wahrheit. Die großen wirthschaftlichen Principien, nach welchen das Erwerbsleben geregelt wird, bleiben fest bestehen; man kann in einzelnen kleinen Dingen auf Grund der Erfahrung lernen, da kann man auch variiren in den Maßregeln, aber in derartigen Dingen, wie in diesen Kornzöllen, kann man nicht seit 1875 und 1879 genau das Gegentheil von Dem wollen, was man früher gedacht hat. Ich bin überzeugt, daß die Geschichte es nicht für wünschenswerth erklären wird, daß man in so wichtigen Dingen so schnell seine Meinung wechselt" (StB. 1331 b).

[2]) Abg. Rickert: „Wenn der Herr Reichskanzler sagt, daß der Bauer von gewissen Classen bisher ausgebeutet ist, die aus seiner Haut die Riemen geschnitten haben, — ja, meine Herren, ist das nicht viel schlimmer, als was wir sagen, wenn wir sagen: Die Vorlage hat den Zweck nicht, aber den Erfolg

Der Bauer gehört*) nicht zu den Besitzlosen; der Bauer ist der Ruhe und der Ordnung in keiner Weise gefährlich; der Bauer gehört zu der Classe der Besitzenden. Ja, wenn Sie nach der Kopfzahl rechnen, so zählt er weitaus zu der reicheren Classe. Im Lande kommt noch lange nicht auf jeden Kopf oder (jede) Familie ein Bauernhof, noch nicht der zehnte Theil davon. 16. 2. 1885.

Also, wenn ich den Bauern darauf aufmerksam mache, daß seine Interessen in den Händen und dem Munde der Städter schlecht gewahrt sind, so liegt darin für den Staat keine Gefahr. Wenn Sie aber die Millionen von besitzlosen Arbeitern, die in der That in noch viel schlimmerer Lage sind als der Bauer in Nothjahren — wenn Sie die mit Worten wie „Brotzoll", wie „Blutzoll"[1]) aufhetzen gegen die Regierung — ja, meine Herren, dann säen Sie eine Saat, die Sie nicht mehr beherrschen können. Der Arbeiter hat nicht viel zu verlieren; der Bauer hat aber Etwas zu verlieren. Und wir haben noch nicht bei uns im Lande gesehen, daß der Bauer sich gegen die Obrigkeit zusammenrottet aus freien Stücken. Das letzte Mal, wo wir erlebt haben, daß der Bauer freiwillig aufstand, das war zur Zeit, wo die Schweden im Lande waren[2]), und wo die Bauern zusammentraten unter der Fahne:

Wir sind Bauern von geringem Gut
Und dienen unserem Kurfürsten mit unserem Blut!

Es waren aber immer Bauern von Gut — der Bauer ist Gutsbesitzer.

Ich habe, als ich vorgestern meine Rede schloß in dem Bedürfniß, sowohl meine Kräfte als Ihre Geduld nicht zu weit zu ermüden, den Gedanken, der mir vorschwebte, kurz und undeutlich ausgesprochen. Was Sie kränkt und was Ihnen unbequem ist, und was Sie veranlaßt, hauptsächlich den Großgrundbesitz aussondern zu wollen aus der Menge, damit Sie eine geringe Kopfzahl sich gegenüber haben, die Sie bei allgemeinen Wahlen überstimmen

---

jeden Falls, die Armen zu Gunsten der Reicheren zu belasten" . . . „Wenn der Herr Reichskanzler das Aussprechen dieser nach unserer Ueberzeugung unerschütterlichen Wahrheit für eine Verhetzung der Classen gegen einander hält" ꝛc. (StB. 1333b).

*) S. 1334b.

[1]) S. o. S. 21 (Brotzoll), X 474 (Zoll auf Blut).

[2]) 1675.

16. 2. 1885. können — was Sie bekümmert, das ist die Thatsache, daß Bauer und Großgrundbesitzer immer mehr und mehr erkennen, daß sie ein und derselbe Stand, der Stand der Grundbesitzer, sind

(Sehr wahr! rechts.)

und ein und dasselbe Gewerbe der Landwirthschaft betreiben. Ich habe vorgestern darauf aufmerksam machen wollen, daß der Begriff der Großgrundbesitzer heut zu Tage gar nicht mehr paßt, und habe beim Lesen meiner Rede gefunden, daß ich das nur sehr unvollkommen gethan habe. Sehen Sie sich die Listen durch von der neuen preußischen Kreisordnung, und sehen Sie, welches da die Wähler vom Großgrundbesitze sind: Sie werden, glaube ich, wenigstens in allen mittleren Provinzen viel mehr Bauern als Rittergutsbesitzer finden.

(Sehr wahr! rechts.)

Mir sind Bauernhöfe bekannt — selbst in den mittleren, in den gesegneten Provinzen von Deutschland, — die bis zu zweitausend Morgen groß sind, und ich glaube, daß es in Ostpreußen und in einigen Gegenden Pommerns mit schlechtem Boden noch größere gibt; dagegen gibt es eine Menge Rittergüter, die wenig über hundert Morgen groß sind.

Die Grundbesitzer sind im Ganzen eine Stütze der Monarchie und der bestehenden Regierung nach ihrer ganzen Gesinnung; und in der Tendenz, Zwietracht unter sie zu säen, da genirt es Sie, daß diese Verschmelzung allmählich und unaufhaltsam vor sich geht. Es sind das die heilsamen Folgen der Gesetzgebung, die im Anfange von vielen der Bevorrechtigten peinlich empfunden wurde: die Abschaffung aller rechtlichen und principiellen Prärogative des größeren*) Grundbesitzes und namentlich der früheren Ritterschaft. Wir größeren Grundbesitzer sind heut zu Tage in unserem Gewerbe nichts weiter als die größten Bauern, und der Bauer ist nichts weiter als der kleinere Gutsbesitzer. Auch die meisten Bauern nennen sich Gutsbesitzer; einige nennen sich Ackerleute, andere nennen sich Landleute. Ich habe mit Mitleid**) gesehen, wie Sie aus zwei oder drei von den vielen bäuerlichen Petitionen ihre

*) StB.: größten.
**) S. 1335a.

Wolle herauszupflücken suchen; ich kann sie Ihnen zu mehreren 16. 2. 1885.
Tausenden und centnerweise geben; unter den Unterzeichnern sind sehr viele Bauern, und die bezeichnen sich vielfach als „Gutsbesitzer", so daß sich in einem Dorf zwanzig bis dreißig Gutsbesitzer fanden.

Ich glaube, diese Einigung, dieses Verständniß aller Derer, die das landwirthschaftliche Gewerbe treiben, daß sie zusammengehören und gemeinsame Interessen der bisherigen Ausbeutung gegenüber zu verfechten haben — den Fortschritt dieser Einigung werden Sie nicht erschüttern, obschon ich begreife, daß es Ihnen außerordentlich unbequem ist, die Gesammtheit der Landwirthe und der Grundbesitzer in absehbarer Zeit geschlossen und unbeeinflußbar für politische Hetzereien und für all dergleichen Bangemachen mit „Reaction", und was die sonstigen Phrasen sind, unzugänglich zu sehen und gewärtigen zu müssen, daß alle Ihre Agitation und selbst die berühmte Wahlmache, wie sie jetzt üblich ist, an der Masse der ländlichen Besitzer ablaufen werde, wie das Wasser am Entenflügel.

Der Herr Vorredner wird diese Wahrheit nicht gleich mir erkennen; denn er hat über das, was auf dem Lande vorgeht, doch nur sehr dürftige Vorstellungen. Ich habe eigentlich geglaubt, er wäre auf dem Lande geboren; aber er muß seit lange davon weg sein. Wenn er sagt: „Hat der Städter Geld, so hat es auch der Bauer" [1]), so hat er sicher lange nicht auf dem Lande gelebt; sonst würde er wahrgenommen haben, daß eben ein Städter Nichts abgibt. Ich gönne dem Städter das Seinige; aber Herr Rickert verwechselt Stadt und Industrie und thut, als ob Beides dasselbe wäre; das zeigt eben, daß wir mit dem Worte verschiedene Begriffe verbinden.

Die Industrie ist nicht einmal innerhalb der Städte bequem heimisch. Es gibt ja Industriestädte; aber dort wird sie sich doch immerhin mehr in die Vorstädte ziehen, wo sie freiere Bewegung hat. Ihr natürlicher Sitz würde eigentlich auf dem Lande sein.

---

[1]) Abg. Rickert: „Hat der Bauer Geld, so hat's die ganze Welt! Ja, meine Herren, ein westpreußischer Großgrundbesitzer, Herr Steinbart-Schönlanke, der öffentlich dagegen protestirt hat, daß die Großgrundbesitzer für die Erhöhung dieser Zölle wären, und der ihn vollständig auszuschließen bittet aus dieser Gemeinschaft, weil er die Auflegung eines Brotzolls für verderblich erklärt auch für den Grundbesitz — stellt diesem Satz den anderen entgegen: Hat der Städter Geld, hat auch der Bauer Geld!" (StB. 1333 a).

16. 2. 1885. Sie hat außerdem mit der Landwirthschaft Das gemeinsam, daß sie producirt, und daß sie ausländische Concurrenten hat. Parlamentarische Gelehrte, die in Presse, Fraction und Parlament mit Reden thätig sind, die produciren Nichts, bei dem sie die Concurrenz des Auslandes zu fürchten hätten,

(Sehr gut! rechts.)

und können es mit philosophischer Ruhe ansehen, wenn der Producent zurückgeht, wenn er keinen Absatz mehr findet, wenn seine Preise so wohlfeil werden, daß er sein Gewerbe nicht mehr betreiben kann; ja, sie können sogar, wie der Herr Abg. Rickert, wenn dieser wie der getretene Wurm sich krümmt und sich einmal aufbäumt, mit einer sittlichen Entrüstung von der Tribüne herab uns den Text lesen; das ist Alles menschlich natürlich*).

Aber Herr Rickert verwechselt Industrie und Städte, und das punctum saliens [1]), was die Verwandtschaft zwischen Landwirthschaft und Industrie bildet, und was ihr Bündniß für Schutzzölle zu einem natürlichen macht, das hat Herr Rickert denn doch noch nicht durchschaut in diesen letzten sechs Jahren. Sie produciren Beide und verlangen Beide für ihre Producte Schutz, welchen der Städter im engeren Sinne, so wie wir ihn verstehen, nicht braucht, oder doch nur, so weit er Gewerbe treibt; ich komme gleich darauf zurück. Ich will nur einige Irrthümer erst berichtigen.

Herr Rickert gibt also zu, daß der Drescher ein Interesse hat, daß das Korn, das er in natura als Lohn empfängt, theuer sei; er tröstet sich aber damit, daß die wenigsten Leute, nur ein ganz kleiner Theil der ländlichen Arbeiter, Drescher wären [2]). Nun, da ist er wieder in vollständigem Irrthum und weiß auf dem Lande

---

*) StB.: thunlich.

[1]) Den springenden Punkt, den Hauptpunkt, s. Bd. X 255.

[2]) Abg. Rickert: „Die Berufsstatistik . . . liefert uns den klaren Beweis, daß 75 Procent der Landwirthe — Weidenhammer, ein praktischer Landwirth in Hessen, nimmt sogar 90 Procent an — keinen Vortheil, sondern Schaden von den Zöllen haben, und wenn Sie sagen, der landwirthschaftliche Arbeiter sei bei den hohen Preisen interessirt, so könnte ich Ihnen Zuschriften von Gutsbesitzern geben, die das Gegentheil behaupten. Ein Gutsbesitzer aus Westpreußen schreibt, daß die Drescher nicht die Mehrzahl der Arbeiter sind. Auf der betreffenden großen Wirthschaft sind von vierzig Familien nur zwölf Drescher, während alle Uebrigen vom Inspector bis zum Nachtwächter herunter keinen Vortheil von den hohen Preisen haben" (StB. 1333a).

in seiner eigenen Provinz, in Westpreußen und dem benachbarten 16. 2. 1885.
Pommern, nicht Bescheid. Die Drescher sind bei Weitem die Mehrzahl; und die Minderzahl*), diejenigen, die am Dreschen, also an der Kornlohnung in natura, nicht theilnehmen, das sind eben Deputanten, die auch wieder ihr Korn in natura geliefert bekommen und einen wesentlichen Theil davon verkaufen, weil dieses Deputat meist reichlich bemessen ist. Das sind Leute wie der Schmied, der Stellmacher, der Rieselmeister und der Müller, wenn eine Mühle da ist. Die dreschen nicht immer; sonst dreschen Die, welche das ganze Jahr auf dem Lande arbeiten, Alle ohne Ausnahme; und es wäre eine schwere Zurücksetzung für Jemand, wenn er nicht zum Dreschen zugelassen würde; denn es ist das mit die gewinnreichste Thätigkeit, die der ländliche Arbeiter überhaupt hat. Es geht das so weit, daß in denjenigen Arbeiterstellen, die augenblicklich von Wittwen besetzt sind und so lange übergehalten werden, bis die Wittwe entweder einen anderen Mann oder einen erwachsenen Sohn hat, für die Wittwe durch die Nachbarn gedroschen wird. So allgemein ist es, und es ist gewisser Maßen ein Grundrecht jedes ländlichen Arbeiters, der auf einem Gute Jahr aus, Jahr ein, Winter und Sommer lebt, daß er zum Dreschen zugelassen wird; er würde seinen Posten sehr bald kündigen und wo anders hinziehen, wenn er vom Dreschlohn ausgeschlossen würde**).

Also auch hier findet sich wieder beim Herrn Abg. Rickert die Wahrheit bestätigt, die der Herr Abg. Möller neulich mit so vielem Nachdrucke verkündete: „Es reicht hin, eine Behauptung mit Sicherheit auszusprechen, um sie für Wahrheit aussprechen zu dürfen[1]."

(Sehr richtig! links.)

So ist es auch mit seiner Behauptung über die Drescherlöhne.

Der Herr Vorredner hat dann meine Gleichstellung der Landwirthschaft in der Berechtigung mit den anderen Gewerben, welche der ärmeren Classe und den Arbeitern im Allgemeinen die sonstigen unentbehrlichen Lebensbedürfnisse liefern, bemängelt, indem er dabei

*) S. 1335b.

**) StB.: wird.

[1]) Abg. Möller: „Der Herr Abg. Frege scheint anzunehmen, daß, wenn man nur eine Behauptung mit gehörigem Nachdruck in die Welt schickt, sie deshalb auch schon wahr sei" (StB. 1251a).

16. 2. 1885. in einer vollständigen Verschiebung aller Begriffe die Rohstoffe hineinzog [1]). Um die handelt es sich gar nicht; ich habe nur die gleiche Gerechtigkeit für die Landwirthschaft wie für jedes andere Gewerbe verlangt, wie für das Gewerbe der Schuhmacher und der Schneider. Wenn Sie glauben, die Landwirthschaft mit ihren Producten schutzlos lassen zu dürfen, im Fall (daß) sie Noth leidet, so nehmen Sie zugleich das Recht in Anspruch, den Schuhmacher, Schneider und den Weber schutzlos zu lassen, im Falle daß die Noth leiden. Das ist es, was ich gesagt habe; von Rohstoffen ist gar nicht die Rede gewesen. Wie kann der Abg. Rickert meine Worte so entstellen, nur um das Vergnügen zu haben, es so darzustellen, als hätte ich eine Thorheit hier gesprochen! Die Thorheit liegt nicht auf meiner Seite.

(Heiterkeit rechts.)

Beides sind Gewerbe und brauchen wohlfeiles Rohmaterial: die Landwirthschaft ist ebenso gut ein Gewerbe.

Es ist gestern [2]) hier schon von den Productionskosten gesprochen worden, aber dem Herrn Abg. Rickert ist es entgangen; ich darf es also wohl wiederholen, wenn auch nur für ihn; die Versammlung hat so lange auf ihn gewartet, vielleicht gönnt sie ihm auch diese Wiederholung. Es wurde, glaube ich, gestern oder vorgestern hier von — wenn ich nicht irre — dem Herrn aus Süddeutschland [3]), der für den Zoll sprach, näher nachgewiesen, wie viel deutsche Arbeit an jedem Scheffel Korn klebt; ich glaube, sie wurde auf 5 bis 6 Mark pro Centner ausgebracht; — ich erinnere mich nur

---

[1]) Abg. Rickert: „Der Herr Reichskanzler hat gesagt (Bd. X 491): „Die Aufgabe der Gesetzgebung und des Staatslebens kann nicht beschränkt sein auf das Brot, weil es andere Gegenstände gibt, die ebenso unentbehrlich als Brot für den Armen wie für den Reichen sind. Dazu gehört in erster Linie die Kleidung von Kopf bis zu Fuß mit allen Stoffen, aus denen sie beschafft wird, also: das Handwerk der Schneider, der Schuhmacher, das Gewerbe, was Tuch, was Leinwand, was Wolle erzeugt und verarbeitet“ 2c. Dann hat der Reichskanzler, ich weiß nicht, ob etwa provocirt durch einen Zuruf, weitere Ausführungen gemacht, als ob wir darauf ausgingen, diese Dinge zu vertheuern. Meine Herren, gerade wir sind es gewesen, die seit 1879 fortwährend Ihnen darlegten: Im Interesse der Handwerker ist es nothwendig, daß man vor Allem die Rohmaterialien dem Handwerk nicht vertheuert“ (StB. 1332b).

[2]) Muß heißen: vorgestern.

[3]) Dem Abg. Frhrn. v. Hornstein.

noch, daß sie etwas höher war, als ich sie selbst einschätzte; — aber 5 Mark Arbeitskraft kleben höchst wahrscheinlich an jedem Centner Korn. Soll denn diese Arbeit nun nicht geschützt werden? Was ist denn deren Rohmaterial? 16. 2. 1885.

Da hat der Herr Abg. Rickert ein Wort in die Welt geworfen, was sich eben bereitwillig eingestellt hat, wo der Gedanke fehlte[1]), um mich zu widerlegen[2]). Das Gewerbe der*) Landwirthschaft, der Ernährung, und das Gewerbe der Bekleidung, das eine zu 60 Procent, das andere, wie er sagte, zu 40 Procent, stehen dem Arbeiter gegenüber ganz gleich nothwendig da**). Es handelt sich bei beiden um die Befriedigung von Bedürfnissen. Der Arbeiter kann eher noch einen Tag mal hungern als einen Tag unbekleidet über die Straße gehen oder eines der nothwendigsten Kleidungsstücke auf seinem Leibe dauernd entbehren. Kleidung und Ernährung sind also gleich nothwendig. Ob dem Arbeiter zum Erscheinen im Arbeitssaal nur die 40 Procent fehlen oder die ganzen 60 — das ist gleichgültig; er muß immer gekleidet sein. Also auch hier hat der Herr Abg. Rickert gar Nichts bewiesen. Wir wollen nicht nur, wie der Herr Abg. Rickert sagte, dem Landmann höhere Preise sichern, obschon das auch nebenher geht — ich bestreite das ja gar nicht —, sondern dem ländlichen Arbeiter seine Arbeit und namentlich auch dem kleinsten Producenten den unverkürzten Ertrag der Production seines Ackerbaues sichern.

Ich habe in dem Bericht über die vorgestrige Sitzung gelesen, daß einer der Herren Abgeordneten, den ich hier nicht ver-

---

*) S. 1336 a.

**) Dieser Satz ist nicht, wie die Interpunction im StB. ergeben würde, als Inhalt der Rickertschen Ausführung anzusehen, sondern ist die Antwort Bismarcks auf den als bekannt vorausgesetzten Ausspruch (Anm. 2).

[1]) Vgl. Goethe, Faust I, 4 (Studirzimmer), V. 1641 f.:

Denn eben wo Begriffe fehlen,
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.

[2]) Abg. Rickert: „. . . Wissenschaft und Praxis haben längst . . . bis zur Evidenz bewiesen, daß die Meinung des Herrn Reichskanzlers, daß diese Dinge, so unentbehrlich sie sind, ebenso wichtig sind, wie Brot, nicht zutreffend ist . . . Eine Untersuchung . . . hat ergeben, daß in den ärmeren Classen die Ernährung 60 Procent der Haushaltskosten ausmacht, die Kleidung 17 Procent, die Heizung und Beleuchtung 5 Procent, Wohnung und Mobiliar 8 Procent, Diverses 10 Procent“ (StB. 1332 b).

16. 2. 1885. stehen konnte — weshalb, wie mir schien, der Herr Abg. Richter mich dort wiederum nicht verstehen wollte —, daß der gesagt hat, mit einer Classe der Landwirthe und Grundbesitzer habe er Mitleid; das seien die unter zehn Morgen [1]). Meine Herren, auf die Bauern war er nach dem, was ich gelesen habe, nicht so gut zu sprechen. Er vertritt bekanntlich die Gegend von Zeitz, wo der reiche altenburgische Bauernstand noch zu Hause ist; der ist ihm, wie es scheint, zu wohlhabend, aber die Leute von zehn Morgen und darunter haben sein Wohlwollen. Vielleicht gehört die Mehrzahl seiner Wähler gerade dieser Kategorie an. Es ist zu vermuthen, daß die unter zehn Morgen zahlreich sind; und um die Mehrzahl — Zeitz bleibt immer ein landwirthschaftlicher Kreis — nicht ganz zu verlieren, so hat er die herausgeschnitten, er will sie zu Freunden behalten. Es ist im Einzelnen dasselbe Manöver, wie es im Allgemeinen uns gegenüber immer probirt wird. Es heißt immer: Der Großgrundbesitzer macht Alles; und wenn wir ihn, den Gegenstand der besonderen politischen und persönlichen Abneigung der Opposition, nur aussondern könnten, so wollten wir ihn schon kurz kriegen, und er sollte einmal erleben, wenn wir den kleinen*) in der Masse auf unsere Seite bringen, wie wir ihn in der Gesetzgebung verarbeiten würden.

Der Herr Abg. Rickert hat die Classe der Großgrundbesitzer, die er heute der öffentlichen Abneigung zu überliefern suchte, noch enger definirt; er hat von denen gesprochen, die „Quadratmeilen" besitzen [2]). Nun, meine Herren, das sind allerdings noch weniger;

---

*) Ergänze: Grundbesitz.

[1]) Abg. Rohland: „Eine Classe von wirklich nothleidenden Landwirthen kenne ich und die möchte ich Ihrer Berücksichtigung empfehlen: das sind diejenigen, die bloß ungefähr zehn bis zwanzig Morgen besitzen, diejenigen, die ihre Arbeitskraft auf ihrem Grund nicht verwerthen können und außerdem keine Gelegenheit haben, sich anderwärts zu beschäftigen. Diesen Leuten möchte ich helfen . . . Das kann aber nicht geschehen, indem Sie das Korn theuer machen; denn die Leute haben Nichts zu verkaufen, sondern Sie können es lediglich dadurch, daß Sie für dieselben mehr Grund und Boden schaffen, Domänen parcelliren, Fideicommisse einschränken, den Besitz zur todten Hand aufheben und dergleichen mehr" (StB. 1297 b).

[2]) Abg. Rickert: „Ich würde, wenn der Nachweis geliefert wird, daß einzelne Gegenden in einem derartigen Nothstand sind, daß ihre Erhaltung im Interesse des Ganzen erforderlich ist, viel eher meine Zustimmung geben zu einer Nothstandsvorlage . . . als zu dieser Kornzollvorlage, die den gesammten

aber selbst diese Wenigen haben Anspruch auf gleiche Gerechtigkeit mit Allen und auf gleiche Behandlung; und es ist nicht die Aufgabe einer besonnenen Zukunftspolitik, wie ich sie vor einem Jahre noch dem Herrn Abg. Rickert zugemuthet habe, gerade diese Leute, die Quadratmeilen besitzen, mit „hic niger est“ [1]) der öffentlichen Abneigung auf diese Weise zu denunciren. Ich halte das für ein ganz gewöhnliches socialistisches Hetzmanöver gegen die reicheren und die reichsten Classen; die Armen gegen die Reichen, die kleineren Besitzer gegen die großen — kurz: Divide et impera [2]). 16. 2. 1885.

Jede herrschsüchtige Minorität strebt dahin, die Majorität zu sprengen und zu theilen, und dem Herrn Abg. Rickert schweben offenbar die verschiedensten Richtungen vor, wie bei den phonetischen Figuren auf einer Glasscheibe [3]), nach denen er die jetzige Majorität zu zerschneiden, zu zerlegen wünscht, was die Stützen der jetzigen monarchischen Regierung erschüttern hieße; aber ich hoffe, daß die Phalangen sich auf der anderen Seite in Folge dessen um so fester schließen werden; denn wir verlangen nur gleiche Gerechtigkeit für Alle. Wir haben noch nie so verfahren wie Herr Rickert; wenigstens erinnere ich mich nicht, daß wir die reichen Kornhändler ganz besonders bezeichnet und denuncirt hätten, so*) daß sie Jedermann erkennen kann als diejenigen, die von dem Schweiße der Landwirthschaft sich mästeten, oder die reichen Holzhändler. Sie sind mir sehr gut bekannt, und ich könnte Ihnen eine Liste vorführen. Der Herr Abg. Rickert weiß sie auch; auf die zeigt er aber nicht so mit Fingern hin! —

(Zuruf links.)

Der Herr Abg. Rickert hat seine Rede noch nicht vollendet. Ich würde die Fortsetzung davon gern anhören, wenn er die Güte haben wollte, sie mir zu wiederholen;

(Heiterkeit.)

Erwerb und die gesammte Ernährung des Volkes so belastet, dann hätten wir wenigstens die Beruhigung, daß die reichen Männer ..., welche Quadratmeilen Landes besitzen und in den besten Vermögensverhältnissen sind, wenigstens nicht aus dem öffentlichen Seckel und zum Schaden des armen Mannes so große Summen aus dem Getreidezoll erhalten“ (StB. 1328b).

*) S. 1336b.

[1]) Horat. sat. I, 4, 85, zu deutsch: Das ist eine schwarze Seele.

[2]) Entzwei' und gebiete, Wort unbekannten Ursprungs.

[3]) Vgl. Bd. VIII 246.

16. 2. 1885. ich bin überzeugt, er gibt mir noch breiteren Stoff zu Widerlegungen, als er mir schon gegeben hat.

Der Herr Redner hat eine Concession im Namen des Kornhandels gemacht; ich weiß nicht, ob er dazu Vollmacht und Ermächtigung besitzt, und ich übersehe auch im Augenblick nicht vollständig das Resultat davon. Er hat gesagt: „Der Import ist uns ganz gleichgültig, wir gönnen der Landwirthschaft die Preise; der Transit ist die Hauptsache!“ [1]) Nun, ich weiß nicht, ob dem Kornhandel damit gedient wäre, wenn der Transit vollständig freigegeben würde, so daß er verschlossen von dem einen Ende zum anderen durchgehen könnte, ohne Controle irgend welcher Art als diejenige, welche nothwendig ist für die Sicherheit, daß er aus dem Lande hinausgeht, und wenn auf der anderen Seite der Import ganz verboten oder so hoch besteuert würde, daß er überhaupt unmöglich wäre. Für die Landwirthschaft ist das ja fraglich; sie würde jeden Falls die 40 Millionen Centner fremdes Korn, die den deutschen Markt überschwemmen, dadurch los werden. So ganz unschädlich für die deutsche Landwirthschaft ist der Transit aber doch nicht!

Unsere Ostseehäfen sind hauptsächlich die Exporteure Rußlands geworden. Das russische Getreide — auf dem beruht der Handel, und den gönnen wir den Seestädten. Früher führten unsere Ostseeprovinzen von ihrem eigenen Getreide mehr aus als jetzt; jetzt können sie mit Rußland nicht mehr concurriren. Namentlich aber ist der Transit quer durch Deutschland mit dem russischen wie mit dem österreichischen Getreide sehr nachtheilig gewesen für den Absatz, den unsere Landwirthschaft früher nach Westen, nach Belgien, Frankreich und Holland hin hatte. Ich fürchte, das ist eine von

---

[1]) Abg. Rickert: „Wenn Sie den Transitverkehr sichern, was ich lebhaft wünsche, . . . dann ist dem Handelsstand der Zoll gleichgültig. Ja, man könnte sagen: Wenn der Kaufmann sein Interesse allein ins Auge faßt, ist es ihm vielleicht sogar lieber, wenn Sie einen recht hohen Zoll festsetzen, aber immer unter der Voraussetzung des freien und ungehinderten Durchgangsverkehrs“ (StB. 1326 a). „Gewähren Sie den freien Transitverkehr, heben Sie die Bestimmung des Nachweises der Identität auf, dann sagt Ihnen der Handel: Unsertwegen könnt ihr die Zölle so hoch nehmen, wie ihr wollt, das ist dem Handel als solchem gleich“ (StB. 1332 a).

den utopischen Anweisungen, die uns der Herr Vorredner auf die Zukunft gegeben hat, hinter der aber auch weiter Nichts steckt. 16. 2. 1885.

Der Herr Abgeordnete hat dann angeführt, daß seit 1857 das jetzige Jahr in den Roggenpreisen erst das siebzehnte an Wohlfeilheit wäre und in den Weizenpreisen das dritte [1]). Nun ist daran so viel richtig, daß der Weizen noch mehr Noth leidet als der Roggen, und die Weizenproducenten mehr als die Roggenproducenten; aber der Herr Abgeordnete hat ganz dabei übersehen, daß seit 1857 fast alle anderen Producte unserer Gewerbthätigkeit und der fremden um das Doppelte und Dreifache im Preise gestiegen sind,

(Hört!)

namentlich alle diejenigen, deren der Landwirth bedarf, um sein Gewerbe zu betreiben; insbesondere ist auch die Arbeit, deren der Landwirth bedarf, im Preise gestiegen. Wenn es dem Herrn Abg. Rickert seine literarischen Mittel erlauben, die üblichen Arbeitslöhne von damals und heute zu vergleichen, wenn er seine eigenen Schuhmacher- und Schneiderrechnungen vielleicht nachsehen will und feststellen, was er 1857 für ein Paar Stiefel gezahlt hat und was er jetzt zahlt — und der Landwirth chaussirt sich eben auch —, dann wird er zugeben, daß nach diesem Verhältniß, nach dem Sinken des Geldwerthes, nach dem Reicherwerden die jetzigen Preise, wenn nicht die Landwirthschaft stiefmütterlich behandelt worden wäre, mindestens das Doppelte von denen im*) Jahre 1857 im Durchschnitt sein müßten. Also auch diese Deduction ist hinfällig.

Der Herr Abgeordnete ist ferner auf die fable convenue [2]) wieder zurückgekommen, als wenn ich mich ganz besonders vor allen Menschen dadurch auszeichnete, daß ich alle zwei Jahre meine

---

*) S. 1337a.

[1]) Abg. Rickert: „Es ist mir heute eine Denkschrift vom Vorsteheramte der Kaufmannschaft in Berlin zugegangen ... Dort werden die Preise von 1857 an für jede Getreidesorte angegeben, und daraus geht hervor, daß der jetzige Preis von 149 Mark für Roggen die fünfzehnte Stelle einnimmt, also seit 1857 vierzehn Jahre mit geringerem Preise, beim Weizen die dritte Stelle und beim Hafer gar die siebzehnte Stelle. Wir haben also seit 1857 sechzehn Jahre mit niedrigeren Preisen gehabt" (StB. 1332a).

[2]) Landläufige Fabel.

16. 2. 1885. Ansichten diametral wechselte: „Das können wir Catonen von der Opposition nicht; was wir einmal gesagt haben, das ist unumstößlich; das glauben wir bis ans jüngste Gericht, bis ans Ende, davon gehen wir nicht ab; selbst wenn uns hundert Mal nachgewiesen würde, daß es nicht wahr ist, unsere Ehre erfordert, daß wir dabei bleiben!" [1]) — Ein Abgeordneter kann sich den Luxus des einen einzigen Gedankens erlauben; ein Minister würde verrätherisch an seinem Lande handeln, wenn er ebenso sich der besseren Einsicht verschließen wollte. Ich bin mir darin stets gleich geblieben, daß ich immer darüber nachgedacht habe, was im Dienste meines Königs und im Dienste meines Vaterlandes augenblicklich das Nützlichste und Zweckmäßigste wäre. Das ist nicht in jedem Jahre dasselbe gewesen; es gibt eine Menge Sachen, die heut zu Tage sehr annehmbar sind, mit denen man vor zwanzig Jahren nicht hätte kommen dürfen, und es gibt andere, die vor zwanzig Jahren sehr leicht waren und nützlich, die damals versäumt wurden, und die heute kein Mensch mehr annehmen würde. Also das ist eine todte Abstraction, wenn man sich, zufrieden mit der eigenen Anerkennung, mit dem Gefühle der eigenen Unwandelbarkeit, gegen die Bedürfnisse und den Nutzen seiner Mitbürger absolut verschließt. „Pereat mundus [2]), aber ich bleibe consequent; das ist meine innere Ueberzeugung; ob mein Vaterland darüber Schaden hat oder zu Grunde geht, ist mir ganz einerlei; aber ich bin nicht wie der Kanzler ein Mensch, der alle Jahre seine Meinung wechselt."

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete ist ja insofern noch gütig gegen mich

---

[1]) Abg. Rickert: „Bei uns gewöhnlichen Sterblichen kommt es mehr darauf an, der Wahrheit nachzuforschen, als darauf, durch Variationen zu ergötzen. Ich bin der Meinung, daß wir nicht den Vorzug des Herrn Reichskanzlers genießen, der sich . . . das erlauben darf, in zwei Jahren seine Meinung vollständig ins Gegentheil zu wechseln . . . Ohne Schaden öfter etwas Anderes in principiellen Dingen zu sagen und mit Erfolg zu sagen, dazu gehört allerdings eine weltgeschichtliche Autorität. Wenn das ein solcher Mann thut: die Irrthümer sieht ihm die Geschichte nach, weil sie eben das Große sieht, was er nebenher geleistet hat" (StB. 1331 b).

[2]) Mag die Welt zu Grunde gehen! Vgl. Büchmann, Geflügelte Worte (17. Aufl.), S. 415.

gewesen, als er mir auf dem Gebiete der deutschen Einheit einige Verdienste zuerkannt hat. 16. 2. 1885.

(Abg. Rickert: Einige?)

Wenn er „nebenher" sagte, so war das ein lapsus linguae [1]), will ich annehmen. Ich glaube nicht unbescheiden zu sein und bitte mir den Ruhm zu gestatten, daß ich das nie in meinem Leben gewesen bin;

(Sehr richtig! rechts.)

ich bin im Innersten meines Herzens bei allem Erfolg vor Gott und Menschen stets demüthig geblieben und habe mir denselben nicht zugeschrieben.

(Bravo! rechts.)

Aber gesteht der Herr Abgeordnete mir gar keinen Antheil an der Thatsache zu, daß wir jetzt seit sechs Jahren einen mäßigen Schutzzoll haben? Ich halte es für eines meiner größten Verdienste,

(Bravo! rechts.)

dazu mitgewirkt zu haben; ich habe es ja nicht allein machen können, aber die Initiative kann ich mir ganz allein vindiciren. Den Dank des Herrn Abgeordneten werde ich allerdings dadurch nicht erworben haben; dazu müßte er erst zu der Erkenntniß kommen, daß seine Freihandelsüberzeugungen todt geboren und irrthümlich sind. Das wird er ja nie, so lange er lebt.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube, daß ich auf diesem Gebiete der inneren Politik das Verdienst in Anspruch nehmen kann, die Cur angeregt zu haben, durch die Deutschland vor Entkräftung, vor Anämie*), vor wirthschaftlichem Untergang geschützt worden ist. Hätten wir diese Schutzzölle vor sechs Jahren nicht eingeführt, so würden wir nicht nur den wirthschaftlichen Zusammenbruch der Landwirthschaft, wie er jetzt gekommen ist, weil die Schutzzölle unzulänglich gewesen sind, sondern zuerst den der Eisenindustrie und all der Industrien, die wir in Schutz genommen haben, erlebt haben. Hätten wir nicht die große französische Contribution, die Milliarden gehabt, so würde der Zusammenbruch durch Blutleere ein paar

---

*) S. 1337b. — Anämie = Blutleere, vgl. Bd. X 75. 343.

[1]) Versprechen, Bd. VI 102.

16. 2. 1885. Jahre früher gekommen sein; die Milliarden sind ein Palliativmittel gewesen, das uns noch eine Zeit lang vorwärts geholfen hat.

(Sehr richtig!)

Also dieses Verdienst möchte ich den Herrn Abg. Rickert bitten, mir auch in mein Guthaben zu schreiben, wenn er wieder von mir spricht.

Er wird nun wahrscheinlich nicht zugeben, daß unsere wirthschaftlichen Verhältnisse seit 1879 im Allgemeinen besser geworden sind; indessen die Zeugnisse dafür liegen außerhalb der fortschrittlichen Partei mit einer solchen Allgemeinheit und Einstimmigkeit vor, daß ich hier auf die Zustimmung der Herren, die nun absolut einmal wollen, daß ich Unrecht gehabt haben muß und daß von mir nichts Gutes kommen kann, verzichten kann. Es gehen heut zu Tage doch im Ganzen fast alle Geschäfte ihren guten Gang; die Arbeiterzahl ist gestiegen, und der Verdienst des einzelnen Arbeiters ist gestiegen. Ich will Sie nicht wieder mit statistischen Nachweisungen langweilen; aber sie stehen Jedermanns Einsicht offen; und wenn Einer meinen Behauptungen widerstreitet, so werde ich noch heute abermals für eine Stunde um's Wort bitten, um Ihnen einige Seiten statistischer Zahlen darüber vorzulesen; ich glaube, Sie schenken das uns Beiden.

Es ist ganz unzweifelhaft, daß seit 1879 Fortschritte gemacht sind, und mit am allermeisten hat trotz aller Ableugnungen des Herrn Abg. Rickert der Handel von Danzig Fortschritte gemacht: der hat sich ganz besonders der Wohlthaten der neueren Gesetzgebung erfreut. Ich höre, der Herr Abg. Rickert hat die von mir gegebenen Ziffern einiger Maßen bemängelt [1]. Es sind die amt-

[1] Abg. Rickert: „Der Herr Reichskanzler führte Zahlen an, aus denen hervorgehen soll, daß der Danziger Handel sich im Aufsteigen befinde und blühe. ... Diese Rede ... hat in Danzig ... gewiß auch unter den Arbeitern eigenthümliche Empfindungen hervorgerufen. ... Das Urtheil des Herrn Reichskanzlers ist um so bemerkenswerther, als dieser höchste Beamte zu gleicher Zeit Handelsminister in Preußen ist. Was soll die Corporation der Kaufmannschaft und das Vorsteheramt davon denken, wenn der Minister, der die Interessen des Handels und Verkehrs zu vertreten hat, eine derartige Motivirung für das Blühen des Danziger Handels vor der Volksvertretung vorbringt. Es ist meinem Freunde Schrader ... schon heute Morgen ein kurzes Exposé des Vorsteheramts der Kaufmannschaft zugegangen, welches gegen die Aeußerungen des Herrn Dr. Lucius und die Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers Verwahrung

lichen Ziffern, die auf den Angaben der Zollbehörden, der Hafen- 16. 2. 1885.
behörden und der Handelskammern beruhen, die ich hier verlesen habe, und die vom Statistischen Bureau zusammengestellt und mir aus den amtlichen Acten gegeben sind.

Der Herr Abg. Rickert hat bemängelt, daß das Jahr 1884 noch nicht dabei wäre: in diesem wäre der Schaden ganz besonders an den Tag gekommen. Worauf stützt sich denn der Herr Abg. Rickert? Er ist wieder in der Lage des Herrn Abg. Möller, Etwas mit Sicherheit zu behaupten; aber ich frage: Wo sind denn seine Listen, die er den meinigen gegenüberstellen könnte? Er ist doch so gut wie Danziger, er hat Alles viel näher; warum bringt er es uns nicht? Während der Zeit, wo er zu uns gesprochen hat, hätte er uns Hunderttausende von Zahlen bringen können. Er besitzt sie aber nicht. Daß ich das Jahr 1884 nicht habe, ist sehr natürlich. Die Zahlen des Jahres 1884 sind noch nicht einmal in denjenigen Verwaltungen abgeschlossen, welche direct an Ort und Stelle zählen. Wie soll das Statistische Bureau schon eine Zusammenstellung darüber haben? Das wäre ganz unmöglich; da müßte man fingiren, „mit Dreistigkeit behaupten" [1]), — dann könnte ich Ihnen auch über das Jahr 1884 Etwas geben, gerade so, wie der Herr Abg. Rickert Ihnen über das Jahr 1884 schon Etwas gibt. Aber es würde weiter Nichts als eine Behauptung sein.

Die Zahlen sind unumstößlich dieselben. Die Zufuhr ist gestiegen von 332000 auf 340000, und der Export von 227000 auf 245000, und der Mehlexport ist gestiegen von 3735000 auf 7711000.

(Hört! Hört! rechts.)

---

einlegt und die Behauptungen derselben für unbegründet erklärt ... Zunächst ist hervorzuheben, daß ein Theil der Getreidezufuhr nach Danzig gekommen ist, ganz abgesehen von den wirthschaftlichen Verhältnissen in Folge der Eröffnung der Danzig—Marienburg—Mlawkaer Bahn ... Trotzdem sind die Getreideverschiffungen im Jahre 1884 — ich will zunächst dieses Jahr in Betracht ziehen, von dem der Herr Reichskanzler auffallender Weise gar nicht gesprochen hat, und doch würde dies am nächsten liegen — ich sage: es steht fest, daß das Jahr 1884 in Bezug auf die Getreideverschiffungen gegen die Vorjahre 1883 und 1882 einen Rückgang zeigt um 58 bezw. 66⅔ Procent, in Bezug auf die Holzzufuhr eine Abnahme um fast 27 Procent, in Bezug auf den Holzexport um 20½ Procent" (StB. 1326b/1327a).

[1]) Abg. Möller: „Das können wir dreist behaupten" ꝛc. (StB. 1250a).

16. 2. 1885. Der*) Export von Kleie und Malzkeimen ist gestiegen von 1528000 auf 4428000.

(Hört! Hört! rechts.)

Das sind die amtlichen Ziffern, und gegen die wird der Herr Abg. Rickert mit keiner Behauptung und mit keiner Bestreitung, mit keiner — wie ist doch der Kunstausdruck des Herrn Möller? — „mit Dreistigkeit" ausgesprochenen Behauptung aufzukommen vermögen.

An Sprit, habe ich auch schon angegeben, stieg die Zufuhr von 40680 Hektoliter auf 131800, und von 36000 die Ausfuhr auf 121000. Also Steigen in allen Verhältnissen! Ich würde in Herrn Rickerts Stelle, wenn ich mit einer Behauptung so schlagend und amtlich und ziffermäßig abgeführt worden wäre, doch die geschickte Taktik gehabt haben, darauf nicht zurückzukommen, und würde den Reichskanzler nicht in die Lage gesetzt haben, noch ein Mal in dieselbe Kerbe die Axt einzusetzen.

Wäre selbst seine Behauptung richtig, daß im Jahre 1884 mit einem Male Alles anders geworden sei, so muß ich dagegen anführen: Wenn ein ganz constanter, regelmäßiger Fortschritt fünf Jahre hindurch stattgefunden hat unter der Wirkung desselben Zollgesetzes, und dann mit einem Male für das Jahr 1884 wirklich die unerwiesene Behauptung des Herrn Abg. Rickert ausnahmsweise richtig wäre, so könnte das nur die Folge ganz besonderer einmaliger Zufälle, gewisser Maßen ein Extraordinarium sein, aber niemals die Wirkung des Zolles, welcher hinter einander fünf fette Jahre gemacht hat. Wie sollte die günstige Wirkung desselben nach Verlauf von fünf Jahren plötzlich in das Gegentheil umschlagen?

(Sehr richtig! rechts.)

Daß Herr Rickert die Zuckercalamität auf die Zollgesetzgebung schiebt [1]), — ja, die ist überall gleich. Hat denn Danzig in Zucker

---

*) S. 1338a.

[1]) Hier liegt ein Irrthum des Redners vor; der Abg. Rickert hatte nur behauptet, daß die hohen Schiffszahlen von Danzig durch den erhöhten Zuckerexport zu erklären seien, der aber bei der Niedrigkeit der Preise für Arbeiter und Geschäftsleute trotz seiner Steigerung von 1208 Tonnen im Jahre 1879 auf 81995 Tonnen im Jahre 1884 ohne erheblichen Gewinn sei (StB. 1327b, vgl. dazu die persönliche Bemerkung des Abg. Rickert, StB. 1346a/b).

besonders mehr gelitten als Magdeburg? Das wüßte ich nicht. 16. 2. 1885.
Ebenso ist es bei der Rhederei mit den Folgen des allgemeinen Ueberganges vom Segelschiff zum Dampfschiff, auf den ich vorgestern schon aufmerksam machte: die schiebt er auch den unschuldigen Zollgesetzen in die Schuhe.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt: Wir sollten doch lieber die Landwirthschaft in Nothstand erklären[1]) — so, wie einzelne Provinzen, denen früher geholfen ist. Einmal möchte das eine recht schwierige Aufgabe sein für die Minorität, einer im Nothstande befindlichen Majorität durch extraordinäre Staatsmittel auszuhelfen; dann aber wollen wir gerade diesen Nothstand verhüten. Ein Nothstand von 25 bis 27 Millionen Einwohnern unter 45 ist eine Calamität, meine Herren; eine Regierung, die es dazu mit offenen Augen kommen läßt, während sie vielleicht die Möglichkeit gehabt hat, zu helfen, die verdient viel Tadel. Wir werden es ganz bestimmt dazu nicht kommen lassen; wir bauen zur rechten Zeit vor.

Der Herr Abgeordnete hat ferner behauptet, in den Schiffslisten, die ich angeführt habe, wären auch die Schiffe in Ballast und die Nothhafen suchenden aufgeführt[2]). Das ist ja aber in allen dreißig Jahren der Fall, die hier vorhanden sind, das wird immer derselbe Procentsatz gewesen sein; ich bestreite, daß die Zahl gestiegen ist. Wenn der Herr Abg. Rickert behauptet, die Zahl der Schiffe in Ballast sei gestiegen, dann bin ich des Beweises gewärtig; aber mir einfach darin zu widersprechen oder von der Tribüne herunter zu behaupten: Das ist so! — dazu ist der Herr Abg. Rickert, nach den Angaben, die er uns vorher gemacht hat, und nach dem Widerspruch, in dem sie mit den amtlichen Listen stehen, für mich keine ausreichende Autorität mehr, und ich fürchte, für die Majorität des Reichstags auch nicht.

(Bravo! rechts.)

---

[1]) S. o. S. 30 Anm. 2.

[2]) Abg. Rickert: „In Bezug auf die Zahlen, die der Herr Reichskanzler angeführt hat . . ., bemerke ich, daß sie an sich richtig sind, aber es ist eigenthümlich, daß sie einen Mangel insofern haben, daß der Herr Reichskanzler gerade nur einige Jahre nimmt und bei dem Schiffsverkehr zum Beispiel die Zahl und Tonnage der leer oder in Ballast ein- und ausgegangenen Schiffe, sowie die Zahl derjenigen Schiffe, die in den Hafen lediglich als Nothhafen einlaufen, einschließt“ (StB. 1327 b).

16. 2. 1885. Der*) Herr Abg. Rickert ist über die Zustände des Handels in Danzig in großem Irrthum gewesen; er beharrt bei diesem Irrthum trotz amtlicher Widerlegung. Wir müssen ihn dabei belassen und uns darüber trösten. Ich will meine Erwiderung damit schließen, daß ich die Herren nochmals bitte, nicht zu glauben, daß sie nicht socialistisch hetzen, wenn sie den Großgrundbesitz immer als Ziel, nach dem zu schießen ist, hinstellen, sondern doch wenigstens dann den Muth ihrer Meinung zu haben und zu sagen: Ja, unsere parlamentarische Taktik macht es uns wünschenswerth, Zwist zwischen die verschiedenen Classen der Landwirthe und ihre**) Arbeiter zu säen, und deshalb behaupten wir die Verschiedenheit der Interessen.

(Oh! Oh! links.)

Ja, wenn Sie sagen: wir thun das aus parlamentarischer Taktik — die Antwort ist mir manchmal schon recht unerwartet zu Theil geworden, wo ich überzeugte Gegner vor mir hatte, die sagten: Die parlamentarische Taktik gestattet uns nicht, unserer Ueberzeugung zu folgen —, so würden Sie vollkommene Klarheit schaffen; Sie antworten indessen mit einer sittlichen Entrüstung, die Ihrem Herzen und Ihrem Ehrgefühl alle Ehre macht;

(Lachen rechts.)

aber wenn Sie recht tief hineingreifen, sollten Sie nicht auch eine verborgene Kammer in Ihrem Herzen finden, in der herzliche Freude sein würde, wenn es gelänge, einige Unruhen und einige Verstimmung herbeizuführen

(Oho! links. — Sehr wahr! rechts.)

und einen Bruch zwischen den kleinen und großen Landwirthen?

(Sehr wahr! rechts.)

Würden Sie es nicht mit Freuden begrüßen, wenn zum Beispiel bei der Einführung des Getreidezolles auch nur in Danzig — ja, wie heißen diese kräftigen Arbeiter, die Sackträger? ich weiß es nicht — wenn diese auch nur einen kleinen Lärm machen würden? Würden Sie da nicht sagen: Seht, wir haben es vorausgesagt, das Volk kann das nicht ertragen, daß auf diese Weise der „Blutzoll“, der „Brotzoll“ auf seine Kosten erhöht wird —? Meine

*) S. 1338b.
**) StB.: ihrer.

Herren, Sie geben durch — wenn auch unarticulirte, aber immerhin verständliche — Töne zu erkennen, daß Sie diesen Verdacht weit von sich weisen; aber lassen wir es doch einmal auf eine Probe ankommen, ob ich Ihnen nicht einige Blätter nachweisen kann, die, wenn auch nur verschämt, in einem solchen Falle — er kann ja kommen — ihre Freude darüber haben. In Ihr Inneres, in die Kammer Ihres Herzens kann ich ja nicht hineinsteigen, das überlasse ich Ihrer eigenen Ehrlichkeit; aber ich glaube auch, was ich glaube, und lasse mir von Ihnen nicht das Gegentheil beweisen. 16. 2. 1885.

(Stürmischer, wiederholter Beifall rechts. Wiederholtes Zischen links.)

Es folgte noch eine gereizte Erwiderung des Abg. E. Richter, alsdann wurde die Discussion geschlossen und der Antrag des Abg. Frhrn. v. Schorlemer-Alst, den Roggenzoll auf 3 Mark zu erhöhen, in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 151 Stimmen angenommen, die Erhöhung des Weizenzolles auf 3 Mark mit 229 gegen 113 Stimmen beschlossen. Am folgenden Tage fand auch der Sperrgesetzentwurf des Abg. v. Kardorff mit einigen Abänderungen die Mehrheit des Reichstags; Fürst Bismarck nahm an dieser Discussion nicht persönlich Theil.

55. Sitzung des Deutschen Reichstags

Sonnabend 21. Februar 1885.

In der 54. Sitzung des Reichstags am 20. Februar kündigte der Abg. Windthorst plötzlich an, daß er am folgenden Tage bei Feststellung der Tagesordnung den Antrag stellen werde, die Berathungen des Reichstags auf acht Tage zu vertagen. Trotzdem er von verschiedenen Seiten Widerspruch erfuhr, da die Verhandlungen über die Zolltarifnovelle nur mit Schädigung der Gesammtinteressen des Deutschen Reichs eine Unterbrechung erfahren könnten, brachte er doch in der 55. Sitzung am 21. Februar seinen Antrag ein. Das Zusammentagen von Reichstag und Landtag, führte er aus, habe ein großes Maß von Unzuträglichkeiten im Gefolge. Alle menschliche Kraft habe ein bestimmtes Maß, und nach den anstrengenden Discussionen sei jedem Mitglied des Reichstags eine kurze Frist der Erholung dringend nothwendig. Denen aber, die gleichzeitig Mitglieder des Landtags seien, werde es bei den wichtigen Berathungen, die dem Landtag für die nächsten Tage bevorständen, 21. 2. 1885.

21. 2. 1885. unmöglich sein, an den Debatten des Reichstags sich zu betheiligen. Eine Vertagung des Landtags, die wohl mit Rücksicht auf den Reichstag habe in Frage kommen können, sei von der preußischen Regierung nicht beantragt worden. Der Abg. v. Helldorff bekämpfte den Antrag Windthorst mit Rücksicht auf den Reichthum an Berathungsmaterial, das dem Reichstag noch vorliege; eine Vertagung nach Ostern werde allen denjenigen Mitgliedern, deren Anwesenheit in der Heimath um ihrer Geschäfte willen nöthig sei, willkommener sein als eine Unterbrechung zur jetzigen Zeit, und auch die Wichtigkeit der Tarifberathungen, deren beschleunigter Abschluß im Interesse von Handel und Industrie wünschenswerth sei, lasse eine Vertagung im gegenwärtigen Augenblick unthunlich erscheinen. Hierzu bemerkte Fürst Bismarck*):

Die Frage, ob gegenwärtig der Preußische Landtag zu vertagen sei, ist von der preußischen Regierung erwogen worden. Aber nachdem der Preußische Landtag mit Rücksicht auf den Reichstag, um demselben die volle Zeit seit dem October bis jetzt zu lassen, ziemlich spät berufen worden ist, befindet er sich nicht in der Lage, seine Budgetarbeiten fertig stellen zu können vor der nothwendigen Zeit, wenn er jetzt vertagt werden würde. Wir sind deshalb außer Stande, den Preußischen Landtag zu vertagen in diesem Augenblick. Die preußische Regierung würde ja die erste sein, die das Beispiel gäbe, daß die Landesinteressen hinter den Reichsinteressen zurückzutreten haben, aber sie glaubt diese ihre Gesinnung dadurch bekundet zu haben, daß sie dieses Mal, dem Wunsche beider Versammlungen entsprechend, den Reichstag mehrere Monate vor dem Landtag berief, während es sonst in mehreren Jahren umgekehrt gewesen ist.

Der Herr Antragsteller hat als Motiv seines bei der jetzigen Lage der Geschäfte im Volke gewiß auffälligen Antrags nur angeführt, daß das Zusammentagen der beiden größten parlamentarischen Körperschaften in Deutschland augenblicklich nicht möglich sei. Nun, ich glaube, die Erfahrung hat gezeigt, daß unsere Institutionen überhaupt nicht darauf berechnet sind, daß ein Abgeordneter zwei Mandate gleichzeitig übernimmt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn er es aber dennoch thut, so thut er es gewiß in der Ueber-

---

*) StB. 1485b.

zeugung, daß er dadurch die fundamentalen Institutionen unseres Reiches und des Landes in ihrer Wirksamkeit nicht hemmen wird. 21. 2. 1885.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich kann mir nicht denken, daß ein Abgeordneter, indem er ein zweites Mandat noch zu seinem ersten übernimmt, dabei darauf rechnen kann, daß das Reich sich nach seiner Doppelstellung, die er annehmen und ablehnen kann, seinerseits in seiner Wirksamkeit, in seiner Gesammtthätigkeit, in seinen Verhandlungen wird richten müssen.

Jeder von den versammelten Herren kennt die Nothlage, in der wir sind. Es ist für die Reichsregierung ganz unmöglich, eine Zeit zu wählen, in welcher nicht Concurrenz mit einem oder mehreren Landtagen wäre, und das Recht, das der Preußische Landtag hat, berücksichtigt zu werden, hat der*) Bayerische, der Sächsische, der Württembergische, und haben die anderen Landtage vollständig in demselben Maße.

(Sehr richtig! rechts.)

Daß dieses Recht für Alle nicht durchführbar ist, wird mir Jedermann zugeben. Wir leben jedes Jahr unter der Noth, — die Regierungen haben häufig erklärt, daß das Jahr nicht lang genug ist, und daß es ihnen unmöglich ist, den Reichstag und den Preußischen Landtag zu verschiedenen Zeiten zu berufen, so daß sie einander nicht berühren.

Man sollte nun glauben, daß es den Herren, die ein Doppelmandat für den Reichstag und für den Preußischen Landtag, der ja auch in Berlin tagt, übernommen haben, noch am leichtesten sein würde, die freiwillig übernommene Last zu tragen. Wenn der Antrag zu Gunsten des Bayerischen oder Sächsischen Landtags gestellt würde von den Herren, die nicht gleichzeitig in Berlin und in München oder in Berlin und in Dresden sein können, so hätte es mich weniger überrascht; aber wenn er hier hauptsächlich im Interesse des Preußischen Landtags gestellt wird, so muß ich doch als Vertreter dieses Landes im Bundesrath hier in dieser Versammlung dagegen protestiren, daß wir in diesem Maße anspruchsvoll wären, daß wir einen Vorrang für den Preußischen Landtag

*) S. 1486 a.

21. 2. 1885. vor der Vertretung des Deutschen Reiches in dieser Weise verlangten oder für den Preußischen Landtag irgend einen Vorzug in Anspruch nähmen, der nicht jedem anderen Landtag auch bereitwillig gewährt werden würde.

(Sehr gut! rechts.)

Diesen Verdacht eines unbescheidenen Vordrängens des Preußischen Landtages zum Nachtheil des Reichstages muß ich von meinem speciellen Vaterlande abwenden; und ich kann nur dringend empfehlen, daß der Reichstag sich in seinen Arbeiten nicht unterbrechen möge, namentlich nicht in diesem Augenblicke. Die verschiedenen Vorlagen, die nahezu erledigt sind, sind zahlreich. Ich hoffe, daß nach mir vielleicht ein anderer Vertreter der verbündeten Regierungen sie Ihnen noch näher bezeichnen wird. Die Gesammtmasse derselben schwebt vielleicht im Augenblick den Herren Antragstellern nicht so genau vor.

(Abg. Dr. Windthorst: Alle!)

Die Zeit, die wir noch haben bis zu Ostern und bis zur wahrscheinlichen Vertagung, ist fünf Wochen; ich rechne bis zum Palmsonntag, denn die Gewohnheit ist ja vorhanden, sich dann auf drei Wochen zu vertagen. Also es bleiben uns noch fünf Wochen. Ziehen Sie nun von diesen eine ab, so bleiben noch vier Wochen für die Gesammtheit der Geschäfte. Nach der Gangart, in welcher sich die Geschäfte bisher erledigt haben, kann ich kaum glauben, daß in diesen fünf Wochen das Pensum so rechtzeitig fertiggestellt werden wird, wie es wünschenswerth ist, damit dann der Preußische Landtag, nachdem er jetzt sein Budget erledigt haben wird, seinerseits freies Feld finden könne für die anderen Geschäfte, die ihm obliegen.

Dazu kommt noch, daß gerade jetzt wichtige Sachen in suspenso [1]) sind, die zwischen der ersten und zweiten oder zwischen der zweiten und dritten Lesung schweben. Man sollte doch von einer regelrechten und auf das Wohl des Landes bedachten Geschäftsführung verlangen, daß solche Sachen erst abgemacht werden, daß namentlich nicht die Entscheidung solcher Fragen, die mit einer gewissen Spannung erwartet wird, die auf unser ganzes

---

[1]) In der Schwebe.

wirthschaftliches Leben von wesentlicher Rückwirkung ist, — daß die nicht in der Schwebe bleibe. Speciell die Zollnovelle, über die wir berathen, läßt eine Ungewißheit über Fragen, die tief in unser wirthschaftliches Leben eingreifen. Diese Ungewißheit wird den redlichen und regelmäßigen Handelsstand einiger Maßen lähmen, die ungeregelte Speculation wird sie begünstigen. Die Reichsfinanzen, deren Pflege Ihnen bei ihrer bedrückten Lage*) so sehr am Herzen liegt, werden wesentlich leiden, wenn die Gesetzgebung über diejenigen Zollpositionen aufgeschoben wird, die nicht durch das Sperrgesetz gedeckt worden sind. 21. 2. 1885.

Wenn nur die Anträge der Regierung in Bezug auf Zollerhöhungen angenommen werden, so werden das Reich und seine Finanzen, auch wenn die Einfuhr sich nicht unter diesen ungewöhnlichen Umständen durch Speculation steigert, also nach dem regelmäßigen Verlauf, einen wöchentlichen Verlust von mehr als 200000 Mark haben. Wenn aber die über die Regierungsanträge hinausgehenden Zollerhöhungen, zum Beispiel Viehzölle, angenommen werden sollten, so beläuft sich der Zollausfall des Reiches auf wöchentlich ziemlich eine halbe Million Mark im gewöhnlichen Verkehr.

(Hört! Hört! rechts.)

Steigert dieser Verkehr sich einiger Maßen und beutet die Speculation das aus, so können wir die Verluste vielleicht auf das Doppelte höher anschlagen.

Also, meine Herren, im Interesse der Geschäfte, die uns gemeinsam obliegen, im Interesse einer abschließenden Beruhigung in unserem wirthschaftlichen Publicum und im Interesse der Reichsfinanzen, die Sie durch scharfe einschneidende Streichungen sonst so wesentlich vertreten haben, bitte ich Sie, verzichten Sie auf die weitere Hinausschiebung der wichtigen Ihnen obliegenden Verhandlungen.

(Bravo! rechts.)

Namens der Reichspartei sprach hierauf der Abg. Frhr. v. Wöllwarth, Namens der Nationalliberalen der Abg. Dr. v. Lenz gegen die Vertagung mit den schon vom Abg. v. Helldorff hervorgehobenen Gründen. Der Abg. Frhr. v. Franckenstein dagegen trat für den

*) S. 1486b.

21. 2. 1885. Antrag Windthorst ein. Noch bis vor Kurzem sei er der Ueberzeugung gewesen, daß der Reichstag bis Ostern fortarbeiten müsse und im Stande sei, seine Geschäfte bis dahin zu erledigen. Diese Hoffnung habe er aufgeben müssen Angesichts der Thatsache, daß die Verhandlungen in Folge des späten Anfangs nur kurze Zeit täglich dauerten und in Folge dessen nur wenig zur Erledigung brächten. Werde der Reichstag jetzt vertagt, um am 2. März seine Berathungen wieder zu beginnen, so werde er im Stande sein, in den langen Sitzungen, die er alsdann halten könne, die Geschäfte mehr zu fördern, als es bei täglich zweistündigen Sitzungen in den nächsten Wochen geschehen könne. Fürst Bismarck*):

Ich möchte mir erlauben, dagegen einzuwenden, daß dieselben Gründe, welche jetzt hindern, lange Sitzungen zu halten, in acht Tagen doch auch noch vorliegen werden

(Sehr richtig! rechts.)

und daß die Herren dann Nichts gewonnen haben werden. Auf die Kürze oder Länge der Sitzungen haben die verbündeten Regierungen keinen Einfluß, auch nicht auf die Schnelligkeit

(Sehr richtig!)

und auf die Art, in der die Geschäfte behandelt werden. Das liegt deshalb außer meiner Erwägung. Aber ich bitte doch, das zu bedenken, daß Sie, wenn Sie am 2. März wieder anfangen, den ganzen März hindurch — am 28. März ist Palmsonntag — ganz in derselben Concurrenz mit dem Preußischen Landtag sein werden. Warum sollte nicht dann auch ein Compromiß stattfinden in derselben Art, wie es jetzt stattfindet? Die Arbeiten beider Körperschaften werden dann wegen des herannahenden Schlußtermins für den Budgetabschluß, des 1. April, von jeder Seite wahrscheinlich noch dringender empfunden werden; sie werden genöthigt sein, Abendsitzungen zu Hilfe zu nehmen. Das Alles läßt sich gar nicht ändern, so lange Doppelmandate mit der Absicht angenommen werden, sie in jeder von beiden Versammlungen ausgiebig zu erfüllen, respective auszunutzen. Dazu ist das Jahr nicht lang genug, dazu sind unsere Institutionen nicht eingerichtet. Die Regierung ist in der Unmöglichkeit, einem jeden Landtag neben dem Reichstag seine besondere Zeit zu verschaffen; das gleichzeitige

*) StB. 1488 a.

Tagen des Reichstags und des Preußischen Landtags ist eine ge- 21. 2. 1885.
botene Nothwendigkeit. Ziehen die Herren vor, indem Sie erst um zwei Uhr anfangen und um fünf Uhr wieder schließen, den Vormittag aber der anderen Versammlung überlassen, die Sitzungen bis spät in den Sommer hineinzuziehen, — ja, meine Herren, das hängt ganz von Ihnen ab, dazu können wir Nichts thun. Ich verwahre mich nur jetzt schon gegen die Argumente, die ich dann wieder hören werde, daß in der Jahreszeit, wo es anfängt warm zu werden, im Mai und Juni, nicht mehr vom Reichstag verlangt werden könne, daß er weiter sich mit den Arbeiten des Volks beschäftige. Ich kann nur abrathen, aber ich habe darüber Nichts mitzureden, und ich erwarte in Ruhe die Beschlüsse, die Sie fassen werden; — die verbündeten Regierungen werden ja demnächst in der Lage sein, auch die ihrigen zu fassen.

Der Abg. Richter war der Meinung, daß eine überstürzende Berathung der Zollvorlage dem Reiche viel größere Verluste bringen könne, als die Hunderttausende, die möglicher Weise der Reichscasse verloren gingen, wenn die Zollnovelle jetzt ohne eingehende sachliche Berathung durchgebracht werde. Nachdem übrigens der Reichskanzler es selbst für unmöglich erklärt habe, daß der Reichstag bis Ostern seine Geschäfte erledige, sei um der auswärtigen Mitglieder des Reichstags willen eine Vertagung um so nothwendiger. In acht Tagen werde der Landtag mit der zweiten Berathung des Etats fertig werden, dann könne eine Vertagung des Landtags eintreten, um dem Reichstag die Möglichkeit längerer Sitzungen zu gewähren. Fürst Bismarck erwiderte*):

Ich glaube nicht gesagt zu haben, daß der Reichstag mit seinen Geschäften bis Ostern nicht fertig werden könnte; ich glaube nur gesagt zu haben, daß der Reichstag, wenn er acht Tage hindurch keine Sitzung halten würde, wahrscheinlich nicht fertig werden wird. Der**) Herr Abg. Richter hat mich darin mißverstanden und das Argument, das er daraus entnommen hat, ist nicht durchschlagend. Wenn von allen Seiten die gleichen Ueberzeugungen vorhanden wären, die ja leider nicht existiren, so würden meiner Ueberzeugung nach in acht Tagen unsere ganzen Geschäfte erledigt werden können.

(Zustimmung und Widerspruch.)

*) StB. 1489a.
**) S. 1489b.

21. 2. 1885. Daß der Landtag in acht Tagen so weit vorgerückt sein sollte mit seinen Geschäften — eine Ansicht, in welcher die beiden Herren Vorredner von jener Seite

(links)

einig zu sein scheinen, — ist mir doch im höchsten Grade zweifelhaft. Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Richter erlauben wird, daß ihm dieser Wechsel, den er auf acht Tage hier ausstellt, dann wieder präsentirt werde, und ob er dann im Stande sein werde, ihn einzulösen. Ich wage es zu bezweifeln, daß der Landtag dann in dieser Beziehung zahlungsfähig sein werde.

Ich kann allen den Argumenten, die aus dem Zusammentagen der beiden Körperschaften gerade genommen werden, nur die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen entgegenstellen, daß im Interesse der Sache und der Geschäfte weder im Reichstag auf den Preußischen Landtag, noch im Preußischen Landtag auf den Reichstag die mindeste Rücksicht genommen werden kann und darf. Sobald Sie auf einander Rücksichten nehmen und den Geschäften eines einzelnen Landes gegenüber denen des Reiches den Vorzug einräumen, so werden Sie, glaube ich, nicht im Stande sein, Ihr übernommenes Mandat dem einen oder anderen gegenüber zu erfüllen. Nur wenn Sie es mit der Ueberzeugung übernommen haben, daß Sie es nach beiden Seiten hin vollständig erfüllen können, waren Sie meines Erachtens im Rechte, es anzunehmen. Sie kennen die Institution und die Lage des Landes, und wer im Besitze eines Mandates schon war und das zweite dazu nahm, der kann meines Erachtens jetzt nicht verlangen*), daß der Reichstag der deutschen Nation vertagt werden soll, damit er sein Landtagsmandat ausüben könne. Den Muth würde ich nicht haben, das von dem deutschen Volke zu verlangen.

(Bravo! rechts.)

Die Debatte ging noch längere Zeit fort; die Abstimmung ergab die Annahme des Antrags Windthorst mit geringer Majorität.

---

*) StB.: der kann sich meines Erachtens jetzt nicht darauf berufen.

56. Sitzung des Deutschen Reichstags

Montag 2. März 1885.

In einem Nachtragsetat forderte die Reichsregierung am 1. Februar 1885 vom Reichstage die Bewilligung vom 96000 Mark zu Besoldungen der in den Schutzgebieten an der westafrikanischen Küste anzustellenden Beamten (Gouverneur, Kanzler, Secretär und Amtsdiener in Kamerun, je ein Commissar, Secretär und Amtsdiener für Togo und Angra Pequeña), sowie eine einmalige Bewilligung von 152000 Mark zur Herstellung der nothwendigen Amtsgebäude in Kamerun, Togo und Angra Pequeña. Der Reichstag, der sich am 4. Februar in erster Lesung mit der Vorlage beschäftigte, überwies sie auf den Antrag des Abg. Richter der Budgetcommission zur Vorberathung. In der ersten Sitzung der Commission wurden an die Vertreter der verbündeten Regierungen im Ganzen 13 verschiedene Fragen über die Rechtsverhältnisse in den Schutzbezirken, über deren fernere Zukunft, ihre Beziehungen zum Deutschen Reich, die Einführung der Reichsgesetzgebung oder einzelner ihrer Theile rc. gestellt, deren schriftliche Formulirung sich die Vertreter der verbündeten Regierungen erbaten, um eine möglichst präcise Erklärung abgeben zu können. Diese erfolgte in der zweiten Sitzung der Budgetcommission (11. Februar) durch Verlesung folgenden Schreibens des Reichskanzlers: 2. 3. 1885.

Die deutschen Schutzgebiete in Westafrika sind, so lange sie nicht durch ein Reichsgesetz dem Gebiete des Deutschen Reichs einverleibt sind, als Ausland anzusehen. Wie überall im Auslande, so auch hier, werden die Beamten des Reichs den deutschen und den Unterthanen befreundeter Staaten gegenüber nach den betreffenden Gesetzen des Reichs zu verfahren haben. Insoweit die bisherige Gesetzgebung über die deutsche Rechtsprechung im Auslande nicht ausreichen sollte, werden die zu ihrer Ergänzung nöthigen Vorlagen dem Bundesrathe gemacht werden, sobald die Einrichtung der deutschen Rechtsprechung in den Schutzgebieten in Folge der Bewilligung der erforderlichen Mittel überhaupt in Aussicht genommen werden kann. Der Gerichtsstand der Eingeborenen, welche das deutsche Indigenat nicht erlangt haben, hat bisher durch die Besitzergreifung der Küste eine Aenderung nicht erlitten. Bevor die Kaiserliche Regierung die Neueinrichtung in dieser Beziehung in Angriff nimmt, wird die Einsetzung von amtlichen Organen stattfinden müssen, deren Gutachten in Verbindung mit denen des Syndicats u. s. w. die Unterlage der zu erstrebenden Einrichtungen

2. 3. 1885. bilden werden. Sollte sich dann die Nothwendigkeit zu weiteren Acten der Reichsgesetzgebung herausstellen, so wird der Reichskanzler die Kaiserliche Ermächtigung nachsuchen, um im Bundesrathe die erforderlichen Anträge einzubringen.

Die Beantwortung derjenigen Fragen, die in die Kategorie der Rechtsansichten, Interpretationen und promissorischen Erklärungen fielen, lehnten die Vertreter der verbündeten Regierungen ab; sie beantworteten nur diejenigen Fragen, welche thatsächliche Verhältnisse betrafen und deren Beantwortung aus den vorliegenden Acten allein ihnen möglich war. Zuletzt beschloß die Commission, dem Reichstage die Bewilligung der ganzen Summe von 248 000 Mark als Pauschquantum zu empfehlen „zur Einleitung derjenigen Maßnahmen, welche zur Durchführung der dem Reiche in den Schutzbezirken von Kamerun, Togo und Angra Pequeña zufallenden Aufgaben nothwendig seien, sowohl zur Remunerirung von Beamten als zur Ausführung unbedingt erforderlicher Bauten“ und brachte die Annahme zweier Resolutionen folgenden Wortlauts in Vorschlag:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

1. dem Reichstage bei Vorlegung des nächsten Reichshaushaltsetats eine specificirte Mittheilung über die in den Schutzbezirken von Kamerun, Togo und Angra Pequeña mit den bei Capitel 2 Titel 4 der einmaligen Ausgaben des Etats des Auswärtigen Amts für 1885/86 bewilligten Mitteln getroffenen Einrichtungen zu machen;
2. dem Reichstage vor Herbeiführung fester Organisationen in den westafrikanischen Schutzbezirken von Kamerun, Togo und Angra Pequeña eine Vorlage zu machen behufs Heranziehung der Schutzbezirke zur Deckung der dem Reiche aus denselben erwachsenden Kosten.

Den Bericht der Commission erstattete der Abg. v. Köller in der 56. Sitzung des Reichstags am 2. März 1885; nach ihm gab der Commissar des Bundesraths, Geh. Legationsrath v. Kusserow, eine historische Darstellung der Genesis der deutschen Colonialpolitik, um gleichzeitig nachzuweisen, daß die verbündeten Regierungen dem früher von ihnen verkündeten System durchaus treu geblieben seien. Alsdann nahm der Reichskanzler das Wort zu einer hochbedeutsamen Rede, die die Schwierigkeiten beleuchtete, die der englische Eigennutz und Handelsneid den bescheidenen Colonialbestrebungen Deutschlands bereitete, zugleich aber bestimmt war, gewissen von Lord Granville im britischen Parlament aufgestellten Behauptungen über Bismarcks Stellung zur ägyptischen Politik Großbritanniens zu widersprechen*):

*) StB. 1501a.

Ich kann nicht mit Sicherheit vorhersagen, welche Aufnahme die Bewilligung eines Pauschquantums statt der Einzelforderungen bei den verbündeten Regierungen finden wird; so viel aber kann ich vorhersagen, daß ich meinerseits sie befürworten würde. Ich halte den Zweck, den wir erstreben, für jetzt durch ein Pauschquantum eben so gut erreicht, ja ich würde vielleicht in der Lage gewesen sein, bei den verbündeten Regierungen sofort ein Pauschquantum beantragt zu haben, wenn ich hätte glauben können, daß in dieser Form Ihre Annahme der Sache wahrscheinlicher wäre als in der detaillirten; ich fürchtete aber, daß, wenn wir ein Pauschquantum gefordert haben würden, Sie dann von uns die Detailirung verlangt hätten, 2. 3. 1885.

(Heiterkeit.)

und ich habe sie nur widerstrebend bis zu dem Maße, wie wir sie gegeben haben, gedruckt gesehen. Wir können ja nicht mit voller Sicherheit voraussehen, ob die Organisation, die wir Ihnen vorschlagen, nachdem wir ein Jahr Zeit gehabt haben*) werden, über Land und Leute, über die Begrenzung der Besitzungen, die von unseren Landsleuten erworben sind, über die Haltung, welche die auswärtigen Regierungen zu unseren Unternehmungen beobachten, Erfahrungen zu sammeln, theils durch den Lauf der Ereignisse in diesem Jahr, theils durch die Berichterstattung amtlicher, ad hoc [1]) von uns abgesandter Persönlichkeiten, — ob die Organisation sich bewähren werde; erst dann werden wir in der Lage sein, Ihnen mit voller Ueberzeugung Detailvorschläge zu machen. Die, die wir bisher gemacht haben, haben wir in fidem [2]) auf das Urtheil des Syndicats in Hamburg gemacht; wir haben das vorgeschlagen, was das Syndicat für nöthig hielt, prima facie [3]). Ob unsere eigene Ueberzeugung über's Jahr vollständig damit übereinstimmt, kann ich nicht vorhersagen, und insofern ist es meines Erachtens, ohne den verbündeten Regierungen vorzugreifen, sogar nützlicher, ein Pauschquantum zu bewilligen, als die einzelnen Details.

---

*) S. 1501 b.

[1]) Zu diesem Zwecke, vgl. Bd. VII 392.

[2]) Im Glauben, vgl. Bd. X 326. 327. 421.

[3]) Auf den ersten Blick, in erster Linie, vgl. Bd. III 340, IV 53. 342.

2. 3. 1885. Ich bedaure, daß bei dieser Gelegenheit in Form von Resolutionen eine erhebliche Anzahl von Fragen gestellt wurde, die weder von mir noch von sonst irgend Jemand haben beantwortet werden können. Ich glaube, daß kein lebender Mensch auf dieser Welt sie alle mit voller Sicherheit und Richtigkeit beantworten kann; ich bin wenigstens ganz sicher nicht in der Lage. Ich habe darauf diejenigen Antworten gegeben, die sich aus den Acten schöpfen lassen; den zukünftigen Entschließungen der verbündeten Regierungen kann und will ich nicht vorgreifen, um so weniger, als es sich für mich selbst doch um eine terra incognita[1]) handelt, über die ich ganz sichere Vorschläge nicht vertreten kann.

Ueber diejenigen Rechtszustände, welche späterhin in diesen Colonien Platz greifen werden, habe ich mir bisher wenigstens eine feste Ansicht nicht bilden können, eine Ansicht, die ich entschlossen wäre zu vertreten. Ich weiß nicht, ob einer der Herren in der Commission, die die Fragen gestellt haben, in der Lage gewesen wäre, darüber bestimmte Vorschläge zu machen. Wenn er es ist, und wenn er sich dabei auf Erfahrung und Sachkunde stützt, so würde ich ihm außerordentlich dankbar sein, wenn er seine mir unbekannte Wissenschaft mittheilen wollte.

Es ist dies vorsichtige Vorgehen in der Sache ja ganz natürlich bei dem System, welches wir für die Colonien überhaupt adoptirt haben, welches ich im vorigen Jahre entwickelte[2]), und welches im Princip damals Ihre Sanction gefunden hat, nämlich dahin gehend, daß wir nicht vollständige Systeme im Kopf und in der Theorie fertig machen und zur Annahme und Durchführung zu bringen suchen, die etwa wie die Minerva aus dem Haupte Jupiters[3]) vollständig lebensfähig und erwachsen dastehen würden, sondern daß wir die Sache sich organisch entwickeln, sich krystallisiren lassen. Wir haben nicht die Prätension, die Colonisationsbestrebungen des deutschen Volkes zu führen nach einer bureaukratischen Vorschrift und nach einem bestimmten System, über das wir selbst uns im Klaren wären; sondern wir haben die Absicht, ihnen zu folgen mit

---

[1]) Ein unbekanntes Land, Bd. IX 188. 354. 355. 388, X 37. 42. 55.
[2]) Vgl. Bd. X 193 ff.
[3]) Vgl. Bd. VII 40. 221, VIII 246.

dem Schutze des Reiches da, wo wir eine Wahrscheinlichkeit der Entwickelung und Berechtigung auf diesen Schutz anerkennen. Daraus geht schon hervor, daß wir selbst lernbedürftig in der Sache sind und nicht alle Fragen beantworten können und konnten, die uns gestellt wurden. Ich bitte Sie, das also nicht dem Mangel an gutem Willen, sondern dem Mangel eigener Wissenschaft und eigenen Entschlusses über die weitere Behandlung der Sache zuzuschreiben. 2. 3. 1885.

Ich habe, als ich mich zuerst über unsere Colonialabsichten ausgesprochen habe, vor Allem betont, daß eine Colonialpolitik überhaupt nur dann möglich ist, wenn sie von einer Mehrheit des nationalen Willens mit Entschlossenheit und Ueberzeugung getragen wird [1]). Eine Regierung, die sich mühsam abquält, gegen eine starke Minorität auch nur, oder gar gegen eine parlamentarische Majorität, um künstlich Colonien ins Leben zu rufen, würde eine Danaidenarbeit verrichten, die ermüdend ist, die allenfalls ein neues Capitel in*) den Budgetdiscussionen und in den jährlichen Tadelsvoten, die der Regierung ausgesprochen werden, liefern könnte, aber einen praktischen Erfolg für unser deutsches wirthschaftliches Leben kaum haben würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich muß mich nun fragen, ob eine solche Stimmung im deutschen Volke überhaupt vorhanden ist. Ich habe den Eindruck gehabt, daß durch das Volk selbst ein frischer Zug nach dieser Richtung ging; aber ich habe nicht gefunden, daß er in der Majorität des Reichstags Wiederklang gefunden hätte. Wenn wir dahin kämen, daß der Reichstag eine Colonialpolitik, zu der die Regierung zögernd und vorsichtig schreitet, seinerseits ihr empfiehlt, darauf dringt, sie mahnt, — ja dann wäre unsere Situation eine ganz andere. Statt dessen sind wir — und damit will ich keinen Vorwurf machen, Sie wissen ja, warum Sie es thun — in diesen colonialen Fragen im Ganzen doch nur einer zögernden, dilatorischen Behandlung begegnet. Die Majorität in der Commission hat durch ihre Fragen, die wir wenigstens nicht beantworten konnten, durch

---

*) S. 1502a.

[1]) Vgl. Bd. X 167. 275. 380. 396.

2. 3. 1885. die ganze Behandlung der Sache in ihren Sitzungen, und auch die Beschlüsse des Plenums haben uns nicht den Eindruck gemacht, als ob in der Majorität des Reichstags ein Enthusiasmus für die coloniale Entwickelung des deutschen Volkes vorhanden wäre. Ich verlange keine „Schützenfeststimmung"*), wie das hier geringschätzig bezeichnet worden ist[1]); aber eine gewisse tiefe Ueberzeugung, die entschlossen ist, die Regierung zu tragen und zu stützen, allen Ansprüchen und Schwierigkeiten gegenüber, die ihr vom Auslande auf diesem Wege entgegentreten, — die müssen wir haben, meine Herren. Wenn das nicht der Fall ist, wenn die Unterstützung über's Jahr eben so matt, eben so lau ist, dann, glaube ich, muß ich den verbündeten Regierungen rathen, auch diesen Versuch als einen verfehlten zu behandeln, ihn — wie ich mich schon früher ausdrückte[2]) — zu den Acten „Samoa" zu legen und abzuwarten, ob vielleicht ein Nachfolger von mir diesen dritten Theil der sibyllinischen Bücher[3]) wiederum der deutschen Nation anzubieten im Stande sein werde. Ich würde nicht dazu rathen, einen unfruchtbaren Weg einzuschlagen, auf dem der passive Widerstand und die Obstruction, die dilatorische Behandlung die Kräfte, die anderweit nothwendig sind, ermüdet, und ihn gegen den Willen der Majorität weiter zu verfolgen. In einem solchen Falle würden die verbündeten Regierungen die Verpflichtung haben, sich zu überzeugen, ob die Stimmung des Volkes bei den Neuwahlen

(Aha!)

die Zurückhaltung, die die jetzige Reichstagsmajorität den colonialen Bestrebungen gegenüber äußert, theilt — nun, dann ist das Urtheil über unsere colonialen Bestrebungen wiederum gesprochen —, oder ob das deutsche Volk es anders will, ob die Mehrheit unserer Landsleute von dem, was ich einen frischen Zug nannte, sich berührt und getragen fühlt. Ja, meine Herren, da muß es dieser Stimmung durch die Wahlen Ausdruck geben und die Regierungen in die Lage bringen, daß sie, wenn dieser Stimmung nicht ent-

---

*) StB.: Schützenhausstimmung.
[1]) Vom Abg. Bamberger, Bd. X 199. 385.
[2]) Vgl. Bd. X 165.
[3]) Vgl. Bd. X 42 Anm. 2.

sprechend hier votirt wird, wiederholentlich an die Stimmung der 2. 3. 1885.
Wähler, an das Votum der Wähler appelliren.

(Bewegung.)

Ich betrachte diese Frage nicht als abgeschlossen und bin weit entfernt, sie zu beantworten; ich spreche bloß von dem, was ich mit völlig kaltem Blute für die Pflicht der verbündeten Regierungen halte, nämlich die Colonialpolitik fortzusetzen, so lange sie Hoffnung haben, von der Mehrheit des deutschen Volkes dabei getragen zu werden, sie fallen zu lassen dann, wenn sie diese Hoffnung aufgeben müssen, und nicht unfruchtbaren Utopien im Kampfe mit der Mehrheit des Reichstags dauernd nachzugehen.

Ich*) habe mehrfach darauf hingewiesen, daß auch die Stellung, die das Ausland zu unseren colonialen Verhältnissen einnimmt, maßgebend ist. Ich darf wohl annehmen, daß die eine andere wäre, wenn der Deutsche Reichstag einheitlich und mit einem gewissen Enthusiasmus den colonialen Bestrebungen der verbündeten Regierungen zur Seite stände, und daß das Ausland — man untersucht ja die Verhältnisse, wie die Majorität entsteht, in einem fremden Lande nicht so genau — eine Ermuthigung, den deutschen colonialen Bestrebungen fest gegenüber zu treten, daraus schöpft, daß man in allen Zeitungen lesen kann, den ausländischen wie den inländischen, daß die Mehrheit des Reichstags bisher nicht davon überzeugt ist, daß es für das deutsche Volk nützlich sei, Colonialpolitik zu treiben. Wenn Sie heut zu Tage die englischen Blätter lesen, so finden Sie das mit derselben Motivirung, wie in unseren deutschen Oppositionsblättern, mit einer so übereinstimmenden Motivirung entwickelt, daß man versucht ist, an einen directen Zusammenhang

(Hört! Hört! rechts.)

und an die Internationalität der Oppositionspresse gegenüber der deutschen Reichsregierung im Allgemeinen zu glauben. Es finden sich die gleichen Artikel ziemlich gleichzeitig wieder in der „Times" und in Blättern, die zu dem Cobdenschen System gehören; die machen gegen mich, den unglücklichen Repräsentanten der deutschen nationalen Politik, mit einer Uebereinstimmung Front, die ich für positive Zwecke der gesammten Nation wohl wünschen möchte.

---

*) S. 1502b.

2. 3. 1885. Sicher ist, daß die Tonart in der Correspondenz, die von englischer Seite mit uns geführt ist, unter dem Eindrucke dieser Parlamentsverhandlungen während derselben — ob post hoc oder propter hoc [1]), lasse ich unentschieden — eine schärfere und unfreundlichere geworden ist. Man hat dazu gegriffen, Actenstücke, wie zum Beispiel ein Schreiben eines australischen Königs an Se. Majestät unseren Kaiser, in englischen amtlichen Sammlungen früher zu drucken, als Se. Majestät der Kaiser es erhalten hatte [2]). Wie es in englische Hände gerathen ist und in die amtlichen Sammlungen*), weiß ich nicht. Es sind Actenstücke ziemlich vertraulicher und ziemlich einschneidender Natur, die an uns gerichtet waren, in England amtlich gedruckt worden, ehe wir sie erhalten hatten. Es sind vertrauliche Besprechungen, die ich hier mit den Vertretern Englands gehabt habe — Besprechungen der vertraulichsten Natur, die sich auf sehr langjährige persönliche Bekanntschaften gründeten, die aber natürlich zur Meldung berechnet waren —, in amtlichen Actenstücken resumirt und zum Druck bestimmt worden. Das Alles sind Zeichen einer Verstimmung, die ich nicht für eine berechtigte halte, und die ich nur lebhaft bedauern kann. Auch hier spitzt sich diese Verstimmung leider gegen meine Person zu, in dem Maße, daß bei den jüngsten Verhandlungen des englischen Parlaments Lord Granville sich in einer Weise geäußert hat, als ob unsere durch mich vertretenen Ansprüche so weit gingen, daß sie England nöthigten — ich muß den englischen Text citiren —,

„to abdicate all liberty of action in colonial matters“,

daß England also in jeder Freiheit der Bewegung auf colonialem Gebiet durchaus beeinträchtigt würde [3]). Die Tragweite dieser Redewendung geht über das bescheidene Maß unserer Colonialpolitik weit hinaus.

Es wird damit unsere Haltung auf anderen politischen, aber auch afrikanischen Gebieten in Verbindung gebracht und vorausgesetzt, daß ich persönlich eine „unfavourable view“, eine un-

---

*) Fehlt im StB.

[1]) Nach diesem oder deswegen, vgl. Bd. VIII 247.

[2]) S. u. S. 101.

[3]) Sitzung des Oberhauses vom 27. Februar 1885, vgl. Schultheß' Geschichtskalender 1885 S. 246 f.

günstige Meinung über die ägyptische Politik Englands hätte, und 2. 3. 1885.
als Motiv dieser ungünstigen Meinung wird bei mir eine persönliche Empfindlichkeit darüber angenommen, daß von englischer Seite ein Rath, den ich früher bezüglich Aegyptens gegeben hätte, nicht befolgt worden sei. Ich bedaure, daß mein englischer College mich in die Lage bringt, seiner*) Kundgebung widersprechen zu müssen. Ich habe ihm gegenüber nie die englische Politik bezüglich Aegyptens getadelt. Ich erlaube mir überhaupt über fremde Politik nicht leicht ein Urtheil, und am allerwenigsten habe ich das gethan wegen einer Nichtbefolgung eines Rathes von mir. Ich habe aber auch den Rath, der hier, als von mir stammend, angeführt ist, niemals gegeben. Lord Granville befindet sich im Irrthum, wenn er annimmt, daß mein Rath in Bezug auf Aegypten dahin gelautet habe, „to take it", Aegypten zu nehmen. Das ist ein Irrthum,

(Hört! Hört!)

auf dessen Berichtigung ich halte, und der mich nöthigt, meinerseits in der Offenlegung vertraulicher Verhandlungen weiter zu gehen, als es sonst in meiner Gewohnheit liegt.

Ich darf als bekannt voraussetzen, daß der diplomatische Verkehr von englischer Seite neuerdings vorwiegend und fast ausschließlich in der Form schriftlicher Noten betrieben wird, also in der Gestalt von Noten, die in London redigirt werden, deren Text hierher geschickt wird, von dem hiesigen englischen Botschafter unterschrieben und mir dann der Form nach vorgelesen, eingehändigt oder in Abschrift belassen wird, je nachdem der Inhalt der Note ist. Aber im Ganzen ist es eine Correspondenz, der ähnlich, wie eine Privatcorrespondenz vom Schreiber zum Empfänger direct schriftlich geht, fertig abgeschlossen, ohne Möglichkeit, Etwas zu ändern auf Grund des Eindrucks, den sie etwa macht, und bei der der Botschafter nur die Rolle des Ueberbringers hat. Jeder andere Beamte würde das auch thun können; ja die Post würde die Note mit derselben Sicherheit besorgen wie die Botschaft, wie die Diplomatie. Wenn dieses System das zweckmäßige ist, dann ist unsere ganze kostspielige Diplomatie überflüssig,

(Hört! Hört! Heiterkeit rechts.)

*) S. 1503a.

2. 3. 1885. dann kann der Weltpostverein, mein Herr College Stephan, den sämmtlichen diplomatischen Verkehr in seine Hand nehmen.

(Heiterkeit rechts.)

Ich habe aber oft gefunden, daß es für das Verständniß unter Cabineten nützlich ist, wenn man Geschäfte machen will, zunächst dem eigenen Vertreter den Auftrag zu geben, mündlich zu sondiren, welches die Aufnahme einer Eröffnung sein wird; ist sie ungünstig, kann man unter Umständen die Sache fallen lassen, modificiren oder, wenn man glaubt, es muß sein, sagen: Wir werden es doch thun in irgend einer Form, Ihr müßt Euch dazu stellen in irgend einer Weise. Auf die Art bereitet man auf die Sache vor, und man kommt ohne Schwierigkeit über eine Sache hinüber, die, wenn man sie fertig, schriftlich einer fremden Regierung mit der Post zuschickt, für dieselbe empfindliche Dornen haben kann, auf die man beim Schreiben gar nicht gerechnet hat. Es gehört schon eine ungewöhnlich genaue Kenntniß des fremden Hofes, der Leitung der fremden Politik dazu, wie sie die meisten Staaten wohl nicht haben, um mit Sicherheit die Wirkung einer geschriebenen Mittheilung vorher zu berechnen. Der Botschafter an Ort und Stelle ist eher in der Lage, anzufühlen und vorzubereiten.

Ich halte also den mündlichen Verkehr für zweckmäßig; von englischer Seite wird der schriftliche vorgezogen. Wir haben seit dem vorigen Sommer an Noten — ich habe die Ziffer feststellen lassen, weil es mir auffiel, daß es so sehr viele waren; ich muß jede solche Note beantworten, und ich überwache die Redaction selbst und prüfe sie; es hat mir viel Arbeit gemacht — wir haben seit dem vorigen Sommer einhundert und — ich glaube achtundzwanzig schriftliche Noten vom englischen Cabinet bekommen, die zusammen zwischen sieben= bis achthundert Seiten lang

(Hört! Hört! rechts.)

und*) zu beantworten waren. So viel haben wir von allen übrigen Regierungen in den dreiundzwanzig Jahren, daß ich Auswärtiger Minister bin, nicht bekommen.

(Heiterkeit.)

Jede Nation und jede Regierung hat ja das Recht, die Geschäfte

*) S. 1503b.

zu betreiben, wie sie es nützlich hält, und es ist ja gewiß, daß 2. 3. 1885.
eine Auswärtige Politik, wenn sie in gedruckten und veröffentlichten Noten betrieben wird, unter Umständen auf das eigene Parlament einen tieferen, günstigeren Eindruck machen kann als der mündliche, unbekannt bleibende Verkehr durch Diplomaten; aber man läuft dann unwillkürlich Gefahr, einiger Maßen auch für den Eindruck im Parlament und nicht ausschließlich für den Eindruck auf die fremde Regierung und für den Frieden, das gute Einvernehmen mit ihr zu schreiben.

Die Anspielungen, die in verschiedenen von England veröffentlichten — und zum Theil zu meiner Ueberraschung veröffentlichten — Actenstücken enthalten sind, auf frühere Verhandlungen über Aegypten, und die in der jüngsten Rede des Grafen Granville vorhanden sind, werden sich richtig stellen durch das, was ich zu sagen im Begriff bin.

Ich habe niemals einen Rath über die Behandlung Aegyptens an die englische Regierung ertheilt. Wohl aber bin ich um solchen befragt worden zu verschiedenen Malen sowohl von meinem verstorbenen persönlichen und politischen Freund Lord Ampthill hier im Auftrage seiner Regierung als auch durch Vermittelung unserer in England anwesenden Organe und mündliche Aufträge, die denen zur Bestellung an mich gegeben worden sind, und in allen Fällen lautete die Anfrage an mich dahin, ob ich bereit wäre, der englischen Regierung einen Rath oder einen Wink — „an advise or a hint" — zu geben über das, was sie augenblicklich in Aegypten thun möchte*), und was bei uns Billigung finden würde.

(Sehr gut! rechts. Heiterkeit.)

Darauf habe ich jedes Mal — und einige Male bin ich sogar in der Lage, darüber die schriftlichen Aufzeichnungen der Organe zu besitzen, die ich mit der Beantwortung beauftragt habe — die Antwort in dem Sinne gegeben, wie in dem Schriftstück aus dem September 1882, welches ich hier mitgebracht habe: daß ich mich in meiner Eigenschaft als Auswärtiger Minister des Deutschen Reiches enthalten müsse, der englischen Politik einen Rath zu geben, weil ein solcher Rath, in der amtlichen Eigenschaft ertheilt, doch

*) StB.: möchten.

2. 3. 1885. eine gewisse Verantwortlichkeit anderen Cabineten gegenüber und auch für die Folgen, die er haben kann, mit sich brächte. Ich müßte es also ablehnen, ihn zu ertheilen.

Ich bin dann weiter gefragt worden, ob ich denn nicht eine Meinung äußern wollte über Das, was geschehen könne. Ich habe darauf gesagt: ich könne mich in den Fall hineindenken, daß ich englischer Minister wäre, und als Dilettant in der englischen Politik und als ein Liebhaber, vielleicht auch Kenner der Sache, hätte ich meine Ansichten, und wenn ich englischer Minister wäre, so würde ich in diesem Augenblicke nicht dazu rathen, Aegypten zu annectiren, wohl aber sähe ich ein, daß es für England ein Bedürfniß wäre, eine gewisse sichere Stellung in diesem Bindeglied seines*) europäischen und seines*) asiatischen Etablissements zu haben. Es könnte aber diese Stellung meines Erachtens, ohne mit den Verträgen in Collision zu kommen, nur durch den Sultan gewinnen. Ich würde daher, wenn ich englischer Minister wäre, die Vermittelung des Sultans suchen, um durch ihn in Aegypten eine Stellung zu erlangen, vermöge deren die englischen Interessen sichergestellt würden. Ich wäre auch der Meinung, daß diese Form bei anderen Nationen kaum Anstoß erregen würde, einmal wegen ihrer Verträglichkeit mit den Verträgen, dann aber auch, weil sie den Hauptinteressenten an den ägyptischen Finanzen, den französischen sowohl wie den englischen bondholders [1]) und auch denen der übrigen Nationen, mit**) Wahrscheinlichkeit eine sichere, geschickte und geordnete Verwaltung Aegyptens durch die englischen Organe voraussehen ließe***). Damit würden, beispielsweise bei der Bedeutung, die die financiellen Interessen in Frankreich hätten, wahrscheinlich keine französischen Rivalitäten und Unzufriedenheiten provocirt werden. Wenn dagegen England eine directe Annexion Aegyptens vornehmen wollte, so könne sich ein Verhältniß von ziemlicher Spannung mit mehreren europäischen Mächten bilden, die auch Interessen dort hätten, namentlich aber mit dem Sultan und zu dem gesammten Muhamedanismus. Diese Spannung

---

*) StB.: ihres.

**) S. 1504a.

***) StB.: ließen.

[1]) Inhabern von Staatsschuldverschreibungen.

würde fortfallen, wenn sie[1]) dort unter der Firma des Sultans erschienen, und ich gebrauchte noch den Ausdruck — vielleicht wird mein englischer Herr College sich dessen erinnern —, ich gebrauchte in englischer Sprache den Ausdruck eines „lease-holder“ [2]) des Sultans in Aegypten. Damit würden sie vermeiden, Frankreich und Andere zu verstimmen, und uns sei der gute Vertrag[3]) zwischen England und Frankreich dringend wünschenswerth, denn ein Bruch zwischen diesen beiden großen Mächten in der Mitte Europas sei eine Calamität für ganz Europa, in erster Linie aber für uns Deutsche als die nächsten Nachbarn, und ich legte deshalb einen großen Werth darauf, daß England mit Frankreich in guten Beziehungen bliebe. Dies wäre der Weg, auf dem ich, wenn ich englischer Minister wäre, versuchen würde, to obtain influence in Egypt[4]). Ich habe dem hinzugefügt: Wenn England vorziehen sollte, Aegypten zu annectiren, so würden wir es nicht als unsere Aufgabe betrachten, dies zu verhindern. Die Freundschaft mit England wäre für uns wichtiger — ich kann nur langsam lesen, weil ich übersetze —, wäre für uns wichtiger als das zukünftige Schicksal von Aegypten. Ich sei nicht Willens, ihnen einen Rath zu geben, aber ich sähe voraus, daß durch eine Annexion Aegyptens England sich Schwierigkeiten bereiten würde, welche es vermeiden könne, ohne auf den Zweck gesicherter Verbindung zu verzichten, wenn England sich damit begnügen wolle, unter türkischer Souveränität seinen Einfluß in Aegypten auszuüben. 2. 3. 1885.

Dann folgt eben die schon erwähnte Betrachtung, daß die großen französischen Financiers damit zufrieden sein würden in der Hoffnung, daß ihre geschäftlichen Interessen durch die englische Verwaltung eben so gut gewahrt werden würden als früher durch die gemeinsame Leitung, und daß bei dem augenblicklichen Vorwiegen der financiellen Interessen die öffentliche Meinung in Frankreich vielleicht sogar die Annexion Aegyptens ertragen würde, daß aber in dem Falle immer doch some ill-feeling and uneasiness, eine üble Empfindung und — es ist schwer zu übersetzen — und Miß-

---

[1]) Die Engländer.

[2]) Pächter.

[3]) Hier im Sinne von „Einvernehmen“.

[4]) Einfluß in Aegypten zu gewinnen.

2. 3. 1885. stimmung zurückbleiben werde, welche die Beziehungen dieser beiden Länder verbittern und Gefahren für den zukünftigen Frieden mit sich bringen könnte. Ich habe also nicht gerathen, „to take it“, sondern von der Annexion so dringend abgerathen, wie in meiner unbetheiligten Stellung thunlich war. Ich habe dann noch hinzugefügt: Die Erledigung dieser Frage liegt ja ohne Zweifel der englischen Regierung ob, und ich meine ihr dieselbe ausschließlich zu überlassen; aber wie auch der Entschluß Englands ausfallen möge, wir werden ihm nicht im Wege stehen, wir empfehlen nur die Vorsicht und die Achtung vor den Verträgen und vor den Rechten des Sultans.

Nun, ich bin gegen meinen Willen genöthigt gewesen, diese Aufklärung zu geben, um den Insinuationen endlich einmal bestimmt zu widersprechen, die oft dahin gemacht worden sind, als hätte ich mir seit Jahren angelegen sein lassen, die englische Regierung durch lockende Versprechungen von fremdem Besitzthum von dem Pfad der Tugend abzulocken

(Heiterkeit.)

und dadurch in Europa Verwirrung anzurichten. Das ist vollständig unrichtig. Ich habe mich im Vertrauen und nur auf*) ausdrückliches Befragen nach meinem Rath darüber geäußert, was ich thun würde, wenn ich augenblicklich englischer Minister wäre. Ich habe das widerstrebend und auf wiederholtes Verlangen gethan; aber ich habe es schließlich gethan in der Ueberzeugung, daß ich auch auf diesem Wege dem Ziele, welchem ich nachstrebe, der Erhaltung des Friedens in Europa und unter seinen großen Mächten, nützlich sein könnte,

(Bravo!)

wenn ich der englischen Regierung Rathschläge der Mäßigung gäbe. Wären sie befolgt worden, so wäre manche Verwickelung seitdem vielleicht nicht eingetreten [1].

(Bravo!)

*) S. 1504b.

[1]) Dem Minister Granville war die Erwähnung der vertraulichen Correspondenz, die das frühere Cabinet über Aegypten mit Fürst Bismarck gehabt hatte, sehr unangenehm, und so suchte er sich damit herauszureden, daß er bei seiner Aeußerung im Parlament an spätere, nicht vertrauliche Erklärungen Bismarcks gedacht habe. Nach der „Pall Mall Gazette“ äußerte er:

Es ist dies eine Episode, die mit dem Gegenstand, der das Haus beschäftigt, nur äußerlich zusammenhängt, und von der ich 2. 3. 1885.

„Ich hatte nicht die Absicht, auf jene privaten und sehr freundschaftlichen Eröffnungen Bezug zu nehmen, von denen Fürst Bismarck im Reichstag gesprochen hat. Ich hatte spätere, nicht vertrauliche Erklärungen im Sinn, welche mir zu besagen schienen, daß — wie immer die Meinung jetzt sein mag — vor zwei Jahren der Wunsch und die Hoffnung bei der deutschen Regierung bestanden haben, daß England die Vertretung der europäischen Interessen in Aegypten für die Zukunft seinerseits in die Hand nehmen möge."

Da die „Pall Mall Gazette" dem Bericht über diese Aeußerung ihrerseits die boshafte Bemerkung hinzufügte, „daß hierauf wieder ein schroffes Dementi von Berlin aus zu erwarten sei", so ließ Fürst Bismarck durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 11. März 1885 Nr. 117 folgende Erklärung veröffentlichen:

„Diese Hoffnung der „Pall Mall Gazette" auf weitere polemische Erörterungen zwischen den beiden Cabineten ist unbegründet. Die Aeußerung Lord Granvilles ist ganz correct und den Thatsachen entsprechend. Lord Granville hat an der citirten Stelle seiner Rede mit vollem Recht sagen wollen, daß vor zwei Jahren, also in demselben Jahre 1883, auf welches sich gerade die Mittheilungen in der Rede des Reichskanzlers vom 2. März bezogen, in der Zeit nach dem Bombardement von Alexandrien, in Deutschland — und wir glauben bei allen europäischen Cabineten — die Hoffnung vorwaltete, daß England die durch sein Eingreifen in Aegypten gewonnene Stellung dazu benutzen werde, als negotiorum gestor der europäischen Interessen die Ordnung aufrecht zu halten und die ägyptischen Finanzen, im Interesse des Landes sowohl, wie der Gläubiger, haushälterisch und gerecht zu verwalten. Diese Ansicht war damals allgemein, und die Staatsmänner aller Cabinete haben sie getheilt. Sie bildete das Motiv namentlich für Frankreich, den Erfolg der Herstellung der Ordnung in Aegypten durch englische Streitkräfte abzuwarten, der englischen Verwaltung in Aegypten, in Ausübung ihres mandatum praesumptum, fair play zu lassen. In Deutschland wurde angenommen, daß England bei seiner negotiorum gestio gerade das System befolgen werde, von welchem der Reichskanzler in seiner neulichen Rede sagte, er würde es, wenn er englischer Minister gewesen wäre, gehandhabt haben: nämlich die Ausübung des englischen Einflusses in Aegypten Namens des Sultans als des Souveräns und unter dessen Autorität.

In einer von deutscher Seite ausgegangenen Mittheilung vom Januar d. J. ist, wie bei der bekannten Unterredung des Reichskanzlers mit Sir Edward Malet, gerade auf dieselben „privaten und sehr freundschaftlichen Eröffnungen" von vor zwei Jahren Bezug genommen, von denen der Kanzler dem Reichstage am 2. März Mittheilung machte. Der Reichskanzler hat sich vor zwei Jahren nur in diesem und in keinem anderen Sinne England gegenüber geäußert, und auf diese damaligen Aeußerungen in einer geschäftlichen Mittheilung vom Januar d. J. wieder angespielt. Die Anführung Lord Granvilles, daß „in einer späteren, nicht vertraulichen Erklärung" (im Januar cr.) daran erinnert worden sei, daß Deutschland vor zwei Jahren mit Vertrauen der Vertretung der europäischen Interessen in Aegypten durch England entgegen gesehen habe,

2. 3. 1885. hoffe, daß sie mit der Verstimmung, die sich in England daran knüpft, bald vorübergehen werde. Ich suche den Grund dieser Verstimmung in der Erfahrung, daß man, wenn man überhaupt übler Laune ist, den Grund der Ereignisse, über die man verdrießlich ist, immer lieber bei Anderen, als bei sich selbst sucht.

(Sehr richtig!)

Aber ich werde thun, was in meinen Kräften steht, um sine ira et studio [1]) in der versöhnlichsten Weise die Sache wieder in das Geleise des ruhigen und freundschaftlichen Verkehrs zu bringen, der zwischen uns und England jeder Zeit bestanden hat und der natürlichste ist, weil Keiner von Beiden vitale Interessen hat, die einander widersprächen. Denn ich kann es doch nur für einen Irrthum in der Schätzung halten, wenn England uns unsere bescheidenen Colonialversuche mißgönnt. Wenn man auch geneigt ist, auf die Stimmung jedes einzelnen Colonialrheders und Kaufmanns englischer Nation Rücksicht zu nehmen, so kann ich doch nicht glauben, daß man die Art, unserer Colonialpolitik entgegenzuwirken, wie sie sich in Kamerun sowohl wie in Australien, in Neuguinea, in Fidji und an anderen Orten gezeigt hat —, beibehalten werde, ohne Rücksicht auf die Stimmung zu nehmen, in welche die deutsche Nation dadurch versetzt wird. Bei den fremden Nationen machen die Vorgänge in Deutschland ja sehr leicht den Eindruck, daß bei uns zwar unter Umständen, wie 1870, wie 1813, die geharnischten Männer aus der Erde wachsen wie aus der Saat der Drachenzähne in der griechischen Mythe in Kolchis, aber, daß sich dann auch stets irgend ein Zaubersteinchen der Medea findet, welches man zwischen sie werfen kann, worauf sie über einander herfallen und sich so raufen, daß der fremde Jason ganz ruhig dabei stehen kann und zusehen, wie die deutschen gewappneten

---

ist also vollkommen correct; die Ausführungen des Reichskanzlers in der Reichstagssitzung vom 2. März erläutern das Nähere, in welcher Form die englische Vertretung der Interessen Europas in Aegypten, nach Ansicht des Reichskanzlers, wenn er englischer Minister gewesen wäre, an angemessensten hätte verwirklicht werden können.

Zu der Befürchtung oder Hoffnung der „Pall Mall Gazette“, daß Lord Granvilles jüngste Aeußerung zu „a gruff disclaimer“ führen werde, liegt hiernach nicht der geringste Anlaß vor.“

[1]) Ohne Haß und Liebe, vgl. Bd. VI 132. 294, X 288.

Recken sich unter einander bekämpfen. Es liegt eine eigenthümliche 2. 3. 1885.
prophetische Voraussicht in unserem alten nationalen Mythus, daß sich, so oft es den Deutschen gut geht, wenn ein deutscher Völkerfrühling wieder, wie der verstorbene College Völk sich ausdrückte, anbricht, daß dann auch stets der Loki nicht fehlt, der seinen Hödur findet, einen blöden, dämlichen Menschen, den er mit Geschick veranlaßt, den deutschen Völkerfrühling zu erschlagen respective niederzustimmen [1]).

(Lebhaftes Bravo.)

Unter dem tiefen Eindruck der Rede des Reichskanzlers stehend, erklärten sich Namens der verschiedenen Parteien die Abg. Frhr. v. Huene, Frhr. v. Maltzahn-Gültz, Frhr. Schenk v. Stauffenberg, Hammacher, Windthorst und Nobbe sammt und sonders mit der Forderung einverstanden, und mit großer Majorität bewilligte der Reichstag die Summe als Pauschquantum. Die Resolutionen nahm der Reichstag in seiner 61. Sitzung am 7. März 1885 an.

Die Verstimmung mit England wurde durch persönliche Unterhandlungen des Grafen Herbert v. Bismarck, der am 3. März nach London gesendet wurde, beigelegt; am 6. März bereits entschuldigte sich Lord Granville in einer im Oberhause gehaltenen Rede wegen seiner die Ehrlichkeit der deutschen Diplomatie verdächtigenden Aeußerungen, am 12. März begrüßte Gladstone im Unterhause Deutschland als Genossen Englands auf dem Gebiete der civilisatorischen Bestrebungen (vgl. Schultheß' Geschichtskalender 1885 S. 248 f. 250).

65. Sitzung des Deutschen Reichstags

Donnerstag 12. März 1885.

Die mit der Prüfung des Gesetzentwurfs, betreffend Postdampf- 12. 3. 1885.
schiffsverbindungen mit überseeischen Ländern, beauftragte Commission (s. Bd. X 273 ff.) gelangte nur zu einem negativen Ergebniß. In der ersten Lesung des Gesetzentwurfs hatte die Commission nur die afrikanische Linie gestrichen und dem entsprechend den Beitrag des Reichs von 5400000 Mark auf 4400000 Mark herabgemindert; in zweiter Lesung fielen durch die Stimmen der dem Centrum und der deutsch-freisinnigen Partei angehörenden Mitglieder der Commission auch die australische Hauptlinie und die Zweiglinie nach den Tongo- und Samoainseln; entsprechend wurde die für Beihilfen des Reichs noth-

[1]) Vgl. u. S. 83 f.

12. 3. 1885. wendige Summe auf 1700000 Mark jährlich herabgesetzt. Nach diesen Abstrichen erklärten die Conservativen und Nationalliberalen den Torso für unannehmbar, und so wurde der ganze Gesetzentwurf bei der Gesammtabstimmung mit 14 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Demgemäß trat die Commission mit leeren Händen und ohne jeden Antrag vor das Plenum des Reichstags, auf dessen Tagesordnung für die 65. Sitzung am 12. März 1885 die zweite Berathung des Gesetzentwurfs gesetzt worden war. Dagegen beantragten die Abg. Graf v. Behr-Behrenhoff, Dr. Hammacher, v. Helldorff mit einem stattlichen Gefolge von Conservativen und Nationalliberalen die Herstellung der Vorlage der verbündeten Regierungen, die socialdemokratischen Abg. Dietz, Hasenclever und Singer die Annahme des Gesetzentwurfs nach den Beschlüssen der zweiten Lesung der Commission, jedoch unter Streichung der von der australischen Linie ausgehenden Zweiglinie nach den Samoainseln und Herabsetzung des Reichszuschusses auf 3700000 Mark; der Antrag der Abg. Rintelen und Racke deckte sich bezüglich der ostasiatischen Linie mit den Beschlüssen der Commission in zweiter Lesung, forderte aber in einem einzuschaltenden § 1a für den Reichskanzler die Ermächtigung, zum Anschluß an die Hauptlinie die Einrichtung und Unterhaltung einer Zweiglinie von Triest über Brindisi nach Alexandrien an geeignete deutsche Unternehmer auf eine Dauer bis zu fünfzehn Jahren zu übertragen und dazu eine Beihilfe bis zum Höchstbetrage von 200000 Mark [1]) zu bewilligen. Jedem dieser Gesetzentwürfe war eine Anlage beigefügt, welche die in die Submissionsverträge aufzunehmenden Hauptbedingungen über Zahl der Fahrten, Dampferbeschaffenheit, Fahrgeschwindigkeit u. A. enthielt, wie solche innerhalb der Commission berathen und angenommen worden waren. Sie lautete zum Antrag

Behr-Behrenhoff:	Dietz-Hasenclever:	Rintelen:
1. Die	Fahrten	müssen
auf der ostasiatischen und australischen Linie	auf beiden Linien	
in Zeitabschnitten von mindestens vier Wochen stattfinden,		
auf der afrikanischen Linie mindestens jeden Monat ein Mal.		

2. Die in die Fahrt einzustellenden Dampfer dürfen in ihrer Construction und Einrichtung, namentlich in Bezug auf Personen-

---

[1]) StB. Anlage Nr. 250 S. 1125 steht zwar 100000 Mark, doch ist dies Druckfehler, vgl. StB. 1792a.

<table>
<tr><th></th><th>Behr-Behrenhoff:</th><th>Dietz-Hasenclever:</th><th>Rintelen:</th><th>12. 3. 1885.</th></tr>
<tr><td></td><td colspan="3">beförderung und Sicherheit, den auf denselben Linien laufenden Postdampfern anderer Nationen nicht nachstehen.</td><td></td></tr>
<tr><td>3.</td><td colspan="3">Die Fahrtgeschwindigkeit ist</td><td></td></tr>
<tr><td></td><td>für die Linien nach Ostasien und Australien</td><td>für die Linien</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td></td><td colspan="3">auf mindestens 11 1/2 Knoten im Durchschnitt festzusetzen.</td><td></td></tr>
<tr><td></td><td>Für diese Linien ist die Zeitdauer der Reisen</td><td colspan="2">Die Zeitdauer der Reise ist</td><td></td></tr>
<tr><td></td><td colspan="2">von Brindisi oder Neapel ab nach Shangai und Sydney und zurück</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td></td><td colspan="3">nach diesem Verhältniß mit entsprechendem Zuschlag für den Aufenthalt in den anzulaufenden Häfen in Stunden mit einem Abschlag von 1 Knoten pro Stunde für die Fahrt gegen den Monsun zu berechnen.</td><td></td></tr>
<tr><td>4.</td><td colspan="2">Der Unternehmer ist verpflichtet, entweder bei der Hin- und Rückfahrt an einem belgischen oder holländischen Hafen anzulaufen, oder die dort zur Verladung gestellten Waaren deutscher Provenienz ohne Frachtzuschlag nach dem Abgangshafen des Schiffes überzuführen.</td><td>Die Unternehmer der Hauptlinie (beziehungsweise Hauptlinien [§ 1]) sind verpflichtet, bei der Hin- und Rückfahrt Rotterdam oder Antwerpen anzulaufen.</td><td></td></tr>
<tr><td>5.</td><td colspan="2">Der Unternehmer ist verpflichtet, sofern die bewilligte Summe dazu ausreicht, die Linie Brindisi—Alexandrien bis Triest auszudehnen.</td><td></td><td></td></tr>
<tr><td>6.</td><td>In diesen Linien einzustellende neue Dampfer müssen möglichst auf deutschen Werften gebaut sein.</td><td>Die in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen neu sein, aus deutschem Material hergestellt werden, und ist der Bau derselben</td><td>(5.) Der Bau neuer Dampfer ist</td><td></td></tr>
<tr><td></td><td></td><td colspan="2">bei gleichen Herstellungskosten und gleicher</td><td></td></tr>
<tr><td></td><td></td><td>Leistungsfähigkeit</td><td>Zuverlässigkeit der Arbeitsleistung wie bei fremden Werften</td><td></td></tr>
<tr><td></td><td></td><td colspan="2">deutschen Werften zu übertragen.</td><td></td></tr>
</table>

12. 3. 1885. Behr-Behrenhoff: Dietz-Hasenclever: Rintelen:

7. (6.) Alle in die Fahrt einzustellenden Dampfer müssen vorher durch von der Regierung zu ernennende Sachverständige | Sachverständige

als den vorstehenden Anforderungen genügend anerkannt werden.

Die Ernennung der Sachverständigen erfolgt durch den Reichskanzler. Unter denselben müssen Angehörige der Kaiserlichen Marine sich befinden.

8. (7.) Für ungerechtfertigte Verzögerungen bei der Fahrtausführung werden entsprechende Abzüge von der Subventionssumme gemacht.

9. (8.) Die Dampfer führen die deutsche Postflagge und befördern die Post | die Reichspost und die Königlich bayrische und württembergische Post

nebst den etwaigen Begleitern ohne besondere Bezahlung.

10. (9.) Die regelmäßigen Fahrten müssen spätestens zwölf Monate nach Abschluß der Verträge beginnen.

11. (10.) Zur Sicherstellung der Erfüllung der Vertragsverbindlichkeiten ist, soweit erforderlich, den Unternehmern die Bestellung einer Caution aufzuerlegen.

12. (11.) Erwachsen den Unternehmern aus dem Betriebe (dieser Linien, Behr-B.) dauernd größere Gewinne, so kann die Regierung den Unternehmern größere Leistungen, zum Beispiel in Bezug auf schnellere oder vermehrte Fahrten u. s. w., auferlegen,

oder die Subventionssumme entsprechend kürzen.

(12.) Dem Reichskanzler oder den von demselben bestimmten Organen steht die Einsicht in die kaufmännischen und nautischen Bücher der subventionirten Unternehmungen offen.

Der erste Tag der Debatte war der Berathung der einzelnen 12. 3. 1885.
Punkte dieser Anlage gewidmet, die auf den Antrag des Abg. Richter der Berathung über § 1 des Entwurfs vorangestellt wurde, da viele Mitglieder des Reichstags ihre Abstimmung über den grundlegenden Paragraphen des Gesetzes von Annahme oder Ablehnung dieser Bestimmungen abhängig gemacht hätten. Bei Nr. 6 (5) gab der Abg. Hasenclever die Erklärung ab, daß die Annahme der von ihm beantragten Fassung für seine politischen Freunde die Vorbedingung ihrer Zustimmung zur Dampfervorlage überhaupt sei. Naturgemäß gewönnen bei der Subvention die reichen Unternehmer am meisten, sein Antrag bezwecke, auch den deutschen Arbeitern einen Antheil an der Dampfersubvention zu sichern durch die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit. Das „möglichst" des conservativ-nationalliberalen Antrags sei nichtssagend, denn es lasse der Regierung volle Freiheit, nach ihrem Gutdünken die Schiffe auch auf außerdeutschen Werften bauen zu lassen. Die Einstellung völlig neuer Schiffe sei im Interesse der Arbeiter gefordert, denn wenn die Verwendung alter Schiffe gestattet werde, so werde man erleben, daß neue Schiffe überhaupt nicht gebaut würden, da der Norddeutsche Lloyd so viel alte Schiffe besitze, daß man wohl noch fünfzehn Jahre auf den subventionirten Linien damit auskommen könnte. Hierzu bemerkte Fürst Bismarck*):

Ich würde bedauern, wenn wegen des Wortes „möglichst" unserer Gesammtvorlage größere Schwierigkeiten bereitet würden, als ohnehin vorhanden sind. Ich würde meinerseits gerne bereit sein, bei den verbündeten Regierungen die Streichung dieses Wortes in dem betreffenden Antrage zu befürworten und die Verpflichtung eingehen, daß Das, was überhaupt neu gebaut wird, auf deutschen Werften gebaut werden soll. Es kann ja in Folge dessen vielleicht die Indienststellung neuer Schiffe etwas längere Zeit erfordern; schlechtere Schiffe würden wir auf deutschen Werften nicht bekommen, sie werden auf denselben eben so gut gebaut werden. Ich sehe also keinen Grund, auf diese Clausel „möglichst", die immer noch die von dem Herrn Vorredner bedauerte Facultät der Regierung übrig läßt, ein erhebliches Gewicht zu legen; und ich glaube nicht fehl zu gehen, wenn ich überzeugt bin, daß die verbündeten Regierungen derselben keinen Werth beimessen, sondern bereit sein werden, die Verpflichtung zu übernehmen, daß alle neu zu erbauenden Schiffe auf deutschen Werften gebaut werden sollen.

---

*) StB. 1778a.

12. 3. 1885. Etwas anders liegt nun die Frage, ob alle Schiffe neu gebaut werden müssen, die in Dienst gestellt werden sollen, ob das gleich von Hause aus der Fall sein soll. Es ist ja ziemlich unzweifelhaft, daß so viel Schiffe, als in den von uns beabsichtigten neuen Unternehmungen überhaupt Verwendung finden, im Ganzen werden neu gebaut werden müssen; denn diese Unternehmungen bestehen im Augenblicke nicht, und die vorhandenen, jetzt existirenden Schiffe haben im Allgemeinen ihre Beschäftigung, wenigstens so weit, daß sie nicht regelmäßig Jahr aus Jahr ein für einen anderen Dienst in Anspruch genommen werden können. Es ist also wahrscheinlich, daß mit der Zeit — und ich glaube, daß hierzu nicht ein Zeitraum, wie der Herr Vorredner sagt, von fünfzehn Jahren anzunehmen ist — so viele Schiffe auf deutschen Werften*), wenn wir das „möglichst" streichen, neu erbaut werden, als überhaupt im Dienste der neuen Unternehmungen Verwendung finden. Ich kann da dem Herrn Vorredner und seinen Parteigenossen doch zu erwägen geben, daß das Beste wiederum des Guten Feind ist. Wenn von Hause aus der Zwang ausgesprochen werden soll, daß alle Schiffe neu sein müssen, die in Dienst gestellt werden, so kann das möglicher Weise die Unternehmer, mit denen wir bisher unterhandelt haben, abschrecken. Jeden Falls werden die Kosten dadurch erheblich gesteigert werden. Es kann sein, daß diese gesteigerten Kosten dem Unternehmen noch mehr Gegner schaffen, als augenblicklich vorhanden sind, und daß es dann gerade durch diese Steigerung der Kosten ganz fällt. Dann würde für die Werftarbeiter noch schlechter gesorgt sein, als wenn der Antrag so angenommen wird, wie er jetzt steht; denn dann würden überhaupt keine Schiffsbauten stattfinden und keine Indienststellung. Also da möchte ich doch empfehlen, daß wir den Bogen nicht zu stark spannen. Wenn der Reichstag bereit ist, auch die Mehrkosten, die dadurch verursacht werden, daß alle Schiffe neu sein müssen, zu bewilligen, ja, dann würden die verbündeten Regierungen sich dem schwerlich widersetzen; ich fürchte aber, daß die Gefahren, die Vorlage abgelehnt zu sehen, gesteigert werden, wenn wir diese strengen, und wie ich glaube, für den Beginn nicht erforderlichen Bedingungen

*) S. 1778b.

von Hause aus stellen. Dieses Unternehmen, wie jedes andere, muß sich organisch entwickeln; es kann nicht gleich von Hause aus in höchster Vollkommenheit ins Leben treten. Wenn wir es überhaupt zur Lebensfähigkeit bringen, so lassen Sie unseren Zögling im ersten Augenblick immer schwächlich sein und zu manchen Ausstellungen und Desiderien noch Anlaß geben: die werden wir mit der Zeit noch aufbessern. Verlangen wir zu viel: qui trop embrasse [1]) — ich will keine fremden Citate machen: wer sich zu viel vornimmt, läuft Gefahr, gar Nichts zu erreichen; und deshalb möchte ich bitten, an dem „möglichst" keinen Anstoß zu nehmen und das eventuell so anzusehen, als wenn es nicht da stände, die Forderung aber, daß alle Schiffe von Hause aus neu sein sollen, nicht zu stellen, wenn wir nicht die Gewißheit haben, daß die dadurch entstehenden Mehrkosten auch vom Reichstage bewilligt werden. Ich fürchte, daß wir da eine Fehlrechnung machen, und ich möchte gerade im Interesse der Arbeiter, die auf den Werften Beschäftigung finden sollen, davon abrathen, daß Bedingungen gestellt werden, die vielleicht dahin führen, daß wir gar nicht in die Lage kommen, ihnen neue Beschäftigung zu geben. 12. 3. 1885.

(Bravo!)

Der Abg. v. Helldorff beantragte darauf Namens seiner Parteigenossen die Streichung des Wortes „möglichst" in Nr. 6 der Anlage; nachdem dieser Antrag angenommen worden war, blieb bei der Abstimmung über Nr. 6 die von den Abg. Dietz und Hasenclever beantragte Formulirung in der Minderheit, der Abg. Rintelen erklärte die Zurückziehung der vom Centrum vorgeschlagenen Fassung. Die von Conservativen und Nationalliberalen beantragte Fassung fand die Majorität. Von den übrigen Nummern der Anlage fanden Annahme 2, 4 (in der Fassung des Antrags Rintelen, jedoch mit der Aenderung, daß statt „Rotterdam und Antwerpen" eingesetzt wurde: „einen belgischen oder holländischen Hafen"), 5, 7 (6) in der identischen Fassung des Antrags v. Behr und Dietz, 8 (7), 9 (8) in der identischen Fassung des Antrags v. Behr und Dietz, 10 (9), 11 (10), 12 (11) in der Fassung des Antrags Rintelen. Ueber Nr. 1 und 3 wurde die Abstimmung ausgesetzt bis nach Discussion des § 1 des Gesetzentwurfs, Nr. 12 der Anlage in der Fassung des Antrags Rintelen

---

[1]) Vollständig: qui trop embrasse, mal étreint, d. h. wer zu viel unternimmt, führt Nichts ordentlich aus.

12. 3. 1885. wurde abgelehnt. Die Discussion des Gesetzentwurfs selbst wurde auf die

66. Sitzung des Deutschen Reichstags

Freitag 13. März 1885

13. 3. 1885. vertagt. In dieser ergriff zuerst der Abg. v. Hellborff das Wort, um den Antrag auf Wiederherstellung der Vorlage der verbündeten Regierungen zu vertheidigen im Interesse des nationalen Ansehens, des deutschen Handels und der deutschen Colonialpolitik. Nach ihm trat der Abg. Rintelen für den Antrag des Centrums ein, nur die ostasiatische Linie zu bewilligen. Ausgehend von der financiellen Seite der Vorlage, die dem Reiche eine Ausgabe von im Ganzen 81 Millionen Mark zumuthe, erklärte er die strengste Prüfung für nothwendig. Vor allen Dingen sei die Bedürfnißfrage selbst zu prüfen. Indem er sich als einen principiellen Gegner jeder Subvention von Reichswegen bekannte, da ihr nur der Gedanke der Staatsomnipotenz zum Nachtheil der Freiheit und Selbständigkeit des Individuums zu Grunde liege, leugnete er entschieden die Nothwendigkeit einer subventionirten Dampferlinie von Australien nach den Südseeinseln und einer afrikanischen Linie, bemühte sich nachzuweisen, daß der deutsche Export nach Australien genügend durch die Dampfer der Firma Sloman gefördert werde, und hielt eine Subventionirung nur bei der ostasiatischen Linie für gerechtfertigt und zwar auch bei dieser nur als einen Versuch in Rücksicht auf die ungeheuer große Masse der in Ostasien wohnenden consumtionsfähigen Bevölkerung. Gegen die anderen Linien machte er als Hauptbedenken geltend, daß sie der neuerdings inaugurirten Colonialpolitik dienen sollten. Der zweite Theil seiner Rede handelte von der Stellung des Centrums zur Colonialpolitik überhaupt. A priori, führte er aus, sei die Centrumspartei nicht gegen Colonialpolitik, wohl aber könne sie die Colonien, um die es sich jetzt handle, nicht für nützlich halten. Die Begeisterung des deutschen Volkes für Colonien und Colonialpolitik, an die der Reichskanzler wohl jüngst bei dem Worte „Völkerfrühling" gedacht habe, beruhe nicht auf einer genauen Kenntniß und Erwägung der Thatsachen, sondern sei im Wesentlichen künstlich durch die Presse hervorgerufen und nichts Anderes als eine Art von Chauvinismus. Der Begeisterung werde Ernüchterung, Enttäuschung, Unzufriedenheit folgen. An eine Auswanderung in diese unter dem Aequator gelegenen Colonien sei nicht zu denken, da die germanische Race in der heißen Zone nicht fortkomme, eine Steigerung des Exports sei bei der mangelnden Consumtionsfähigkeit der Eingeborenen auch nicht zu erwarten, dagegen werde der Import der in den Colonien erzeugten Naturproducte, wie Weizen und Wolle, der Production des Mutterlands eine gefährliche Concurrenz machen.

Die ganze Colonialpolitik und nicht minder die Vorlage über Dampfer- 13. 3. 1885.
subvention nütze dem deutschen Volke so gut wie Nichts, sie fördere einzig die Interessen der reichen Handelshäuser. Und in welche Conflicte würden uns diese Colonien bringen, nicht mit europäischen Mächten, wohl aber mit den Eingeborenen; warnend erinnerte er an die Conflicte Frankreichs in Tonkin, Hollands in Atchin, Spaniens in Cuba. „Meine Herren", sagte er gegen den Schluß der langen Rede, „handelt es sich um den Angriff eines auswärtigen cultivirten Staates . . da ist von allen Seiten schon oft gesagt worden, daß die ganze Nation hinter dem Fürsten Reichskanzler steht, um die deutsche Ehre zu wahren; aber, meine Herren, sollen wir, um die Angriffe des Königs Bell II. und wie die Könige in Afrika und in der Südsee alle heißen, zurückzuschlagen, uns in dieselbe Lage bringen wie Holland, England, Frankreich, Spanien? Sollen wir uns um dieser Wilden willen in die Gefahr bringen, daß wir große Geldbeträge ausgeben und die Blutsteuer zahlen müssen? Meine Herren, ich habe das Bedenken, daß, wenn die Colonialpolitik in dieser Weise fortgeführt wird, dann auch die Zeit kommen wird, wo unsere Söhne aus dem Volke als Soldaten hinausgehen müssen, um dort in den tropischen Gegenden zu verschmachten, dem Fieber zu erliegen und von den vergifteten Geschossen der Wilden getödtet zu werden . . . Diese Colonien sind reines Flittergold in der Ruhmeskrone Deutschlands, es sieht nach Etwas aus und ist Nichts." Ihm antwortete Fürst Bismarck*):

Der Herr Redner hat in der Hauptsache nicht gerade gegen unsere Vorlage, die Dampfersubvention, sondern gegen die Colonialpolitik im Allgemeinen gesprochen. Er nöthigt mich deshalb auch, mehr, als in meiner Absicht war, von der Vorlage und deren Thema abzuweichen und auf die von ihm in den Vordergrund gestellte Colonialfrage einzugehen. Daß Beides in engem Zusammenhang steht, habe ich schon im vorigen Jahre gesagt in der Budgetcommission [1]), indem ich darauf hinwies, daß die Ablehnung dieser Vorlage eine Entmuthigung für die Regierung auf dem Wege der Colonialpolitik nothwendig sein müsse.

Der Herr Vorredner hat diese Entmuthigung uns sehr viel directer zu Theil werden lassen. Er hat nicht nöthig, noch gegen diese Vorlage zu stimmen; er hat uns durch seine Rede an und für sich schon zu verstehen gegeben, daß er mit der Colonialpolitik des Deutschen Reichs nicht einverstanden ist. Er hat zwar damit

*) StB. 1798b.

[1]) Vgl. Bd. X 167 ff.

13. 3. 1885. begonnen, daß er und seine politischen Freunde im Allgemeinen für Colonialpolitik gestimmt wären, vielleicht in Berücksichtigung des lebhaften Interesses, das sich in unserer öffentlichen Meinung und auch bei den Wählern dafür geltend macht. Er hat dann zu dem gewöhnlichen Mittel gegriffen, Vorlagen der Regierung abzulehnen, die man im Princip nicht bekämpfen mag, indem er sie angebrachter Maßen ablehnte. Er sagt: Ja, Colonien wollen wir wohl, aber gerade diese nicht, und dann hat er gegen sie Motive angeführt, die in Bezug auf diese Colonien gerade am allerwenigsten zutreffen [1]). Ich werde darauf nachher zurückkommen.

Einstweilen nehme ich davon Act, daß der Herr Vorredner die Verbindung der heutigen Vorlage mit der Colonialpolitik seinerseits auf das Schärfste, viel schärfer als ich accentuirt hat. Ich möchte aber bitten, unter der Abneigung gegen die Colonialpolitik doch diese Vorlage nicht unbedingt leiden zu lassen. Der Herr Vorredner hat so gesprochen, als wenn wir gar keine Dampferverbindung mit den östlichen Meeren brauchten, wenn wir nicht diese Colonien in Besitz genommen hätten oder zu nehmen beabsichtigten, daß ohne Colonialpolitik keine Dampfersubvention nöthig wäre. Meine Position ist umgekehrt. Ich sage: Ohne Dampfersubvention habe ich keine Aussicht auf Colonialpolitik. Der Herr Vorredner hat das umgedreht und hat so gesprochen, als wenn das Bedürfniß der Dampfersubventionen erst durch die Colonialpolitik entstanden wäre. Ich mache den Herrn Vorredner darauf aufmerksam, daß die wichtigste der Linien, die, wie es scheint, auch er und seine Freunde bewilligen wollen, die nach Ostasien, mit unserer Colonialpolitik in gar keiner Verbindung steht. Seine ganze Rede schwebt also in Bezug auf diese Hauptlinie der heutigen Vorlage vollständig in der Luft. Auch die Linie nach Australien, die schon mehr Beifall hat als die afrikanische Linie, als die

---

[1]) Abg. Rintelen: „Es fragt sich, welche Stellung haben wir zu der Colonialpolitik überhaupt? . . . Herr Dr. Windthorst hat vor längerer Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten schon betont, daß wir einer Colonialpolitik überhaupt a priori durchaus nicht entgegenstehen; aber die Colonien, um welche es sich jetzt handelt, die wollen wir genauer betrachten, um zu prüfen, ob wir diese Colonien für nützlich halten, ob wir überhaupt ein Glück des Deutschen Reichs darin finden, wenn wir gerade diese Colonien haben" (StB. 1795b).

Coloniallinien, aber mehr Anfechtungen als die nach Ostasien, hat 13. 3. 1885.
mit den bestehenden Colonien einstweilen noch keine Beziehung. In Samoa haben wir keine Colonien, sondern nur Handelsverbindungen. Der Herr Vorredner wird mir also zugeben, daß*) seine Rede an dem Ziele, das er im Auge hatte, weit vorbeigeschossen und dasselbe gar nicht getroffen hat. Er hat lediglich gegen die Colonialpolitik gesprochen, aber in einer Weise, die zur Ablehnung der uns heute beschäftigenden Vorlage nicht um eines Strohhalms Breite Material geliefert hat. Unsere Colonialpolitik hat mit der Linie nach Ostasien nicht entfernt Etwas zu thun; mit der nach Samoa auch nicht, mit der nach Neuholland auch nicht.

Nun, die afrikanische Linie hat nicht viel Chancen; und, meine Herren, wenn Sie diese Linie ablehnen, und wenn Sie auch noch eine und die andere ablehnen, so ist dies ein Fall, in dem wir von Seiten der Regierung durchaus nicht berechtigt sind, zu sagen: Ganz oder gar nicht! Wir sind in der Verpflichtung, auch kümmerliche Abschlagszahlungen auf diesem Gebiete, auf dem wir für die öffentliche Wohlfahrt gegen parlamentarische Opposition zu kämpfen haben, zu acceptiren; wir dürfen sie nicht ablehnen. Also wenn Sie uns nur eine Linie bewilligen, so werden wir sie dankbar annehmen; wenn Sie uns zwei Linien bewilligen, so glauben wir, daß die öffentliche Wohlfahrt noch mehr Grund hat, sich bei den Abgeordneten zu bedanken. Aber die Ablehnung einer von den vier Linien oder mehrerer ist nicht für dieses Gesetz, wie man sagt, eine Cabinetsfrage. Wir müssen eben nehmen, was wir bekommen. Ich sagte schon gestern, daß diese Einrichtung ja nicht vollständig fertig ins Leben springen und nach allen Seiten jeder Kritik gerecht werden könnte, sondern immer durch die Erfahrung corrigirt, richtig gestellt und vervollständigt werden müsse [1]). Wenn Sie uns eine von diesen Linien bewilligen, so, glaube ich, werden die Erfahrungen, welche auf dieser Linie gesammelt werden, sehr bald das Bedürfniß, daß auf diesem Wege unserem Export und unserer Schifffahrt noch weiter geholfen werde, klarer als bisher zur Erkenntniß Aller bringen. Sie werden dann, hoffe ich, selbst

*) S. 1799 a.

[1]) S. o. S. 70.

13. 3. 1885. einsehen, daß wir auf dem richtigen Wege waren, und werden dann uns selbst zureden, auf diesem Wege weiter zu gehen. Wir verlangen ja nicht, daß Sie gegen Ihre Ueberzeugung uns irgend Etwas bewilligen sollen. Haben Sie die Ueberzeugung noch nicht, theilen Sie die der Regierung noch nicht bezüglich Dessen, was unserem wirthschaftlichen Verkehr und unserer Entwickelung in Handel und Schifffahrt über See nützlich ist, — theilen Sie diese Ueberzeugung noch nicht, nun natürlich, dann werden Sie ablehnen und werden gegen uns stimmen. Ich schmeichle mir nicht, daß wir Sie zu alle dem, was wir wünschen, heute werden überreden können; aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß die Umstände, die Geschichte, die nationale Entwickelung Sie über's Jahr im Reichstag werden weiter gebracht haben.

Also ich werde darum jede Theilzahlung, die Sie uns bewilligen, als einen Schritt vorwärts auf diesem Wege betrachten; aber damit Sie dabei doch nicht zu ängstlich werden, so möchte ich versuchen, einige der Bedenken, die der Herr Vorredner gerade gegen diese Colonien als besonders schlimm und übel gewählte geltend gemacht hat, zu widerlegen.

Dem Herrn Vorredner schienen als Colonien vorzugsweise solche Länder vorzuschweben, nach denen hin der Deutsche aus allen Ständen auswandert — namentlich schien ihm derjenige Deutsche dazu prädestinirt, der im Vaterlande sein Fortkommen nicht gefunden hat[1]); er deutete an, daß auch der Auswurf der Nation dahin gehen werde[2]) —, wo diese in Masse sich etabliren könnten und in ihrem Geschick, in ihren Nebenmenschen nachsichtigere Richter

---

[1]) Abg. Rintelen: „Es ist . . . von Herrn Woermann und Herrn Meier erklärt worden, daß von einer Auswanderung nach diesen Colonien, die unter dem Aequator, in der heißen Zone liegen, überhaupt nicht die Rede sein kann. Herr Woermann hat uns zwar gesagt, der Ueberschuß der Intelligenz könnte dorthin gebracht werden. Nun ja, er hat da als Beispiele genannt Ingenieure, junge Kaufleute — ich weiß nicht, ob er auch Lehrer . . . ob er nicht auch die überzähligen Gerichtsassessoren mit genannt hat . . . Wie denkt sich Herr Woermann eine Colonie, in der der Ueberschuß der Intelligenz, die Ingenieure, Commis, Lehrer, Assessoren aus Deutschland zusammengekommen ist? Und wie sollen diese Leute mit einander leben . . ., wie sich ernähren?" (StB. 1796b).

[2]) Eine derartige Andeutung findet sich nicht in der gedruckten Rede des Abg. Rintelen.

finden würden, als sie zu Hause gefunden haben. Das paßt auf keine der bisherigen Colonien. Die bedeutendsten und zukunftsreichsten derselben liegen unter dem Aequator oder fast unmittelbar am Aequator; auch schon Angra Pequeña, das*) ich hier ausnehme, liegt in einem sehr heißen Klima und ist eine Colonie, die erst Werth bekommen kann, wenn sich die nach dem Urtheil Sachkundiger begründete Hoffnung bestätigt, daß sich dort eine Montanindustrie entwickeln wird. Hauptsächlich sind die Hoffnungen auf Kupfer gerichtet. Ob von dem Herrn**) Vorredner eine besondere Concurrenz mit unseren Kupferwerken im Lande befürchtet wird, das lasse ich dahin gestellt sein, das ist eine Nebensache; aber auf die anderen Colonien passen weder die Argumente des Herrn Vorredners in Bezug auf die mangelnden Consumenten dort, noch in Bezug auf den von dort zu befürchtenden concurrirenden Import nach Deutschland [1]). 13. 3. 1885.

---

*) StB.: die.

**) S. 1799 b.

[1]) Abg. Rintelen: „Die Consumtionsfähigkeit dieser Colonien glaube ich bestreiten zu müssen. Ich will davon absehen, daß von gewissen Seiten darauf speculirt wird, große Massen von Branntwein nach Afrika und den Südseeinseln zu transportiren . . ., im Uebrigen aber ist die Naturbeschaffenheit dieser Völkerschaften der Art, daß von einer Consumtionsfähigkeit in Bezug auf deutsche Artikel sehr wenig die Rede sein kann. Meine Herren, es zeigen das schon die Beispiele, welche uns angeführt worden sind. Der verehrte Herr College aus Dresden . . . hat uns genannt die Fabricate des „bunten" Papierfabricanten, Mundharmonikas, ferner die Fabricate des „gläsernen" Perlenfabricanten — derselbe fabricirt Perlen zur Bekleidung der Wilden in Afrika. . . . Ich glaube, was die Frage des Exports nach diesen Colonien betrifft, so kommt für die im Wesentlichen der Bedarf der Europäer, welche sich dort niederlassen, in Betracht; aber wie viele sind das? . . . Weiter ist es die Frage des Imports, die bei jeder Colonialpolitik auf das Genaueste erwogen werden muß, nämlich des Imports aus den Colonien nach dem Mutterlande. Es haben in früheren Jahrhunderten, seitdem Colonien bestehen, verschiedene Colonien bestanden; man hat die Colonien als einen Theil des Mutterlandes angesehen (Zuruf des Reichskanzlers) — oder man hat sie als Ausland betrachtet. Es ist nach dem einen System so verfahren worden, daß Alles, was aus den Colonien eingeht, zollfrei eingeht, weil die Colonien als ein Theil des Mutterlandes angesehen wurden. . . . Wenn man dieses System adoptiren sollte, . . . so würden unsere Zolleinnahmen . . . geschmälert werden. Ich nehme aber nicht an nach der Aeußerung des Herrn Reichskanzlers . . ., daß dies beabsichtigt ist, sondern es sollen die Gegenstände, welche aus den Colonien kommen, mit Zoll belastet bei uns eingehen. Dann müssen wir unterscheiden solche Naturproducte, die nur in den Colonien erzeugt werden; die könnten ohne Zoll oder nur mit einem geringen Zolle eingehen. Solche Naturproducte aber, wie wir sie selbst

13. 3. 1885. Die Bevölkerungen dieser Colonien selbst werden keine Consumenten sein, welche deutsche Erzeugnisse in sehr umfangreichem Maße verbrauchen; die dort etablirten kaufmännischen Filialen [1]) — mir fällt die richtige Bezeichnung nicht ein — sind eben die Spediteure des diesseitigen Handels für die Vermittelung des deutschen Absatzes nach dem Innern von Afrika. Daß der sich bloß auf Branntwein beschränken wird, wie der Herr Vorredner sich ausdrückte, ist mir neu. Wenn die Engländer auf ihre dortigen Colonien einen so starken Werth legen, wenn sie — nicht die Regierung, aber Viele von ihren Unterthanen — uns das Leben dort so schwer gemacht haben, wenn sie mit großer Zähigkeit an den Stellungen, die sie dort gewonnen haben, festhalten und sich mit einer nachahmenswerthen Energie auszudehnen und zu verbreiten suchen, — sollte das ein bloßes Phantasiegebilde von den Engländern sein, sollte es nur auf irgend eine phantastische „Schützenfestlaune" hinauslaufen? Sollten da nicht solide englische Interessen dahinter stecken, die Hoffnung, englische Manufacturen in großer Masse durch ihre Factoreien an der Küste und nach dem Innern von Afrika an die Hunderte von Millionen abzusetzen, die diese Länder bewohnen, und die allmählich an einen größeren Verbrauch von europäischen Waaren sich gewöhnen? Sie spotten über das bunte Papier, von dem hier die Rede gewesen ist: aber von der Fabrication dieses bunten Papiers leben in unseren Gebirgsdörfern eine rechte Masse achtbarer Arbeiter, über deren Bedürfnisse Sie doch sonst bei den Wahlen zu lachen nicht so sehr geneigt sind.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich möchte den Herren, die heute darüber spotten, empfehlen, in den thüringischen und anderen Dörfern, wo dieses bunte Papier und Glasperlen gemacht werden, die höhnischen Bemerkungen zu wiederholen, die sie*) hier gemacht haben, dann werden sie*) wohl die richtige Antwort darauf bekommen.

(Sehr richtig! rechts.)

---

erzeugen, würden unserer eigenen Production Concurrenz machen; ich erinnere nur an Weizen und Wolle. Sie würden Weizen und Wolle und ähnliche Producte genau mit denselben Zöllen belegen müssen, wie wenn sie von dem Ausland und nicht aus den Colonien eingehen" (StB. 1796b/1797a).

*) StB.: Sie.

[1]) Factoreien.

Aber es beschränkt sich nicht auf diese Kleinigkeiten, Zierathen 13. 3. 1885.
und Schmucksachen. Der Abg. Woermann hat schriftlich und mündlich uns Verzeichnisse geliefert von den Hunderten von Artikeln, die die deutsche Industrie nach jenen Gegenden hin liefert; und wenn nicht Jeder hier bloß für seine Fraction und seinen Wahlkreis zu sprechen und zu hören gewohnt wäre, so würde diese sehr lehrreiche Darlegung des Abg. Woermann die Herren abgehalten haben von den Spöttereien über die Unbedeutendheit der Ausfuhr. Selbst die Portugiesen — warum halten sie denn ihre Colonien so fest und sind eifersüchtig auf jedes Stückchen davon? Und den Engländern mögen Sie vorwerfen, was Sie wollen, aber dumm in Handelssachen sind sie nicht;

(Heiterkeit.)

man läuft Gefahr, selbst dem Vorwurf zu verfallen, wenn man ihn den Engländern macht.

Ich halte für die aussichtsreichsten Colonien diejenigen, die hier als „Gründungen" qualificirt werden, weil die Namen Hansemann, Bleichröder darunter stehen, die in Neuguinea [1]). Nach Allem, was ich von dort gehört habe, gibt es große fruchtbare und der Cultur leicht zugängliche Gegenden, die jetzt mit steppenartigem, mannshohem Grase bewachsen sind, unter dem Aequator liegen, sich also für Cultur von Kaffee, Baumwolle und dergleichen tropischen Producten vorzüglich eignen.

Nun sagt der Herr Vorredner: Das kommt doch nur einigen*) reichen Geschäftshäusern zu Gute, die ohnehin reich genug sind. Ja, meine Herren, diese reichen Kaufleute sind doch so zu sagen auch Menschen, ja sogar Deutsche,

(Heiterkeit.)

*) S. 1800a.

[1]) Abg. Rintelen: „Wo liegt der Ursprung der Subventionsvorlage? Der erste Anfang war die Samoavorlage. Die wurde angeregt von Handelshäusern. Die ist damals glücklich beseitigt worden ... Die Anlage hat nicht rentirt, ... damit sie rentire, soll die australische Dampferlinie hergerichtet werden. Ja, meine Herren, lesen Sie doch nur das zweite Heft von dem Weißbuch, betreffend die Südseeinseln! Da ist auf der ersten Seite der Brief von Hansemann und Bleichröder ... Ferner die Linie nach Afrika ist angeregt von den Herren Woermann und Lüderitz. ... Diese Herren wissen wohl, was sie thun, welchen Vortheil sie davon haben. Ich glaube, meine Herren, ein Vortheil dieser Colonialpolitik für ... die große Masse des Volks ist in keiner Weise zu ersehen" (StB. 1797a/b).

13. 3. 1885. die auf unseren Schutz für ihren Reichthum und nach Maßgabe ihrer Unternehmungen denselben Anspruch haben, den der reiche Engländer von seiner Regierung beansprucht. Wenn es in England nicht eine erheblich größere Anzahl Millionäre gäbe als bei uns, so würde es dort auch nicht einen erheblich reicheren Mittelstand geben als bei uns. Das hängt eng zusammen. Schaffen Sie uns nur viele! Wir haben jetzt wenig reiche Häuser, das ist wahr; aber ich hoffe, wünsche und strebe auf jede Weise, durch die es zu erreichen ist, daß wir mehr solche reichen Häuser ins Land bekommen.

Sie erinnern oft an altpreußische Maximen; die Herren namentlich, die die altpreußische Zollgeschichte gar nicht kennen, haben mir die wunderlichsten Belehrungen darüber ertheilt. Aber ich erinnere Sie daran, wie viel Friedrich dem Großen, wie viel Friedrich Wilhelm I., dem großen Hausvater seines Landes, daran lag, reiche Leute ins Land zu ziehen, im Lande zu erhalten, reiche Leute zu machen. Ich wollte, wir könnten sofort ein paar hundert Millionäre im Lande mehr schaffen; sie würden ihr Geld im Lande ausgeben, und diese Ausgaben würden befruchtend auf den Arbeitsverkehr wirken nach allen Seiten hin. Die Leute können ja doch ihr Geld nicht selbst essen, sondern sie müssen die Zinsen davon an Andere wieder ausgeben; also freuen Sie sich doch, wenn Leute bei uns reich werden: da fällt immer für die Gesammtheit Etwas ab und nicht bloß für den Steuerfiscus.

So kleinliche Auffassungen, wie der Herr Vorredner in der Beziehung uns zumuthet, muß ich von den Regierungen weit fortweisen. Wir wirthschaften und streben für die Hebung des wirthschaftlichen Gesammtvermögens der deutschen Nation; dazu gehören die reichen Leute so gut wie die armen; und wenn wir dabei zugleich eine Verbesserung des fiscalischen Einkommens des Deutschen Reiches erreichen, dann freuen Sie sich auch mit uns, dann werden Sie weniger Mühe haben mit den Ihnen so unbequemen Bewilligungen von Mitteln.

(Bravo! rechts.)

Die Colonien wie Cuba, wie Portorico, wie die westindischen und alle die äquatorialen Colonien sind vom Mutterlande stets in ihrem Geldwerth sehr hoch geschätzt. Deshalb ist dahin aber

noch keine große Auswanderung gegangen; man hat nicht darauf 13. 3. 1885.
gerechnet, daß dort Weizen oder Wolle producirt werde, welche nachher zum Schrecken des Herrn Vorredners zollfrei bei uns eingelassen werden sollten; sondern es sind eben tropische Producte, die bei uns nicht wachsen. Das ist gerade die Hauptsache, dort Plantagen anzulegen, Deutsche des gebildeten und halb gebildeten Standes auf diesen Plantagen zu beschäftigen. Wer, wie ich, in der Nähe von Hamburg wohnt, der weiß, daß unter den gebildeten Hamburger Familien kaum eine ist, die nicht ein Mitglied zählte, welches ein Mal über See, „drüben", gewesen ist, wie sie sagen, und dort den besten Theil seiner Jugend zugebracht, dort Vermögen erworben hat und wiedergekommen ist. Das ist dort auf fremdem Gebiet erworben. Nehmen Sie an, wenn ein Theil der Baumwolle, des Kaffees, den wir bei uns importiren, auf deutschem Grund und Boden über See wüchse, wäre denn das nicht eine Vermehrung des deutschen Nationalreichthums?

(Sehr wahr! rechts.)

Wir kaufen jetzt die sämmtliche Baumwolle von Amerika und sind auf ein gewisses Monopol der Amerikaner angewiesen, weil die indische und ägyptische Baumwolle nicht in der Vollkommenheit bearbeitet und vorbereitet wird, daß sie sofort leicht in Verbrauch zu nehmen ist wie die amerikanische. Wenn*) wir dem gegenüber mit der gleichen Intelligenz, wie die Amerikaner ihre Baumwolle pflanzen und bearbeiten, in Gegenden wie Neuguinea, wie Kamerun, wie die afrikanischen äquatorialen Gegenden, Baumwolle züchten könnten, die wir nicht mehr von Ausländern, sondern von deutschen überseeischen Besitzern kaufen würden, so wäre das ein Vortheil für unser Nationalvermögen, während jetzt das Geld, das wir für Baumwolle, Kaffee, Copra und alle solche äquatoriale Producte ausgeben, rein à fonds perdu[1]) herausgeht aus unserem Vermögen. Ich kann mir doch nicht denken, daß diese Vortheile dem Herrn Vorredner so ganz entgangen sein sollten, daß er nicht darüber nachgedacht hat, was denn eigentlich andere Nationen davon haben, daß sie an ihren Colonien festhalten.

---

*) S. 1800b.

[1]) So viel wie: Auf Nimmerwiedersehen, vgl. Bd. VIII 244.

13. 3. 1885. Er hat auf die Schwierigkeiten der Franzosen in Hinterindien hingewiesen [1]). Ja, die liefern mir doch nur den Beweis, daß eine kluge und richtig rechnende Nation, wie die Franzosen, auf den Besitz solcher Colonien einen außerordentlich hohen Werth legt und Opfer, die wir Niemand zumuthen, nicht scheut, um solche Colonien zu erwerben. Ich bin auch weit entfernt, der französischen Politik auf diesem Pfade zu folgen; wir folgen überhaupt keinem fremden Beispiele, sondern wir folgen unseren Kaufleuten mit unserem Schutze. Das ist das Princip, das wir von Hause aus beobachtet haben, und woran Sie uns irre machen können, wenn Sie uns die Mittel dazu nicht bewilligen. Aber dann, meine Herren, wiederhole ich immer, muß ich auch fordern, daß Sie vor dem Volke die Thatsache klar stellen, daß nicht die Regierungen es sind, die die Mittel nicht hergeben wollen für diesen Schutz, sondern daß die Abgeordneten des Volkes es sind, die die Mittel dazu verweigert haben. Die Klarheit darf ich verlangen.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie dürfen nicht die Thatsache, daß Sie uns die Mittel dazu verweigern, verdecken*), bemänteln durch allerhand andere Gründe: Wir würden sie bewilligen, wenn Dies, wenn Das nicht wäre, wenn die Herren in der Commission coulanter wären, wenn wir Dies und Jenes gewußt hätten, dann würden wir vielleicht haben — — damit kommen Sie nicht durch. Wir werden jedes Mittel anwenden, um Sie dahin zu bringen, daß Sie cartes sur table [2]) spielen und Farbe bekennen müssen vor Ihren Wählern und dem Publicum, ob Sie Colonialpolitik wollen oder nicht wollen,

(Bravo! rechts.)

ob Sie Colonien wollen oder nicht wollen. Wir werden von Ihnen das Fragenstellen lernen, wie es in der Commission geschehen ist,

---

*) StB.: bedecken.

[1]) Abg. Rintelen: „Wenn wir derartige Colonien besitzen oder erwerben, wie sie jetzt sind oder in Aussicht genommen sind, dann schaffen wir uns . . . Punkte, an denen wir angegriffen werden können, und wo wir uns gegen Angriffe wehren müssen. Ich denke nicht an . . . Conflicte . . . mit europäischen Mächten . . ., aber ich erinnere Sie an Atchin, an dem Holland verblutet . . ., an Tonkin, welches Frankreich die schwersten Sorgen schon gemacht hat und noch ferner machen wird" (StB. 1797b).

[2]) Mit offenen Karten, Bd. X 190.

und wir werden Sie mit Vorlagen und Fragen so in die Enge 13. 3. 1885.
treiben, daß Sie Farbe bekennen müssen.

(Bravo! rechts.)

Ich habe über die Qualität unserer Colonien gesprochen und, glaube ich, die Bedenken des Herrn Vorredners bezüglich der Gefahren, die von ihnen drohen, widerlegt und ausgeführt, daß sie diejenigen Ansprüche, die der Herr Vorredner an die Colonien zu machen schien, zu realisiren überhaupt nicht bestimmt sind. Nach meiner Ueberzeugung ist, wie gesagt, auf die tropischen Colonien hauptsächlich Werth zu legen; auf Angra Pequeña in so weit, als die Untersuchungen, die über den dortigen Metallreichthum angestellt werden*), ein Resultat liefern; nach Allem, was wir hören, ist das des Versuches immer werth; und doch macht es Ihnen eine gewisse Freude, wenn Sie recht geringschätzig von dieser „Sandbüchse" sprechen können. Sie sollten, glaube ich, lieber mit uns die Hoffnung theilen, daß die deutschen Bergleute einmal dort ihren lohnenden Erwerb werden finden können, und uns die Hand dazu bieten, zu ermitteln, ob das nicht der Fall sein könnte. Die Kameruncolonie sind wir in der Hoffnung zu consolidiren durch Verhandlungen, die zwischen uns und der englischen Regierung schweben, und die bisher einen**) erfreulichen Fortgang nehmen über gewisse Austausche und gegenseitige Anerkenntnisse;

(Bravo! rechts.)

ebenso glaube ich, daß wir über die Abgrenzung unseres Gebietes auf Neuguinea mit England zu einer Einigung gelangt sind.

(Bravo!)

Schließlich möchte ich noch auf eine Aeußerung zurückkommen, die der Herr Vorredner am Eingang seiner Rede that. Ich habe mir neulich gestattet, eine Analogie aus der altgermanischen Mythologie zu citiren, bei der ich das Wort „Völkerfrühling" gebrauchte, auf das der Herr Vorredner zurückkam[1]). Ich fürchte, daß ich

*) StB.: waren.

**) S. 1801a.

[1]) Abg. Rintelen: „Der Herr Reichskanzler sagte in einer der letzten Sitzungen, daß der „Völkerfrühling" angebrochen sei. Nun ja, es fragt sich nur, was der Herr Reichskanzler unter dem Völkerfrühling verstanden hat. Soll . . . eine allgemeine Begeisterung für die Colonialpolitik, wie sie jetzt inaugurirt ist, . . . der Völkerfrühling sein?" (StB. 1795b). — Vgl. o. S. 65.

13. 3. 1885. dabei dunkler geblieben bin, als ich zu sein wünschte, und daß ich nicht deutlich ausgedrückt habe, was ich meinte; aber es liegt nicht in meiner Gewohnheit, mythologische Anspielungen weit auszuspinnen. Es war nur Etwas, was — ich kann es nicht leugnen — mich in den letzten zwanzig Jahren ununterbrochen gequält und beunruhigt hat, diese Analogie unserer deutschen Geschichte mit unserer deutschen Göttersage. Ich habe unter dem Begriff „Völkerfrühling" mehr verstanden als die Colonialpolitik, ich habe meine Auffassung — ich will nicht sagen: so niedrig, — aber so kurz in Zeit und Raum nicht gegriffen. Ich habe unter dem Frühling, der uns Deutschen geblüht hat, die ganze Zeit verstanden, in der sich — ich kann wohl sagen — Gottes Segen über Deutschlands Politik seit 1866 ausgeschüttet hat, eine Periode, die begann mit einem bedauerlichen Bruderkriege*), der zur Lösung eines verschürzten Gordischen Knotens [1]) unabweisbar und unentbehrlich war, der überstanden wurde, und zwar ohne die Nachwehen, die man davon zu befürchten hatte. Die Begeisterung für den nationalen Gedanken war im Süden wie im Norden so groß, daß die Ueberzeugung, daß diese — ich möchte sagen — „chirurgische Operation" zur Heilung der alten deutschen Erbkrankheiten nothwendig war . . .**): sobald sie sich Bahn brach, war auch aller Groll vergessen, und wir konnten schon im Jahre 1870 uns überzeugen, daß das Gefühl der nationalen Einheit durch das Andenken dieses Bruderkrieges*) nicht gestört war, und daß wir Alle als „ein einig Volk von Brüdern" [2]) den Angriffen des Auslandes entgegentreten konnten.

(Lebhaftes Bravo!)

Das schwebte mir als „Völkerfrühling" vor; daß wir darauf die alten deutschen Grenzländer wiedergewannen***), die nationale Einheit des Reiches begründeten, einen Deutschen Reichstag um uns versammelt sahen, den Deutschen Kaiser wieder erstehen sahen, das

*) StB.: Bürgerkriege — Bürgerkrieges, vgl. S. 111.

**) Der Satz ist abgebrochen; zu ergänzen ist: überall getheilt wurde.

***) StB.: wiedergewonnen.

[1]) Bd. IX 113.

[2]) Schiller, Tell II, 2:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,
In keiner Noth uns trennen und Gefahr.

Alles schwebte mir als „Völkerfrühling“ vor, — nicht die heutige 13. 3. 1885.
Colonialpolitik, die bloß eine Episode bildet in dem Rückgange, den wir seitdem gemacht haben. Dieser Völkerfrühling hielt nur wenig Jahre nach dem großen Siege vor. Ich weiß nicht, ob der Milliardensegen schon erstickend auf ihn gewirkt hat. Aber dann kam, was ich unter dem Begriff „Loki“ verstand: der alte deutsche Erbfeind, der Parteihader, der in dynastischen und in confessionellen, in Stammesverschiedenheiten und in den Fractionskämpfen seine Nahrung findet, — der übertrug sich auf unser öffentliches Leben, auf unsere Parlamente, und wir sind angekommen in einem Zustand unseres öffentlichen Lebens, wo die Regierungen zwar treu zusammenhalten, im Deutschen Reichstage aber der Hort der Einheit, den ich darin gesucht und gehofft hatte, nicht zu finden ist, sondern der Parteigeist überwuchert uns; und der Parteigeist, wenn der mit seiner Lokistimme den Urwähler Hödur, der die Tragweite der Dinge nicht beurtheilen kann, verleitet, daß er das eigene Vaterland erschlage, der ist es, den ich anklage vor Gott und der Geschichte, wenn das ganze herrliche Werk unserer Nation von 1866 und 1870 wieder in Verfall geräth,*) und durch die Feder hier verdorben wird, nachdem es durch das Schwert geschaffen wurde.

(Lebhaftes Bravo! rechts. Zischen links. Erneuter lebhafter Beifall rechts. — Beifallklatschen auf den Tribünen.)

Der Präsident v. Wedell-Piesdorf rügte die Beifallsäußerungen aus den Reihen des Publicums, die nach der Geschäftsordnung unzulässig waren. Es folgte eine Rede des Grafen Behr-Behrenhoff zu Gunsten der Regierungsvorlage, darauf eine Erwiderung des Abg. Windthorst auf die Rede des Reichskanzlers. Die Discussion, begann er, habe eine unerwartete Wendung genommen, weit ab von dem Gegenstande, der den Reichstag beschäftigt, habe sie in die große Politik der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft geführt. Was die Sache selbst betreffe, so habe die Discussion ergeben, daß eine große Mehrheit bereit sei, den Versuch mit der Subventionirung einer oder mehrerer Dampferlinien zu machen, er sei mit seinen Freunden nur für die ostasiatische Linie und begrüße es mit Freuden, daß der Reichskanzler sich bereit erklärt habe, diese Linie als Abschlagszahlung zu acceptiren und aus der Ablehnung der übrigen keine Cabinetsfrage machen zu wollen.

*) S. 1801 b.

13. 3. 1885. Neue Bahnen im Völkerleben müsse man langsamen Schritts betreten. Was ihn veranlaßt habe, das Wort zu ergreifen, sei aber nicht sowohl die Frage der Dampfersubvention, als vielmehr das, was man damit in Verbindung gebracht habe: die Colonialpolitik im Allgemeinen, der Rückblick auf die Vergangenheit unserer neueren Geschichte, der Ausblick in die Zukunft und der herbe Tadel der Gegenwart. Die colonialpolitische Thätigkeit Deutschlands, die an und für sich jeder Deutsche wünschen müsse, sei wesentlich abhängig von der Frage, ob Deutschland bei der starken Rüstung, die es inmitten neidischer Nationen zur Aufrechterhaltung seiner Stellung tragen müsse, Mannschaften und Geld genug für eine so erhebliche Colonisationspolitik besitze, die es in nicht geringe Conflicte hineinbringe. Gewiß sei, daß wir heute mit England in hellen Flammen stünden; noch sei man freilich nicht beim Schießen angelangt, und bei dem gesunden Instinct der beiden an Intelligenz und Tüchtigkeit gleichen Nationen sei zu hoffen, daß es dazu nicht komme; er wünsche dem Reichskanzler Glück dazu, daß ein Ausgleich angenommen werden dürfe. Deutschland müsse immer daran denken, daß für alle anderen Nationen die Schwierigkeiten in ihren Colonien ruhten; dem Reichstag komme es zu, möglichst sparsam in seinen Bewilligungen zu sein, damit die Regierungen gezwungen würden, mit Bedacht und langsam zu gehen, denn eine weise und wohlbedachte Colonialpolitik werde auch das Centrum unterstützen, wie es denn seine Bereitwilligkeit schon durch die Bewilligung erhöhter Mittel für die Flotte bewiesen habe. Aber durch schöne Worte und billige Redensarten werde es sich nicht zu Ausgaben hinreißen lassen, die die Wähler und Steuerzahler belasteten. Die Klage über den verwichenen Völkerfrühling, über den Rückgang der Begeisterung im Reichstag sei grundfalsch: die ruhige, beschauliche Art des deutschen Charakters sei nicht für großen Enthusiasmus angelegt. Die Erinnerung an 1866 wäre besser unterblieben, da im Reichstag ganze Gruppen seien, die in dieser Beziehung sich zu der Begeisterung des Reichskanzlers nicht erheben könnten. Aber er wolle anerkennen, daß nach dem verhängnißvollen Jahr 1866 kein Act größer und glücklicher für uns sei, als die Herstellung der Freundschaft mit Oesterreich, und spreche die Hoffnung aus, daß das Verhältniß zwischen Deutschland und Oesterreich noch einmal durch eine pragmatische Sanction klarer und fester formulirt werden möge. An dem Zerfall der Parteien sei der Reichskanzler schuld, der die eine gegen die andere ausgespielt habe. Es fehle der Regierung die feste Leitung, sie horche zu und warte ab, was der Reichstag aus eigener Initiative bringe, und wolle die Kritik mit Bequemlichkeit machen. Auch mangele es an einer stetig, ruhig, gleichmäßig sich entwickelnden Politik: auf den Freihandel à outrance, dem man bis 1879 angehangen, sei eine Schutzzollpolitik gefolgt, die ebenfalls die Neigung verrathe, à outrance zu gehen. Hauptgrund aller Verwirrung in Deutsch-

land aber sei der Culturkampf, dessen Vertreter Fürst Bismarck und er allein sei; so lange dieselbe Nation in dem Allerheiligsten, was sie besitze, so tief verwundet werde, sei ein kräftiger Aufschwung für einen Völkerfrühling nicht zu erwarten. — Dem Abg. Windthorst folgte als Redner der Staatssecretär des Reichspostamts Stephan, der die Discussion „von dem hohen Flug, den sie durch Windthorst genommen hatte", wieder zurückführte auf die eigentliche Frage der Geldbewilligung von 5 400 000 Mark auf fünfzehn Jahre und auf die Bedeutung, die die Subvention für die Steigerung des Handelsverkehrs haben werde. Der Reichstag hörte dann noch eine Rede des Abg. Frhr. Langwerth v. Simmern an und beschloß hierauf die Vertagung. 13. 3. 1885.

In der

67. Sitzung des Deutschen Reichstags

Sonnabend 14. März 1885

eröffnete der Abg. E. Richter die Discussion mit einer langen Rede. 14. 3. 1885.
Er begrüßte die Erklärung des Reichskanzlers, daß er sich mit einer Linie begnügen werde, wenn man ihm nicht mehr bewillige, mit Freuden, über die eine Linie hinauszugehen habe der Reichstag um so weniger Anlaß, als Fürst Bismarck selbst gesagt habe, daß man erst Erfahrungen sammeln müsse. Dem gegenüber sei die Klage des Staatssecretärs über die langsame Arbeit der Commission kaum zu verstehen und mit der anderen Angabe, daß er sich schon seit zehn Jahren mit der Sache beschäftige, schwer zu vereinbaren. Er entwickelte darauf in breiter Ausführung alle Gründe, die seine Partei zu ihrer ablehnenden Haltung in Sachen der Colonialpolitik bestimmten. Die Steigerung des Exports, die durch Erwerbung von Colonien erzielt werden könne, werde dem Schaden nicht gleichkommen, den die deutsche Ausfuhr durch die österreichische Zolltarifvorlage erleiden werde, die unmittelbar durch die letzte Zollerhöhung deutscherseits hervorgerufen worden sei. Freudig stimme ihn die Mittheilung des Reichskanzlers über die Verständigung, die mit England erzielt worden sei; er selbst habe neulich (am 4. März bei Gelegenheit der Berathung über Gründung eines Generalconsulats in Capstadt und Korea, eines Consulats in Apia) der Hoffnung auf einen Ausgleich Ausdruck gegeben, wenn sich der Reichstag enthalte, Oel ins Feuer zu gießen. Das „Klagelied Jeremiae", das der Reichskanzler über den Rückgang der nationalen Bewegung und den Parteihader angestimmt habe, sei, abgesehen von der „weniger schönen als gesuchten" mythologischen Verbrämung, nicht neu; man habe es schon am 13. Juni 1882 bei der Berathung des Tabaksmonopols gehört. Damals habe — am 15. Juni — dem Reichskanzler Herr v. Bennigsen geantwortet und nachgewiesen, daß diese Behauptung

14. 3. 1885. nur auf subjectiver Vorstellung beruhe. Unleugbar und psychologisch erklärlich sei es, daß der Reichskanzler immer schwerer Widerspruch ertrage und würdige und nur Das für richtig halte, auch für die Nation, was nach seiner Ueberzeugung richtig sei, jeden Widerspruch aber als Angriff auf die Einheit der Nation und die nationalen Interessen betrachte. Selbst bei Fragen untergeordneter Bedeutung, wie Vertagung oder Commissionsberathung, versuche er jetzt die nationale Frage aufzuwerfen, ohne dabei zu bedenken, daß das Gefühl sich dagegen mehr und mehr abstumpfen müsse im Volke und Gefahr vorhanden sei, es möchte der Appell an das nationale Gefühl sich unwirksam erweisen zu einer Zeit, wo man das lauteste Echo wünschen müßte. Im Parteiwesen habe sich seit 1870 wenig geändert, die Parteien seien bis auf einzelne Namenänderungen dieselben geblieben, nur die Centrumspartei und die socialdemokratische Partei seien bedeutend gewachsen, und zu diesem Wachsthum habe gerade der Reichskanzler durch die Art seines Kampfes am meisten beigetragen; andererseits habe er die Bildung einer nationalliberalen Mehrheitsfraction, zu der die beste Aussicht gewesen, selbst gehindert. Jetzt begünstige er durch Briefe und öffentliche Reden die Bildung von Interessenparteien mit Redewendungen, die nicht geeignet seien, das nationale Bewußtsein zu stärken. Der Vergleich von dem blöden, dämlichen Hödur passe besser auf die Diplomaten als auf das Volk, in keinem Falle auf die fortschrittlichen Wähler, die klüger seien, als Manchem lieb sei. Die nationale Einheit sei, was immer auch die Feldherren und Fürsten und der Reichskanzler zur Sicherung der Erfolge beigetragen hätten, doch nur durch den vollen Einsatz von Gut und Blut des deutschen Volks errungen worden. Weil aber das Volk schließlich die Lasten jeder Politik zu tragen hätte, sei der Reichstag verpflichtet, es vor Belastung, neuen Steuern, neuen Auflagen und Ausgaben, die er nicht vollständig für gerechtfertigt erachte, zu bewahren. Hierauf erwiderte Fürst Bismarck*):

Ich will auf die vielen Angriffe und auf den vielen Tadel, die der Herr Vorredner nach seiner Gewohnheit gegen meine Person gerichtet hat, nicht so sehr im Einzelnen eingehen; er thut es in einer so liebenswürdigen, verbindlichen Weise, aus der sein gutes Herz ja überall durchleuchtet, daß man ihm darüber nicht gram sein kann. Aber ich bin doch genöthigt, auf Einiges einzugehen, wenn ich mich auch im Ganzen mit dem Bekenntniß abfinde, daß ich ja gern einräume, daß ich schuldig bin an allem Uebel, das in diesem Deutschen Reich überhaupt vorhanden ist, an der Zerrissenheit der Parteien, daß ich der Urheber einer

*) StB. 1821b.

jeden üblen Partei gewesen bin, und daß ich jeden Schaden, der 14. 3. 1885.
angerichtet worden ist, sowohl durch den Schutzzoll wie durch den Freihandel, auf mein sündiges Gewissen nehmen muß. Der Herr Vorredner mag dies ja immer glauben und den Leuten aufbinden, die seine Rede lesen, — ich verlasse mich auf die Thatsachen, gegen die ja schließlich auch die allerlängste Rede, und wenn sie auch von dem Abg. Richter ausgeht, nicht aufkommen kann.

(Sehr gut! rechts.)

Der*) Herr Abgeordnete hat weniger im eigenen Namen gesprochen; er hat sich ab und zu mit Herrn v. Bennigsen identificirt und dann wieder mit dem Ausdruck „Volk". So lange wie ich in parlamentarischen Geschäften thätig bin, seit vierzig Jahren, hat Jeder sich immer das Ansehen gegeben, und wenn er die kleinste Minorität vertrat, als wenn gerade er das Volk verträte und für das Volk allein spräche[1]), und so hat auch der Herr Abgeordnete gesucht, sich in den weiten Mantel der deutschen Volksvertretung im Allgemeinen zu hüllen, indem er diese Vertretung für sich und die Seinigen ganz insbesondere in Anspruch nahm gegenüber den übrigen Parteien, namentlich gegenüber der Regierung[2]). Ich kann dem gegenüber nicht oft genug wiederholen, daß zum Volk wir Alle gehören; ich bin auch Volk, und auch die Abgeordneten der Rechten sind Volk; auch die reactionärsten unter ihnen sind vom Volke gewählt und vertreten das Volk in ihrer Weise; sie vertreten Schattirungen des Volks. Der Abg. Richter

*) S. 1822a.

[1]) Vgl. Bd. VI 95.

[2]) Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler hat die Wähler mit Hödur verglichen. Es war ihm vielleicht nicht in der Erinnerung, daß er am 2. März eben diesem Hödur nicht eben sehr schmeichelhafte Epitheta zugetheilt hat. Wir unsererseits müssen diese Epitheta für unsere Wähler ablehnen. Wir müssen eher sagen, daß unsere Wähler klüger sind als Manchem lieb ist. Ich bin überhaupt der Meinung, daß die Wähler von dem deutschen Volk nicht zu trennen sind und daß das deutsche Volk . . . solche Bezeichnungen in keiner Weise verdient. Der Herr Reichskanzler hat in seiner Anklage gegen das deutsche Volk sich ebenso ungerecht . . . als undankbar erwiesen gegen dieses Volk. . . . Weil das Volk schließlich die Lasten jeder Politik zu tragen hat, die Wirkungen jeder Gesetzgebung auf das Volk fallen, darum fühlen wir uns eben diesem Volk gegenüber verantwortlich und fühlen uns verpflichtet, es vor Belastung, vor neuen Steuern, vor neuen Auflagen und Ausgaben, die wir nicht vollständig gerechtfertigt halten, zu bewahren" (StB. 1821a/b).

14. 3. 1885. vertritt eine im Volke nur gering vorhandene und nur durch die Täuschung der Ueberredung, des Caucus [1]) und der Wahlbearbeitung

(Sehr wahr! rechts.)

sich so weit ausbreitende Minderheit des Volks, wie wir sie hier vor uns vertreten sehen. Der Herr Abg. Richter ist meines Erachtens weit davon entfernt, im Namen der Mehrheit des deutschen Volkes überhaupt hier sprechen zu dürfen; er soll im Namen seines Wahlkreises oder seiner Wahlkreise oder seiner Partei sprechen, die ihn in den Stand gesetzt hat, durch eine geschickte Wahlmache mit einer Majorität von, ich weiß nicht, wie viel Stimmen den anderen Theil des Volkes zu schlagen. Man soll hier doch nicht den Mund so voll von Volk nehmen, als wenn man ganz allein das deutsche Volk verträte.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich wiederhole — ich habe auch das schon gesagt, und der Herr Abg. Richter notirt sich ja Alles, was ich zwei Mal sage —, ich wiederhole, daß eine viel größere Masse des deutschen Volkes in mir ihren Vertreter sieht, als in dem Abg. Richter. —

(Lebhafte Zustimmung rechts. Unruhe und Widerspruch links.)

Ich habe das vorausgesehen, meine Herren, geniren Sie sich nicht, — ich warte einen Augenblick, wenn Sie schreien wollen.

Ich war vollständig darauf gefaßt, daß der Abgeordnete den Hödur geschimpften Urwähler mir vorführen würde. Er hat sofort die seinigen ausgenommen; ich kann ihm aber darauf erwidern, daß ich nur die fortschrittlichen Urwähler gemeint habe.

(Große Heiterkeit rechts. Unruhe links.)

Das sind gerade diejenigen, die vorzugsweise getäuscht sind von den Rednern und von der Presse über Das, was sie thaten. Hödur wußte eben auch nicht, was er that, und die Wähler, die Sie gewählt haben, haben wahrhaftig in der Mehrheit auch nicht gewußt, was sie thaten.

(Unruhe links.)

Der Herr Abgeordnete hat sich ferner an meinen Schlußworten gestoßen, daß die Feder verdürbe, was das Schwert ge-

---

[1]) Vgl. Bd. IX 408. 416.

wonnen hätte [1]). Er ist dabei sofort wieder auf die altpreußischen Quellen zurückgegangen und hat das Wort Blücher in den Mund gelegt. Ich glaube nicht, daß es von Blücher stammt; ich glaube, es stammt von Gneisenau [2]). Aber das ist Einerlei: Blücher nannte ja Gneisenau seinen Kopf. Das hat aber mit meiner Citation gar Nichts zu thun. Wenn damals die Federfuchser, die ich in den Gesammtbegriff „Loki" zusammenfasse, Diplomaten waren, so sitzen die Herren heute wo anders, und ich hätte vielleicht heute nicht von der Feder sprechen*) sollen, sondern von der Rede, der Agitation, der Presse, der ganzen Täuschung dem unglücklichen Urwähler gegenüber; denn er erfährt ja kaum, wo seine Abgeordneten hier hinaus wollen. Wo soll er das erfahren? Die Presse gibt es ihm nicht. Der einzelne Abgeordnete, wenn er einmal Rechenschaft gibt, sagt wohl, was für ausgezeichnete Dinge er gethan hat; aber was den Urwähler kränken könnte in seiner [3]) Thätigkeit, weiß er sorgfältig zu verschweigen und zu bemänteln. Wir haben ja hier volle Oeffentlichkeit, aber trotz der Oeffentlichkeit weiß der Urwähler blutwenig; er erfährt es nicht, was die Herren hier thun. Wenn die Urwähler, die nicht mit im Interesse des Abgeordnetencaucus sind, mit Aufmerksamkeit hier zuhörten und Glauben fänden bei ihren Mitwählern, dann würde die Wahrheit 14. 3. 1885.

*) S. 1822b.

[1]) Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler hat davon gesprochen, daß die Feder nicht verderben soll, was das Schwert gewonnen ... Nun, meine Herren, als man nach den großen Befreiungskriegen ... an einen deutschen Völkerfrühling glauben konnte, da waren es nicht Abgeordnete, da war es nicht ein Parlament, gegen das der alte Blücher seinen bekannten Klageruf erhob, sondern da waren es die Diplomaten und Minister, die Zunftgenossen des Herrn Reichskanzlers, die er als die verdammten Federfuchser bezeichnete, welche zerstörten, was das Schwert gewonnen. Als dreißig Jahre später in Deutschland ein lebhaftes Einheitsbewußtsein das ganze Volk durchdrang, da waren es auch nicht Abgeordnete und Parlamente, welche verhinderten, daß der Frühling zur Reife kam, sondern da war es eine Politik, die weit eher noch verglichen werden könnte mit dem blöden, dämlichen Hödur, da war es eine Politik der Minister und Diplomaten, die Preußen damals nach Olmütz führte und Schleswig-Holstein wieder dem Auslande überlieferte" (StB. 1820b/1821a).

[2]) Nach Treitschke, Hans v. Gagern (Historisch-politische Aufsätze, 4. Auflage, Leipzig 1871, I 171) sagte Blücher in einem Toaste nach der Schlacht bei Waterloo: „Mögen die Federn der Diplomaten nicht wieder verderben, was das Volk mit so großen Anstrengungen errungen."

[3]) D. i. des Abgeordneten.

14. 3. 1885. sich bald einen breiteren Weg schaffen als bisher, und wir würden weniger Abgeordnete von der Farbe sehr bald hier haben.

Wenn man dem Herrn Abgeordneten glauben sollte, dann bliebe mir, um den Beifall — oder ich will sagen, die Anerkennung meiner Mitbürger zu verdienen, eigentlich nichts Anderes übrig, als zu sagen: Ich habe mich in meinem ganzen Leben geirrt. Die einsichtigsten und gewissenhaftesten patriotischen Politiker waren ja von Anfang an die Herren vom Fortschritt; die allein wußten, was dem Vaterland frommte.

(Sehr gut! rechts. Heiterkeit.)

Ich muß gestehen, — wie es heißt: laudabiliter me subjicio [1]) — ich bin entschlossen, in Zukunft die fortschrittlichen Blätter zu bewundern und mich der absoluten Dictatur des Chefs derselben, des Abg. Richter, in allen politischen Fragen zu fügen. Dann glaube, dann hoffe ich doch, würden Sie anerkennen, daß ich endlich Ihrer besseren Ueberzeugung meine schlechtere geopfert habe; aber — — ich will es mir noch etwas überlegen.

(Heiterkeit.)

Wie der Herr Abgeordnete über nationale Dinge denkt, das kam in einer Weise heraus, über die ich — weil sie ein so klares Schlaglicht auf seine Denkungsweise wirft — eine gewisse Befriedigung bei mir nicht unterdrücken konnte. Er sagte: Je öfter die nationale Frage aufgeworfen wird — [2]). Ja, für den Herrn Vorredner ist also unsere nationale Sache eine Sache, die wohl gelegentlich mal aufgeworfen und dann besprochen wird; dann fängt man an, sich seiner Nationalität zu erinnern, und dann wird man national. Für mich, meine Herren, ist es eine Frage, die an jedem

---

[1]) Ich unterwerfe mich löblich.

[2]) Abg. Richter: „Es ist ja unzweifelhaft, daß, wenn ein Mann von der Autorität wie der Herr Reichskanzler, sich an das nationale Gefühl wendet, das immer einen gewissen Eindruck auf bestimmte Kreise machen muß. Aber auf der anderen Seite ist doch auch nicht zu verkennen, daß, je öfter diese nationale Frage aufgeworfen wird in verhältnißmäßig wesentlich unbedeutenderen Fragen, das Gefühl sich dagegen mehr und mehr abstumpfen muß im Volke, und daß wir dann Gefahr laufen, daß, wenn wirklich einmal es gerechtfertigt ist von Seiten des Herrn Reichskanzlers, an das nationale Gefühl zu appelliren, ... dann dieser Appell den gewünschten Anklang nicht mehr finden wird" (StB. 1820 a).

Tage und in jeder Stunde mir oft mit hundert Beziehungen ent- 14. 3. 1885.
gegentritt, die mir den Schlaf und die Ruhe am Tage raubt und mich dazu treibt, hier in meinem hohen Alter an die Beantwortung von Reden das Bißchen Athem zu setzen, das mir noch übrig bleibt. Das ist eben die Liebe zu meiner Nation, die Liebe zu meinem Vaterlande, die sich bei dem Herrn Abg. Richter ab und zu einzustellen pflegt; sie stößt ihm ab und zu auf, und dann geht er darauf ein.

Der Herr Abgeordnete hat mir vorgeworfen, ich vermöchte die Widersprüche nicht zu würdigen [1]). Nun, dann ist an mir Hopfen und Malz verloren; denn seit einigen zwanzig Jahren: was thue ich anders, als Widersprüche würdigen, ununterbrochen? Von Anfang meiner politischen Laufbahn an ist der Widerspruch gegen mich in der Majorität gewesen. Als ich in dem Preußischen*) Landtag mich zuerst als Minister vorstellte, da hatten wir — ich weiß nicht, war es in der ersten Periode oder in der zweiten — elf Leute, die mit der Regierung stimmten, und ich weiß nicht, wie viel Hundert, die gegen uns stimmten. Da habe ich doch wohl gelernt, Widerspruch zu würdigen. Sie erinnern sich ja auch, wie ich ihn gewürdigt habe, und ich würdige ihn noch heute; ich habe mich gegen den contrairen Wind, der immer diesen Widerspruch veranlaßte, noch leidlich durch die Klippen geschlagen, die mir entgegenstanden.

Der**) Herr Abgeordnete hat noch außerdem mich mit vielen schweren directen und indirecten Vorwürfen gegen mein ganzes Vorleben belastet; aber da muß ich sagen — Deus nobis haec otia non fecit [2]) —: Ich habe die Zeit nicht und habe den Athem nicht, das zu beantworten; ich will deshalb auf das kommen, was er über die heutige Vorlage gesagt hat, ohne daß es allerdings mit ihr direct in Verbindung steht.

---

*) StB.: Vereinigten.

**) S. 1823a.

[1]) Abg. Richter: „Es ist unleugbar und es läßt sich dies auch psychologisch erklären, daß es dem Herrn Reichskanzler nach allen seinen großen Erfolgen immer schwerer fällt, einen Widerspruch Anderer richtig zu würdigen" (StB. 1820a).

[2]) Gott hat uns diese Muße nicht geschaffen, vgl. Virgil. eclog. 1, 6.

14. 3. 1885. Es betrifft das eine eigenthümliche Erscheinung, die in allen Reden wiederkehrt, die ich bisher gehört und gelesen habe — da es gestern leider nicht in meiner Möglichkeit lag, der Sitzung bis zu Ende beizuwohnen, weil ich zu Sr. Majestät dem Kaiser befohlen war, so habe ich die Rede des Herr Abg. Windthorst von gestern nur lesen können, aber ich habe die des Herrn Abg. Rintelen gehört, ich habe heute wenigstens die letzten anderthalb Stunden der Rede des Herrn Abg. Richter mit angehört.

(Heiterkeit rechts.)

Alle die Herren sprachen hier in der Dampfersubventionsvorlage hauptsächlich gegen Colonialpolitik, gegen die Brauchbarkeit unserer Colonien, gegen unseren Beruf für Colonien, als wenn wir überhaupt in einer Debatte über die Gründung von Colonien ständen. Wenn man sich fragt: Was kann eigentlich der Grund dafür sein, daß Sie*) der Frage der Dampferverbindungen ausweichen und Ihren*) ganzen Widerstand dem Gebiet der Colonien entnehmen, — so denke ich mir, unsere Colonien sind ja noch klein und unscheinbar, und da lassen sich die Sachen leichter in das Absurde ziehen. Die Dampfschifffahrt ist ein großes Unternehmen an sich, aber in keiner Weise motivirt durch unsere colonialen Bestrebungen. Ich habe schon gestern gesagt, daß es gerade umgekehrt der Fall ist; die Dampfersubventionen eben so gut wie unsere Colonialbestrebungen sind Hilfsmittel für die Entwickelung der deutschen Schifffahrt und des deutschen Exports, und die Erwerbung und Anlage von Colonien ist ja auch Nichts weiter als ein weiteres Hilfsmittel zur Entwickelung der deutschen Rhederei, der deutschen Schifffahrt, des deutschen wirthschaftlichen Lebens. Sie thun aber hier, als wenn die Colonien, unsere kleinen Colonialanfänge, die alleinige Unterlage dieser großartigen Vorlage für Dampfersubventionen seien. Und die Kleinheit dieser Unterlage setzt Sie taktisch in Stand, eine Menge Argumente gegen die Dampfersubventionen anzuführen, die diese gar nicht treffen würden.

Der Herr Abg. Rintelen sprach hauptsächlich gegen die Colonialfrage, so daß ich zu äußern mir erlaubte, er habe in der Hauptsache nicht gerade gegen unsere Vorlage, die Dampfersubvention,

---

*) StB.: sie — ihren.

sondern gegen die Colonialpolitik im Allgemeinen gesprochen u. s. w. 14. 3. 1885.
Darauf hat der Herr Abg. Windthorst das Bedürfniß gehabt, die Initiative dieser Verschiebung von seinen Fractionsgenossen abzunehmen und mir aufzubürden — welches Motiv er dabei gehabt hat, das will ich hier nicht weiter untersuchen; aber ich habe die Erfahrung, daß er ohne besonderes Motiv Nichts thut, und deshalb glaube ich, er hat wohl seine Gründe gehabt, — als ob er die Rede des Herrn Abg. Rintelen und den Eingang der meinigen gar nicht gehört hätte. Das ist ja möglich, ich kann das ja auch nicht von ihm verlangen, und so beginnt er die seinige:

> Durch das Eingreifen des Herrn Reichskanzlers in die Debatte hat die Discussion eine unerwartete Wendung genommen; wir sind von dem Gegenstande weit abgekommen, der uns beschäftigt, weit hinaus auf das Gebiet der Vergangenheit [1]).

Nur durch die Rede des Herrn Abg. Rintelen bin ich genöthigt worden, vorzugsweise die Colonialpolitik zu behandeln und von dieser auf Politik überhaupt zu kommen. Unsere Dampfervorlage ist ja von den Colonien in der Hauptsache ganz unabhängig; nur die an vierter Stelle stehende*) Linie**), die ex post [2]) und als letzte hinzugefügt ist, die afrikanische, hat Beziehungen zu unseren auswärtigen Colonien, und es scheint ja in der Majorität bereits vollständiges Einverständniß darüber vorhanden zu sein, daß wir die auf keinen Fall bekommen. Nun, dann scheidet also die Colonialfrage bei der Frage der Dampfersubvention vollständig aus. Ich habe früher gesagt, daß ich für die Colonialfrage entmuthigt sein würde, wenn die Herren die Dampfersubvention a limine [3]) ablehnten [4]). Das ist ganz richtig; denn die Dampfer-

*) S. 1823 b.

**) Fehlt im StB.

[1]) Nach dem StB. 1803 a lautet der Anfang der Rede des Abg. Windthorst: „Meine Herren, die Discussion hat heute eine unerwartete Wendung genommen; wir sind weitab von dem Gegenstande, der uns beschäftigt, hinausgeführt worden in die große Politik der Vergangenheit, der Gegenwart und — anscheinend — auch der Zukunft."

[2]) Nachträglich, vgl. Bd. X 32. 308.

[3]) Von vornherein, vgl. Bd. VI 176.

[4]) Bd. X 176.

14. 3. 1885. subvention ist das Näherliegende, die Gründung neuer Colonien erst das entfernt Liegende. Wenn in unserer öffentlichen Meinung für überseeischen Handel und Schifffahrt so wenig Interesse besteht, daß nicht einmal die gegenwärtigen Verbindungen mit Indien, mit Australien und mit den Südseeinseln gefördert werden sollen, dann kann ich noch viel weniger darauf rechnen, daß in neu auf wüstem Gebiete zu gründenden Colonien etwas Gedeihliches mit allgemeiner Zustimmung geschaffen werden kann. Ich mache darauf aufmerksam, daß auch der Abg. Richter wahrscheinlich seine Gründe gehabt hat, von Dampfersubvention sehr wenig zu sprechen und sie nur als ein untergeordnetes Hilfsorgan für die geringen colonialen Anfänge zu behandeln, die wir bisher haben. Ich komme auf diese Seite der Sache nachher zurück. Ich mache hier nur aufmerksam auf die eigenthümliche Taktik und zwar auch das Publicum draußen, daß es sich nicht dadurch irreleiten lasse, als hätte die Dampfersubvention gar keine andere Bestimmung, als etwa die Verbindung mit Angra Pequeña oder mit Kamerun oder mit Neuguinea aufrecht zu erhalten; das sind ja Alles erst — ich will nicht sagen Zukunftsmusik, aber Hoffnungen der Zukunft, auf die wir jetzt allerdings noch keine ergiebige Dampferverbindung basiren können. Es handelt sich aber hier nicht um die Colonialfrage, sondern es handelt sich darum: Soll unsere Handelsverbindung nach Ostindien, nach Samoa, nach Neuholland durch Subsidien unterstützt werden, eventuell auch die nach Afrika?

Der Abg. Richter hat eine Wahrheit gesagt, die ich ihm in keiner Weise bestreiten kann, nämlich, daß unsere Handelsbeziehungen zu Oesterreich-Ungarn bei Weitem wichtiger sind als die mit Japan [1]).

---

[1]) Abg. Richter: „Was will der Export (nach Afrika) besagen gegenüber dem Schaden, der unserer deutschen Ausfuhr in diesem Augenblick zugefügt wird durch die neue Zolltarifvorlage in Oesterreich-Ungarn, was soll die Schädigung unserer Exportinteressen gegenüber dem Vortheil, den Ihre Phantasie sich ausmalt durch die Begünstigung des Absatzes an buntem Papier und dergleichen? Wenn alle Japanesen die Sitte befolgten, bei Leichenbegängnissen durch Streuen von Papierschnitzeln sich in eine feierliche Stimmung zu versetzen, was will das bedeuten gegenüber den Nachtheilen, die beispielsweise das Königreich Sachsen erleiden wird durch den neuen Zolltarif, der gegenwärtig in Oesterreich-Ungarn durchgeführt wird. . . . Und diese Zolltarifnovelle in Oesterreich-Ungarn, sie ist unmittelbar hervorgerufen durch die zuletzt in diesem Reichstage vorgelegte Zollerhöhung; sie steht in unmittelbarem Zusammenhange damit" (StB. 1818b).

Aber das habe ich ja auch niemals bestritten; das ist wiederum 14. 3. 1885.
eine andere Manier der Taktik, Behauptungen siegreich zu widerlegen, die der Andere niemals aufgestellt hat. Daß die österreichische Tarifnovelle, wenn sie Gesetz werden sollte, für unsere Industrie eine ganz außerordentlich nachtheilige ist, das wird Niemand Herrn Richter bestreiten; daß sie aber in Zusammenhang stände mit unserer eigenen Zollnovelle und namentlich mit dem Schutz der landwirthschaftlichen Producte, der dabei beabsichtigt wird, das kann ein so sachkundiger Redner wie er ja selbst nicht glauben. Er wird doch diese Tarifnovelle gelesen haben. Daß das in der Tarifnovelle behauptet wird, das ist ja sehr wohl wahrscheinlich; denn daß die Industriellen von Cisleithanien irgend einen Vorwand brauchen, um einen starken Schutzzoll für ihre Industrie herbeizuführen, das glaube ich wohl; aber daß die agrarische Seite, daß Transleithanien, Ungarn, gerade das Bedürfniß hätte, die Einfuhr auf Wollstoffe und derartige Manufacte bedeutend zu erhöhen, das kann ich mir nicht denken; das ist aber gerade die einzige, die ungarisch-agrarische Hälfte, die unter dem Zoll leidet, und die vielleicht etwas weniger leidet, wenn sie ihrerseits dasselbe System bei sich in Bezug auf den Schutz ihrer Landwirthschaft einführt. Bisher betrachtet sie sich als Trägerin des Transits eines großen Theils von südrussischem, bessarabischem, rumänischem Korn, das zunächst nach Wien verladen und von Wien weiter spedirt wird. Wenn die ungarische Production diese Rivalität nicht hätte, so glaube ich, daß sie weniger bedrückt durch unsere neue Zollgesetzgebung sich fühlen würde. Außerdem ist unsere neue Zollvorlage, wenn sie Gesetz wird, was man ja noch gar nicht wissen kann bei den mannigfachen Zweifeln, die dagegen ausgesprochen werden, in keiner Weise*) ruinös für die ungarischen Kornproducenten, namentlich bei Gerste, die dort eine große Hauptsache ist; sondern sie werden eben von der hohen Steigerung des Grund- und Bodenwerthes, die die ungarischen und russischen Güter in der Nähe der Eisenbahnen seit Vollendung des Eisenbahnnetzes erfahren haben, wieder eine Kleinigkeit zurückstecken. Aber der Handel wird bei 30 Mark mehr oder weniger für die Last derselbe sein.

*) S. 1824a.

14. 3. 1885. Also Herr Richter ist vollständig im Irrthum, wenn er hier die österreichische Zollnovelle in Zusammenhang bringt mit der unserigen. Daß diejenigen, die in Oesterreich für ihre Interessen Schutz wünschen, glauben zu machen suchen, als liege in der deutschen Zollnovelle eine gerechte Provocation dazu, das ist ja sehr natürlich; jeder Kaufmann kennt sein Geschäft und arbeitet dafür. Aber sie selbst glauben das wohl nicht, und ich kann mir auch nicht denken, daß der Herr Abg. Richter, wenn er das genauer prüft, selbst daran glauben könnte.

Der Herr Abg. Richter ist, wie in vielen Dingen, so auch darin mit Herrn Abg. Windthorst einverstanden gewesen, daß er der Regierung empfiehlt, darauf Bedacht zu nehmen, länger dauernde Verträge, seien es Tarifverträge, seien es, wie der Herr Abg. Windthorst sich ausdrückt, politisch-pragmatische Verträge, mit Oesterreich-Ungarn abzuschließen[1]). Ja, meine Herren, es ist eigenthümlich, daß ich ein Mal mit diesen beiden Herren, Windthorst und Richter, der Dritte im Bunde sein kann; ich bin auch nicht dagegen, und ich habe, wie Sie aus den Zeitungen wohl schon früher ersehen haben werden, wenn Sie andere Zeitungen als gerade die Ihrigen lesen, schon vor Jahren in Oesterreich den Vorschlag gemacht oder wenigstens die Frage angeregt, ob es möglich sein würde, solche pragmatischen Einrichtungen, sei es auf dem Zollgebiet, sei es auf anderem Gebiet, zu treffen und dadurch die Lücke zu decken, die der Abg. Windthorst zu seinem Bedauern durch die Ereignisse von 1866 in die deutschen Beziehungen gerissen fand. Wir haben aber bei näherer Prüfung gefunden, daß, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die bei uns eintreten könnten, in den österreichisch-ungarischen Verhältnissen noch sehr viel größere liegen, und daß es für eine dortige Regierung, die ganz bereit wäre, darauf ein-

[1]) Abg. Richter: „Ich möchte wünschen, daß man die alten Wege der Zollpolitik wieder betritt, daß wir mit Oesterreich-Ungarn nicht bloß Handelsverträge schließen, sondern auch Zolltarifverträge, um uns gegenseitig in unseren Exportinteressen zu schützen" (StB. 1818 b). Abg. Windthorst: „Nach dem verhängnißvollen Jahr 1866 war kein Act größer und glücklicher für uns, als daß die äußere Verbindung mit Oesterreich zu einer inneren Freundschaft geworden ist; und ich habe die Hoffnung ..., es wird dieses Verhältniß ... auch durch pragmatische Sanction klarer und fester formulirt werden, als es bis heute geschehen ist" (StB. 1805 a).

zugehen, doch zweifelhaft sein müßte, ob sie die nöthigen Bewilligungen der Körperschaften, deren sie dazu bedarf, finden würde. 14. 3. 1885.
Also darüber brauchen die beiden Herren mit mir nicht Händel zu suchen; es ist nur nicht Alles, was die Herren uns hinwerfen, so leicht auszuführen, wenn man der Sache praktisch näher tritt.

Der Abg. Richter hat ferner seine Freude darüber ausgesprochen, daß über die Colonialfragen in England eine Verständigung eingeleitet — ich kann wohl sagen, angebahnt und wahrscheinlich — wäre [1]). Ich kann ihm darauf nur sagen, daß diese Verständigung vielleicht noch leichter gewesen wäre, wenn er nicht hier einer Meinung, einer Auffassung Ausdruck gegeben hätte, die in den Verhandlungen unsere Stellung England gegenüber einiger Maßen schwächte.

(Hört! Hört!)

Die Engländer waren berechtigt, zu glauben, daß die Aeußerung des Herrn Abg. Windthorst, daß, sobald es sich um auswärtige Fragen handelte, alle Parteien vereint ständen, doch auf den Herrn Abg. Richter und die Fortschrittspartei keine Anwendung fände. Denn er hielt gleich darauf eine Rede, die die Stellung der deutschen Regierung in den Verhandlungen mit London nothwendig schwächen mußte und geschwächt hat [2]).

(Hört! Hört! — Zurufe links.)

---

[1]) Abg. Richter: „Niemand kann sich in diesem Hause mehr freuen darüber, daß es dem Herrn Reichskanzler gelungen ist, . . . eine Verständigung mit England herbeizuführen, als ich" (StB. 1819a).

[2]) Bei der dritten Berathung des Reichshaushaltsetats in der 58. Sitzung, am 4. März 1885, führte der Abg. Kalle zu Capitel 4 Titel 47: Apia, aus, daß „die neuere Annexionspolitik der englischen Regierung im Widerspruch mit deren ausdrücklichen Versprechungen stehe und nicht der Ausfluß des Bedürfnisses, sondern lediglich des Neides und der Mißgunst gegen Deutschland sei" (StB. 1574a). Darauf erwiderte der Abg. Richter: „Der Herr College Kalle hat geglaubt, hier gewisser Maßen große Colonialpolitik . . . vorschlagen zu müssen. Ich glaube nicht, daß das Haus geneigt ist, . . . eine Entscheidung zu geben über englische Annexionspolitik und über unser Verhältniß zu England. Meine Herren, . . . England und Deutschland sind auf einander angewiesen nach Stammesverwandtschaft, nach den historischen Traditionen und nach der ganzen Entwickelung . . . Wenn augenblicklich diplomatische Streitigkeiten schweben . . ., so wollen wir hoffen, daß diese Streitigkeiten sich bald schlichten" (StB. 1575a).

14. 3. 1885. Wir würden schneller und vielleicht besser zum Ziele gekommen sein, wenn Herr Richter

(Zurufe links: Kalle!)

diese*) von mir sehr getheilte wohlwollende Parteinahme für England . . .

(Wiederholte Zurufe links.)

— Meine Herren, schreien Sie mich doch nicht nieder, meine Stimme ist ja ohnehin schwach, und nachher klagen Sie darüber, ich wäre nicht zu verstehen; namentlich der Herr Abg. Richter ist ja darin sehr empfindlich [1]). —

Also die Verständigung wäre mir leichter und vielleicht von besserer Tragweite geworden, wenn der Herr Abg. Richter seine Gefühle, die ich ja übrigens vollkommen theile, zurückgehalten hätte; ich glaube, es war nicht gerade der diplomatisch angemessene Moment, sie zum Ausdruck zu bringen, noch weniger mit der sehr eigenthümlichen Bezugnahme, die er mündlich dabei vorgebracht hat, und die ich im stenographischen Bericht zu meiner Freude beseitigt fand.

(Zurufe links.)

— Es war das Wort „dynastisch" [2]). Wenn Sie noch weiter

---

*) S. 1824b.

[1]) S. o. S. 4.

[2]) Irrthum des Redners. Der Abg. Richter kam in einer zweiten Rede an demselben Tage noch ein Mal auf dieselbe Sache zurück und äußerte: „Ich würde mich vielleicht zu einer weniger scharfen Zurückweisung der Ausführungen des Abg. Kalle entschlossen haben, wenn er nicht Ausdrücke wie Neid und Mißgunst Englands gegen Deutschland gebraucht hätte. Ich bin nicht der Ansicht, daß man das Verhalten der englischen Regierung . . . zur Last schreiben soll dem gesammten englischen Volke, und daraus künstlich einen Gegensatz zwischen englischen und deutschen Interessen, zwischen England und Deutschland herleiten soll. . . . Ich bin überzeugt, (es ist) die Ansicht weiter Kreise im deutschen Volke, die sich keineswegs wollen durch die parlamentarischen Debatten . . . in einen künstlichen Gegensatz zu einem . . . Volke, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist . . ., hineinbringen lassen" (StB. 1577b/1578a). Der thatsächlich unbegründete Vorwurf des Reichskanzlers gab dem Abg. Richter Gelegenheit, in einer persönlichen Bemerkung darauf aufmerksam zu machen, wie vorsichtig man gegenüber den mit Bestimmtheit vorgetragenen Behauptungen des Reichskanzlers sein müsse (StB. 1835a/b). Fürst Bismarcks Entschuldigung s. unten S. 118 zum 16. März 1885.

gehen: Sie brauchen an meiner Offenheit — ich habe immer den Muth meiner Meinung — nicht zu zweifeln. 14. 3. 1885.

Der Herr Abg. Richter hat ferner in einer gewissen scurrilen Weise den Herrn Generalpostmeister verdächtigt, daß er Telegraphenverbindungen in unmöglichen Entfernungen anlegen wollte, und hat sich dabei auf einen afrikanischen Fürsten bezogen, der an Se. Majestät den Kaiser geschrieben habe [1]). Ich will nur berichtigen — und das wird zugleich beweisen, wie wenig sicher solche äußerlichen Anknüpfungspunkte sind —, daß es sich nicht um einen afrikanischen Fürsten, sondern um einen Südseefürsten, einen sogenannten König dort handelte, der — ich glaube, er heißt Malietoa oder ähnlich — an Se. Majestät den Kaiser geschrieben hatte, und dessen Schreiben früher in englischen Berichten gedruckt, als es hier angekommen war [2]). Das thut ja aber zur Sache Nichts; ich führe es nur an, um zu zeigen, wie ungerecht die Vorwürfe mitunter sind, die man höheren Beamten, wie dem Generalpostmeister, macht, als wenn er vor dem Unmöglichsten nicht zurückschreckte und Telegraphenverbindungen nach der Südsee plante [3]). Nachher entlehnt man daraus Argumente, um einer sehr natürlichen, bei allen seefahrenden Nationen bereits verwirklichten Vorlage scheinbar entgegen zu treten.

---

[1]) Abg. Richter: „Meine Herren, der Herr Generalpostmeister . . . spielte an auf eine Mittheilung des Herrn Reichskanzlers, daß eine Depesche an den Kaiser von einem afrikanischen Häuptling früher zur Kenntniß der englischen Regierung gekommen sei, als zur Kenntniß des Adressaten selbst. Herr Stephan brachte diese Thatsache in Verbindung mit dem Mangel eigener deutscher Verbindungen. Nun, in diesem Falle konnte der Herr Generalpostmeister nur an Telegraphenverbindung denken . . . Von diesem Satz aus der Nothwendigkeit eigener Verbindungen im Ausland könnte man auch dahin kommen, eigene deutsche Telegraphenkabel zu legen überall da, wo eine deutsche Niederlassung und wo eine deutsche Colonie in Frage ist“ (StB. 1817 a).

[2]) S. o. S. 56; gedruckt findet sich das Schreiben im Staatsarchiv XLIV Nr. 8507.

[3]) Die Aeußerung des Generalpostmeisters lautete: „Ich erinnere Sie daran, in welcher Abhängigkeit die Postverwaltung sich befindet, der öffentliche Dienst, wenn uns nicht directe Dampfer zur Verfügung stehen. Ich erinnere daran, was der Herr Reichskanzler neulich gesagt hat über eine Veröffentlichung von Depeschen und Briefen von einem Könige aus den dortigen Ländern und von dortigen Behörden . . . Es liegt mir fern, der englischen Postverwaltung irgend einen Vorwurf machen zu wollen, man kann aber auch nicht wissen, ob nicht außerhalb der Post die Sicherheit des Depeschen- und Briefdienstes gefährdet ist. Auch in dieser Beziehung ist es wichtig, diese Abhängigkeit zu verlieren“ (StB. 1808 b).

14. 3. 1885. Ungern gehe ich noch auf einige Seiten der Rede des Herrn Abg. Windthorst näher ein; denn ich hatte ja gestern das eigentlich gesagt, was ich zu sagen hatte; aber der Herr Abgeordnete hat mit seinen Aeußerungen in einer Weise in das auswärtige Gebiet eingegriffen, die ich doch nicht so unwidersprochen lassen kann, ohne zu Mißdeutungen Anlaß zu geben.

Wenn ich nach der Reihenfolge seiner Aeußerungen verfahre, so hat er gewarnt, daß wir Geld und Mannschaften für die Colonien zu geben haben würden, und die Colonien uns dort in Verwickelungen führen könnten, die nicht gering zu veranschlagen seien [1]). Nun, ich habe schon früher gesagt — die Herren Abgeordneten wiederholen ihre Argumente, ich muß die meinigen in Folge dessen auch wiederholen, und Sie vergessen sie eben so leicht, wie ich die Ihrigen zu vergessen gezwungen bin — ich habe schon damals gesagt, daß dergleichen Conflicte sich eben nicht in den Colonien ausfechten, sondern in Europa diplomatisch oder auf einem anderen Wege [2]). Dies Argument ist also ein hinfälliges, wenn auch ein öfter vorgebrachtes.

Der Herr Abg. Windthorst hat ferner gesagt — und das ist namentlich, was mich zu einer Erwiderung zwingt —:

> Als ich früher darauf hinwies, hat der Herr Reichskanzler mir gegenüber hervorgehoben, wie friedlich unsere Beziehungen namentlich zu England seien, und heute steht Alles in hellen Flammen [3]).

---

[1]) Abg. Windthorst: „Das wird mir Niemand bestreiten können, daß wir durch diese Colonisationsverhältnisse bereits in einen Conflict gerathen waren, der auch heute noch nicht beendigt ist, von dem aber nach den Erklärungen des Herrn Reichskanzlers angenommen werden kann, daß er nun ausgeglichen werde. Und dazu wünsche ich uns und auch dem Herrn Reichskanzler Glück ... Für mich ist eine der ersten Erwägungen, ob wir die von uns erforderte und durch unsere Lage gebotene Concentration der Kraft nicht schwächen und gefährden, wenn wir uns zu sehr ausdehnen, wenn wir an allen Enden zu gleicher Zeit in andere Nachbarschaften kommen, die uns leicht Conflicte herbeiführen" (StB. 1804a).

[2]) Vgl. Bd. X 213.

[3]) Abg. Windthorst: „Als ich in einem früheren Stadium auf diese Verhältnisse aufmerksam machte, bin ich unterbrochen worden, und da hat der Herr Reichskanzler uns auseinandergesetzt, wie friedlich Alles sei, wie man namentlich mit England unter allen Verhältnissen auf dem besten Fuße gestanden — und heute stehen wir mit England in hellen Flammen. (Stürmischer

Ich bin über diese Aeußerung wahrhaft bestürzt gewesen; 14. 3. 1885.
ich*) habe weder Flammen noch Rauch wahrgenommen und weiß nicht, was der Herr Abgeordnete hat brennen sehen. Ich habe schon vorher [1]) gesagt, ich glaube nicht, daß er irgend Etwas ohne einen bestimmten Zweck anführe; was für einen Zweck kann er nun haben, unser Verhältniß zu England so darzustellen, wie es nach seiner Aeußerung sein müßte: Es steht Alles in hellen Flammen? Ich habe hier gerade die heutigen Zeitungsausschnitte.

Nun, welchen Eindruck hat die gestrige Rede in London gemacht?

> Die „Times" erblickt in der gestrigen Reichstagsrede des Fürsten Bismarck ein Zeichen dafür, daß das jüngste Mißverständniß zwischen Deutschland sowohl in Berlin wie in London als beendigt betrachtet wäre; im Verein mit den Erklärungen des Ministers Gladstone werden sich alle Spuren des jüngsten Mißverständnisses sicherlich verwischen.

Wie ist es nun möglich, daß eine Rede, die jenseits des Canals einen so friedlichen Eindruck gemacht hat, hier bei einem Herrn Abgeordneten, der zehn Schritte von mir sitzt, den Eindruck mache, als stünde zwischen uns und England Alles vollständig in Flammen?

(Heiterkeit.)

Das ist mir vollkommen unverständlich! — Die Worte von Herrn Gladstone, auf die hier Bezug genommen wird, und die ich gern wiederhole, betonen die Freundschaft zwischen England und Deutschland, an der der Herr Abg. Windthorst im Widerspruch mit meiner früheren Zusicherung hier Zweifel erhebt; sie betonen ausdrücklich, was Deutschland betreffe, so wünsche Herr Gladstone in seiner Zuneigung für dieses Land hinter Niemand zurückzustehen. Er sagt:

> Werde Deutschland eine colonisirende Macht, so rufe er ihm Gottes Segen für seine Bestrebungen zu. Deutschland werde

---

Widerspruch rechts.) Meine Herren, die Sache können Sie durch Schreien nicht beseitigen ... War das, was wir aus England über den Canal haben ertönen hören, war das, was der Herr Reichskanzler hier geantwortet hat, waren selbst die Aeußerungen, die heute noch gemacht sind, so ganz geeignet, uns klarzustellen, daß Deutschland in tiefem Frieden mit England ist?" (StB. 1803b/1804a).

*) S. 1825a.

[1]) S. o. S. 95.

14. 3. 1885. Englands Bundesfreund und Genosse sein zum Segen der Menschheit. Ich — fährt er fort — begrüße seinen Eintritt in diese Thätigkeit und werde es erfreulich*) finden, daß es unser Genosse in der Verbreitung des Lichts und der Civilisation in weniger civilisirten Gegenden wird. Es wird bei diesem Werke unsere herzlichsten und besten Wünsche und jede Ermuthigung finden, die in unserer Macht steht.

Wie ist es möglich, daß dieselben Vorgänge, dieselben Fragen einen so verschiedenen Eindruck auf zwei Leute machen? Hat der Minister Gladstone mehr Liebe für das Deutsche Reich übrig als der Herr Abg. Windthorst? Das kann ich mir doch nicht denken! Aber jeden Falls hat er mehr Verständniß für unsere Colonialpolitik, als dieser Führer einer großen Partei bei uns in seinen jetzigen Aeußerungen gezeigt hat. Meine Herren, es haben solche Versuche, Zweifel an der Festigkeit des Friedens zu erregen, doch sicher ihre Bedenken!

(Sehr richtig!)

Ich spreche dabei durchaus nicht von der Börse. Die rührt das nicht; aber fortgesetzte Zweifel an der Beständigkeit des Friedens finden ab und zu, namentlich bei den Parteileuten, die in verba magistri zu schwören [1]) gewohnt sind, schließlich doch einigen Glauben, und dadurch wird der Friede mit der Zeit erschüttert. Es ist deshalb die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen. Mir ist das ja in meiner langen Erfahrung wiederholt entgegengetreten, und wir haben bei uns ja im Reiche Fractionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg, und zwar einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können.

(Hört! rechts.)

Die**) Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch

*) StB.: erfreulicher.

**) S. 1825b.

[1]) Auf die Worte des Lehrers schwören, Horat. Ep. I, 1, 14, vgl. Bd. VII 143, IX 139.

einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich — das Alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewisser Maßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des Deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fractionen eine gewisse Ungeduld empfinden, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, 14. 3. 1885.

(Hört! Hört! rechts.)

und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel zu ziehen und ihn dadurch zu erschüttern suchen. Wir sehen ja, daß französische chauvinistische Blätter, daß namentlich polnische Blätter darauf ausgehen; und so deutsch die welfische Fraction sein mag, ihr Ideal, die Herstellung des Königreichs Hannover, zu dem sie sich offen bekennt bei allen ihren Wahlreden, kann doch nur erreicht werden, nachdem Deutschland, Preußen in einem unglücklichen Kriege der Ausschlachtung, der fremden Willkür preisgegeben sind.

(Hört! Hört! rechts.)

Es ist also nicht so ganz obenhin zu nehmen, wenn angesehene politische Persönlichkeiten [die Hand dazu bieten. Ich nehme an, daß der Herr Abg. Windthorst sich über die Tragweite seiner Worte und Friedenszweifel getäuscht hat; aber ich gebe ihm doch zu bedenken — ihm sind ja diese Fractionen, von denen ich spreche, in allen Bestrebungen noch durchsichtiger als mir —, ich möchte ihn bitten, dergleichen Hoffnungen, die sich an unseren Untergang, muß ich geradezu sagen, knüpfen, nicht zu nähren, indem dann ohne allen Grund unsere friedlichen Beziehungen zu anderen Großmächten, mit denen wir sie sorgfältig pflegen, sich als zweifelhaft darstellen.

Der Herr Abgeordnete sagt [1]):

> Bezeugt denn das, was von England aus zu uns herübertönt, was der Herr Reichskanzler hier auseinandergesetzt, und

---

[1]) Das wortgetreue Citat s. o. S. 102 Anm. 3.

14. 3. 1885. was er uns heute erklärt hat, daß wir im tiefsten Frieden mit England leben*)? (Ruf rechts: Jawohl!)

Nun, meine Herren, Sie haben aus den Citaten, die ich aus der Rede des Herrn Gladstone hier gemacht habe, und aus dem Telegramm, das ich aus der „Times" wiedergab, gesehen, wie berechtigt dieses „Ja" auf der Rechten, und wie grundfalsch — um mich des Ausdrucks des Herrn Abg. Windthorst zu bedienen — seine eigene Ansicht war. Er selbst fügt hinzu:

> Wir stehen nicht vor einem Kriege; der gesunde Instinct beider Nationen . . . [1])

— ja, wenn der nicht alle Dummheiten der Diplomatie wieder gut machte, wie weit wären wir schon gekommen!

(Heiterkeit.)

Der Instinct der Nation hat uns ja so „herrlich weit gebracht" [2]), wie wir sind.

(Heiterkeit.)

Also Herr Windthorst sagt:

> Der Instinct allein hat uns vor solchem Unglück bewahrt; ich hoffe auch, daß wir bald wieder auf friedlichen Fuß gelangen werden mit anderen Nationen [3]).

— Meine Herren, wir sind es und sind nie davon heruntergekommen, wie ich wiederhole. Glauben Sie denn, daß ich meinen**) Sohn nach England geschickt haben würde, um dort Händel zu suchen?

(Heiterkeit. — Abg. Dr. Windthorst: Um die Händel zu beseitigen!)

---

*) StB.: lebten.

**) S. 1826a.

[1]) Abg. Windthorst: „Wir sind noch nicht beim Schießen angelangt, und ich hoffe auch nicht, daß es dazu kommt; ich hoffe, daß der gesunde Instinct beider Nationen uns davor bewahrt" (StB. 1804a).

[2]) Vgl. Goethe, Faust I, 1 (Nacht), V. 217—220:

Wagner: Verzeiht! Es ist ein groß Ergötzen,
Sich in den Geist der Zeiten zu versetzen,
Zu schauen, wie vor uns ein weiser Mann gedacht,
Und wie wir's dann zuletzt so herrlich weit gebracht.

[3]) Abg. Windthorst: „Ich hoffe auch, daß wir bald mit England auf den Fuß zurückkommen werden, auf dem wir immer mit ihm leben müssen, in engster und intimster Freundschaft; denn es sind zwei Nationen von gleichem Stamm und gleicher Intelligenz und Tüchtigkeit" (StB. 1804a).

Zu diesem Behufe würde ich ihn nicht einmal zu meinem ver- 14. 3. 1885.
ehrten Gegenüber schicken.

— — die von gleichen Stamme, von gleicher Intelligenz ist.
— Das Alles ist ja ganz herrlich; aber es kommt gerade so heraus, als ob ich das bestritte. Ich bin ja darin vollständig mit dem Herrn Abgeordneten einig. — Er sagt weiter:

> Man wird nicht leugnen können, daß wir in einen Conflict gerathen sind, der noch nicht gelöst ist;

— doch, er ist gelöst; ich hoffe, der Herr Abgeordnete wird eine herzliche Freude darüber empfinden; —

> aber wir dürfen nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers hoffen, daß er ausgeglichen wird,

— er ist es schon, —

> und dazu möchte ich ihm besonders Glück wünschen [1]).

— Ich bin ihm dankbar, aber es kommt mir heraus, wie der Franzose sagt, „avec un rire jaune" [2]); indessen, ich nehme den Glückwunsch dankbar an.

Der Herr Redner hat nachher weiter gesagt:

> Bedenken Sie doch, wo liegen denn für England die Schwierigkeiten? In den Colonien [3])!

— Ja, meine Herren, Schwierigkeiten können ja auch in kleineren Colonien liegen, namentlich aber in so großen, wie in denen Englands; aber auch sehr reiche und mächtige Quellen des englischen Wohlstandes liegen darin.

(Sehr richtig! rechts.)

„Umsonst ist der Tod," pflegt man zu sagen; und das ganze reiche Indien zu besitzen und den Weg dazu in Aegypten, daß das für England manche Unbequemlichkeit nebenher verursacht, das ist wohl natürlich. Der Herr Abgeordnete sollte indes doch nicht nur die Kehrseite der Sache in den Vordergrund schieben.

Der Herr Abgeordnete äußerte nachher, schon sein Fractionsgenosse Rintelen habe gesagt, daß eine weise Colonialpolitik, die

---

[1]) S. o. S. 102 Anm. 1.

[2]) Mit einem widerwilligen Lachen.

[3]) Abg. Windthorst: „Wo liegen denn die Schwierigkeiten Englands in diesem Augenblick? Wesentlich in seinem Colonialbesitz, in seiner colonialpolitischen Stellung" (StB. 1804a).

14. 3. 1885. langsam und mit Bedacht vorwärts schreite, auch seine Unterstützung finde[1]). Aus der Rede des Herrn Abg. Rintelen habe ich den Eindruck gehabt, daß keine Colonialpolitik seine Unterstützung finden, sondern daß er an jeder Das auszusetzen haben werde, was ihm gerade an dieser Colonie nicht paßt. Ich will gerne zugeben, daß der Herr Vorredner darin anderer Meinung sein mag; aber ich mag mich drehen und wenden wie ich will, ich kann es den Herren zu meinem Bedauern nie recht machen.

Es wird also gesagt: „mit Bedacht wolle man vorwärts schreiten". Später: „mit bedächtiger Ruhe fasse man die Verhältnisse auf, auf ruhige und beschauliche deutsche Art

(Heiterkeit rechts.)

wolle man vorwärts gehen[2])." Nun, das dachte der weiland Bundestag auch, und er kam leider dabei nicht vorwärts.

(Heiterkeit.)

Dann sagt Herr Windthorst:

> Wir finden überhaupt keine feste Leitung der Dinge mehr durch die Regierung, sondern die Regierung wartet stets, was wir aus unserer Initiative bringen[3]).

Wie soll ich das zusammenreimen mit der späteren Behauptung, daß wir zu „unbedachtsam" vorwärts drängen.

---

[1]) Abg. Windthorst: „Eine weise, wohlbedachte Colonialpolitik wird von uns unterstützt werden und ist von uns unterstützt worden. ... Die Partei, zu der ich gehöre, ist für eine gesunde, verständige, bedächtige Colonialpolitik ebenso begeistert ..., wie irgend eine andere Partei" (StB. 1804 b).

[2]) Abg. Windthorst: „Der Herr Reichskanzler bringt nicht in Berechnung, daß der deutsche Charakter überhaupt nicht für großen Enthusiasmus angelegt ist, daß er vielmehr in einer bedächtigen Ruhe alle Verhältnisse auffaßt und alle Verhältnisse ordnet. Und ich meinestheils sage dem Herrn Reichskanzler: Wenn man von Anfang an ein klein wenig mehr in dieser ruhigen und beschaulichen Art des Deutschen gehandelt hätte, so würde vieles Unglück vermieden worden sein" (StB. 1805 a).

[3]) Abg. Windthorst: „Wir finden keine feste Leitung der Regierungen mehr in den einzelnen Fragen, sondern wir sehen, wie die verbündeten Regierungen hier zuhorchen und abwarten, was wir aus unserer Initiative ihnen bringen. Ist denn nicht die ganze Zollfrage wesentlich im Schooße des Reichstags entstanden? Sind nicht die Ideen für die Unfallversicherung und die anderen Gestaltungen, die bei der Socialreform im Gange sind, wesentlich aus diesen Reihen hervorgegangen? Ist nicht in allen den Dingen, die jetzt vorliegen, beinahe nur noch in dem Parlament das treibende Element? Das ist ein ganz verkehrtes Verhältniß" (StB. 1805 b).

Der Herr Reichskanzler 14. 3. 1885.
— sagt Herr Windthorst —
will vor allen Dingen zu schnell vorwärts gehen; so rasch arbeitet eine große Nation nicht, sie kann nur langsam und allmählich — — [1])
— und dabei wird uns in demselben Athem vorgeworfen, wir*) warteten stets auf Das, was der Reichstag thun will. Da möchte ich auch sagen: Erkläret mir, Graf Oerindur, — nicht: diesen Zwiespalt der Natur [2]), aber diese Worte des Herrn Abgeordneten! Gehen wir danach zu langsam, gehen wir zu rasch? Ich weiß es nicht. Warten wir zu lange darauf, wie sich der Reichstag entschließen wird? Sind wir zu rücksichtsvoll in Bezug auf die Wünsche des Reichstags? Lassen wir uns die Sachen zu sehr bringen, um zu sehen, ob wir es ihm recht machen? — Oder ist das Andere begründet, daß wir vor allen Dingen schnell vorwärts wollen, rascher, als eine Nation arbeiten kann? Ich kann mich aus diesem Dilemma nicht herausfinden. Wenn der Herr Abgeordnete mir sagen will, was seine eigentliche Meinung ist, ob ich zu rasch oder zu langsam vorgehe, so werde ich ihm dafür dankbar sein [3]). In allen Sätzen und Worten wiederholt es sich, daß „Süß und Bitter aus einer Quelle fließen" [4]). Die entgegengesetztesten Gedanken finden sich in demselben Satze; überall ein bestimmtes Aussprechen für das Eine und nachher auch ein Aussprechen für das Andere. Daß das mit derselben gerechten Abwägung, wie der Herr Abg. Windthorst es hier vorträgt, in allen kleinen Provinzialblättern wiedergegeben

---

*) S. 1826b.

[1]) Abg. Windthorst: „Dann, meine Herren, ist nicht außer Acht zu lassen, daß sehr bedenklich und verheerend in diese Verhältnisse hineinwirkt der Umstand, daß man zu glauben scheint, das Begonnene (StB.: Beginnen) in einer kurzen Frist fertig stellen zu müssen, weil bald das Ende des Lebens für die Wirkenden da sein kann. So rasch arbeitet eine große Nation nicht; die kann nur langsam, allmählich und bedächtig arbeiten, und wir können nicht in einem Tage Alles fertig machen" (StB. 1805b).

[2]) Volksthümliche Umgestaltung eines Citats aus Müllner, Die Schuld II, 5, vgl. Büchmann, Geflügelte Worte (17. Aufl.), S. 171.

[3]) Abg. Windthorst ersetzte in seiner Erwiderung das „ob" der Frage des Reichskanzlers durch „wann", antwortete also auf eine gar nicht gestellte Frage (StB. 1832a).

[4]) Sprichwörtlich.

14. 3. 1885. werden wird, das kann ich mir eigentlich kaum denken. Die Leute werden nicht das Discernement [1]) haben, sondern nothwendig die eine von den beiden Seiten der Sache — Ja und Nein stehen darin — schärfer accentuiren, wie es gerade den dortigen localen Interessen besser paßt. Und insofern ist es ja ganz nützlich, wenn man in einer Rede alle Meinungen ausspricht, die überhaupt denkbar sind.

(Heiterkeit.)

Man kann dann nachher einer jeden von allen denen, die man ausgesprochen hat, näher treten, ohne mit sich in Widerspruch zu kommen. Man hat zwar das Eine gesagt, aber das Andere auch. Das ist bequem, aber nicht aufklärend für den Minister, der sorgsam und gespannt auf einen Luftzug wartet, der ihm die Wünsche des Reichstags zubringt.

(Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete bezieht sich auf Das, was für die Flotte schon mehr bewilligt sei [2]). Ja, wenn wir gar keine Colonien hätten, und wenn wir namentlich die Dampfersubvention gar nicht vorgelegt hätten, so wäre, glaube ich, eine gewisse Steigerung der Bewilligung für die Flotte doch unabweislich und zwar aus einer sehr erfreulichen Ursache: nämlich weil der deutsche Handel sich, und namentlich je mehr er Capital und Entschluß dazu findet, zur Dampfschifffahrt überzugehen, fortwährend ausbreitet, in die Weite und Breite sich mehrt und also eines größeren Schutzes bedarf. Daß wir so viel Schiffe in den asiatischen Gewässern und so viele Interessen an der Ost- und Westküste von Afrika*) zu schützen haben würden, wie jetzt das Bedürfniß sich herausstellt, das haben wir früher nicht geglaubt. Aber nun dieses erfreuliche Ergebniß, daß ein größerer Seehandel eines größeren Schutzes durch die Flotte bedarf, nun wiederum auf das Conto unserer neuesten Vorlage zu schreiben, das ist doch auch nicht gerecht.

Für eine gesunde und gemäßigte Colonialpolitik ist also der

---

*) StB.: Amerika.

[1]) Unterscheidungsvermögen.

[2]) Abg. Windthorst: „Wir haben die Mittel bewilligt für die Flotte, welche verstärkt wurde, welche jetzt in Anspruch genommen wird in einem Maße, daß sie den Anforderungen nachzukommen kaum im Stande ist" (StB. 1804b).

Herr Abg. Windthorst; aber ich muß annehmen, daß wenigstens der Herr Abg. Rintelen die unserige dafür nicht hält. Ich möchte gern wissen, wo hier nach seiner Meinung der Mangel an Mäßigung oder die Krankheit sitzt; — ich kann es nicht herausfinden. Andere Colonien sind auch nicht gesünder. 14. 3. 1885.

Der Herr Abgeordnete tadelt mich darüber, daß ich auf das Jahr 1866 überhaupt Bezug genommen habe, und fügt hinzu: „Wir sind hier der Einigkeit wegen [1].“ Nun, es ist mir lieb, daß mich der Herr Abgeordnete dessen versichert hat; ich hatte es bisher nicht gemerkt;

(Heiterkeit.)

ich*) hatte geglaubt, wir wären hier, um die Verschiedenheit unserer Meinungen zur Geltung zu bringen. Die Art, wie ich das Jahr 1866 erwähnt habe, wird meines Erachtens die Einigkeit nicht geschädigt haben;

(Sehr richtig! rechts.)

ich glaube, ich habe es in einer sehr schonenden und für Niemand kränkenden Weise gethan,

(Sehr richtig! rechts.)

und der Herr Abgeordnete kann mir daraus keinen Vorwurf machen. Er sagt: „Die Erinnerung an 1866 wird diese Einigkeit leicht stören können.“ Das ist meine Ansicht nicht. Ich glaube im Gegentheil. Wenn noch der 1866er Krieg der einzige Bürgerkrieg wäre, der in Deutschland geführt wurde — oder Bruderkrieg, wie Sie wollen —, aber es ist doch fast in jedem Jahrhundert einmal ein großer deutscher Krieg gewesen, der die deutsche Normaluhr richtig gestellt hat für hundert Jahre. Gehen Sie weiter zurück, Sie haben die Kriege zwischen Preußen und Oesterreich in der Mitte des vorigen Jahrhunderts; noch weiter, Sie haben den Dreißigjährigen Krieg, Sie haben den Schmalkaldischen und die

*) S. 1827a.

[1]) Abg. Windthorst: „Wenn der Herr Reichskanzler über Nothwendigkeiten gesprochen hat, die das Jahr 1866 in sich geborgen hat, so erlaube ich mir, über diese Nothwendigkeiten hinwegzugehen. Meine Herren, wir sind hier der Einigkeit wegen, und wir sind hier, um uns fest an einander zu schließen, damit die Wohlfahrt des gesammten deutschen Vaterlandes berathen, gefördert und getragen werde. Die Erinnerung an 1866 würde diese Einigkeit gar leicht stören können“ (StB. 1805a).

14. 3. 1885. Reformationskriege, und dahinter haben Sie die Welfen- und Ghibellinenkämpfe. Wir sind eben ein streitbares Volk, und so ganz ohne feste Handgreiflichkeiten sind selbst unsere Feste nicht immer abgegangen, noch viel weniger unsere politische Entwickelung. Aber daß das eine so sehr üble Erinnerung hinterließ, kann ich nicht finden; es war gewisser Maßen die Morgenröthe einer besseren Zeit, die 1866 — allerdings blutig — anbrach. Allerdings eigentlich schon früher. Die Kugel kam ins Rollen mit dem dänischen Kriege von 1864, mit dem Tode des Königs von Dänemark [1]), da fing es an. Meine Herren, ich muß sagen, daß ich es bedauern würde, wenn wir uns mit unserer historischen Vergangenheit, namentlich in der modernen Zeit, nicht beschäftigen wollten, denn sie ist außerordentlich lehrreich. Manche von Ihnen werden vielleicht unter den Veröffentlichungen der preußischen Archive das Buch von Herrn v. Poschinger über den Bundestag [2]) gelesen haben, von dem ja heute schon mehrfach die Rede war. Nun, die Epoche, die dieses Buch beschreibt, liegt jetzt ungefähr ein Vierteljahrhundert hinter uns. Das ist ja nicht so sehr lange; aber nichtsdestoweniger, wenn wir in dem Buche von den Streitigkeiten lesen, die einige dreißig souveräne Regierungen*) über den Käftrich in Mainz, über das verschanzte Lager, über Liquidationswesen hatten, so macht uns das Alles einen kleinlichen Eindruck, und wir blicken mit einem gewissen Behagen aus der Verbesserung der deutschen Zustände zurück in diese Zeit des kleinlichen Particularismus, der mit seinen unbedeutenden Kämpfen die Kraft der ganzen großen deutschen Nation in sich neutralisirte und consumirte.

Nun, meine Herren, das zeigt also, daß wir in diesem Vierteljahrhundert doch erhebliche politische Fortschritte gemacht haben; Keiner sehnt sich zurück nach der Zeit; wir blicken zurück von einer erfreulichen Höhe, die wir erstiegen haben, auf ein wüstes Land, und verstehen kaum, wie wir in unserer politischen Kindheit uns so über Lappalien haben streiten können, die wir vergessen haben. Nun, meine Herren, sollte es denn gar nicht möglich sein, daß,

---

*) StB.: Souveräne, Regierungen.

1) Friedrichs VII., 15. November 1863, vgl. Bd. II 213 ff.

2) Preußen im Bundestag 1851—1859 (3 Bde. Leipzig 1882. 4. Bd. 1884).

wenn nach einem weiteren Vierteljahrhundert, so wie dieser Bundestag einen Poschinger gefunden hat, ein Reichstags-Poschinger einmal auf unsere jetzigen Fractionsstreitigkeiten zurückblickte, man dann auch den Eindruck hätte, daß der Fractionsparticularismus von damals ein glücklich überwundener Standpunkt wäre, daß man in den fünfundzwanzig Jahren erhebliche Fortschritte zum Besseren gemacht hätte, daß der nationale Gedanke mehr als bisher und einheitlicher als bisher zum Durchbruch gekommen wäre? Meine Herren, ich gebe darauf die Hoffnung nicht auf, daß die Poschingerleser von 1912 mit demselben Gefühl der Befriedigung auf die heutige Zeit, wenn sie einmal zusammengestellt wird, zurückblicken und sagen werden: Nun, wir*) sind doch bessere Leute, als die damals lebten, — ich nehme mich nicht aus. Ich nehme an, daß der Fractionszopf und Parteizopf dann etwas aus der Mode gekommen sein wird. Was mich dazu ermuthigt, das sind die Zeichen an unserer heranwachsenden Generation. 14. 3. 1885.

(Sehr richtig! Bravo! rechts.)

In unserer Jugend ist ein ganz anderer nationaler Schwung und eine großartigere Auffassung des politischen Lebens, als in allen meinen Altersgenossen, die durch die Jahre 1847 und 1848 mit dem Fractions- und Parteistempel nothwendig hindurch gegangen sind und den nicht von ihrer Haut abwaschen können. Lassen Sie uns mal erst Alle sterben, dann sollen Sie sehen, wie Deutschland in Flor kommen wird!

(Heiterkeit.)

Wir sind augenblicklich das Hinderniß seiner nationalen Entwickelung, — nicht ich allein, wie der Herr Abg. Richter das annimmt; ich glaube sogar, der Herr Abg. Richter in noch viel höherem Maße als ich; aber ich nehme mich nicht aus. Wir sind Alle noch viel zu sehr erfüllt vom Parteikampfeszorn, wir glauben noch an die Größe der Parteien, an die Bedeutung der Frage, ob Einer bei dieser oder jener Partei eintritt, ob ein Wahlsieg hier oder da, ob bei einer Abstimmung ein Sieg erfochten wird. Mit welchem Triumph erfüllt das die Herzen, — das meinige nicht ausgenommen! Auch ich bin freudig wie ein Kind darüber.

---

*) S. 1827b.

14. 3. 1885. Aber ich habe zu der deutschen Nation, und namentlich zur Jugend, zu der jetzt studirenden Jugend, zu der Jugend, die unter den Eindrücken der großen Zeit studirt hat, die unser Kaiser an der Spitze seines Heeres inaugurirte, das Vertrauen: die wird mit Poschingerschen Augen auf die heutige Politik, auf den Particularismus der zehn oder zwölf Fractionen, die hier mit einander kämpfen, zurückblicken. Das ist die Hoffnung, in der ich ruhig sterben werde.

(Bravo! rechts.)

Ich werde es nicht mehr erleben, daß es so weit kommt; aber ich habe diese Hoffnung, wenn in trüben Momenten mir der Popanz vorschwebt, daß wir zum alten Bundestag zurückkehren könnten. Ja, meine Herren, mir passirt so Manches, was den Menschen hypochondrisch stimmen kann, und von dem ich mir sage, wenn das am grünen Holz passirt, was soll erst am, ich weiß nicht welchem*) geschehen[1]); also ich sehe nicht immer rosig in die Zukunft, denn ich sehe nicht immer jüngere Leute und deren Gesinnung vor mir, und die älteren sind verbittert, mit denen wird eine volle Einigkeit des Deutschen Reiches, außer in großen Zwangsfragen, wenn wir uns unserer Haut wehren müssen, glaube ich, theoretisch nicht herzustellen sein. Wir haben bisher nur glückliche Kriege geführt, Dank der ausgezeichneten Armee und Dank der glänzenden Führung Sr. Majestät des Kaisers und unserer Feldmarschälle; aber lassen Sie uns einmal einen schweren unglücklichen Krieg führen: ob wir dann an der Volksvertretung die sichere Stütze finden werden, die wir im Jahre 1870 fanden? Nun, ich hoffe es, ich wünsche es wenigstens sehr lebhaft, daß dann die Aeußerung des Herrn Abg. Windthorst von neulich sich vollständig bewahrheiten möge, daß wir da einig zusammenstehen. Aber es könnte doch leicht sein, daß das Ausland den Eindruck nicht hat, als ob wir so einig wären, und solche Ermuthigungen sollte man dem Auslande nicht geben. Selbst wenn der Herr Abg. Richter einen noch schlechteren Reichskanzler hätte, als ich bin, so sollte er sagen: Das Reich ist zu jung, wir wollen lieber

---

*) StB.: wem.

[1]) Vgl. Ev. Luc. 23, 31.

mal unsere schmutzige Wäsche unter vier Augen waschen, nicht so 14. 3. 1885.
vor der Oeffentlichkeit zwei Stunden lang den Reichskanzler analysiren und sein nicht wirkliches, sondern vom Feinde fingirtes Innere öffentlich bloßlegen, dem Feinde zeigen, was das für ein Mann ist, und wie tugendhaft wir dagegen*) sind, daß wir bei einer solchen Regierung noch solche Leute sind, wie wir sind.

(Heiterkeit.)

Das halte ich nicht für gerathen und für verständig für unsere Verhältnisse.

Ich bin hier auf Aeußerungen eingegangen, die ganz außerhalb der Sache liegen, und deren Erwähnung und Vortrag hier nur damit motivirt wurde, daß ich das Faß angestochen hätte, während ich wieder darauf gebracht wurde, weil der Herr Abg. Rintelen nicht von den Dampfersubventionen, sondern von den Colonien, von ihrem politischen Zusammenhang und vom Völkerfrühling sprach. Meine Herren, ich bin unschuldig an diesen Allotrien. Aber selbst wenn ich gelegentlich von etwas Anderem spräche, so bin ich dazu in meiner Stellung als Vertreter der verbündeten Regierungen vollständig berechtigt. Ich habe nach der Verfassung das Recht, zu jeder Zeit das Wort zu ergreifen. Wenn ich Ihnen Etwas mitzutheilen hätte, was amtlich wäre, so würde ich die Geschäfte ja viel mehr aufhalten, wenn ich den Herrn Präsidenten um eine Pause in der Sitzung bäte und dann die Mittheilung machte; — es wäre vielleicht nicht der Mühe werth, aber mein formales Recht dazu steht nicht in Zweifel. Und ich sage das nur, um mich zu verwahren, als ob Jemand das Recht hätte, mich zur Sache zu rufen oder überhaupt einen Regierungsvertreter [1]). Das würde ich nicht annehmen.

Ich komme nach so vielen Umwegen zur Sache. Ich habe gestern gesagt, ich würde jede Abschlagszahlung dankbar annehmen. Ich möchte nur bitten, daß das nicht so ausgelegt wird, als ob ich auf irgend eine der Linien verzichtete an und für sich, und die Verantwortlichkeit dafür, daß sie überhaupt nicht berathen und nicht beschlossen wird, auf die Regierung übernehmen wollte. Wir

---

*) S. 1828a.

[1]) Vgl. Bd. VII 300 f.

14. 3. 1885. halten die sämmtlichen Vorlagen aufrecht. Wir haben aber bereits gesehen, daß wir sie schwerlich alle viere durchbekommen; und wenn ich diesen nachgiebigen Ton anstimmte, so habe ich das hauptsächlich im Interesse des Ansehens des Reichtags gethan, das meines Erachtens nicht darunter gewinnen würde, wenn die Reichstagssitzung dasselbe negative Resultat hätte, wie die Commissionssitzungen. In der Commission ist der Parteikampf so gewesen, daß jede einzelne Linie und jeder einzelne Antrag unterlegen ist, daß sie uns für Nichts eine Majorität hat liefern können. Es wäre doch für den Reichstag, wenn öffentlich constatirt würde, daß der für Nichts eine Majorität zu Stande bringen könnte, daß bei der Zerfahrenheit im Parteihader nichts Positives geleistet worden sei, — ein betrübendes Zeugniß, das ich gerne habe vermeiden wollen. Sie werfen mir immer vor, daß ich für das Ansehen des Reichstags nicht besorgt wäre. Aber mich hat lediglich das Gefühl geleitet, daß, wenn die Reichstagsberathungen dasselbe Ergebniß hätten wie die Berathungen der Commission, das für Regierung und Reichstag etwas Beschämendes haben würde; und deshalb habe ich gesagt: Glauben Sie nicht, daß wir eine Abschlagszahlung, die Sie uns bewilligen würden, ablehnen werden. Wir werden deshalb nicht sagen, meine ich: Damit ist das ganze Gesetz gefallen, und wir nehmen es ganz oder gar nicht. So habe ich mich auch gestern ausgedrückt. Ich würde es bedauern, wenn Sie Ihre Bewilligung nur auf eine Linie beschränken würden; aber ich würde mich nicht berechtigt halten, den verbündeten Regierungen zuzureden, daß sie diese eine Linie nicht acceptirten. Man könnte ja Gründe dafür haben. Das Geschäft wird ja theurer, wenn man es auf eine Linie beschränkt. Ich halte die afrikanische Linie für diejenige, die, wenn Sie eine ausschließen wollen, es am ersten verträgt, daß sie in Jahr und Tag oder später wieder eingebracht wird, wenn unsere Colonien dort etwas mehr Hand und Fuß gewonnen haben. So lange das nicht der Fall ist, glaube ich, daß der Dienst, der auf der Westküste von Herrn Woermann, auf der Ostküste von*) Herrn Sloman eingerichtet ist, einstweilen die Bedürfnisse nothdürftig deckt, und zwar in deutschen

*) S. 1828b.

Händen deckt. Also wollen Sie eine Linie zurückstellen, so hätte 14. 3. 1885.
die afrikanische die meiste Zeit zu warten.

Nächst der ostasiatischen lege ich das meiste Gewicht auf die Südseelinien, namentlich auf die nach Samoa; wir haben dort die größten eigenen Geschäfte. Wir haben vielleicht den größten Handel nach Neuholland, und ich möchte auch die Linie nicht fallen lassen; die beiden sind mir gleich wichtig.

Ueber die ostasiatische Linie ist, wie ich nach dem Zeugniß mehrerer der Herren Vorredner annehmen darf, überhaupt keine Meinungsverschiedenheit, und ich kann daher meinen Vortrag mit der tröstlichen Rechnung schließen, daß das negative Ergebniß, wie es aus der Commission gekommen ist, von unseren Reichstagsverhandlungen nicht zu erwarten steht, daß uns Das, was ich für eine Beschämung halte, auf diese Weise erspart werden wird. Aber ich hoffe, Sie lassen es bei der einen Linie nicht bewenden, sondern halten die beiden anderen, die Zweiglinie von Samoa und die von Neuholland, mit gleicher Entschiedenheit fest; es spricht für sie das Gleiche, und sie sind gleich unabhängig von der Frage, ob wir Colonien überhaupt haben oder nicht.

Ich habe die Herren nur noch um Entschuldigung zu bitten, daß ich so lange Ihre Geduld in Anspruch genommen habe; aber Sie können auch nicht von mir verlangen, wenn ich überhaupt Ihren Verhandlungen nicht gänzlich fern bleiben soll, daß ich bei den hundert Sätzen, von denen jeder anfängt: Der Reichskanzler hat gesagt, der Reichskanzler meint, der Reichskanzler hat vor zehn Jahren, vor fünf Jahren Dies und Das gesagt, — daß ich ruhig dabei sitzen und nicht antworten soll. Also, wenn ich so viel angegriffen werde, so müssen Sie sich auch gefallen lassen, daß ich viel antworte.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Nachdem der Abg. Hammacher noch einmal für die Vorlage der Regierung in ihrem ganzen Umfange gesprochen hatte, erwiderte dem Reichskanzler der Abg. Windthorst. Er bemerkte unter Anderem, daß das Werk v. Poschingers über den Bundestag weniger geschrieben sei, um die Geschichte der damaligen Zeit klar und objectiv darzustellen, als um den Reichskanzler zu verherrlichen, so daß, wer nur aus diesem Werke die Thätigkeit des Deutschen Bundes beurtheilen wollte, ein recht schiefes Urtheil sich bilden würde. Er habe nicht den Beruf, den

14. 3. 1885. alten Bundestag zu vertheidigen, wie er denn von seiner so oft erklärten Incompetenz sehr wenig befriedigt gewesen sei, aber der Bundesrath möge sich in Acht nehmen, daß er bei seiner großen Aengstlichkeit gegenüber dem Reichskanzler nicht auch an Competenz verliere. In Form einer persönlichen Bemerkung berichtigte der Abg. Richter einige ihn betreffende Aeußerungen des Reichskanzlers, mit besonderer Emphase die, daß er das Wort „dynastisch" aus dem stenographischen Bericht seiner Rede vom 4. März entfernt habe. Der Reichskanzler antwortete darauf in der

68. Sitzung des Deutschen Reichstags

Montag 16. März 1885,

16. 3. 1885. indem er unmittelbar nach dem Commissar des Bundesraths, dem Geheimen Regierungsrath Dr. Reuleaux, das Wort zu folgender Erklärung nahm*):

Ich habe einen Irrthum zu berichtigen, in welchem ich mich vorgestern dem Herrn Abg. Richter gegenüber befunden habe. Es war mir, ich weiß nicht mehr, ob aus Zeitungen oder aus mündlichen Mittheilungen, bekannt geworden, daß er in der Rede, die er als captatio benevolentiae für England [1]) hielt, unter den Motiven, die unsere Haltung England gegenüber zu bestimmen hätten, auch die Verwandtschaften unserer Dynastie ins Feld geführt hätte. Ich ließ mir deshalb den stenographischen Bericht vorlegen, und in demselben wurde mir die Hauptrede des Herrn Abgeordneten von jener Sitzung, die erste, als die Rede bezeichnet. Bei ihrer Durchlesung fand ich diese Wendung der Sache nicht wieder. Ich schloß daraus, daß der Herr Abg. Richter in Bezug auf politischen Tact mit mir die gleichen Ansichten gehabt und bei der Correctur die Anspielung auf die Verwandtschaften unserer Dynastie unterdrückt hätte, und erlaubte mir, darüber in meiner vorgestrigen Rede meine Freude zu erkennen zu geben. Der Herr Abg. Richter hat sehr bald Gelegenheit genommen, diese Freude mir zu zerstören, und ich habe, durch seinen Widerspruch veranlaßt, nunmehr den vollständigen Sitzungsbericht gelesen und bin Aufklärung darüber schuldig, wie ich zu dem Irrthum gekommen bin.

---

*) StB. 1844a.

[1]) Um Englands Wohlwollen zu gewinnen.

Ich konnte nicht voraussetzen, daß der Herr Abgeordnete in seinem Plaidoyer für England das Bedürfniß empfunden haben würde, zwei Mal hinter einander denselben Gedanken — das zweite Mal etwas schärfer unterstrichen — zum Ausdruck zu bringen. Ich glaubte, nachdem ich seine erste Rede gelesen hatte, damit wäre die Sache beendigt, da er in dieser ersten Rede Alles gesagt hatte, was meines Erachtens sich von seinem Standpunkte sagen ließ, in den Worten, die dahin lauteten: 16. 3. 1885.

> England und Deutschland sind auf einander angewiesen nach Stammesverwandtschaft, nach den historischen Traditionen und nach der ganzen Entwickelung, mehr als irgend welche anderen Länder in Europa. Wenn augenblicklich diplomatische Streitigkeiten schweben, über deren Berechtigung ich mir heute kein Urtheil erlaube, und über die ich nicht entscheiden will, so wollen wir hoffen u. s. w.

Meine Herren, den Satz konnte ich mir ja vollständig aneignen, daß wir, England und Deutschland, wenn nicht ausschließlich auf einander angewiesen, doch den Beruf haben, nach Stammesverwandtschaft, nach historischen Traditionen, vor*) allen Dingen aber nach gemeinsamen Interessen und nach der Abwesenheit widersprechender Interessen, im freundlichsten Einverständniß mit einander zu leben. Dieses Einverständniß zu suchen, bin ich seit Jahr und Tag beschäftigt. Ich kann es natürlich nur finden in einer Form, die auch für Deutschland eine befriedigende ist. Das Suchen nach dieser Form nöthigt mich, durch manche Peripetie zu gehen auf diplomatischem Wege, wo auch unter Umständen der Eindruck einer Verstimmung nicht ausgeschlossen ist, und wo der Wechsel zwischen Festigkeit und Nachgiebigkeit allein zum richtigen Ziele führen kann. In diesem Wechsel, in dieser diplomatischen Operation hat mich die ganze Parteinahme des Herrn Abg. Richter für die englische Auffassung der Sache, für England, will ich überhaupt sagen, gerade in diesem Augenblick einiger Maßen genirt.

(Hört! Hört! rechts.)

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, es wäre gar nicht die Zeit gewesen, daß seine Rede hätte einwirken können, sie wäre noch

---

*) S. 1844b.

16. 3. 1885. nicht bekannt gewesen[1]). Nun, meine Herren, die Zeit, in der seine Rede wirkt, läuft noch immer fort. Unsere Verhandlungen mit England sind ja im besten Wege, sie sind aber noch nicht abgeschlossen; und daß es auf die Auffassung der englischen Regierung von einigem Gewicht ist, wenn der Führer der Opposition im Deutschen Reichstag, der sich an der Spitze der der Regierung entgegen stehenden Majorität befindet, in dem Augenblick, wo streitige Interessen discutirt werden, für die fremdländischen Partei nimmt, — nun, meine Herren, das ist nach englischen Begriffen doch sehr wohl erklärlich! Nach englischen Begriffen hat die Majorität, an deren Spitze der Herr Abg. Richter, wenn nicht ganz isolirt, doch mit wenigen Gefährten steht, alle Aussicht, demnächst die künftige Regierung dieses Landes zu stellen. Daß das nicht wahrscheinlich ist, wird einem Deutschen, der unsere Politik versteht und aus deutschen Gesichtspunkten beurtheilt, einleuchtend sein; aber für einen Engländer — nach dessen parlamentarischen Auffassungen — ist es ganz natürlich.

Ich glaube, der Herr Abg. Richter täuscht sich über das Gewicht seines Auftretens wenigstens in England. Der Abg. Richter hat in England ein viel größeres Schwergewicht als bei uns in Deutschland.

(Heiterkeit rechts.)

Ich muß darauf aufmerksam machen: Der, welcher an der Spitze der Opposition gegen die Regierung steht, an der Spitze einer Majorität, der die Regierung ziemlich regelmäßig unterliegt in Fragen, die sie bringt, ist doch für England der herrschende Punkt, der Stern der Zukunft, und man muß schon die deutschen Verhältnisse genauer kennen, um sich zu überzeugen, daß diese englische Auffassung bei uns nicht so ausschließlich Platz greift, wie es in England der Fall sein dürfte.

---

[1]) Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler hat gesagt, daß ich dadurch (durch die Parteinahme für England) die englische Vereinbarung verzögert, jeden Falls eine bessere Vereinbarung verhindert hätte. Das ist schon deshalb unmöglich, weil, während ich von England sprach, ich darauf aufmerksam machte, daß bereits Telegramme über die dortige friedliche Stimmung vorlägen, und mein Bericht konnte noch gar nicht nach England gekommen sein, als jene Vereinbarung schon perfect gewesen ist" (StB. 1835 a).

Ich habe Das angeführt, was der Herr Abg. Richter in seiner 16. 3. 1885.
ersten Rede gesagt hat. Wenn ich nun zwei Seiten weiter umschlage, so finde ich, daß er genau denselben Gedanken nochmals wiederholt hat; er schien Eines vergessen zu haben und nachholen zu müssen: das waren die verwandtschaftlichen Beziehungen der Dynastie. Die zweite Wendung ist im Uebrigen ganz identisch mit der ersten, sie hat wenige Minuten nachher unter wiederholter Meldung zum Wort stattgefunden. Ich muß daher annehmen, daß Herr Richter auf diese Einschaltung ein ganz besonderes Gewicht gelegt hat. Er sagt, daß er überzeugt sei,

> die Ansichten weiter Kreise im deutschen Volke . . . zu vertreten*)

— denke ich mir; der Satz ist nicht ganz zusammenhängend —,

> die sich keineswegs durch parlamentarische Debatten, die an dieser Stelle wenigstens durchaus überflüssig sind**), in einen künstlichen Gegensatz zu einem uns stammverwandten Volke, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist, wollen hineinbringen lassen.

Nun, der Herr Abg. Richter hat nicht im Sinne der von dem Herrn Abg. Windthorst accentuirten Einigkeit aller Parteien gegenüber dem Ausland gehandelt, indem er gerade in diesem Moment, bei divergirenden und rivalisirenden Interessen zweier Nationen, für die andere Seite und nicht für die deutsche eintrat; was ihn dabei geleitet haben kann, darüber will ich mich nicht äußern. Ich bin gewohnt, den Widerstand des Herrn Abg. Richter auf allen Wegen zu finden, die ich in der inneren sowohl wie in der auswärtigen Politik zu gehen habe, und sehe überall mich der Nothwendigkeit gegenüber, diesen Widerstand, der durch eine sehr eindringliche und ausdauernde Beredtsamkeit [1]) unterstützt wird, zu bekämpfen. Indes das ist seine Sache zu erwägen. Ich ergreife hier nur das Wort, um mich gegen diese Verwerthung der dynastischen Verwandtschaften

---

*) Die beiden Worte sind Ergänzungen des Reichskanzlers.
**) S. 1845 a.
[1]) Vgl. Bd. IX 51. 375.

16. 3. 1885. in Fragen der auswärtigen Politik zu verwahren in meiner Eigenschaft als ein langjähriger und erprobter Diener unserer Dynastie und Sr. Majestät des Kaisers.

(Bravo! rechts.)

Es ist eine solche Einbeziehung dynastischer Interessen und Verwandtschaften in die großen nationalen Interessen, die zwischen zwei Nationen divergiren können, für die Dynastien niemals nützlich gewesen,

(Sehr richtig! rechts.)

und ich frage mich: Was hat denn den Herrn Abg. Richter bewogen, seine erste Aeußerung dadurch zu vervollständigen, daß er die Verwandtschaften unserer Dynastie in seine zweite Auflage derselben Aeußerung einbezog.

Ich bin bei dem Herrn Abg. Richter eben so gut wie bei anderen hervorragenden Parlamentariern gewohnt, daß sie nicht so leicht Etwas ohne Ursache thun, daß irgend eine Berechnung auf die Wirkung, die sie erzielen könnten, dahinter steckt.

Nun ist das Hineinziehen der dynastischen Verwandtschaften in die internationalen Interessen erfahrungsgemäß in der Geschichte den Dynastien niemals nützlich gewesen, es sind stets die Gegner der Dynastien gewesen, welche dynastische Beziehungen in den Vordergrund geschoben haben bei internationalen Fragen.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich brauche gar nicht so weit zurück zu greifen, daß ich an die Zeit der ersten französischen Revolution erinnerte, wo es der Dynastie der alten französischen Könige außerordentlich nachtheilig war, daß man den Verdacht verbreiten konnte, als ob die nahe Verwandtschaft des französischen Hauses mit dem österreichischen Hause die französische Politik im österreichischen Sinne beeinflußte. Jedermann, der die Geschichte der damaligen Zeit mit Aufmerksamkeit liest, wird sich des Eindrucks nicht erwehren können, daß das ein mächtiges Hilfsmittel der Gegner des Königshauses war, das Letztere der österreichischen Politik zu verdächtigen. Wenn Aehnliches in England passirte, würde man da nicht sofort von german influence oder foreign influence [1]) in irgend einer Weise

---

[1]) Deutschem Einfluß oder fremdem Einfluß.

sprechen? Würde es einem englischen Parlamentarier, namentlich von der der freisinnig-radicalen etwa entsprechenden Richtung einfallen, die Verwandtschaften der in England regierenden Dynastie mit deutschen Häusern dafür anzuführen, daß England in den Interessen der Nation sich nachgiebig gegen Deutschland erweisen möge? Ich glaube kaum, daß dies Jemand in England riskiren würde. Ich habe sonst bei dem Herrn Abg. Richter niemals gefunden, daß er für dynastische*) Verwandtschaften und Einflüsse ein wesentliches Interesse an den Tag gelegt hätte, 16. 3. 1885.

(Heiterkeit rechts.)

und ich bin deshalb nothwendig veranlaßt, darüber nachzudenken, welche Gründe ihn in diesem Falle veranlaßt haben können, das Gewicht der dynastischen Verwandtschaft in die Waagschale in seinem Plaidoyer für England mit einzuwerfen.

Auch aus unserer eigenen neuesten Geschichte darf ich wohl daran erinnern, daß in den vierziger Jahren von den Gegnern unserer Dynastie die nahe Verwandtschaft derselben mit dem russischen Kaiserhause jeder Zeit ausgebeutet worden ist, um sie als abhängig, als beeinflußt von dem Ausland darzustellen. Ich brauche Sie nur zu erinnern — oder vielleicht haben es Viele von Ihnen nicht gelesen; aber ich habe es damals gelesen — an das bekannte Gedicht von Herwegh [1]), wo er in etwas gezwungenem Reim auf Meleager sagt: „Behüt' uns vor dem Czaren, Deinem Schwager!" — Dieselbe Tonart, die Herwegh im Jahre 1840 und 1841 anschlug, zog sich durch das ganze Jahr 1848. Im Jahre 1848 war es ja in Placaten überall zu lesen: „Die Russen kommen!" — Für die Popularität der eigenen Dynastie war die

---

*) S. 1845 b.

[1]) Gedichte eines Lebendigen (1841): An den König von Preußen, 4. Strophe:

Sieh, wie die Jugend sich verzehrt
In Gluthen eines Meleager,
Wie sie nach Kampf und That begehrt —
O drück' in ihre Hand ein Schwert,
Führ' aus den Städten sie ins Lager!
Und frage nicht, wo Feinde sind;
Die Feinde kommen mit dem Wind:
Behüt' uns vor dem Frankenkind
Und vor dem Czaren, Deinem Schwager!

16. 3. 1885. Behauptung dieses fremden Einflusses niemals nützlich. Ich bin der Behauptung ja noch begegnet im Anfange meiner ministeriellen Laufbahn zu den Zeiten der polnisch-russischen Cartellconvention. Was wurde hauptsächlich gegen die Politik Sr. Majestät des Königs, die ich damals vertrat, ausgespielt? Unsere Abhängigkeit von Rußland in Bezug auf die Cartellconvention, in Bezug auf Alles; kurz, es wurde die Dynastie im Lande verdächtigt, daß sie nicht die nationalen Bedürfnisse allein, sondern auch ihre verwandtschaftlichen Rücksichten auf die nahestehende russische Dynastie in der Politik mit zum Ausdruck brächte. Diese historischen Erinnerungen und Erwägungen und das wenige Vertrauen, das mir der Royalismus des Herrn Abg. Richter einflößt,

(Heiterkeit rechts.)

nöthigen mich, hier seiner Bezugnahme auf dynastische Verwandtschaften und ihren Einfluß auf die Politik mit der Versicherung entgegen zu treten, daß das Gewicht der deutschen Dynastien und insbesondere unserer Kaiserlichen Dynastie unter allen Umständen jeder Zeit auf Seiten der nationalen Interessen und niemals auf der Seite der fürstlichen Verwandtschaften in die Waage fallen wird.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Namens der socialdemokratischen Partei sprach der Abg. Dietz (Hamburg) zu Gunsten der im socialdemokratischen Antrag befürworteten Linien, Namens der Elsaß-Lothringer der Abg. Zorn v. Bulach nicht aus nationalen, sondern aus rein sachlichen Erwägungen für die Vorlage der verbündeten Regierungen. Die polnische Partei gab im Allgemeinen durch den Abg. v. Jazdzewski ihre Uebereinstimmung mit allen gegen die Vorlage erhobenen Einwendungen zu erkennen und ließ darauf, als Antwort auf die „verletzenden Angriffe der vitalsten Interessen" des polnischen Volkes, die Fürst Bismarck in seiner Rede vom 14. März wider die Polen gerichtet habe, folgende Erklärung verlesen:

> Fürst Bismarck hat constatiren zu müssen geglaubt, daß es im Reiche Fractionen gebe — und aus dem Zusammenhange seiner Rede geht hervor, daß er dazu auch meine Fraction rechnet —, die ihre offen aufgestellten Ideale nur durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands, durch eine große Niederlage desselben erreichen zu können vermeinen, und die förmlich darauf speculiren. Ich muß diese Unterstellung, soweit sie meine Fraction und alle ihre Mitglieder betrifft, auf das Entschiedenste zurückweisen.

Ich bestreite, daß unser Sinnen und Trachten auf das Schüren von Feindseligkeiten gegen Deutschland oder gegen irgend ein anderes Staatswesen berechnet sei, daß wir auf irgend eine europäische Conflagration, auf irgend eine Störung des europäischen Friedens speculiren und daraus irgend welche Territorialveränderungen zum Vortheil unserer Nationalität erhoffen. Eine solche Insinuation, die dazu angethan ist, um unsere Stellung dem In- und Auslande gegenüber zu discreditiren — und es scheint, als wenn es hauptsächlich auf das Letztere abgesehen ist —, müssen wir bestreiten und gewärtigen den Beweis dazu. 16. 3. 1885.

Wir stehen in diesem Hause als die legitimen Vertreter derjenigen Bevölkerung, die uns mit ihrem Vertrauen beehrt hat, auf einem rein gesetzlichen Boden; wir erstreben mit allem Nachdruck, der uns zu Gebote steht, die Erhaltung unserer nationalen Rechte, wie sie durch völkerrechtliche Verträge und Königliche Verheißungen garantirt und verbrieft worden sind, und wir reclamiren sie, wo sie uns geschmälert und verkümmert worden sind. Auf dieser Rechtsbasis stehen wir und lassen uns von derselben durch keine Insinuation, durch keine Verdächtigung, sie mag kommen, von wo sie will, verdrängen; in diesem Sinne suchen wir die öffentliche Meinung für uns zu gewinnen, in diesem Sinne üben wir unseren Einfluß auf unsere Bevölkerung aus; und wir werden, Gottlob! in dieser unserer festen, legalen und unantastbaren Stellung durch die Haltung und den gesunden Sinn des weit überwiegendsten Theiles der polnischen Bevölkerung unterstützt. Wenn man das Maß der Ungerechtigkeiten und Mißhandlungen, denen wir auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens seit mehr wie einem Jahrhundert in allen Theilen unseres zerrissenen Vaterlandes ausgesetzt sind, in Betracht zieht, und das ruhige, würdevolle und friedliche Verhalten der polnischen Bevölkerung sich vergegenwärtigt, so ist man zu dem Schluß berechtigt, daß die hier erhobene Anklage grundlos ist.

Dieser Haltung der gesunden Presse, dieser Haltung der polnischen Bevölkerung und ihrer parlamentarischen Vertreter ist es zu verdanken, daß die Umsturzideen des Nihilismus, Anarchismus und Socialismus an unserer Festigkeit abprallen.

Wir halten deshalb diese fortwährenden Anklagen der Polen vor den parlamentarischen Versammlungen Deutschlands für eine schwere und unverantwortliche Ungerechtigkeit, für ein Schüren des Feuers mit dem Schwerte, und wir könnten ebenfalls versucht sein, den Urheber dieser Beschuldigungen selbst vor Gott und der Geschichte anzuklagen, daß, während er in

16. 3. 1885. einer so begeisterten Weise uns schildert, wie all sein Sinnen und Trachten seiner Nation, ihrer*) Größe und ihrem*) Ruhm gewidmet ist, derselbe uns daraus einen Vorwurf macht, wenn wir mit gleicher Liebe die heiligsten Güter vertheidigen, die uns als das einzige Vermächtniß einer besseren Vergangenheit geblieben sind, und die wir um keinen Preis der Welt aufgeben werden.

Wir bestreiten entschieden dem Herrn Reichskanzler das Recht, uns auf diesem gesetzlichen Boden, auf dem wir stehen, anzugreifen, und wir werden uns in keiner Weise beirren lassen, stetig und ruhig auf dieser sicheren, wenn auch dornenvollen Bahn weiter zu gehen; in der Erfüllung dieser unserer parlamentarischen Aufgabe liegt unser offen aufgestelltes Ideal.

Alles Uebrige überlassen wir Gott und seiner Vorsehung.

Fürst Bismarck, der diese Erklärung nicht mit angehört, wohl aber von ihrem Inhalt unterrichtet worden war, antwortete nach Schluß der Rede des Abg. Lohren dem Redner der polnischen Partei in folgender Rede**):

Der Herr Abgeordnete für Krotoschin hat sich vorher dahin geäußert, daß ich in meiner vorgestrigen Rede seine Fraction ungerecht beschuldigt hätte, als ob sie zu denen gehörte, deren Ideale nur durch Störung der Einheit des Deutschen Reiches, nur durch Losreißung von Landestheilen von einzelnen Staaten, die das Deutsche Reich bilden, verwirklicht werden könnten. Er hat nach Dem, was mir darüber gemeldet ist, aus dem Zusammenhange meiner Worte geschlossen, daß ich auch seine Fraction gemeint hätte. Das ist ja außer Zweifel; das braucht man nicht aus dem Zusammenhange zu verstehen. Ich habe es ganz ausdrücklich gesagt.

Der Herr Abgeordnete hat aber doch meine Aeußerungen ein klein wenig verschoben, indem er mir die Behauptung in den Mund legt, daß die Fractionen, von denen ich sprach, förmlich darauf speculirten, denjenigen Krieg herbeizuführen, der, wenn er unglücklich für Deutschland abliefe, dahin führen könnte, ihre offen ausgesprochenen Ideale zu verwirklichen. Nun***), meine Herren, wenn ich das gesagt hätte, ob ich mich da von der objectiven Wahrheit

*) Der StB. hat: seiner — seinem.

**) StB. 1854a.

***) S. 1854b.

so weit entfernt hätte, das will ich hier unentschieden lassen; ich bin auch nicht verpflichtet, mich darüber auszusprechen, denn ich habe es nicht gesagt. Ich will aber Das, was ich gesagt habe, nochmals richtig stellen durch Wiederanführung der Hauptstellen, auf deren Auslegung es hier ankommt, und ich glaube, daß die Versammlung davon überzeugt werden wird, daß ich Niemanden über Gebühr angeschuldigt und belastet habe in den Voraussetzungen, die ich hier aussprach. Ich habe gesagt: 16. 3. 1885.

> Es ist die Taktik aller derjenigen, deren Parteiprogramm oder deren Bestrebungen überhaupt nur durch Unterbrechung des Friedens, nur durch Krieg verwirklicht werden können, stets Zweifel an der Sicherheit des Friedens auszusprechen.

— Das ist eine allgemeine Wahrheit, die der Herr Abgeordnete nicht wird erschüttern können.

> Mir ist das in meiner Erfahrung wiederholt entgegen getreten, und wir haben bei uns im Reiche ja Fractionen, deren offen aufgestellte Ideale nur durch Krieg und zwar durch einen unglücklichen Krieg Deutschlands erreicht werden können.

Ich frage den Herrn Abgeordneten: Ist nicht die Herstellung des Königreichs Polen eins von den offen aufgestellten Idealen seiner Landsleute und namentlich der Fraction, die hier vertreten ist? Er wird das nicht bestreiten. Er sagt aber: Wir wollen die Wiederherstellung nicht durch Krieg, wir wollen sie durch den Druck der öffentlichen Meinung erreichen. Ja, meine Herren, das ist absolut unmöglich; das Ideal, das ich früher anführte, die Losreißung von Provinzen von dem preußischen Staate, wie er heute unter der Garantie des Deutschen Reiches steht, ist nur durch Krieg möglich oder durch ein anderes Mittel, ebenso gewaltsam, durch Revolution. Zwischen den beiden allein steht die Wahl. Es gibt keine andere Auslegung; der Druck der öffentlichen Meinung, und was man sonst noch vorgeben mag, kann nicht gemeint sein. Es liegt ja allerdings im Interesse der Herren, mit ihren Absichten nicht zu früh an den Tag zu treten und einen Mantel über dieselben zu breiten und sich dadurch das Recht zu erkaufen, in dem Schooße des Deutschen Reichstags das Deutsche Reich zu bekämpfen. Aber in unserem Interesse, in dem der Regierungen liegt es, jede Verdunkelung in diesem Punkte nach Möglichkeit zu verhüten und

16. 3. 1885. die Absicht Derer, die uns und, wie wir glauben, der Zukunft des Reiches in ihren letzten Plänen feindlich gegenüber stehen, offen an den Tag zu legen, damit die Nation weiß, woran sie sich zu halten hat, woran sie ist.

(Bravo! rechts.)

Ich habe weiter gesagt:

> Die Herstellung des Königreichs Polen, die Losreißung der polnisch redenden Provinzen von Preußen ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens.

Den Gedanken an Revolution habe ich aus Rücksicht auf den Ort, an dem wir uns befinden, unterdrückt; er ist aber doch das Einzige, was übrig bleibt, wenn man sagt, daß man an einen Krieg nicht denke; das Andere ist eine Redensart, an die kein Mensch glauben wird, und die man nur unter Umständen vor Gericht, wo man nicht gezwungen werden kann, über seine Gedanken Auskunft zu geben, hinstellen kann; der Richter muß sich damit zufrieden geben, er kann nichts Anderes thun. Ob aber der Richter, hier das deutsche Volk, sich mit dieser Auskunft zufrieden geben wird: Wir erwarten die Wiederherstellung des Königreichs Polen auf Kosten der preußischen Provinzen von dem Druck der öffentlichen Meinung in Deutschland, — ja, meine Herren, das glaube ich doch nicht.

(Heiterkeit.)

Also*) ich sagte:

> Die Herstellung des Königreichs Polen u. s. w. ist doch nur möglich durch einen unglücklichen Krieg Preußens. Die Wiederabtretung von Nordschleswig an Dänemark, die Wiederherstellung des Königreichs Hannover in seinem alten Umfange, die Wiederabtretung von Elsaß-Lothringen an Frankreich — das Alles sind Dinge, die nur nach einer großen Niederlage Deutschlands erreichbar sind, nur wenn gewisser Maßen das Königreich Preußen wieder ausgeschlachtet wird, das Königreich, so wie es jetzt Mitglied des Deutschen Reiches ist. Es ist deshalb nicht unnatürlich, wenn strebsame Mitglieder solcher Fractionen —

---

*) S. 1855a.

Ob auch der Herr Abgeordnete für Krotoschin zu den strebsamen Mitgliedern seiner Fraction gehört, das überlasse ich ihm selbst zu ermessen; ich habe die Fraction im Ganzen noch nicht angeklagt und auch nicht davon gesprochen, daß die Herren nach der angegebenen Richtung förmlich speculiren; ich habe mich schonend ausgedrückt: 16. 3. 1885.

> wenn strebsame Mitglieder solcher Fractionen eine gewisse Ungeduld empfinden darüber, daß der Friede sich immer mehr zu befestigen scheint, und daß sie durch Andeutungen, es wäre damit nicht so weit her, seine Sicherheit in Zweifel zu ziehen suchen. Wir sehen, daß chauvinistische und namentlich polnische Blätter darauf ausgehen —

und ich füge hinzu: auch polnische Blätter, die in Petersburg in russischer Sprache redigirt werden, die aber entschieden im polnischen Interesse und von Polen geschrieben und mit polnischem Gelde unterhalten werden, ich könnte die Namen nennen —

> diese Ziele

— sagte ich weiter —

> können doch nur erreicht werden, nachdem Deutschland und Preußen in einem unglücklichen Kriege der Ausschlachtung, der fremden Willkür preisgegeben sind.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete hat im Interesse seiner eigenen Landsleute nicht wohl gethan, mich durch seinen Angriff zu nöthigen, diese meine gestrige Aeußerung noch ein Mal zu unterstreichen und ihr eine breitere Publicität durch eine nochmalige Wiederholung zu verschaffen. Ich glaube, daß die Herren aus den polnisch redenden Landestheilen überhaupt ihrem Interesse besser dienen würden, wenn sie die Regierung des Landes und des Reiches bis auf Weiteres unterstützten. Sie können eben nur durch einen unglücklichen Krieg ihre außerhalb unserer staatlichen Existenz liegenden Ideale verwirklichen. Findet aber dieser unglückliche Krieg statt, dann werden die Herren ja doch davon profitiren; und das gilt auch für andere centrifugale Bestrebungen. Sie können ja den Erfolg des Krieges ruhig abwarten und können inzwischen der staatlichen Gemeinschaft, in der Sie sich nach Gottes Willen einstweilen befinden, nach dem Spruche: „Seid unterthan der

16. 3. 1885. Obrigkeit, die Gewalt über Euch hat" [1]) — und das möchte ich namentlich auch den confessionellen Fractionen ans Herz legen — ruhig und ehrlich dienen. Der Vortheil, den Sie von einem unglücklichen Kriege für Ihre antistaatlichen Ideale haben können, der läuft Ihnen deshalb nicht weg.

(Heiterkeit.)

Wenn das Deutsche Reich zertrümmert, wenn Preußen zerschlagen und niedergeworfen ist, ja, dann kommt es nur darauf an, durch wen; das heißt, ob unsere polnischen Provinzen einem anderen Reiche einverleibt werden, oder ob der Sieger ein solcher ist, der seinerseits ein Interesse an der Herstellung des Königreichs Polen hat; im letzteren Falle wird er es ganz sicher herstellen, Sie mögen in der Zwischenzeit sich gegen die jetzige Regierung freundlich benommen und Ihren Landsleuten und Ihrem engeren provinziellen Gemeinwesen das Wohlwollen*) der jetzigen Regierung erworben haben oder nicht. Das wird sich dabei ganz gleich bleiben, und die Resurrection des polnischen Gedankens wird dann ohne Ihr Zuthun vom Auslande selbst gemacht werden; denn es gibt ausländische Bestrebungen, denen eine Zerreißung der preußischen Monarchie, denen die Herstellung eines feindlichen Elementes in der Weichselgegend bis an die Oder heran Deutschland gegenüber von Nutzen erscheinen kann. Also warten Sie doch ruhig ab, bis der unglückliche Krieg gekommen und geführt ist, und enthalten Sie sich der Sünde, ihn an die Wand zu malen; denn die Hoffnung, ihn dadurch zu beschleunigen und herbeizuführen, ist doch eine eitle, die wird sich nicht verwirklichen! Die Regierungen sind sich in ihrem Interesse dazu zu klar, die Regierungen sowohl innerhalb Deutschlands wie außerhalb Deutschlands [2]).

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

Der Abg. Virchow fühlte sich durch die Herausforderungen des Reichskanzlers verpflichtet, seine Stellung zur Colonialpolitik offen darzulegen. Er ging dabei von dem Satze aus, daß Deutschland den Zeitpunkt der Weltgeschichte, in dem man noch eine Colonialpolitik in

---

*) S. 1855b.

[1]) 1. Petri 2, 13.

[2]) Vgl. die persönliche Bemerkung des Abg. v. Jazdzewski am Schluß, u. S. 147 ff.

dem gewöhnlichen Sinn treiben konnte, verpaßt habe. Der Ausdruck 16. 3. 1885.
„colonial" habe allmählich eine große Dehnbarkeit erhalten, seine ursprüngliche Bedeutung — auf Grund seiner Ableitung von colonus und colere — sei fast in Vergessenheit gekommen. Colonien aber, in denen Ackerbau getrieben werden könne, seien jetzt nicht mehr zu gewinnen, es sei denn auf dem Wege der Eroberung im Krieg gegen Nationen, die Colonien besäßen. Das imperial charter für die afrikanische Gesellschaft, das auf der Anschauung beruhe, als sei Ackerbau oder Plantagenwirthschaft in Ostafrika möglich, sei etwas übereilt ertheilt worden. Denn man habe dabei die medicinisch-anthropologische Vorfrage nicht erörtert, ob denn auch die Europäer im Stande seien, im Klima der Tropen und unter der Malaria zu leben. Gerade die durch Klima und Malaria doppelt gefährdeten Gegenden, die der weiße Mann bisher mit Beharrlichkeit vermieden habe, habe der Reichskanzler für Deutschland ausgesucht. Den Strom der Auswanderung oder auch nur der Speculation nach diesen Landstrichen lenken, heiße unsere Landsleute nicht nur in die größte Gefahr, sondern wahrscheinlich auch direct in den Tod führen. Von diesem Standpunkte aus ergab sich für ihn die Nothwendigkeit, gegen die australische und gegen die afrikanische Linie zu stimmen. Gegen den Schluß seiner Rede übernahm Virchow die Vertheidigung seines Fractionsgenossen Richter gegen die Angriffe des Reichskanzlers. Richter habe sich bei seiner Aeußerung über England in der Nothwendigkeit befunden, die bisher bestandenen internationalen Verhältnisse gegenüber dem Abg. Kalle zu vertheidigen, der Neid und Mißgunst als Triebfedern Englands bezeichnet habe. Wie in dem Hinweis auf die dynastische Verwandtschaft Etwas gefunden werden könne, begreife er nicht. Die Abwehr der Hetzreden Kalles sei ganz conform gewesen den Aeußerungen Bismarcks, daß England und Deutschland keine entgegenstehenden vitalen Interessen hätten. Unrichtig sei es, daß die Rede Richters auf den Gang der diplomatischen Verhandlungen hätte ungünstig wirken können; des Reichskanzlers Behauptung, daß Richter im Auslande mehr geschätzt werde, als in vielen Kreisen des Vaterlandes, sei zwar richtig, ein Scherz aber könne es nur sein, wenn er glauben machen wolle, daß Richter als Chef der Oppositionspartei in England als künftiger Ministerpräsident angesehen werde. Fürst Bismarck erwiderte*):

Der Herr Vorredner hat meine Ausführungen ein klein wenig verschoben — im letzten Theil seiner Rede; auf den Haupttheil derselben habe ich Nichts zu erwidern, nur in Bezug auf den Schluß. Die Verschiebung charakterisirt sich am besten durch die Behauptung des Herrn Vorredners: Es sei doch nicht zu verwundern, wenn der

*) StB. 1862a.

16. 3. 1885. Herr Abg. Richter neulich, nachdem er den Accent darauf gelegt, daß England mit uns durch die germanische Abstammung stammverwandt sei, gemeinsame Kämpfe mit uns bestanden habe, hinzugefügt hätte, daß auch die Dynastien verwandt wären [1]). Die Argumentation des Herrn Abg. Richter war, wie der Text zeigt, genau die umgekehrte; er hat die dynastische Frage voran und die anderen in zweite Linie gestellt.

(Rufe links: Nein!)

Ja*), meine Herren, ich berufe mich auf den Text. Nach Herrn Virchow hätte der Herr Abg. Richter neulich gesagt, daß wir nicht nur durch die germanische Abstammung und die gemeinsame Geschichte verwandt wären, sondern auch noch durch die Dynastien. Er hat aber gesagt, daß wir nicht nur durch unsere Dynastien, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt wären; — er hat die Dynastie in den Vordergrund gestellt. Es käme ja an und für sich auf diese Wortstellung gar nicht an; ich mache auf dieselbe nur aufmerksam, weil sich darin die ganze Verschiebung charakterisirt, die der letzte Herr Redner mit meinen Argumenten vorgenommen hat.

---

*) S. 1862b.

[1]) Abg. Virchow: „Nichts liegt vor, keine Aeußerung, weder im Parlamente, noch in der Presse, noch sonstwo, welche dahin führen könnte, zu glauben, daß die Rede des Herrn Abg. Richter eine besondere Wirkung nach außen hatte; und der Herr Reichskanzler möge mir verzeihen, wenn ich annehme, daß die Ausführlichkeit und Sorgfalt, mit der er heute der Rede entgegen getreten ist, doch einen anderen Grund hat. Dieser andere Grund scheint in dem Worte „dynastische" zu liegen ... Der Herr Reichskanzler scheint darin Etwas gesucht zu haben, was für Jemand, der nicht mit einer gewissen Erregung die Stelle durchsieht, eigentlich unverständlich ist. Herr Richter sagte nämlich: „... daß er die Ueberzeugung habe, die Ansicht weiterer Kreise im deutschen Volke werde sich nicht in einen künstlichen Gegensatz wollen hineinbringen lassen ... zu einem uns stammverwandten Volke". Dahinter steht in Klammern: „Oh! bei den Nationalliberalen". Darauf sagte Herr Richter: „Jawohl, u. s. w., Volk, das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt und durch gemeinsame Kämpfe ... verbunden ist." Ich begreife nicht, wie in dieser besonderen Combination, in dieser Reihenfolge, auf welche Herr Richter in Abwehr eines Angriffes und durch verschiedene Unterbrechungen kam, und wobei er auch dem Umstande Rechnung getragen hat, daß nicht bloß die Völker stammverwandt sind, sondern auch ihre Dynastien, etwas Besonderes gefunden werden konnte ... Das (nämlich: der Verwandtschaft der Dynastien zu gedenken) ist gar nichts so Ungewöhnliches; das ist hüben und drüben etwas ungemein Gewöhnliches" (StB. 1861b/1862a).

Der Herr Vorredner hat so gesprochen, als ob die Anführung 16. 3. 1885.
des Herrn Richter eine ganz nebensächliche gewesen wäre, die ich Unrecht thäte so aufzunehmen, und er hat außerdem gesagt, man wäre an dergleichen gewöhnt. Nun, meine Herren, das kann ich doch nicht zugeben. Wo ist denn bei uns die Gewohnheit, namentlich auf Seite der Fraction, der der Herr Abg. Richter angehört, auf die Verwandtschaften der Dynastien bei politischen Erwägungen und internationalen Fragen ein besonderes Gewicht zu legen? Meine Erinnerung*) reicht ziemlich lange zurück, aber der Fall ist mir noch nicht vorgekommen.

(Sehr wahr! rechts.)

Es ist ja eine Aeußerung in dem Munde des Einen etwas Anderes als in dem Munde des Anderen. Wenn ein enthusiastischer Royalist dergleichen Aeußerungen thut, nun, so liegt das in der Consequenz seiner Gesinnung; wenn aber der Herr Abg. Richter die Dynastie ins Gefecht zieht, so habe ich nicht von Hause aus die Ueberzeugung, daß er das gerade im Interesse der Dynastie thut.

(Oho! und Unruhe links. — Sehr wahr! rechts.)

Meine Herren, ich behaupte damit noch nicht, daß er bewußter Weise die Dynastie schädigen will; aber ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Richter für die Dynastie dieselbe Feinfühligkeit hat wie ein Royalist von meinem Schlage zum Beispiel.

(Unruhe links.)

Es ist vielleicht der Schaden, den er der Dynastie anthut, wenn er sie in einen gewissen Gegensatz mit nationalen Interessen bringt, dem inneren Auge des Herrn Abg. Richter nicht so klar wie dem meinigen. Er hat auch vielleicht nicht die Liebe zu dem dadurch geschädigten Princip, die mich feinfühlig macht. Ich habe nur behauptet, daß die Aeußerung des Herrn Richter, das Hineinziehen der dynastischen Fragen in internationale, den Dynastien nicht nützlich sei, und ich richte die Frage an Jeden, der ehrlich und ruhig mir antworten will: Ist es für die Dynastie ein Vortheil, wenn man bei internationalen Fragen darauf hinweist, daß verwandtschaftliche Rücksichten doch eine gewisse gegenseitige Nachsicht, das heißt ein minder scharfes Wahrnehmen der eigenen nationalen

*) StB.: Gewohnheit.

16. 3. 1885. Interessen, empfehlenswerth machen könnten. Erweist man damit der Dynastie einen Dienst? Ich habe auf historische Fälle verwiesen, wo Dynastien dadurch geschädigt worden sind. Ich glaube nicht, daß der Herr Abg. Richter mit mir an demselben dynastischen Strang zieht; ich glaube nicht, daß, wenn er von Dynastie spricht, er dasselbe Gefühl tiefer innerer Anhänglichkeit und Ehrerbietigkeit damit verbindet, wie ich es thue.

(Oho! und Unruhe links. — Bravo! rechts.)

— Ich glaube das nicht, meine Herren, und Sie werden mich davon schwer überzeugen. Unsere ganze politische Vergangenheit spricht dagegen, — und ich rufe die öffentliche Meinung gegen Ihre mißbilligenden Ausrufe zum Richter darüber an, ob sie in dem Herrn Abg. Richter jemals einen dynastischen preußischen Politiker sehen wird.

Dann*) hat der Herr Vorredner in seiner Aeußerung die politische Bedeutung, die der Herr Abg. Richter in England als Führer der Opposition hat, doch unter das wirklich vorhandene Niveau heruntergedrückt; er hat bei den Engländern ein Verständniß für unsere Verhältnisse vorausgesetzt, wie es nicht vorhanden ist[1]). Es ist mir erinnerlich, daß zur Zeit, wie die Samoadebatten hier waren — es ist schon ziemlich lange her —, der Botschafter einer westeuropäischen Macht hier anwesend war und den Herrn Abg. Richter gehört hat.

(Abg. Richter: Ich habe damals gar nicht gesprochen!)

— Nicht? Sollte es wirklich nicht der Fall sein?

(Zurufe links: Nein!)

— Nun, dann muß dieser Botschafter den Herrn Abgeordneten mit Jemand Anderem verwechselt haben.

(Heiterkeit links.)

Nun, ich erinnere mich der Samoadebatte nicht mehr so genau,

---

*) S. 1863 a.

[1]) Abg. Virchow: „Wenn der Herr Reichskanzler uns glauben machen will, Herr Richter, als der Chef der Oppositionspartei, würde in England als der demnächstige Ministerpräsident angesehen, so möge er mir doch erlauben, zu sagen: Das war wohl nur ein Scherz. So unbekannt sind die deutschen Verhältnisse auch in England nicht, daß man nicht weiß, wie weit wir von demjenigen constitutionellen System entfernt sind, welches die Engländer besitzen" (StB. 1861 a).

wohl aber einer Conversation mit dem erwähnten Botschafter, 16. 3. 1885.
welcher sagte — —

(Zurufe links.)

— Nun bitte ich, mich nicht wieder zu unterbrechen; ich lasse mich ein Mal auf ein Zwiegespräch ein, aber nicht zwei Mal. — Der Herr Botschafter sagte mir — und das ist das einzige Factum, das ich verbürgen kann —, es sei ihm sehr unwahrscheinlich und überraschend, daß der Herr Abg. Richter bei uns noch nie Minister gewesen sei; er könne sich die Rolle, die er spiele, nicht erklären, wenn er noch nie Minister gewesen sei und keine Aussicht habe, es zu werden. Ich sagte: Ueber das Letztere habe ich kein Urtheil, aber gewesen ist er es noch niemals.

(Heiterkeit.)

Und darin wird er mir Recht geben.

Ob dieser Botschafter seine Verwunderung darüber, daß ein Abgeordneter, der diese Rolle bei uns im Parlament spiele, noch nie Minister gewesen sei, gerade aus einer Rede über die Samoafrage geschöpft hat oder nicht, weiß ich nicht, ich habe nur gesagt: In der Zeit der Samoadebatte war es, um zu zeigen, daß es nicht ein novissimum[1]) sei. Der Herr Abgeordnete ist ja seitdem gewachsen an Bedeutung und Ansehen in seiner Partei; er ist heut zu Tage in seiner Herrschaft über die Partei,

(Lebhafter Widerspruch links.)

über die sehr bedeutende Partei kaum mehr angefochten. — Meine Herren, Sie,

(nach links)

die Sie darüber murren, — ist Einer unter Ihnen, der ihm das Wasser reicht,

(Große Heiterkeit auf beiden Seiten des Hauses.)

der gegen ihn mit Widerspruch aufzukommen vermag? Hier vor dem Publicum haben Sie den Muth, dagegen zu murren; wenn Sie mit ihm allein sind, werden Sie es schwerlich thun.

(Große Heiterkeit.)

Und daß ein Mann von der persönlichen Bedeutung Herrn Richters nicht einmal bei uns Minister werden sollte, — mein Gott, man

---

[1]) Eine Begebenheit aus letzter Zeit.

16. 3. 1885. braucht noch gar nicht Engländer zu sein, um zu glauben, daß er es einmal wird.

Aber ich habe nur das Wort genommen, um mein Bedauern darüber zu wiederholen, daß der Herr Abg. Richter die Bezugnahme auf die dynastische Verwandtschaft nicht gestrichen hatte, — und mein Bedauern darüber, daß ich mit dieser meiner Auffassung im Irrthum gewesen sei.

Der Herr Abg. Virchow hat behauptet, daß die Rede, die Herr Richter hier gehalten hat, in Bezug auf die Verhandlungen*), die in England schwebten, einen Einfluß gar nicht üben könnte, und er hat zur Unterstützung dessen angeführt, daß er in keinem englischen Blatte Etwas über die Rede des Herrn Abg. Richter gelesen hätte. Ja, die Politik wird eben doch nicht ganz ausschließlich durch die Zeitungen gemacht. Ich habe es zu spüren geglaubt, daß in der Bereitwilligkeit, mit der uns von englischer Seite im ersten Augenblick entgegengekommen wurde, ein Rallentando[1]) eingetreten ist; ob dies propter hoc oder post hoc[2]) gewesen ist, das muß ich unentschieden lassen. Ich schreibe das einiger Maßen dem Eindruck zu, daß man gefunden hat, in unseren Ansprüchen, die wir England gegenüber verfechten, stände doch nicht die ganze Nation hinter uns. Wenn der Führer einer so bedeutenden Opposition in einer Zeit, wo die Regierung in der Minorität ist, im Reichstag seinerseits auf diese Weise für die englische Auffassung der Sache, für deren Berücksichtigung eintritt, so hat man in England natürlich den Eindruck: Die Nation in ihrer Gesammtheit steht nicht hinter den verbündeten Regierungen und ihrer Politik. Es schlägt das in das Fach hinein, das ich schon öfter besprochen habe: Eine coloniale Politik läßt sich nur machen, wenn sie getragen ist von dem — ich will nicht sagen einstimmigen, aber nahezu einstimmigen, entschlossenen, festen, starken Nationalgefühl, das einen Ausdruck nicht nur im Volke und in der Presse, sondern auch im Reichstage, und zwar in der Mehrheit des Reichstags und auch durch die Führer derselben findet[3]). Zu

*) S. 1863 b.

[1]) Eine Verlangsamung.

[2]) S. o. S. 56.

[3]) Vgl. Bd. X 167. 275. 380. 396, oben S. 53.

den Führern dieser Mehrheit gehört doch der Herr Abg. Richter; 16. 3. 1885.
und daß er diese nationalen Aspirationen nicht theilt, eben so wenig theilt wie der Führer der anderen Hälfte der Majorität, des Centrums, — ja, meine Herren, das liest man aus Ihren*) Reden hinlänglich heraus. Daß das unsere Stellung bei den Verhandlungen mit dem Ausland wesentlich abschwächt, das muß doch jedes Kind einsehen, und ich weiß nicht, wie wir hier darüber streiten können. Eine Regierung, die ihre ganze Nation hinter sich hat, die tritt mit einem ganz anderen Gewicht dem Ausland gegenüber auf als eine Regierung, der die größere Hälfte der Vertreter der Nation in ihrem Parlamente Opposition macht. Ich muß mich da an die Wortführer der Opposition halten, und einer derer ist der Herr Abg. Richter, der seine Opposition ausdrücklich mit der Rücksicht auf die Schonung, die wir England aus dynastischen und anderen Interessen schuldig wären, begründet hat.

Der Herr Abg. Virchow hat mir vorgeworfen — dem Reichskanzler, wie er sich ausdrückte —, daß ich gerade die Plätze ausgesucht hätte, die Keiner hätte haben wollen [1]). Es fehlt nicht viel, so würde er in dem Sinne, den ich ja an seinen Geschäftsfreunden gewohnt bin, mich als die Wurzel alles Uebels zu betrachten, mir auch noch die Malaria aufgebürdet und behauptet haben,

(Heiterkeit.)

daß ich die expreß erfunden habe, um das deutsche Volk mit irgend einem reactionären Plane zu schädigen. Ich muß die ganze Kette seiner Argumente zurückweisen, die davon ausgeht, daß ich die Plätze ausgesucht hätte. Das ist nicht wahr; der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht und hat von mir Schutz gefordert, und zwar im Appell an die Würde des Reiches und an das Ansehen unserer Flagge im Auslande.

Wenn der deutsche Handel sich diese ungesunden Plätze aus-

*) StB.: ihren.

[1]) Abg. Virchow: „Meine Herren, wenn Sie die menschliche Culturbewegung verfolgen, so werden Sie sehen, daß mit richtigem Verständniß der weiße Mann die Gegenden, die in doppelter Weise gefährdet sind, durch das Klima und durch die Malaria, mit Beharrlichkeit vermieden hat: es ist dem Herrn Reichskanzler vorbehalten geblieben, diese Plätze für Deutschland auszusuchen . . . Wo nur ein Land ist, das klimatisch unbrauchbar und mit Malaria behaftet ist, da greifen wir zu" (StB. 1857 a/b).

16. 3. 1885. sucht und dort seine Factoreien hat, so muß er doch glauben, daß er dort leben könne, so muß auch das Klima für weiße Leute möglich sein. Aber kurz und gut, ich kann darüber nicht rechten. Der Herr Abg. Virchow ist ja in Bezug auf klimatische und anthropologische Fragen viel sachverständiger als ich. Aber wenn ein deutscher Unternehmer das Deutsche Reich um Protection anruft — soll ich dann erst das Gesuch zur Begutachtung an das medicinische Amt,

(Heiterkeit.)

dessen*) Mitglied der Herr Abg. Virchow ist, richten und ihn fragen: Können Sie mir auch ein Sanitätsattest für das Klima abgeben? Das würde das Geschäft doch sehr verweitläufigen. Außerdem glaube ich auch nicht, daß der Abg. Virchow in dieser Beziehung eigene Erfahrungen hat sammeln können; er wird sie aus Büchern und Schriften und Beobachtungen Anderer genommen haben, die uns Allen zugänglich sind. Ich habe einen großen Glauben an seine wissenschaftliche Autorität in allen Dingen, die er selbst gesehen und erkannt hat, und deshalb gerade nicht an seine Ueberzeugung auf politischem Gebiet[1]; aber in Bezug auf anthropologische ganz sicher, so weit seine eigene Forschung reicht; hier aber in Bezug auf Neuguinea und Anderes ist er ebenso gut wie wir auf die Erzählungen Anderer angewiesen. Ich habe weder Neuguinea noch Altguinea ausgesucht, sondern der deutsche Handel hat sie sich ausgesucht, und ich habe mir die Frage vorlegen müssen: Wollen wir ihn dort schützen in seinen Unternehmungen oder nicht? — und ich habe sie mit Ihnen zusammen in der Hauptsache bejaht. Wenn ich darin Ihre Unterstützung finde, so werden wir ihn schützen; wenn ich die Unterstützung nicht finde, so werden wir ihn nicht schützen. Der deutsche Handel hat sich dafür beim Deutschen Reichstag zu bedanken; aber die verbündeten Regierungen sind daran unschuldig.

Dann hat der Herr Abgeordnete, glaube ich, den Begriff „Colonie" doch zu doctrinär aufgefaßt; er hat uns über die Etymologie des Wortes zwar aufgeklärt, aber ich glaube, daß der Begriff dessen, was man modern unter Colonie versteht, dabei etwas zu

---

*) S. 1864a.

[1]) Vgl. Bd. II 231, III 368.

kurz gekommen ist. Er leitet es von colere und colonus ab und bringt die Colonien alle in Verbindung mit Ackerbau[1]). Ich sehe darin einen erfreulichen Beweis, daß tief im Herzen des Herrn Vorredners doch auch die Ueberzeugung schlummert, daß der Ackerbau von allen Gewerben das wichtigste ist. Das, was er Colonie nennt, ist also nicht nur in Neuguinea, sondern auch in Brandenburg, Pommern, Westfalen und Württemberg der Fall. Es ist der Ackerbau eben überall. Es ist unwillkürlich das in seiner Partei sonst nicht gern zugegebene Axiom über seine Lippen gekommen, daß der Ackerbau, mit anderen Worten die Landwirthschaft, das Hauptgewerbe des Menschen ist, und daß die ganze menschliche Existenz auf ihm basirt und roulirt. Deshalb braucht aber noch nicht alles Das, was wir nach dem heutigen modernen Begriff, der sich von dem etymologischen doch ziemlich losgesagt hat, unter Colonie verstehen, eine Ackerbaucolonie zu sein; es können Plantagencolonien mit fremden Arbeitern sein. Wenn der Herr Vorredner darin eine abschreckende Erfahrung gesehen hat, daß in Westindien die weiße Bevölkerung sich nach der Aufhebung der Sclaverei nur noch auf fünf Procent belief[2]), so wäre ich sehr dankbar gewesen, wenn er diese Mittheilung durch eine Angabe darüber vervollständigt hätte, auf wie viel Procent sie sich denn früher belaufen hat. Sehr viel über fünf Procent kann die weiße Bevölkerung in jenen Gegenden niemals betragen haben. Es ist das eben eine Plantagencolonie gewesen, und das können einige der unserigen auch werden; die basiren auf Arbeitskräften, die an 16. 3. 1885.

[1]) Abg. Virchow: „Der Ausdruck „colonial" hat allmählich eine Dehnbarkeit erlangt, bei der es sehr schwer ist, noch den Einzelnen daran festzuhalten, um was es sich eigentlich handelt . . . Jeder, der eine Art gelehrter Bildung hat, weiß, daß die Colonie von colonus und der colonus von colere herkommt. . . . Jeder, der eine solche Bildung besitzt, hat den Nebengedanken, als müsse doch bei der Colonie so etwas wie Ackerbau getrieben werden" (StB. 1856 a).

[2]) Abg. Virchow (um die Unmöglichkeit einer dauernden Ansiedelung weißer Leute von europäischer Abkunft in gewissen Gegenden zu beweisen): „Schon im Jahre 1854 wurden in ganz Westindien, welches ja bekanntlich durch die Emancipation der Sclaven in erheblicher Weise betroffen worden ist, nur etwa fünf Procent Weiße angetroffen, so daß man bei mehreren dieser Inseln mit einiger Sicherheit schon damals voraussetzen konnte, es würde nicht sehr lange dauern, daß überhaupt die ganze ansässige Bevölkerung durch Schwarze gestellt werden würde" (StB. 1857 b).

16. 3. 1885. das Klima gewöhnt sind. Ich will mich nicht darauf einlassen, ob der Deutsche sich allmählich acclimatisirt, wie der Herr Vorredner uns das in drei oder vier Generationen vielleicht versprochen hat [1]); ich will auch nicht empfehlen, mit Rücksicht auf die Acclimatation vielleicht den Anwohner unserer nördlichen Provinzen, den Pommer und Uckermärker, zu Hause zu lassen und den südlicheren Sachsen und Schwaben vielleicht als schon etwas acclimatisirter dahin zu schicken, wie die Engländer das ja machen, indem sie ihre Truppe zuerst nach Malta und Gibraltar schicken, ehe sie sie in tropischen Gegenden verwenden. Ich glaube, wir bedürfen dieser Acclimatisirung gar nicht; die hanseatischen Kaufleute, die uns da vorausgegangen sind, leben doch in jenen Gegenden und treiben das Geschäft, das für den Deutschen dort zu treiben ein Bedürfniß ist; sie betreiben es, ohne*) wie die Fliegen dahinzusterben. Es ist in Afrika überhaupt von einem Ackerbau, von colere in diesem Sinne gar nicht die Rede; da ist nur von Handeltreiben einstweilen die Rede. Ob das in Ostafrika anders sein wird, das wollen wir abwarten.

Der Herr Vorredner meint, wir hätten das imperial charter [2]) etwas zu früh lancirt [3]); ich glaube aber, wenn wir damit lange gewartet hätten, dann würden wir überhaupt nicht in die Lage gekommen sein, uns die Frage vorzulegen, ob wir dort eine deutsche Colonie für möglich halten wollen. Längst würden Andere zugegriffen haben, wenn wir auch nur einige Monate gewartet hätten.

---

*) S. 1864b.

[1]) Abg. Virchow: „Ich will gar nicht der Frage entgegentreten, ob nicht unsere Nachkommen im Laufe von vielen Jahrtausenden sich allmählich dort acclimatisiren könnten; aber das glaube ich ohne Uebertreibung dem Herrn Reichskanzler sagen zu dürfen: Er wird es nicht erleben noch einer der hier Sitzenden, daß eine solche Acclimatisation in irgend einem der westafrikanischen Plätze oder in Neuguinea stattfindet" (StB. 1857b).

[2]) Den Kaiserlichen Schutzbrief für die Gesellschaft für deutsche Colonisation vom 27. Februar 1885.

[3]) Abg. Virchow: „Ich meine, das imperial charter, welches neulich der afrikanischen Gesellschaft ertheilt worden ist, ist etwas sehr frühzeitig ertheilt worden; es wäre viel wünschenswerther gewesen, ihr erst Gelegenheit zu geben, zu zeigen, wie viel Mann nach Jahr und Tag noch übrig sein werden, und dann erst einmal zu fragen, ob es sich verlohnt, dafür noch Kaiserliche Charterbriefe auszugeben" (StB. 1856b).

Das ist diese beschauliche und behagliche Art des Abwartens, ob 16. 3. 1885.
die Tauben nicht noch etwas besser angebraten werden können, ehe man den Mund öffnet, um sie entgegenfliegen zu machen.

Aber die Regierung hat geglaubt, sich auf diese abwartende Stellung, die ja sehr viel bequemer und sehr viel weniger verantwortlich ist — für träge Minister wäre sie ja außerordentlich angenehm —, nicht zurückziehen zu dürfen; sondern sie hat den Augenblick wahrgenommen, um dort ein Thor für deutsche Arbeit, deutsche Civilisation und deutsche Capitalanlage offen zu halten. Wenn Das, was hinter diesem Thore liegt, sich nicht so bewährt, so ist das Aufgeben dessen ja immerhin möglich. Sie haben*) für Versuchsstationen — ich weiß nicht was, für Aquarien und dergleichen im Ausland — in unserem Budget doch ganz erhebliche Summen, die mit dem, was für Kamerun bewilligt ist, vollkommen in die Schranken treten können: Warum wollen Sie uns nicht ein Mal erlauben, eine Versuchsstation zu öffnen das erste Mal in diesem Leben für deutsche überseeische Unternehmungen, namentlich da für diese, die die Mißgunst des Herrn Vorredners auf sich gezogen zu haben scheint, einstweilen gar Nichts gefordert wird?

Wir sind Alle darüber einig: Sie werden die afrikanische Linie einstweilen nicht bewilligen, was ich sehr bedauere; wir werden, wenn Sie sie ablehnen, Ihnen aber sehr gern wieder Gelegenheit geben. Wir halten sie für nothwendig und nützlich, und vielleicht würde gerade eine solche Linie das Samenkorn dorthin tragen, das die Anlage dort fruchtbar machen kann.

Ueber die Gegenden westlich von dem Reiche Zanzibar, über die dieses imperial charter ausgestellt ist, habe ich noch in keiner Beschreibung von den Leuten, die da gewesen sind, etwas Nachtheiliges erfahren; im Gegentheil, die gelten nach dem Zeugniß der Engländer, Amerikaner, Belgier, Deutschen, die ich darüber gesprochen habe, für den besten Theil von dem ganzen Innern von Afrika: die Gegenden zwischen der Westgrenze des Sultanats von Zanzibar und den großen Seen, die in der afrikanischen Nilquellengegend sich befinden. Der Herr Vorredner hat dieselben in seiner Aufzählung der ungesunden Gegenden nicht erwähnt; ich glaube,

*) StB.: gaben.

16. 3. 1885. er hat sie vermieden, weil er seinerseits noch nichts Uebles von dieser Gegend gehört hat. Ich habe sehr viel Gutes darüber vernommen, und aus dieser Rücksicht empfiehlt es sich doch, die Frage nicht über's Knie zu brechen. Es handelt sich um einen Landstrich, der, glaube ich, fast so groß ist wie das Königreich Preußen, als ich geboren wurde, und der alle Klimate*), alle möglichen Arten von Vegetationen enthält, von der tropischen bis zur europäischen, und der von einem vergleichungsweise gesitteten und bildsamen Menschenschlage bewohnt wird; alle Vorbedingungen für eine Anknüpfung colonialer Beziehungen, die man sich in der Theorie denken kann, treffen dort zu. Ob sich das praktisch bewährt und verwirklicht, meine Herren, dafür kann ich nicht verantwortlich sein, dafür sind verantwortlich die Leute, die da waren, und die Leute, die hingehen.

Der Herr Vorredner hat es so dargestellt, als ob man den unwissenden Deutschen verleite und an das Messer des Klimas liefern würde[1]). Jeder ist seines Glückes Schmied, und wer dahin geht, hat eben einen Ueberschuß von Unternehmungsgeist**) und verwerthet denselben auf einem Gebiet, in einer Richtung, die bisher nur für unsere Jugend in Lesebüchern eine erhebliche Anziehungskraft hatte, ohne daß wir sehr viel erwachsene Mitbürger besäßen, die darüber mitzureden wüßten. Also lassen Sie sie doch! Wenn die deutsche Nation einen Ueberschuß von Kraftgefühl, Unternehmungsgeist und Entdeckungsgeist in sich verspürt, so öffnen Sie ihr doch wenigstens ein Thor, durch welches sie das verwirklichen kann, und nöthigen Sie uns nicht, wie damals bei den Samoaverhandlungen, auf die ich schon vorhin anspielte, auch diese Vorlage wieder zu den Acten zu schreiben und zu sagen: Ja, die Regierung würde sehr gern den Erwägungen und der Initiative

---

*) StB.: Klimaten.

**) S. 1865a.

[1]) Abg. Virchow: „Ich deducire daraus für die Vorlage ..., daß wir in der That ein hohes Maß von Verantwortlichkeit auf uns laden würden, wenn wir durch Einrichtungen, welche irgendwie dahin führen könnten, den Strom der Auswanderung oder auch nur ... der Speculation in einem hervorragenden Maße nach diesen Landstrichen zu lenken, unsere Landsleute nicht bloß in die größte Gefahr, sondern wahrscheinlich auch direct in den Tod führen würden" (StB. 1857b).

des Handels folgen mit ihrem Schutz, aber ohne den Reichstag kann sie es nicht, und der Reichstag hat keine Neigung dazu. Bewahren Sie uns vor der Nothwendigkeit, meine Herren, die Schuld, daß auch hier den Deutschen nicht einmal freie Fahrt geöffnet wird, auf den Reichstag zu schieben! 16. 3. 1885.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Der dem Centrum angehörige Abg. Racke wies mit Entrüstung die Annahme zurück, daß seine Partei, indem sie sich Windthorsts Führung überlasse, einem Manne folge, der seine Sonderinteressen auf dem Wege des Bruderkriegs oder mit sonstigen unlauteren und verwerflichen Mitteln erstrebe. Die Zweifel des Reichskanzlers an der Aufrichtigkeit der Versicherung Windthorsts, daß bei einem Angriff von Außen das ganze Volk ohne Unterschied der Partei zusammenstehen werde, sei viel geeigneter, Mißverständnisse im Ausland hervorzurufen, als irgend eine Rede Windthorsts. Zur Sache selbst bemerkte er, daß die Conservativen, indem sie in der Commission bei Alleinbewilligung der ostasiatischen Linie gegen die verstümmelte Vorlage stimmten, offenbar nicht die richtigen Instructionen von Seiten des Reichskanzlers gehabt hätten, der die ostasiatische Linie als Abschlagszahlung acceptiren wolle. Wiederholte Unterbrechungen von der Rechten her ließen ihn die Aeußerung thun, daß dieses Gebahren ihn zwingen könnte, nicht bloß heute, sondern auch in dritter Lesung die ostasiatische Linie abzulehnen. Wolle die Regierung, daß das Centrum ihr mit Vertrauen entgegen komme, so möge sie zuerst dem Centrum Vertrauen erweisen, denn nur bei Herstellung des inneren Friedens könne man eine einige Arbeit aller Volkselemente zum Wohle des Vaterlands erwarten. Fürst Bismarck erwiderte*):

Ich ergreife nur das Wort, um eine irrthümliche Auffassung richtig zu stellen, welche der Herr Vorredner bezüglich meines Verhältnisses zu den conservativen Mitgliedern der Commission hervorgerufen hat durch seine Aeußerung, daß den Herren eine Instruction von Seiten des Reichskanzlers zugegangen sei [1]). Meine

*) StB. 1869a.

[1]) Abg. Racke: „Wenn ... der Herr Reichskanzler gemeint hat, in der Commission wäre es das Fractionsinteresse ... gewesen, welches sämmtliche einzelne Linien zum Falle gebracht hätte, so ist dieses nicht ganz richtig. Die ostasiatische Linie war in der Commission mit Mehrheit angenommen worden, und wenn schließlich ein so negatives Resultat herausgekommen ist, ... so sind daran lediglich die Herren von der rechten Seite Schuld, die hatten offenbar nicht die richtigen Instructionen von Seiten des Herrn Reichskanzlers" (StB. 1867a).

16. 3. 1885. Herren, es ist das ja ein trauriges Gewerbe, das von der einen Seite betrieben wird, die Meinungsäußerungen der gegnerischen Fraction dadurch herunterzusetzen, daß man sie als Byzantinismus, als Inspiration der Regierung darstellt; und in welchem Irrthum — ich meine, in einem Irrthum, in dem ein Abgeordneter eigentlich nicht mehr befangen sein sollte — der Herr Vorredner dabei gewesen ist, geht daraus hervor, daß, wie ich glaube mit Bestimmtheit versichern zu können, ich während der ganzen Dauer der Commissionssitzung mit keinem einzigen Mitgliede der conservativen Partei ein Wort über die Dampfervorlage gewechselt habe, auch nicht indirect, auch nicht schriftlich. Ich erkläre also die Behauptung für eine Erfindung, die man zum Schaden einer Gegenpartei machen kann, die man aber mit solcher Entschiedenheit doch nicht in die Welt schicken sollte, wenn sie absolut unwahr ist und so leicht widerlegt werden kann.

Im Uebrigen hat der Herr Vorredner ja selbst und mit einer gewissen Emphase erklärt, daß seine Abstimmung nicht von der Beurtheilung der Sache,

(Sehr richtig! rechts.)

sondern von der Aufnahme abhänge, die seine Art zu reden in dieser Versammlung, namentlich bei seinen Gegnern gefunden hat. Wenn der Herr Vorredner seine Abstimmung davon abhängig macht, dann gebe ich allerdings die Hoffnung auf, ihn für unsere Sache zu gewinnen [1]).

(Heiterkeit rechts.)

Im Uebrigen will ich nur die Zweifel des Herrn Abg. Richter an der Einschätzung seiner politischen und ministeriellen Bedeutung, die er mir gegenüber im Wege der Unterbrechung geltend machte, dadurch zu beseitigen suchen, daß ich ihm ein glaubwürdigeres Zeugniß, für ihn wenigstens glaubwürdiger als das meinige, dafür anführe; es ist das seines Fractionscollegen, des Abg. Bamberger, der zu derselben Zeit, von der ich sprach, in denselben Kreisen, die ich berührte, in denselben diplomatischen Kreisen, in derselben

---

[1]) Abg. Racke (nach wiederholten Unterbrechungen durch Mitglieder der Rechten): „Wenn mir in dieser Weise entgegen getreten wird, so würde ich am Ende gezwungen werden, nicht nur heute die australische Linie abzulehnen, sondern auch in dritter Lesung" (StB. 1868a).

Weise der Verwunderung darüber, daß der Herr Abg. Richter bisher noch nicht Minister gewesen sei, begegnet ist. In der Sitzung vom 27. April 1880 sagte der Herr Abg. Bamberger: 16. 3. 1885.

> Wenn ein französischer Präfect in Lille eine Rede hält oder ein englischer Homeruler in Dublin, dann sind wunderlicher Weise unsere Zeitungen mit enggedruckten Spalten gefüllt, während die Ausländer kaum wissen, was bei uns vorgeht. Ich habe neulich eine merkwürdige Gelegenheit gehabt, das wieder bestätigt zu sehen. Ich war mit zwei Mitgliedern zweier verschiedener angesehener Gesandtschaften zusammen,

— es scheint also damals im diplomatischen Corps die Legende gewesen zu sein —

> es knüpfte das Gespräch an parlamentarische Angelegenheiten an, und der Eine der Herren sagte: Wie seltsam ist es doch, daß ein Mann von so großen*) Leistungen wie Eugen Richter noch nicht Minister geworden ist! — (Hört! Hört! rechts.)

— darauf folgte eine ganz unberechtigte Heiterkeit —

> worauf der Andere erwiderte: Wie, ist Herr Richter noch nie Minister gewesen? Dieser Herr ist schon mehrere Jahre hier bei einer großen Gesandtschaft. — Das sind so ungefähr die Aufmerksamkeiten, die man unseren Vorgängen schenkt u. s. w.

Dies genügt, um meine Auffassung, mit dem ganz unverdächtigen Zeugniß eines Herrn, der mich sonst nicht zu unterstützen pflegt, zu belegen, daß der Herr Abg. Richter das Gewicht, das das Ausland seiner Opposition gegen die Regierung beilegt, unterschätzt. und ich möchte ihn bitten, von der Bedeutung und dem Gewicht seiner Persönlichkeit sich eine klarere und richtigere Anschauung zu bilden als bisher.

(Bravo! rechts.)

Nach einer weiteren sachlichen Rede des Abg. Meier (Bremen) wurde mit 178 gegen 148 Stimmen der Antrag auf Schluß der Discussion angenommen. An dieselbe schloß sich aber noch eine Reihe von persönlichen Bemerkungen, die, soweit sie sich auf Aeußerungen des Fürsten Bismarck beziehen, hier nicht übergangen werden dürfen.

---

*) S. 1869 b.

16. 3. 1885. Abg. Richter: „. . . Was meine frühere ministerielle (?) Thätigkeit anbelangt: Die Mythen, die darüber unter den Diplomaten verbreitet sind, hat der Herr Reichskanzler bereits selber berichtigt. Ich habe nicht bei Samoa eine Rede gehalten, konnte also auch nicht durch eine solche Rede dem englischen Botschafter eine Veranlassung geben zu einer solchen Bemerkung. Der Herr Reichskanzler hat nur eine Aeußerung des Herrn Abg. Bamberger, die dieser aus der Unterhaltung mit irgend welcher gesandtschaftlichen Person wiedergegeben hat, verwechselt mit einer directen Aeußerung des englischen Botschafters.

Was sodann meine Aeußerungen am 4. März betrifft, so habe ich Nichts zu entschuldigen, sondern nur dem Herrn Reichskanzler gegenüber richtig zu stellen . . . Der Herr Reichskanzler meint, daß ich meine damalige oppositionelle Abstimmung . . . gedeckt hätte mit Bezugnahme auf das Verhältniß zu England. Das gerade Gegentheil ist die Wahrheit . . . Ich habe allerdings in meiner damaligen Rede meiner Sympathie für England, für das englische Volk offen Ausdruck gegeben und schäme mich dessen durchaus nicht, ich habe das aber gethan unter Bezugnahme auf eine Aeußerung des Herrn Reichskanzlers selbst, die er namentlich am Schlusse seiner Rede am 2. März dieses Jahres in Bezug auf das natürliche, freundliche Verhältniß zu England machte. Ich habe mich auf die Unterbrechung, als ich vom stammverwandten Volke sprach, auf die Unterbrechung: „Oh! bei den Nationalliberalen“ noch geäußert:

> Jawohl! — das uns nicht nur durch unsere Dynastie, sondern auch durch die germanische Abstammung verwandt, und durch gemeinsame Kämpfe in kritischen Perioden der Geschichte verbunden ist.

Wie man aus diesem Satze entnehmen kann . . ., daß ich die nationalen Interessen und die Beziehungen der Dynastien in einen gewissen Gegensatz hätte bringen wollen, das ist mir durchaus unerfindlich. Eben so unerfindlich ist es mir, wie hieraus die Verdächtigung hergeleitet werden kann, daß nach meiner Auffassung die persönlichen Beziehungen der Dynastien den sachlichen nationalen Interessen widersprächen . . .

Dann hat der Herr Reichskanzler gemeint, man habe in England aus meiner Rede entnommen, daß die Nation nicht hinter ihm stehe, und dies habe seine Stellung geschwächt. Nun, wenn man in England überhaupt von meiner Rede Notiz genommen hat, so muß man auch den letzten Satz dieser Rede gelesen haben, der lautete:

> Wir haben das Bewußtsein, daß, soweit die deutschen Interessen gegen unberechtigte Ansprüche bewahrt werden müssen, der Herr Reichskanzler der Mann ist, das voll und ganz zu thun . . .

Daß man nun in dem parlamentarischen England, wo man die freieste Kritik der Minister auch über die auswärtige Politik gewohnt ist, aus

einer solchen Rede eines deutschen Abgeordneten, die geradezu mit einem Vertrauensvotum für den Herrn Reichskanzler . . . endet, entnehmen kann, dieser deutsche Abgeordnete habe die Stellung des Kanzlers gegen England verschlechtern und die ungerechtfertigten Ansprüche Englands unterstützen wollen, das ist mir durchaus unerfindlich." 16. 3. 1885.

Abg. Bamberger: „Der Herr Reichskanzler hat vorhin eine Stelle verlesen aus einer Rede, die ich bei der zweiten Verhandlung über die Samoavorlage gehalten habe. Er hat das Gespräch, welches ich mit zwei Botschaftssecretären hatte, hier reproducirt, indem er es zunächst mit einer Glosse über meine Beziehung zu Diplomaten begleitete, die mir leider nicht verständlich gewesen ist . . . Im Uebrigen hat der Herr Reichskanzler mich sehr erfreut dadurch, daß er meine Aeußerung vollständig als sich deckend mit seinen Erlebnissen herbeigezogen hat. Es war das für mich ein sehr ehrenvolles Naturspiel, daß ein fremder Botschafter genau dieselbe Unterhaltung mit ihm hatte, wie ich im Jahre 1880 mit zwei Botschaftssecretären. Schließlich habe ich aus dieser Unterhaltung genau die entgegengesetzte Schlußfolgerung gezogen, als der Herr Reichskanzler . . . Ich habe damals aus dem Vorgange, daß zwei fremde Botschaftssecretäre nicht einmal wissen, daß der Herr Abg. Richter niemals Minister gewesen ist und auch unter obwaltenden Verhältnissen nicht werden kann, geschlossen, wie wenig sich das Ausland um unsere parlamentarischen Verhältnisse kümmert." Fürst Bismarck:

Ich auch!

(Heiterkeit.)

Abg. v. Jazdzewski: „Meine Herren, der Herr Reichskanzler hat einen Ausdruck, den ich in meiner Rede gebraucht habe, urgirt und erklärt, daß er ihn nicht gebraucht hätte. Ich habe jeden Falls den Herrn Reichskanzler dem Sinne nach richtig citirt. Ich glaube auch den Ausdruck . . . von dem Herrn Reichskanzler wörtlich so gehört zu haben, wie ich ihn citirt habe, und ich bin überzeugt, daß, wenn ich das Mutterstenogramm der Rede des Herrn Reichskanzlers erhalten könnte . . ., ich den Nachweis liefern könnte, daß ich wörtlich richtig citirt habe." Reichskanzler Fürst Bismarck:

Der Herr Abgeordnete irrt sich; das Stenogramm steht ihm zur Verfügung.

Am folgenden Tage kam folgendes an den Präsidenten des Reichstags v. Wedell-Piesdorf gerichtete Schreiben des Reichskanzlers zur Verlesung*):

---

*) StB. 1885 b.

17. 3. 1885. Berlin, den 17. März 1885.

Der Herr Abg. v. Jazdzewski hat in der gestrigen Sitzung des Reichstags im Wege einer persönlichen Bemerkung nach Schluß der Debatte behauptet, daß ich in der Sitzung vom 14. d. M. die von ihm mir untergelegten Aeußerungen wirklich gethan hätte. Er bezeugte dies aus seiner eigenen Wahrnehmung mit der Behauptung, daß der entgegenstehende Text nachträglich geändert sei.

Aus Rücksicht auf die Zeit des Reichstags habe ich mich der Richtigstellung dieser unwahren Angabe enthalten, um nicht durch Wiedereröffnung der Discussion das Haus der Möglichkeit einer nochmaligen namentlichen Abstimmung über den Schluß der Debatte auszusetzen. Um aber die Angabe des Herrn v. Jazdzewski nicht unberücksichtigt zu lassen, erlaube ich mir, Ew. Hochwohlgeboren den amtlichen*) stenographischen Bericht über die Verhandlung vom 14. d. M. im Original zu überreichen und mich speciell auf die Blätter 233 bis 236 zu beziehen.

Ich richte an Ew. Hochwohlgeboren das ergebenste Ersuchen, den Reichstag auf Grund dieses Actenstückes in Kenntniß zu setzen, daß die Angaben des Herrn v. Jazdzewski über die nachträgliche Aenderung des Stenogramms unrichtig sind.

Der Reichskanzler:
v. Bismarck.

Die gewählte Form der schriftlichen Berichtigung fand die Mißbilligung des Abg. Richter, während Minister v. Boetticher das Recht des Reichskanzlers ausdrücklich verwahrte.

---

23. 3. 1885. Der Abg. v. Jazdzewski, der der Sitzung vom 17. März nicht beiwohnte, erklärte in der 74. Sitzung am 23. März, daß er von einer „nachträglichen Aenderung des entgegenstehenden Textes" nicht gesprochen habe. „Ich kann mich nur wundern, daß Fürst Bismarck aus meiner Rede . . . das einzige Wort „speculiren" so besonders urgirt hat und ein gewisses Gewicht darauf zu legen schien, den Gebrauch dieses Ausdrucks in Abrede zu stellen, während der Sinn und der Begriff dieses Wortes der ganzen Ausführung zu Grunde liegt, die der Herr Reichskanzler gegen meine Fraction, gegen meine Landsleute

*) S. 1886a.

gerichtet hat. Ich lege auf den Umstand, ob das ominöse Wort gebraucht worden ist oder nicht, nicht den geringsten Werth, obgleich ich der festen Ueberzeugung bin, daß es wirklich gefallen ist ... Da indes das Wort in dem dem Herrn Präsidenten übersendeten Originalstenogramm nicht enthalten ist, ist meine Berufung auf dasselbe selbstverständlich gegenstandslos." 23. 3. 1885.

Minister v. Boetticher bemerkte dazu, daß der Abg. v. Jazdzewski — wenn er auch nicht geradezu behauptet habe, daß das Stenogramm corrigirt worden sei — doch den Vorwurf der Correctur deutlicher gar nicht habe erheben können, als in seiner persönlichen Bemerkung geschehen sei.

Abg. v. Jazdzewski: „Die angebliche Angabe ... in dem Schreiben des Herrn Reichskanzlers ... ist nicht meine Behauptung, sondern lediglich eine Deduction aus meiner subjectiven Meinungsäußerung ... und ich habe mich dagegen verwahrt, daß ich in meiner persönlichen Bemerkung die mir zur Last gelegte Behauptung aufgestellt habe. Die Deductionen, die der Herr Reichskanzler aus meiner Bemerkung machen will, muß ich natürlich ihm vollkommen überlassen ..., aber ich habe behauptet und stehe dabei fest, daß ich die mir unterlegte Behauptung, die in dem Schreiben des Herrn Kanzlers beanstandet wird, nicht gemacht habe, und halte diese meine Rectification ... vollkommen aufrecht."

Die Abstimmung, die noch am 16. erfolgte, ergab die Annahme der ostasiatischen und der australischen Linie und der von dem Abg. Rintelen vorgeschlagenen Zweiglinie Triest-Alexandrien, die Ablehnung der afrikanischen Linie; in der dritten Lesung am 23. März wurden diese Beschlüsse bestätigt. Der Reichszuschuß wurde auf 4 Millionen Mark für die beiden Hauptlinien, auf 400000 Mark für die Zweiglinie normirt.

---

92. Sitzung des Deutschen Reichstags

Montag 4. Mai 1885.

Schon im Jahre 1883 machte der Abg. v. Wedell-Malchow den Versuch, das Reichsstempelgesetz vom 1. Juli 1881 abzuändern, indem er dem Reichstag den Antrag auf Erhebung einer Börsensteuer unterbreitete. Der Antrag fand jedoch lebhaften Widerspruch namentlich auf der liberalen Seite des Hauses und gelangte nicht zum gesetzgeberischen Abschluß. Im Jahre 1884 legten die verbündeten Regie- 4. 5. 1885.

4. 5. 1885. rungen selbst einen Entwurf vor, doch blieb dieser wegen des Schlusses der Session unerledigt. Um die Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, machte der Abg. v. Wedell den Regierungsentwurf von 1884 sich zu eigen und brachte ihn als seinen Antrag am 25. November 1884 ein. Von nationalliberaler Seite wurde ein Gegenantrag ausgearbeitet, der den Namen des Abg. Arnsperger trug. Beide Entwürfe standen zur ersten Discussion in der 30. Sitzung des Reichstags am 21. Januar 1885. Nachdem der Abg. v. Wedell seinen Antrag, der Abg. Oechelhäuser als Mitunterzeichner den des Abg. Arnsperger, der Abg. Siemens die ablehnende Haltung der deutsch-freisinnigen Fraction zu beiden Entwürfen begründet hatten, erklärte der Staatssecretär des Reichsschatzamts v. Burchard, daß die verbündeten Regierungen Angesichts der mannigfachen beachtenswerthen Einwände, die im Lande gegen den Entwurf von 1884 erhoben worden seien, nicht mehr auf dem Standpunkte dieses Entwurfs ständen. Der Reichskanzler sei vollständig bereit, anzuerkennen, daß die im vorjährigen Regierungsentwurf vorgeschlagene Controlmaßregel zu weit gehe; er meine, daß es doch eine zu hohe Anforderung an den Handelsstand und den einzelnen Kaufmann enthalten würde, wenn man von ihm fordern wollte, daß er ein Register führen sollte, für dessen Genauigkeit er durch hohe Strafen verantwortlich gemacht werde. Die Regierungen hielten es für ihre Aufgabe, das wirthschaftliche Leben auf allen Gebieten zu fördern, so weit sie dazu im Stande seien; nachdem sie sich überzeugt hätten, daß einzelne Bestimmungen des Entwurfs dazu beitragen würden, das wirthschaftliche Leben namentlich an der Börse und in anderen Erwerbskreisen zu schädigen, so würden sie nicht anstehen, sich zu anderen Vorschlägen zu bekennen und diese Vorschläge fallen zu lassen. Ohne der Entscheidung des Bundesraths präjudiciren zu wollen, erklärte er, daß die Vertreter der Regierungen und deren Commissarien sich mit voller Hingebung an der Berathung der Frage innerhalb einer Commission betheiligen würden. Der Reichstag beschloß die Verweisung beider Anträge an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Die Anträge waren grundsätzlich darin verschieden, daß der des Abg. v. Wedell procentuale, der des Abg. Arnsperger in Abstufungen fixirte Besteuerung, der Erstere für das Geschäft selbst unter Anwendung von Steuerregistern, der Letztere für Schlußnoten vorschlug, die alle Kaufleute, die nach Art. 28 des Deutschen Handelsgesetzbuchs Handelsbücher zu führen verpflichtet sind, auszustellen gesetzlich genöthigt sein sollten. Die Commission entschied sich in ihrer Mehrheit für das Princip der procentualen Besteuerung des Geschäftsumsatzes und für das Princip des Schlußnotenzwangs und combinirte demnach aus beiden Entwürfen einen neuen, der der zweiten Lesung im Plenum in der 92. Sitzung des Reichstags am 4. Mai zu Grunde gelegt wurde. Zu dem Commissionsentwurf brachte der Abg. Dr. Buhl

einen Abänderungsantrag ein, der sich auf Tarifnummer 4, die Besteuerung der Kauf- und sonstigen Abschaffungsgeschäfte, bezog. 4. 5. 1885.

Die Commission schlug dafür folgende Fassung vor:

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz vom Hundert	Steuersatz vom Tausend	Berechnung der Abgabe
A. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über 1. in ausländischer Währung zahlbare Wechsel, ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten, Auszahlungen an ausländischen Plätzen in fremden Valuten; 2. Werthpapiere der unter 1, 2 und 3 dieses Tarifs bezeichneten Art		1/10	vom Werth des Gegenstandes des Geschäfts und zwar in Abstufungen von je vollen 2000 M., bei Geschäften im Werthe von 10000 M. und mehr in Abstufungen von je vollen 10000 M. Bei Geschäften unter 2000 M. wird die Steuer von einem Werthe von 2000 M. berechnet. Der Werth des Gegenstandes wird nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreis, sonst durch den mittleren Börsen- oder Marktpreis am Tage des Abschlusses bestimmt. Die zu den Werthpapieren gehörigen Zins- und Dividendencoupons bleiben bei Berechnung der Abgabe außer Betracht. Ausländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen.
B. Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte, welche unter Zugrundelegung von Usancen einer Börse geschlossen werden (Loco-, Zeit-, Fix-, Termin-, Prämien- &c. Geschäfte), über Mengen von Waaren, die börsenmäßig gehandelt werden . . . . Als börsenmäßig gehandelt gelten diejenigen Waaren, für welche an der Börse, deren Usancen für das Geschäft maßgebend sind, Terminpreise notirt werden.		2/10	

Befreiungen.

Die vorbestimmte Abgabe wird nicht erhoben:

1. falls der Werth des Gegenstandes des Geschäfts nicht mehr als 600 Mark beträgt,
2. für sogenannte Contantgeschäfte über die unter A. 1. bezeichneten Gegenstände, sowie über ungemünztes Gold oder Silber.

   Als Contantgeschäfte gelten solche Geschäfte, welche vertragsmäßig durch Lieferung des Gegenstandes Seitens der Verpflichteten an dem Tage des Geschäftsabschlusses zu erfüllen sind.

4. 5. 1885. Der Abg. Dr. Buhl:

Gegenstand der Besteuerung	Steuersatz Mark	Berechnung der Abgabe
Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über 1. in ausländischer Währung zahlbare Wechsel, ausländische Banknoten, ausländisches Papiergeld, ausländische Geldsorten, Auszahlungen an ausländischen Plätzen in fremden Valuten; 2. Werthpapiere der unter 1, 2, 3 dieses Tarifs bezeichneten Art; 3. Mengen von solchen Sachen oder Waaren jeder Art, die nach Gewicht, Maß oder Zahl gehandelt werden, bei einem Werthe vom Gegenstand des Geschäfts bis 1000 M.	0,20	Der Werth des Gegenstandes wird nach dem vereinbarten Kauf- oder Lieferungspreis, sonst durch den mittleren Börsen- oder Marktpreis am Tage des Abschlusses bestimmt. Ein Zinsaufschlag für die zu den Werthpapieren gehörigen Zinsen- oder Dividendencoupons findet nicht statt. Ausländische Werthe sind nach den Vorschriften wegen Erhebung des Wechselstempels umzurechnen.
v. 1001 bis 5000 „	0,40	
v. 5001 „ 20000 „	0,60	
v. 20001 „ 50000 „	1,00	
v. 50001 „ 100000 „	2,00	
und für jede weitere 100000 M. je 2 M. mehr. Bei Abschlüssen von Zeitgeschäften sind diese Sätze zum doppelten Betrag zu erheben. Zeitgeschäfte sind diejenigen, bei denen die Erfüllungszeit etwas dergestalt Wesentliches ist, daß nach Absicht der Contrahenten eine spätere Leistung nicht mehr als Vertragserfüllung angesehen werden soll.		

Befreiungen. 4. 5. 1885.

Die vorbestimmte Abgabe wird nicht erhoben:

1. falls der Werth des Gegenstandes nicht mehr als 300 Mark, bei Waarengeschäften nicht mehr als 5000 Mark beträgt,
2. für sogenannte Contantgeschäfte über die unter 1. bezeichneten Gegenstände, sowie über ungemünztes Gold oder Silber.
   Als Contantgeschäfte gelten 2c. wie oben.
3. für Geschäfte über solche zur Weiterveräußerung bestimmte inländische Sachen oder Waaren, welche von einem der Contrahenten selbst erzeugt oder handwerks- oder fabrikmäßig hergestellt sind,
3. für Geschäfte über solche Sachen oder Waaren, welche zur Weiterveräußerung nach vorgängiger handwerks- oder fabrikmäßiger Be- oder Verarbeitung durch einen der Contrahenten bestimmt sind.

Nach einem kurzen einleitenden Vortrage des Berichterstatters der Commission, des Abg. Dr. Grimm, und einer längeren Rede des Abg. Oechelhäuser zu Gunsten einer milderen Form der Börsenbesteuerung nahm Fürst Bismarck das Wort, um gewissen Bedenken Ausdruck zu verleihen, die gegen den v. Wedellschen Entwurf in Folge der Erörterung, die im Preußischen Staatsrath stattgefunden hatte, in ihm aufgestiegen waren*):

Wenn ich in diesem Augenblicke das Wort in dieser Angelegenheit nehme, so geschieht es nicht, um Jemand zu überzeugen oder zu widerlegen, sondern nur, um, was ich kann, dazu beizutragen, daß einige Punkte der Vorlage im Laufe der Discussion noch eine weitere Aufklärung und Beleuchtung erhalten, als sie bisher haben. Es ist das bei einer so umfassenden und verwickelten Vorlage an sich zu wünschen, hier aber namentlich auch deshalb, weil die Vorlage nicht eine Vorlage der Regierung ist, sondern aus dem Reichstage kommt, und die Regierungen also, wenn in dieser Sitzung noch eine Verabschiedung erfolgen soll, in die Lage gebracht werden müssen, über alle Einzelheiten in Betreff der Meinung des Reichstags vollständig aufgeklärt zu sein, — mehr, als dies für mich wenigstens bisher der Fall ist. Ich bin ja außer Stande, jetzt schon im Sinne der Regierungen zu sprechen; ich spreche nur zum Nutzen der Orientirung darüber, wie in Bezug

*) StB. 2521 a.

4. 5. 1885. auf einige Punkte die Meinung der Majorität des Reichstags sich gestaltet. Die Regierungen sind ja hier in diesem Stadium der Verhandlungen noch nicht einmal im Stande, ihren Anschauungen über irgend einen Punkt durch ein Amendement, welches sie selbst stellen könnten, Ausdruck zu geben; sie müßten befreundete Abgeordnete bitten, ein Amendement zu stellen. Es wird aber das immer doch nicht als ein directer Antrag der Regierung angesehen werden können. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die Vorlage aus diesem Hause in einer Gestalt hervorgehen werde, in der sie von der Regierung mit Ja oder Nein beantwortet werden könnte. Wahrscheinlich wird die Hauptsache dessen, was hier beschlossen werden kann, den Regierungen annehmbar erscheinen, das Ganze aber so, wie es liegt, ihnen doch nicht annehmbar sein, wenn nicht einzelne Abänderungen getroffen werden. Ich will versuchen, nur über einige wenige der Punkte, über die ich selbst Zweifel habe, diese Zweifel anzuregen, damit sie in der Discussion nach Möglichkeit beleuchtet werden.

Es ist das einmal der Umstand, der mir auch bei den Berathungen im Preußischen Staatsrathe entgegen getreten ist, daß nämlich die Einwendungen, die gegen eine procentuale Besteuerung gemacht werden, ihre Wurzel vorzugsweise in der Schädigung des Arbitragegeschäfts[1]) an den Börsen habe. Ich gebe zu, daß das Arbitragegeschäft ein wirthschaftliches Bedürfniß für unseren gesammten Geldverkehr ist, daß es sehr geringe Reinerträge abwirft, und daß es wünschenswerth ist, es zu erhalten. Ich habe die Möglichkeit, das Arbitragegeschäft mehr, als es in der Vorlage der Fall ist, zu begünstigen, ohne mit dem Steuersatz zu niedrig zu gehen, im Staatsrath unter den vielen sachkundigen Leuten, die dort waren, nur von einer einzigen Stimme anführen hören; aber diese Stimme — kann ich nicht leugnen — hat mir einen

[1]) Unter Arbitrage versteht man die Erwägung und Entscheidung, durch welche Zahlungsmittel (Geldsorten, Wechsel, Werthpapiere ꝛc.) am vortheilhaftesten an einem fremden Orte eine Zahlung zu leisten oder eine solche von dort einzuziehen sei, also ein Verkauf- oder Kaufgeschäft in Wechseln, Effecten oder Waaren zwischen zwei verschiedenen Börsenplätzen. Die Grundlage der Arbitragegeschäfte besteht darin, die Coursdifferenz zwischen den verschiedenen Bankplätzen auszunutzen.

gewissen Eindruck gemacht. Sie war die eines unserer bedeutendsten Financiers; derselbe war der Ansicht, daß man, um die Arbitragegeschäfte in ihrer bisherigen Lebensfähigkeit zu erhalten, einen procentualen Satz, für den er im Uebrigen stimmte, wohl für Effecten und für Waaren, aber nicht für Wechsel in Ansatz bringen sollte, und zwar weil die Arbitragegeschäfte sich, so viel ich davon verstehe, in der Hauptsache auf*) den Wechselkauf und -Verkauf beziehen. Es spricht für diesen Gedanken der Umstand, daß Wechsel an sich mit einem Procentualstempel belastet sind, und sogar mit einem höheren als derjenige ist, der hier in Aussicht genommen ist, daß sie also gewisser Maßen ihren Theil an der Last, die hier aufgelegt werden soll, schon tragen. 4. 5. 1885.

Es ist mir auffällig gewesen, daß bei der großen Calamität, die in der Schädigung der Arbitrage erblickt wird, weder von irgend einer anderen Seite der Gedanke, die Wechsel und die Effecten ungleich zu besteuern, aufgenommen ist, noch die Bemerkung dieses meines Gewährsmannes zu irgend einer Gegenbemerkung Anlaß gegeben hat. Ich bin daher nicht frei von der Besorgniß, daß meine Sachkunde auf diesem Gebiete nicht ausreicht, um die Hindernisse zu entdecken, die einer differentiellen Behandlung der Wechsel im Gegensatz zu den Effecten und Waaren im Wege stehen könnten, und ich würde dankbar sein, wenn die Herren, die mehr von der Sache verstehen, bei der Discussion ihre Aufmerksamkeit darauf richten würden, diese Möglichkeit zu beleuchten und das Material zu liefern, dessen die Regierungen nachher bedürfen werden, um schnell über die Beschlüsse, die ihnen der Reichstag vorlegen wird, ihrerseits Beschluß zu fassen. Es wird sich nicht vermeiden lassen, daß der Bundesrath die Vorlage, die ihm der Reichstag machen wird, seinerseits amendirt, sei es in der Form, sei es in der Sache, und daß auf diese Weise, was bei der kurzen Zeit, die wir vor uns haben, nicht unbedenklich ist, die ganze Angelegenheit aus dem Bundesrath nochmals in diese Räume wird zurückkommen müssen, ehe sie zu einer zweiseitigen Verabschiedung reif werden kann.

Diesen einen Punkt erlaube ich mir also der Erwägung zu empfehlen, ohne daß ich jetzt hier schon Anträge stelle. Ich kann

*) S. 2521b.

4. 5. 1885. das im frühesten Stadium im preußischen Staatsministerium thun, wenn die Beschlüsse des Bundesraths dort vorbereitet werden; hier aber nicht. Ich bin überhaupt nicht legitimirt, in dieser Versammlung Amendements und Anträge anders als im Namen der verbündeten Regierungen zu stellen.

Eine andere Frage für mich ist diejenige, ob die ersten Antragsteller — ich meine die politischen Freunde des Herrn v. Wedell — sich in allen Stadien die Wirkungen, die die jetzige Fassung des Textes auf die landwirthschaftlichen und industriellen Geschäfte ausüben kann, vollkommen klar gemacht haben. Es ist ursprünglich ja, wie ich überzeugt bin, beabsichtigt worden, das zu schaffen, was man mit einem kurzen Ausdruck eine Börsensteuer nennt, das heißt eine Steuer, deren Lasten hauptsächlich die Träger der Börsenthätigkeit zu ihren übrigen übernehmen sollen. Ich will von der Schwierigkeit, die es hat, diesem Theil der Steuerpflichtigen eine besondere Präcipuallast aufzuladen, ohne daß sie im Stande wären, sie auf ihre Kunden abzuwälzen, nicht weiter sprechen; ich will darauf kein Gewicht legen, ob sie das können, da ich nicht die distributive, sondern die financielle Seite der Sache hier mehr ins Auge fassen will; es genügt, wenn aus dem Verkehr mit den beweglichen Gütern Etwas aufkommt, was einiger Maßen weniger im Mißverhältniß mit dem Aufkommen aus dem Verkehr in unbeweglichen Gütern steht, wie er sich in Kauf und Pacht verstempeln muß. Also die Frage der Abwälzung lasse ich unberührt, sie ist eine unfruchtbare; ich will nur die Frage des directen Treffens dieser Steuer in's Auge fassen.

Der ursprüngliche Gedanke der Börsensteuer, wie er vor Jahren angeregt war, hat sich unter den Händen der Finanzmänner sehr bald mehr oder weniger in eine Geschäftssteuer verwandelt. Die Börse ist dabei in den Hintergrund getreten, und ich fürchte, wenn nicht andere Cautelen noch getroffen werden, als sie bisher vorliegen, so wird die erste Wirkung und die vorzüglichste dieser Vorlage sein, daß in erster Linie die vielfachen Belastungen unserer productiven Thätigkeit und insbesondere der Landwirthschaft sich wieder um eine neue vermehren werden. Die Schutzmittel, die*)

---

*) S. 2522a.

man dagegen angewendet hat, decken meines Erachtens nicht ausreichend; wenigstens ich würde zu ihnen als Landwirth das genügende Vertrauen nicht besitzen. Der eine Theil sucht das Schutzmittel hauptsächlich in dem Wort „börsenmäßige Usance". Wenn das die Breite hätte in der Deckung, die die Herren Antragsteller ihm zuschreiben, dann könnte man ja ganz zufrieden sein. Das glaube ich aber nicht, und selbst durch den Zusatz des Buhlschen Antrages, wonach, kurz ausgedrückt, der Producent für den Verkauf seiner eigenen Waaren frei sein soll, halte ich doch nicht jede Fuge, jede ungedeckte Spalte für beseitigt. Ohne den Antrag aber finde ich in diesem Ausdruck „börsenmäßige Usance" nach meiner Erfahrung von landwirthschaftlichen Geschäften durchaus nicht die Deckung, die gesucht worden ist. Es ist in all den Kreisen, die nicht mit den Gewohnheiten der Landwirthschaft östlich von der Oder oder der Elbe vertraut sind, eine allgemeine Annahme, als ob die Geschäfte dort sich meist baar und Zug um Zug machten, also in einer anderen Form, als das Gesetz im Auge hat. Das ist doch, wie jeder größere Landwirth, namentlich aus den östlichen Provinzen, mir aus seiner Erfahrung bestätigen wird, nicht der Fall. Schon der einfachste Wirth, der nur Korn verkauft, wird fast in jedem Jahre, wenn er nicht zu den Wohlhabenden gehört, in die Lage kommen, im Sommer und zur Zeit der Ernte, im Herbst, wo er viel Tagelohn braucht, in Korn Geschäfte zu machen in der Weise, daß er sagt*): 20 Wispel Roggen verkauft, im October zu liefern. Ja, das ist ein Zeitgeschäft. Wo ist da die Deckung gegen „börsenmäßige Usance"? Ich will zugeben, daß sie vorhanden sein mag bei einer sehr wohlwollenden Auslegung. Aber die Landwirthschaft, in Preußen wenigstens, ist nicht gewohnt — die Gegenwart immer ausgenommen —, im Finanzministerium wohlwollende Auslegung zu finden. 4. 5. 1885.

(Heiterkeit.)

Im Gegentheil, was sich fiscalisch aus dem Wortlaut der Gesetze hat herausdrücken lassen, das ist herausgedrückt worden. Und wenn nun ein Finanzminister, ein anderer als der jetzige — der jetzige würde es nicht thun —

(Heiterkeit.)

*) StB.: sagte.

4. 5. 1885. in dem Sinne entscheidet und den Stempel erhebt, wie wollen Sie damit durchkommen? Im Wege des Civilprocesses — werden Sie mir sagen. Ja, haben Sie beim Civilrichter überall eine sichere und wohlwollende Würdigung der landwirthschaftlichen Interessen? Ich weiß es nicht; es liegen Erfahrungen vor, daß sie in einzelnen Fällen nicht vorhanden ist. Im Ganzen kann man nicht sagen, daß gerade der Großgrundbesitz in richterlichen Kreisen eine beliebte Erscheinung wäre, die in hoher und parteiischer Gunst stände, und es sind auch da Auslegungen möglich, gegen die man, wenn man sicher gedeckt sein will, festere Garantien als diesen Ausdruck der „Börsenusance" haben muß.

Ich glaube, daß Geschäfte in*) Zucker fast gar nicht anders gemacht werden als nach einer gewissen Börsenusance, daß der einfache und gewöhnliche Zuckerproducent, der von kaufmännischen Börsengeschäften sich ganz frei hält, der keine Art Speculation und keine Zeitkäufe irgend einer Art macht, doch in der Regel seine Geschäfte so abschließt, daß er im August, September sich mit irgend einem Hause einigt, mit irgend einem Abnehmer, und sagt: „Ich will Dir den Zucker meiner ganzen Campagne liefern, Du zahlst dafür während des Monats October denjenigen Preis, der am 15. October, am Medio, börsenmäßig notirt sein wird in dem Börsenblatt so und so in Magdeburg. In gleicher Weise rechnen wir für November, in gleicher Weise für den December." Ich glaube, es gehört schon eine sehr feste, vorgefaßte Ueberzeugung bei einem Richter und noch mehr bei einem Finanzherrn dazu, um zu sagen, daß auf diese Geschäfte die „börsenmäßige Usance" keine Anwendung finde.

Ebenso**) werden die geläufigen Korn- und Spiritusgeschäfte, ja selbst die meisten Fettviehgeschäfte abgeschlossen. Die Waare wird nicht zu Markt getrieben und dort gegen baar verkauft, sondern wenn Jemand fette Ochsen kauft, dann kauft er sie gewöhnlich in den Gegenden, wo der Markt nicht ganz flott geht, eine Zeit lang vor der Abnahme, und es wird irgend ein Lieferungstermin bedungen. Wenn Jemand — und zwar gilt dies auch von dem Landwirth, der keinen Vorschuß im Anfang des***) Herbstes braucht

*) StB.: von.
**) S. 2522 b.
***) StB.: seines.

vom Kaufmann — seinen Spiritus oder Roggen verkauft, so pflegt 4. 5. 1885.
er mit irgend einem kaufmännischen Hause zu verabreden: Ich werde so und so viel liefern, 100 000 Liter in der und der Zeit, — und das Gewöhnliche wird wohl sein, daß jedes Mal am Tage der Ablieferung das Börsenblatt der nächstgelegenen Börse, welches Beide lesen, durch seine Börsennotizen den Preis fixiren soll, entweder daß direct darnach gehandelt wird, oder, was auf dem Lande üblicher ist, 1 bis 2 Mark unter der Börsennotiz — wie der Ausdruck lautet. Wie wollen Sie sich da mit dem Wort, daß nicht nach Börsenusancen gehandelt werde, schützen? Ich befürchte, daß, wenn nicht ein weiterer Schutz gesucht wird, dann zunächst die Landwirthe — was die Herren Antragsteller, glaube ich, nicht beabsichtigt haben — die ersten Opfer dieser Steuer sein werden.

Das Amendement der Herren Abg. Buhl und Genossen deckt einiger Maßen dagegen. Ich bemerke, daß ich für meine Person mit dem ersten Satz nicht vollständig einverstanden bin; zwar mit dem Schlußnotensystem bin ich es im Gegensatz zur Buchcontrole, aber ich bin für procentuale Besteuerung, die hier nicht angenommen ist. Was den Artikel „Befreiungen" anbelangt, so ist darin der Producent allerdings bedingter Weise ausgenommen, aber doch nur bedingter Weise, während er meiner Meinung nach unbedingt ausgenommen werden sollte; denn ich glaube nicht, daß Sie den Producenten in Industrie oder Landwirthschaft gerade mit dieser Steuer von Neuem treffen wollen, während Sie im Uebrigen auf seine Erleichterung bedacht sind.

Es ist da gesagt:

> für Geschäfte über*) solche inländische Waaren, welche von einem der Contrahenten selbst erzeugt und hergestellt sind.

Das würde, so viel ich prima facie[1]) übersehen kann, hinreichen. Nun sind aber noch einige Zwischensätze: hinter „solche" folgt „zur Weiterveräußerung bestimmte". Das wird die meisten decken. Das meiste Getreide und all dergleichen landwirthschaftliche Producte und Zucker werden nicht zur directen Consumtion verkauft. Warum sollten aber dabei ausgenommen sein diejenigen, die zur weiteren

---

*) StB.: aber.

[1]) Auf den ersten Blick, s. o. S. 51.

4. 5. 1885. Veräußerung nicht bestimmt sind? Also zum Beispiel dasjenige, was der Militairfiscus ankauft, oder was die Verwaltung einer Strafanstalt oder eine Fabrik oder sonst irgend eine Einrichtung, die einen großen Consum hat, für sich — nicht zum Weiterverkauf, sondern zum Verzehr — ankauft? Ich sehe den Nutzen nicht ein.

Dann:

> inländische Waaren, welche von einem der Contrahenten selbst erzeugt oder „handwerks- oder fabrikmäßig" hergestellt sind.

Warum gerade handwerksmäßig oder fabrikmäßig? Das legt wieder eine Restriction in diese Befreiung hinein, über deren Auslegung und Tragweite ich mir kein recht deutliches Bild machen kann.

Und dann in Nr. 4 ist auch wieder die Rede von

> Geschäften über solche Sachen oder Waaren, welche zur Weiterveräußerung nach vorgängiger „handwerks- oder fabrikmäßiger" Be- oder Verarbeitung durch einen der Contrahenten bestimmt sind.

Ich möchte diese Bedingung, daß die Waare zur Weiterveräußerung bestimmt sein soll, und daß sie handwerksmäßig oder*) fabrikmäßig nothwendig erzeugt sein muß, wenn ich im Regierungsstadium über die Sache verhandelte, durch ein Unteramendement zum Amendement Buhl zu streichen beantragen. Nur weiß ich nicht, welche Bedenken ich durch einen solchen Antrag hier in diesem Stadium der Verhandlung erzeugen könnte. Der Landwirth kann die Besteuerung, die ihn hierbei treffen würde, in keiner Weise abwälzen; die Börse wird dazu, meines Erachtens, immer im Stande sein, und ich glaube, Sie werden die Aalglätte dieses Körpers nie so vollständig überwinden, daß Sie ihn greifen und zum Zahlen und zum Bluten nöthigen. Es gibt zu viel Leute, die seiner bedürfen und die seine Hilfe erstreben.

Ich sehe deshalb eine eigentlich wirthschaftliche Ausgleichung in dem Ergebniß dieses Gesetzes nicht; ich halte es aber financiell für nicht außerordentlich, aber einiger Maßen nützlich. Ich halte den Ertrag nicht für so groß, wie er geschätzt wird; aber ich halte

*) S. 2523 a.

es für das moralische Gerechtigkeitsgefühl unserer Steuerzahler für eine fiche de consolation [1]), die weder sehr viel einbringen, noch denjenigen, den sie treffen will, dauernd belasten wird. Ich halte es für ein dringendes Erforderniß der Zeit, eine Steuer dieser Art einzuführen. 4. 5. 1885.

Ich hoffe, daß mir die Discussion Gelegenheit geben wird, weiterhin wenigstens meine persönliche Ansicht zu äußern und mich für das Stadium, in dem ich tiefer einzugreifen berufen sein werde, zu belehren. Es ist mir heute nur ein Bedürfniß gewesen, diese beiden Punkte zu berühren, die mir vorzugsweise bedenklich schienen in der jetzigen Fassung, und von denen ich mir nicht vollkommen Rechenschaft geben kann, warum sie von Niemand sonst schärfer aufgefaßt worden sind in der vielseitigen und breiten Discussion, der die Sache unterlegen hat; ich bin also in der Sorge, daß die Wünsche, denen ich heute direct oder indirect Ausdruck gegeben habe, irgendwo einen Anstoß finden, der mir bisher entgangen ist, und ich würde für jede Belehrung hierüber dankbar sein.

Der Abg. v. Wedell-Malchow versuchte darauf nachzuweisen, daß das Arbitragegeschäft namentlich auch mit Rücksicht auf seine Sicherheit die geringe Steuer von 1/10 Promille, die der von ihm acceptirte Commissionsentwurf vorschlage, ohne große Schädigung ertragen könne. Ebenso glaubte er behaupten zu können, daß die Landwirthe für den Verkauf ihrer eigenen Producte nur dann unter das Gesetz fallen würden, wenn sie ein börsenusancemäßiges Geschäft mit solchen Waaren machten, für die eine Terminpreisnotirung gegeben werde. Börsenusancemäßig aber sei nicht jedes Termingeschäft, sondern nur ein solches, für welches sich der Landwirth oder Industrielle vollständig den von den Vorständen der Börse für die verschiedenen Waaren oder sonstwie usancemäßig festgestellten Bedingungen in den formell auszufüllenden Schlußscheinen unterwerfe. Fürst Bismarck erwiderte*):

Ich muß das Haus verlassen und will die wenigen Augenblicke, die mir bleiben, nur benutzen, um zu erklären, daß mich die Beruhigungen des Herrn Vorredners über die landwirthschaftliche Seite der Frage doch nicht vollständig befriedigen; ich muß darauf erwidern: Auf das Eis trete ich noch nicht und möchte nicht,

*) StB. 2525 a.

[1]) Kleine Entschädigung, Abschlagszahlung.

4. 5. 1885. daß mein Name unter einem Gesetze steht, das die Landwirthe, vielleicht der Herr Vorredner nicht ausgenommen, alsdann in der Richtung kritisiren würden. Ich halte die Bedenken für schwerwiegender, als der Herr Vorredner sie schätzt. Die Geringfügigkeit der Abgabe ist allein noch nicht tröstlich gegenüber der Verantwortlichkeit, die Jeder, der dieser Steuer pflichtig wird, übernimmt für Beamte, Stellvertreter, für Versehen bei den außerordentlich hohen Strafen und bei der Unannehmlichkeit, die es überhaupt hat, in die Lage zu kommen, daß man seinen steuerlichen Verpflichtungen nicht vollständig nachgekommen ist. Aber immerhin, mag die Abgabe auch für Manchen nicht lästig sein, keines Falls liegt es doch in unserer Absicht, diese Steuer auf Andere als auf die Kreise des Zwischenhandels — will ich einmal sagen —, auf den Producenten anzuwenden.

Wenn wir diese Absicht haben, warum sollen wir sie denn nicht deutlicher aussprechen, als in dieser, wie ich glaube, ziemlich gewundenen und zweifelhaften Definition von Börsenusancen und Coursnotizen geschehen ist? Warum wollen wir nicht einfach sagen: Der Producent soll für Das, was er producirt — im Sinne des Buhlschen Antrages —, befreit sein? Ich weiß nicht, warum man sich dagegen sperrt, und ich würde mich schwer entschließen können, in einem späteren Stadium, wie gesagt, mit meiner Unterschrift für die Sache einzutreten, wenn nicht die Sicherheit geboten wäre, daß der Producent in Landwirthschaft und Industrie und im Handwerk jeden Falls durch einen festeren Schild gegen diese Steuer gedeckt sei, als hier geschehen.

Wenn der Herr Vorredner sagt, daß derjenige Landwirth, der nun unter diese Steuer fiele, dann auch die Vortheile des Börsenverkehrs hätte [1]), — ja, ich glaube, die sind für einen Landwirth sehr gering anzuschlagen; er hat im Ganzen sehr viel häufiger Erfahrung von den Nachtheilen des Börsenverkehrs als von den

---

[1]) Abg. v. Wedell-Malchow: „Ich gebe zu, daß, wenn ein Landwirth beispielsweise seinen Spiritus in der Form eines börsenusancemäßigen Schlußscheines verkauft, er dann unter die Steuer fällt, obgleich es sein eigenes Product ist. Dann hat er aber auch die sämmtlichen Vortheile des Börsenverkehrs; er bekommt dadurch etwas höhere Preise, weil die Lieferung übertragbar ist, und er hat auch den Vortheil der börsenmäßigen Execution" (StB. 2524b).

Vortheilen hinter sich, und da möchte ich mich doch nicht damit vertrösten. Ich kann in Bezug auf diesen*) Punkt schon jetzt ganz bestimmt Widerspruch einlegen gegen den Mangel der Fassung, und muß bevorworten, daß, wenn dieser Mangel nicht zu voller Befriedigung für den Producenten gehoben wird, ich der Erste sein würde, der im Bundesrath den Antrag stellte, die Bestimmung nach dieser Richtung hin zu ergänzen. 4. 5. 1885.

Dann, was die Arbitrage anbelangt und die Verstempelung der Wechsel, so glaube ich, habe ich mich vielleicht nicht ganz deutlich in meiner ersten Aeußerung ausgedrückt. Ich habe gefragt, ob Gründe dem entgegenstehen, die Wechsel niedriger zu verstempeln als Effecten und Waaren. Die Waaren ganz herauszulassen, dafür bin ich durchaus nicht. Denn gerade die dem Lande und seiner Wirthschaft schädlichsten Börsengeschäfte sind die Börsenspeculationen in Landesproducten, in Getreide, Oel, Spiritus und all dergleichen; die möchte ich am meisten treffen, und wenn es nicht eine Erschwerung des Geschäftes wäre, so würde ich für die einen sehr viel höheren Satz vorschlagen, als für die anderen. Wenn hier einzelne Leute, die keine Million im Vermögen haben, auf einen Schlag für 12 und 15 Millionen Roggen verkaufen oder ankaufen, so ist das ein ungesunder Zustand, bei dem gar keine Preisbildung und gar kein regelmäßiger wirthschaftlicher Verkehr in dem Getreidehandel mehr möglich ist.

(Sehr wahr! rechts.)

Und dagegen kann man nicht scharf genug auftreten.

Also die Waaren herauszulassen, kann ich nicht rathen. Aber ich habe schon vorher mir zu sagen erlaubt, alle diejenigen Herren, welche gegen procentuale Verstempelung gesprochen haben, die haben, so viel ich habe hören und lesen können, immer als Hauptgrund gegen die Annehmbarkeit des Procentsatzes die Schädigung des Arbitrageverkehrs angeführt. Ich frage deshalb: Kann man den Arbitrageverkehr nicht decken und dadurch den Zustand, an den der Herr Vorredner zuletzt appellirte, das heißt, daß die Gegner der Vorlage selbst die Hand dazu bieten, sie zu Stande zu bringen, einiger Maßen uns näher bringen? Ich weiß nicht, ob

---

*) S. 2525 b.

4. 5. 1885. ich mich in der Annahme nicht irre, daß der Arbitrageverkehr fast ausschließlich auf dem Handel in Wechseln beruht und viel weniger auf dem Handel mit Effecten und Waaren. Wenn ich mich darin irre, so ist mein Auskunftsmittel allerdings nicht so wirksam und vielleicht nicht anwendbar, obschon ich mich auf Autoritäten, die mit der Börse vollständig vertraut sind, berufen kann. Im Staatsrath haben dieselben ihrer Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Fähigkeit des Arbitrirens der Börse im ausreichenden Maße gewahrt bleibe, wenn nur der Verkehr in Wechseln geringer verstempelt würde. Ein Herr schlug vor, daß, wenn 1/10 Promille für den gewöhnlichen Verkehr genommen würde, 1/40 Promille für Wechsel, um die Arbitrage zu schonen, genommen*) würde. Also ganz in dem Sinne, wie Herr v. Wedell vorher sagte: Die Arbitrage kann irgend welche Besteuerung vertragen. Das kann sie auch; ich frage mich nur: Ist dieses Hauptargument der Gegner des Procentsatzes, die Arbitrage, damit aus dem Felde gerückt, daß man den Wechselverkehr geringer und so gering besteuert, daß selbst der geringe Profit, der an der Arbitrage ist, darunter seine Anziehungskraft nicht verliert? Wenn ich hierbei im Irrthum bin — das wird mir die künftige Discussion ja zeigen —, so ist dieses von mir gedachte Auskunftsmittel nicht anwendbar.

An meinem anderen Bedenken, den Schutz der Landwirthschaft betreffend, aber würde ich unbedingt festhalten müssen.

Der Abg. Buhl fand die Kritik des Reichskanzlers an dem Ausdruck „börsenmäßige Usance", sowie an dem Ausdruck „zur Weiterveräußerung bestimmter inländischer Waaren" in seinem eigenen Antrag voll berechtigt, gab aber der Meinung Ausdruck, daß Fürst Bismarck die Bedeutung der Arbitrage zu hoch stelle. Sehr beruhigend war für ihn die „Aeußerung des Reichskanzlers, daß das Gesetz, welches der Reichstag beschließen werde, voraussichtlich nur ein Vorschlag bleiben werde", und die verbündeten Regierungen vorerst nur das Bedürfniß hätten, die Wünsche der Reichstagsmajorität in einer noch so wenig geklärten Frage kennen zu lernen. Nachdem hierauf Frhr. v. Buol-Berenberg seine und seiner Parteigenossen Zustimmung zu dem Commissionsentwurf ausgesprochen hatte, entwickelte der Abg. Richter den Standpunkt seiner Partei: Er halte es nicht für die Aufgaben einer Volksvertretung, Steuererhöhungen irgend welcher Art in Vor-

*) StB.: gewonnen.

schlag zu bringen, das Mißliche einer solchen Initiative habe die heutige Debatte gezeigt. Während es sonst Aufgabe des Volksvertreters sei, den Steuervorschlägen der Regierung gegenüber die Interessen der Steuerzahler zu wahren, habe die conservative und nationalliberale Partei dem Kanzler durch ihre Steuervorschläge die Rolle zugeschoben, Steuerzahler und Producenten gegen zu weitgehende Anträge zu schützen. Der Entwurf, wenn er Gesetz werde, müsse auf alle Geschäftsverhältnisse nachtheilig zurückwirken und insbesondere auch die gesundesten Waarengeschäfte ganz erheblich belasten. Je nach dem Gange der Discussion, die ja einen wesentlich informatorischen Charakter anzunehmen scheine, werde er den einen oder anderen seiner schwerwiegenden Gegengründe erörtern. Noch sprach für die Beschlüsse der Commission der Abg. Gamp, dann wurde die Discussion vertagt. In der 4. 5. 1885.

93. Sitzung des Deutschen Reichstags

Dienstag 5. Mai 1885

war der erste Redner der Abg. Bamberger. Er betonte, daß nach den Aeußerungen des Reichskanzlers vom gestrigen Tage an dem akademischen Charakter der Unterhaltung nicht wohl gezweifelt werden könne, und gab seiner Befriedigung darüber Ausdruck. In breiter Ausführung suchte er darzulegen, wie jede Börsensteuer die gesammte nationale Wirthschaftsthätigkeit aufs Aeußerste gefährden müsse, und daß demnach nur eine Lösung seine Zustimmung finden könne, nämlich die: kein Gesetz über Besteuerung der Börsengeschäfte zu erlassen. Nicht so optimistisch wie der Abg. Bamberger betrachtete die Sachlage der deutsch-freisinnige Abg. Meyer (Halle), der nach dem freiconservativen Abg. v. Helldorff zum Worte kam. Er war vollkommen überzeugt, daß es sich hier nicht um akademische Erörterungen, sondern um einen durchaus ernsten Gegenstand handle, der wohl noch in dieser Session zum gesetzgeberischen Abschluß gelangen werde. Aber den Gesetzentwurf selbst verwarf er als durch und durch unreif, weil basirt auf einer vollständigen Unkenntniß der wahren Natur und der wirthschaftlichen Bedeutung des Börsengeschäfts. Um so grimmiger gebärdete sich der socialdemokratische Abg. Kayser als ein Gegner des freien Spiels aller Capitalkräfte. Die Rede des Reichskanzlers sei eine Fortsetzung seiner berühmten Rede über die „Züchtung von Millionären" (s. o. S. 80) gewesen und habe unter den Millionären der Börse große Freude und Hosiannah hervorgerufen, da man nun das Zustandekommen des Gesetzes dort nicht mehr befürchte; um so mehr werde er an Popularität in conservativen Kreisen verloren haben. Seiner Ansicht nach müsse man die Börse eben wegen ihrer Aalglätte recht fest anfassen; im Princip stimme seine Partei der Börsensteuer zu, da die Specu- 5. 5. 1885.

5. 5. 1885. lation mit nicht vorhandenen Werthen eine Steuer rechtfertige und vertragen könne. Denn nicht die Arbeit, sondern das Capital habe die Steuer zu tragen, weil der Reiche nie zu wenig, der Arme aber immer zu viel Steuern bezahle. Fürst Bismarck*):

Der Herr Vorredner hat einem Irrthum einen unzweideutigen Ausdruck gegeben, der mir schon gestern in der Sitzung beim Beginn der Rede, die auf die meinige folgte, entgegen getreten ist und noch mehr in einzelnen Preßorganen, die ich gesehen habe, dem Irrthum nämlich, als hätte in meinen gestrigen Aeußerungen ein Regierungsprogramm gelegen, welches dem Zustandekommen einer Börsensteuer irgendwie nachtheilig wäre oder entgegenstände. Der Herr Vorredner hat verbo tenus[1]) gesagt, er sei seit gestern gewiß, daß diese Steuer nicht zur Durchführung gelangen werde[2]). Ja, dann muß er seine Gewißheit darüber doch anderswoher genommen haben als aus meiner Rede. Ich kann ihm versichern, daß ich nicht den mindesten Zweifel habe, daß die Sache zur Durchführung kommt

(Hört! Hört! rechts.)

und daß ich in dieser Zuversicht sehr bestärkt worden bin durch die Zusage des Beistandes des Herrn Vorredners und seiner Parteigenossen;

(Heiterkeit.)

das sind schon, glaube ich, ein Viertelhundert Stimmen mehr, auf die diese Vorlage zählen kann, und auf die ich kaum gerechnet hätte. Ich glaubte**), die Gesinnungsgenossen des Herrn Vorredners würden aus anderen Gründen anders stimmen; ich freue mich, sie hier auf der Seite der Auffassung zu finden, die ich selbst vertrete und die von meinen politischen Freunden vertreten wird.

Wenn der Herr Vorredner behauptet hat, durch meine gestrigen

---

*) StB. 2551 a.

**) StB.: glaube.

[1]) Wörtlich.

[2]) Abg. Kayser: „Meine Herren, ich glaube nun, daß die Steuer nicht zu Stande kommen wird. Nach dem, was wir gestern gehört haben, besteht eine Aussicht nicht mehr, und auf der Börse herrscht ja auch große Freude und Hosiannah nach der Erklärung des Herrn Reichskanzlers von gestern" (StB. 2550 a).

Aeußerungen hätte ich an Popularität nicht gewonnen [1]), so ist das ja recht beruhigend für mich. Popularität hat für mich immer etwas Unbehagliches [2]). 5. 5. 1885.

(Heiterkeit rechts.)

Daß ich auf der Rechten dadurch verloren hätte, das glaube ich nicht; daß ich auf der Linken nicht an Popularität gewonnen habe, ist mir außerordentlich erfreulich.

(Heiterkeit rechts.)

Ich würde sehr nachdenklich werden, was ich wohl dem Lande Schädliches beabsichtigt oder unbeabsichtigt herbeigeführt haben könnte, wenn ich dort

(nach links)

an Popularität gewonnen hätte [3]).

(Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner kann wohl sicher sein, daß ich danach nicht strebe, wie ich denn überhaupt nach Popularität in meinem ganzen Leben nie einen Pfifferling gestrebt habe.

(Bravo! rechts.)

Ich bin bei wohlwollenderen Beurtheilern, als im Allgemeinen der Herr Vorredner nach meiner Einschätzung ist, dem Eindruck begegnet — ich muß mich unvollkommen ausgedrückt haben, wofür ich meinen Gesundheitszustand bitte als Entschuldigung geltend*) machen zu dürfen —, als ob ich gestern die Meinung hier hätte erwecken wollen, daß ich der Situation eine andere Wendung zu

---

*) S. 2551 b.

[1]) Abg. Kayser: „Ich glaube, daß der Herr Reichskanzler mit seiner gestrigen Rede . . . selbst nach den Stimmungen, die in christlich-socialen Kreisen herrschen, seiner Popularität in diesen und weiteren conservativen Kreisen nicht genutzt hat, und auf der Linken hat er Nichts gewonnen. Man hat gestern die Rechte recht still dasitzen sehen. Seit den sieben Jahren, wo ich im Reichstag bin, habe ich es das erste Mal erlebt, daß das sonst für mich gewohnte Bravo auf der Rechten fehlte und auf der Linken kein Ersatz eintrat" (StB. 2550 b).

[2]) Vgl. Bd. IX 349.

[3]) Sehr übel vermerkte diesen Ausspruch der Abg. Bamberger in einer späteren Rede: „Er sagte, er würde sich erschreckt haben, wenn er Beifall gefunden hätte. Was soll man also thun? Soll man beifällig sich äußern, so wird man verdächtigt, daß man etwas Thörichtes gedacht habe; kritisirt man, dann wird man verdächtigt, daß man das doch bloß aus kritischem Uebermuth thut" (StB. 2555 a).

5. 5. 1885. geben wünschte, als ob diese Berathung nur informatorischer Natur wäre, um aufklärend vorzubereiten auf eine künftige Regierungsvorlage [1]). Meine Absicht war — und ich glaube, mich auch dahin ausgesprochen zu haben —, daß ich mein Scherflein dazu beitragen wollte — obschon in diesem Stadium die Mitwirkung der Regierung aus formellen und materiellen Gründen ja eine sehr beschränkte ist —, daß ich mein Scherflein dazu beitragen wollte, die Vorlage, die der Reichstag dies Mal dem Bundesrath machen wird, so einzurichten, daß möglichst wenig Hin- und Herschieben nothwendig wäre, daß sofort mit Ja — und hoffentlich mit Ja, nicht mit Nein — darauf werde geantwortet werden können. Wenn die Vorlage, die der Reichstag dem Bundesrath machen wird, nicht pure [2]) anzunehmen wäre, so würde eine Amendirung im Bundesrath stattfinden, die Vorlage würde zurückgehen, und wir würden zu einem Hin- und Herschieben kommen, was, wenn wir noch im Winter wären, Nichts zu sagen hätte, aber in diesem Augenblicke, namentlich wenn das Wetter wieder besser werden sollte, als in den letzten Tagen,

(Heiterkeit.)

doch manche Gemüther mit Unbehagen erfüllen würde, da die Sitzung sich ins Unbestimmte verlängern müßte. Nur zu diesem Zweck habe ich mitarbeiten wollen, und da*) ich im anderen Hause [3]), wenn ich so sagen darf, doch meine Stimme abzugeben und im Namen der Regierung des Königs, meines Herrn, dort thätig zu sein habe, so äußerte ich gestern den Wunsch, daß einige Bedenken, die ich in mir selbst der Vorlage — so, wie sie ist — gegenüber nicht überwinden und nicht todt machen konnte, mir aufgeklärt oder widerlegt würden, oder daß ihnen Abhilfe gewährt werde.

Der Herr Vorredner hat aus meiner Rede nicht überall die wohlthuenden oder die für mich erwünschten Consequenzen gezogen, sondern einiges Gift. Er hat mich dargestellt als einen, der für Arbitrage und deren Vortheile und Gewinne eine große Be-

---

*) StB.: daß.

[1]) Diese Ansicht äußerte der Abg. Richter in der Sitzung vom 4. Mai.

[2]) Ohne jede Aenderung.

[3]) D. i. im Bundesrath.

geisterung hätte [1]). Ich habe mich widerstrebend überzeugt, daß 5. 5. 1885.
die Arbitrage unter Umständen, namentlich so lange wir die reine Goldwährung haben, eine gewisse Nützlichkeit und manchmal ein Bedürfniß ist. Aber ich möchte, um auch den Herrn Vorredner darüber zu beruhigen, daß ich keinen übertriebenen Werth auf dieses Börsenhausmittel gegen Goldmangel lege, doch die Freunde der Arbitrage und die Gegner des Gesetzes davor warnen, daß sie den Begriff „Arbitrage" oder die Fürsorge, das Interesse, welches für die Arbitrage vorhanden sein kann, nicht zu schwer belasten und nicht zu weit in ihren Forderungen dem Gesetz gegenüber zu Gunsten der Arbitrage gehen möchten. Ich glaube, ohne Unrecht zu thun, behaupten zu dürfen, daß — ich will nicht sagen, daß das Wort sich da einstellt, wo der Begriff fehlt [2]) —, aber daß ein großer Theil von dem Gewicht, welches das Wort Arbitrage bei uns ausübt, von der Bedeutung, die wir ihm beilegen, das Gewicht, wie man zu sagen pflegt, des großen Unbekannten ist. Es wissen nicht Alle, was sie sich darunter zu denken haben, und es wird von den Eingeweihten, von den eigentlichen Priestern der Börsengeheimnisse, ein Weihrauch um die Sache verbreitet, der ihre Bedeutung und ihr Schwergewicht einiger Maßen verdunkelt.

(Heiterkeit.)

Deshalb möchte ich die Herren bitten, doch das Entgegenkommen, welches in meiner Empfehlung liegt, die Wechsel geringer zu besteuern, sie unter Umständen ganz heraus zu lassen, nicht so kühl zurückzuweisen und daraus nicht zu schließen, daß nun aus der ganzen Sache Nichts werden würde und daß sie ad kalendas graecas [3]) verschoben werden sollte. Das ist weder meine Ueberzeugung, noch auch die der verbündeten Regierungen, soweit sie mir bisher bekannt ist. Wir*) haben ernstlich die Absicht, noch in diesem Monat ein Gesetz mit Ihnen zusammen hierüber zu verabschieden;

(Bravo! rechts.)

---

*) S. 2552a.

[1]) Abg. Kayser: „Ich war gestern außerordentlich erstaunt, vom Herrn Reichskanzler zu hören, damit nicht der Arbitrageur hier und dort Schaden nehme, müsse man außerordentliche Rücksichten nehmen" (StB. 2547a).

[2]) S. o. S. 29.

[3]) Auf den Nimmermehrstag, Bd. I 212, VI 20. 315.

5. 5. 1885. und damit wir in die Lage kommen, ist es wichtig, daß die Hindernisse, die das Gesetz, um im Bundesrath angenommen zu werden, jetzt noch an sich tragen möchte, geglättet und beseitigt werden. Wenn eine wirksame Arbitrage nicht allein mit Wechseln gemacht zu werden pflegt, so glaube ich doch, daß es vorwiegend geschieht, und daß, wenn die Wechsel geringer verstempelt oder ganz frei gelassen werden, das Geschäft der Arbitrage immerhin sehr wesentlich und in der Hauptsache erleichtert und minder geschädigt werden wird, als es sonst der Fall sein würde, und daß der Vortheil, der dann beim Arbitragiren übrig bleibt, immer noch anziehend genug sein wird, um diese Operation überall da eintreten zu lassen, wo sie zu einem öffentlichen Bedürfniß wird. Wenn sie das wird, so, bin ich überzeugt, muß auch mit ihrer Seltenheit ihr Werth und der Preis, der dafür bezahlt wird, insofern also auch das Beneficium, das dabei sein wird, sich steigern. Aber ich glaube nicht, daß es möglich ist, den Herren Arbitrageurs weiter entgegen zu kommen, als daß man die Wechsel differentiell behandelt, respective ganz frei läßt.

Ich glaube auch nicht, daß die Andeutung zutreffend ist, die der Herr Abg. Dr. Meyer machte, dessen klarer und sachkundiger Rede ich mit Vergnügen gefolgt bin, daß nämlich zur Arbitrage außer den Wechseln noch vieles Andere nothwendig sei, auch die Waaren, als deren Schatten er die Wechsel bezeichnete [1]). Das leuchtet mir doch nicht so ganz ein. Ich glaube, daß bei der Arbitrage hauptsächlich der Wechsel als Waare selbst thätig ist, daß die Waare, die er ursprünglich repräsentirt und die mit ihm bezahlt wird, zu der Zeit und während der Action der Arbitrage der Vergangenheit oder der Zukunft angehört und dabei (nicht

---

[1]) Abg. Meyer: „Meine Herren, es ist von der Wechselarbitrage und der Effectenarbitrage gesprochen. Die Sache liegt so, daß eine Arbitrage allerdings niemals ohne eine Bewegung in Wechseln durchzuführen ist; aber wiederum bildet die Bewegung der Wechsel doch nur den einen Theil des Gesammtvorgangs. Es gibt keinen Wechselkauf, dem nicht auf der anderen Seite ein Waaren- und Effectenkauf gegenüber stände. Der Wechsel ist ja gewisser Maßen nur der Schatten, den das reale Leben an die Wand wirft, und wir können nicht auf diesen Schatten allein sehen . . ., sondern müssen auch Rücksicht nehmen auf das Capital in seinen anderen Gestalten, das als Gegenleistung für diesen Wechsel in das andere Land hinübergeht" (StB. 2546 a).

mehr oder)*) noch nicht mit thätig ist. Der Herr Abgeordnete ziehte da die Geschäfte, die den Zustand herbeigeführt haben, der eine Arbitrageoperation wünschenswerth und einträglich macht, mit hinein in die Arbitrageoperation; sie gehören aber nicht mit dahin, sondern stehen nur im Causalnexus dazu. 5. 5. 1885.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube deshalb, daß die Herren nicht gut thun, wenn die Majorität dieses Hauses auf meine Anregung eingehen sollte, oder wenn die Regierung sich dafür einsetzte, das Entgegenkommen, das ihnen durch die günstigere Behandlung der Wechsel angeboten wird, so geringschätzig von der Hand zu weisen und vielleicht daran die Hoffnung zu knüpfen, daß aus der ganzen Sache Nichts wird. Es würde doch immer nur vorübergehend Nichts daraus werden; die Litispendenz[1]) der Sache würde dadurch nicht unterbrochen werden, und es ist sehr die Frage, ob es nicht der Börse dann mit den Vorschlägen eines künftigen Jahres ähnlich wie mit den sibyllinischen Büchern[2]) gehen könnte; nicht in Bezug auf die Höhe der drohenden Besteuerung — ich glaube, das hat die Börse lange nicht so empfindlich berührt, weil sie meiner Ueberzeugung nach die Last wird ganz oder zum größten Theil abwälzen können —, sondern in Bezug auf die andere Seite der Frage, in der ich mich mehr auf Seiten der Börse stelle, in Bezug auf die Controlmaßregeln. Ich möchte sagen: Benutzen Sie, die Herren von der Börse, die Zeit, wo Sie noch die Mitwirkung und unter Umständen nicht unbedeutende Mitwirkung eines Reichskanzlers im Geschäft haben, der hierin ein mitfühlendes Herz für die Leiden, denen Sie entgegensehen, besitzt,

(Heiterkeit.)

und der Ihre Bücher zu schützen bereit ist. Ich glaube, daß darin ein viel unangenehmerer Zwang und ein viel größeres Uebel von den meisten Herren der Börse gesehen werden wird und vielleicht auch wirklich liegt, wenn die Controle eine**) Natur annimmt, vermöge deren ihr Büchergeheimniß nicht mehr gewahrt bleibt und

---

*) Die in Parenthese gesetzten Worte sind Ergänzung des Herausgebers.
**) S. 2552b.
[1]) Der Schwebezustand.
[2]) S. o. S. 54.

5. 5. 1885. ihre Buchführung unter eine Aufsicht gestellt wird, der man die Familiengeheimnisse und intimeren Geschäfte gern entzieht. Deshalb brauchen sie noch nicht solche zu sein, die man vor der Oeffentlichkeit zu verbergen hat; aber ich glaube, ich brauche den Herren, zu denen ich in diesem Augenblicke spreche, die von der Steuer wahrscheinlich getroffen werden oder die zu treffen man beabsichtigt, das nicht näher zu beweisen, wie nützlich es ihnen ist, einen Vertheidiger für ihre Interessen in Bezug auf eine zu weit getriebene Controle zu haben, die von dem Grundsatz ausgeht, daß jeder Steuerpflichtige an sich ein unehrlicher Mensch ist, und daß man der Mehrzahl der Menschen zutrauen darf, daß sie für Geld überhaupt amtlich und schriftlich lügen werden. Das ist ein Irrthum, in dem die meisten Steuerverwaltungen befangen sind, und den ich nicht theile[1]). Ich habe, weil ich ihn nicht theile, seit Jahren für die Selbsteinschätzung der Einkommensteuer gestimmt und glaube, daß wir damit financiell sehr gute Geschäfte machen würden.

(Hört! Hört! links.)

Ich gehe dabei immer von dem Grundsatze aus: Schon der Schmuggel gilt heut zu Tage nicht mehr für so anständig wie noch vor einigen Jahrzehnten — selbst bei Damen nicht mehr[2]) —,

(Große Heiterkeit.)

die Neigung, direct und offenbar zu lügen auf die Frage: Haben Sie etwas Steuerpflichtiges bei sich? Es gibt immer weniger Leute heute als ehemals, die dazu geneigt sind, vor Zeugen Nein zu sagen, wenn sie nachher überführt werden können, daß es Ja ist. Ich glaube, daß überhaupt die Zahl der Steuerpflichtigen, die fähig sind, aus Geldinteressen wissentlich zu lügen, so groß nicht ist, als die Finanzminister es häufig anzunehmen geneigt sind.

(Bewegung.)

Also ich bin im Stempelgeschäft für keine andere Controle als für diejenige, die bei unseren Stempeln bisher üblich ist, oder für irgend eine, die das Eindringen in das kaufmännische Buchgeheimniß nicht zu einer alltäglichen Pflicht macht, sondern die

---

1) Vgl. Bd. VIII 111. 412, IX 42.

2) Vgl. Bd. II 364.

Berechtigung dazu den exceptionellen Fällen reservirt, denen sie heute gesetzlich bereits zur Seite steht. Es mag dadurch mancher Stempel unter Umständen verloren gehen; aber ich glaube: die Uebel, die mit der Offenlegung der Bücher, Anfangs vielleicht in geringem Maße, schließlich vor jedem Beamten, der es der Mühe werth findet, verbunden sind, sind größer als der mäßige financielle Verlust der defraudirten Stempel, die dadurch gespart werden könnten. Ich will nicht sagen, daß man statt der doppelten Buchführung vielleicht zu einer Vervierfachung auf diesem Wege gelangen könnte, indem man neben den wirklichen Büchern noch andere führte, Geheimbücher. 5. 5. 1885.

Kurz und gut, ich kann den Herren, die von diesem Stempel bedroht sind, in Bezug auf die Controle meine Bundesgenossenschaft, so weit sie reicht, einiger Maßen in Aussicht stellen, in Bezug auf Procentsätze und auf Verschiebung der Steuer aber nicht, und ich bitte Sie, meine Herren, die Zeit zwischen der zweiten und dritten Lesung benutzen zu wollen, damit die einander gegenüberstehenden Parteien, die wirklich beiderseits das Gute und das Beste des Staates wollen, sich verständigen können, soweit es zwischen ihnen möglich sein wird, damit die Hoffnungen, die auf einen passiven Widerstand der Regierung gegründet sein könnten, das Feld räumen und die etwaigen Zweifel an dem guten Willen der Regierung ebenfalls verschwinden. Ich möchte nur wünschen, daß die Herren sich so weit näher kommen, daß eine möglichst starke Majorität mit einheitlichen Anträgen demnächst dem Bundesrath die Vorlage machen wird, über die er alsdann zu beschließen haben wird. Eine*) eifrige Betheiligung bei der Fertigstellung dieser Vorlage im jetzigen Stadium, wie der Herr Vorredner sie zu wünschen schien, kann eben so wenig von dem Bundesrath verlangt werden, wie es von den Herren Abgeordneten verlangt werden kann, daß sie sich bei den Vorbereitungen einer Regierungsvorlage in ihrem amtlichen Charakter als Abgeordnete und nomine [1]) des Reichstages betheiligen und mitwirken sollten. Es sind ja eben zwei gesetzgebende Körper, aus deren Uebereinstimmung die Gesetze

---

*) S. 2553a.

[1]) Namens.

5. 5. 1885. hervorgehen, die jeder für sich arbeiten müssen und von denen jeder seine Initiative allein durchzuführen hat. Ich bin in keiner Weise ein Gegner der Reichstags- und parlamentarischen Initiative überhaupt; im Gegentheil, ich freue mich, so oft in ernster und ehrlicher Absicht von ihr Gebrauch gemacht wird, weil sie ja dazu beiträgt, den Stoff viel gründlicher zu klären und die öffentliche Meinung durch die Discussion vor Eingriff der Regierung unbefangen zu belehren. Bei einer Regierungsvorlage ist doch für Viele, die darüber urtheilen, schon der Ursprung ein unerfreulicher, der eine gewisse feindliche Stimmung dagegen rege macht, weil sie von der Regierung, oder weil sie gerade von dieser Regierung kommt. Es ist dem unabhängigen, freiheitsliebenden Deutschen, namentlich demjenigen, der so die Erinnerungen der dreißiger und vierziger Jahre noch an sich hat, überhaupt beinahe ehrenrührig, mit der Regierung gleicher Meinung zu sein und Etwas, was von der Regierung kommt, ohne Weiteres als richtig und vernünftig anzunehmen.

(Heiterkeit rechts.)

Die Unzufriedenheit mit der Regierung und deren Polizei und die Verdienstlichkeit des — ich will nicht sagen Schimpfens — aber des scharfen Kritisirens der Regierung ist uns aus jenen Jahren noch zu naheliegend und überkommen, und wenn ich nicht selbst zur Regierung gehörte, dann würde ich, ich bin überzeugt, in dies nationale Laster auch verfallen [1]).

(Große Heiterkeit.)

Also dieser Klippe entgeht eine Vorlage aus der Mitte der Versammlung vollständig, diesem Odium, von der Regierung abzustammen. Außerdem wird sie bekannter und verliert Manches von ihren auf den ersten Anblick scheinbar unerfreulichen Eigenschaften durch das Durchsprechen; es wird dadurch einem Mangel abgeholfen, den ich bei den Regierungsvorlagen sehr häufig schon empfunden habe.

Gerade so, wie vorsichtige Familienväter den Grundsatz haben, den Wein, den sie im nächsten Jahre trinken wollen, schon im Jahre vorher in den Keller zu legen, so wäre es, glaube ich, auch bei

[1]) Vgl. Bd. VII 282, VIII 187. 326.

den Gesetzen nützlich, wenn man diejenigen, die man im Jahre 1886 einbringen will, im Jahre 1885 schon publici juris [1]) machen und drucken ließe, so daß sie allgemein und allseitig durchgesprochen und durchdiscutirt werden könnten. Ich habe immer wenigstens eine gewisse Furcht davor, wenn ich mit einem Gesetze, das ganz neue Zustände behandelt und das in der öffentlichen Meinung noch gar nicht durchgesprochen und breitgetreten ist, plötzlich vor das Parlament treten soll — mit einem Gesetz, das vielleicht Niemand erwartet. Ein Gesetz über eine Materie, die breit durchgesprochen ist, die Jedermann erwartet hat, bringt sich viel leichter an und man kommt darüber leichter zu einer Verständigung. Deshalb, meine Herren, hoffe ich, daß wir auch über dieses Gesetz zu einer Verständigung kommen werden, die keinen von beiden Theilen ganz unzufrieden lassen wird. 5. 5. 1885.

(Lebhaftes Bravo!)

Es folgten noch Erwiderungsreden der Abg. Dr. Buhl und Bamberger, sowie ein Schlußwort des Referenten Grimm, alsdann wurde die Abstimmung vorgenommen; sie ergab die Mehrheit für die Commissionsvorschläge, auch in Bezug auf Tarifnummer 4. Die dritte Lesung am 8. Mai bestätigte im Ganzen diese Beschlüsse; doch wurde die Tarifnummer 4 auf Antrag des Abg. Buol-Berenberg dahin abgeändert, daß in A 1 die Worte: „in ausländischer Währung zahlbare Wechsel" und „Auszahlungen an ausländischen Plätzen in fremden Valuten" gestrichen und vor „Befreiungen" folgende Anmerkung eingeschaltet wurde: „Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte über im Inlande von einem der Contrahenten erzeugte oder hergestellte Mengen von Sachen oder Waaren sind steuerfrei."

Die am Schluß der dritten Lesung vorgenommene namentliche Abstimmung über das ganze Gesetz ergab die Annahme mit 214 gegen 41 Stimmen. Der Bundesrath gab dem vom Reichstag beschlossenen Gesetzentwurf seine Zustimmung.

---

[1]) Bekannt, vgl. Bd. VII 365, VIII 29.

97. Sitzung des Deutschen Reichstags

Sonnabend 9. Mai 1885.

9. 5. 1885. Durch Beschluß des Reichstags vom 16. Januar 1885 (Bd. X 439) waren die sämmtlichen den Arbeiterschutz betreffenden Anträge einer aus 28 Mitgliedern bestehenden Commission zur Berathung und Berichterstattung überwiesen worden. Den 19 Sitzungen dieser Commission wohnten als Vertreter der verbündeten Regierungen Ministerialdirector Bosse, Geh. Oberregierungsrath Lohmann und Landrath Bartels bei; doch erklärten sie von vorn herein, daß sie bindende Erklärungen nicht abgeben, sondern nur auf diejenigen Gesichtspunkte, Bedenken und Schwierigkeiten aufmerksam machen könnten, die nach ihrer Meinung, weil in der Sache selbst liegend, bei den Berathungen des Bundesraths ihre Würdigung würden finden müssen. Die Generaldiscussion beschäftigte sich zunächst mit der Erörterung folgender Fragen:

1. Für welche Classen der Bevölkerung rechtfertigt sich ein Verbot der Arbeit an Sonn- und Festtagen?
2. Inwiefern ist der Staat verpflichtet, seinen Angehörigen die Sonntags- und Feiertagsruhe zu ermöglichen?
3. Ist die Sonntags- und Festtagsruhe eine Forderung der öffentlichen Gesundheitspflege und eine der Vorbedingungen für die geistige wie leibliche Tüchtigkeit der Bevölkerung?
4. Welchen Einfluß übt die Sonntagsruhe auf das Familienleben?
5. Ob und inwiefern ist der Staat berechtigt, behufs Regelung der Sonntagsruhe in die Erwerbsverhältnisse des Einzelnen einzugreifen?
6. Wird die deutsche Industrie einen — etwa ein Siebentel wöchentlich betragenden — Ausfall an ihrem bisherigen Erwerb ohne tiefe Schädigung des Wohlstandes des Volkes und speciell der Arbeiter ertragen können?

Während über Punkt 1 bis 5 leicht eine Einigung zu erreichen war, führte Punkt 6 zu einer lebhaften Debatte, da er unmittelbar die wirthschaftliche Wirkung einer gesetzlichen Beschränkung der Sonntagsarbeit betraf. Während die klerikal-conservative Mehrheit der Commission geneigt war, diese Frage ohne Weiteres zu bejahen und eine Ausgleichung des Verlustes durch die an Quantität und Qualität gesteigerte Leistungsfähigkeit ausgeruhter Arbeitskräfte glaubte in Aussicht stellen zu können, machte die Minderheit große Bedenken geltend: Bei der gegenwärtigen Lage des Deutschland zugänglichen Weltmarktes müßten möglicher Weise die durch Erhöhung der Productionskosten dem Arbeitgeber erwachsenden Mindereinnahmen ganz oder theilweise vom Arbeiter getragen werden; für diesen Fall wäre nicht nur die Leistungs-

fähigkeit, ja die Existenz der Industrie überhaupt gefährdet, sondern 9. 5. 1885.
es werde vor Allem der Arbeiter leiden, der nicht allein den ihm durch Fortfall der Sonntagsarbeit entstandenen Verlust tragen müsse, sondern auch die Einbußen, die ihm durch Herabsetzung seines Lohnes erwachsen würden. Sie forderte deshalb vor gesetzlicher Regelung der Angelegenheit eine von der Regierung anzuordnende Untersuchung, ob und inwiefern der Stand der Industrie für bestimmte Zweige eine Beschränkung der Sonntagsarbeit gestatte und für welche Geschäftsbetriebe Ausnahmen nicht gerechtfertigt seien. Doch fand ihr Antrag auf Anordnung einer Enquête nicht die Zustimmung der Mehrheit. Diese erklärte, daß die Angelegenheit schon längst spruchreif sei und nur des gesetzgeberischen Abschlusses warte. Es handle sich zunächst nur darum, das Verbot der Sonntagsarbeit auszusprechen; die Feststellung der einzelnen Ausnahmefälle sei den verbündeten Regierungen vorzubehalten. Die Möglichkeit, ohne erneute Untersuchung die Sonntagsruhe anstandslos schon jetzt zu regeln, beweise der Erlaß der Königlichen Regierung zu Düsseldorf vom 18. Juni 1884, der die Sonntagsarbeit der Fabriken im Allgemeinen verbiete, die durch technische Rücksichten oder sonstige Gründe von überwiegender Wichtigkeit gebotenen Ausnahmen näher specialisire und damit ohne Schädigung der betroffenen Industriezweige die erforderlichen Schutzmaßregeln zu Gunsten der Arbeiter treffe. Eine ungefähr analoge Anwendung der Düsseldorfer Bestimmungen, namentlich der Ausnahmen, für das deutsche Reichsgebiet sei daher einerseits unbedenklich, andererseits um so wünschenswerther, als Deutschland nunmehr ein auch wirthschaftlich geeinigtes Gebiet umfasse, und daher die Gerechtigkeit erfordere, daß allen deutschen Industrien die gleichen Bedingungen im Wettkampf um den Erwerb gesichert würden. Zu diesem Punkte äußerten sich die Vertreter der verbündeten Regierungen in folgender Weise*):

Ein bisher nicht genügend gewürdigtes Bedenken gegen die Anträge liegt in dem Wege, auf welchem das erstrebte Ziel erreicht werden soll. Die Antragsteller, welche eine sofortige Regelung der Sonntagsruhe befürworten, beschränken sich nichtsdestoweniger darauf, ein allgemeines Verbot aufzustellen, dessen Durchführbarkeit erst durch gewisse Einschränkungen ermöglicht werden kann. Diese Einschränkungen werden aber nur ihrem allgemeinen Charakter nach bezeichnet, ihre praktisch brauchbare Fassung sollen sie erst durch den Bundesrath erhalten.

Für die Berechtigung dieses Vorgehens beruft man sich auf die Anweisung der Regierung in Düsseldorf, in welcher man den

*) StB. Anlagen Nr. 374 S. 1905b.

9. 5. 1885. Beweis findet, daß es möglich sei, die zugelassenen Ausnahmen mit der erforderlichen Sicherheit festzustellen, und daß dies sogar binnen wenigen Monaten geschehen könne. Die inmittels eingesehenen Verhandlungen über diese Anweisung ergeben nun zwar, daß von der am 7. April 1884 erfolgten Einberufung der Conferenz vom 28. April bis zum Erlaß der Anweisung vom 18. Juni nur etwa 2½ Monate verstrichen sind, daß der Conferenz aber sehr langwierige Vorarbeiten voraufgegangen sind. Schon im Juli 1881 wurde der Gewerberath beauftragt, ein Verzeichniß der zu gestattenden Ausnahmen aufzustellen. Ueber dieses Verzeichniß, welches im September 1883 vorgelegt wurde, sind dann die Aeußerungen der Handelskammern und verschiedener wirthschaftlicher Vereinigungen eingeholt, und erst nach erfolgten Prüfungen und Verarbeitungen konnte die Schlußverhandlung stattfinden. Ohne den Werth der von der Regierung in Düsseldorf ausgeführten Arbeit herabzusetzen, wird man doch sagen müssen, daß der erwähnte Beweis noch nicht erbracht ist. Die Verhandlungen lassen erkennen, daß auch in der Conferenz noch eine Reihe ungelöster Differenzpunkte übrig geblieben ist. Alle diejenigen Arbeiten, welche in dem Verzeichnisse „bis auf Weiteres" für zulässig erklärt sind, werden von der Regierung als solche angesehen, welche nur deshalb von ihr gestattet werden, weil sie in Nachbarbezirken noch üblich sind. Ferner wird die Nichtzulassung gewisser weiterer Ausnahmen für einzelne Industriezweige damit begründet, daß dieselben bei den im Bezirk allgemein oder fast allgemein üblichen Betriebsweisen entbehrlich erscheinen. Aus dem Allem ergibt sich, daß hier eine Aufgabe vorliegt, deren Lösung für das ganze Reich mit so erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist, daß man im Voraus nicht sagen kann, ob sie überhaupt möglich ist.

Als letzter Punkt der Generaldiscussion wurde die Frage erörtert:

7. Wie werden sich die Bestimmungen über Verbot der Sonn- und Festtagsarbeit zu der Gesetzgebung der Einzelstaaten verhalten?

In den Einzelstaaten ist vielfach die Sonn- und Feiertagsruhe nicht durch Landesgesetze geregelt, vielmehr den Verwaltungsbehörden anheimgegeben, die nach den localen Verhältnissen erforderlichen polizeilichen Anordnungen unter Strafandrohung zu erlassen. Eine Minorität

stellte nun den Antrag, zunächst den Herrn Reichskanzler um Mittheilung einer Uebersicht über den Stand der bundesstaatlichen Gesetzgebung über Sonntagsarbeit und Sonntagsruhe zu ersuchen, und motivirte ihn mit dem Hinweis, daß nur eine genaue Kenntniß der in den Einzelstaaten geltenden Grundsätze die Tragweite übersehen lasse, die ein den Gesetzen der Bundesstaaten vorgehendes Reichsgesetz auf die bestehende Gesetzgebung der Einzelstaaten der Natur der Sache nach ausüben müsse. Bei nicht genauer Kenntniß der bestehenden Gesetzgebung läge die Gefahr nahe, daß man durch die reichsgesetzliche Regelung die zum Theil sehr bewährten Einrichtungen der Bundesstaaten ohne innere Berechtigung beseitige oder in ihrer heilsamen Wirkung auf die Bevölkerung beschränke. Die Mehrheit der Commission erachtete diese Bedenken nicht als stichhaltig und lehnte eine Vorermittelung über den Stand der Particulargesetzgebung ab, da eine solche die Erledigung der der Commission zugewiesenen Aufgabe nur verschleppe. 9. 5. 1885.

Dasselbe Schicksal theilte ein zur Wahrung der Particulargesetzgebung gestellter Antrag einiger Mitglieder der Commission, daß landesrechtliche Bestimmungen, welche dem zu erwartenden Reichsgesetze nicht widersprächen, durch dasselbe nicht berührt würden. Wenn sich die Mehrheit der Commission hier verneinend verhielt, so wurde dies wesentlich durch die folgende von den Vertretern der verbündeten Regierungen abgegebene Erklärung herbeigeführt*):

Es scheint noch keine genügende Klarheit darüber zu bestehen, wie man sich das Verhältniß eines diesen Anträgen entsprechenden Reichsgesetzes zu den landesrechtlichen Vorschriften denkt. Im Hauptantrage wird der Letzteren überhaupt nicht gedacht. Nach dem jetzt gestellten Unterantrag sollen weitergehende landesrechtliche Vorschriften aufrecht erhalten bleiben. Dies scheinen die Herren, welche im Hauptantrage die Frage gar nicht berührt haben, als selbstverständlich angesehen zu haben, und diese Auffassung scheint auch begründet zu sein. Allerdings wird man den Grundsatz aufstellen dürfen, daß, wenn die Reichsgesetzgebung eine ihr verfassungsmäßig unterliegende Materie erschöpfend geregelt hat, damit abweichende landesrechtliche Vorschriften hinfällig werden, soweit sie nicht ausdrücklich aufrecht erhalten werden. Im vorliegenden Falle besteht aber zwischen den in Betracht kommenden landesrechtlichen Vorschriften und den beabsichtigten Reichsgesetzen ein wesentlicher Unterschied hinsichtlich des Gegenstandes der Gesetz-

*) S. 1906b.

9. 5. 1885. gebung; die Ersteren verfolgen den Zweck, die äußere Heilighaltung der Sonn- und Festtage den anerkannten Religionsgemeinschaften zu sichern, sie liegen auf dem Gebiete der Cultusgesetzgebung, welche nicht Gegenstand der Reichsgesetzgebung ist. Diese haben es nur mit der wirthschaftlichen und socialen Seite der Frage zu thun, in Sonderheit mit dem Schutze der Arbeitskraft gegen Ausbeutung durch Entziehung der Sonntagsruhe. Daraus ergibt sich, daß für den Fall einer reichsgesetzlichen Regelung die Gewerbeunternehmer nicht bloß dieser, sondern daneben auch den landesrechtlichen Vorschriften über die Heilighaltung der Sonn- und Festtage unterworfen sein werden. Darin würde kein Bedenken liegen, wenn die Vorschriften beider Art zu dem gleichen Ergebniß hinsichtlich der Beschränkung der Freiheit der Einzelnen gelangten, oder wenn die Reichsgesetzgebung unter allen Umständen alle landesrechtlichen Vorschriften decken würde. Das ist aber nicht der Fall, und die Annahme des Herrn Antragstellers, daß schärfere Vorschriften, als die hier beantragten, in den Landesrechten nicht existirten, ist nicht richtig; vielmehr wird sich ergeben, daß in einigen*) Beziehungen die Landesrechte, in anderen das beabsichtigte Reichsgesetz schärfere**) Bestimmungen trifft. Die landesherrlichen Vorschriften sind duldsam gegen geräuschlose, nicht an die Oeffentlichkeit tretende, die öffentliche Sonntagsfeier nicht störende Beschäftigungen, ohne Rücksicht darauf, ob dadurch den Arbeitern die Sonntagsruhe entzogen wird, dagegen unduldsam gegen geräuschvolle oder an die Oeffentlichkeit tretende Beschäftigungen, ohne Rücksicht darauf, ob dieselben durch ein wirthschaftliches Interesse gefordert werden, welches auch für die Arbeiter wichtiger ist, als die Sicherung der Sonntagsruhe.

Daß aus dieser Verschiedenheit Collisionen entstehen würden, wenn die vorliegenden Anträge Gesetz würden, ergibt sich aus Folgendem:

Nach den Anträgen sollen unter anderen Arbeiten gestattet sein, welche nach der Natur des Gewerbebetriebs keinen Aufschub gestatten. Diese Arbeiten sollen im Voraus festgestellt werden,

---

*) StB.: wenigen.
**) StB.: schärfenden.

so daß der Gewerbetreibende, welcher sie am Sonntage vornehmen läßt, gar nicht unter das reichsgesetzliche Verbot*) fällt. Wenn aber diese Arbeiten von der Landesgesetzgebung verboten sind, weil sie als geräuschvolle die öffentliche Feier des Sonntags stören, so fällt das Unternehmen trotz der reichsgesetzlichen Bestimmung unter das landesrechtliche Verbot, und ist zwar nicht nach Reichsrecht, wohl aber nach Landesrecht strafbar. Allerdings lassen auch in diesen Fällen die Landesgesetze Dispensationen von dem Verbote zu, die Ertheilung derselben erfolgt aber durch die Polizeibehörden nach pflichtmäßigem Ermessen, und es steht dahin, in wie weit sie dabei auf die reichsgesetzlichen Bestimmungen Rücksicht nehmen werden. 9. 5. 1885.

Ob die Reichsgesetzgebung die Möglichkeit hat, derartigen Conflicten vorzubeugen, ist eine sehr schwierige Frage, welche jeden Falls beantwortet werden muß, bevor man zum Erlasse reichsgesetzlicher Vorschriften übergeht. Durch den hier vorliegenden Antrag wird sie jeden Falls nicht befriedigend gelöst. Die Annahme desselben würde den Erfolg haben, daß alle milderen Bestimmungen der Landesgesetze aufgehoben, alle schärferen dagegen aufrecht erhalten würden, während in den Landesgesetzen vielfach die schärferen Bestimmungen, welche sie nach der einen Seite hin enthalten, durch mildere Bestimmungen nach der anderen Seite ausgeglichen werden.

Die Specialdiscussion führte zur Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883, folgender Fassung:

Art. I.

Hinter § 105 der Gewerbeordnung wird eingeschaltet:

§ 105 a.

(1) Die Gewerbetreibenden können die Arbeiter zum Arbeiten an Sonn- und Festtagen nicht verpflichten. Sie dürfen dieselben an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigen in Fabriken, Werkstätten und bei Bauten.

(2) Inhaber von Verkaufsstellen aller Art dürfen ihre Gehilfen und Lehrlinge an Sonn- und Festtagen im Ganzen

*) S. 1907 a.

9. 5. 1885. höchstens fünf Stunden beschäftigen. Die Beschäftigung muß für alle in demselben Geschäfte beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge gleichzeitig stattfinden.

(3) Welche Tage als Festtage gelten, bestimmen unter Berücksichtigung der örtlichen und confessionellen Verhältnisse die Landesregierungen. An den besonderen Festtagen seiner Confession kann kein Arbeiter zum Arbeiten verpflichtet werden.

(4) Arbeiten zur Ausführung von Reparaturen, durch welche der regelmäßige Fortgang des eigenen oder eines fremden Betriebes bedingt ist, sowie Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebs einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, fallen unter die vorstehenden Bestimmungen nicht. In diesen Fällen muß in Fabriken, Werkstätten und Bauten für jeden Arbeiter an jedem zweiten Sonntage mindestens die Zeit von sechs Uhr Morgens bis sechs Uhr Abends frei bleiben.

(5) Art, Umfang und Dauer der Arbeiten, welche nach der Natur des Gewerbebetriebs einen Aufschub oder eine Unterbrechung nicht gestatten, setzt für alle Anlagen jeder bestimmten Gattung der Bundesrath fest. Diese Festsetzung kann bei veränderten Verhältnissen, jedoch immer nur für alle Anlagen der betroffenen Art, abgeändert oder aufgehoben werden. Für bestimmte Gewerbe dürfen weitere Ausnahmen durch Beschluß des Bundesraths zugelassen werden. Die von dem Bundesrath getroffenen Bestimmungen sind dem Reichstag spätestens in der nächstfolgenden Session vorzulegen.

(6) In dringenden Fällen kann die Ortspolizeibehörde die Beschäftigung an Sonn- und Festtagen gestatten. Jede Verfügung dieser Art ist schriftlich zu erlassen. Die Erlaubniß darf, falls die Ortspolizeibehörde vorgängig nicht erreicht werden kann, auch nachträglich erfolgen. Die Ortspolizeibehörde hat über die von ihr gestatteten Ausnahmen ein Verzeichniß zu führen und dasselbe vierteljährlich der höheren Verwaltungsbehörde, für Fabriken auch dem besonderen Aufsichtsbeamten (§ 139b) einzureichen.

Art. II.

An Stelle des § 154 Absatz 1 der Gewerbeordnung tritt folgende Bestimmung:

Die Bestimmungen der §§ 105 bis 133 finden auf Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken und Handelsgeschäften nur insoweit Anwendung, als sie sich auf solche ausdrücklich beziehen.

Die Vertreter der verbündeten Regierungen nahmen besonders an der Discussion der unter 4 und 5 des oben mitgetheilten § 105a näher bezeichneten Anträge Theil. Veranlassung dazu bot ihnen die

beigefügte Reichstagsclausel, die die Anordnungen des Bundesraths 9. 5. 1885.
der nachträglichen Genehmigung des Reichstags unterwarf. Nach dem Commissionsbericht äußerten sie sich in folgender Weise*):

Das entscheidende Bedenken, das gegen die vorgeschlagene Art und Weise der Regelung geltend gemacht worden ist, liegt nicht, wie von einem der Herren Antragsteller angenommen, in der dadurch bedingten Unsicherheit der Industrie, sondern in der dadurch geschaffenen Lage des Bundesraths, welcher sich über die Annahme einer gesetzlichen Bestimmung entscheiden soll, ohne deren Tragweite übersehen zu können.

Die Berufung auf die Annahme des § 139 der Gewerbeordnung mit der sogenannten Reichstagsclausel trifft nicht zu, weil die Lage damals eine wesentlich andere gewesen ist.

Bis zur Novelle von 1878 waren die Beschränkungen der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter ganz allgemeine und unbedingte, ohne die Möglichkeit irgend einer Modification. Die verbündeten Regierungen hatten sich überzeugt, daß diese Bestimmungen erst durchführbar werden und ihren Zweck erst erreichen würden, wenn die Möglichkeit von Milderungen auf der einen, von Verschärfungen auf der anderen Seite gegeben sein würde. Sie mußten daher die Ermächtigung zur Einführung solcher Milderungen und Verschärfungen auch mit der beschränkenden Clausel annehmen, weil dadurch jeden Falls ein besserer Zustand als der bisherige herbeigeführt wurde. Denn wenn auch durch die beschränkende Clausel der Erfolg der Bestimmung im Einzelnen ein unsicherer wurde, so wurde doch die bisher ganz fehlende Möglichkeit von Modificationen gegeben, welche die Voraussetzung der Durchführbarkeit der bereits geltenden Beschränkungen bildeten.

Hier dagegen handelt es sich um die Einführung einer ganz neuen Beschränkung, welche, wie allgemein anerkannt wird, ohne Ausnahmen nicht durchführbar ist, während über den Umfang der zu gestattenden Ausnahmen die Ansichten sehr verschieden sind. Nichtsdestoweniger soll die Beschränkung zunächst als eine allgemeine und unbedingte in das Gesetz aufgenommen, die Zulassung der Ausnahmen aber von der nachträglichen Zustimmung des

*) S. 1910b.

9. 5. 1885. Reichstags abhängig gemacht werden. Wenn die verbündeten Regierungen die beschränkende Bestimmung durch ihre Zustimmung zum Gesetz werden lassen sollten, nachdem sie sich überzeugt haben, daß sich die Ausnahmen, welche als Voraussetzung*) der Durchführung anzusehen sind, feststellen lassen, so kann der Fall eintreten, daß hinterher Ausnahmen, welche der Bundesrath für nothwendig erkannt hat, durch den Reichstag beseitigt werden und dadurch die beschränkende Bestimmung einen Inhalt erhält, welcher, wenn er von Anfang an vorgelegen hätte, den verbündeten Regierungen die Zustimmung zu dem Gesetze unmöglich gemacht haben würde. Die verbündeten Regierungen würden dann vor einem geltenden Gesetze stehen, welches sie ihrerseits für undurchführbar halten.

Nach Zurückziehung des die Reichstagsclausel enthaltenden Theils des Antrags erklärten die Vertreter der verbündeten Regierungen ferner**):

Auch mit der Zurückziehung dieses Theils des Antrags seien keineswegs alle Schwierigkeiten beseitigt. Die verbündeten Regierungen würden auch in diesem Falle, bevor sie sich über ihre Zustimmung zu dem Gesetze schlüssig machen könnten, prüfen müssen, ob sich in der That die Ausnahmen so feststellen ließen, daß das Gesetz ohne Schädigung wichtiger Interessen sich durchführen lasse. Dazu würden dieselben Erhebungen nothwendig werden, welche nach dem auf Anordnung einer Enquête gerichteten Antrage jedem gesetzgeberischen Vorgehen voraufgehen sollen; und da diese Erhebungen erst beendigt sein müßten, ehe die verbündeten Regierungen sich über ihre Zustimmung zu dem Gesetzentwurf würden schlüssig machen können, so würde man mit der Annahme eines formulirten Gesetzentwurfs nicht mehr erreichen, als mit der Annahme des Antrags auf vorherige Anordnung einer Enquête. Ersteres sei aber um deswillen nicht rathsam, weil auch die in das Gesetz aufzunehmende nähere Bezeichnung und Begrenzung der zuzulassenden Ausnahmen zutreffend und sicher erst dann formulirt werden könne, wenn durch die anzustellenden Erhebungen das Bedürfniß klargestellt sei. Daß es nicht leicht sei, jene Be-

---

*) S. 1911 a.
**) S. 1911 b.

zeichnung und Begrenzung zutreffend zu formuliren, ergäbe sich 9. 5. 1885.
aus den beantragten Fassungen. So sage zum Beispiel ein Antrag offenbar nicht, was beabsichtigt sei, indem es nach der Fassung in die Hand jedes Unternehmers gelegt sei, durch factische Einführung der regelmäßigen Tag- und Nachtarbeit in seinem Betrieb den Feiertag für den Arbeiter auf die Zeit von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends abzukürzen. Ebenso genüge eine andere Fassung nicht, bei der es sich als nothwendig herausstellen werde, nicht nur die zulässigen Arbeiten festzustellen, sondern auch Zeit und Stunde, während welcher am Sonntage diese Arbeiten zulässig sein sollen, näher zu bestimmen.

Die Majorität fand nach dieser Erklärung keinen Anlaß, die Reichstagsclausel dauernd zu beseitigen, und stellte sie wieder her. Der von ihr angenommene Gesetzentwurf gelangte zur ersten Berathung in der 97. Sitzung des Reichstags am 9. Mai 1885, in Verbindung damit folgender Antrag des Abg. Dr. Buhl:

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen:

für den Fall, daß die der X. Commission überwiesenen Anträge in der gegenwärtigen Session nicht mehr zur Erledigung gelangen, unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Arbeiter sowohl wie der Arbeitgeber vorzunehmende Erhebungen darüber anzuordnen:

1. ob und in welchem Umfange die Beschäftigung von Arbeitern (Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen) an Sonn- und Festtagen in gewerblichen und Handelsbetrieben verboten werden kann;
2. ob, beziehungsweise mit welchen Ausnahmen, Kinder zwischen 12 und 14 Jahren von der Beschäftigung in gewerblichen Betrieben auszuschließen sind;
3. ob und in welchem Umfange eine Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener weiblicher Arbeiter in gewerblichen Betrieben, insbesondere die Ausschließung derselben von der Nachtarbeit durchgeführt werden kann;
4. ob die Festsetzung einer Maximalarbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter in gewerblichen Betrieben geboten erscheint.

Die Discussion eröffnete der einleitende Vortrag des Berichterstatters der Commission, des Abg. Dr. Scheffer; alsdann unterzog der der socialdemokratischen Partei angehörige Abg. Rödiger die Arbeit der Commission einer abfälligen Kritik, weil sie mit ihren

9. 5. 1885. Anträgen noch weit hinter Dem zurückbleibe, was die Arbeiter zu ihrem Schutz gegen Ausbeutung zu fordern berechtigt seien. Er kündigte entsprechende Verbesserungsanträge an, rieth aber dringend die Ablehnung des Buhlschen Antrags, da eine Enquête keine positiven Resultate haben und die Arbeiter nur in ihrer Ueberzeugung bestärken werde, daß es dem Reichstage mit seinen arbeiterfreundlichen Bestrebungen nicht Ernst sei. Der Abg. Dr. Lieber vertheidigte mit Wärme die Vorschläge der Commission, die im Wesentlichen aus seinen eigenen Anträgen hervorgegangen waren. Anknüpfend an die Aufforderung, die der Reichskanzler an die Unterzeichner des v. Hertlingschen Antrags am 15. Januar 1885 gerichtet hatte, den verbündeten Regierungen, da sie selbst nicht wüßten, wie sie ohne Schädigung der Arbeiter die Frage des Maximalarbeitstags lösen sollten, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Forderungen des Antrags entspreche, führte er triumphirend aus, in wie kurzer Frist er selbst den Entwurf gemacht und damit bewiesen habe, daß er wohl wisse, „wie das zu machen sei". Die Commission, die durch die Aeußerung des Reichskanzlers, daß sein Latein zu Ende sei, von jeder weiteren Rücksichtnahme auf die Initiative des Bundesraths sich entbunden gefühlt, habe in erster Linie die Einführung der gewerblichen Sonntagsruhe ins Auge gefaßt und hoffe, daß sich der Reichskanzler in dieser Beziehung nicht mehr so schroff ablehnend verhalten werde, wie in der Rede vom 9. Januar 1882 (Bd. IX 200 ff.) geschehen sei. Die Möglichkeit, aber auch das Bedürfniß strengerer Durchführung der Sonntagsruhe folgerte er aus der gesetzlichen Regelung, die diese Frage nicht bloß seit längerer Zeit in England, sondern neuerdings auch in Nordamerika, der Schweiz, Oesterreich erfahren habe. Der Einwand des Reichskanzlers, daß durch eine derartige Beschränkung der Arbeitszeit die Industrie in Folge der dadurch bewirkten Steigerung der Productionskosten um ein Siebentel concurrenzunfähig gemacht werde, wurde von ihm nicht als stichhaltig anerkannt. Denn einerseits verdiene eine Industrie, die nur unter Mißachtung des Rechts der Arbeiter auf die Sonntagsruhe concurrenzfähig bleibe, nicht zu bestehen, andererseits aber sei durch Macaulays Zeugniß bewiesen, daß England seine wirthschaftliche Höhe und die Tüchtigkeit seines Arbeiterstandes der seit undenklichen Zeiten durch die nationale und religiöse Sitte geforderten Sonntagsruhe verdanke. Die befürchteten Verluste würden, meinte er, weder für die Unternehmer noch für die Arbeiter eintreten, jene würden durch eine erhöhte Arbeitsfähigkeit der Arbeiter, diese durch eine bei Verminderung der Arbeitszeit erwiesener Maßen eintretende beträchtliche Lohnerhöhung für das ausfallende Siebentel an Arbeitsleistung und Lohn entschädigt werden; seine Behauptung unterstützte er durch analoge Aeußerungen englischer und österreichischer Autoritäten. Nach dem Abg. Lieber sprachen der Abg. Ackermann für Annahme der Commissionsanträge, die Abg.

Buhl und Nobbe für die Anordnung einer Enquête, die einer künftigen gesetzlichen Regelung zur Grundlage dienen könne. Nach dem Letzteren nahm Fürst Bismarck das Wort*): 9. 5. 1885.

Ich glaube, wenn dieser Gesetzentwurf vor einigen Monaten in dieses Haus eingebracht worden wäre, und man hätte die Möglichkeit gehabt, ihn reichlich zu erwägen und zu discutiren und auf einen etwaigen Beschluß des Bundesraths vielleicht nochmals zu discutiren, — ich glaube, daß man auch dann zu der Ueberzeugung gekommen wäre, daß in dieser Frage eine weitere Ermittelung der Thatsachen nothwendig ist. Eine Enquête, wie sie hier beantragt ist, wird unentbehrlich sein, wenn mit Aussicht auf wirklich praktischen Erfolg dieser Sache näher getreten werden soll. So wie die Sache hier augenblicklich liegt, kann ich kaum annehmen, daß die Herren Antragsteller an einen praktischen Erfolg auf der Basis dieser Anregung ihrerseits wirklich glauben sollten. Wenn ein solcher aber nicht eintritt, wenn die verbündeten Regierungen, der Bundesrath, auf Ihre Vorlage demnächst einen Beschluß faßt: entweder er halte heute angebrachter Maßen dieses Gesetz so nicht für annehmbar, es müsse eine Enquête veranstaltet werden, — so ist für die öffentliche Meinung die Vertheilung des Eindrucks ziemlich ungleich. Diejenigen Herren, die den Antrag gestellt haben, werden ja bei den Wahlen und sonst im Lande den Eindruck auf den Arbeiter machen, als wenn sie wirklich eine ernste Verbesserung für ihn nicht nur erstrebt, sondern auch erreichbar vor sich gesehen hätten, so daß nur die Hand hätte ausgestreckt zu werden brauchen, um sie zu ergreifen. „Hätte sich bei den verbündeten Regierungen das gleiche Interesse für den Arbeiter gefunden, dann würden wir jetzt diese Frage erledigt haben" — so ungefähr, denke ich mir, wird der Eindruck sein. Für die Herren Antragsteller kann derselbe unter Umständen ein willkommener sein — für die Regierung ist er nicht annehmbar, und deshalb muß ich mich gegen die Stellung verwahren, die hierbei dem Bundesrath und den verbündeten Regierungen zugemuthet wird.

Die Herren Antragsteller stellen sich gewisser Maßen dazu, wie, was im Französischen le bon prince [1]) genannt wird. Ich habe

*) StB. 2675b.

[1]) Der gute Fürst, être bon prince bedeutet: gutmüthig, herzensgut sein.

9. 5. 1885. Fürsten der Art gekannt, die der Ueberzeugung waren: ihre Unterthanen in der Weise glücklich zu machen, daß Alles im befriedigenden Geleise bliebe und Nichts gestört werde, das hinge nur von dem Willen des regierenden Herrn ab; wenn der vorhanden wäre, dann müsse das von selber gehen; wie das zu machen sei, sei die Sache der Schreiber von Ministern und Räthen, die das zu besorgen hätten; darüber brauche sich ein hoher Herr den Kopf nicht zu zerbrechen, es genüge sein Wollen [1]). Die Rolle dieses hohen Herrn, dünkt mich, übernehmen die Herren Antragsteller einiger Maßen. Wenn, wie ich höre, der Herr Abg. Lieber gesagt hat, ich*) hätte früher den Vorwurf — ich weiß nicht, wem — gemacht, daß nichts Positives zu Stande gebracht sei, nun sei hier ein Gesetz, und das sei fertig [2]), so muß ich doch diese Bezeichnung der Vorlage als eines wirklichen Gesetzes als eine sehr schmeichelhafte charakterisiren,

(Heiterkeit.)

die die Vorlage nicht verdient. Ich sehe in ihr höchstens den Rahmen zu einem Gesetz; die Ausfüllung dieses Rahmens soll der Bundesrath besorgen;

(Sehr richtig! rechts.)

ich sehe darin eine Vollmacht für den Bundesrath seinerseits. Das eigentliche Ingrediens im Gesetze fehlt gänzlich; Sie sind darüber, wie man sagt, mit einem Triller hinweg gegangen, mit der Hinweisung auf den Bundesrath: — Das Nähere bestimmt das Gesetz, heißt es in der Verfassung; hier heißt es: Das Nähere bestimmt der Bundesrath. Das ist für den Bundesrath nicht annehmbar, da ist seine Rolle zu nachtheilig dabei. Es sieht so aus, als hätten Sie gewußt, wie der Bundesrath die Sache nachher zu machen habe, und nur der Bundesrath wisse es entweder nicht oder wolle wider besseres Wissen dem Arbeiter nicht zur Sonntagsruhe, die Jeder ihm ja von Herzen gönnen wird, verhelfen. Die Ausfüllung des Rahmens ist das Wesentliche. Das Gemälde, die Anfertigung desselben überlassen Sie theils dem Bundesrath, theils in dringenden

---

*) S. 2676 a.

[1]) Vgl. Bd. X 438.

[2]) Vgl. die Vorbemerkung. Fürst Bismarck hatte nur den letzten Theil der Rede des Abg. Lieber gehört.

Fällen sogar der Ortspolizeibehörde; auf die bürden Sie Ihre 9. 5. 1885.
legislatorischen Aufgaben ab.

(Heiterkeit.)

Es wäre das für die Polizeibehörde, über deren Uebergewicht man so häufig klagt, und auch für die Regierung, für den Bundesrath, wenn sie wirklich so herrschsüchtig wären, wie man glaubt, unter Umständen eine außerordentlich nützliche Pressionsmethode. Zum Beispiel: Sie sind wegen der Unabhängigkeit der Wahlen immer so sehr in Sorge. Wenn nun irgendwo ein fortschrittlicher Fabrikherr nicht nach dem Sinn der Ortspolizeibehörde mit seinen Arbeitern stimmte, so hätte hier die Ortspolizeibehörde eine ganz hübsche Handhabe, dem Herrn die Nachtheile seiner politischen Ueberzeugung begreiflich zu machen; oder der Bundesrath, wenn er findet, daß man seinen Wünschen nicht hinreichend entgegen kommt, könnte unter Umständen eine Pression ausüben, — nicht der jetzige, aber die Personen wechseln, es kann einmal eine andere Schattirung an das Ruder kommen; dann wird man alle die Mittel, die es in der Welt gibt, um auf die Wahlen Einfluß und einen Druck auf die Beamten auszuüben, sehr viel schärfer anwenden, als wir es heute thun.

(Heiterkeit links.)

Dann wird das auch für Sie nützlich sein; für uns Jetzige — wir sind zu schüchtern, um von dergleichen Gebrauch zu machen,

(Große Heiterkeit.)

und ich ziehe vor, es gar nicht zu besitzen; denn es könnte ein ungeschickter Gebrauch davon gemacht werden, wie das ja nicht selten vorkommt. Aber darum handelt es sich gar nicht. Ich wollte die Verantwortlichkeit unter Umständen wohl noch übernehmen, wenn die Sache überhaupt lösbar wäre. Die Antragsteller gehen über alle die schwierigen Fragen, die sich aufdrängen, mit einem „Vielleicht“ hinweg, mit der Voraussetzung, daß, wenn man sich nur in der Sache etwas mehr anstrengen wollte, man auch ein besseres Resultat in kürzerer Zeit erringen werde.

Die große Frage, die sich Einem zuerst aufdrängt: Ist dem Arbeiter überhaupt mit dieser zwangsweisen Sonntagsfeier gedient unter polizeilicher Aufsicht? — die könnte durch eine Enquête gelöst werden. Wenn man nun die Arbeiter darüber abstimmen ließe:

9. 5. 1885. „Wollt Ihr, daß Euch*) bei Strafe**) verboten wird, Sonntags zu arbeiten?“ so werden sie die Frage, ob sie ihrerseits bereit sind, 14 Procent ihres Jahreslohns zu verlieren, ganz bestimmt verneinen, in denjenigen Betrieben, in denen bisher nach dem Zwange der Natur des Geschäfts die Sonntagsarbeit bedauerlicher Weise stattfindet.

Sie haben hier schon in der Vorlage selbst eine Anzahl solcher Betriebe angeführt, in denen es nicht möglich ist, an einem einzelnen Tag die Arbeit zu unterbrechen. Es gibt ja deren noch unzählige andere, und zwar unter den allergewöhnlichsten Betrieben. Nehmen wir zum Beispiel Brennereien und Brauereien. Wenn am Sonntage nicht gemaischt werden darf, hat das Vieh am Mittwoch Nichts zu fressen; wenn am Sonntag nicht gebrannt werden darf, kann am Donnerstag nicht gemaischt werden, und kann am Sonntag das Vieh auch nicht fressen. Das ist also schon eine nothwendige Ausnahme, die für viele Betriebe zutrifft. Es gibt aber noch andere chemische und sonstige Verarbeitungsprocesse, bei denen das Erkalten der Feuer, das Austrocknen oder Säuern der Unterlagen des Betriebs nothwendig eintritt, sobald einen Tag pausirt wird, die sich nicht am Sonnabend abschließen und am Montag wieder neu beginnen lassen. Kurz, das Feld der Ausnahmen, die da gemacht werden können, ist unbegrenzt.

Aber überall da, wo eine solche Ausnahme nicht eintritt, wird zunächst für mich die dringlichste Frage die sein, ob der Arbeiter bereit ist, 14 Procent seines Lohnes zu entbehren. Sie nehmen an, daß der Unternehmer diese 14 Procent an Sonntagslohn, vielleicht in einer Vertheilung von je einem Sechstel auf die übrigen Wochentage, zahlen kann, so daß also eine Lohnsteigerung eintreten muß, um den Arbeiter für das ausfallende Siebentel seines Lohnes zu entschädigen. Meine Herren, sind Sie ganz sicher, daß der Unternehmer dem Arbeiter gegenüber diesen Wechsel einlösen kann, daß der Arbeiter wirklich seinen Lohn nicht verlieren wird? Ich bin nicht ganz gewiß, daß das eintreten wird; ich fürchte, daß der knappe Lohn des Arbeiters auf diese Weise, wenn auch nicht um ein Sechstel, so doch vielleicht um ein Zehntel benagt werden wird,

*) StB.: auch.
**) S. 2676b.

und daß er den Verlust in irgend einer Weise wird theilen müssen. 9. 5. 1885.
Wenn derselbe wirklich 14 Procent direct beträgt, so sind das bei einem Jahreslohn — ich will es sehr niedrig nehmen: 600 Mark, 200 Thaler — immer 72 Mark; auf den Monat 6 Mark. Würden Sie bereit sein, dem Arbeiter einen solchen Abzug mit seiner Zustimmung aufzulegen? Ich glaube kaum. Aber jeden Falls wider seine Zustimmung halte ich es für ein gewaltthätiges Experiment, ihn auf einen unbestimmten Kampf mit seinem Arbeitgeber anzuweisen, ob er das Siebentel verloren gehenden Lohnes sich wieder erobern kann oder nicht.

Es scheint mir das Verfahren, das von den Herren Antragstellern eingeschlagen wird und das sie legislatorisch nennen, ein rein empirisches zu sein; sie schieben den Regierungen die Verantwortung dafür zu, wie der Versuch der Empirie ausfallen wird. Zeigt sich, daß es nicht geht, dann heißt es von den Antragstellern: Ja, wir haben den besten Willen gehabt, den Arbeitern zu helfen, wir verstehen die Sachen so genau nicht. Aber wenn die Regierung so Etwas unterschreibt, so muß sie wissen, was sie thut. Es wäre Ihnen vielleicht eben so lieb, wenn die Regierung Nichts thut, sondern Halt macht in dem Stadium, wo Sie an das Thor der Regierung pochen mit einer Forderung für die Arbeiter, die sehr befriedigend klingt, wenn die Regierung die Achsel zuckt und sagt: Wir bedauern — wir übersehen nicht, wohin das führen kann. Schneidet die Sache da ab, dann stehen Sie glänzend da, dann sind Sie, was man sagt, schön 'raus

(Heiterkeit.)

gegenüber der Regierung und können den Arbeitern sagen: Hier ist das Gesetz — wie es der Herr Abg. Lieber nennt —, das könnte helfen, wenn die Regierung unterschrieben*) hätte, aber die Regierung hat kein Herz für den Arbeiter, die kümmert sich um den Arbeiter nicht, wir thun, was wir können, aber die Regierungen folgen uns auf dem Wege nicht.

Meine Herren, wir können ja nicht hindern, daß Sie Ihrerseits die Attitude annehmen, als ob das so wäre; aber Sie können sich nicht wundern, wenn die Regierungen und ich in ihrem Namen

*) S. 2677a.

9. 5. 1885. uns etwas dagegen wehren, auf diese Weise an die Wand gemalt zu werden, als ob wir etwas leicht Mögliches hinderten. Ich bestreite, daß es leicht möglich ist und so ohne Weiteres ins Werk gesetzt werden könnte.

Wenn die Industrie wirklich den ganzen Ausfall übernehmen würde, was sie, bin ich überzeugt, nicht wird thun wollen, — aber wenn sie es thäte, so wäre mir doch fraglich, ob sie bei einem Siebentel Abzug exportfähig bliebe. — Ja, meine Herren, nehmen Sie eine Industrie, die einen Umsatz von 70000 Mark oder von 700000 Mark hat — ich bleibe bei der Ziffer stehen, des leichteren Divisors wegen —; wenn Sie der einen Ausfall von 10000 Mark jährlich zumuthen, der anderen einen von 100000 Mark, sind Sie sicher, daß sie dann in demselben Maße exportfähig bleibt? Es müßte eine schön rentirende Sache sein, die einen solchen Ausfall ohne Weiteres tragen kann! Hört die Industrie, um die es sich handelt, auf, exportfähig zu sein, ja, dann ist der Arbeiter wiederum der Gestrafte — schließlich heißt es: plectuntur Achivi [1]) —; die Industrie, die geschädigt wird, stellt entweder ihren Betrieb ein, und eine Menge Leute muß sieben Sonntage in der Woche machen, oder die Industrie geht ganz ein; in manchen Fällen wird dies geschehen, und der Arbeiter weiß dann nicht, an wen er sich halten soll dafür, daß er brotlos geworden ist und daß die Industrie, von der er lebte, eingegangen ist. Ich habe hier eine sehr schöne und tröstliche Redensart über die höheren Güter, die man nicht aufs Spiel setzen müsse um gemeinen Gewinnes willen, — in dem Commissionsbericht gefunden. Es heißt da:

> Endlich sei zu erwägen, daß bei Einhaltung wöchentlicher Arbeitspausen in den häufigsten Fällen die von ausgeruhten Leuten hergestellten Arbeitsproducte qualitativ, ja sogar zuweilen quantitativ gewönnen [2]).

Woraus wollen Sie das schließen, meine Herren? Die Leute arbeiten so viel, wie sie können und mögen, nach ihren Kräften. Wenn sie nun am Sonntag ausgeruht haben werden, so sind sie am Montag gewiß arbeitsfähiger. Wenn sie aber den

---

[1]) Vgl. Bd. III 136, X 53. 303.

[2]) StB. Anl. Nr. 374 S. 1904a.

Sonntag ihren Vergnügungen gewidmet haben, dann wird der 9. 5. 1885.
Montag blau,

(Heiterkeit.)

und am Montag ist die Arbeitskraft noch geringer. Darüber können Sie den Leuten keinen Zwang auferlegen, wie sie den Sonntag zubringen sollen.

Weiter sagt der Bericht:

> Auch könnten materielle Verluste nicht in Frage kommen, wenn es sich um die höchsten Güter eines Volkes, seine geistige und körperliche Gesundheit, handle [1]).

Ja, wenn aber dabei die Mittel zum Leben verloren gehen und geringer werden, und der Arbeitslohn ausfällt, was helfen dem Volke dann die höchsten Güter, wenn es Hunger leiden muß?

(Hört! Hört! links.)

Meine Herren, ich will dafür die Verantwortung nicht übernehmen, so etwas ohne Weiteres, wie es heute liegt, dicht vor Schluß des Reichstags, wo ein Hin- und Herverhandeln zwischen den beiden gesetzgeberischen Körperschaften so gut wie ausgeschlossen ist, in die Welt zu schicken. Der Sache näher zu treten durch Enquête, durch Ermittelung, dafür bin ich sehr dankbar; Sie scheinen offenbar vorauszusetzen, daß die Regierung über das, was zu thun ist, um diese Cirkelquadratur*) zu erreichen, gelehrter und informirter sei, mehr wisse als Sie selbst. Darin irren Sie sich. Wir wissen das auch nicht besser als Sie. Wenn Sie es gewußt hätten, so hätten Sie die Unterscheidung selbst gemacht und hätten den Rahmen, den Sie dem Bundesrath hingeworfen haben, selbst ausgefüllt. Aber Sie überschätzen uns in unserem Wissen. Wir bedürfen auch der Belehrung darüber und sind sehr bereit, auf die Enquête einzugehen. Dann ist der Arbeitgeber sowohl, wie namentlich die Arbeiter zu hören — deren Stimme ist mir bei Weitem am wichtigsten —, ob die diesen Zwang wollen, ob ihnen damit gedient ist, und ob etwas mehr erreicht wird als ein neues Agitationsmittel allen denjenigen Arbeitern gegenüber, die am Sonntag, anstatt bei Musik und schönem Wetter im Freien zu sein, genöthigt

---

*) S. 2677 b.

[1]) A. a. O.

9. 5. 1885. sind, hinter den dumpfen und feuchten Fabrikmauern zu arbeiten. Ein beklagenswerthes Schicksal! Aber gar keine Arbeit zu haben, erschüttert zu sein in der Unterlage der Existenz, dem Hunger möglicher Weise gegenüber gestellt zu werden, um ein Sonntagsvergnügen erreichen zu können, — dazu, meine Herren, werden die verbündeten Regierungen wenigstens nicht die Hand bieten, ehe sie nicht besser als jetzt informirt sind — möge die Enquête gründlich sein —, und ehe sie nicht namentlich die Stimmung der Arbeiter in den weitesten Kreisen über dieses Gesetz sondirt haben werden.

(Lebhaftes Bravo! auf beiden Seiten des Hauses.)

Nach dem Reichskanzler vertheidigte der Abg. Haarmann den Buhlschen Antrag auf Anordnung einer Enquête; dann ergriff der Abg. v. Kleist-Retzow das Wort, um zunächst seiner Betrübniß darüber Ausdruck zu geben, daß Fürst Bismarck den Antragstellern Wahlmanöver und Popularitätssucht als Motive unterlege. Er sprach alsdann seine Ueberzeugung aus, daß die Anträge, zum Gesetz erhoben, gewaltigen Erfolg haben würden, denn er wisse genau, daß die Arbeiter insgesammt sich nach der Sonntagsruhe sehnten, und könne behaupten, daß bei der Arbeiterschutzgesetzgebung das Wichtigste sei, den Arbeitern die Ruhe von der Arbeit am siebenten Tage zu gewähren. Die „Ruhe am siebenten Tage" sei zwar keine christliche Einrichtung, aber eine Gotteseinrichtung, von Gott selbst den Menschen offenbart. Er gab zu, daß Ausnahmen nothwendig sein könnten, darum wiesen die Anträge auch dem Bundesrath die Feststellung der Ausnahmen zu und begnügten sich nur mit der Feststellung der Regel. Die Frage müsse überhaupt vom religiösen, nicht vom materialistischen Standpunkte aus behandelt werden. Wer dessen sich bewußt sei, daß Gott selbst das Gebot der Sonntagsruhe gegeben habe, der wisse auch, daß er die Mittel, es auszuführen, geben werde. Zum Beweis dieser Behauptung wies er auf Amerika und England hin, die in Folge der Sonntagsruhe nicht bloß gewerbthätiger, sondern auch gesegneter seien. Der Bundesrath werde den Entwurf sicher nicht gleich zum Gesetz machen, er werde erst im Lande sich orientiren über die Entscheidung, die er auf den Antrag zu geben habe, aber er sei überzeugt, daß er dann finden werde, wie leicht das Gesetz in der gegebenen Form ausführbar sei. Fürst Bismarck entgegnete*):

Der Herr Abgeordnete hat zunächst damit begonnen, zu betheuern, daß seinerseits eine Einwirkung auf Wahlen und ein Haschen nach Popularität mit diesem Antrage nicht verbunden ge-

*) StB. 2680a.

wesen sei [1]). Ich würde das ohne seine Versicherung geglaubt haben. Ich erinnere mich auch nicht, gesagt zu haben, daß diese Berechnung dem Antrage zum Grunde liege. Ich glaube nur die thatsächliche Wirkung des Antrages dargestellt zu haben, vermöge deren die Antragsteller in einem besseren Lichte vor den Arbeitern erscheinen als der Bundesrath, und habe gesagt, daß der Bundesrath dabei in einer Zwangslage sich befindet, aus der heraus er die Sache nicht lösen kann. Das hat der Herr Vorredner selbst zugegeben. Er nimmt an, daß der Bundesrath seinerseits eine Art Enquête anstellen werde. Ob ihm dazu die Mittel ohne einen Beschluß dieses Hauses zu Gebote stehen, das will ich hier nicht entscheiden. 9. 5. 1885.

Der*) Herr Vorredner hat gesagt: Der Bundesrath wird das nicht gleich unterschreiben, — er wird es liegen lassen, er wird sich erkundigen: Wie liegt die Sache? [2]) Nun, ohne Erkundigungen, die Geld kosten, werden wir auch nicht mehr darüber lernen, als wir bisher wissen, und wird namentlich Das, was wir erfahren, nicht in dem Maße publici juris [3]) sein. Wenn wir so, wie die Enquêten in anderen Ländern sind, in verschiedenen Gegenden Hunderte von Arbeitern, jeden einzelnen ohne Rücksichten auf den anderen, darüber wollen vernehmen lassen, wie sie sich die Einführung der obligatorischen Sonntagsruhe denken, so müssen wir eine Geldbewilligung haben; die haben wir bis jetzt nicht. Also schien mir der Herr Vorredner selbst vor der Möglichkeit, daß der Bundesrath dieses, wie ich glaube, unfertige Elaborat ohne Weiteres sich aneignen und unterschreiben könnte, zurückzuschrecken.

---

*) S. 2680 b.

[1]) Abg. v. Kleist-Retzow: „Der Herr Reichskanzler kennt mich seit meiner Jugendzeit; es betrübt mich daher, wenn er mir ... und den anderen Antragstellern ... vorwirft, daß wir mit einem derartigen Entwurfe ... nur Wahlmanöver beabsichtigten ... Der Herr Reichskanzler weiß von mir, daß ich nicht nach Popularität hasche, daß ich nur meinem Gewissen ... entsprechend ... mein Votum abgebe" (StB. 2678 b).

[2]) Abg. v. Kleist-Retzow: „Wenn wir diesen Entwurf den verbündeten Regierungen hingeben, so habe ich ... die Ueberzeugung, sie werden ihn jetzt erst eine Zeit lang liegen lassen, um vorerst hier und da nachzufragen und sich zu orientiren im Lande rücksichtlich der von ihnen auf unseren Antrag zu treffenden Entscheidung" (StB. 2680 a).

[3]) Oeffentlichen Rechts, allgemein zugänglich, vgl. Bd. V 385, VII 365, VIII 29, oben S. 175.

9. 5. 1885. Ich kann dem Herrn Abgeordneten außerdem nur das Zeugniß geben, daß er mit der sehr großen Beredtsamkeit, die ihm seine christliche Ueberzeugung einflößt, von Neuem für die Heiligung des Sonntags und für die Freiheit des Sonntags von Arbeit, für die Sonntagsruhe Alles gesagt hat, was sich dafür sagen läßt. Aber über die Art, wie die Schwierigkeiten, die der praktischen Ausführung seiner Wünsche entgegen stehen, zu überwinden seien, darüber hat er uns nicht um ein Haar breit klüger gemacht, als wir vorher waren. Er hat auch nicht versucht, darüber eine Andeutung zu machen; er hat auch seinerseits keine Erfahrung zur Verfügung, die Anderen eine Beruhigung über die wahrscheinliche praktische Wirkung eines solchen Gesetzes gewähren könnte. Diese Schwierigkeiten, die sich dem entgegen stellen, den Sonntag für die Arbeit absolut und zwangsweise zu entbehren, sind ja ganz genau dieselben, die*) der Festsetzung eines annehmbaren und nicht allzu ermüdenden mäßigen Arbeitstages im Wege stehen. Finden Sie das Geheimniß mit dem Sonntag, dann werden wir auch das mit dem Arbeitstag finden, daß wir, ohne die Industrie und ohne den Arbeiter selbst durch Schwächung der Industrie, von der er lebt, zu schädigen, auch den Arbeitstag limitiren können in der Weise, wie es in viel weiteren Kreisen unter den Arbeitern selbst wenigstens gewünscht wird.

Der Herr Vorredner sagt, das Wichtigste von Allem, was für den Arbeiter geschehen könne, sei die Sonntagsruhe[1]). Ich halte das für sehr wichtig**), für in hohem Grade wünschenswerth, für ein glänzendes Ziel, wenn man es erreichen kann. Aber ich halte die billig und schonend bemessene Dauer des Arbeitstages doch noch für viel wichtiger. Fragen Sie den Arbeiter, was er lieber will: ob er lieber Sonntagsruhe haben will auf die Gefahr hin, an den übrigen sechs Wochentagen das einarbeiten zu müssen, was er am Sonntag nicht gemacht hat, oder ob er lieber einen festen, mäßigen Arbeitstag wünscht, so daß er an jedem der sechs

---

*) StB.: als.

**) StB.: richtig.

[1]) Abg. v. Kleist-Retzow: „Die Ruhe von der Arbeit am siebenten Tage! Das ist bei der Arbeiterschutzgesetzgebung das Wichtigste von Allem" (StB. 2679a).

Wochentage sein Sechstel Sonntag mit eingeschoben bekommt. Ich 9. 5. 1885.
glaube, daß diese Zerstückelung des Sonntags auf die übrigen Wochentage — wobei ich von der confessionellen, christlichen Seite der Sache ganz absehe — für das Behagen des Arbeiters durch die Kürzung des Arbeitstages im Vergleich mit dessen stellenweis übermäßiger Länge sehr viel werthvoller noch sein würde als die zwangsweise Freiheit am Sonntag in denjenigen Branchen und Geschäften, die nicht überhaupt am Sonntag feiern. Es sind doch, glaube ich, nur die Minderheit der Geschäfte, die ihrer Natur nach Sonntag und Werktag arbeiten; die meisten feiern schon jetzt; es ist also nur ein Theil der Arbeiter, um den es sich handelt.

Der Herr Vorredner sagt, in England und Amerika fände diese Sonntagsruhe statt, und dennoch, vermöge des göttlichen Segens, der sich an diese Ruhe knüpfe, wären diese Länder industriell überlegen [1]). Ich glaube, er irrt sich in den thatsächlichen Gründen dieser Ueberlegenheit; ich glaube, daß dieselben in Anderem, in der Beschaffenheit der Länder liegen. England würde uns nicht in dem Maße überlegen sein, wenn bei*) ihm nicht Kohle und Eisen dicht neben einander lägen, und wenn es nicht einen Culturvorsprung von mehreren Jahrhunderten vor uns gehabt hätte. Wir können aus vielen Zeugnissen ermessen, daß schon zur Zeit Shakespeares, also vor ziemlich dreihundert Jahren, in England eine Wohlhabenheit, ein Culturzustand und ein Maß von belletristischer Bildung herrschte, von dem wir zu gleicher Zeit in Deutschland weit entfernt waren. Wir sind in Deutschland außerdem durch den Dreißigjährigen Krieg mehr als irgend eine andere Nation zurückgeworfen worden, und ich kann dem Herrn Vorredner nicht zugeben, daß die Engländer im Ganzen bessere Christen wären als die Deutschen. Ich glaube, daß namentlich auch die katholischen Mitunterzeichner des Antrags nicht zugeben

*) S. 2681a.

[1]) Abg. v. Kleist-Retzow: „Wer weiß, daß der allmächtige Gott ... das Gebot der Sonntagsruhe gegeben hat, der weiß auch, daß er die Mittel geben wird, es auszuführen ... Wir brauchen hier nicht einmal des Glaubens; wir sehen es mit unseren Augen in Amerika und England. Ist Amerika und England nicht viel gewerbsthätiger wie wir, und ist es nicht gerade darum gesegnet nach der Mittheilung von Sachverständigen, daß es den Sonntag so ernst hält?“ (StB. 2679b).

9. 5. 1885. würden, daß England uns in der Bethätigung des Christenthums irgendwie überlegen ist. Schon damit, daß ich diese Frage stelle, die Jeder sich in seinem Herzen beantworten möge, werde ich dem Herrn Vorredner beweisen, daß er die Wirkungen, die vorhanden sind, falschen Ursachen zuschreibt und den Ursachen Wirkungen, die sie nicht haben. Wenn in England die Sonntagsruhe nicht üblich wäre, wenn es dort bisher so gegangen wäre, wie bei uns heute, — ob dann irgend eine Regierung stark genug wäre oder ein Parlament, um sie heute zu erzwingen, das ist mir sehr fraglich. Die Sitte thut darin viel mehr als der Zwang, und ich hoffe und wünsche, daß wir mit der Sitte so weit kommen, wie denn doch die Sitte bei uns darin schon sehr mächtig ist. Es ist für den Landwirth beispielsweise eine sehr große Versuchung, wenn in der Erntezeit bei beinahe trockenem Getreide Wolken am Himmel stehen, am Sonntag arbeiten und einfahren zu lassen; ja selbst die Arbeiter haben so viel Passion für das Geschäft, daß sie häufig dazu drängen. Aber ich kenne doch nur wenig größere Besitzer, die es gestatten*), oder die den Leuten — wenigstens in meiner Gegend — ihre Sonntagsruhe verderben, mag darüber die Ernte verregnen oder nicht. Man trägt es in Ruhe und stellt dem lieben Gott das Weitere anheim. Das zeigt, wie mächtig die Sitte darin ist. Ich muß sagen, ich habe von dem englischen Sonntag, wenn ich in England gewesen bin, immer einen peinlichen und unbehaglichen Eindruck gehabt,

(Sehr wahr!)

ich bin froh gewesen, wenn er vorbei war; ob es den Engländern auch so ging — bei Manchen muß ich es wenigstens glauben, denn sie beschleunigten den Gang der Zeit in einer Weise, ohne Zeugen, die ich hier nicht weiter charakterisiren will, und waren froh, wenn der Montag anbrach. Wer in England in der Gesellschaft gelebt hat, wird wissen, was ich meine. Wenn man dagegen hier des Sonntags auf das Feld kommt, in die Umgegend von Berlin, wenn es nicht gerade in der Nähe einer Bockbierbrauerei ist, —

(Heiterkeit.)

wenn man auf die Dörfer hinkommt, so hat man doch seine Freude

*) StB.: gestatteten.

an den geputzten und frohen Leuten, und dankt Gott, daß wir nicht unter dem Zwange des englischen Sonntags leben. Ich war gerade an einem Sonntag zum ersten Mal in meinem Leben — ich glaube, es war vor einigen vierzig Jahren — in England an das Land getreten und war so froh, eine schlechte Fahrt überstanden zu haben, daß ich unwillkürlich ein Lied pfiff — nicht sehr laut —, und ein Bekannter vom Schiff, der mit mir ging, sagte mir etwas ängstlich: „Bitte, Herr, pfeifen Sie nicht!“ Ich sagte: „Warum sollte ich nicht? Ich bin vergnügt.“ — „Es ist Sonntag!“ 9. 5. 1885.

(Heiterkeit.)

Das war in Hull, und er setzte mir mit Wohlwollen aus einander, ich liefe Gefahr, Unannehmlichkeiten zu erleben. Das*) hatte für mich die Folge, daß ich sofort wieder an Bord ging und nach einer anderen Gegend fuhr.

(Heiterkeit.)

Ich führe das nur an, um zu sagen, daß ich mich mit einer solchen Zwangsfeier, so lange ich lebe, nicht befreunden würde, auch nicht glaube, daß dies Gottes Gebot entspricht und daß es geeignet ist, den Menschen zu bessern.

Ich kann also aus den Aeußerungen des Herrn Vorredners nur so viel entnehmen, daß er selbst doch auch einer Enquête nicht zuwider ist; er setzt voraus, daß die Regierung sie auf eigene Hand machen werde. Ich erkläre, daß die Regierung auf eigene Hand nicht das Geld dazu hat, — und werde dankbar sein, wenn Sie es ihr bewilligen oder im Vertrauen auf die haushälterischen Gewohnheiten dieser Regierung ihr die Vollmacht geben wollen, gewisse Etats zu diesem Behufe zu überschreiten. Die Annahme der Vorlage, wie sie ist, kann ich nicht empfehlen; denn ich kann nicht in Aussicht stellen, daß sie ohne Weiteres die Zustimmung der verbündeten Regierungen finden wird, und muß die Letzteren nochmals, ohne damit irgend die Absicht eines Antragstellers verdächtigen zu wollen, gegen das Licht verwahren, welches dadurch, daß die Herren zu glauben scheinen, ihr Antrag könne ohne Weiteres Gesetz werden, auf die Intentionen der Regierungen den Arbeitern gegenüber geworfen wird. Ich kann erklären, daß die verbündeten Regierungen

*) S. 2681 b.

9. 5. 1885. für die Arbeiter genau so viel Wohlwollen haben, wie irgend einer der Herren Unterzeichner dieser Vorlage haben kann, daß sie aber genöthigt sind, ehe sie ihre Unterschrift von sich geben, dem Inhalt dieser Pièce etwas genauer ins Gesicht zu sehen und ihn näher zu erforschen als die Herren, die den Antrag unterschrieben haben und unterstützen.

(Bravo!)

Der socialdemokratische Abg. Stolle entnahm „mit Erstaunen" aus den Reden des Reichskanzlers die Thatsache, daß er mit seiner Socialreform so bald Schiffbruch gelitten habe. Bei Inaugurirung der Socialreform habe man nicht genug versprechen können, wie die Reichsregierung den bedrängten und hilflosen Armen helfen wolle, jetzt, wo ein Antrag vorliege, der der Reichsregierung eine ausgedehnte Vollmacht gebe, gemäß diesen Versprechungen den hilfsbedürftigen Armen nützlich zu werden, weise der Reichskanzler diese Vollmacht einfach zurück. Die Einwürfe des Reichskanzlers bewiesen, daß er auf dem stricten manchesterlichen Standpunkt stehe und nur die Interessen der Unternehmer wahrnehme. Die Behauptung, daß der Arbeiter den Sonntagsverdienst nicht aufgeben wolle, sei falsch; man möge ihn nur an den sechs Wochentagen ordentlich bezahlen, dann werde er recht gern den siebenten Tag zur Erholung benutzen: Seine ganze Lage werde durch die gesetzliche Einführung der Sonntagsruhe gebessert werden in Folge der durch die Verminderung der Ueberproduction gesteigerten Nachfrage nach Arbeitskräften. Mit Entrüstung wies er den Vorwurf zurück, daß der deutsche Arbeiter, wenn er am Sonntag pausire, den Montag blau mache. Die Weigerung des Reichskanzlers, für den Bundesrath die Vollmacht zur Bestimmung der Ausnahmen anzunehmen, führte er auf sein Bestreben zurück, nicht mit „seinen werthen Freunden, den Nationalliberalen", in Collision zu kommen: der Reichskanzler wolle auf der einen Seite den Arbeiterfreundlichen spielen, auf der anderen Seite die Freundschaft des Manchesterthums nicht verlieren. Von einer Enquête versprach er sich kein Resultat, im günstigen Falle werde dann der deutsche Arbeiter in zehn Jahren seinen Sonntag bekommen. Ihm antwortete Fürst Bismarck*):

Der Herr Vorredner hat wiederum der ganz unbestrittenen Wahrheit Ausdruck gegeben, wie Herr v. Kleist, daß es im höchsten Grade wünschenswerth wäre, allen Arbeitern die Sonntagsruhe zu schaffen. Es handelt sich aber, wie ich wiederhole, doch hier nur um den geringen Theil der Arbeiter, die sie bisher nicht haben.

---

*) StB. 2683b.

Ich erinnere daran, als wir im Unfallgesetz den durchschnittlichen 9. 5. 1885.
Lohnsatz berechnet haben, da ist ohne Widerspruch als im Allgemeinen gültige Regel anerkannt worden, daß der Lohntage im Ganzen nur dreihundert im Jahre wären. Es ist also damals unbestritten von der Annahme ausgegangen, daß die meisten Arbeiter ihre Sonntagsruhe jetzt schon haben. Es handelt sich also hier nicht etwa um alle*) Arbeiter, um den gesammten Arbeiterstand, für den der Herr Vorredner eben zu sprechen meinte, sondern nur um den bedauerlichen Theil desselben, der bisher der Sonntagsruhe entbehrt. Da es eben die Minderzahl ist, so ist vermöge der Freizügigkeit Jedermann in der Lage, sich diesem Drucke, der vorzugsweise schärfer wäre, wenn er nicht durch andere Vortheile aufgewogen würde, zu entziehen.

Es wäre mir lieber gewesen, wenn der Herr Vorredner seine Meinung wenigstens darüber klar ausgesprochen hätte — aber er hat sich wohl gehütet, es zu thun —, wer den Ausfall von einem Siebentel, von 14 Procent tragen soll. Hätte er gesagt: Wir, im Namen der Arbeiter sprechend, sind bereit, dieses eine Siebentel unseres Jahreslohns zu entbehren für den Vortheil, daß wir dafür den freien Sonntag haben, — gut, das wäre eine Stimme, die von Seiten der Arbeiter in der Richtung gesprochen hätte. Die Regierung würde freilich das Bedürfniß gehabt haben, außer dem Herrn Vorredner doch auch noch Andere zu hören. Oder hätte er auf der anderen Seite gesagt: Es ist eine Forderung der natürlichen Gerechtigkeit, daß die Unternehmer diesen Ausfall tragen, daß sie jedem Arbeiter für die sechs Tage, die er nachher noch arbeitet, den Lohn, den er bisher am siebenten Tag bekam, zulegen, daß sie also bei einem Lohnsatz von 14 Silbergroschen, will ich einmal sagen, den Wochenlohn auf 16 Silbergroschen erhöhen, wobei sie darauf rechnen, daß nun der am Sonntag ausgeruhte Arbeiter die übrigen sechs Wochentage hindurch um so mehr arbeitet, — das hätte ich eine aufrichtige Stellungnahme von Seiten des Herrn Vorredners genannt. Anstatt sich aber für eine dieser Alternativen frank und frei auszusprechen, hat er sich begnügt, nach Art vieler anderen Herren von anderen Fractionen seine Rede in der Haupt-

*) S. 2684a.

9. 5. 1885. sache nicht mit sachlichen Argumenten, sondern mit persönlichen Invectiven gegen mich und gegen Das, was ich gesagt habe, auszurüsten. Es ist das ja außerordentlich leicht; wenn ich ein Abgeordneter in der Minorität wäre, gänzlich ohne Verantwortung für Das, was im Lande geschieht und was die Regierung thut, — da wollte ich Ihnen noch ganz anders grobe und eindringliche Reden als der Herr Vorredner halten. Es ist ein altes gutes Sprichwort — ich fürchte leider, ein französisches —: „Um geistreich zu sein, braucht man nur vor Nichts mehr Respect zu haben, dann findet sich das sehr leicht."

(Oho! links.)

Ja, den Respect vor Dem, was aus der Nation und ihren wirthschaftlichen Einrichtungen wird, wenn gewisse Sachen, die im Feuer der Rede und des Parteibedürfnisses gesprochen werden, ins Leben treten, diesen Respect hat der Herr Vorredner nicht.

Ich möchte also, daß der Herr Vorredner, wenn ihm Zeit dazu bleibt und dem Hause, es anzuhören, doch vielleicht noch ein Mal auf die Tribüne tritt, sich für eine dieser Alternativen entscheidet und sagt: Ich fordere im Namen des Arbeiters den freien Sonntag für das Opfer von einem Siebentel seines Jahreslohns, oder: Ich fordere von dem Arbeitgeber, daß er diesen Ausfall überträgt*). Die meisten Arbeiter, die nicht so situirt sind wie der Herr Vorredner, daß sie an der Spitze einer Bewegung stehen, von der sie ihrerseits mit Leichtigkeit getragen werden —, die, glaube ich, können die 70 Mark jährlich nicht entbehren; und wenn der Herr Vorredner mir das nachweisen kann, an welchem Item [1]) ihrer Ausgaben das möglich sein wird, so würde ich ihm sehr dankbar dafür sein. Das würde mir den Beweis liefern, daß die Arbeiter trotz aller Klagen, die wir von verschiedenen Seiten über Vertheuerung des Brotes und des Getreides und über die Unmöglichkeit, zu leben und Steuern zu zahlen, hören, doch noch 70 Mark per Kopf übrig haben. Ich glaube es nicht. Der Herr Vorredner aber, muß ich annehmen, glaubt es, sonst würde er so nicht sprechen.

Der Herr Vorredner hat mir gegenüber in der Uebertreibung**)

---

*) Nämlich durch Erhöhung des Lohnes für die übrigen sechs Tage.

**) S. 2684 b.

[1]) Theil.

gesprochen, die mit dem Bedürfniß verbunden ist, zunächst meine 9. 5. 1885.
Person in der Achtung der Arbeiter herunter zu setzen. Er wünscht, daß die Arbeiter ihm folgen und nicht dem Reichskanzler. Da finde ich das ganz natürlich, daß er mich, wie er kann, herunterreißt und sagt: Man hat uns das versprochen, — jetzt war der Moment gekommen, wo der Reichskanzler alle seine Versprechungen erfüllen könnte, man hat ihm diese Sonntagsvorlage suppeditirt, wenn die unterschrieben worden wäre im Bundesrath, so hätte er alle seine Versprechungen erfüllt, — aber nun hat er recht gezeigt, daß er doch eigentlich bei den Manchesterleuten und mehr auf Seiten der Arbeitgeber als der Arbeiter steht, und daß Alles, was er früher für den Arbeiter bei anderen Gelegenheiten gesagt hat — der Herr Vorredner sagte es nicht geradezu, aber er meinte es doch im Grunde —, eine Heuchelei gewesen ist, die ihren politischen Zweck wohl haben kann. So ungefähr kam es heraus[1]). Nun, ich verlange gar nicht, daß der Herr Vorredner gerecht gegen mich ist, ich will nur Anderen und will dem Lande sagen, daß er mir damit bitteres Unrecht thut. Ich stehe weder auf Seiten der Arbeitgeber, noch der Arbeiter, ich stehe auf Seiten der Nation und ihres wirthschaftlichen Gedeihens und thue, was ich nach bestem Ermessen ohne Popularitätssucht[2]) nach der einen oder anderen Seite hin glaube verantworten und mit der Unterschrift meines Namens decken zu können.

(Bravo! rechts.)

---

[1]) Abg. Stolle: „Bei Inaugurirung der Arbeitergesetzgebung, und überhaupt der Socialreform, hörte man nicht genug von all den Versprechungen und Versicherungen, wie sehr die Reichsregierung den bedrängten und hilflosen Armen helfen wollte; und jetzt, nachdem ein Antrag vorliegt, der der Reichsregierung eine ausgedehnte Vollmacht gibt, gemäß diesen Versprechungen den hilfsbedürftigen, bedrängten Armen unter die Arme zu greifen und nützlich zu werden, weist es der Herr Reichskanzler als Vertreter der verbündeten Regierungen einfach zurück" (StB. 2681 b). „Hieran sehe ich ganz genau, daß der Herr Reichskanzler sich auf den stricten manchesterlichen Standpunkt stellt" (StB. 2681 b). „Ich wundere mich, daß der Herr Reichskanzler, der . . . immer vorgab, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, sich jetzt plötzlich auf die Seite der Unternehmer stellt" (StB. 2682 a). „Hier will der Reichskanzler auf der einen Seite den Arbeiterfreundlichen spielen, auf der anderen Seite die Freundschaft des Manchesterthums nicht verlieren, damit er auf der linken Seite die Arbeiter und auf der rechten Seite die Manchesterleute hat" (StB. 2682 b).

[1]) Vgl. o. S. 167.

9. 5. 1885. Der Herr Vorredner hat mehrmals gesagt: ich spielte den Arbeiterfreund. Ja, meine Herren, wer hier mehr spielt, das heißt, eine Rolle, auf welcher Seite das theatralische, das circensische Element ist und auf welcher Seite das mehr sachliche, — das überlasse ich Jedermann zu unterscheiden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bestreite, daß es wahr ist, was der Herr Vorredner sagte, daß mit der Annahme dieses Entwurfs alle Wünsche des Arbeiters zufrieden gestellt, daß die Arbeiterklagen so zu sagen mit dem freien Sonntag abgefunden werden würden [1]). Der Herr Vorredner lehnt die Enquête ab [2]); er fürchtet, daß die Arbeiter dabei gefragt werden. Den Herren ist es ja immer unangenehm, wenn die Arbeiter ohne ihre Führer und Vormünder vernommen werden; aber darauf gerade wollen wir hinaus. Der Herr Vorredner stößt die Regierung gewisser Maßen von hinten hinein auf diese Vorlage: „Nur*) drauf, nur rasch unterschrieben!" das macht sie mir doppelt verdächtig. Ich habe von dieser Seite noch nie eine Unterstützung meiner ehrlichsten Bestrebungen für die Arbeiter bisher gehabt. Daß sie alle unehrlich gewesen sind, wird der Herr Vorredner vielleicht behaupten wollen, aber Andere nicht glauben machen können. Neulich haben Sie für die Börsensteuer, glaube ich, gestimmt

(Zuruf: Nein!)

oder nicht, — nun, das hat auch mit den Arbeitern weiter Nichts zu thun. Wenn der Herr Vorredner mit solcher Leidenschaftlichkeit und mit solcher Neigung, mich vor dem Lande schwarz darzustellen, auftritt, so bin ich als Diplomat gewohnt, nach der Absicht zu suchen. Ich denke mir also, der Herr Vorredner erwartet, wenn wir den Arbeiter, den unbeeinflußten Arbeiter, nicht hören, könnten

---

*) StB.: Nun.

[1]) Abg. Stolle: „Wenn eine Beschränkung der Sonntagsarbeit eintritt, so wird eine Nachfrage nach Arbeitern entstehen, und so wird kein Verlust im Verdienste der Arbeiter eintreten; im Gegentheil, der Arbeiter wird besser gestellt, er wird dadurch kräftiger, und dadurch wird er auch im Stande sein, eine bessere Arbeit zu leisten" (StB. 2682a).

[2]) Abg. Stolle: „Dann wünscht der Herr Reichskanzler eine Enquête. Meine Herren, mit dieser Enquête wird nicht viel erreicht werden ... Aber wo die Thatsachen so sprechen, wo seit langen Jahren die Noth und die Klagen in tausend und aber tausend Fällen an uns gekommen sind ..., wie kann heute noch Jemand sagen, es seien die Klagen nicht berechtigt" (StB. 2683a).

wir vielleicht Etwas thun, was ihn nachher unzufrieden macht, 9. 5. 1885.
oder was überhaupt Schaden in die Industrie bringt und in Folge dessen Unzufriedenheit. Wo Unzufriedenheit ist, da blüht die Agitation; und vielleicht ist der Herr Vorredner gerade deshalb mit der Schärfe in dieser Sache, die ich, glaube ich, bisher nur sehr sachlich behandelt habe, aufgetreten. Ich halte die Herren Agitatoren der socialdemokratischen Partei für Leute, zu denen man sich der That versehen kann; sie wissen mit derselben Feinheit, mit der der Diplomat seine Berechnung macht, immer den Punkt ausfindig zu machen: Wie*) kann Unzufriedenheit gesät werden? Unzufriedenheit brauchen sie, um zu prosperiren, und wo sie keine finden, können sie den Hebel ihrer Agitation nicht einsetzen. Ich komme also unwillkürlich zu der Vermuthung, daß sie von der Vollziehung dieses Gesetzes, von seiner übereilten, sofortigen Einführung, doch noch mehr Drachensaat erwarten, als ich bisher darin gewittert habe. Ich traue Ihren Rathschlägen nicht.

(Zuruf links: Wir auch nicht!)

— Das ist wahrscheinlich gegenseitig; Sie den meinen auch nicht — das bestreite ich auch gar nicht.

Ich bitte doch auch die anderen Herren, zu erwägen, daß die Zahl der Arbeiter, die von dieser Wohlthat berührt werden, doch im Ganzen eine geringe ist; die Arbeiter, die sechs Arbeitstage**) in der Woche überhaupt nur haben, sind bisher die Mehrzahl. Ehe wir die Minderzahl, die bisher alle sieben Tage gearbeitet hat, ohne ihren Willen dazu werfen und ihr ein Siebentel ihres Lohnes kürzen, habe ich das Bedürfniß, diese Arbeiter vorher selbst in möglichst unabhängiger und unbeeinflußter Weise zu hören, wie sie darüber denken, mag das nun in Form einer votirten Enquête sein oder, wie Herr v. Kleist annahm, so, daß wir im Bundesrath jetzt uns einmal in die Sommerfrische begeben und dann vielleicht späterhin allmählich herumhören: — so ungefähr dachte er es sich. Dabei erfährt man aber nicht genug; man wird immer, glaube ich, um uns zu informiren, Geld brauchen, und ich befürworte deshalb, daß die Herren, wenn ihnen daran liegt, die Sache ernstlich

---

*) S. 2685 a.

**) StB.: Wochentage.

9. 5. 1885. zu fördern und nicht bloß eine captatio [1]) hinzustellen, eine Resolution fassen, in der sie die verbündeten Regierungen dazu ermuthigen, Geld für eine solche Enquête auszugeben, um diese, wie ich glaube, nicht spruchreife Frage im nächsten Winter, bei der nächsten Parlamentssitzung, einer weiteren Beschlußnahme zu unterbreiten.

(Bravo!)

Der Abg. Windthorst machte dem Reichskanzler den Vorwurf, daß er in der Frage der Sonntagsruhe lediglich vom materialistischen Standpunkt aus argumentire, das Ethische und Christliche dagegen ganz außer Acht lasse. Die Erwägung, wer den Ausfall zu tragen habe, sei nicht am Platze, wo es sich um die Erfüllung eines göttlichen Gebotes handle. Eine Enquête hielt auch er für überflüssig. In der Arbeiterbevölkerung sei nur eine Stimme, daß man Ruhe haben wolle am Sonntag, den Ausfall an Lohn für den siebenten Tag glaubten die Arbeiter durch fleißigere und intensivere Arbeit an den übrigen sechs Tagen ersetzen zu können, auch eine kleine Kürzung würden sie sich gern gefallen lassen. Die Sorge der Unternehmer wegen Rückganges der Concurrenzfähigkeit werde gegenstandslos, wenn man auf England blicke. Das Geld zu einer Enquête über den Umfang der nothwendigen Ausnahmen zu bewilligen, sei er bereit, wenn nur das Gesetz mit seinen allgemein imperativen Sätzen angenommen werde. Des Reichskanzlers Auffassung von den Ursachen der Blüthe Englands sei eine sehr enge, in diesem Punkte halte er es mit Macaulay. Der Abg. Rödiger fühlte sich eigenthümlich davon berührt, daß der höchste Beamte des Deutschen Reichs die „landläufigen Einwände", die schon seit Jahren von den Gegnern der Vorlage erhoben würden, durch seine Autorität unterstütze; selbst den „blauen Montag" habe Fürst Bismarck erwähnt, ohne zu bedenken, daß Arbeiter, die gezwungen wären, den halben oder drei Viertel Sonntag in der Fabrik zu arbeiten, nothwendiger Weise das Bedürfniß nach Amusement hätten und dann natürlich, weil sie nicht ausgeruht an die Arbeit gehen könnten, der Verführung unterlägen, „die Arbeit zu schwänzen". Er gab zu, daß die Interessen der Unternehmer bei Einführung des Gesetzes zunächst eine kleine Schädigung erfahren würden, da unmöglich der Arbeiter ein Siebentel des Lohnes einbüßen könne, aber das „eherne Lohngesetz" beweise auch, daß dieser vorübergehende Verlust durch höhere Arbeitsfähigkeit bald mehr als ersetzt werden würde. Daß die „Unzufriedenheit" der beste Nährboden für die socialdemokratische Agitation sei, gestand er unbedenklich zu; werde der Staat aber die vernünftigen Ansprüche des Arbeiters befriedigen, dann werde man mit der Unzufriedenheit die

---

[1]) Gunstbuhlerei, s. o. S. 118.

Socialdemokratie beseitigt haben. Freilich die conservativen Vorschläge 9. 5. 1885.
erschienen ihm dazu wenig geeignet, da sie „in möglichst schöner Form" den Arbeitern nur „etwas Scheinbares" böten; doch versprach er dafür die Zustimmung seiner Parteigenossen. Fürst Bismarck antwortete*):

Ich glaube, die hohe Versammlung wird sich aus den Ausführungen der beiden Redner von der socialdemokratischen Partei schon haben überzeugen können, daß die Wirkung der Vorlage, der Art und des Inhalts ihrer Anregung, daß nämlich der Bundesrath als der Schuldige da steht, wenn der Arbeiter nicht glücklich wird, falls nicht erstrebt, so doch factisch schon erreicht ist. Sie sehen, daß diese Herren, die sich besonders die Vertreter der Arbeiter nennen, erfreut sind über den Anlaß und die Möglichkeit, über den Vorwand, der ihnen gegeben ist, auf den Bundesrath mit Fingern zu zeigen: Hic niger est[1]), das ist derjenige, der uns schädigt, — Sie sehen, daß hiervon jetzt schon der reichlichste Gebrauch gemacht ist[2]). Ich will nicht behaupten, daß diese Wirkung erstrebt wäre, ich halte sie von vielen der Unterzeichner wenigstens nicht für vorausgesehen; aber daß sie schon eingetreten ist, werden Sie mir nach den beiden Reden, die wir von socialdemokratischer Seite hier gehört haben, nicht bestreiten; und daß sie von diesen Herren Rednern und ihren Collegen in der Agitation in dem Sinne nun breiter ausgenutzt werden wird, gestützt auf die conservativen Unterzeichner dieses Antrags, in den Volksversammlungen, um die verbündeten Regierungen als die bête noire[3]) in der ganzen Einrichtung darzustellen, das läßt sich doch wohl voraussehen**). Der Herr Vorredner ist insofern meinen Wünschen schon mehr entgegen gekommen als sein Fractionsgenosse, der vor ihm gesprochen hat, als er doch eine Andeutung darüber gemacht hat, wie er sich

---

*) StB. 2688a.

**) S. 2688b.

[1]) Das ist eine schwarze Seele, s. o. S. 31.

[2]) Abg. Rödiger: „Wenn es sich um Bestimmungen handelt, die den Industriellen zu Gute kommen, dann ist der Bundesrath zu haben . . ., hier aber, wo es sich um die Interessen der Arbeiter handelt, erklären die Herren, daß der Bundesrath dazu keine Zeit habe und es von der Hand weisen müsse" (StB. 2687b). — Abg. Stolle: „Hier muß endlich der Bundesrath beweisen, wie weit er einen Einblick hat in diese Arbeiterangelegenheiten" (StB. 2682b).

[3]) Das schwarze Thier, d. h. das Hinderniß.

9. 5. 1885. dieses Tragen des Ausfalles, der nothwendig eintreten muß, denkt. Er tritt der Frage schon näher, indem er sagt, eine kleine Schädigung werden sich allerdings die Unternehmer gefallen lassen müssen [1]). Wenn er sagt „eine kleine", so nehme ich an, daß er doch nicht die von*) einem Siebentel des ganzen Bruttoumsatzes des Geschäfts meint. Dann muß er also voraussetzen, daß von der Schädigung, die im Ganzen eine große sein wird, doch noch ein erheblicher Theil für den Arbeiter übrig bleiben wird. Nun fehlt uns aber der Beweis, daß der Arbeiter bereit ist, diese Schädigung zu tragen.

Er hat von der häuslichen Arbeit gesprochen [2]). Auf dem Gebiete hat ja Jeder von den Herren wohl Erfahrungen gemacht. Ich habe bisher nicht gefunden, daß der Sonntagsgensdarm, wenn ich ihn so nennen darf, der Einen bei der häuslichen Arbeit abfaßt, eine willkommene Erscheinung wäre, daß der den Uebertreter vor sich selbst und vor seiner eigenen Neigung, sich mehr anzustrengen, als die Obrigkeit ihm gestatten will, zu seiner Genugthuung schützt; unter Umständen wird ein Beobachtungsposten ausgestellt, wenigstens bei ländlichen Handwerkern, um zu sehen, ob nicht etwa ein Gensdarm kommt, und Alles ist darüber einig, sich dem Sonntagsgensdarm nach Möglichkeit zu entziehen.

Solchen Erscheinungen gegenüber darf man es doch wohl den verbündeten Regierungen nicht übel nehmen, wenn sie sich über die Stimmung, mit welcher die Arbeiter dieser Sache selbst gegenüber stehen, doch noch etwas näher, als von den Führern der Agitation zu entnehmen ist, zu unterrichten wünschen.

Der Herr Vorredner hat gemeint, man würde die ganze Socialdemokratie beseitigen, wenn man vernünftige Ansprüche der

---

*) Fehlt im StB.

[1]) Abg. Rödiger: „Ich gebe ja gern und ausdrücklich zu, daß die Interessen der Unternehmer hierbei eine kleine Schädigung erfahren werden, wenigstens zunächst; es ist unmöglich, daß der Arbeiter das eine Siebentel an seinem Lohne einbüßt" (StB. 2687 a).

[2]) Abg. Rödiger: „Ferner ist von Herrn Dr. Buhl hier eingewendet, es wäre verkehrt, wenn man die Hausindustrie derartig bedrücken würde; es wäre das polizeiliche Maßregelung . . . eine Beschränkung der persönlichen Freiheit . . . Er meinte, die kleinen Unternehmer würden dem Hause nicht dankbar sein, wenn der Gesetzentwurf angenommen würde. Ich glaube, . . . daß das Gegentheil wahr ist" (StB. 2688 a).

Arbeiter befriedigte[1]). Zum Erforderniß der Vernünftigkeit des Anspruches rechne ich vor allen Dingen das, daß er aufgestellt wird von demjenigen, von dem behauptet wird, er hätte ihn. Daß bei dem Arbeiter der Anspruch auf einen Zwang zum Nichtarbeiten wirklich vorhanden sei für den Sonntag, darüber haben wir die Neigung, einige Ermittelungen anzustellen, und das werden Sie uns nicht verargen. 9. 5. 1885.

Der Herr Vorredner ist gleich wie sein Fractionsgenosse auf die Andeutung zurückgekommen, die ich über den blauen Montag machte. Beide Herren haben meine Bezugnahme sofort erheblich erweitert, wie es ja für ihren Gebrauch nützlich ist[2]). Die unparteiischen Herren werden sich erinnern, daß ich sagte: „Es gibt Leute, es kommt vor unter Umständen". Der erste der Vorredner nahm schon an, ich hätte den deutschen Arbeiter im Allgemeinen nationaliter angeklagt, daß er überhaupt den Montag blau zu machen pflege, der zweite Redner nimmt das als eine ganz sichere Beschuldigung an, die ich allgemein ausgesprochen habe. Er ist ehrlich genug, hinzuzufügen, daß es seiner Erfahrung nach einige Arbeiter gebe, die blauen Montag machen. Nun, mehr habe ich auch nicht gesagt. Es wäre ja eine ganz absurde und unberechtigte Behauptung, wenn ich den Arbeiterstand im Allgemeinen dessen anklagen wollte. Ich habe nur gesagt, es würde nicht bei Allen zutreffen, daß sie ausgeruht vom Sonntag in die Woche kämen, wie es ja bisher, bei der großen Mehrzahl derjenigen, die

---

[1]) Abg. Rödiger: „Ferner hat der Herr Reichskanzler gesagt, wir brauchten die Unzufriedenheit für den Erfolg der Agitation. Ich glaube, es ist das wohl insofern begründet: Wenn die Arbeiter zufrieden wären, hätten sie keine Veranlassung, Socialdemokraten zu sein ... Aber der Herr Reichskanzler soll doch daraus den Schluß ziehen, daß man die vernünftigen Ansprüche, welche die Arbeiter stellen, befriedigen möge. Dann hat man mit ihnen die Unzufriedenheit beseitigt und mit dieser wahrscheinlich auch die Socialdemokratie" (StB. 2687b).

[2]) Abg. Stolle: „Der Herr Reichskanzler führte aus: Wenn der Arbeiter Sonntags arbeiten soll, so klagt er; hat er aber am Sonntag Pause, so geht er dem Vergnügen nach und macht den Montag blau. Hat es der deutsche Arbeiter jemals verdient, daß von ihm gesagt wird, daß er Sonntags bloß dem Vergnügen nachgeht und den Montag blau mache?" (StB. 2682a). — Abg. Rödiger: „Was will es denn bedeuten, wenn man hier anführt, daß es Arbeiter gibt, die hin und wieder blauen Montag machen? Das sind doch nicht alle Arbeiter" 2c. 2c. (StB. 2687a).

9. 5. 1885. den Sonntag frei haben, doch nicht immer der Fall ist. Das sind aber die Ausnahmen, die ich wohl conversando [1]) genannt habe, auf die ich aber kein Gewicht lege. Sobald die Herren mich überzeugt haben, daß die Arbeiter das wirklich wollen und mir dankbar sein würden, wenn ihnen bei Strafe geboten wird, am Sonntag sich der Arbeit zu enthalten, dann will ich auch gerne bei dem Bundesrath das befürworten; aber diese Sicherheit muß ich erst haben; bisher glaube ich nicht daran, wie überhaupt an die Zweckmäßigkeit und das Willkommensein irgend eines Sonntagszwanges*) und eines Zwanges zur Ruhe, der außerhalb der Sitte liegt und etwa von der Polizei erzwungen werden muß.

Der Abg. Lieber gab hierauf dem Gefühl „schmerzlicher Enttäuschung" darüber Ausdruck, daß Fürst Bismarck bezüglich der Sonntagsruhe noch immer auf dem Standpunkte seiner Rede vom Jahre 1882 stehe und selbst den tiefreligiösen und hochidealen Worten des Herrn v. Kleist-Retzow gegenüber nur die materiellen Verhältnisse betont habe. Er glaube, daß die Geschichte über die heutigen Worte des Reichskanzlers das Urtheil fällen werde: Ohne Religion auch keine wahrhaft große, des Namens würdige Politik. In seinen Argumenten sei Fürst Bismarck bis auf den „le bon prince" derselbe geblieben, wie am 15. Januar 1885; zum Beweis las er eine Stelle aus der damals gehaltenen Rede vor. Den Einwand, betreffend die Verminderung der Arbeitereinnahmen um 14 Procent und die Erhöhung der Productionskosten um ein Siebentel, suchte er durch den Hinweis auf englische und österreichische Autoritäten zu entkräften; das „Siebentel Entgang" werde von den Arbeitern auf die Unternehmer, von diesen auf die Consumenten abgebürdet werden. Der Gesetzgebung des Reichs machte er zum Vorwurf, daß sie die Interessen der Reichen, nicht aber die der Armen schütze, dem Bundesrath, daß er sich weigere, eine Facultät anzunehmen zum Schutze der wirthschaftlich Schwachen, während er doch sonst sich Facultäten gern gefallen lasse. Die Möglichkeit einer gesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe beweise das Vorgehen der Regierung in Düsseldorf. Dem Antrage auf Anordnung einer Enquête — zu der der Bundesrath übrigens längst Zeit gehabt habe — stehe er zwar principiell entgegen, doch werde er, wenn der Antrag sonst Annahme finde, wegen einer Geldbewilligung keinerlei Schwierigkeiten erheben. Fürst Bismarck erwiderte**):

---

*) S. 2689a.

**) StB. 2692a.

[1]) Beiläufig.

Der Vorgang der Regierung in Düsseldorf, den der Herr 9. 5. 1885.
Vorredner citirt hat, beweist, glaube ich, unwiderleglich, daß die preußische Staatsregierung den Tendenzen, die der Antrag verfolgt, nicht feindlich gegenüber steht — sonst wäre diese Stellung der Düsseldorfer Regierung dazu ja nicht möglich; daß also alle die Beschuldigungen und Insinuationen, die ich aus anderen Reden habe heraushören können, unbegründet sind. Auf der anderen Seite beweist er aber auch, daß das bestehende gesetzgeberische Material ausreicht, um erhebliche Fortschritte in der Richtung zu machen, ja um fast den besten Theil Dessen, was die Antragsteller anstreben, zu decken, ohne daß man genöthigt ist, zu gesetzlichem Zwange in der Allgemeinheit zu greifen, wie er hier vorgeschlagen ist.

Der Herr Vorredner hat gesagt, der Bundesrath habe sich andere Facultäten, die ihm zustehen, ganz ruhig gefallen lassen und besitze sie und übe sie; — warum er nun diese nicht annehmen wolle [1])? Facultäten im Interesse der Reichen acceptire er, im Interesse der Armen scheine er sie nicht üben zu wollen [2]). Ja, meine Herren, darin liegt der Unterschied nicht; Reich und Arm ist dem Bundesrath vollkommen egal. Er übernimmt diejenigen Facultäten, die er als ausführbar, als möglich wegen ihres begrenzten Inhalts ansehen darf. Dabei ist keine Schwierigkeit; das Gesetz gibt die Hauptsachen an die Hand, der Bundesrath hat nur die

---

[1]) Abg. Lieber: „Wenn man kommt und sagt: Ihr bringt uns nur einen Rahmen, in den wir . . . das Bild erst malen sollen, das Ihr nicht malen noch auch nur skizziren könnt, so muß ich mich nur wundern, daß der Herr Reichskanzler dabei vergessen zu haben scheint, daß derartige Rahmen sich bereits in der bestehenden, von ihm verkündeten Gewerbeordnung befinden. Der § 139 a zum Beispiel hat Nichts zum Inhalte als lauter Facultäten für den hohen Bundesrath. . . . Warum denn da, warum an anderen Orten ähnliche Rahmen für niedrige Behörden in großer Menge, und warum ganz allein nicht bei der Frage einer strafferen Regelung gewerblicher Sonntagsruhe?“ (StB. 2691 a).

[2]) Abg. Lieber: „Für Andere, die sich weit leichter selbst schützen könnten, ist die Gesetzgebung des Reichs zum Schutz der Handhabung der Sonntagsruhe vorsorglichst eingetreten. (Folgen Beispiele auf Grund der Bestimmungen der Deutschen Wechselordnung, des Deutschen Handelsgesetzbuchs, der Civilproceßordnung.) . . . Einer solchen Wolke von Bestimmungen gegenüber — die vorwiegend den Reichen des Volks zu Gute kommen — trägt man Bedenken, auch das Recht des Armen, des wirthschaftlich Schwachen durch Gesetz zu schützen“ (StB. 2690 b).

9. 5. 1885. einzelnen Fälle zu bestimmen nach so genau begrenzten und zweifellosen Kriterien, daß dabei von einer Willkür seinerseits nicht die Rede sein kann, daß kein Arbeiter sagen kann: Mich hat der Bundesrath auf eine ungerechte Weise ausgeschlossen, Anderen hat er es bewilligt; wo er ausschließen kann, da schließt er aus. Das sind die Anklagen, die man hören kann: die haben mit den anderen Facultäten Nichts zu thun. Es ist also nur der Beweis geliefert, daß die Regierung, sei es der Bundesrath, sei es die preußische Regierung, in Düsseldorf und anderswo thut, was sie zu Gunsten der Arbeiter thun*) kann, aber daß sie sich unerfüllbare Arbeiten nicht so ohne Weiteres stellen läßt in der Form, daß die Auftraggeber, hier der Reichstag, nun ganz ex nexu[1]) sind und mit der Art, wie die Schreiber im Bundesrath das ausführen, Nichts weiter zu thun haben.

Unter den Vorwürfen, die der Herr Vorredner mir gemacht hat, ist mir der schmerzlichste der gewesen, daß ich in Wiederholungen verfalle[2]). Er hat mir hier vorgelesen, daß ich im Januar ganz dasselbe gesagt habe, wie jetzt. Nun, wenn der Herr Vorredner mal siebzig Jahre alt sein wird, wird ihm das vielleicht auch passiren; alte Leute verfallen bekanntlich in die Gewohnheit, dieselbe Geschichte mehrmals zu erzählen.

(Heiterkeit.)

Es beweist das doch nur — ich hatte vergessen, daß ich das jemals gesagt hatte —, daß mein Ideengang ein ganz constanter gewesen ist, und daß meine inneren Ueberzeugungen heut**) genau dasselbe

---

*) Ergänzung des Herausgebers.

**) S. 2692b.

[1]) Außerhalb des Zusammenhangs.

[2]) Abg. Lieber: „Der Herr Reichskanzler ist heute, was er im Jahre 1882 und was er auch noch am 15. Januar d. J., wenn auch ohne besondere Bezugnahme auf die Sonntagsruhe, war, derselbe bis auf „le bon prince“. Denn schon am 15. Januar haben wir auch diesen Vorwurf vernehmen müssen. „So kommt mir die Sache vor“ — so sprach er damals —, „wie ich wohl von Souveränen gehört habe, die sagten: Mein Wille ist, daß Jeder in meinem Staate glücklich, zufrieden, frei und gehorsam sei; wie das zu machen ist, das ist Sache der Schreiber von Ministern; darum habe ich mich als Fürst nicht zu bekümmern. Das ist ungefähr die Stellung, die das Centrum mit diesem Antrage einnimmt; wir Schreiber von Ministern sollen uns Etwas ausdenken, was Sie selbst nicht wissen““ (StB. 2689 a/b). Vgl. Bd. X 438.

reproduciren, wie sie es ohne mein Wissen vor fünf oder sechs Monaten gethan haben. 9. 5. 1885.

Der Herr Vorredner hat sich berufen auf sehr viele Beispiele im Ausland [1]). Im Ausland und wo anders liegen die Sachen einmal anders. Dann ist auch die Ausführung dort eine andere. Est modus in rebus [2]), — il y a des arrangements avec le ciel [3]), wie die Herren ja wissen, — also ganz gewiß mit der Polizei. Bei uns, wenn so Etwas Gesetz wird, wird es mit bureaukratischer Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit ausgeführt. Ob das in der Schweiz oder anderswo mit der gleichen Schärfe und Genauigkeit, wie es bei uns der Fall sein würde, geschieht, darüber lassen meine Nachrichten mich sehr im Zweifel. Es ist ja möglich, daß die Berichterstattungen nicht ganz unparteiisch sind; man hat mir aber gesagt, daß die Durchführung dieses Gesetzes in jenen Ländern nur möglich sei, weil es eben nicht beobachtet würde, und weil die Ausnahme anfängt, die Regel zu bilden; so wird es wohl auch mit der Ostschweizer Bewegung sein. Es ist ja möglich, daß meine Nachrichten darüber falsch sind; aber sie liegen actenmäßig vor.

Der Herr Vorredner hat ferner, wie der socialdemokratische Herr, der vor ihm sprach, einen kleinen Stein zur Aufklärung oder zum positiven Aufbau beigetragen, mit der Voraussetzung, die er aussprach, daß der Arbeiter den Ausfall tragen werde, er behauptete aber, daß der Arbeiter dafür durch die Ruhe entschädigt werden wird [4]). Der Herr aber, der vorhin von der Tribüne

---

[1]) Abg. Lieber: „Ich erinnere daran ..., daß nach den von mir angeführten Autoritäten, wie Macaulay, Giffen, Rogers ... nicht nur in England, sondern auch in der Schweiz der Beweis thatsächlich erbracht sei, daß eine Verbesserung und Steigerung, nicht aber eine Verschlechterung der Production, noch eine Minderung des Arbeitsverdienstes die Folge einer derartigen Maßnahme sein wird" (StB. 2689 b).

[2]) Es ist Maß und Ziel in den Dingen, Citat aus Horat. sat. I 1, 106.

[3]) Es gibt Vereinbarungen mit dem Himmel.

[4]) Abg. Lieber: „Die Schädigung, welche vorübergehend dem einzelnen Arbeiter durch den Entgang eines kleinen Procenttheils von Gewinn vielleicht erwachsen könnte, gleicht sich reichlich aus dadurch, daß der Arbeiterstand als solcher in seiner Gesammtlage und damit wiederum der Einzelne gehoben, bleibend gebessert wird. Es werden mehr Arbeiter beschäftigt werden, ... der Preis der Arbeit wird stetig steigen ... Und wenn das Alles nicht wäre, ist

9. 5. 1885. sprach[1]), sagte, daß die Arbeitgeber allerdings eine kleine Schädigung dabei erleiden würden. Der Herr Vorredner schien anzunehmen, daß der Arbeiter den Ausfall tragen werde in der Hauptsache, daß er ihn aber doch auch werde abwälzen können nach der einen oder nach der anderen Seite hin[2]). Nun, damit berührt er gerade die Hauptschwierigkeit, die mir im Wege steht, um einfach der Sache beizutreten. Wenn ich gewiß wüßte, daß der Arbeiter den Ausfall tragen will — ich habe das schon mal gesagt[3]), es hilft mir aber nicht, auch wenn ich es noch vier Mal sage, man wird doch vorziehen, es nicht zu hören —, wenn also der Arbeiter sagt, er wolle den Ausfall tragen, dann ist es gut, dann bin ich zufrieden. Volenti non fit injuria[4])! Es ist nur die Frage, wie lange. Wenn durch eine Regierungsinstruction das ins Leben gerufen wird, — die kann man ändern, ein Gesetz nicht, das kann man ohne ein neues Gesetz nicht wieder ändern, und ich wünsche nicht, daß wir im Deutschen Reich in die traurige Lage kommen, die Gesetze nicht in vollem Maße ausführen zu können, weil die Schädigung der Ausführung größer ist als die der Nichtbeobachtung. Also ich bedarf der Erklärung der Arbeiter, ob sie den Ausfall tragen wollen. Ich kann den Arbeiter damit nachher nicht zufriedenstellen und, wenn er hungert, ihn damit nicht satt machen, daß ich ihm die eloquenten Reden vorlese, die hier zu seinen Gunsten gehalten worden sind, wie sehr er sich freuen würde und wie leicht er diese Kleinigkeit von seinem Lohn, 14 Procent, entbehren würde. Dafür wird er mir wenig Dank wissen, das macht ihn nicht satt.

Der Herr Vorredner hat uns ferner — und ich weiß nicht,

---

nicht die Forderung für den gewerblichen Hilfsarbeiter, sich seiner Sonntagsruhe . . . zu freuen, ebenso vollberechtigt, wie für jeden anderen Bürger des Deutschen Reichs?" (StB. 2690 a/b).

[1]) Der Abg. Rödiger, s. o. S. 208 Anm. 1.

[2]) Abg. Lieber: „Und haben denn die Arbeiter allein . . . den Ausfall an Lohn . . ., selbst wenn er einträte —, zu tragen? Ueberträgt sich dann das nicht auch auf andere bei der Industrie betheiligte Kreise, nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Consumenten?" (StB. 2690 b).

[3]) S. o. S. 201.

[4]) Dem, der es so haben will, geschieht nicht Unrecht; vgl. Büchmann, Geflügelte Worte (17. Aufl.) S. 341.

ob mir persönlich oder der Regierung im Allgemeinen — wieder 9. 5. 1885.
Mangel an Thätigkeit, Mangel an Fleiß vorgeworfen; er sagt: Warum haben Sie denn die Enquête nicht schon längst gemacht [1])? Ja, meine Herren, ich habe hinreichend zu thun gehabt. Für einen Menschen, der alt und krank ist wie ich, glaube ich, habe ich in den letzten sieben Jahren, in denen mir der Herr Vorredner Trägheit im Enquêtiren vorwirft, hinreichend gearbeitet, wenigstens eben so viel wie irgend Einer, der hier gegenwärtig ist. Ich habe mehr zu thun, als ohne Anregung über alle Fragen und noch einige andere in der Welt Enquêten anstellen zu lassen. Wenn Sie aber diese Frage anregen, — wie ich glaube, unreif und zu früh anregen, so bin ich bereit, diese Enquête anstellen zu lassen und Arbeitskräfte aufzuwenden. Aber*) ehe ich nicht weiß, ob dem Arbeiter damit gedient ist, ob er es haben will, würde ich mich nicht dazu verstehen können, im Bundesrath die Sache zu befürworten.

Nach dieser Rede wurde ein Antrag auf Vertagung angenommen. Die Angelegenheit selbst kam wegen Schlusses der Session nicht wieder zur Sprache.

---

98. Sitzung des Deutschen Reichstags

Montag 11. Mai 1885.

Die dritte Lesung der Zolltarifnovelle begann in der 98. Sitzung 11. 5. 1885.
des Reichstags, am 11. Mai 1885. Während der Debatte über die Position Nr. 5 „Weizen und Roggen" erschien Fürst Bismarck und erbat sich das Wort zu folgender Mittheilung**):

---

*) S. 2693a.

**) StB.: 2715b.

[1]) Abg. Lieber: „Wenn die verbündeten Regierungen für unsere Ziele im Ernste Wohlwollen empfanden und dieses Wohlwollen zu bethätigen nur das Bedürfniß einer Enquête in ihnen lebhaft war, warum haben sie denn nicht — andere Enquêten haben sie inzwischen ja gemacht —, warum haben sie nicht, da schon im Jahre 1879 die Sache hier auf einer einzigen Stimme stand, die Zeit von da bis heute ausgenutzt, um die Enquête zu veranstalten, welche sie für nöthig erachten?" (StB. 2691a).

11. 5. 1885. Nachdem der Reichstag in den beiden ersten Lesungen beschlossen hat, den jetzigen Roggenzoll wesentlich zu erhöhen, habe ich für den Fall, daß diese Beschlüsse in der dritten Lesung aufrecht erhalten werden und demnächst bei den verbündeten Regierungen die Zustimmung finden sollten, es für meine Pflicht gehalten, zu versuchen, ob die Schwierigkeiten, die der spanische Handelsvertrag und seine Bindung des Roggenzolls einer Ausführung dieser Beschlüsse im Sinne der Absichten, von denen sie eingegeben sind, entgegensetzt, — zu beseitigen seien oder nicht.

Ich habe deshalb mit der Königlich spanischen Regierung Verhandlungen angeknüpft über die Bedingungen, unter denen sie etwa auf die Bindung des Roggenzolls verzichten wolle. Nach längeren Verhandlungen sind wir zu einem Uebereinkommen gelangt — und deshalb erfolgt diese Mittheilung so spät; die Vorlage wird vielleicht heute Ihnen noch zugehen, aber ich habe die Mittheilung nicht eher machen können; erst gestern Abend ist es mir gelungen, mit der spanischen Regierung ein Abkommen zu treffen, wonach dieselbe auf die Bindung des Roggenzolls verzichtet.

(Mehrseitiger lebhafter Beifall.)

Die Gegenconcessionen, die wir natürlicher Weise zu machen haben, um diesen Vortheil zu erreichen, haben sich dadurch vielleicht einiger Maßen gesteigert, daß die spanische Regierung einsah, von welcher Unbequemlichkeit die jetzige Situation für die Steuerverwaltung wäre, von welchen Nachtheilen für die Einnahmen der Finanzminister, daß sie sich darüber klar war und in Folge dessen ihre Gegenbedingungen gestellt hat. Diese Gegenbedingungen betreffen lediglich Finanzzölle auf Südfrüchte und denaturirtes Olivenöl. Aber die Vortheile, die die Finanzen des Reiches bei diesem Abkommen gewinnen, wenn*) sie schon jetzt in den Genuß des vollen Roggenzolles treten, so wie er Aussicht hat, angenommen zu werden, sind doch sehr viel bedeutender als die Gegenconcessionen, die von Spanien verlangt werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers heute früh den Vertrag dem Bundesrath vorgelegt. Es ist Grund, anzu-

---

*) S. 2716a.

nehmen, daß noch heute im Laufe des Tages der Bundesrath einen 11. 5. 1885.
genehmigenden Beschluß fassen, und noch vielleicht, bevor diese Ihre Sitzung geschlossen sein wird, Ihnen die Vorlage des Bundesraths darüber zugehen werde.

(Bravo! rechts.)

Ich lasse den Eingang, wie er bei allen Verträgen gleichmäßig üblich ist, weg und nenne nur die Concessionen, die unsererseits zu machen wären. Die nachbenannten Gegenstände erhalten bei der Einfuhr in Deutschland die dabei vermerkte Ermäßigung des Eingangszolls: Citronenschalen, Orangeschalen und Schalen von sämmtlichen Südfrüchten, frisch oder getrocknet, sowie unreife Pomeranzen, auch in Salzwasser eingelegt, sollen von 4 auf 2 Mark für 100 Kilogramm herabgesetzt werden; Saffran von 50 auf 40 Mark für 100 Kilogramm; Oliven von 30 auf 20 Mark pro 100 Kilogramm; Johannisbrot von 2 auf 1 Mark pro 100 Kilogramm. Diese sämmtlichen Positionen erreichen in unseren Zollintraden noch nicht 40 000 Mark im Durchschnitt.

Ferner wird Olivenöl spanischer Herkunft oder Fabrication in Fässern, amtlich denaturirt, bei der Einfuhr in Deutschland vom Zoll frei sein. Das ist die Hauptconcession. Im Vergleich mit dem Zustande, in dem wir bisher gelebt haben, ist es keine. Das denaturirte Olivenöl ist bis jetzt zollfrei gewesen; es war aber die Absicht, mit Rücksicht auf die Verschiebungen, die an den Oelzöllen überhaupt stattfinden, auch dem denaturirten Olivenöl einen Zoll aufzulegen, der, wenn die Einfuhr unter dem Druck dieses Zolles sich nicht erheblich vermindert, den Reichsfinanzen eine Zolleinnahme von vielleicht 200 000 Mark jährlich hätte versprechen können. Es würde also die Verpflichtung entstehen, diesen Gegenstand vom Zoll so wie bisher frei zu lassen für die Dauer des spanischen Handelsvertrages, der sich bis in den Juli 1887 [1]) erstreckt; dafür würden wir aber sofort in den Genuß der vollen Revenue eines erhöhten Roggenzolls treten können und all der Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten der Zollverwaltung überhoben sein, die mit der Unterscheidung zwischen dem spanischen Roggen, dem meistbegünstigten Roggen und dem nicht meistbegünstigten, jetzt verbunden sind und

[1]) Genau 30. Juni 1887.

11. 5. 1885. zu den schwierigsten und unerquicklichsten Streitigkeiten führen. Abgesehen davon würde der wirthschaftliche Zweck, der bei dem Roggenzoll Denen, die dafür votirt haben, vorschwebt, natürlich sofort nachhaltiger und in größerer Ausdehnung erreicht werden. Die Reichsfinanzen würden ihrerseits einen Zuwachs erhalten, über den es schwer ist, eine genaue Ziffer jetzt in diesem Augenblicke anzugeben, der aber ganz sicher das Maß von 300 000 Mark übersteigen wird.

Dann heißt es im Art. 2 des Abkommens mit Spanien:

> Die Königlich spanische Regierung willigt ihrerseits darein*), daß in demselben Tarif A die Bestimmung, wonach der Zoll für Roggen nur 1 Mark für 100 Kilogramm betragen soll, in Wegfall kommt.
>
> Der gegenwärtige Vertrag soll ratificirt, und die Ratificationen (spätestens binnen einem Monat in Berlin)**) ausgewechselt werden.

(Bravo! rechts.)

Es war nicht meine Absicht, in die Discussion gegenwärtig einzugreifen, da es mir schwer sein würde, Etwas zu sagen, was nicht ich oder andere Vertreter dieser Zölle nicht schon ein Mal***), sondern häufig gesagt haben, und da ich es auch nicht für meine Pflicht halte, die Gegengründe zu widerlegen, die bereits widerlegt sind. Es war nicht meine Absicht, in die Discussion einzugreifen; aber da das gestern eingetretene Novum auf Ihre Abstimmung doch vielleicht nicht ohne Einwirkung bleiben wird, so habe ich für meine Pflicht gehalten, Ihnen schon jetzt während der Discussion, und bevor die Vorlage hier hat eintreffen können, Mittheilung von deren Inhalt zu machen.

(Lebhaftes Bravo!)

Wenn auch Fürst Bismarck nicht die Absicht hatte, an der Discussion über die Getreidezölle sich zu betheiligen, so konnte er doch nicht umhin, gewisse Aeußerungen zu rügen, die von welfischer Seite gegen die Getreidezölle fielen. Als Gegner der Getreidezölle bekannte sich nämlich auch der hannöversche Großgrundbesitzer v. d. Decken. Er gab

---

*) StB.: darin.

**) Ergänzung des Herausgebers aus dem Texte des Vertrags.

***) S. 2716b.

zu, daß die Landwirthschaft in gewisser Hinsicht Noth leide, aber er hielt die Erhöhung der Getreidezölle nicht für das geeignete Mittel, ihr aufzuhelfen. Nur durch Beseitigung der Doppelbesteuerung durch Grund- und Communalsteuer sei eine wirksame Abhilfe zu erreichen. Uebrigens würden die Getreidezölle wesentlich als Finanzzölle wirken; eine weitere Ausbildung des indirecten Steuersystems aber könne der Reichstag darum nicht wünschen, weil sein eigenes Steuerbewilligungsrecht dadurch erheblich beschränkt und der Staatsomnipotenz in die Arme gearbeitet werden würde. Als nothwendige Folge der Erhöhung der Getreidezölle bezeichnete er die Vertheuerung des Brotes und das Wachsthum der Socialdemokratie. Der Großgrundbesitz werde, falls er für den höheren Zoll eintrete, die günstige Position, die er nach 1848 gewonnen habe, den Massen gegenüber verlieren, und dazu habe vor Allem der hannöversche Großgrundbesitz keine Veranlassung, der sich mit dem hannöverschen Volke Eins wisse in der Beurtheilung des Jahres 1866 und in dem Streben nach Wiederherstellung des Königreichs Hannover. Fürst Bismarck antwortete auf diese Provocation in folgender scharfer Zurechtweisung*): 11. 5. 1885.

Wenn zwischen den beiden letzten Herren Rednern [1]) in der Sanftheit des Vortrags ein erheblicher Unterschied war, so schien mir doch, daß in der Tendenz der Rede und in der Art der Motivirung sie sehr nahe mit einander verwandt sind. Die Rede, die der hannoversche Herr Abgeordnete soeben gehalten hat, hätte von jedem Socialdemokraten hier, glaube ich, auch gehalten werden können, ohne gegen die socialdemokratische Theorie anzustoßen, und Herr v. d. Decken hätte seine Argumentation durch sehr viele der Gründe, die der Herr Abg. Stolle anführte, noch unterstützen können, ohne aus der Rolle zu fallen. Es war eine gewisse Abneigung gegen Verbesserung der Lage der Großgrundbesitzer bei Beiden. Wenn auch gewiß von ganz verschiedenen Motiven ausgehend, vereinigen sie sich doch wiederum in der Besorgniß, die Regierung, die Centralisation zu stärken. Ja, beide Redner haben, glaube ich, wenn sie ihre Ideale verwirklichen wollen, das Interesse, die Regierungsgewalt zu lockern; sowohl die socialdemokratischen Ideale als auch die Herstellung des Königreichs Hannover, die der Herr Vorredner noch in diesem Augenblicke als sein und seiner

---

*) StB. 2723a.

[1]) Der Vorredner des Abg. v. d. Decken, auf den hier Fürst Bismarck deutet, ist nicht der Abg. Gerlich, sondern der Socialdemokrat Stolle.

11. 5. 1885. Wähler Streben bezeichnete [1]), werden sich ohne Erschütterung der bestehenden Zustände nicht erreichen lassen. Ich finde es also natürlich, wenn man dieses Bestreben einmal vor Augen hat, wenn man sich davor fürchtet, unsere Institutionen zu consolidiren durch Stärkung des Reiches und seiner Gewalt, daß man dann sich auch vor einer Verbesserung unserer wirthschaftlichen Einrichtungen scheut und sich ihrer zu erwehren sucht, der Eine aus socialdemokratischen Gründen, der Andere aus welfischen; beide kommen in dem Ziele zusammen: Man muß die Regierung verhindern, zu erstarken. Ich lasse mich durch die Form des Vortrags, die ja in Ton und Ausdrucksweise bei dem letzten Herrn Redner sehr viel anmuthender war als bei dem vorhergehenden,

(Heiterkeit.)

nicht irre machen; die Tendenz ist genau dieselbe und auch die Neigung, den Dingen Seiten abzugewinnen, die sie für Leute, welche ohne Vorurtheil, ohne Tendenz sie beurtheilen, absolut nicht haben können.

Der letzte Herr Redner bekämpft die Kornzölle, weil sie nicht geeignet sind, der Doppelbesteuerung abzuhelfen [2]). Nun, diese Doppelbesteuerung gebe ich ja sehr gerne zu; aber gerade um ihr abzuhelfen, streben wir nach größeren Einnahmen. Wie sollen wir denn dazu kommen? Der Staat und das Reich können von dem, was sie brauchen, Nichts missen. Um die Doppelbesteuerung zu beseitigen — und wenn nicht zu beseitigen, so doch zu vermindern —

---

[1]) Abg. v. d. Decken: „Wir großen Grundbesitzer aus Hannover, die wir uns mit dem größeren Theil des hannoverschen Volkes in der Beurtheilung des Jahres 1866 und in dem Bestreben nach Wiederherstellung des Königreichs Hannover eins wissen, wir wenigstens möchten nicht diese günstige Position, die wir in dem Vertrauen des größeren Theiles des hannoverschen Volks besitzen, aufgeben gegen ein höchst zweifelhaftes Gut" (StB. 2723a).

[2]) Abg. v. d. Decken: „Wir können nicht in Abrede stellen, daß die Landwirthschaft in mancher Beziehung Noth leidet, wenn auch, wie mir scheint, es von derjenigen Seite, die sich für die Getreidezölle interessirt, etwas übertrieben worden ist. Wir interessiren uns ebenso für die Landwirthschaft ... und möchten, daß derselben dauernd, aber in anderer Weise geholfen würde. Dazu halten wir die Vorlage nicht für geeignet. Man sollte doch an die Aufhebung der Doppelbesteuerung herantreten, welche in Wahrheit mit Einschluß der communalen Besteuerung durchschnittlich eine sechsfache Besteuerung ist" (StB. 2722a).

brauchen wir nothwendig*) andere Einnahmequellen, und ich möchte 11. 5. 1885.
doch bitten, gegen die financielle Seite des Zolles die Augen nicht zu verschließen. Der Herr Vorredner hat einige Schwierigkeit gehabt, über den Hueneschen Antrag im Preußischen Landtag hinwegzukommen, ohne anzuerkennen, daß dieser gerade einen Theil der üblen Wirkung der Doppelbesteuerung abzustellen oder zu ermäßigen bestimmt ist[1]). Ich will auf dessen Discussion hier nicht eingehen; aber der Herr Vorredner ist doch zu gebildet seinerseits, um das nicht anzuerkennen und logisch zugeben zu müssen, daß der Huenesche Antrag diese Tendenz hat, und daß der Zweck, einen großen Theil des Druckes zu mildern, der vermöge der Doppelbesteuerung auf unseren Provinzen und Gemeinden lastet, nicht erreichbar ist, wenn hier nicht die Mittel dazu geschaffen werden. Auf diesem Gebiete kann ich also, wenn ich von der welfischen Abneigung gegen unsere bestehenden Einrichtungen absehe, kein anderes Motiv für die ablehnende Stellung des Herrn Vorredners finden. Ich bedauere, daß Sie[2]) noch immer mit der Unbefangenheit, wie der Herr Vorredner es that, an Ihren Bestrebungen festhalten und sie offen bekennen. Es sind jetzt neunzehn Jahre vergangen, daß die jetzigen Verhältnisse, welche die Basen des Deutschen Reiches und unserer jetzigen Einrichtungen bilden, bestehen. Wenn ich zurückdenke an meine Jugendzeit, so waren 1834 oder 1835 ungefähr neunzehn Jahre vergangen nach der Theilung Sachsens, die auch ein Ergebniß von kriegerischen Ereignissen war. Gegen das Verhalten des damaligen Königs von Sachsen[3]), sobald man vom nationalen, vom deutschen Standpunkt absieht und ihn

---

*) S. 2723b.

[1]) Der im Preußischen Landtag angenommene Antrag Huene bestimmte, daß die aus der Erhöhung der Getreide- und Viehzölle dem preußischen Staate zufließenden Erträge nach Abzug einer Summe von 14 1/2 Millionen Mark, die für allgemeine Staatszwecke vorbehalten wurde, den Communalverbänden überwiesen werden sollte. Der Abg. v. d. Decken bemerkte: „Diese Doppelbesteuerung wird auch nicht etwa ersetzt durch den Antrag Huene. So gut derselbe ohne Zweifel gemeint ist, so geht er doch von principiell anderen Grundsätzen aus, greift nicht so weit und bietet endlich . . . dem Reichstage gegenüber keine genügende und dauernde Garantie. Wir können also nicht annehmen, daß das etwa der Aufhebung der Doppelbesteuerung gleich käme" (StB. 2722b).

[2]) Die Mitglieder der Welfenpartei im Reichstag.

[3]) Friedrich August I.

11. 5. 1885. rein in seiner Eigenschaft als den Ersten der Sachsen betrachtet, berufen, die Vortheile der sächsischen Gemeinschaft und die Ehre der Sachsen zu vertreten, — gegen das Verhalten des damaligen Königs von Sachsen vom Standpunkt der Moral und Ehre kann man Nichts einwenden. Nichts desto weniger ist er das Opfer des Krieges gewesen mit der Hälfte seines Landes, das Land blieb nicht zusammen, es wurde zerrissen. Dennoch hatten 1834 oder 1835 die Einwohner des preußischen Sachsens sich vollständig mit ihrem Geschicke befreundet, sie hatten sich darein gefunden, und es dachte Keiner daran, für die Wiederherstellung der alten Verbindung, für die Losreißung dieser Provinz von Preußen zu conspiriren; noch weniger fiel es Einem ein, sich offen dazu zu bekennen und auf die Gefahr hin, im gesammten Vaterlande Umsturz, Unglück und Verwirrung anzurichten, einseitig Das zu erstreben, was sich ein Theil des hannöverschen Adels heute noch zum Ziele gesetzt hat. Ich bedaure, meine Herren, daß Sie an diesem utopistischen Gedanken festhalten; denn ich habe viele Sympathien, ich habe Verwandte und Freunde in Ihrer Mitte, und ich habe im Ganzen für die Traditionen des hannöverschen Adels viel übrig; aber ich fürchte, er wird dabei zu Grunde gehen. Sie werden sich den Kopf an der Mauer einrennen, — Sie werden die Mauer nach allen Seiten hin, sowohl nach der Seite des nationalen Bewußtseins im ganzen Deutschen Reiche als nach der Seite der Kraft und Entschlossenheit der preußischen Regierung, unzerbrechlich finden.

(Bravo! rechts.)

Ich halte es für meine Pflicht, dergleichen Pronunciamentos, wie der Herr Vorredner es wieder gemacht hat, nicht unbemerkt, nicht ungestempelt — will ich nur sagen — dem Deutschen Reich gegenüber hier vorübergehen zu lassen. Man thut, als ob das etwas Natürliches und Berechtigtes wäre, — es ist Landesverrath und Reichsverrath, was Sie treiben, meine Herren!

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

Ich habe schon erwähnt, daß der Herr Abg. Stolle sagte: Wenn diese Kornzölle das Korn nicht vertheuern, dann helfen sie auch dem Bauer Nichts [1]). Wenn sie es nicht vertheuern, so bezahlt

[1]) Abg. Stolle: „Meine Herren, wenn keine Vertheuerung des Getreides durch den Zoll herbeigeführt werden soll — was nutzt er dann überhaupt dem

sie also das Ausland. Herr Stolle wird mir aber zugeben müssen, 11. 5. 1885.
daß die Zölle dann wenigstens den Reichsfinanzen*) aufhelfen, und einen Betrag, mit dem das Ausland in irgend einer Form zu den Reichsfinanzen herangezogen werden kann — ich weiß nicht, wie hoch er sich stellen wird —, 20, 30 Millionen sollten doch die Herren nicht so geringschätzig behandeln; sie gehen über die financielle Seite der Sache immer vollständig weg. Der Herr Abgeordnete bezieht sich bloß auf die wirthschaftliche Seite der Sache und läßt die financielle außer Auge. Ich glaube, daß sie ihn nicht interessirt; denn sein Weizen blüht, wenn unsere Finanzen schlecht sind. Dann steigt die Unzufriedenheit, und dann steigen die Aussichten aller Derer, die geneigt sind, ihre eigene Herrlichkeit auf den Trümmern des Vaterlandes aufzubauen, mögen sie adeligen oder bürgerlichen Standes sein; und zu den Letzteren rechne ich natürlich die Socialdemokraten; deshalb begreife ich, daß er für die financielle Seite der Sache kein Auge hat.

Wenn einige Bäcker, obschon die Kornpreise sich nicht um ein Haar breit geändert haben, sondern sogar eher gesunken sind, die Unverschämtheit haben, öffentlich zu erklären,

(Sehr gut! rechts.)

daß sie deshalb ihre Brotpreise in die Höhe steigern, so wundere ich mich, daß sich die Entrüstung des Herrn Abgeordneten nicht gegen die Bäcker richtet [1]), das ist doch das Natürlichste; ich bedaure diese Bäcker, sie fordern, wenn einmal eine Theuerung kommt, den Hungrigen auf sich heraus, wenn sie so frivole Vorwände nehmen, zu steigern. „Weil hier ein Zoll beschlossen wird, der auf die

---

Landwirth, dem Bauer? ... Diese Tausende, diese 146 000, die Nichts weiter haben, als was sie für ihre Familien verbrauchen, die haben effectiv keinen Nutzen von der Einführung der Getreidezölle" (StB. 2719 a).

*) S. 2724 a.

[1]) Abg. Stolle: „Sobald das Sperrgesetz eingetreten ist, sind bei uns im Königreich Sachsen in verschiedenen kleinen Städten die Bäckermeister zusammengetreten — das ist die Folge Ihres Zollaufschlags — und haben gesagt: Nachdem das Sperrgesetz eingetreten ist, kostet das achtpfündige Brot nicht mehr 76 Pfennige, sondern 82 Pfennige. Das sind die Folgen gewesen, daß Sie durch Ihren Zollaufschlag und das Sperrgesetz dem armen Mann das Brot vertheuern; es ist nicht allein das Brot, sondern es sind alle Artikel, die Sie vertheuern, und deshalb lege ich Verwahrung ein gegen einen derartigen Brot- und Blutzoll" (StB. 2720 b/2721 a).

11. 5. 1885. Getreidepreise noch gar keinen Einfluß hat, deshalb steigern wir die Brotpreise", — das ist doch wahrlich, als wenn man die Kunden und das Publicum verhöhnen und sich über sie lustig machen will; aber*) darüber fehlt Herrn Stolle jeder Anflug von Entrüstung, über die Bäcker. Den Bäcker zu schädigen, daran liegt ihm Nichts; aber die Regierung, die Ruhe, die Zufriedenheit zu schädigen, — das ist das Einzige, woran ihm liegt, und deshalb muß Alles hervorgesucht und herausgesucht werden, was dazu dienen kann, die große Menge und die weniger Urtheilsfähigen unter ihnen zu verstimmen gegen die Regierung und gegen die Besitzenden.

Der Abg. Stolle hat auch gesagt, von den 27 Millionen bei der Landwirthschaft Interessirten, von denen ich gesprochen, hätten 20 Millionen gar kein Interesse daran, ob das Korn theurer wäre oder wohlfeiler[1]). Ja, das können Sie doch auf jeden Betrieb und auf jeden Beruf anwenden. Sie können das Gleiche sagen von dem Tuchmacher oder dem Eisenarbeiter: Wenn das Gewerbe aus einem Fabricanten und hundert Arbeitern besteht, so haben die hundert Arbeiter vor der Hand sehr wenig Interesse daran, ob die Elle Tuch etwas theurer oder wohlfeiler ist. Die kann der Abg. Stolle ganz eben so gut ex nexu[2]) der Tuchmacherei setzen; er kann das Tuchmachergewerbe mit der größten Entschlossenheit, mit Bewußtsein schädigen und sagen: Das schadet ja nur dem reichen Unternehmer, die hundert Arbeiter leiden darunter nicht. Wie lange kann das denn dauern? Ist nicht das Gedeihen der Arbeiter eines jeden Berufs, einer jeden Branche unserer Wirthschaftlichkeit eng verbunden mit dem Gedeihen des ganzen Berufs? Wovon

---

*) StB.: über.

[1]) Abg. Stolle: „Der Herr Reichskanzler behauptete damals, es handle sich nicht etwa bloß um die Großgrundbesitzer, sondern es handle sich um die 27 Millionen der landwirthschaftlichen Bevölkerung . . ., ihnen solle . . . dieser Getreidezoll zu Gute kommen. Meine Herren, dabei müssen wir doch aber auch eins betrachten, daß von den vorhandenen 27 Millionen landwirthschaftlicher Bevölkerung nicht alle sammt und sonders an der Landwirthschaft betheiligt sind; man kann mindestens 20 Millionen davon wegstreichen, die nicht ein Stückchen Land ihr eigen nennen, die nicht ein Körnchen Weizen oder Roggen bauen können und denen es also ganz gleichgültig ist, ob in einem Jahre der Roggen so viel mehr oder weniger kostet" (StB. 2718a).

[2]) S. o. S. 212 Anm. 1.

sollen denn die 20 Millionen Arbeiter leben, die Herr Stolle als an der Landwirthschaft ganz uninteressirt hinstellt, — ich meine, mit Kind und Kegel, es kommt auf eine Hand voll Millionen gar nicht an. Nehmen wir an, daß es eine Million, drei Millionen sind; wovon sollen denn die leben, wenn die Branche, durch die sie existiren, zu Grunde geht, nicht mehr rentirt, ihre Arbeit einschränken muß? Dem Schuhmachergesellen ist es vielleicht auch einerlei, was der Stiefel kostet, das trifft nur den Meister; wenn Sie von dem Schuhmachergewerbe alle Gesellen abziehen und nur die Meister lassen, wie Herr Stolle es bei der Landwirthschaft thut, dann kommen Sie auf eine kleine Minderheit. Im Kaufmannsstande ist das noch*) viel mehr der Fall; da ist die Zahl der Chefs im Vergleich zu der großen Menge, die vom Handel und Wandel lebt, noch viel kleiner; wir können aber doch nicht das ganze Transportwesen — ich spreche von den Commis und Handlungsdienern gar nicht —, aber das ganze Transportwesen, das vom Handel lebt, nicht ex nexu[1]) setzen bei der Frage, ob Sie den Handel begünstigen oder schädigen wollen. 11. 5. 1885.

Ich habe heute noch keine Klage gehört, wie sie sonst bei den Kornzöllen üblich ist, über die nachtheiligen Wirkungen, die sie auf den Handel der Ostseestädte haben; aber ich setze voraus, das wird doch noch kommen.

(Heiterkeit.)

Es würde ein Act in unserer gewöhnlichen Aufführung dieses Stückes fehlen, wenn die Klagen über Danzig und Königsberg und ihre Leiden in Folge der Kornzölle hier nicht vorgebracht würden; und da ich nicht weiß, ob ich gerade — ich habe noch mannigfache andere Geschäfte — dabei sein kann, so erlaube ich mir, ein kleines vorbereitendes Argument auf diesem Gebiete mitzutheilen, das vielleicht nachher den Herren, die gewohnt sind, diese Rolle in unserem Drama zu spielen, Anlaß gibt, darauf sich zu äußern.

Es ist hier ein Artikel in einem, wie ich glaube, seiner politischen Stellung nach unverdächtigen Blatt — es ist die „Königsberger Hartungsche Zeitung" —, welcher über die Wirkung der

---

*) S. 2724b.

[1]) S. o. S. 212. 224.

11. 5. 1885. bisherigen Zölle einige Andeutungen gibt, die in einer erfreulichen Weise coincidiren mit unserer Discussion. Es heißt darin:

> Die Zufuhr an russischem Getreide in dieser Woche hat auch noch die nicht unbedeutende der beiden Vorwochen überflügelt. Es gingen ein über Prostken 2018, über Eydtkuhnen 124, zusammen 2142 Waggons, gegen 1941 beziehungsweise 90, zusammen 2031 Waggons der Vorwoche, und 1336 beziehungsweise 59, zusammen 1395 Waggons der Woche vom 19. bis 25. April.

— Nun, der Sinn dieser vielen Ziffern ist, daß in den letzten drei Wochen die Einfuhr russischen Getreides von 1395 Waggons auf 2142 Waggons gestiegen ist. —

> Es sind somit allein auf dem Landwege in diesen letzten drei Wochen circa 50112000 Kilogramm oder 1002240 Centner Getreide aller Art hier eingelaufen, und dieselbe Zufuhr auf dem Wasserwege ist in dieser Zeit auch eine bedeutende gewesen. Die Ausfuhr hat lange nicht und theilweise aus Mangel an Dampfern in dieser Woche gleichen Schritt mit der Einfuhr gehalten, und deshalb sind alle Speicherräume mit Getreide so angefüllt, daß dasselbe am Quaibahnhof im Freien lagern muß und die russischen Wittinen Tage lang auf ihre Entlöschung warten müssen. Die nächste Woche wird Abhilfe bringen; denn es werden viele Dampfer erwartet, die alle mit Getreide wieder ausgehen sollen. Heute Vormittag sind bereits zu diesem Zweck leer eingelaufen die Dampfer „Hero", „Urd", „Dwina", „Christina", „Arla" und „Avance". Unsere Arbeiter haben denn auch in Folge dieser Zufuhr jetzt vollauf lohnende Beschäftigung.

Warum will denn Herr Stolle den Arbeitern diese lohnende Beschäftigung nicht gönnen? Und will der Herr Abgeordnete hieraus nicht entnehmen, daß ganz zweifellos die russischen Importeure genöthigt sind, den Kornzoll dort in unseren Ostseehäfen auf sich zu nehmen und zu tragen, und daß trotz Zoll und Zoll die Ausfuhr fort und fort im Steigen ist, und die Beschäftigung der Leute doch auch?

Wenn also, wie hiernach zu vermuthen ist, die Zölle, jetzt sofort wenigstens, auf eine Steigerung der Kornpreise, geschweige

denn der Brotpreise einen Einfluß nicht haben werden, so mag 11. 5. 1885.
Herr Stolle doch wenigstens den Finanzen des*) Deutschen Reichs diese Sublevation gönnen, die uns in die Möglichkeit bringt, nach anderen Seiten hin, wie es jetzt durch den Hueneschen Antrag beabsichtigt wird und in ähnlicher Richtung weiter beabsichtigt werden kann, Erleichterungen eintreten zu lassen. Aber die Herren von der Oppositionsrichtung haben immer die größte Furcht, daß es dem Staat wohl ergehen, und daß in Folge dessen der Deutsche sich mit den bestehenden Einrichtungen zufrieden finden werde. Das wollen sie nicht.

(Bravo! rechts.)

Der Abg. Meyer (Halle) behauptete, daß durch die Mittheilungen des Reichskanzlers über den Vertrag mit Spanien ein Novum in die Debatte geworfen worden sei, das die Lage wesentlich verändere. Habe es sich bisher nur um einen Differentialroggenzoll gegen Rußland gehandelt, so jetzt um eine allgemeine Vertheuerung des Roggens. Das Sperrgesetz werde jetzt den unheilvollsten Einfluß ausüben; denn nachdem es gegen Rußland angenommen worden sei, habe der Handel Roggenbezüge aus anderen Ländern contrahirt im Vertrauen darauf, daß der Roggenzoll diesen Ländern gegenüber nach wie vor 1 Mark betragen werde. Ganz besonders empfindlich werde der Getreideverkehr mit Oesterreich betroffen werden. Eine Aenderung an dem Sperrparagraphen sei unter diesen Verhältnissen eine Forderung der Gerechtigkeit. Von dem Getreidezoll selbst befürchtete er den größten Schaden: Wie jeder Schutzzoll werde er das Aufhören des Handels in dem besteuerten Artikel zur Folge haben. Die Mittheilungen über den lebhaften Verkehr in den Ostseestädten, die nicht wohl bestritten werden konnten, deutete er in seinem Sinne: Der gesteigerte Handel sei einestheils der Ausdruck der Besorgniß vor der bevorstehenden Aenderung, anderentheils die Folge der nach dem Aufthauen des Eises wieder frei gewordenen Schifffahrt. Schließlich spottete er über den Abg. Gerlich, der ein Citat aus Karl Marx angeführt habe, das wider ihn selbst zeuge. Fürst Bismarck erwiderte**):

Ich will zuerst für den Herrn Abg. Gerlich, da ich glaube, daß er vielleicht nicht zum Worte kommen könne, eine Richtigstellung eintreten lassen. Die Herren haben dort auf jener Seite

(links)

*) S. 2725 a.
**) StB. 2727 a.

11. 5. 1885. einen lapsus linguae [1]) dieses Herrn Abgeordneten mit großer Befriedigung zu lautem Triumphgeschrei benutzt; darüber ist die Aufklärung des Herrn Abgeordneten kaum hörbar geblieben, daß er mit der Angabe, daß der Kornzoll ein Zoll auf den Lohn sei, eben die dort ironisch aufgeführte Behauptung eines Gegners anführte. Er hatte nur im Augenblick in der Tonart des Vorlesens sich geirrt, und dadurch sind Sie verleitet worden, die ironische Behauptung, die er vorlas, so zu verstehen, als wäre sie die eigentliche Meinung von Marx gewesen [2]).

Dem Herrn Vorredner erlaube ich mir auf die Betonung der Veränderung der Situation durch meine Mittheilungen zu erwidern, daß die Beschlüsse, die hier gefaßt sind, doch nicht nur für den Augenblick, auch nicht für die Dauer von zwei Jahren und einem Monat — es sind nicht drei Jahre, wie der Herr Vorredner angab — gefaßt worden sind, sondern als eine dauernde Institution, von der der Herr Vorredner selbst zugibt — oder war es einer der anderen Herren Vorredner —, man würde sich nachher schwer wieder davon losmachen können. Die Beschlüsse, die wir heute fassen, werden muthmaßlich 1888 und 1890 in derselben Gültigkeit sein wie jetzt; sie sind ja nicht für einen Augenblick, nicht nur für die Zwischenzeit gültig, für die der spanische*) Vertrag, wenn er nicht modificirt worden wäre, in derselben Form fortbestanden haben würde. Dergleichen Zufälligkeiten, daß ein Handelsvertrag eine Aenderung erleidet, ist jedes Geschäft ausgesetzt. Nehmen Sie doch einfach den Fall an, daß irgend ein Krieg entsteht, oder daß

---

*) S. 2727b.

[1]) Ein Versprechen, vgl. Bd. V 283, VI 102.

[2]) Der Abg. Gerlich verlas aus einer vor dreißig Jahren gehaltenen Rede von Karl Marx über den Freihandel folgenden Satz:

> Das Volk, dem man um jeden Preis billiges Brot verschaffen will, ist sehr undankbar, das wohlfeile Brot ist in England verrufen.
>
> Der Getreidezoll ist eine Steuer auf den Lohn. Diese Steuer zahlt Ihr u. s. w.

Da diese Worte ein Argument gegen die Getreidezölle zu sein schienen, so erhob sich großes Gelächter auf der linken Seite des Hauses, unter dem die erläuternde Bemerkung des Abg. Gerlich, daß der letzte Satz ein Einwurf sei, den Marx einem Freihändler in den Mund lege, fast ungehört verhallte. Der Abg. Meyer spottete über das „Malheur", das dem Abg. Gerlich passirt sei, indem er gerade diese Stelle vorgelesen habe.

— was Gott verhüten möge, wozu keine Aussicht vorhanden ist — 11. 5. 1885.
daß zwischen uns und Spanien ein Kriegszustand einträte: dann wäre der ganze Vertrag sofort hinfällig gewesen. Wollen Sie in solchen Fällen auch diejenigen, die dadurch Schaden erleiden, entschädigen? Ich möchte Ihnen lieber vorschlagen: Nehmen Sie da ein Beispiel an der praktischen Schneidigkeit, mit der Frankreich in solchen Fällen vorgeht. Dort haben sie*) vor Kurzem landwirthschaftliche Zölle eingeführt, die traten**) gleich von dem Tage an, an dem sie publicirt wurden, in Kraft; dieses Gefühl von Gerechtigkeit, welches das Bedürfniß hat, die Regierungsvorlage und das Gesetz abzuschwächen, hat dort kein Echo gefunden, und ich möchte, daß es bei uns ebenso wäre.

Der Herr Vorredner hat ferner darauf hingewiesen, welchen Eindruck die neue Situation bei dem uns befreundeten Oesterreich machen könnte [1]). Da geht der Herr Vorredner wieder von der Annahme aus, daß Oesterreich, daß das Ausland unter diesem Zolle leiden und ihn tragen würde, wenn wir unsere Arbeiter, unsere Inländer belasten. So viel Menschenliebe kann ich bei den Oesterreichern nicht voraussetzen — obschon sie uns herzlich wohlwollen, wie ich glaube —, daß sie darüber so sehr aufgeregt sein werden, daß wir unsere eingeborenen Deutschen mit einem Zoll belasten.

(Heiterkeit.)

Sie müssen also ihrerseits***) wohl annehmen, daß die österreichischen Producenten den Zoll für die österreichische Einfuhr zu tragen haben würden.

Diese Argumentation, wer geschädigt wird, wechselt ja ab nach Bedürfniß, wie eine spanische Wand, auf welcher die Bilder erscheinen, wie vorher schon gesagt worden ist [2]). Ein Mal ist es

---

*) StB.: Sie.

**) StB.: treten.

***) StB.: Ihrerseits.

[1]) Abg. Meyer: „Eine ganz besondere Seite der Sache ist diejenige, wie sich unser Verhältniß zu Oesterreich in Folge dieser unerwartet eintretenden Neuerung gestalten wird. Unser Getreideverkehr mit Oesterreich ist ein sehr lebhafter . . ., und ich bin überzeugt, daß nach dieser Seite die Rede des Herrn Reichskanzlers gleichfalls Wirkungen ausüben wird, auf die ich nicht des Näheren eingehen will" (StB. 2725 b).

[2]) Vom Abg. v. Schalscha.

11. 5. 1885. der Consument, dann ist es der Producent, zu dessen Gunsten angeblich die Steuer aufgelegt werden soll; und hilft gar Nichts mehr gegen die Thatsachen, die beweisen, daß der Handel in keiner Weise beeinträchtigt wird, ja, dann nimmt man zu allerhand Zufälligkeiten die Zuflucht, ohne sich bei der Wahrscheinlichkeit und Möglichkeit der Sache nur weiter aufzuhalten.

Der Herr Vorredner sagte: Die Folge des Zolles ist die Schädigung des Allgemeinen; der Handel hört schließlich auf. Es fiel ihm ein, daß ich aus der Hartungschen „Königsberger Zeitung" einen Beweis geliefert hatte, daß der russische Kornhandel in Folge des Kornzolls nicht nur nicht aufgehört hat, sondern post hoc, wenn nicht propter hoc [1]) sehr blühend gerade in diesem Augenblick ist. Da sagte er nun, das wäre ein Ausbruch der Besorgniß vor schlimmeren Dingen, die noch kommen könnten [2]). Nun ist ja aber der Zoll mit der Sperre dort schon eingeführt. Ich hoffe also, daß dieser Ausbruch der Besorgniß, der so befruchtend auf unseren Handel wirkt, noch recht lange, vielleicht ein Jahrzehnt, anhalten und immerfort dieselben Resultate haben wird.

Der Herr Vorredner führte ferner an, daß die Eröffnung der Schifffahrt und das Aufgehen des Eises diesen Handel belebte. Ich sehe daraus mit Bedauern, ich habe vielleicht undeutlich gelesen; es war nicht von der Schifffahrt, sondern von Eisenbahnwaggons die Rede; die frieren doch in der Regel nicht ein.

(Heiterkeit.)

---

[1]) S. o. S. 56. 136.

[2]) Abg. Meyer: „In dieser Weise (wie die Schutzzölle) wird auch der Getreidezoll wirken; er wird mancherlei Geschäfte abschneiden und wird sie naturgemäß in denjenigen Städten und Provinzen abschneiden, die bisher auf diesen Handel in hervorragender Weise angewiesen gewesen sind. Meine Herren, wenn uns Berichte mitgetheilt werden, daß in den Ostseeprovinzen die Schifffahrt augenblicklich gerade eine besonders lebhafte sei, so ist das doch nicht darauf zurückzuführen, daß in diesem Augenblicke, wo wir mit Zollerhöhungen über alle möglichen Dinge beschäftigt sind, Handel und Verkehr besonders blühen, sondern es ist das ein Ausbruch der Besorgniß, daß wir in sehr naher Zeit vollständig veränderten Verhältnissen gegenüber stehen werden. Es sind ja eine Menge von Umständen zusammengetroffen, welche in diesem Augenblick der Schifffahrt besondere Anregung zugeführt haben: die Schifffahrt ist zum Theil erst vom Eise frei geworden, es sind die Kriegsbesorgnisse, die manche Regung des Verkehrs gedrückt haben, geschwunden" ꝛc. ꝛc. (StB. 2726 a).

Die Zufuhren*) hatten sich von 1300 auf 2000 Waggons in einer 11. 5. 1885.
Woche gesteigert, und soweit von der Schifffahrt die Rede war, so war von Wittinen, also von Flußschiffen, die Rede. Die Weichsel und der Niemen, so weit sie in Betracht kommen, sind seit lange aufgethaut, da ja sogar schon der Hafen**) von Kronstadt frei ist, — also das ist wohl nicht der Grund. Aber ehe die Herren jemals zugeben werden: Wir haben uns in unseren Berechnungen und Prophezeiungen geirrt, beweisen sie***) uns lieber, daß der Himmel nicht blau ist, und finden immer wieder ein Loch oder ein Auskunftsmittel, weshalb es in diesem Falle so gekommen ist. Den augenscheinlichsten Beweisen stimmen sie nicht zu. Dagegen läßt sich auf die Dauer nicht ankämpfen.

Die Herren betrachten es immer als etwas ganz Selbstverständliches und Nachgewiesenes, daß in Folge des Kornzolls das Brot theurer wird. Es ist ja die Frage sehr streitig, ob theures Brot hohe Löhne in einem für die Arbeiter günstigeren Verhältnisse, oder ob wohlfeiles Brot wohlfeile Löhne in einem für die Arbeiter nachtheiligen Verhältniß zur Folge hat. Davon will ich nicht reden; aber wenn wirklich das Brot so theuer ist, daß eine Calamität daraus entsteht, warum wollen Sie dann das ausländische Brot wohlfeiler machen? Dann heben Sie doch die Steuern auf, die auf der inländischen Getreideerzeugung ruhen, das ist doch bei Weitem das Wichtigere. 400 Millionen Centner bauen wir im Inland, und nur 30 Millionen Centner führen wir ein; an den inländischen klebt der Schweiß unserer inländischen Arbeiter. Also dann schaffen Sie doch die Grundsteuer ab! Ich verlange es nicht; aber es ist die Consequenz: Wenn Sie wohlfeileres Brot haben wollen, so liegt es doch sehr nahe, das Brot dadurch wohlfeiler zu machen, daß Sie die inländische Broterzeugung von jeder Steuer befreien

(Sehr richtig! rechts.)

und dann erst daran denken, wie Sie das Ausland beglücken wollen. Was bedeuten solche Redensarten, wie „Blutzoll"? Ich kann die Grundsteuer auch eine Blutsteuer nennen, — die ruht doch auch

*) StB.: Vorräthe.
**) S. 2728 a.
***) StB.: Sie.

11. 5. 1884. auf dem Getreidebau und schließlich vertheuert sie das Brot, das im Inlande gebaut wird, also auch die Blutbereitung[1]).

(Heiterkeit rechts.)

Diese ganze böswillige und unwahre Bezeichnung von „Blutzoll", die findet auf jede Besteuerung Anwendung, namentlich aber, wenn man sie auf die Getreidezölle anwenden*) will, auf die Grundsteuer und die Zuschläge zu der Grundsteuer in allererster Linie; denn da ist es der Inländer, der uns doch näher am Herzen liegt als der Ausländer, der davon betroffen wird.

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

Nach Schluß der Debatte rief der Präsident v. Wedell-Piesdorf den Abg. v. d. Decken wegen seiner vom Reichskanzler gerügten Aeußerung nachträglich zur Ordnung. — Der Weizenzoll von 3 Mark wurde mit großer Mehrheit, der Roggenzoll von 3 Mark mit 188 gegen 139 Stimmen angenommen; die Schlußabstimmung über das ganze Gesetz am 13. Mai ergab die Annahme mit 199 gegen 105 Stimmen.

Am 15. Mai 1885 schloß Staatsminister v. Boetticher die Sitzungen des Reichstags durch Verlesung einer Allerhöchsten Botschaft.

---

*) StB.: verwenden.

[1]) Vgl. Bd. X 474.

II.

Preußischer Landtag.

15. Januar bis 9. Mai 1885.

Eröffnungssitzung des Preußischen Landtags

Donnerstag 15. Januar 1885.

Rede des Vicepräsidenten des Staatsministeriums v. Puttkamer*): 15. 1. 1885.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Se. Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtags der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die Finanzlage des Staates ist an sich eine befriedigende. Das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr hat bei fast**) allen wichtigeren Einnahmezweigen, namentlich auch wiederum bei der Verwaltung der Staatseisenbahnen günstige Resultate und insgesammt einen Ueberschuß von mehr als 20 Millionen Mark ergeben, welcher gemäß den gesetzlichen Bestimmungen über die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahnverwaltung bis auf einen geringen verfügbar gebliebenen Betrag zur Tilgung der Staatseisenbahncapitalschuld zu verwenden gewesen ist. Auch das laufende Jahr läßt nach den bisherigen Wahrnehmungen einen günstigen Abschluß hoffen und einen zu gleicher Verwendung kommenden Verwaltungsüberschuß erwarten. Dem entsprechend sind die Einnahmen für das nächste Jahr erfreulicher Weise wiederum in dem Maße höher zu veranschlagen, daß sie zur vollen Deckung des in der bisherigen Weise streng geprüften, aber nirgends unwirthschaftlich beschränkten***) Ausgabebedarfs hinreichen würden, wenn dem Letzteren nicht

---

*) StB. HH. 1a, AH. 1b.

**) StB. HH. 1b.

***) StB. AH. 2a.

15. 1. 1885. eine Erhöhung des Matricularbeitrags für das Reich um mehr als 24 Millionen Mark hinzuträte.

Schon seit längerer Zeit weist eine Reihe großer und anders als mit neuen Einnahmen vom Reich nicht zu befriedigender Bedürfnisse, namentlich die dringend wünschenswerthe Erleichterung des Drucks der Communal- und Schullasten, wie die Verbesserung der Beamtenbesoldungen, auf die Nothwendigkeit der Eröffnung neuer Einnahmequellen des Reiches hin. Der inzwischen hervorgetretene eigene Mehrbedarf des Reiches gibt eine neue Mahnung hierzu, welche, so hofft die Staatsregierung, bald allseitig beachtet werden, und in naher Zeit wieder zu einer Ermäßigung unseres Matricularbeitrages auf die für das laufende Jahr festgestellte Summe führen wird. Inzwischen muß von der höheren Bedarfssumme*) ausgegangen werden, und wenn auch ein Theil derselben noch in den ordentlichen Einnahmen des Staates Deckung finden kann, in der Hauptsache zur Deckung derselben eine außerordentliche Einnahme in Aussicht genommen werden.

Die demgemäß aufgestellten Entwürfe des Staatshaushaltsetats für das nächste Jahr und eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe zur entsprechenden Ergänzung der nächstjährigen Einnahmen des Staates werden Ihnen alsbald zugehen.

Der durch die Gesetzgebung des Reiches herbeigeführte Aufschwung der Gewerbthätigkeit macht sich in einer allmählich fortschreitenden Entwickelung des Volkswohlstandes bemerkbar. Nur die landwirthschaftliche Bevölkerung entbehrt bisher des ihr gebührenden Antheils an den Wohlthaten dieser Entwickelung.

Trotz der im Ganzen gesegneten Ernte lastet ein Druck auf der Landwirthschaft. Gegenüber den gestiegenen Productionskosten und den erhöhten öffentlichen Lasten, welche auf diesem wichtigsten Erwerbszweige ruhen, ist eine denselben entsprechende Steigerung der Preise der hauptsächlichsten Erzeugnisse nicht eingetreten, dieselben stehen vielmehr niedriger wie seit vielen Jahren. Der Absatz im Bereiche der landwirthschaftlichen technischen Nebengewerbe stockt, und es sind die Preise für Zucker und Spiritus auf ein Niveau herabgesunken, welches den Betrieb nicht nur nicht mehr

*) StB. HH. 2a.

lohnend, sondern verlustbringend macht. Es wird ein Gegenstand unausgesetzter Fürsorge der Regierung Sr. Majestät sein, so viel an ihr ist, die Ursachen dieser schweren Krisis aufzuklären und durch*) ihre Maßnahmen nach Möglichkeit Abhilfe zu erstreben. 15. 1. 1885.

Die in der letzten Session nicht erledigten Gesetzentwürfe zur Umgestaltung der directen persönlichen Steuern und Einführung einer Capitalrentensteuer sind unter sorgfältiger Prüfung der bei ihrer Vorberathung im Landtage hervorgetretenen Bedenken und Abänderungsvorschläge zum Theil anderweit redigirt worden und werden Ihnen von Neuem vorgelegt werden mit dem Wunsche und der Hoffnung, daß die damit vor Allem beabsichtigten baldigen weiteren Befreiungen der wenig begüterten Bevölkerungsclassen von dem Drucke der directen Steuer nicht minder wie die sonstigen steuerpolitischen Ziele derselben nunmehr erreicht werden mögen.

Behufs erhöhter Nutzbarkeit des mit gedeihlichem Erfolge durchgeführten Staatseisenbahnsystems hat die Regierung auf den Erwerb einiger weiterer Privateisenbahnen für den Staat Bedacht genommen, als das zweckmäßigste Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten, welche**) die besonderen Verhältnisse der betreffenden Gesellschaften zum Staate der wünschenswerthen Vereinfachung der Verwaltung entgegenstellen. Die vereinbarten Verträge werden Ihnen vorgelegt und wegen Verwendung der durch den Abschluß derselben bereitstehenden Mittel für die Ausführung von Meliorationsbahnen Vorschläge gemacht werden.

Die Verbesserung der vaterländischen Wasserstraßen schreitet erfolgreich fort und wird in planmäßiger Weise ihrem Abschlusse entgegen geführt.

Nachdem in der vorigen Session des Landtags unter Ihrer Mitwirkung für die Provinz Hannover eine Kreis- und Provinzialordnung auf der Grundlage der neuen Verwaltungsgesetzgebung zu Stande gekommen und damit der erste Schritt zur Uebertragung der letzteren auf die Provinzen, in denen sie noch fehlen, geschehen ist, erscheint die weitere Durchführung der Reform der inneren Verwaltung als eine wichtige gesetzliche Aufgabe. Von denjenigen

*) StB. AH. 2b.
**) StB. HH. 2b.

15. 1. 1885. Provinzen, welche hier in Frage kommen, ist die Provinz Hessen-Nassau wegen der Verschiedenheit ihrer communalen und Verwaltungseinrichtungen sowohl in der Provinz selbst, wie auch gegenüber den übrigen Theilen der Monarchie einer Reorganisation am dringendsten bedürftig. Es werden Ihnen daher, um dieselbe herbeizuführen, Entwürfe einer neuen Kreis- und Provinzialordnung für diese Provinz vorgelegt werden.

Es werden Ihnen ferner Gesetzentwürfe zugehen, durch welche die bewährten Grundsätze der altpreußischen Gesetzgebung*) über die wirthschaftliche Zusammenlegung der in vermengter Lage befindlichen Grundstücke auf das Geltungsgebiet des Rheinischen Rechts und auf die Hohenzollernschen Lande unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse dieser Landestheile ausgedehnt werden sollen.

Meine Herren! Indem ich Sie im Namen Sr. Majestät begrüße, lade ich Sie ein, Ihre Arbeiten wieder aufzunehmen, und gebe mich Namens der Staatsregierung der Hoffnung hin, daß es gelingen**) wird, die gewichtigen Aufgaben dieser neuen Session unter Ihrer patriotischen Mitwirkung einer gedeihlichen Erledigung entgegen zu führen.

Im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Fürst Bismarck nahm an den Sitzungen des Landtags nicht Theil; am 9. Mai 1885 schloß sie Staatsminister v. Puttkamer durch Verlesung einer entsprechenden Königlichen Botschaft.

---

*) StB. AH. 3a.
**) StB. AH. 3b.

III.

Deutscher Reichstag.

19. November 1885 bis 26. Juni 1886.

Eröffnungssitzung des Deutschen Reichstags

Donnerstag 19. November 1885.

Rede des Staatsministers v. Boetticher*): 19. 11. 1885.

Geehrte Herren!

Se. Majestät der Kaiser hat mir den Auftrag zu ertheilen geruht, Sie in Seinem und der verbündeten Regierungen Namen beim Wiederbeginn Ihrer Arbeiten zu begrüßen.

Der Entwurf zum Reichshaushaltsetat wird Ihnen alsbald zugehen. Die Sorge für die Sicherheit des Reiches und für die Befestigung und Entwickelung seiner Einrichtungen veranlaßt die verbündeten Regierungen, auf dem Gebiete des Heerwesens, der Kriegsmarine und der Fürsorge für bisher unversorgte Invaliden beider eine Erhöhung der bisherigen Leistungen bei Ihnen in Antrag zu bringen. In den erheblich gesteigerten Ueberweisungen aus den financiellen Ergebnissen unseres verbesserten Zolltarifs und des Gesetzes über die Reichsstempelabgaben werden die Bundesstaaten die Mittel zur Deckung ihrer Mehrleistungen**) an das Reich finden. In Folge der Nothwendigkeit, die vom Reich gewährten Mittel wiederum zu den Zwecken des Reiches zu verwenden, bleiben aber eigene Bedürfnisse der Bundesstaaten unbefriedigt, und es liegt dem Reich die Aufgabe ob, auf dem nur ihm zugänglichen Gebiete der indirecten Verbrauchsbesteuerung weitere Einnahmequellen zu eröffnen. Demgemäß ist die baldige Einbringung eines Gesetzes zur Reform der Zuckerbesteuerung in Aussicht

*) StB. 1a.

**) S. 1b.

19. 11. 1885. genommen, da die Schwierigkeiten, welche während der letzten Session dieser als bringlich erkannten Reform mit Rücksicht auf die Lage der betheiligten Industrie und Landwirthschaft entgegenstanden, nicht mehr in derselben Stärke vorliegen und durch eine Verzögerung der Reform eher wieder verschärft werden könnten. Auch in Betreff der Branntweinsteuer sind zu gleichem Zweck Vorlagen in Vorbereitung, über welche zunächst die Verständigung unter den verbündeten Regierungen herzustellen ist.

In Uebereinstimmung mit den wiederholt und feierlich kundgegebenen Absichten Sr. Majestät des Kaisers rechnen die verbündeten Regierungen auch dies Mal auf Ihre Mitwirkung für die schrittweise Weiterführung des in Angriff genommenen socialen Reformwerkes. Dank dem verständnißvollen Entgegenkommen der betheiligten Kreise ist es möglich gewesen, das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 und zum Theil auch die Novelle vom 28. Mai d. J. nach Abschluß der organisatorischen Vorarbeiten bereits am 1. October d. J. in Wirksamkeit treten zu lassen. In planmäßiger Verfolgung des beschrittenen Weges wird Ihnen der in der vorigen Session unerledigt gebliebene Entwurf eines Gesetzes*) über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Arbeiter der Land- und Forstwirthschaft mit einigen Aenderungen wieder vorgelegt werden, durch welche einer Anzahl von Vorschlägen Ihrer zur Vorberathung des Entwurfs gewählten Commission Rechnung getragen wird.

Schon bei der Berathung des Unfallversicherungsgesetzes wurde die Nothwendigkeit hervorgehoben, auch die Unfallfürsorge für die Beamten und für Personen des Soldatenstandes entsprechend zu regeln. Es wird Ihnen ein Gesetzentwurf zugehen, welcher dieser Aufgabe, soweit die Reichsgesetzgebung sie zu lösen hat, gerecht zu werden bestimmt ist.

Die von fünf zu fünf Jahren gesetzlich vorgesehene Revision des Servistarifs und der Classeneintheilung der Orte ist der Gegenstand eingehender Vorberathungen gewesen. Ueber das Ergebniß derselben wird Ihnen eine entsprechende Vorlage gemacht werden.

---

*) S. 2a.

Im Interesse der wirksamen Vertheidigung der deutschen Küste 19. 11. 1885.
durch unsere Marine ist die Herstellung eines Schifffahrtscanals von der Elbmündung nach der Kieler Bucht in Aussicht genommen, ein Unternehmen, welches zugleich wirthschaftlichen Interessen dienen wird. Das zur Verwirklichung des Plans erforderliche Reichsgesetz wird Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußfassung unterliegen.

Die Rechtspflege in den unter den Schutz des Reiches gestellten überseeischen Gebieten bedarf der Regelung, behufs deren Ihnen die erforderliche Vorlage gemacht werden wird.

Ueber die Ausdehnung, in welcher deutsche Unternehmungen und Erwerbungen in fremden Welttheilen ferner in den unmittelbaren Schutz und unter die Aufsicht des Reiches zu nehmen sein werden, sind Verhandlungen*) mit den Regierungen von England, Spanien, Frankreich, Portugal und mit dem Sultan von Zanzibar gepflogen worden, deren Ergebnisse Ihnen auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers mitgetheilt werden sollen, sobald sie feststehen. Letzteres ist England gegenüber im Wesentlichen schon jetzt der Fall, und die Verhandlungen mit Spanien lassen, in Folge der Vermittelung Sr. Heiligkeit des Papstes, die den freundschaftlichen Beziehungen beider Länder entsprechende vergleichsweise Beilegung ihrer Meinungsverschiedenheiten über die Priorität der Besitzergreifung der Karolineninseln in Kurzem erwarten.

(Bravo!)

Das Deutsche Reich erfreut sich friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen auswärtigen Regierungen. Se. Majestät der Kaiser hegt die zuversichtliche Hoffnung, daß die Kämpfe der Balkanstaaten unter einander den Frieden der europäischen Mächte nicht stören werden,

(Bravo!)

und daß es den Mächten, welche den für jede von ihnen gleich werthvollen Frieden Europas vor sieben Jahren durch ihre Verträge besiegelt haben, auch gelingen werde, diesen Verträgen die Achtung der durch sie zur Selbständigkeit berufenen Volksstämme im Balkangebiete zu sichern. Se. Majestät der Kaiser ist von dem Vertrauen beseelt, daß Gottes Segen den bisher erfolgreichen Bestrebungen

---

*) S. 2b.

19. 11. 1885. unserer Politik zur Erhaltung des europäischen Friedens auch in Zukunft nicht fehlen werde.

(Bravo!)

Fürst Bismarck traf am 25. November 1885, von Friedrichsruh kommend, in Berlin ein und erschien in der

7. Sitzung des Deutschen Reichstags

Sonnabend 28. November 1885,

28. 11. 1885. um eine von sämmtlichen Mitgliedern des Centrums unterzeichnete Interpellation zu beantworten, der folgende Thatsachen zu Grunde lagen:

Zwei Mitglieder der Pariser Congrégation du Saint-Esprit et du Saint-Coeur de Marie, Weik und Stoffel, französische Unterthanen deutscher Abkunft, hatten bei dem Auswärtigen Amt die Erlaubniß nachgesucht, auf deutschem Boden ein Missionshaus errichten zu dürfen, in dem Missionäre für die deutschen Colonien an der westafrikanischen Küste herangebildet werden sollten. Die Reichsregierung hatte sich gezwungen gesehen, das Gesuch abfällig zu bescheiden, da Niederlassungen der Congrégation du Saint-Esprit etc. als einer dem Jesuitenorden verwandten Congregation nach dem Bundesrathsbeschluß vom 13. Mai 1873 in Deutschland nicht zugelassen, folglich auch die Missionsthätigkeit von Mitgliedern dieses Ordens in den deutschen Schutzgebieten nicht gestattet werden konnte. Der Bescheid erregte das lebhafte Mißfallen der Ultramontanen Deutschlands, und die „Germania" erging sich in einem längeren Aufsatz in heftigen Angriffen gegen die Reichsregierung, die die Katholiken grundsätzlich von den Schutzgebieten ausschließe und durch einen Vertrag mit der protestantischen Baseler Missionsgesellschaft sich förmlich verpflichtet habe, in Kamerun katholischen Missionären keinerlei Niederlassungen zu gestatten. Die Mischung von Wahrem und Falschem, aus der dieser Aufsatz bestand, gab dem Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssecretär v. Boetticher, am 3. November 1885 Veranlassung zu einer Berichtigung folgenden Wortlauts:

Die „Germania" enthält in ihrer Nummer vom 27. v. M. in einem mit den Worten: „Was man bei uns unter Religionsfreiheit versteht" beginnenden Artikel verschiedene die „Reichsregierung"

und das „Auswärtige Amt" betreffende Behauptungen, welche unrichtig sind. 28. 11. 1885.

1. Unrichtig ist die Behauptung, daß „erst in Angra Pequeña und dann in Kamerun die Katholiken ausgeschlossen worden". Es ist Seitens des Reichs keinerlei dahin gehende Anordnung getroffen worden.

2. Unrichtig ist es ferner, daß zwei Pariser Missionäre der Congrégation du St.-Esprit auf dem Auswärtigen Amt den Bescheid erhalten haben, „ein deutsches Missionshaus könne auf preußischem Gebiete wegen der Maigesetze nicht errichtet werden". Es ist den Herren vielmehr eröffnet worden, daß die gedachte Congregation nach dem Bundesrathsbeschlusse vom 13. Mai 1873 als mit dem Orden der Gesellschaft Jesu verwandt anzusehen sei, und daß folgeweise Niederlassungen derselben so wenig in den deutschen Schutzgebieten wie in Deutschland selbst zugelassen werden dürfen.

3. Unrichtig ist drittens die Behauptung, den vorerwähnten Missionären sei auf dem Auswärtigen Amt mitgetheilt worden, daß Niederlassungen katholischer Missionäre in Kamerun nicht gestattet würden, weil Seitens der Reichsregierung mit der protestantischen Baseler Missionsgesellschaft ein Vertrag abgeschlossen sei, nach welchem sich das Reich verpflichtet, katholischen Missionären keinerlei Niederlassungen in Kamerun zu gestatten. In der Unterredung, welche der Pater Weik mit einem Rathe des Auswärtigen Amtes hatte, ist von der Baseler Missionsgesellschaft nicht gesprochen worden.

4. Weder mit der letztgenannten noch mit einer anderen protestantischen Missionsgesellschaft ist eine Vereinbarung irgend einer Art schriftlich oder mündlich getroffen worden. Insbesondere ist auch Seitens des Reichskanzlers niemals ein angeblich von Herrn Lüderitz mit einer protestantischen Missionsgesellschaft abgeschlossener Vertrag, durch den katholischen Missionären der Aufenthalt und jede Wirksamkeit in Angra Pequeña untersagt sein soll, anerkannt oder abgelehnt worden: es ist sogar nicht einmal das Vorhandensein dieses angeblichen Vertrags zur Kenntniß der Reichsbehörde gelangt.

5. Unrichtig ist endlich die Behauptung, daß in der mehrerwähnten Unterredung von einem Rathe des Auswärtigen Amts

28. 11. 1885. die „staunenswerthen Erfolge" der deutschen Trappisten und die „segensreiche Thätigkeit" der Tilburger Missionäre auf den Inseln der Südsee anerkannt worden seien. Die Verhältnisse in Natal und auf den Südseeinseln sind bei jener Gelegenheit mit keinem Worte berührt worden.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes für das Deutsche Reich vom 7. Mai 1874 ersuche ich die Redaction der „Germania", die vorstehende Berichtigung in ihre Zeitung aufzunehmen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers
v. Boetticher.

Die Berichtigung befriedigte die Ultramontanen des Centrums nicht; sie fanden vielmehr die Behauptungen der „Germania" bestätigt in der Thatsache, daß ein Beamter des Auswärtigen Amts, Consul Raschdau, an der Bremer Missionsconferenz sich betheiligt hatte, und brachten alsbald nach Eröffnung des Reichstags, am 25. November 1885, folgende Interpellation ein:

> Die Berichtigung, welche der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Staatssecretär Staatsminister v. Boetticher, der Zeitung „Germania" unter dem 3. November l. J. zugesandt hat, gibt in Verbindung mit den Verhandlungen der jüngsten Missionsconferenz zu Bremen dringende Veranlassung, an den hohen Bundesrath, eventuell an den Herrn Reichskanzler die Anfrage zu richten, ob beschlossen oder beabsichtigt sei,
>
> 1. jede Missionsthätigkeit von Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der mit demselben „verwandten" Orden in den deutschen Schutzgebieten als gesetzlich verboten zu behandeln oder auf dem Verwaltungswege zu verbieten;
> 2. die Thätigkeit katholischer Missionen überhaupt in jenen Schutzgebieten auszuschließen oder zu beschränken?

Die Interpellation stand auf der Tagesordnung der 7. Sitzung des Reichstags vom 28. November 1885. Vom Präsidenten v. Wedell-Piesdorf befragt, ob und wann er bereit sei, die Interpellation zu beantworten, gab Fürst Bismarck seine Bereitwilligkeit zu sofortiger Beantwortung mit den Worten zu erkennen*):

Ich bin bereit, sie gleich zu beantworten.

Zur Begründung der Interpellation nahm darauf das Wort der Abg. Dr. P. Reichensperger. Die Erwerbung deutscher Schutzgebiete

*) StB. 101 b.

im Heidenlande, führte er aus, habe auf katholischer wie protestantischer Seite das Interesse für die Missionsthätigkeit belebt. Zu einer ersten öffentlichen Besprechung sei die Angelegenheit auf einer Missionsconferenz zu Bremen gekommen, dort aber in einer so exclusiven Weise behandelt worden, daß die katholische Presse den Bremer Vorgängen ihre Aufmerksamkeit habe zuwenden müssen, zumal da sich der deutsche Consul Raschdau anscheinend in amtlicher Eigenschaft an den Verhandlungen betheiligt und die Erklärung abgegeben habe, daß zwar das Princip der Parität aufrecht erhalten werden solle, für die Zulassung anderer Missionen aber die Priorität maßgebend sein müsse. Gleichzeitig seien auf dem Auswärtigen Amte zwei katholische Missionäre erschienen, „nicht französische Missionäre, sondern richtige Deutsche", und hätten um Auskunft darüber gebeten, ob ihrer Absicht, in den Schutzgebieten des Deutschen Reichs ein Missionshaus zur Ausbildung deutscher Missionäre für die afrikanischen Gebiete zu errichten, Hindernisse entgegen gestellt werden würden. Sie hätten, da sie auf dem Auswärtigen Amte die erwünschte Auskunft nicht erhalten hätten, Bericht an die katholische Presse erstattet, und auf Grund dieses Berichtes habe die „Germania" in einer Reihe von Artikeln die Angelegenheit erörtert und principiell die volle Parität für alle Missionen als nothwendig bezeichnet und gefordert. Die Berichtigung, die Staatssecretär v. Boetticher der „Germania" zugesandt habe, sei in einem Theile durchaus rechtsirrthümlich, in den anderen Theilen dunkel und zweideutig. Rechtsirrthümlich sei die Behauptung, daß die Congrégation du Saint-Esprit als eine dem Jesuitenorden verwandte Congregation auf Grund des Jesuitengesetzes auch in den deutschen Schutzgebieten nicht zugelassen werden könne; denn das Jesuitengesetz gelte wohl für das Reich, aber nimmermehr für die Schutzgebiete, die unzweifelhaft „nach der Natur der Sache, nach den Traditionen der anderen Völker und nach den eigenen Erklärungen der Reichsregierung" als Ausland angesehen werden müßten. Für die Schutzgebiete sei die Frage der Zulassung der Missionen vielmehr nach Art. 6 der Congo-Acte [1]) zu entscheiden, den der Geh. Legationsrath v. Kusserow als 28. 11. 1885.

---

[1]) Art. 6 der Congo-Acte vom 26. Februar 1885 lautet:

Alle Mächte, welche in den gedachten Gebieten Souveränetätsrechte oder einen Einfluß ausüben, verpflichten sich, die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen und an der Unterdrückung der Sclaverei und insbesondere des Negerhandels mitzuwirken; sie werden ohne Unterschied der Nationalität oder des Cultus alle religiösen, wissenschaftlichen und wohlthätigen Einrichtungen und Unternehmungen schützen und begünstigen, welche zu jenem Zwecke geschaffen und organisirt sind, oder dahin zielen, die Eingeborenen zu unterrichten und ihnen die Vortheile der Civilisation verständlich und werth zu machen.

28. 11. 1885. Commissar der verbündeten Regierungen selbst in einer Sitzung der Budgetcommission am 13. Februar 1885 „nach seiner Ansicht“ als maßgebend für die Ordnung der religiösen Fragen in allen Schutzgebieten bezeichnet habe. Dunkel und zweideutig fand er die Berichtigung in Alinea 1, 3 und 4, insofern nirgends mit klaren Worten ausgesprochen sei, daß katholische Missionen in den Schutzgebieten gestattet werden würden. Die Berichtigung habe den bei den deutschen Katholiken weit verbreiteten Sympathien für die Colonialbestrebungen einen schweren Stoß versetzt; doch hoffe er, daß der Mehlthau des preußischen Culturkampfes nicht auch auf jene Heidenländer niederfallen solle, indem man in völlig unzulässiger Parallelisirung der künstlichen Verhältnisse der Heimath mit den Wüsteneien der afrikanischen Schutzgebiete das Jesuitengesetz auch auf diese in Anwendung bringe. Diesem Jesuitengesetz galten die weiteren Ausführungen des Redners. Die Verwerflichkeit des Ordens könne kein Unbefangener zugeben, der sich dessen erinnere, daß die Gesellschaft Jesu wie jeder andere Orden unter der Aufsicht des römischen Stuhles stehe. Die „Verwandtschaft“ der Congrégation du Saint-Coeur mit dem Jesuitenorden sei übrigens durch Nichts bewiesen; in jedem Falle stehe dem Bundesrath das Recht zu, das Register der als Verwandte des Jesuitenordens ausgeschlossenen Congregationen zu corrigiren oder die Zulassung einzelner derselben in den Schutzgebieten kraft seiner Executivgewalt auszusprechen. Gerade die katholischen Missionen seien anerkannt im Dienste der Civilisation mit Erfolg thätig gewesen, ein gleicher Nutzen aber von den protestantischen Missionen nicht zu erwarten, da es diesen anerkannter Maßen an dem erforderlichen Material noch lange fehlen werde. Er berief sich dafür auf das Urtheil und die Empfehlungen des Dr. Nachtigal, des Admirals Knorr, des Gouverneurs v. Soden und des Botschafters Fürsten von Hohenlohe in Paris. Unhaltbar sei der Grundsatz, daß in den deutschen Schutzgebieten verboten sein müsse, was im Deutschen Reiche verboten sei; sonst müßten auch die Gesetze über Bigamie und das Socialistengesetz in den Colonien zur Anwendung kommen, und schon der Gedanke an eine solche Ungeheuerlichkeit richte sich. Zum Schluß kritisirte er die Aeußerung des Consuls Raschdau auf der Bremer Missionsconferenz, daß bei voller Achtung der Parität die Priorität für

---

Christliche Missionare, Gelehrte, Forscher, sowie ihr Gefolge, ihre Habe und ihre Sammlungen bilden gleichfalls den Gegenstand eines besonderen Schutzes.

Gewissensfreiheit und religiöse Duldung werden sowohl den Eingeborenen wie den Landesangehörigen und Fremden ausdrücklich gewährleistet. Die freie und öffentliche Ausübung aller Culte, das Recht der Erbauung gottesdienstlicher Gebäude und der Einrichtung von Missionen, welcher Art Cultus dieselben angehören mögen, soll keinerlei Beschränkung noch Hinderung unterliegen.

die Duldung der Missionsgesellschaften maßgebend sein werde. Damit werde die Verbreitung des Christenthums mit der Patentgesetzgebung, dem Markenschutz und den Hypotheken gewisser Maßen auf gleiche Linie gestellt. Die Verkündigung des Grundsatzes der Priorität beweise, daß nur das protestantische Missionswesen gouvernementale Förderung erfahren solle. Fürst Bismarck erwiderte*): 28. 11. 1885.

Die Beantwortung der Interpellation würde eine sehr einfache sein, wenn sich dieselbe auf den Text der Fragestellung beschränkte. Da heißt es zu Nr. 1:

> ob beschlossen oder beabsichtigt sei, jede Missionsthätigkeit von Mitgliedern des Ordens der Gesellschaft Jesu**) oder der mit demselben „verwandten" Orden in den deutschen Schutzgebieten als gesetzlich verboten zu behandeln oder auf dem Verwaltungswege zu verbieten.

Diese Nr. 1 würde ich einfach mit Ja beantwortet haben und kann das, ohne bei den verbündeten Regierungen, deren Entschließungen maßgebend sind, in dieser Richtung weitere Anfragen zu stellen, da sich meines Erachtens diese Beantwortung aus der Lage unserer Gesetzgebung ganz von selbst ergibt.

Auf so spitze Deductionen, wie die des Herrn Vorredners, daß die Colonien Ausland seien, und daß die Gültigkeit unserer Reichsgesetze sich auf das Inland beschränke, kann ich mich nicht einlassen; die Herren, deren Thätigkeit im Reiche die Gesetze, in Afrika die Verwaltungsordnungen verhindern, die Jesuiten nämlich — die werden sich ein solches Raisonnement sehr leicht aneignen; ein deutscher Minister kann das meines Erachtens nicht.

Wenn das Gesetz bei uns zu Recht besteht, so ist das doch der Fall, weil die verbündeten Regierungen ihm zugestimmt, weil der Kaiser es proclamirt hat, und die Regierungen haben demselben zugestimmt, weil sie das Gesetz für zweckmäßig und für den deutschen nationalen Interessen entsprechend halten. Anders ist ihre Zustimmung nicht denkbar. Wollen Sie nun von der Reichsexecutive verlangen, daß sie ihrerseits, in denselben Persönlichkeiten, die das Gesetz für zweckmäßig gehalten haben, den Grundsätzen desselben im Auslande zuwiderhandle? So leicht nehmen wir es mit der

---

*) StB. 105a.
**) S. 105b.

28. 11. 1885. Beobachtung der Reichsgesetze nicht. Außerdem aber sind die Reichsgesetze doch ganz zweifellos verbindlich für diejenigen Beamten des Reichs, die innerhalb des Gebiets desselben wohnen und die Vorkommnisse, welche mit den Reichsgesetzen im Widerspruch stehen, drüben in den Colonien durch ihre Unterschrift sanctioniren oder anordnen müßten. Es müßte also immer innerhalb des Reichsgebiets im Widerspruch mit den Reichsgesetzen gehandelt werden.

Der Herr Vorredner ist ja ein sehr viel besserer Jurist, als ich bin; ja, namentlich ist er auch ein sehr viel besserer Anwalt; ob er eine zweifelhafte Sache nicht sehr viel geschickter vertheidigen würde, als es mir möglich ist, das lasse ich dahingestellt sein; ich glaube, man kann es unbedingt bejahen. Aber diese Argumentation, dieses Unterscheiden zwischen dem Reichskanzler, der die Gesetze innerhalb des Reichsgebiets ausführt, und dem übrigen Reichskanzler, der ein Auge zudrückt, wenn im Ausland ihnen zuwider gehandelt wird, — das ist meinem Gefühl von Ehrlichkeit nicht annehmbar; und daß die Ansichten hierüber eben in den Doctrinen des Jesuitenordens mit denen der deutschen Staatsregierung nicht zusammenfallen, ist einer der Hauptgründe, warum wir an diesem Gesetz festhalten.

Der Herr Vorredner hat sehr richtig gesagt, daß es hier nicht der Ort sei, über die Angemessenheit des Fortbestehens der Jesuitengesetzgebung zu discutiren[1]; ich acceptire das auch sehr gern. Er hat aber doch nicht unterlassen, erhebliche Momente zu Gunsten der Jesuiten anzuführen, so daß ich meinerseits doch auch eines, das für mich als Politiker besonders maßgebend ist, dagegen anzuführen nicht unterlassen kann. Die Gefahr, die gerade die Thätigkeit der Jesuiten für Deutschland, seine Einigkeit und seine nationale Entwickelung hatte, liegt ja nicht in dem Katholicismus der Jesuiten,

[1]) Abg. Reichensperger: „Ich will mich über die Frage nicht weiter verbreiten, wie es denn in der Wirklichkeit beschaffen sei mit der angeblichen Verwerflichkeit des Jesuitenordens, die das Gesetz von 1872 dictirt hat. Ich bin der Meinung, daß für jeden Unbefangenen schon die eine Garantie für die Unrichtigkeit jener Anschauung darin liegt, daß dieser Orden, wie alle anderen bestehenden Orden, unter der Aufsicht der katholischen Kirche und des römischen Stuhles steht. Es ist, meine ich, für einen Unbefangenen unmöglich, anzunehmen, daß wirklich perverse Tendenzen, wie es ja behauptet wird, in dem betreffenden Orden leben und wirken sollten“ (StB. 104a).

sondern sie liegt in ihrer ganzen internationalen Organisation, in ihrem Lossagen und Loslösen von allen nationalen Banden und in ihrer Zerstörung und Zersetzung der nationalen Bande und der nationalen Regungen überall, wo sie denselben beikommen. 28. 11. 1885.

(Widerspruch im Centrum.)

Nun haben wir gerade in Deutschland an nationalem Empfinden und nationaler Lebendigkeit keinen erheblichen Ueberschuß; ich möchte sagen, wir sind in der Richtung einiger Maßen*) blutarm; es ist eine bedauerliche Leichtigkeit, mit der der Deutsche überall, im Osten und Westen, sich von seiner Nationalität lossagt, und die Wirkung der nationalen Empfindungen auf unsere Handlungen, auf unser Auftreten, auf unsere Versöhnlichkeit im inneren Parteiwesen ist leider Gottes eine außerordentlich geringe. Die deutschfeindlichsten Namen in den französischen Revancheparteien sind die Namen von deutschen Renegaten, die theils im Elsaß geboren sind, theils französirt und französische Bürger geworden sind; die leidenschaftlichsten Polen, die uns entgegenstehen, stammen von deutschem Blut, haben ihren Namen polonisirt, entweder durch Uebersetzung oder durch polnische Anhängsel, und kommen sich vornehmer vor, wenn sie als polnische Starosten wieder über die Grenze zurückkommen, nachdem sie als einfache deutsche Landleute dahin gegangen sind; jeder Deutsche, der in Amerika ein paar Jahre gewesen ist, spricht ein mit Amerikanismen untermischtes Deutsch und spricht von „bei uns drüben in Amerika“ [1]). Es ist dieser Kosmopolitismus, diese Neigung zur Vaterlandslosigkeit, die gerade der Jesuitenorden mehr als irgend ein anderer durch seine Jugenderziehung fördert, indem er die Jugend von den nationalen Banden, vom Nationalgefühl losreißt. Das ist eben die Hauptsache, die ich gegen den Orden habe; sonst ist er geschickter, duldsamer und klüger als mancher andere. Die Jesuiten sind eine Gefahr für das geringe Maß, für den geringen Rest von Nationalgefühl, der einer großen Mehrzahl von uns Deutschen geblieben ist.

Ebenso sicher würde ich die Nr. 2 der Interpellation, wenn sie allein stände, nämlich die Frage, ob beschlossen oder beabsichtigt sei,

---

*) S. 106a.

[1]) S. u. S. 437, Rede vom 28. Januar 1886.

28. 11. 1885. die Thätigkeit katholischer Missionen überhaupt in jenen Schutzgebieten auszuschließen oder zu beschränken?

ganz kurzweg mit „Nein — nun und nimmermehr!" beantwortet haben. Es kann ja doch auch gar nicht der Glaube der Herren sein, daß eine solche, ich möchte sagen confessionelle Brutalität im Bundesrath überhaupt gedacht und beabsichtigt sein könnte. Glauben Sie denn, daß die Vertreter der katholischen Könige von Bayern und Sachsen einer derartigen einseitigen Ungerechtigkeit ihrerseits zustimmen würden? Da würden wir nicht auf eine Interpellation hier zu warten haben. Ich bitte die Herren, doch anzunehmen, daß Das, was der Herr Vorredner für sich in Anspruch nahm und uns empfahl: „das allgemeine Interesse des Reichs werde für ihn stets leitend sein" [1]), daß das im Bundesrath ganz unbedingt der Fall ist und jeder Zeit der Fall sein wird. Also alle Suppositionen, als ob etwas Anderes jemals beabsichtigt gewesen wäre, muß ich als Verdächtigung bezeichnen, die ich im Namen der verbündeten Regierungen zurückweise.

(Bravo! rechts.)

Wir wollen die volle und vollständige Parität.

Ich habe demnach mehr aus den Motiven als aus dem Tenor der Interpellation Veranlassung genommen, selbst das Wort zu ergreifen; die Motive geben mir zu denken. Da ist gesagt:

> Die Berichtigung, welche der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Staatssecretär, Staatsminister v. Boetticher, der Zeitung „Germania" (Nr. 254 II) unter dem 3. November d. J. zugesandt hat, gibt dringende Veranlassung u. s. w.

Ich habe mir gedacht: Ist dies ein casus pro amico [2])? Soll die durch dies Communiqué, durch die Berichtigung in Zweifel gestellte Wahrheitsliebe dieses Blattes hier eine solche Rechtfertigung

---

[1]) Abg. Reichensperger: „Ich meine, daß, wenn von der Executivgewalt Gebrauch gemacht werden wird, dabei allein das allgemeine Interesse des Reichs und das Recht aller Confessionen und Reichsangehörigen berücksichtigt werden muß. Das . . . ist, wie mir scheint, eine Forderung, die jeder Patriot stellen muß; aber ich sage . . ., daß wenigstens die 12 Millionen deutscher Katholiken und ihre Vertreter lauten Protest dagegen erheben, wenn andere Grundsätze als die des internationalen Rechts in deutschen Schutzgebieten verwirklicht werden sollten" (StB. 103b).

[2]) Freundschaftsdienst.

erfahren? Soll deshalb der ganze Reichstag in Bewegung gesetzt 28. 11. 1885.
werden, und eine Interpellation im Interesse einer Parteizeitung als Entgegnung dieser letzteren auf die Berichtigung der Regierung dienen, um daran — semper aliquid haeret [1]) — nachher eine weitere Discussion zu knüpfen? Das schien*) mir möglich, obschon es mir doch immer zweifelhaft ist, daß man sich mit einem Blatt wie dieses gerade von Seiten einer großen und angesehenen Fraction hier im Reichstage identificiren könnte, um im Rahmen einer amtlichen Interpellation gegen die verbündeten Regierungen aufzutreten und gewisser Maßen für die verdächtigte Wahrheitsliebe der „Germania", die ihren Namen mit einem eigenthümlichen Rechte führt,

(Heiterkeit.)

den Reichstag in die Schranken zu führen.

Ich habe ferner mich auch gefragt: Hat die Interpellation vielleicht eine Gelegenheit bieten sollen, gegen das Jesuitengesetz eine Lanze zu brechen und für die Jesuiten in die Schranken zu treten? Die Introduction des Herrn Vorredners hat mir den Eindruck gemacht, als wenn dies gerade nicht seine Absicht gewesen wäre, und als ob er dies vielleicht auf eine andere Gelegenheit verspare.

Dagegen ist meine dritte Conjectur durch die Aeußerungen, durch die Argumente des Herrn Vorredners etwas stärker begründet worden, als sie früher war. Ich habe mich gefragt: Ist es vielleicht eine Gelegenheit, um die Haltung seiner**) Fraction zu motiviren in Bezug auf Fragen, bei denen sie nicht mit allen ihren Wählern gänzlich in Uebereinstimmung ist? Ich meine die Colonialfrage. Der Herr Vorredner hat uns selbst gesagt, die Sympathien für die colonialen Angelegenheiten seien unter den Katholiken sehr verbreitet [2]). Nun, davon hat uns das Verhalten der Reichstagsvertreter, die sich vorzugsweise als katholische Vertreter be-

*) S. 106b.

**) StB.: einer.

[1]) Immer bleibt Etwas hängen, vgl. Bd. VIII 116, X 355.

[2]) Abg. Reichensperger: „Ich muß leider hinzufügen, daß nach den mir gewordenen Erfahrungen schon der Inhalt der eben verlesenen Berichtigung den bei den deutschen Katholiken weit verbreiteten Sympathien für die neuen Colonialbestrebungen einen schweren Stoß versetzt hat" (StB. 103b).

28. 11. 1885. zeichnen, keinen Beweis geliefert. Im Gegentheil, soviel ich mich erinnere, haben die Herren mit großer Energie und Zähigkeit den Kampf der Fortschrittspartei gegen die ganze Colonialfrage unterstützt. Wenn nun also wirklich die Sympathie für die Colonien eine sehr verbreitete unter den Katholiken ist, wie ich das auch glaube meinerseits — und ich freue mich auch darüber — so liegt es doch einiger Maßen im Interesse, dieser Sympathie entgegen zu treten, indem man sagt: Die ganzen Colonien werden in einer disparitätischen Weise zum Nachtheil der katholischen Confession ausgebeutet, um dadurch gewisser Maßen dieselbe Gegnerschaft gegen Zwecke und Ziele der Colonialpolitik zu motiviren und unter den Glaubensgenossen weiter zu verbreiten, die unter den Führern dieser Partei ja als Kampfmittel gegen die Regierung zu unserem Bedauern uns sehr deutlich entgegen getreten ist.

Sie sehen, als Politiker suche ich bei den Zügen des Gegners nach politischen Motiven; denn ich kann mir nicht denken, daß lediglich ein Zeitungsartikel und dieser eigenthümliche Vorgang mit den beiden Franzosen, die der Herr Vorredner als „richtige Deutsche" bezeichnete, — daß nur dies dazu hätte Anlaß geben sollen, den Reichstag und die Vertretung der verbündeten Regierungen für — ich weiß nicht wie viel — Zeit hier in Mitleidenschaft zu ziehen. Man kommt nothwendig auf den Gedanken, daß irgend ein anguis sub herba latet[1]), daß noch irgend ein Motiv dieser Interpellation zu Grunde liegt, das mit ihr direct Nichts zu thun hat. Wenn nicht noch weitere Reden folgen, so habe ich den Eindruck: Die Sympathie, die innerhalb der katholischen Wähler für die Colonialpolitik vorhanden ist, soll bekämpft und erschüttert werden durch die Tendenzen, die man den verbündeten Regierungen etwa dabei unterzuschieben vermag, und ich bin deshalb genöthigt, etwas weitläufiger in die Genesis der ganzen Dinge einzugehen, an die sich diese Interpellation geknüpft hat.

Vorher will ich noch bemerken: der Herr Vorredner hat gesagt, wenn man die Gesetze in der einen Beziehung in den Schutzgebieten ausführen wollte, so würde man das auch in allen übrigen Rich-

---

[1]) Daß irgend eine Schlange sich unter dem Grase verbirgt, Citat aus Virgil, Ecl. 3, 93; vgl. Bd. X 202.

tungen thun müssen, und hat etwas spöttisch gefragt, ob wir etwa die socialdemokratischen Gesetze dort handhaben wollten [1]). Nun, richterlich können wir sie dort nicht handhaben, aber im Sinne derselben werden wir ganz gewiß*) dort verfahren; und wenn wir dort mit Agenten zu thun hätten, die bei der deutschen oder gar bei der schwarzen Arbeiterbevölkerung 28. 11. 1885.

(Heiterkeit.)

im Sinne derjenigen Tendenzen, die bei uns durch das Socialistengesetz in ihrer Wirkung eingeschränkt werden sollen**), thätig und beredt sein sollten, — nun, ich glaube, der Gouverneur würde seine Schuldigkeit thun, indem er sie sehr rasch nach hier wieder einschiffte, falls ihr Verhalten nicht zu einer kurzen und summarischen Justiz die Möglichkeit böte. Ich verstehe nicht recht, wie der juristisch so hochstehende Herr Vorredner dies als ein Argument hat anführen können.

Es gibt noch eine Menge anderer Gesetze, die wir, weil sie dort nicht eingeführt sind, bisher dort stricte nicht handhaben konnten, aber in deren Sinne die dortige Verwaltung zu handhaben doch immer unsere Pflicht sein wird. Gerade das Beispiel von der Socialdemokratie war mit am unglücklichsten gewählt; gegen die würde man mit der Zustimmung aller an den colonialen Interessen betheiligten Kaufleute und Nichtkaufleute mit großer Energie im Sinne der hiesigen Gesetze und noch darüber hinaus einschreiten. Was die Jesuiten anbelangt, so würde ich aus den Gründen, die ich vorher schon anführte, selbst wenn das Jesuitengesetz nicht existirte, es doch für nützlich halten, daß man Jesuitenmissionen einstweilen in den Schutzgebieten nicht zuließe, namentlich

*) S. 107a.

**) StB.: sollten.

[1]) Abg. Reichensperger: „Noch ein einziges Wort über die Bedeutung des hier in Rede stehenden Grundsatzes: Was im Deutschen Reiche verboten sei, müsse es doch wohl auch in deutschen Schutzgebieten sein. Nun, meine Herren, sehen Sie sich doch einmal unser Strafgesetzbuch an! Sie finden beispielsweise dort schwere Strafen gegen die Bigamie. Soll wirklich der Grundsatz gelten, daß, weil die Bigamie bei uns mit schweren Strafen verpönt ist, dieselbe auch in den heidnischen Schutzländern bestraft werden müsse? . . . Oder, meine Herren, will man etwa auf Grund des vorbezeichneten Grundsatzes auch das Socialdemokratengesetz dort einführen wegen gemeingefährlicher Bestrebungen der Socialdemokratie?“ (StB. 104b).

28. 11. 1885. keine französischen. Das ist ja Ansichtssache, die Zweckmäßigkeit und die Ziele der Politik; dem Einen ist die Herrschaft des Elements, das die Jesuiten vertreten, die weltliche Herrschaft, das letzte Ziel der Entwickelung der Dinge; dem Anderen ist es die Bekämpfung derselben Grundsätze.

Die ganze Genesis dieser Frage, der ich nun näher treten muß, ist, wie ich dem Herrn Vorredner erwidere, keine confessionelle, sondern eine internationale. Wir haben in diesen Herren Weik und Stoffel in erster Reihe noch nicht einmal die Jesuiten perhorrescirt; es war das Jesuitengesetz nur die natürliche Handhabe, die sich darbot. Noch entschiedener für uns lag die Nöthigung, diese Herren abzuweisen, in ihrem Charakter als Franzosen und als Agenten französischer Gesellschaften. Um dieses zu documentiren, muß ich etwas tiefer in die Acten steigen.

Ich bin zuerst mit dieser Sache befaßt worden in diesem Sommer in Kissingen durch ein Schreiben, welches mir am 9. Juni zuging mit der Unterschrift des Herrn Weik, und wo dieser „richtige Deutsche" des Herrn Vorredners sagt:

> Allemand moi-même, mais absent depuis 22 ans de la mère patrie —[1])

und nun verlangt er eine Audienz von mir.

Es folgt ein Bericht des Gouverneurs von Kamerun vom 5. Juli, der sich sehr günstig für diese Herren in specie[2]) ausspricht; aber kennzeichnend ist schon das Rubrum dieses Berichtes: „Bericht Nr. 5, betreffend die Errichtung einer französischen Mission im Kamerungebiete" — von deutsch ist dabei nicht die Rede. Es heißt in dem Bericht:

> Die Congrégation du Saint-Esprit et du Saint-Coeur de Marie hat einen ihrer Priester, den père Stoffel, hierher beordert, um das Nöthige behufs Gründung einer Missionsanstalt im Kamerungebiete einzuleiten.

Der Gouverneur lobt die Thätigkeit dieser Herren und ihr Geschick, gibt ihnen alle Anerkennung und — ich will Ihnen auch das nicht verschweigen — sagt:

[1]) Selbst ein Deutscher, aber seit zweiundzwanzig Jahren abwesend von meinem Vaterland.

[2]) Im Besonderen, vgl. Bd. VIII 27. 349.

Ich habe Grund zu der Annahme, daß die Congregation ihrerseits auf diese Bedingungen 28. 11. 1885.

— nämlich für die Erziehung zu wirken —

eingehen wird,

— aber immer die Pariser Congregation —

zumal dieselbe an deutschredenden Elementen keinen Mangel leidet. Freiheit von Einfuhrzöllen für die Mission auf eine beschränkte Zeit könnte unsererseits vielleicht*) um so eher zugesichert werden, als ja deren Einführung überhaupt nicht beabsichtigt wird.

Das ist die Ansicht des Herrn Gouverneurs; Sie sehen also, daß da durchaus kein Vorurtheil bestand.

(Abg. Dr. Windthorst: Bei dem nicht, aber bei der Centralstelle!)

— Bei mir gewiß!

(Heiterkeit.)

Zum Beweise dafür, daß nie anders als „eine französische Mission" die Bezeichnung dieser Einrichtung gewesen ist, führe ich weiter ein amtliches Actenstück an vom 8. August, ein Schreiben des Auswärtigen Amtes an den Cultusminister:

> Ew. Excellenz beehre ich mich, anbei in Abschrift den Bericht des Kaiserlichen Gouverneurs von Kamerun vom 5. v. M., betreffend die Errichtung der französischen Mission im Kamerungebiet, zur gefälligen Kenntnißnahme zu übersenden. Vor weiteren Schritten beabsichtige ich zunächst den in Aussicht gestellten directen Antrag der Congrégation du Saint-Esprit et du Saint-Coeur de Marie abzuwarten; indessen würde es schon jetzt erwünscht sein, Näheres über die Thätigkeit und den Charakter der genannten Missionsgesellschaft zu erfahren.

Darauf ist die Antwort ergangen über den Ursprung der Congregation, die durch den convertirten Sohn eines Rabbiners im Elsaß 1804 begründet worden ist, und zwar zu Neuville bei Amiens. Es ist also ein durchaus französisches Institut, das sich dem Missionswerk in Afrika hingegeben hat. Im Jahre 1852 übertrug die französische Regierung der Congregation das séminaire

*) S. 107b.

28. 11. 1885. colonial zu Paris — sie ist also ein französisches Regierungsorgan — und zweitens das französische séminaire in Rom, begründet 1853; also zwei amtliche französische Regierungsanstalten hängen von dieser Congregation ab; und wir würden eben durch ihre Zulassung auch eine amtliche französische Regierungsanstalt in Kamerun bekommen haben.

> Die Hauptquelle über die Thätigkeit dieser wie anderer katholischer Religionsgesellschaften sind die „Jahrbücher zur Verbreitung des Glaubens“, welche in deutscher Uebersetzung in Köln erscheinen. Die Culturarbeiten der besprochenen Missionsgesellschaft sind auch sonst von Protestanten gelobt worden, und es ist um so mehr anzunehmen, daß dieses Lob auf Wahrheit beruht, als es im Wesen der römischen Missionen liegt, sich mit einer mehr äußerlichen Erziehung zur Erfüllung der christlichen Cultuspflichten wie zur Annahme der Lebensformen und Thätigkeiten einer höheren Culturstufe zu begnügen. Da es von verschiedenen Seiten bestätigt ist, daß es besonders Elsasser und Lothringer sind,

— das heißt Revanchеelsasser —

> welche in der westafrikanischen Mission verwandt werden, so dürften vielleicht durch die Kaiserliche Statthalterschaft in Elsaß-Lothringen noch ausgiebigere Nachrichten über die Thätigkeit und den Charakter jener Missionsgesellschaft zu erlangen sein.

Sie sehen also, daß die Sache mit Sorgfalt und ohne voreingenommene Ansichten geprüft worden ist. Der damalige Botschafter in Frankreich[1]) schreibt unter dem 4. October d. J.:

> Ein gewisser Pater Weik, Mitglied der Congregation des heiligen Geistes und des heiligen Herzens Mariä, die seiner Zeit in Deutschland Häuser besaß, dann aber mit den übrigen Orden ausgewiesen wurde, hat mich hier besucht und vorgetragen, daß es der Wunsch seines Ordens sei, in Deutschland ein Erziehungshaus für seine Missionäre zu gründen,

— das*) ist also das Hauptpetitum, welches mir auf der ersten Seite entgegentritt —

---

*) S. 108a.

1) Fürst von Hohenlohe.

damit für die deutschen Ansiedelungen in Afrika die genügende Zahl von Missionären herangezogen werden könne. Ich habe dem Pater Weik gesagt, ich könne ihm keine Hoffnung machen, daß ein ausgewiesener Orden die Genehmigung zur Gründung eines Hauses in Deutschland erhalten würde. 28. 11. 1885.

Ich komme darauf zurück, daß nachher nach den unwahren Angaben der „Germania", die durch die Berichtigung widerlegt wurden, diese Geistlichen behauptet hätten, ihnen wäre vom Botschafter Hohenlohe dringend empfohlen, sich an die Reichsregierung zu wenden, und Hoffnung gemacht, — während hier ausdrücklich*) berichtet wird: Ich habe dem Pater Weik keine Hoffnung gemacht.

Ich bemerke dabei in Parenthese, was ich früher vergessen habe, daß diese Berichtigung in der „Germania" doch keineswegs, wie der Herr Vorredner anzunehmen schien, den Zweck gehabt hat, ein Regierungsprogramm zu entwickeln, — ich glaube nicht, daß wir dazu gerade dieses Blatt gewählt haben würden,

(Heiterkeit rechts.)

sondern sie hatte ausschließlich den Zweck, den Mangel an Wahrheitsliebe, den das Blatt, in dieser Sache wenigstens, in auffälliger Weise an den Tag gelegt hatte, der allen Thatsachen ins Gesicht schlug, zu kennzeichnen und dem zu widersprechen. Wenn der Herr Vorredner aus dieser Berichtigung ein Regierungsprogramm hat construiren wollen, das hier vertreten werden sollte, und woraus er Consequenzen ziehen könne, ja dann überschätzt er doch die Bedeutung der „Germania", wenigstens diejenige, die wir regierungsseitig ihr beilegen.

Also der Botschafter hat dem Pater keine Hoffnung darauf gemacht, daß er die Genehmigung zur Gründung eines Hauses in Deutschland erhalten werde, stellte ihm aber anheim, mir sein Project in Form eines Briefes einzureichen, „um die Genehmigung Ew. Durchlaucht erhalten zu können". In Folge dessen hat mir Pater Weik einen Brief geschrieben.

Dann kommt wieder in der Sprache des „richtigen Deutschen"

(Heiterkeit.)

vom 4. October ein Schreiben an den Fürsten Hohenlohe:

---

*) Im StB. steht „ausdrücklich" nach: „Ich habe".

28. 11. 1885. La Congrégation du Saint-Esprit u. s. w. demande au Gouvernement allemand de lui permettre de fonder en Allemagne une maison à fin de former des missionaires pour les colonies allemandes en Afrique,

Das waren eben die Phrasen, die ich auf dem ersten Blatte schon fand. Dann werden die Dienste geschildert, die sie zu leisten sich anheischig machen:

dans le but principal de l'évangélisation et civilisation des races noires [1]).

Ebenso ist dann wiederum in einem Schreiben an meinen Sohn in derselben Sprache vom 22. October gesagt:

Nous avons déjà eu l'avantage d'en entretenir M. le Prince de Hohenlohe à Paris et à notre passage à Bade. Monsieur le Gouverneur d'Alsace et de Lorraine nous a fortement conseillé de nous adresser à Votre Excellence

— Sie haben eben gehört, worin das bestand —

pour lui faire voir tous les avantages qui en résulteraient pour le Gouvernement allemand [2]).

Dann ein Schreiben vom 23. October an mich:

Nous avons l'honneur de prier Votre Altesse de vouloir bien nous faire connaître la décision prise par le Gouvernement allemand au sujet de la proposition que le Père Weik a adressée par l'entremise de M. le Prince de Hohenlohe [3]) u. s. w.

---

1) Die Ordensgesellschaft vom Heiligen Geist bittet die deutsche Regierung um Erlaubniß, in Deutschland ein Haus begründen zu dürfen, um Missionäre für die deutschen Colonien in Afrika zu bilden, in der Hauptabsicht der Bekehrung und Civilisation der schwarzen Völker.

2) Wir haben schon den Vorzug gehabt, mit dem Fürsten von Hohenlohe in Paris und bei unserer Durchreise in Baden uns darüber zu unterhalten. Der Herr Statthalter von Elsaß und Lothringen hat uns dringend gerathen, daß wir uns an Ew. Excellenz wenden möchten, um Sie in den Stand zu setzen, alle Vortheile zu erkennen, die daraus für die deutsche Regierung hervorgehen dürften.

3) Wir haben die Ehre gehabt, Ew. Durchlaucht zu bitten, die Entscheidung der deutschen Regierung in Bezug auf den Vorschlag uns bekannt zu geben, welchen Pater Weik durch Vermittelung des Fürsten von Hohenlohe an dieselbe gerichtet hat.

Nun, ich führe Ihnen das Alles an, um zu zeigen, daß für*) uns der französische Charakter dieser ganzen Petition durchaus vorwiegend bleibt, und daß ich nicht weiß, wo der Herr Abg. Reichensperger seine Ueberzeugung hergenommen hat, daß das „richtige Deutsche“ wären. Der Herr Vorredner sprach leider nach seinen Stimmmitteln nicht so deutlich, daß ich hier Alles verstehen konnte — er führte aber Etwas an über den Bescheid, den die Patres erhalten haben sollten[1]). Deshalb habe ich es mir notirt und die Acten nachgesehen. Nach letzteren hatte ich telegraphisch in Paris angefragt und die Antwort erhalten: 28. 11. 1885.

> Pater Weik ist vor wenigen Tagen auf Grund des Erlasses vom 8. October dahin beschieden worden, daß die bestehende Gesetzgebung eine Gewährung seines Gesuches nicht zulasse.

Ich kann auch noch einige Erläuterungen zu diesem kurzen Telegramm geben. Der Botschafter berichtete am 10. November auf weitere Erkundigungen:

> Nach dem Empfang des Erlasses vom 8. October citirte der Geschäftsträger den Pater Weik zur Entgegennahme eines mündlichen Bescheides auf die Botschaft.

Nach den Entstellungen, die hier über mündlichen Verkehr unter vier Augen in die „Germania“ gelangt sind, hatte ich gewünscht, daß mündliche Unterredungen vermieden würden, oder, wenn sie stattfänden, in Gegenwart von Zeugen stattfinden müßten. Zu meinem Bedauern ist das nicht vollständig befolgt worden.

> Pater Weik kam der Aufforderung erst vor wenigen Tagen nach; er traf den Geschäftsträger in der Nähe der Botschaft auf der Straße, und er erhielt mündlich nun den Bescheid, daß wegen der bestehenden Gesetzgebung sein Gesuch nicht erfüllt werden könne. Der Pater war darüber niedergeschlagen; er wollte mich sprechen und sich an meine Vermittelung wenden. Der Geschäftsträger erklärte ihm, daß dies nutzlos sein würde, und daß die Botschaft Angesichts der Lage der Gesetzgebung nicht weiter für ihn vermitteln

---

*) S. 108b.

[1]) Abg. Reichensperger: „Außerdem wird Bezug genommen auf die Empfehlungen des Admirals Knorr, des Gouverneurs v. Soden und des früheren Botschafters in Paris, Fürsten von Hohenlohe“ (StB. 104b).

28. 11. 1885. könne. Wenn er hoffe, bei dem für Missionsthätigkeit in unseren Colonien herrschenden Interesse später einen Ausweg zu finden, müsse ihm überlassen bleiben, dies selbst zu thun. Darauf ging der Pater, und er hat weder mich noch sonst ein Mitglied der Botschaft gesprochen.

Ich führe diese scheinbar unbedeutenden Details nur an, um den Beweis zu liefern, daß die Details, die der Herr Vorredner hier angab über die Bescheidung, und die Consequenzen, die er daraus gezogen hat, in den wirklichen Vorgängen in Paris keine Unterlage finden.

Dann erlaube ich mir zur Aufklärung meiner Stellung zur Sache noch einige Actenstücke Ihnen vorzulesen, die ich hier zum Abdruck geben kann. Zunächst meine Instruction aus Friedrichsruh vom 26. October behufs Ertheilung von Instructionen an den Botschafter in Paris. Dieselben lauten dahin:

> Die Congrégation du Saint-Esprit et du Saint-Coeur de Marie ist laut Beschluß des Bundesraths vom 13. Mai 1873 mit dem Orden der Gesellschaft Jesu als verwandt anzusehen und daher nach dem Reichsgesetz vom 4. Juli 1872 nicht berechtigt, innerhalb des Reichsgebietes Niederlassungen zu unterhalten. Die in Deutschland früher vorhandenen Niederlassungen der Congregation in Marienthal, Regierungsbezirk Coblenz, und Marienstadt, Regierungsbezirk Wiesbaden, sind dem zu Folge aufgelöst worden. Es liegt mithin eine gesetzliche Unmöglichkeit vor, den genannten Geistlichen die erbetene Erlaubniß zur Eröffnung einer Erziehungsanstalt in Deutschland für Zwecke der überseeischen Mission zu ertheilen.
>
> Die Nothwendigkeit eines ablehnenden Bescheides würde*) aber auch dann vorliegen, wenn es sich nur um eine Ermächtigung zur Gründung von Missionshäusern dieser Gesellschaft in Kamerun selbst handelte. Denn einmal werden die Reichsbehörden auch bezüglich der überseeischen Gebiete nicht im Widerspruch gegen die Reichsgesetze verfahren können, und sodann erscheint es bedenklich, die Ausübung der Missionsthätigkeit daselbst in französische Hände zu legen. So-

*) S. 109a.

wohl Weik als Stoffel sind, obgleich deutscher Abkunft, 28. 11. 1885.
naturalisirte Franzosen —

das sind also die „richtigen Deutschen" des Herrn Vorredners —

und haben diese ihre Eigenschaft dadurch hervorgehoben, daß sie sich in allen ihren hier vorliegenden Eingaben ausschließlich der französischen Sprache bedienen. Als Jesuiten und als Franzosen werden sie den Befehlen ihres von Paris aus geleiteten Ordens gehorchen, und ihre deutschfreundlichen Protestationen ermangeln der Glaubwürdigkeit. Wir werden vielmehr darauf gefaßt sein müssen, daß sie, wenn sie Einfluß daselbst gewinnen, diesen im antideutschen Interesse benutzen werden. Ich bin der Ansicht, daß die Förderung des Missionswesens in den überseeischen Besitzungen des Reiches denjenigen Missionsgesellschaften zu überlassen sein wird, welche einen deutschen Charakter tragen und von denen nicht zu befürchten ist, daß sie den Einfluß, welchen sie auf die Eingeborenen gewinnen könnten, unter Umständen gegen uns verwerthen würden. Der Frieden des Deutschen Reiches ist leider noch immer durch die Stimmung der Franzosen aller Parteien mehr bedroht als von jedem anderen Lande.

Wir haben das Glück gehabt, mit der französischen Regierung jeder Zeit in Frieden und gutem Einvernehmen zu leben. Wir können nicht dasselbe sagen von den französischen Parteien, und Vorkommnisse, wie sie bei Gelegenheit der aufregenden Vorgänge in Spanien[1]) und einiger anderen stattgehabt haben, wo die öffentliche Meinung, unbewacht, ungezügelt und unbeeinflußt von der Weisheit der Regierung, ihren ersten Ausbruch fand, haben zu unserem Bedauern gezeigt, daß in allen Parteien die leitenden Organe die Feindschaft gegen Deutschland, die Möglichkeit, daß der Augenblick einst kommen könne, an Deutschland Rache zu nehmen, und den Willen, Dieses zu thun, als die beste Grundlage ihrer Bewerbung um die öffentliche Gunst bei den Wahlen und in der öffentlichen Meinung ansehen.

(Hört! Hört! rechts.)

---

[1]) Anspielung auf die Pöbelscenen vor der deutschen Gesandtschaft in Madrid wegen des Streites zwischen Deutschland und Spanien über die Karolinen.

28. 11. 1885. Diese Erscheinung, kann ich nicht leugnen, hat mir einen Eindruck gemacht. Niemand kann dafür die französische Regierung verantwortlich machen; denn, wie gesagt, alle Regierungen, mit denen wir seit 1870 zu thun gehabt haben, haben gleich uns die Ueberzeugung gehabt, daß es beiden Nationen nützlich und ersprießlich ist, den Frieden zu erhalten, und haben ehrlich das Ihrige gethan, um diese Ueberzeugung zu verwirklichen. Aber nach dem Gewicht der öffentlichen Stimmung in Frankreich, nach der lebendigen Eindrucksfähigkeit der Nation können wir nicht mit der jedesmaligen Regierung allein rechnen, wir müssen mit der Empfindlichkeit der Saiten, der Chorden rechnen, die in der Bevölkerung Anklang finden, und die derjenige, der die Bevölkerung für sich gewinnen will, wie wir sehen, in allen Parteien mit Vorliebe anschlägt.

Es ist deshalb zu meinem Bedauern für die Fälle, die möglich sind, von denen ich nicht hoffe, daß sie eintreten, eine Vorsicht in der Organisation unserer exponirten colonialen Stellungen mehr als wo anders nothwendig. Deshalb schließt diese Instruction auch:

Sollten unsere angestrengten Bemühungen, ihn

— also den Frieden —

zu erhalten, einmal in Zukunft erfolglos bleiben, so*) ist kaum zu erwarten, daß die Emissäre der Pariser Congrégation du Saint-Esprit und ihre Clienten in Afrika auf der Seite Deutschlands stehen würden.

(Sehr richtig! rechts.)

Dann dient zur weiteren Beleuchtung der Sache noch folgender Bericht, der mir auf Erkundigung über dieselbe Frage erstattet wurde:

Bei Vorlage des beifolgenden Artikels der „Germania“ vom 27. d. M. wird bemerkt, daß dem Pater Weik, als derselbe persönlich um Bescheid auf seine letzte Eingabe bat, von dem Referenten Dr. Krauel mündlich eröffnet wurde, daß mit Rücksicht auf das Reichsgesetz vom 4. Juli 1872 und auf die durch Bundesrathsbeschluß ausgesprochene Verwandtschaft der Congregation**) vom heiligen Geist und heiligen Herzen Mariä mit der Gesellschaft Jesu die Er-

*) S. 109b.

**) StB.: Congregationen.

laubniß zur Gründung einer Missionsschule in Deutschland nicht ertheilt werden könne. 28. 11. 1885.

Sie werden gesehen haben, daß das das principielle Petitum war, und das in Bezug auf Kamerun nur das subsidiäre.

Auf die fernere Frage des Herrn Weik, ob eine Niederlassung der Congregation in Kamerun selbst gestattet wäre, erwiderte der Referent, daß wir vorzögen, in den überseeischen deutschen Schutzgebieten deutsche und keine französischen Missionäre zu haben, ebenso wie die Franzosen in ihren Colonien französischen Missionären den Vorzug gäben. Wir müßten wünschen, daß die dortigen Eingeborenen Deutsch lernten und nicht die französische Sprache, deren die Herren Weik und Stoffel sich in ihren Eingaben an das Auswärtige Amt bedient hätten. Die Engländer verfolgten das gleiche Princip, weshalb auch die bisher allein in Kamerun bestehende Missionsgesellschaft der englischen Baptisten den Wunsch zu erkennen gegeben hätte, ihre dortigen Stationen aufzugeben und die Fortsetzung des Missionswerkes einer deutschen Gesellschaft zu überlassen.

Der Herr Vorredner wird daraus ersehen, daß also auch die Engländer, die ja auch Mitcontrahenten der Congoverträge sind, ihrerseits darauf halten, nicht nur in den englischen Colonien die Thätigkeit der Missionäre zu controliren, sondern auch da, wo sie ein Territorium, das von englischen Missionären bearbeitet worden ist, durch ihre Verträge an uns abgetreten haben, es vernünftig und natürlich finden, daß die englischen Missionsgesellschaften sich von dort auf englisches Gebiet zurückziehen und Verkaufsgeschäfte mit den deutschen Missionsgesellschaften einleiten möchten*), namentlich mit der in Bremen, wenn ich nicht irre, um ihrerseits dort depossedirt zu werden. Also die Engländer thun dasselbe wie wir, obschon auch sie die Principien der Congoconferenz anerkannt haben. Uns schiebt der Herr Vorredner das als eine Art von Doppelzüngigkeit in die Schuhe. Ich glaube auch nicht, daß eine englisch sprechende Baptistengesellschaft, wenn sie sich in englischer Sprache an die französische Regierung wenden wollte und fragen, ob sie in den

---

*) StB.: mögen.

28. 11. 1885. zwischen den englischen Gebieten Afrikas liegenden französischen Colonien ihrerseits englisch missioniren könnte, eine zustimmende Antwort von der französischen Regierung erhalten würde. Sie verlangen von uns, daß wir Dinge thun, die in keinem anderen Lande geschehen. Daß wir die Interessen des Landes gegenüber den Interessen einzelner Confessionen, ja selbst einzelner Parteien in den Hintergrund treten lassen, dazu werden Sie unsere Zustimmung nicht erlangen.

> Verhandlungen hierüber schwebten augenblicklich mit der Königsberger Missionsgesellschaft.
>
> Pater Weik erkannte hierauf ausdrücklich an, daß auch er für deutsche Besitzungen eine deutsche Mission für die einzig richtige halte.

Darin*) ist also der Herr Abgeordnete mit dem Pater Weik selbst nicht einerlei Meinung.

(Heiterkeit.)

Pater Weik hält sich für einen Franzosen, der Herr Abg. Reichensperger hält ihn für einen „richtigen Deutschen".

> Gerade von diesem Gesichtspunkte aus habe er eine Anstalt in Deutschland als Pflanzschule für deutsche Missionäre gründen wollen.
>
> Im weiteren Verlauf des Gespräches äußerte Referent sich auf Grund persönlicher Anschauungen günstig über die Erfolge der katholischen Mission in China,

— von Natal und den Südseeinseln, welche die „Germania" citirt, war mit keinem Worte die Rede, —

> und Weik erzählte von der Thätigkeit seiner Congregation in Ostafrika, wobei er die Bemerkung machte, daß sich empfehlen würde, die Gebiete protestantischer und katholischer Missionen zu trennen und dabei den Grundsatz der Priorität zu befolgen.

Ich habe nicht verstehen können, ob der Herr Vorredner diesen Grundsatz ausdrücklich verurtheilte[1]). Derselbe ist hiernach

*) S. 110a.

[1]) Abg. Reichensperger: „Der Consul Raschdau sagte also (in Bremen), die Parität würde aufrecht erhalten werden, aber die Priorität müßte entscheiden, welche Missionsgesellschaft in den betreffenden Ländern geduldet werden soll. ... Ich will meine Verwunderung darüber aussprechen, daß man hier das

eigentlich nicht auf unserem Boden gewachsen, sondern die katholischen Missionäre haben dafür gesprochen. Sie haben eben aus ihrer Erfahrung sich überzeugt, daß es für die zu Bekehrenden nicht nützlich ist, wenn in demselben Gebiet Missionäre verschiedener Confessionen sich bei den zu Bekehrenden den Rang abzulaufen versuchen, wobei es nicht immer dabei bleibt, daß bloß die Vorzüge der eigenen Confession erörtert werden, sondern auch die Nachtheile (der anderen)*); man drückt sich vielleicht schärfer aus, um die unrichtigen Vorstellungen der anderen Religion dem Confirmanden recht deutlich zu Gemüthe zu führen. Diese gehässigen Kämpfe von Missionären verschiedener Confession vor einem zu bekehrenden Publicum sind aus den Acten mehrfach zu meiner Kenntniß gelangt, und die hat Pater Weik als erfahrener Missionär selbst erlebt; deshalb hat er selbst den Gedanken der Priorität angeregt; ich bin selbst darüber noch nicht zu einer festen Ueberzeugung gekommen, ob das Eine oder das Andere das Bessere ist. Wir sind ja überhaupt in den Colonialfragen noch unvollständig informirt, und da können noch Jahre vergehen, wir werden es immer bleiben. Bedenken Sie die Communication, die bei jeder Frage, die hingeht, Monate erfordert. Bei der Ausführung und bei den Erkundigungen, die dort einzuziehen sind, bei den dort weitläufigen Entfernungen und schweren Transporten vergehen wiederum Monate, bei der Rückfahrt ebenfalls; kaum zwei Mal im Jahre kommt eine Correspondenz überhaupt rund herum, und erschöpfend kann sie in keinem einzelnen Falle sein. 28. 11. 1885.

Der Herr Vorredner hat der letzten Conferenz in Bremen einen längeren Theil seiner Rede gewidmet, und zu meinem Erstaunen ist auch die Begründung der Interpellation so gefaßt, als ob etwas besonders Bedrohliches für die Parität der Confession passirt wäre [1]). Ich habe deshalb hier noch aus den Acten

---

Recht der Verbreitung des Christenthums gewisser Maßen in eine Linie stellt mit der Patentgesetzgebung und dem Markenschutz oder gar den Hypotheken, wo freilich die Priorität entscheidet; daß das aber bei der Verbreitung des Christenthums jemals maßgebend werden könne, das wird doch im Ernste nicht behauptet werden" (StB. 105 a).

*) Ergänzung des Herausgebers.

[1]) Abg. Reichensperger: „Die Angelegenheit (christliche Mission in den Schutzgebieten) ist zunächst zur öffentlichen Besprechung gekommen durch die

28. 11. 1885. einen Bericht entnommen, der die Betheiligung der Regierung bei den Bremer Sachen betrifft. Derselbe lautet:

> Ew. Durchlaucht berichte ich auf die zu dem Referat des Consuls Raschdau über seine Theilnahme an der Missionsconferenz in Bremen gestellte Frage, welches die Genesis der Anwesenheit eines Vertreters des Auswärtigen Amtes sei.

— Sie sehen also, daß da, wo Sie einen weit angelegten confessionsfeindlichen Plan vermuthet haben, ich am 5. November oder wenige Tage vorher noch der Information über die Genesis der Sache bedurft habe. —

> Im Laufe dieses Sommers sind von den meisten deutschen Missionsgesellschaften an Ew. Durchlaucht gerichtete Eingaben hier eingegangen, worin die Bitte ausgesprochen war, den Handel mit Spirituosen*) in deutschen Schutzgebieten Einschränkungen zu unterwerfen. Um dieselbe Zeit war Seitens des Doctor Fabri an Ew. Durchlaucht der Antrag gestellt worden, aus dem Jubiläumsfonds eine bestimmte Summe für die Gründung deutscher Missionen in den Schutzgebieten zu bewilligen. Ew. Durchlaucht lehnten diesen Antrag aus paritätischen Gründen ab, bestimmten aber, daß der Frage näher getreten werde, ob und auf welchem Wege eine amtliche Unterstützung der deutschen Missionen in Afrika bewirkt werden könne. Diesseits wurde hierauf mit dem Königlich preußischen Cultusministerium zum Zwecke näherer Mittheilungen über die Ausdehnung und Wirksamkeit der Missionen in Afrika in Correspondenz getreten. Bei dieser Gelegenheit theilte Herr v. Goßler mit, daß demnächst eine außerordentliche Conferenz der deutschen Missionsvorstände

---

Verhandlungen der Missionsconferenz in Bremen. Dort hat die Frage einen sehr concreten Charakter angenommen, indem entschieden exclusive Tendenzen hervortraten. Die katholische Presse mußte sich damit um so gewisser beschäftigen, weil an jener Conferenz auch der deutsche Consul, wie es scheint, in amtlicher Eigenschaft betheiligt war, und dabei ... Erklärungen abgegeben hat, die einen entscheidenden Einfluß ausüben würden, wenn sie durchgeführt werden sollten. Der genannte Herr hat dort erklärt, daß zwar das Princip der Parität aufrecht erhalten werde, daß aber zugleich die P r i o r i t ä t für die Zulassung von anderen Missionen maßgebend sei, wenn eine einzelne bereits zugelassen worden" (StB. 102 a).

*) S. 110 b.

in Bremen stattfinden werde, welche gemeinschaftliche Schritte 28. 11. 1885.
bei der Reichsregierung im Hinblick auf unsere Colonialpolitik und eventuell die Entsendung einer Deputation an Ew. Durchlaucht beabsichtige. Der Herr Cultusminister erklärte sich gleichzeitig bereit, die Conferenz durch einen Commissar zu beschicken. Inzwischen waren hier verschiedene andere Angelegenheiten angeregt worden, die eine Correspondenz zwischen dem Auswärtigen Amt und den Missionen erforderlich machten. So sollte der Verkauf der Baptistenansiedelung in Victoria (Kamerun) an eine deutsche Mission diesseits vermittelt werden; es wurde ferner von dem Kaiserlichen Commissar in der Südsee der Antrag auf Ausdehnung der deutschen Missionsthätigkeit nach Neu-Guinea gestellt. Im Interesse der Erledigung dieser verschiedenen geschäftlichen Fragen, wie auch der Verständigung über einzelne der Regierung, wie der Mission gemeinschaftliche Aufgaben erschien es wünschenswerth, daß nicht nur ein Beamter des Cultusministeriums, sondern auch*) ein mit unseren colonialen Verhältnissen vertrauter Beamter der gedachten Conferenz beiwohne. In diesem Sinne haben Eure Durchlaucht seiner Zeit auf meinen Vortrag sich mit der Absendung eines Commissars durch das Auswärtige Amt einverstanden erklärt.

— Also der hat gar keine Instruction irgend einer Art gehabt und keinen Auftrag, die Regierung durch Erklärungen zu binden oder Versprechungen zu machen, sondern seine Betheiligung hatte einen rein informatorischen Charakter und den Zweck, zu verhandeln über die drei Gegenstände, die ich vorher erwähnte. —

Ich bemerke noch, daß die Bedenken, die Seitens einiger Mitglieder der Conferenz gegen die Anwesenheit eines Regierungsvertreters geäußert worden sind, sich lediglich darauf bezogen zu haben scheinen, daß die Freiheit der Debatte dadurch möglicher Weise Einschränkungen erfahren könnte. Eine mittlerweile eingegangene Eingabe des Conferenzausschusses, worin die Conferenz für die Entsendung eines Commissars Ew. Durchlaucht ihren Dank ausspricht und

*) Fehlt im StB.

28. 11. 1885. die bekannten Wünsche Hochdenselben übermittelt, füge ich in der Anlage gehorsamst bei.

Sie sehen also, daß das eine ganz unschuldige Sache ist, und die mit irgend welchen bedenklichen Neigungen der verbündeten Regierungen gegen die katholische Confession in gar keinem Zusammenhange steht.

Ich führe Ihnen nochmals zu Gemüthe, daß, wenn solche Neigungen überhaupt bei irgend einer der deutschen Regierungen vorhanden wären — daß sie es bei der preußischen nicht sind, das kann ich mit Bestimmtheit versichern —, aber wenn sie vorhanden wären, daß Sie nicht nur*) an dem König von Preußen, sondern auch an den katholischen Mitgliedern des Deutschen Reichs, an den regierenden katholischen Fürsten, ganz bestimmt die Wächter Ihrer Interessen und Ihrer confessionellen Berechtigungen finden würden. Ich möchte empfehlen im Interesse der parlamentarischen Einheit: Ueberlassen Sie doch die Wächterrolle mehr den katholischen Bundesgenossen im Bundesrath!

(Widerspruch im Centrum. Heiterkeit.)

— Es sind das wahrlich keine lächerlichen Dinge; mir sind sie gar nicht lächerlich. — Jeden Falls sind diese die Vertreter Ihrer**) Confession und im Interesse des deutschen Friedens bedachtsamer; die Motive ihrer Vertretung sind jeder Zeit klar und durchsichtig, — das kann ich von denen der Interpellation heute nicht sagen. Sind Sie in Sorge, daß der Culturkampf einschlafen könnte, und sind Sie in der Nothwendigkeit, die Regierung schwärzer darzustellen und feindseliger und kampfbegieriger, als sie wirklich ist? Nun, meine Herren, dann warten Sie doch einen Moment ab, wo solche Behauptungen mehr Wahrscheinlichkeit haben, als in diesem! An dieser einfachen Darlegung aus den Acten scheitert ja Ihr ganzer Anlauf. Ich weiß nicht, wie viel Zeit wir darauf verwandt haben — über zwei Stunden, die wir nützlicher hätten anwenden können —, um die Mißverständnisse klar zu legen, die hier obgewaltet haben, die von der „Germania" und von deren Berichterstattern künstlich erzeugt worden sind. Wenn Sie Ihre Sache

*) S. 111a).
**) StB.: ihrer.

hier in einer von unserer Regierungsauffassung abweichenden Art 28. 11. 1885.
vertreten wollen, so möchte ich im Interesse derselben empfehlen, sie an andere Punkte als an die Wahrheitsliebe der „Germania", die hier hauptsächlich von Ihrer Fraction rehabilitirt werden soll, anzuknüpfen; denn da beruht sie auf einem schwachen Grunde.

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Windthorst beschloß der Reichstag die Besprechung der Interpellation. Windthorst als erster Redner fand die Beantwortung mehr geschickt als sachlich zutreffend, insofern der Reichskanzler eine ganze Reihe von Bemerkungen eingeflochten habe, die geeignet seien, das, worauf es ankomme, in den Hintergrund zu schieben und die eigentliche Frage zu verdunkeln. In den Angriffen des Reichskanzlers auf die „Germania" sah er den Beweis für den tiefen Eindruck, den die Blätter des Centrums auf die Regierung machten, den Ton, den er an ihr table, habe sie von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" gelernt. Die katholischen Interessen würden im Bundesrath von den Mitgliedern Bayerns und Sachsens weniger vertreten als von dem Reichskanzler selbst, der in der Congo-Acte bewiesen habe, daß er in religiösen Dingen auf einen höheren Standpunkt sich zu stellen wisse. Sowie er aber mit den preußischen Verhältnissen in Berührung komme, falle er in allerlei kleine polizeiliche Düfteleien und die größten Aengstlichkeiten zurück. Und so kämpfe er auch hier für die engherzigsten Anschauungen auf dem Gebiete des Missionswesens, wie sie höchstens ein Missionar evangelischer Confession haben könne. Er bestritt weiter die französische Nationalität der beiden Patres, die Anwendung der französischen Sprache beweise dies nicht, beweise höchstens, daß sie geglaubt hätten, sich an Männer zu wenden, die besonders gewohnt seien, französisch zu sprechen. Mit deutschen Diplomaten könne man ja überhaupt kaum sprechen, ohne daß sie in fünf Minuten wenigstens sechs französische Worte einmischten. Den Ausschluß der Jesuiten von der Mission bezeichnete er als gleichbedeutend mit dem Ausschluß der katholischen Mission und bei dem Mangel an protestantischen Missionskräften der christlichen Mission überhaupt. Eine Regierung aber, die eine Colonisation ohne Missionen für denkbar halte, beweise, daß sie das ABC der Colonisation nicht verstehe. Die Aeußerungen des Reichskanzlers fand er im Widerspruche mit Art. 6 der Congo-Acte: Ein Recht des Bundesraths, durch Verordnung die Vertreibung von Jesuiten und Nichtdeutschen aus den deutschen Schutzgebieten herbeizuführen, existire nicht, nur durch Vereinbarungen mit dem Reichstag könne die Frage im Wege des Gesetzes entschieden werden. So lange ein Gesetz fehle, müßten in den deutschen Schutzgebieten die von Deutschland anerkannten, unter seinem Vorsitz be-

28. 11. 1885. schlossenen Grundsätze der Congo-Acte Anwendung finden. Die deutschen Jesuiten ohne Weiteres des Mangels an Vaterlandsliebe und der Reichsfeindschaft zu beschuldigen, dazu habe der Reichskanzler kein Recht, zumal da er selbst viel mehr für Preußen als für Deutschland fühle. Der Jesuitenfeindschaft des Fürsten Bismarck stellte er die Haltung Friedrichs des Großen und Katharinas von Rußland gegenüber, die die Jesuiten geschützt hätten; er sprach seine Ueberzeugung aus, daß auch für Deutschland in Folge der durch die Socialdemokratie herbeigeführten Auflösung aller Verhältnisse die Zeit kommen werde, wo man die Jesuiten wieder herbeiwünschen werde. Den Vorwurf des Reichskanzlers, daß das Centrum die bisherige Colonialpolitik nicht unterstützt habe, ließ er nicht gelten. Seien doch gerade auf seinen (Windthorsts) Antrag die Bewilligungen für Kamerun erfolgt. Nur vor zu raschem und unvorsichtigem Vorgehen habe er gewarnt, und die Ereignisse hätten ihm vollauf Recht gegeben; denn der Enthusiasmus für die Colonialpolitik sei schon bedenklich abgekühlt, seitdem die Erfahrung die Deutschen belehrt habe, daß die Colonien, statt Nutzen zu bringen, unendlich viel Geld kosteten und aus den vom Abg. Virchow vorgebrachten Gründen für die Ansiedelung von Auswanderern untauglich seien. Auch die Sorge vor der bei einer Colonialpolitik unvermeidlichen Zersplitterung der deutschen Wehrkräfte habe ihn bei seinen Warnungen geleitet. Aber Feind einer vernünftigen Colonialpolitik sei er nicht, sei das Centrum nicht. Für eine solche Opfer zu bringen, seien er und seine Freunde stets bereit. Eine Bedingung jeder Colonisation aber müsse die volle Freiheit der Mission sein, und darum müsse die Gültigkeit des Art. 6 der Congo-Acte auch für die deutschen Schutzgebiete ausgesprochen werden. Fürst Bismarck erwiderte*):

Der letzte Herr Redner hat bei mir den Eindruck des ersten, daß es sich hier hauptsächlich um ein Vorgefecht für die Colonialdebatte handelt bei dieser Interpellation, wesentlich bestätigt, und die Herren werden mir zugeben, daß wir uns plötzlich mitten in der Colonialdebatte befinden. Alles Andere ist darüber in den Hintergrund getreten. Die Art, wie die Colonien zu behandeln sind, wie die Gesetzgebung darin einzuführen sein würde, der historische Rückblick auf die Stellung der Parteien zur Colonialfrage — Alles ist in der Rede des Herrn Führers der Centrumspartei reassumirt worden, und er hat damit dasselbe gethan, was er mir am Anfange seiner Rede Schuld gab, nämlich das punctum saliens [1])

*) StB. 115a.

[1]) Den springenden Punkt, s. o. S. 26.

der Discussion verschoben. Er hat die ganze Frage von ihrem Ausgangspunkte hinüber geschoben auf eine allgemeine Colonialdebatte. Es handelte sich ursprünglich gar nicht um Colonien, sondern es handelte sich darum, ob zwei französischen Geistlichen gestattet werden solle, in Deutschland eine Missionsschule zu gründen, in Widerspruch mit der bestehenden Gesetzgebung, — fonder une maison, eine Schule herzustellen, in der Missionäre für die Colonien erst auszubilden wären. In alledem, was ich Ihnen vorgelesen habe, ist von den Colonien immer nur secundär die Rede gewesen. Das Hauptpetitum bezog sich hierauf. Und zweitens handelte es sich um die Wahrheitsliebe der „Germania“ und um die Berichtigung, welche dieselbe durch den Herrn Minister v. Boetticher erfahren hatte. Davon war in der Rede des Herrn Abg. Windthorst, so viel ich bemerkt habe, gar keine Rede, — er ist darüber hinweg gegangen; mit der ihm eigenthümlichen beredten Geschicklichkeit hat er die Discussion auf ein ganz anderes Thema übergeschoben, auf dem man Vieles behaupten und Vieles bestreiten kann, was aber hier von mir gar nicht behauptet oder nicht bestritten worden ist. Er hat auch daran erinnert, wie er mit der gleichen geschickten Beredtsamkeit, wie heute, früher für die Colonialbestrebungen eingetreten ist[1]), — das heißt doch immer mit der Wirkung, daß die Colonialbestrebungen Nichts dabei gewannen. 28. 11. 1885.

(Heiterkeit rechts.)

[1]) Abg. Windthorst: „Wenn der Herr Reichskanzler gemeint hat, wir hätten ihn . . . bisher in der Colonialpolitik nicht unterstützt, so muß ihm nicht recht referirt worden sein, oder das Gedächtniß ist ihm zu kurz geworden; das wird's im Alter zuweilen. Wir haben ja wesentlich zu all den Bewilligungen beigetragen, die eingetreten sind. Gerade die Bewilligung für Kamerun ist so, wie sie geschehen, auf meinen Antrag durchgesetzt worden. . . . Was wir aber gethan haben, ist, daß ich . . . gewarnt habe gegen eine zu rasche und unvorsichtige Behandlung dieser Sache“ (StB. 114a). „Wir haben gewünscht, und ich insbesondere, daß man mit großer Vorsicht zu Werke geht, und ein fernerer Grund war allerdings auch der, daß ich glaube, wir müssen sehr vorsichtig sein, daß wir unsere Kräfte nicht verzetteln; denn unsere Stärke, unsere Achtung im Auslande beruht wesentlich in unserer Landarmee, und wenn wir durch Zersplitterung unserer Wehrkräfte sie schwächen, wie das bei einer solchen Colonialpolitik unvermeidlich ist, so schwächen wir die Basis, auf der unsere Machtstellung beruht. . . . Feinde der Colonialpolitik — nein, das sind wir nicht; wir wünschen, daß die Erde überhaupt nicht in einem solchen Maße vertheilt wäre, denn gute, gesunde Colonien sind allerdings ein Bedürfniß bei der Ueber=

28. 11. 1885. Nach seinen Reden, nach der heutigen wie nach denen im vorigen Jahre, ist gewiß Jedermann zweifelhaft geworden, ob schließlich der Herr Redner mit Entschiedenheit für das Eine oder für das Andere eintreten würde, und er hat eigentlich einen gewissen Sport darin gesucht, die Meinung darüber in Ungewißheit zu erhalten, wofür er sich schließlich entscheiden werde. Auch nach seiner heutigen Rede wird, wer sie im stenographischen Bericht liest, nicht schließen können, ob er für oder gegen die Colonialbestrebungen sei. Er ist für Colonien in seinem Sinne, gegen die Colonien im Allgemeinen. Er hat gewarnt, er warnt auch jetzt vor Irrthümern, und er hat für und gegen gesprochen, und nach Allem kann ich nur sagen, er hat mit großer Vorsicht gesprochen, wie er selbst sagt,

(Heiterkeit rechts.)

aber*) unterstützt hat er die coloniale Frage früher nicht, und wir verlieren an der Unterstützung, die er ihr**) heute geleistet hat, auch Nichts. Er hat Anträge gestellt; hat er die aus Begeisterung für das Colonialsystem gestellt? Ich glaube kaum; das System ist zu neu, um irgend eine Begeisterung in einem so kühlen, klaren Kopfe zu bewirken;

(Zuruf aus dem Centrum: Ungefähr so alt wie der Ihre!)

er hat gerechnet mit dem Eindruck, den das auf gewisse für Colonien nun einmal enthusiastische katholische Wähler machen würde. Das ist in seiner Stellung ganz natürlich; er darf die Wähler nicht gerade vor den Kopf stoßen, und er darf andererseits seiner eigenen Ueberzeugung nach diesen colonialen Irrthümern und Begeisterungen sich nicht geradezu hingeben. Da ist ihm eben eine Gabe der Beredtsamkeit und des Räthselaufgebens verliehen, wie, glaube ich, keinem Anderen in dieser Versammlung. Es wird ihm das Keiner nachmachen; ich wenigstens bin durchaus unfähig dazu.

Wenn ich rückblickend seine Argumente wieder aufnehmen darf, so hat mich Eins überrascht — ich erinnere mich an die bekannte Stelle in der heiligen Schrift von Herodes und Pilatus, wie die

völkerung, an der wir leiden . . . Ich muß also ein für alle Mal meine Freunde und mich gegen eine derartige Beschuldigung verwahren. Für vernünftige Colonisationen sind wir, werden wir sein, und werden auch Opfer dafür bringen, aber nicht für Aventuren" (StB. 114b/115a).

*) S. 115b.

**) StB.: hier.

einig wurden [1]) — ohne daß ich etwas Persönliches damit verbinden will —: die Thatsache, daß die Autoritäten Windthorst und Virchow heut zu Tage zusammenfallen in Bezug auf die klimatischen Einwirkungen in den Colonien [2]). 28. 11. 1885.

(Heiterkeit.)

Es spricht sich das ganze Bündniß der principiell entgegengesetzten Parteien, die wir in diesem Hause haben, der Centrumspartei — eigentlich doch der äußersten Rechten unter uns — und der fortschrittlichen Partei, aufs Klarste aus in dieser auffälligen Uebereinstimmung der beiden Koryphäen dieser beiden entgegengesetzten Parteien in einer freilich nur wissenschaftlichen Frage; aber es ist mir doch interessant, und als Zeichen der Zeit möchte ich, daß von dieser Uebereinstimmung mehr Act genommen werde, als sonst vielleicht geschähe; ich suche zu verhindern, daß sie in den Wogen der Discussion verschwinde.

Der Herr Abgeordnete hat sich darauf berufen, daß Friedrich der Große und Katharina den Nutzen der Jesuiten nicht verkannt hätten, daß sich das seitdem aber geändert hätte, daß die Principien in Preußen andere geworden wären [3]). Nun, ich bestreite das; ich behaupte, die Jesuiten haben sich geändert.

(Heiterkeit im Centrum. Stimme: Sint ut sunt, aut non sint!)

— Ja, wie sie „sunt“, das will ich Ihnen gleich sagen. Die Jesuiten stellen sich mit der Macht gleich. Friedrich der Große

---

[1]) Ev. Luc. 23, 7—12.

[2]) Abg. Windthorst: „Der Enthusiasmus für Colonien . . . ist abgekühlt . . ., weil das Bedürfniß, aus welchem der Drang nach Colonisation wesentlich entspringt, nämlich gesicherte Stätten für die Auswanderungen zu gewinnen, absolut nicht erreicht worden ist. Es hat damals der College Virchow uns von seinem medicinischen Standpunkte aus dargelegt, daß die betreffenden Gegenden gar nicht geeignet seien, daß darin Europäer, namentlich Deutsche, ihre physische Existenz erhalten können. Es wurde das überhört“ 2c. (StB. 114 b).

[3]) Abg. Windthorst: „Es ist interessant, zu vergleichen, wie der Herr Reichskanzler sich hier stellt gegenüber dem Jesuitenorden und wie sich Friedrich der Große dazu gestellt hat und auch . . . die Kaiserin Katharina von Rußland. Friedrich der Große erachtete die Jesuiten für die besten Lehrer und wollte sie deshalb unter allen Umständen in Schlesien behalten. Er hat sie auch behalten, und in Rußland galt ganz dasselbe. Jetzt haben sich die Anschauungen merkwürdiger Weise gleichzeitig in Rußland und in Preußen geändert — so groß ist der Einfluß des Fürsten Bismarck in der Welt!“ (StB. 113 b).

28. 11. 1885. war damals in Macht, er hatte Nichts zu befürchten, er war stark genug, um sich ihrer zu erwehren. Katharina war es noch viel mehr; die konnte, was sie an jesuitischen Schöpfungen bei sich duldete, mit einem Griffe ihrer Hand wieder vernichten. Die Jesuiten gingen mit ihr, weil sie die Macht hatte. Heut zu Tage haben die Monarchen und die Conservativen nicht mehr in dem Grade die Macht; die Jesuiten würden auch heute mit der Macht gehen und sich mit der Macht zu stellen suchen und zu stellen wissen, mit der Macht der Zukunft.

Der Herr Vorredner hat gesagt, die Jesuiten wären die Klippe, an welcher die Socialdemokratie scheitern würde [1]). In keiner Weise, — das glaube ich nicht; die Jesuiten werden schließlich die Führer der Socialdemokraten sein,

(Große Heiterkeit im Centrum.)

und ich halte es nicht für bewiesen, daß nicht unter den heutigen Führern schon einige sein können, die ihre Weisungen ganz wo anders her als vom Papste empfangen, auch nicht von dem Centrum der rothen Internationale, sondern von dem von Beiden unabhängig stehenden Elemente des Jesuitencentrums. Ich halte das sehr leicht für möglich; jeden Falls*) gewärtige ich den Beweis des Gegentheils mit derselben Sicherheit, mit welcher der Herr Vorredner mir bestreitet, daß die Patres Weik und Stoffel Franzosen wären. Er sagt mir, es wäre das noch nicht bewiesen [2]). Ja, ich bestreite Alles, was der Herr Vorredner darüber irgend gesagt hat, und gewärtige den Beweis davon.

(Heiterkeit im Centrum.)

---

*) S. 116a.

[1]) Abg. Windthorst: „Ich weiß sehr wohl, daß es ein vergebliches Bemühen wäre, den Herrn Reichskanzler in dieser Hinsicht zu bekehren; ich habe die Ueberzeugung, daß der Herr Reichskanzler nicht minder als auch viele Andere dahin kommen werde, dringend zu wünschen, daß die Gesellschaft Jesu ihre Thätigkeit in Deutschland wieder aufnehme. Die Auflösung aller Verhältnisse geht so schnell, alles Positive löst sich so rasch in Nichts auf, daß man nach Mächten suchen wird, die noch Positives besitzen, und wenn Niemand die Jesuiten zurückbringt — die Socialdemokraten werden es sicher thun" (StB. 113b).

[2]) Abg. Windthorst: „Der langen Rede Sinn . . . ist einfach folgender: Die in . . . Frage stehenden Herren gehören den Jesuiten an, also werden sie nicht zugelassen . . ., auch deshalb nicht, weil die beiden Herren . . . einen französischen Brief geschrieben haben und deshalb Franzosen sind — was ich leugne und was der Herr Reichskanzler noch nicht bewiesen hat" (StB. 112a).

Mit dem absoluten Königthum werden die Jesuiten immer gehen, 28. 11. 1885.
mit dem absoluten Parlamentarismus auch, mit der absoluten Demokratie auch. Sie werden immer so schwimmen, daß sie dabei oben auf bleiben und eine gewisse Macht, vielleicht eine reichliche, mit ihrem stets steigenden Vermögen behalten. Ich würde mich freuen über die Parteinahme der Jesuiten für uns, — denn sie haben einen feinen Instinct für die Zukunft; sie gäbe uns eine Anwartschaft und die Hoffnung, daß die Grundsätze, die ich vertrete, in der Zukunft die Herrschaft haben werden. Die Jesuiten sind feine Beobachter, — ich spreche mit Hochachtung von ihnen, sie sind eine Kraft, eine Gewalt, der man seine Anerkennung nicht versagen kann. Ich leugne gar nicht, daß sie viel Versuchendes für strebsame Gemüther haben, auch für solche, die an Nichts glauben, die aber doch als Machtinstrumente im Jesuitenorden ihr Unterkommen, ihre Verwendung durch überlegene Kräfte und Leute, die sie übersehen, auch vielleicht durch Leute, die von ihnen übersehen werden, stets finden. Es ist eben eine Versammlung, eine Vereinigung geschickter Leute für Zwecke weltlicher Herrschaft, und mit großem Erfolg. Ich bin nie in meinem Leben Freimaurer gewesen, aber der Erfolg liegt ja heut zu Tage in der Association, namentlich in der geheimen Association, wo man Niemand ansehen kann, wer dazu gehört. Eine Association, die Geld hat, viel Geld hat, das ist eine Macht.

Der Herr Vorredner hat darüber geklagt, daß er und die Seinigen der Reichsfeindschaft verdächtigt würden[1]). Ich muß bestreiten, daß ich irgend etwas Derartiges in meiner Rede angedeutet habe; ich möchte aber doch dem Herrn Vorredner empfehlen, sich des Sprichworts zu erinnern: Sage mir, mit wem du umgehst, und ich will dir sagen, wer du bist. Wer sind denn die Herren, die mit ihm die Interpellation heute unterzeichnet haben? Es sind die Welfen, es sind die Polen. Halten Sie die Beiden für Reichsfreunde, für Freunde dieses Reichs — ich will nicht mit Sophismen

---

[1]) Abg. Windthorst: „Der Reichskanzler . . . nimmt keinen Anstand, eine große Anzahl Deutscher . . . zu beschuldigen, daß sie ihr Vaterland nicht ebenso lieben wie er. Das ist so eine Reminiscenz aus der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", welche jeder Zeit Den, der eine andere Ansicht hat, für einen Reichsfeind erklärt" (StB. 113b).

28. 11. 1885. streiten —? Ihre beiden Ihnen zur Seite stehenden Freundesparteien sind es ganz gewiß nicht und werden das selbst von sich nicht behaupten, daß sie Freunde des jetzt bestehenden Reiches wären. Das wirft einen gewissen Schatten auf diese starke Centrumspartei, die angeblich nur die katholischen Verhältnisse und katholischen Interessen vertritt, daß sie von diesen notorischen Reichsgegnern geradezu umgeben und unterstützt ist. Finden wir nicht außerdem, daß in allen Verlegenheiten, die das Deutsche Reich im Auslande hat, von Spanien bis Rußland, von Polen, von England bis nach dem griechischen Meere hin, daß überall, wo für das Deutsche Reich eine Verlegenheit auftaucht, wenigstens die „Germania" doch ganz sicher jedes Mißerfolges der deutschen Politik sich jubelnd freut, gern davon Notiz nimmt, ihn annagelt, ihn breit tritt, jeden Erfolg benörgelt und bemängelt, — kurz und gut, sehen wir sie nicht immer auf Seite unserer Gegner? In den ganzen Aufregungen in Spanien, auf die ich mich nicht weiter einlassen will, weil ich glaube, daß sie gerade in diesem Moment ihrer vollständigen Lösung entgegen gehen, haben wir nicht nur die ultramontane spanische Presse, die „Union", ins Auge zu fassen, sondern auch deren Gegenstück hier in Deutschland. Haben wir nicht hier ununterbrochen die Parteinahme gegen das Reich, in allen Schwierigkeiten, die wir mit Frankreich haben, in allen Schwierigkeiten, die uns von polnischer Seite entstehen können? Ich glaube, der Herr Vorredner verwechselt da meine Rede und deren Inhalt mit den Eindrücken, die im Allgemeinen von vielen Seiten deutscher Patrioten*) kommen. Ich habe in meiner Rede Nichts gesagt von Reichsfeinden, ich habe davon gar nicht gesprochen; aber der Herr Vorredner hat vielleicht das Gefühl, daß er und seine Freunde in der Presse von vielen Seiten nicht für Freunde des Reiches gehalten werden in ihrem letzten Innern, und das macht ihn empfindlich und mißtrauisch, er sieht sehr leicht bei mir einen Stich darauf. Ich halte den Herrn Vorredner für vollständig reichsfreundlich mit dem Zusatze: „Er dient ihm auf besondere Weise, auf seine Art" [1]).

(Heiterkeit.)

---

*) S. 116b.

[1]) Vgl. Faust I, Prolog im Himmel, V. 58.

Ich halte nach seinem Ideale den Herrn Vorredner für einen Deutschen. Aber seine Ideale sind eben nicht meine. Also über den Vorwurf sollte der Herr Vorredner mir gegenüber nicht empfindlich sein; denn ich weiß wirklich nicht, — ich habe Alles, was in mir an Empfindung in der Richtung aufkeimt, so sorgfältig als möglich unterdrückt, nicht weil ich es für unrichtig hielt, aber weil ich hier als Reichskanzler stehe und als solcher nicht das Recht habe, Insinuationen der Art zu machen. Ich will mir die Rede sehr genau durchlesen, ob vielleicht stärkere Eindrücke, als ich gewollt, bei mir irgend wo durchgeschienen haben. Ich würde das bedauern. Ich habe nicht die Absicht gehabt, von Reichsfeinden zu sprechen — cela aurait été plus fort que moi [1]) —, ich bitte um Verzeihung, der Herr Vorredner hat über französische Redensarten von Diplomaten gesprochen [2]). Ich muß dabei doch mein Verdienst für mich in seinen Augen hervorheben; ich erst habe die französische Sprache aus unserer Diplomatie vertilgt: 28. 11. 1885.

(Hört! rechts.)

Ich habe als Gesandter noch französisch berichten müssen — nicht aus Frankfurt, aber aus Petersburg und Paris; unsere ganze amtliche Sprache war französisch, und erst seit 1862, seit ich Minister bin, ist sie deutsch geworden.

(Bravo! rechts.)

— Das nur in Parenthese. —

Die wiederholten Anführungen Dessen, was im Congogebiet gilt, kann ich doch hier nicht für zutreffend annehmen. Der Herr Vorredner hat gesagt, er hätte gehofft, ich würde hier als der europäische Diplomat auftreten, der ich in der Congoverhandlung

---

[1]) Das würde über meine Kräfte gegangen sein.

[2]) Abg. Windthorst: „Daraus, daß Jemand sich der französischen Sprache bedient, folgt nicht, daß derselbe aufgehört hat, ein Deutscher zu sein, daraus folgt höchstens, daß derselbe geglaubt hat, er wende sich an Männer, die besonders gewohnt sind, französisch zu sprechen. Zu diesen Männern gehört ja ohne Zweifel auch unser Herr Reichskanzler, der das mit Perfection thut. Daneben geben unsere Diplomaten zu einer derartigen Annahme den reichlichsten Anlaß. . . . Sie können mit keinem Diplomaten deutscher Zunge sprechen, der nicht in fünf Minuten wenigstens sechs französische Worte einmischt. . . . Ich bemerke dies, weil vielleicht der Herr Reichskanzler Veranlassung nehmen kann, seinen Functionären zu sagen, sie sollten besser deutsch sprechen" (StB. 112a).

28. 11. 1885. gewesen wäre, und er schloß, daß er geglaubt hätte, einen evangelischen Missionär aus mir zu hören [1]). Dazu habe ich ihm auch gar keinen Anlaß gegeben, ich bin viel zu wenig Theolog und viel zu wenig zu dogmatischen Streitigkeiten auf- und angelegt, um diese Bezeichnung gerade naheliegend zu machen. Ich dachte, er würde sagen, er hätte in mir den Landrath von Kamerun gesehen

(Heiterkeit.)

— das wäre viel eher zutreffend gewesen; ich bin, wenn auch nicht der Landrath selbst, doch einiger Maßen für Das, was dort geschieht, verantwortlich, und da habe ich doch ganz andere Interessen, als wenn ich auf der Conferenz für ein Niemand gehöriges Land ein neues Reglement machen soll. Aber ich acceptire auch die Congoprincipien durchaus für Kamerun, mit der alleinigen Ausnahme, zu welcher die deutschen Gesetze, die Sicherheit dieses Gebiets in vorkommenden Kriegsfällen mich zwingen. Wir sind doch dort von französischen Besitzungen auf beiden Seiten naheliegend begrenzt, und der Herr Vorredner kann doch nicht von mir verlangen, ich solle eine französische Mission, deren unbedingt befehlender Vorsitzender in Paris wohnt, dort etabliren; dazu ist in den Congogrundsätzen, die wir festgelegt haben, auch nicht der mindeste Anhalt, daß wir Angehörige des Staates, der, im Falle die Gelegenheit sich böte, am meisten bereit ist, uns feindlich gegenüber zu treten, gerade in unseren Besitzungen Wurzel schlagen lassen. Der Herr Vorredner hat gesagt, die Herren Weik und Stoffel wären keine Franzosen. Ich weiß nicht*), woraus er die Autorität nimmt, dies zu bestreiten; es steht actenmäßig fest. Der Eine von ihnen ist durch Geburt Franzose, er ist im Elsaß geboren worden,

---

*) S. 117a.

[1]) Abg. Windthorst: „Der Art. 6 der Congo-Acte widerspricht allen den Ausführungen, die der Herr Reichskanzler uns heute in seiner Beantwortung gegeben hat. Damals stand der Herr Reichskanzler auf dem hohen Standpunkt eines europäischen Diplomaten im besten Sinne des Wortes. ... Aber sobald er von diesem Standpunkt herabsteigt, sobald er wieder in Berührung kommt mit den preußischen Verhältnissen allein, dann sehen wir selbst diesen großen Mann von dem hohen Standpunkt in allerlei kleine polizeiliche Düfteleien und in die größten Aengstlichkeiten zurückfallen. Und so sehen wir ihn denn auch heute für die engherzigsten Anschauungen auf dem Gebiete des Missionswesens kämpfen, wie solche höchstens ein Missionär evangelischer Mission haben kann" (StB. 111b/112a).

als es noch französisch war; einer seiner Verwandten ist ein hervorragender Militär in Frankreich gewesen; der andere ist ein geborener Badenser, der freiwillig aus Option Franzose geworden; das ist also ein viel stärkerer Franzose, — wer als erwachsener Mann Franzose wird, der hat freiwillig gewählt, der hat damit sich und seine ganze Zukunft dem Dienste des betreffenden Landes wohl erwogen geweiht. Es geht hier wie mit allen Convertiten und Renegaten, die ja viel schärfer in der neuen Richtung arbeiten und wirken als Einer, der als Franzose geboren ist; der kann ein ganz vorurtheilsfreier Mann sein. Aber wer die französische Nationalität im Gegensatz zu der angeborenen Nationalität wählt, ist ganz gewiß ein sehr scharfer Franzose. 28. 11. 1885.

Der Herr Vorredner hat die Colonialdebatte so weit ausgedehnt, daß er auch das ganze Colonialsystem, welches wir einzuführen beabsichtigten, und das ich im vorigen Jahre empfohlen habe, von Neuem hier der Kritik unterzog und unsere Absichten darüber in Zweifel stellte. Ich kann nach wie vor nur sagen, daß ich, so weit mir die Möglichkeit dazu gegeben ist, stets nur für dasselbe Princip eintrete, das ich zuerst in der Budgetcommission — vor ungefähr anderthalb Jahren — ausgesprochen habe[1]), nämlich daß wir keine staatliche Organisation, keine Colonien in französischem Sinne, keine Garnisonen und dergleichen erstreben, sondern daß wir nur beabsichtigen, dem deutschen Handel mit unserem Schutze zu folgen da, wo er sich einrichtet. Das ist mein Ziel; ob wir nun das gleich von Haus aus erreichen können, oder ob wir uns Gesellschaften, die stark genug dazu sind, erst heranpflegen müssen, das weiß ich nicht; aber mein Ziel ist der regierende Kaufmann und nicht der regierende Bureaukrat in jenen Gegenden, nicht der regierende Militär und der preußische Beamte; — unsere Geheimen Räthe und versorgungsberechtigten Unterofficiere sind ganz vortrefflich bei uns; aber dort in den colonialen Gebieten erwarte ich von den Hanseaten, die draußen gewesen sind, mehr, und ich bemühe mich, diesen Unternehmern die Regierung zuzuschieben. Das gelingt nicht leicht; die Herren wollen es sich auch leicht machen; die wollen, daß der Staat nach gewohnter preußischer

[1]) Vgl. Bd. X 167 ff.

28. 11. 1885. oder deutscher Art die Fürsorge für sie übernimmt und es ihnen bequem macht. Mein Ziel ist die Regierung kaufmännischer Gesellschaften, über denen nur die Aufsicht und der Schutz des Reiches und des Kaisers zu schweben hat. — Das bemerke ich nur in Parenthese, weil die ganze Debatte von dem Gegenstande der Interpellation, von der Wahrheitsliebe der „Germania" und von der Errichtung einer Jesuitenschule in Deutschland auf das coloniale Gebiet übergeschoben ist ohne mein Verschulden. Der Herr Vorredner hat die Fragen von Schutz, von Regent, von Souveränität angeregt[1]); nicht ich habe es gethan.

Der Herr Vorredner hat mir Schuld gegeben, aus meinen Reden ginge hervor, daß ich überhaupt keine Mission außer einer evangelischen wolle[2]). Ja, wie er das behaupten kann — ich bedaure, er hört mir auch jetzt nicht mit anhaltender Aufmerksamkeit zu, er hat seine Befehle nach rechts und nach links auszuschicken; sonst hätte er bei dem Wohlwollen, das er sonst für mich hat, nicht dazu kommen können, mir diese Ungeheuerlichkeit unterzuschieben, gegen die ich mich auf das Bestimmteste verwahrt, und die ich für die verbündeten Regierungen — vielleicht erinnert sich der Herr Vorredner dessen — als Absurdität bezeichnet habe, — ich meine die Disparität; er wird in meiner ganzen Rede keine

---

[1]) Abg. Windthorst: „Der Herr Reichskanzler sagt: Wir können alles Das in den Schutzgebieten ordnen, was nöthig ist, um die Vertreibung der Jesuiten und Nichtdeutschen aus unseren Schutzgebieten herbeizuführen. Ich will in diesem Augenblick gar nicht erörtern . . ., inwieweit überhaupt das Recht der Schutzmacht geht, ein solches Verbot zu erlassen, und inwiefern die ursprünglichen Obrigkeiten dort noch in Kraft sind und wie weit wir überhaupt Schutz zu geben haben, ob es gerechtfertigt ist, daß wir ohne Weiteres uns in dem ganzen Gebiete, dem wir Schutz verliehen haben, als die Regenten und Souveräne, die unbedingt dictiren dürfen, hinstellen. . . . Wir haben . . . damals, als diese Fragen erörtert wurden, über die eigentlich gesetzgebende Gewalt und das Verordnungsrecht bestimmte Erklärungen nicht erhalten können, und ich behaupte, daß ein Verordnungsrecht überhaupt gar nicht existirt" (StB. 113a).

[2]) Abg. Windthorst: „Der zweite Punkt war, daß allerdings auch Missionäre katholischer Confession nicht ausgeschlossen sein sollten. Das lautet im Grundsatz sehr gut, in Wirklichkeit aber heißt die ganze Deduction des Herrn Reichskanzlers nichts Anderes, als daß nur evangelische Missionen oder doch ganz vorzugsweise nur diese in den Schutzbezirken berücksichtigt werden können, weil wir nur von evangelischen Missionären deutschen Sinn und deutsches Wesen erwarten können" (StB. 112a).

Stelle finden — ich fordere den Herrn Redner auf, mir eine 28. 11. 1885. Silbe nachzuweisen —, aus der er diese Einseitigkeit deduciren könnte. Ich habe mich lediglich auf die gesetzliche Regelung dem Jesuitenorden gegenüber bezogen und habe kein Wort davon gesagt, daß man nur evangelische Einrichtungen wolle, weil nur die identisch mit deutsch wären. Ja*), da ist wieder tief im Gewissen des Herrn Vorredners eine Stimme laut geworden, ob es nicht Leute gebe, die glauben könnten, daß der internationale und antinationale Einfluß der Jesuiten einen Deutschen von seinem Vaterlande in dem Grade loslösen könnte**), daß ihm das Vaterland vollständig gleichgültig wird. Das habe ich berührt; aber es sind doch nicht alle Katholiken Jesuiten; dazu ist der Orden nicht zahlreich genug, und in der großen Masse der Katholiken werden die Meinungen über den Orden sehr getheilt sein. Es ist vielleicht die Stellung der Parteipresse, die ich vorhin[1]) dahin charakterisirte, daß sie sich stets auf der Seite der Gegner des Deutschen Reichs befunden hat in den letzten Jahren, — die ist vielleicht die Ursache, daß der Herr Vorredner bei Allen, die nicht der Parteipresse angehören, diese Empfindung voraussetzt. Sein Blick ist zu scharf und klar, als daß er sich nicht die Consequenzen der Haltung der Parteipresse klar machen und einsehen sollte, daß im deutschen Volke allmählich der Gedanke Platz greift: Die „Germania" vertritt Deutschland nicht, vertritt die deutschen Interessen in keinem Falle und in keiner Weise. Von da bis zu der Ueberzeugung: Sie bekämpft die Interessen des Deutschen Reiches da, wo sie kann, — ist nur ein kleiner Schritt, und der wird auch gemacht werden; die katholischen Wähler werden sich davon überzeugen.

Der Herr Vorredner begann damit, daß er der „Germania" gratulirte zu dem guten Eindruck, den sie mir gemacht hätte[2]). Ich weiß nicht, wie sie mir einen Eindruck machen soll — ich lese

*) S. 117b.

**) StB.: könnten.

[1]) S. o. S. 278.

[2]) Abg. Windthorst: „Wenn der Herr Reichskanzler geglaubt hat, bei dieser Gelegenheit ein Organ der Presse, welches die katholischen Interessen in der Regel zu vertreten pflegt, besonders ins Auge zu fassen, so kann ich dem verehrten Herrn sagen, daß es eine Befriedigung für mich ist, wenn unsere Blätter einen solchen Eindruck auf ihn machen" (StB. 111a/b).

28. 11. 1885. sie nicht, ich halte sie nicht; denn was soll ich ein Blatt halten, das sich zur Aufgabe stellt, mich persönlich zu kränken und zu schädigen, wie es kann! Ich vermeide sorgfältig, sie zu lesen. Sie kann mir also keinen Eindruck machen.

Was mir aber einen Eindruck macht, ist, daß ich hier als Gefolge der „Germania", gewisser Maßen als Eideshelfer für deren Wahrheitsliebe, die angesehensten Namen großer Fractionen unterzeichnet finde, ja ich glaube, die Majorität des Reichstags. Das hat mir imponirt, daß die „Germania", dieses Blatt, das ich bisher so wenig verehrt habe,

(Heiterkeit.)

eine solche Gewalt hat, diese Masse von vornehmen, gewichtigen, weisen und patriotischen Herren in ihrem Schlepptau hinter sich zu ziehen. Das hat mich gewundert.

(Bravo! rechts.)

Der Abg. Windthorst erwiderte sofort. Die Interpellation sei nicht, wie der Reichskanzler behaupte, im Interesse der „Germania" gestellt worden, sondern um für ganz Deutschland die Art und Weise klar zu stellen, wie die Reichsregierung die Missionsfrage behandeln wolle. Dieser Zweck sei erreicht worden, insofern als es klar geworden sei, daß der Reichskanzler die Jesuiten und die ihnen Affiliirten in den Schutzgebieten nicht zulassen wolle, mit anderen Worten, die katholische Mission überhaupt auszuschließen beabsichtige. Der in Bremen verkündete Grundsatz der Priorität schädige die Paritätsverhältnisse unter allen Umständen; daß aber die vollste und freieste Concurrenz der Missionen möglich sei, beweise die Haltung Englands. Eine katholische Mission sei ohne Orden gar nicht denkbar; die Zulassung der katholischen Mission in den deutschen Schutzgebieten setze die Zulassung der Ordensleute voraus; ihr Ausschluß beweise, daß man überhaupt nur protestantische Missionen wolle. Erstaunt sei er über die Interpretation, die der Reichskanzler der Congo-Acte gebe: Auf dem Congreß habe er für andere Gebiete die Freiheit proclamirt, im eigenen Lande aber wolle er die Sclaverei erhalten — „denn das ist Sclaverei . . ., wenn man uns nicht in Freiheit Das thun lassen will, was unsere Religion, unsere Kirche verlangt". Nach der Aeußerung des Regierungscommissars v. Kusserow hätten die Katholiken ein Recht, die Anwendung der für das Congogebiet aufgestellten Grundsätze zu fordern. Auf Virchow in wissenschaftlichen Fragen sich zu berufen, in denen er eine anerkannte Autorität sei, müsse ihm gestattet sein; übrigens werde das Centrum fortfahren, diejenigen Deutschfreisinnigen bei den Wahlen zu

unterstützen, die bereit seien, die Katholiken von den Ketten des Cultur- 28. 11. 1885.
kampfs frei zu machen, und es werde darin bestärkt durch die Wahrnehmung, daß man darauf ausgehe, eine Mittelpartei zu schaffen, die Centrum, Deutschfreisinnige und Alle, die nicht auf den Fürsten Bismarck schwören, zu vertilgen im Stande sei. Der Regierung gegenüber werde das Centrum nach wie vor seine Freiheit bewahren, jeder Appell aber an die Wähler, von seinen Abgeordneten abzufallen, werde vergeblich sein: „Der Thurm steht und wird stehen!" Das Auftreten des Reichskanzlers beweise, daß er bei den culturkämpferischen Tendenzen der preußischen Regierung beharre und in dieser Hinsicht in den letzten Jahren Nichts gelernt und Nichts vergessen habe. Unzweifelhaft werde der Sieg der katholischen Kirche zufallen, das heißt, sie werde die volle Freiheit der Kirche und des Unterrichts wieder gewinnen, wie solche zum Segen Preußens und Deutschlands vor dem Culturkampf bestanden habe. Der Vorwurf der Reichsfeindlichkeit könne ihn, der mitten im deutschesten Stamm geboren und in deutschen Anschauungen erzogen worden sei, nicht treffen; der Reichskanzler dagegen handle immer undeutsch, so oft er das Recht in Deutschland verletze. Wenn der Reichskanzler mit seinen Anschauungen mehr Erfolg habe, als Windthorst mit den seinigen, so liege das daran, daß Jener mehr Geld und mehr Soldaten habe (vgl. Bd. X 427). Es sei an der Zeit, der fortgesetzten Kränkung der Katholiken ein Ende zu machen und ihnen zurückzugeben, was sie in der Aera Bismarck verloren hätten. Die Geschichte werde entscheiden, ob nicht die sogenannte Mißregierung Friedrich Wilhelms IV. besser gewesen sei, als die des Fürsten Bismarck. Fürst Bismarck erwiderte*):

Ich bedaure, daß das Gespräch zwischen dem Herrn Vorredner und mir sich noch weiter fortsetzt; aber ich kann die wiederholten Irrthümer, die der Herr Vorredner zum Ausdruck gebracht hat, nicht ohne wiederholten Widerspruch in die Welt gehen lassen.

Der Herr Vorredner hat damit angefangen, daß er die Behauptung wiederholte, aus meiner Rede ginge hervor, daß nur protestantische Missionen in den Colonien zugelassen werden würden[1]). Ich wiederhole, daß diese Behauptung unwahr ist,

*) StB. 120a.

[1]) Abg. Windthorst: „Wir haben erreicht, daß uns klar geworden ist, daß der Reichskanzler die Jesuiten und die ihnen Affiliirten . . . nicht zulassen will, und daß außer den evangelischen Missionen in der That andere nicht in Thätigkeit treten können und kommen werden.

(Reichskanzler Fürst Bismarck: Warum?)

Das will ich Ihnen jetzt sagen (Heiterkeit). Theoretisch haben Sie zugegeben, daß auch die zugelassen werden könnten, wenn sie eben Deutsche wären und in

28. 11. 1885. und daß der Herr Vorredner sich aus meiner vorigen Rede davon hätte überzeugen können. Ich muß wiederholen: Er kann mir nicht zugehört haben; denn ich vermuthe von ihm nicht, daß er wider besseres Wissen eine solche Unwahrheit sagen würde. Es ist nicht wahr; ich habe die vollständige Parität und Gleichberechtigung beider Confessionen anerkannt. Der Herr Vorredner hat seine Taktik einiger Maßen gewechselt; er hat in seiner ersten Rede behauptet, ich hätte die katholischen Missionen hindern wollen, — in der jetzigen Rede behauptet er nur, nach der Lage der katholischen Kirche, in welche sie durch den Culturkampf gesetzt würde, sei sie außer Stande, ihrerseits die Missionsaufgaben zu erfüllen, wenn sie nicht die französischen Jesuiten zu Hilfe nehme. Darauf sei sie angewiesen. Das war schließlich das Resultat seiner Ausführungen. Er sagte, vermöge des Culturkampfes sei die katholische Kirche in Deutschland nicht in der Möglichkeit, Priester, die sich mit der Mission befassen könnten, zu erziehen; was bleibe dann weiter übrig, als daß sie sage: Wir müssen nach dem Ausland gehen? Woran knüpft sich denn die ganze Debatte hier im Hause? An den Versuch

---

Deutschland erzogen seien. Nun antworte ich Ihnen: Das ist eine Concession an Leute, die nicht existiren . . ., weil Sie die hübschen Maigesetze gemacht haben. Ich habe schon . . . gesagt . . ., daß die Missionsthätigkeit überhaupt nur glänzende Erfolge hat durch die Orden. Die Orden haben Sie ausgetrieben, die Orden können also keine Missionäre erziehen, und wir können deshalb keine deutschen Missionäre stellen. Daraus folgt also, daß wir auch keine haben werden. Ist das deutlich, oder ist das auch noch dunkel?

(Reichskanzler Fürst Bismarck: Nein, das ist nicht deutlich!)

Ich denke, die Grundsätze der Logik sind bei mir noch ebenso maßgebend wie Das, was ich mit der Hand taste; das scheint dort nicht mehr der Fall zu sein.

Es ist außerdem ja vollkommen klar, wo das Interesse der Regierung liegt. . . . Die Correspondenz mit dem Herrn Cultusminister, die Beschickung der bremischen Missionsconferenz und das Auftreten des dortigen Commissarius beweist das vollständig. Der Herr Reichskanzler sagt: Das ist ja bloß der Information wegen; ich aber sage: Die Information erstreckte sich so weit, daß der Commissarius dort den ungeheuerlichen Grundsatz proclamirte: Die Priorität entscheidet!

(Reichskanzler Fürst Bismarck: Pater Weik!)

Nein, das hat der Commissarius in Bremen gesagt, und nun hat der Herr Reichskanzler zur Rechtfertigung seines Commissarius sich auf den Ausspruch des Pater Weik bezogen. Ich theile diesen Ausspruch des Weik nicht. . . . Eine Priorität würde unter allen Umständen die Paritätsverhältnisse schädigen und aufheben, und darum muß man Allen freie Hand lassen" (StB. 118a).

französischer Jesuiten, unter dem Vorwand eines deutschen Namens 28. 11. 1885.
in Deutschland gegen das Gesetz eine Jesuitenschule für Missionäre zu begründen. Also wenn Sie das nicht können, wenn Sie keine französischen Jesuiten haben, dann behaupten Sie, ist die katholische Kirche in Deutschland bankerott und kann keine Missionäre mehr liefern. Das ist das Ergebniß, das Destillat von der Rede, die der Herr Vorredner soeben gehalten hat. Nun, ich behaupte, das ist unwahr. Die katholische Kirche verfügt in Deutschland über außerordentlich reiche Kräfte, und wenn Sie nur einen geringen Theil der Kräfte, die eine traurige Beschäftigung im Culturkampf und in der Hetze haben, auf die Mission verwenden würden, so*) würden Sie Gottes reichen Segen damit verdienen und würden nicht das Vaterland verhetzen und in Zwietracht bringen.

(Bravo! rechts.)

Schicken Sie doch die Mitarbeiter der „Germania" nach Kamerun, die sollen uns dort willkommen sein.

(Große Heiterkeit.)

Sie haben Kräfte genug überflüssig und brauchen nicht nach dem Sacré-Coeur und den Parisiens zu greifen. Der Culturkampf kann doch nur einen Theil der deutschen Priester in Anspruch nehmen. Denn, so viel ich weiß, ist er in keinem anderen deutschen Staat, außer in Preußen, und auch dort existirt er factisch nicht mehr; es kostet die größte Mühe, ihn einiger Maßen zu beleben; man muß ihn aufkitzeln und aufpeitschen;

(Beifall rechts.)

man muß künstliche Vorwände finden, daß die katholische Kirche gekränkt sei, wie diese Interpellation zu Gunsten der Wahrheitsliebe der „Germania", — die muß man sich ausdenken, um doch einen Streitpunkt zu schaffen. Es ist wirklich „Gracchos de seditione querentes"[1]) — das ist ja ein altes, abgebrauchtes Gleichniß —, aber es wird uns hier die Klage über die Fortdauer des Culturkampfes jedes Mal aufgetischt, wenn der Reichstag eröffnet

---

*) S. 120b.

[1]) Vollständig: Quis tulerit Gracchos de seditione querentes, zu deutsch: Wer möchte die Gracchen ertragen, die Klagen erheben um Aufruhr? Juvenal, Sat. II 24.

28. 11. 1885. wird; das ist das Erste, daß eine aufreizende, den Culturkampf in Scene setzende Interpellation eingereicht wird. Dann sagen Sie doch nicht, daß Sie Leute des Friedens sind. Beklagen Sie sich doch nicht über die Fortsetzung des Kampfes, dessen Sie bedürfen, um als Partei Geltung zu haben.

(Bravo! rechts.)

Der Herr Vorredner hat sich auf die Anlehnung anderer Colonialmächte an die Missionen berufen [1]). Ich bin doch sehr zweifelhaft, ob die Franzosen in dem uns benachbarten Gabun eine deutsche Mission evangelischer Confession zulassen würden, trotzdem daß Frankreich die Congogrundsätze ja eben so gut proclamirt hat, wie wir. Wenn Einer in deutscher Sprache sich an eine französische Regierung wenden würde*) — es würde ein Deutscher kaum den Mangel an Blödigkeit haben, das überhaupt zu versuchen, wie diese Franzosen —, wenn sich Jemand damit an die französische Regierung wenden wollte: Seid doch so gut, uns eine protestantische deutsche Mission in Eurem Colonialgebiet einzuräumen, — jeder französische Beamte und Staatsmann würde das mit einer ironischen Heiterkeit und als eine Verhöhnung auffassen; bei uns aber wird es ernsthaft genommen, und es gibt eine Menge Leute, die, weil wir uns nicht den Franzosen in den Pelz setzen wollen, uns dafür anklagen, als ob wir den confessionellen Zwist damit fördern. Wo sie ein Motiv herausklauben können, um die Regierung des Culturkampfes zu beschuldigen, da wird es sogleich an die große Glocke gehängt, so daß man mitunter über das Maß von Haß

---

*) StB.: werde.

[1]) Abg. Windthorst (in seiner ersten Rede): „Eine Colonisation ohne Missionen ist undenkbar, und wer sie für denkbar hielte, würde damit zeigen, daß er ... wohl thäte, nach England, Frankreich oder Amerika zu gehen, um das Colonialwesen dort erst recht gründlich zu studiren und zu erlernen. In Frankreich, wo man doch gewiß nicht geneigt ist, dem katholischen Ordenswesen irgendwelche Pflege angedeihen zu lassen, und insbesondere sehr feindlich gegen die Jesuiten gesinnt ist ..., hat man es doch der Weisheit der Politik entsprechend gefunden, überall, wo ein französisches Missionswerk, einerlei, in welchen Händen es liegt, sich befindet, dies ungestört fortbestehen zu lassen, und wenn Alles aus dem Budget Frankreichs ausgestrichen wird, so wird doch Das, was für Missionen ausgegeben werden soll, nicht gestrichen. Denn das wissen die Franzosen recht gut, daß auf den Missionen ein gut Theil des Erfolges beruht, den sie in den Colonien überhaupt erzielt haben" 2c. (StB. 112b).

und Uebelwollen, das in dieser Geschicklichkeit liegt, Culturkampf 28. 11. 1885.
zu finden, erstaunt und erschrocken ist.

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, ich hätte Nichts gelernt und Nichts vergessen [1]). Ich bitte um Entschuldigung, ich habe Manches vergessen; ich habe viele Beleidigungen vergessen, ich bin versöhnlich, in den Auffassungen entgegenkommend geworden. Gelernt habe ich in den letzten Jahren, daß nach den Grundsätzen, mit denen die Politik uns gegenüber geleitet worden ist, weder der preußische Staat noch das Deutsche Reich auf die Dauer bestehen kann,

(Bravo!)

und daß ich die Einrichtungen ohne diese Grundsätze treffen muß. Die Entscheidung hat mich manche Erwägung, manche schlaflose Nacht gekostet, — aber diese Grundsätze haben uns jede Möglichkeit des Friedens künstlich abgeschnitten. Wenn wir*) mit Rom nahe an der Verständigung waren, kam ein alarmirender Antrag dazwischen, eine Interpellation, die das Motiv zu heftigem Kampf geben konnte, so daß die Regierung unter einer heftigen Bedrohung und Gewaltthat zu stehen schien, wenn sie irgendwie entgegen kam. Ja, meine Herren, wenn ich zwischen zwei Fractionen eine Wahl treffen muß, so muß ich mich für diejenige entscheiden, die mir für die nationale Zukunft des Reiches die stärkeren Garantien bietet. Ich bin weit entfernt davon — der Herr Abgeordnete schien es zu glauben [2]) —, ihn in seiner Politik irre machen zu wollen. Das wäre ein verwegener Gedanke von mir; wie würde ich darauf kommen, daß der Herr Abgeordnete in seinen Jahren, so wie er sich festgenagelt hat trotz aller Geschicklichkeit in der Rede, umkehren, und daß ich diese große bedeutende Fraction überzeugen sollte! Das hat mir ja niemals einfallen können. Und nach-

---

*) S. 121a.

[1]) Abg. Windthorst: „Es ist sehr traurig, aber wir haben es aus dem heutigen Auftreten des Herrn Reichskanzlers entnehmen müssen, daß er nach wie vor ... bei den culturkämpferischen Tendenzen der preußischen Regierung beharrt, und daß er in dieser Hinsicht in den langen Jahren anscheinend Nichts vergessen und Nichts gelernt hat" (StB. 119a).

[2]) Abg. Windthorst: „Das mag sich übrigens der Herr Reichskanzler ... gesagt sein lassen: Das Centrum geht seinen eigenen Weg ..., der Thurm steht und wird stehen" (StB. 119a).

28. 11. 1885. dem ich das gelernt habe, mit Betrübniß gelernt habe, daß ein Bund mit den Herren nicht zu flechten ist[1]), ohne die Existenzbedingungen der preußischen Monarchie aufzugeben, habe ich meine Wahl treffen müssen.

Wenn der Herr Vorredner sich auf die Franzosen beruft und deren Behandlung der Missionäre[2]), so möchte ich ihm doch zur Erwägung geben, daß die französische Nation mit der Art, wie die französischen Colonien verwaltet worden sind, nicht überall einverstanden zu sein scheint. Ich weiß nicht, ob sie darin nicht vielleicht Unrecht hat; aber er sollte sich auf dies Beispiel nicht gerade berufen.

(Ruf im Centrum: Doch!)

In Paris, glaube ich, wird man dies Zeugniß nicht unterschreiben, daß die Zufriedenheit mit der französischen Colonialverwaltung den Missionen zu verdanken sei. Ich lese wenig Zeitungen, aber ich glaube daraus schließen zu dürfen, daß gerade die Colonialfrage zu Meinungsverschiedenheiten in Frankreich Anlaß gegeben hat. Die Missionäre sind dabei nicht genannt, aber ich habe auch nirgends gefunden, daß die französischen Colonien ihre Erfolge gerade auf die Missionen stützen. Ich habe wohl gefunden, daß Missionen unter französischem Schutze unter bedauerlichem Blutvergießen von Eingeborenen überfallen worden sind. Das sind keine ermunternden Erfolge für das System. Daß die Engländer nun gerade auf katholische Jesuitenmissionen — um die handelt es sich allein — gestützt, bedeutende Erfolge in Indien errungen hätten, wie der Vorredner andeutete[3]), darüber müßte ich mir nähere Belehrung ausbitten. Mir ist davon Nichts bekannt. Wohl ist mir bekannt, daß die Engländer durch sorgsame Schonung unchristlicher Con-

---

[1]) Vgl. Schiller, Die Glocke:

Doch mit des Geschickes Mächten
Ist kein ew'ger Bund zu flechten.

[2]) S. oben S. 288 Anm. 1.

[3]) Abg. Windthorst (in seiner ersten Rede): „Ein Gleiches könnte der Herr Reichskanzler aus den Besitzungen Englands erfahren, namentlich aus Indien, wo gerade die englische Regierung es ganz besonders dem Jesuitenorden dankt, daß sie dort diejenigen Erfolge hat, welche ihr zu Theil geworden sind, und daß sie diejenige Festigkeit gewonnen hat, welche sie bis jetzt behauptet" (StB. 112b).

fessionen, der sehr starken Muhammedaner sowohl wie der Hindus, 28. 11. 1885.
dort ihre Stellung erhalten und außer Kritik gestellt haben; aber ich habe nie davon gehört, daß in Indien gerade irgend welche Erfolge damit erzielt worden wären. Meine Unbelesenheit ist vielleicht daran Schuld, ich habe so wenig Zeit zum Lesen; der Herr Vorredner mag mehr haben, wenn es sich darum handelt, Stoff gegen die heimische Regierung zu sammeln, — aber mir ist Nichts bekannt in der Richtung.

Also das ist der Hauptgrund, weshalb ich überhaupt das Wort noch ein Mal ergriffen habe, um nochmals dem wiederholten Irrthum des Herrn Vorredners zu widersprechen, als hätte ich irgend Etwas gegen die deutschen katholischen Missionen. Ja sogar die jesuitische Färbung wäre mir, wenn ich nur der rein deutschen nationalen Tendenz dabei sicher sein könnte, nach meinen persönlichen Ueberzeugungen kein unübersteigliches Hinderniß; unübersteiglich bleibt mir immer die Barrière, die mir das Gesetz zieht, aber was meine inneren Ueberzeugungen anbetrifft, so kann ich einen Jesuiten, bei dem ich wirklich deutsch-nationale Empfindungen voraussetze, als einen sehr nützlichen Bundesgenossen betrachten und habe keine Abneigung an und für sich gegen ihn; nur sind mir solche nicht vorgekommen, und dies hier sind Stockfranzosen und Franzosen aus Wahl, nicht aus Geburt, an die die „Germania" ihren*) höchst unpatriotischen Feldzug gegen die heimische Regierung geknüpft hat.

Der Herr Vorredner ist in der Stärke seiner Ausdrücke so weit gegangen, daß er den Ausschluß der französischen Jesuiten — um Weiteres handelt es sich nicht — von der Einrichtung einer Schule innerhalb des Deutschen Reichs im Widerspruch mit dem Gesetze hält; er betrachtet es als eine schwere Kränkung der Katholiken — das waren seine Worte, so viel ich mich erinnere[1]). Ja, das heißt: Wir fühlen uns in Knechtschaft, sobald wir nicht herrschen; wenn wir nicht das Land allein regieren, so klagen wir über Ketten, in die wir geworfen sind, und die wir zerreißen müssen, —

*) S. 121 b.

[1]) Abg. Windthorst: „Es wäre eigentlich richtiger, daß wir endlich einmal anfingen zu überlegen, ob es sehr gut ist, daß wir . . . stets in den Rechten, die uns als Katholiken zustehen, gekränkt werden" (StB. 119 b).

28. 11. 1885. und was alle diese großen, gewaltthätigen und unwahren Wendungen sind. Nicht herrschen über Andere ist bei Ihnen schon Knechtschaft, und darin können wir nicht folgen [1]). Wenn Sie es als eine schwere Kränkung der gesammten katholischen Mitbürger ansehen, daß wir französische Jesuiten nicht in Deutschland zur Schulbildung zulassen wollen, dann hört zwischen uns das Verständniß auf.

Den Herrn Vorredner muß ich doch auf einen lapsus [2]) noch aufmerksam machen, der ihm widerfahren ist. Er hat von der Regierung des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV. gesprochen, hat dem gegenüber die jetzige Regierung gestellt; und weil er davor zurückschreckte, die Regierung Sr. Majestät des Kaisers selbst zu tadeln und bei diesem Vergleich in die Inferiorität zu bringen, so hat er der Regierung Sr. Majestät des Kaisers die Regierung des Fürsten Bismarck — so, glaube ich, waren seine Worte — substituirt [3]).

(Sehr richtig! rechts.)

Ja, meine Herren, das ist doch eine schwere Beleidigung meines eigenen treuen Royalismus, meiner ehrlichen Anhänglichkeit. Meine Herren, ich habe nie etwas Anderes verlangt, als der Diener meines Herrn zu sein.

(Bravo! rechts und links.)

Ich bin der Diener des vorigen Königs gewesen, ich bin der Diener meines jetzigen Herrn, und es gibt keinen Dienst, den er nicht von mir verlangen könnte. Das bezeugt die Thatsache, daß ich trotz meines körperlichen Elends noch hier bin und ihm diene, so lange meine Knochen zusammenhalten. Aber von einer Regie-

---

[1]) Vgl. Bd. X 59. 259.

[2]) Verstoß, vgl. Bd. VII 159.

[3]) Abg. Windthorst: „Ich denke, es könnte uns nicht etwa ein Vorwurf daraus gemacht werden, daß wir Das erlangen oder erhalten wollen, was uns die preußischen Könige gewährt haben, was uns erst unter der Aera Bismarck entzogen worden ist. . . . Ich weiß wohl, daß der König, dem wir vorzugsweise das Alles verdanken, Friedrich Wilhelm IV., als ein König bezeichnet wird, dessen Regierung eine Mißregierung gewesen. Wir wollen erst abwarten, was die Geschichte demnächst sagen wird, ob diese Mißregierung Friedrich Wilhelms IV. besser war oder die des Fürsten Bismarck." (Oh, oh! rechts. Ruf: Olmütz contra Sedan!) (StB. 119b).

rung des vorigen Königs und des Fürsten Bismarck zu sprechen, — 28. 11. 1885.
welche Beleidigung für Se. Majestät den Kaiser liegt darin!

(Lebhaftes Bravo.)

Welche Beleidigung für meine Ehrlichkeit, für meine Treue, mit der ich diesem Herrn diene als Vasall, als Beamter und als Diener in jeder Beziehung! Ich hoffe, daß der Herr Vorredner einsieht, daß er darin eine Beleidigung für mich und meinen Herrn ausgesprochen hat, die er wohlthäte zurückzuziehen.

(Lebhaftes Bravo.)

Nachdem der Abg. Frhr. v. Maltzahn-Gültz aus den Protokollen der Budgetcommission nachgewiesen hatte, daß die von dem Interpellanten und dem Abg. Windthorst wiederholt angezogene Aeußerung des Herrn v. Kusserow über die Gültigkeit der Congo-Acte auch in den deutschen Schutzgebieten lediglich als dessen Privatansicht ausgesprochen worden war und demgemäß nicht als eine die verbündeten Regierungen bindende Erklärung aufgefaßt werden konnte, nahm der Abg. Windthorst zum dritten Mal das Wort. Er hielt seine Behauptung aufrecht, daß die katholische Mission wenn auch nicht theoretisch, so doch thatsächlich wegen des Ausschlusses katholischer Orden von den deutschen Schutzgebieten ausgeschlossen sei, rechtfertigte den Ausdruck: „Regierung des Fürsten Bismarck" mit dem parlamentarischen Brauch, die Person des regierenden Herrschers nicht in die Discussion zu ziehen, sondern sich an den verantwortlichen Minister zu halten, und protestirte gegen die Desavouirung der von Regierungscommissaren geäußerten Anschauungen durch die leitenden Minister. Der Reichskanzler habe übrigens das champ de bataille beengt und gesagt: Es handle sich lediglich um Zulassung französischer Jesuiten, gleichwohl aber die Frage ad 1 generell bejaht und also auch die deutschen Jesuiten ausgeschlossen. Glaube er die französischen Jesuiten wegen der internationalen Verhältnisse ausschließen zu müssen, so könne man sich dabei beruhigen; doch müsse er dann die Erklärung abgeben, daß die anderen kommen könnten: „Dann werden wir fertig sein und wenigstens bis auf Weiteres die Sache ruhen lassen und abwarten, was die übrigen Mächte zu dieser flagranten Verletzung der Congogrundsätze sagen werden." Fürst Bismarck entgegnete*):

Der Herr Vorredner hat mir vorgeworfen, ich hätte seine Argumentation nicht gehört, in der er ausgeführt, theoretisch hätte ich die Gleichberechtigung zugestanden, aber praktisch wäre sie nicht

---

*) StB. 124a.

28. 11. 1885. möglich [1]). Der Herr Vorredner ist aber, wie ich sehr wohl bemerkt habe, bei Beginn meiner Rede hinausgegangen den ganzen langen Weg entlang, ich habe es bedauert, aber er kam erst wieder zurück, als ich auf diese Seite seiner Argumentation bereits geantwortet hatte, indem ich ausgeführt hatte — ich wiederhole es für ihn; ich bin dazu genöthigt, da er es bestritten hat —: ich könnte nicht zugeben, daß er sich*) mit dem Mangel an brauchbaren Priestern für die Mission entschuldigte. Ich habe noch besonders empfohlen, Sie möchten doch einige Priester in anderer Verwendung, zum Beispiel aus der Presse, dorthin schicken. Es sind auch hier in diesen Räumen Geistliche vorhanden, die gewiß auf dem Missionsgebiet ein Feld fruchtbarerer Thätigkeit finden würden,

(Heiterkeit.)

als durch Anhören der Reden des Herrn Vorredners und meiner. Ich sehe keinen Mangel an Priestern, der dazu nöthigte, gerade zu französischen Jesuiten die Zuflucht zu nehmen.

Nun hat der Herr Vorredner gesagt: Französische brauchen sie nicht, aber Jesuiten müssen sie jeden Falls haben [2]). So verstand ich seine Rede: Ohne Jesuiten läßt sich die Sache nicht machen. Nun, dann sage ich: Dann läßt sie sich eben nicht machen nach der gegenwärtigen Lage unserer Gesetzgebung. Ich bitte also den Herrn

---

*) S. 124b.

[1]) Abg. Windthorst: „Der Herr Reichskanzler hat behauptet, es sei unwahr, wenn ich behaupte, daß nur die evangelischen Missionen als verwendbar in den Schutzgebieten schließlich in Betracht kommen. Ich habe meine Ansicht in dieser Hinsicht klar und bestimmt ausgesprochen, und wenn es nicht eine Retourkutsche wäre, würde ich sagen: Der Herr Reichskanzler muß nicht zugehört haben. Ich habe gesagt: Die Mission der Jesuiten ist absolut abgelehnt, andere katholische Missionäre sind in der Theorie zugelassen; in der Praxis aber steht es so, daß eine katholische Missionsthätigkeit nicht ausgeübt werden kann, daß seine Theorie nicht praktisch wird, weil katholische Orden ausgeschlossen sind. Daraus folgt also, daß nur die evangelischen Missionäre zugelassen werden, und das ist wahr" (StB. 123b).

[2]) Abg. Windthorst: „Der Herr Reichskanzler hat ... gesagt: Es handelt sich lediglich darum, ob diese französischen Jesuiten zugelassen werden sollen. ... Der Herr Reichskanzler hat aber diese Frage ad 1 ... generell bejaht, also auch die deutschen Jesuiten ausgeschlossen. ... Glaubt der Herr Reichskanzler wegen der internationalen Verhältnisse die französischen Jesuiten ausschließen zu können, so könnte ich mich damit beruhigen. Dann aber wünsche ich, daß er ausdrücklich erklärt, daß die anderen kommen können" (StB. 124a).

Vorredner, anzuerkennen, daß ich seine Argumentation sehr wohl gehört habe, daß er nur hinaus gegangen ist, als ich darauf antwortete. 28. 11. 1885.

Dann muß ich wiederholt erklären, daß die verbündeten Regierungen durch Erklärungen der Commissarien an sich nur dann verpflichtet werden können, wenn die Commissarien sagen, daß sie ihre Erklärungen ausdrücklich im Namen der verbündeten Regierungen abgeben. Wenn das geschieht, und wenn dazu Anlaß ist, dann werden in der Regel autorisirtere Vertreter der verbündeten Regierungen, als es die Commissarien und vortragenden Räthe einzelner Ministerien sind, da sein. Aber diese Zwickmühle, die dadurch etablirt werden soll, daß ein Commissarius, der von den Intentionen der verbündeten Regierungen keine Kenntniß hat, ja nicht einmal von denen seiner eigenen Regierung, und der vorher nicht wissen kann, und seine Regierung noch weniger, was da zur Sprache kommt — daß ein solcher Commissarius bei jedem einzelnen lapsus linguae [1]) oder wohlüberlegten, aber irrthümlichen Wort beim Wort gehalten wird, und zwar nicht nur er, sondern daß an der Handhabe dieses Commissarius die ganzen Regierungen als ehrenmäßig verpflichtet angesehen werden sollen, — das ist doch eine Klemme, der wir uns nicht aussetzen wollen, und da erkläre ich ganz bestimmt: Lieber werden wir gar keine Commissarien mehr schicken, wenn Sie nicht darauf verzichten. Eine Verpflichtung dazu liegt den verbündeten Regierungen nicht ob. Berathen Sie sich, wie Sie können, und fordern Sie Erklärungen hier; aber auf Erklärungen von Commissarien hin, die, ohne irgend von den Intentionen der Regierungen Kenntniß zu haben, sich äußern — auf solche Erklärungen hin meinerseits verpflichtet zu sein, das erkenne ich nicht an, und ich gebe diese Erklärung hier ausdrücklich wiederholt ab, um zu verhindern, daß darauf Bezug genommen wird, und daß an den unglücklichen Herren Commissarien gedrückt und gezerrt wird, bis man sie in Discussionen verwickelt, bis sie irgend eine Erklärung abgeben, für die man nachher die Gesammtheit der Regierungen verantwortlich macht. Das ist kein ehrlicher Kampf.

---

[1]) Versprechen, s. o. S. 228.

28. 11. 1885. Der Herr Vorredner hat ferner einen anderen Gegenstand meiner Aeußerungen verschoben, indem er sich jetzt das Ansehen gab, als hätte ich mich darüber beschwert, daß er die Person des Monarchen hier in die Debatte gemischt hätte [1]); das ist keines Falls das Motiv meiner Verwahrung gewesen. Diese Fiction, daß die Person des Monarchen nie und unter keinen Umständen in die Debatte gemischt werden solle, das ist eine constitutionelle Fiction, die dazu erfunden ist, den Monarchen möglichst unschädlich zu beseitigen. Einer, von dem nicht die Rede sein darf, der hat auch keinen Willen, der hat auch nicht mehr mitzureden. Das war für die englischen Parteien, für die englischen Großen ein sehr nützliches Argument, um den Königlichen Einfluß, der ihnen unbequem war, ganz bei Seite zu schieben. Ich*) kann es hier nicht anerkennen, und es steht in unserer Verfassung auch nicht, in der Preußischen wenigstens nicht; da hat der König ganz besondere Rechte, die besonders geltend gemacht werden. Wogegen ich mich verwahrt habe, das ist die Antithese, die der Herr Vorredner machte, zwischen dem König Friedrich Wilhelm IV. und meiner Person, in der die Insinuation lag, als ob ich mich überhöbe, als ob ich der regierende Mann jetzt wäre. Und da, habe ich gesagt, hat der Herr Vorredner mich beleidigt und mich in einem Lichte dargestellt, das ich wahrlich nicht verdiene. Ich will wünschen, daß der Herr Vorredner seinem Monarchen jemals ein so ergebener, anhänglicher und demüthiger Diener sein möge, wie ich es bin. Wenn er das wäre, dann würde er mich nicht in meinem innersten Herzen so verletzt haben mit dieser Antithese, indem er mich

---

*) S. 125a.

[1]) Abg. Windthorst: „Dann hat der Herr Reichskanzler geglaubt, ich hätte etwas ganz Ungehöriges gesagt, indem ich von der Regierung Friedrich Wilhelms IV. und der Regierung des Fürsten Bismarck gesprochen hätte. Meine Herren, es ist eine ganz bekannte Sache, daß es durchaus zulässig ist, bei der Beurtheilung einer vergangenen Regierung, wenn der Monarch gestorben ist, den Namen des Monarchen selbst zu nennen. Bei den regierenden Fürsten ist dies aber nicht zulässig, sondern da ist es parlamentarischer Brauch, daß man sich an den Minister wendet; ... Ich bin nicht gewöhnt, die Person des Fürsten ... in die Debatte zu ziehen. ... Heut zu Tage ist es aber üblich geworden, besonders wenn schwierige Situationen kommen, den Kaiserschild vorzuhalten“ (StB. 123b).

meinem früheren Monarchen gegenüber stellte; das halte ich für unser nicht würdig! 28. 11. 1885.

(Bravo! rechts.)

Zum Schluß suchte noch der Abg. Rintelen aus der Verfassungsurkunde für das Deutsche Reich den Beweis zu führen, daß die Schutzgebiete nicht als Reichsgebiet zu betrachten seien, mithin die Reichsgesetzgebung für sie nicht gelte und auch die Competenz, Reichsgesetze in ihnen einzuführen, Niemandem zustehe. Demnach könne kein Mensch einem Missionar, auch wenn er der Gesellschaft Jesu oder einem verwandten Orden angehöre, den Aufenthalt in den Colonien wehren, und wenn es im Wege der Verwaltung geschehe, so sei das Willkür. Er folgerte daraus, daß der den beiden „angeblich französischen" Missionaren gegebene Bescheid ungerechtfertigt gewesen sei und die vom Reichskanzler heute abgegebene Erklärung wider Reichsrecht und Verfassung verstoße.

---

8. Sitzung des Deutschen Reichstags

Dienstag 1. December 1885.

Die von der preußischen Regierung verfügte Ausweisung polnischer Unterthanen der russischen und österreichischen Monarchie hatte schon im Mai 1885 im preußischen Abgeordnetenhaus der polnischen Fraction Anlaß zu einer Interpellation gegeben, die Namens der preußischen Regierung Minister v. Puttkamer dahin beantwortet hatte, daß die Maßregel einzig durch die Rücksicht auf die Erhaltung des Deutschthums in den östlichen Provinzen gegenüber der polnischen Propaganda geboten sei, mit confessionellen Verhältnissen dagegen Nichts zu thun habe. Da das Recht der Ausweisung fremder Unterthanen ein Hoheitsrecht der preußischen Krone war und als solches parlamentarischer Anfechtung in Preußen selbst nicht wohl unterliegen konnte, machte die polnische Fraction des Reichstags den Versuch, die interne preußische Angelegenheit vor das Forum des Reichstags zu ziehen, um durch die Gesammtvertretung des Reichs einen moralischen Druck auf die preußische Regierung ausüben zu lassen. Am 26. November 1885 brachte sie mit Unterstützung von Welfen, Centrum, Socialdemokraten, Elsässern und der Mehrzahl der Secessionisten und Deutschfreisinnigen eine mit 169 Unterschriften versehene Interpellation folgenden Wortlauts ein: 1. 12. 1885.

> In den letzten Monaten wurden viele Tausende von fremden Unterthanen, namentlich aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates, ausgewiesen oder für die nächste Zukunft damit bedroht.

1\. 12. 1885. Wir richten an die Reichsregierung die Anfrage, ob diese Thatsache und ihre Begründung zu ihrer Kenntniß gelangt ist, und ob dieselbe bereits Schritte gethan hat oder noch zu thun beabsichtigt, um der weiteren Durchführung der verhängten Maßregel entgegen zu wirken.

Die Interpellation stand auf der Tagesordnung der 8. Sitzung des Reichstags am 1. December 1885. Auf die Anfrage des Präsidenten v. Wedell-Piesdorf, ob der Vertreter der verbündeten Regierungen zur Beantwortung der Interpellation bereit sei, erhob sich Fürst Bismarck*):

Ich habe zunächst dem Reichstage eine Allerhöchste Botschaft in Bezug hierauf mitzutheilen:

(Der Reichstag erhebt sich.)

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen &c., thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Den Verhandlungen des Reichstags mit Aufmerksamkeit folgend, haben Wir aus der Tagesordnung des 1. December ersehen, daß eine Interpellation in Aussicht steht, welcher die Rechtsauffassung zu Grunde liegt, als ob in Deutschland eine Reichsregierung bestände, die verfassungsmäßig in der Lage wäre, Schritte zu thun, um die Durchführung von Maßregeln zu hindern, welche von Uns in Unserem Königreich Preußen bezüglich der Ausweisung ausländischer Unterthanen angeordnet worden sind. Die Thatsache, daß diese rechtliche Voraussetzung nach Ausweis der Unterschriften der Interpellation von der Mehrzahl der bisher anwesenden Mitglieder des Reichstags für richtig gehalten wird, legt Uns die Verpflichtung auf, derselben gegenüber Unsere Rechte im Königreich Preußen und die Rechte eines Jeden Unserer Bundesgenossen in Betreff der Landeshoheit ausdrücklich zu verwahren.

Wir haben gleich jedem der verbündeten Fürsten wesentliche und unbestrittene Hoheitsrechte der Einheit der deutschen Nation willig geopfert und dem Reichstage bezüglich Unserer Staaten weitgehende Rechte eingeräumt. Wir bereuen die

*) StB. 130b.

von Uns gebrachten Opfer nicht. Wir haben die dadurch 1. 12. 1885.
geschaffenen Rechte und Prärogative des Reichstags stets unverbrüchlich geachtet und Unsere gegen das Reich übernommenen Pflichten jeder Zeit bereitwillig erfüllt, auch den Frieden des Reichs mit Erfolg gewahrt und seine Wohlfahrt nach Kräften gefördert. Aber mit gleicher Gewissenhaftigkeit sind Wir auch entschlossen, die Rechte Unserer angestammten Krone so, wie sie nach den Bundesverträgen zweifellos in Geltung stehen, nicht minder wie die eines Jeden Unserer Bundesgenossen, unverdunkelt und unvermindert zu erhalten und sie zu schützen.

Die in der gedachten Interpellation vertretene Rechtsauffassung findet in keiner Bestimmung der Bundesverträge, der Verfassung oder der Gesetze des Reichs einen Anhalt. Es gibt keine Reichsregierung, welche berufen wäre, unter der Controle des*) Reichstags, wie sie durch jene Interpellation versucht wird, die Aufsicht über die Handhabung der Landeshoheitsrechte der einzelnen Bundesstaaten zu führen, soweit das Recht dazu nicht ausdrücklich dem Reiche übertragen worden ist. Wir dürfen das Zeugniß der durch Uns und Unsere Bundesgenossen geeinigten Nation dafür anrufen, daß die verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung von Uns und von den verbündeten Regierungen jeder Zeit sorgfältig geachtet worden sind; aber wir dürfen auch erwarten, daß der Reichstag mit gleicher Gewissenhaftigkeit die Rechte eines Jeden der verbündeten Fürsten und Freien Städte achten werde. Auf dieser Gegenseitigkeit beruht das Vertrauen, welches die deutschen Stämme und ihre Fürsten und Obrigkeiten der Reichsverfassung entgegen bringen. Es ist Unser ernstes Bemühen, dieses Vertrauen allerseits ungeschwächt zu erhalten, und deshalb fühlen Wir Uns bewogen, dem Reichstage Unsere Ueberzeugung kund zu thun, daß die Rechtsauffassung, zu welcher die Mehrzahl der anwesenden Abgeordneten durch ihre Unterstützung der gedachten Interpellation sich bekannt hat, im Widerspruch mit dem deutschen

*) S. 131 a.

1. 12. 1885. Verfassungsrechte steht, und daß Wir etwaigen Versuchen einer Bethätigung derselben nicht nur Unsere Mitwirkung versagen, sondern denselben gegenüber die Rechte einer jeden der verbündeten Regierungen nach Maßgabe des Bundesvertrags vertreten und schützen werden.

Gegeben Berlin, den 30. November 1885.

(gez.) Wilhelm.
(gegengez.) v. Bismarck.

Meine Herren, ich erlaube mir, den Text der Allerhöchsten Botschaft dem Herrn Präsidenten zu überreichen.

(Geschieht.)

Die Verlesung der Allerhöchsten Botschaft ist beendet.

(Abg. Dr. Windthorst: Zur Geschäftsordnung!)

— Ich bin noch nicht fertig. Ich sage nur, die Verlesung der Allerhöchsten Botschaft ist beendet, indem ich annehme, daß die Herren sich deshalb erhoben haben.

Ich habe dieser Verlesung auf Befehl meines Herrn, des Königs von Preußen, auch in meiner Eigenschaft als Bevollmächtigter Preußens eine Verwahrung des Rechts Sr. Majestät hinzuzufügen, in Seinen Staaten und insbesondere in deren Grenzprovinzen die deutsche Nationalität in ihrem Bestande und in ihrer Entwickelung vor jeder Beeinträchtigung durch fremdländische Elemente, und namentlich vor der weiteren Ausbreitung der seit Jahrzehnten dort im Gange befindlichen Polonisirung deutscher Volksstämme zu schützen.

Das einen Ausfluß der Landeshoheit bildende Recht, diesen Schutz in Seinen Staaten zu üben, ist eines der Rechte, zu deren Schutz der Bundesvertrag, welcher die Grundlage unserer Reichsverfassung bildet, geschlossen ist. Es heißt in der Einleitung des Vertrages, daß Se. Majestät der König von Preußen und die anderen Monarchen einen Bund schließen „zum Schutze des Bundesgebiets und des innerhalb desselben gültigen Rechts". Zu diesem gültigen Recht gehört das Hoheitsrecht des Königs von Preußen, welches ich vorhin bezeichnete. Der König von Preußen hätte daher einen Anspruch auf den Schutz des Reichs in der Ausübung dieses Rechts, wenn ihm dasselbe vom Auslande her bestritten

würde. Das Ausland aber bestreitet dieses Recht in keiner Weise, sondern hat sich in wohlwollend nachbarlicher Freundschaft mit Sr. Majestät über die Handhabung des preußischen Landeshoheitsrechts in Bezug auf Ausländer in Verbindung gesetzt. 1. 12. 1885.

Statt*) dessen ist im Deutschen Reiche der Versuch gemacht, eine vorausgesetzte Reichsregierung zu einer Pression auf den König von Preußen zu Gunsten ausländischer Ansprüche und Interessen zu veranlassen**). Wenn dieser Versuch lediglich von den polnischen Abgeordneten ausgegangen wäre, so würde Se. Majestät schwerlich einen Anlaß gefunden haben, demselben mit dem gewichtigen Schritte eines Protestes der Krone Preußen entgegen zu treten. Die polnischen Abgeordneten haben ihren Ansichten über deutsches Verfassungsrecht und über dessen Ausbildung zu oft in dem Sinne der Interpellation Ausdruck gegeben, als daß dem anders als mit dem geläufigen geschäftlichen Widerspruch entgegen getreten worden sein würde. Auch wenn eine solche polnische Interpellation lediglich von der socialdemokratischen Fraction, allenfalls auch von den sonstigen ausländischen Elementen unterstützt worden wäre,

(Oh! links.)

— den mit dem Ausland sympathisirenden Elementen in unserer Landesvertretung, wie sie uns Dänemark, wie sie uns das Elsaß in Gestalt französirender Protestler liefert —, so würde darauf nicht in dieser Form reagirt worden sein. Gewichtiger wird die Sache schon dadurch, daß die frühere Fortschrittspartei in Verbindung mit den ehemaligen Mitgliedern der nationalliberalen***) Partei, den Secessionisten — mit Einigen unter ihnen —, ebenfalls ein wesentliches Contingent zu den Unterschriften gestellt hat. Indessen hätte man in Erinnerung an die Thatsache, daß unsere Verfassung seit ihrer Geburt sich bei unseren freisinnigen Mitbürgern nur einer stiefmütterlichen Behandlung zu erfreuen gehabt hat, darüber hinweg gehen können. Wenn aber eine so gewichtige und angesehene Partei, wie das Centrum, so viel wir übersehen können, in der Gesammtzahl ihrer anwesenden Mitglieder eine solche Rechtsauffassung sich aneignet und unterstützt, so gibt das der Sache doch

*) S. 131 b.
**) StB.: herbeizuführen.
***) StB.: nationalen.

1. 12. 1885. ein Gewicht, dem gegenüber ein voller und formeller Protest wohl angebracht ist.

Man hat bisher allgemein in dieser Partei — und namentlich haben die einzelnen verbündeten Regierungen es gethan — eine sichere Stütze und einen Hort für diejenigen Rechte zu besitzen geglaubt, welche den einzelnen Regierungen und Landesherren durch die Verfassung gesichert sind. Wenn nun auch das Centrum die Hand dazu bietet, einen Weg zu betreten, in dessen weiterer Verfolgung die Möglichkeit einer Entwickelung des Reichstags in unitarischer Richtung liegt, zu einer Art von Convent, welcher die Befugniß hätte, interpellando, das heißt unter Zuhilfenahme einer von der Majorität unterschriebenen Interpellation, die verschiedenen deutschen Landesherren, heute den König von Preußen, morgen den König von Bayern, übermorgen vielleicht den Großherzog von Baden oder von Hessen vor seine Schranken zu rufen, um sich zu rechtfertigen durch das Organ ihrer amtlichen Bevollmächtigten im Bundesrath über die Art, wie sie die ihnen zweifellos zustehenden Landeshoheitsrechte namentlich in Bezug auf Ausländer ausüben, — meine Herren, das ist eine Entwickelung der Verfassung, die im Widerspruch mit den Bundesverträgen steht, auf denen die Verfassung beruht, eine Entwickelung, an der die verbündeten Regierungen sich nicht betheiligen können, und deshalb erkläre ich im Namen derselben, daß sie die Beantwortung dieser Interpellation ablehnen und sich an einer Erörterung über dieselbe nicht betheiligen werden.

(Bravo! rechts.)

Der Abg. Windthorst beantragte darauf, „zur Geschäftsordnung" das Wort ergreifend, die Besprechung der Interpellation und fand für diesen Antrag die nothwendige Unterstützung. Abermals zur Geschäftsordnung sprechend, beantragte er, die Interpellation für jetzt von der Tagesordnung abzusetzen, damit man sich ruhig überlegen könne, was einem Acte dieser Art gegenüber zu thun sei. Gleichwohl versuchte er in die Besprechung selbst einzutreten, indem er sich anschickte, „gegenüber den Aeußerungen des Herrn Reichskanzlers einige Bemerkungen zu machen". Vom Präsidenten darauf aufmerksam gemacht, daß er zur Geschäftsordnung das Wort habe, suchte er nachzuweisen, daß die Kritik der Aeußerung des Reichskanzlers nothwendig zur Motivirung seines Antrags gehöre. Aufs Neue unterbrochen, erklärte er, daß er

auf seine Bemerkung vorläufig verzichte, da er schon Gelegenheit finden werde, alle Anschauungen des Reichskanzlers in der fraglichen Beziehung zu erörtern. Doch konnte er nicht umhin, die Summe seiner beabsichtigten Rede in die Erklärung zusammen zu fassen, daß der Reichskanzler Unrecht habe, wenn er der Meinung sei, daß hier ein ganz besonderer Eingriff in die Particularrechte habe gemacht werden sollen. Um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß sich die verbündeten Regierungen in keinem Falle durch derartige Provocationen zur Besprechung der Frage verleiten lassen würden, verließ Fürst Bismarck mit allen anwesenden Mitgliedern des Bundesraths den Saal. Obwohl hierauf der Abg. Richter die sofortige Besprechung der Interpellation befürwortete, beschloß doch der Reichstag dem Antrag des Abg. Windthorst entsprechend die Absetzung des Gegenstandes von der Tagesordnung und wendete sich der zweiten Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Etatsjahr 1886/87, zu. Die Position: Etat für Reichskanzler und Reichskanzlei bot dem Abg. Windthorst, der sich als erster Redner zum Worte meldete, die erwünschte Gelegenheit, alles Das zu sagen, was er vorhin hatte unterdrücken müssen. Er begann mit dem Ausdrucke der Befriedigung darüber, daß er für seine particularistischen Tendenzen die mächtige Bundesgenossenschaft des Reichskanzlers gefunden habe. Der Gegenstand der Interpellation, führte er dann aus, solle nach der Anschauung des Reichskanzlers nicht zur Competenz des Reichstags gehören. Der Bundesvertrag aber sei nicht bloß geschlossen zum Schutz der Hoheitsrechte der Monarchen, in die Niemand einzugreifen beabsichtige, sondern auch zum Schutze der Rechte der Unterthanen, zu deren Wahrung die Volksvertretung im constitutionellen Staate berufen sei. Finde die Volksvertretung, daß irgend ein Hoheitsrecht nicht in der richtigen Weise gehandhabt werde, so habe sie die Pflicht, darauf hinzuweisen, und nichts Anderes bezwecke die Interpellation: sie greife nicht das Ausweisungsrecht der Krone an sich an, sondern die Ausübung dieses Rechts in dem besonderen Falle. Aus der Mitte des Hauses „zur Sache" gerufen, motivirte er sein Vorgehen mit dem Hinweis darauf, daß es sich um eine Geldbewilligung für den Reichskanzler handle und er nur von dem kostbarsten Rechte jeder Landesvertretung Gebrauch mache, bei dieser Gelegenheit diejenigen Punkte zur Sprache zu bringen, wo der Reichskanzler nach seiner Ansicht nicht richtig gehandelt habe. Die Competenz des Reichstags, die in der Interpellation berührte Frage zu behandeln, folgerte er weiter daraus, daß durch die Maßregeln der preußischen Regierung die auswärtigen Beziehungen auf das Empfindlichste berührt würden, so daß ernste Verwickelungen die Folge davon sein könnten. Auf Grund von Aeußerungen des ungarischen Ministerpräsidenten und des Grafen Kalnoky behauptete er, daß die Ausweisungen allein wegen con- 1. 12. 1885.

1. 12. 1885. fessioneller und sprachlicher Verschiebungen erfolgten; nicht die polnische Nationalität der Ausgewiesenen, sondern ihre Zugehörigkeit zur katholischen Kirche sei der wahre Grund der Ausweisung, das Ganze nur eine Episode des Culturkampfs. Fürst Bismarck, der bei Beginn der Etatsberathung wieder in den Saal getreten war, nahm das Wort zu folgender Entgegnung*):

Der Herr Vorredner hat, um nachzuweisen, daß er bei der Sache sei, als er durch Rufe unterbrochen wurde, die das Gegentheil behaupteten, die Ansicht aufgestellt, daß es sich hier um die Besoldung des Reichskanzlers handle, und daß man deren Bewilligung doch davon abhängig machen könne, ob man mit seinen Leistungen zufrieden sei oder nicht[1]). Ich will diese Anschauung nicht weiter bekämpfen, aber nur sagen, daß die Anstellung des Reichskanzlers nicht von dem Herrn Vorredner und seiner Zufriedenheit mit mir abhängt — sonst wäre ich es ja längst nicht mehr —, sondern von Sr. Majestät dem Kaiser; wenn Sie mir mein Gehalt streichen, so werde ich einfach vor Gericht klagen, und das Reich wird verurtheilt werden, so lange ich Reichskanzler bin, mir mein Gehalt zu bewilligen.

(Heiterkeit.)

Das ist also ein sehr durchsichtiger Vorwand, um eine Sache zur Sprache zu bringen, die eben nicht auf der Tagesordnung stand. Ich möchte die Herren im hohen Hause doch einmal darauf aufmerksam machen, wie sich die Dinge gestalten würden, wenn wir im Bundesrath nach denselben Grundsätzen verfahren wollten und nur denjenigen Beamten, die ihr Amt der Majorität des Bundesraths zu Dank versehen, die Gehälter bewilligten. Sie wollen nicht vergessen, daß, um eine Bewilligung herzustellen, die Zustimmung der Majorität des Bundesraths gerade so erforderlich ist, wie die Ihrige. Es sind zwei bewilligende und gesetzgebende Körperschaften da, und der Bundesrath hat ganz dieselben Rechte. Wir sind aber bisher den Beamten gegenüber genau ehrlich und

---

*) StB. 135b.

[1]) Abg. Windthorst: „Wenn zum Schutze des Hoheitsrechts die Verfassung gemacht und die Bündnisse geschlossen sind — (Rufe rechts: Zur Sache!) — Zur Sache ist es, wenn ich nachweise, daß der Herr Reichskanzler, für den wir hier Geld bewilligen sollen, in einer wichtigen Sache nach meiner Ansicht nicht richtig gehandelt hat" (StB. 133b).

gesetzlich verfahren und haben die Bewilligung der Gehälter nie davon abhängig gemacht, wie die Beamten sich aufführten. 1. 12. 1885.

Der Herr Vorredner hat aber geradezu zur Motivirung der Sachlichkeit seiner Behauptungen die Berechtigung in Anspruch genommen, mir, wenn ich die Auswärtige Politik nicht so treibe, wie er sie nützlich hält und einsieht, das Gehalt zu kürzen. Der Herr Vorredner wird einsehen, daß er damit seinen Einfluß und seine verfassungsmäßige Berechtigung weit überschätzt. Er kann mir keinen Pfennig von meinem Gehalt streichen, was mir zugesichert ist. Wenn diejenigen, die darüber zu entscheiden haben, mit meinem Dienste unzufrieden wären, so würde es für mich, in meinem Alter, eine große Erleichterung gewesen sein, wenn ich mich in den Ruhestand hätte zurückziehen können, den ich auch dem Herrn Vorredner, der ja noch drei Jahre älter ist als ich, dringend empfehlen möchte.

(Heiterkeit.)

Der Herr Vorredner hat sich darüber gefreut, mich als Particularisten begrüßen zu können[1]). Nun, das ist ja jeder Zeit mein Schicksal gewesen, daß ich, wenn ich auch genau nach Recht und Gesetz, nach der Verfassung handle, bald von der einen Seite, bald von der anderen als dem entgegengesetzten Extrem angehörig gekennzeichnet werde. Ich habe noch nie Anlaß gegeben, in der Nation für einen Particularisten zu gelten, und ich glaube, der Herr Vorredner wird mit der Behauptung im Ganzen sehr wenig Anklang finden. Aber, wenn der König, mein Herr, nicht dessen sicher wäre, daß ich die Rechte Seiner Regierung vertrete, und die übrigen Bundesgenossen nicht dessen sicher wären, daß ich die Rechte ihrer Regierungen mit derselben Unparteilichkeit vertrete, wie die Rechte der Reichsgewalt, dann, glauben Sie mir, meine Herren, wäre in diesen achtzehn bis zwanzig Jahren die Reichsverfassung nicht so fest gewachsen, wie sie bisher ist; dann würden wir längst gefunden haben, daß die alten Velleitäten, durch welche die deutsche Geschichte in ihren traurigsten Phasen gekennzeichnet

[1]) Abg. Windthorst: „Ich habe bereits erklärt, daß es für meine Person eine außerordentliche Befriedigung ist, für meine particularistischen Tendenzen eine so mächtige Bundesgenossenschaft gefunden zu haben, wie heute der Herr Reichskanzler sie mir gewährt hat“ (StB. 133a).

1. 12. 1885. ist, sich bei den großen Stämmen und ihren Fürsten längst fühlbar gemacht hätten, nämlich das Bedürfniß, sich vor Vergewaltigungen über das Recht hinaus durch*) eigene Kräfte zu schützen. Und sehen Sie zurück auf die Zeit, seitdem der Norddeutsche Bund begründet ist, seitdem das Deutsche Reich besteht: liegt ein einziger Versuch vor, oder auch nur der Verdacht eines Versuches, daß ein Minister, wie wir sie früher gehabt haben in Deutschland, mit dem Auslande pactiren könnte gegen das Reich? Ist auch nur der Schatten dieses Verdachtes jemals da gewesen? Glauben Sie, daß das der Fall wäre, wenn Se. Majestät der Kaiser, und ich auf Befehl des Kaisers, nicht auf das Genaueste die verfassungsmäßigen Rechte gehandhabt hätten? Wo wäre das Reich, wenn es mit dem Mißtrauen des Königs von Preußen und mit dessen Unzufriedenheit groß geworden wäre, wenn der König von Preußen das Gefühl hätte: Ich war früher ein mächtigerer Monarch, als ich es jetzt bin, — wenn er Anlaß hätte, die Opfer zu bereuen, die er gebracht? Wo bliebe dann das Deutsche Reich ohne Preußen?

(Sehr wahr! rechts.)

Dem Herrn Vorredner muß ich erwidern: Er wird seine frühere Unschuld, die Vermuthung der Unschuld — um nicht einen drastischeren Ausdruck zu gebrauchen —, die er hiermit eingebüßt hat als Vertreter der Vertragsrechte, nicht wieder gewinnen dadurch, daß er nun einzulenken sucht und sagt, er wolle dem König von Preußen ja Nichts thun, und am allerwenigsten anderen Monarchen [1]). Ich kann ihm nur bezeugen, daß er mit den Grundsätzen, die er anbahnt, auf dem besten Wege ist, dem Reichstag die Bahnen vorzuzeichnen zu derjenigen Stellung eines unitarischen Convents, die ich vorher kennzeichnete, und ich sehe den Herrn Vorredner schon vor dem Convent als öffentlichen Ankläger der verschiedenen Monarchen. Und dazu sollen wir mitwirken?!

---

*) S. 136a.

[1]) Abg. Windthorst: „Ich bin der Meinung, daß es uns fern liegen muß, in irgend welcher Weise in die Hoheitsrechte des Monarchen einzugreifen. Das monarchische Princip ist die wesentliche Grundlage des Deutschen Reichs; bleibt dies Princip nicht in voller Kraft bestehen, so wird das Deutsche Reich nicht bestehen können. Darum würde ich es mir niemals verzeihen, wenn ich irgend Etwas unterstützte, was das monarchische Princip zu schwächen geeignet wäre“ (StB. 133b).

Der Herr Vorredner hat ferner gesagt, es schiene, als ob Preußen sich fürchte, diese Sache öffentlich zu verhandeln [1]). Meine Herren, vor wem sollten wir uns denn fürchten? Vor den Herren Unterzeichnern der Interpellation? Daß die unsere Gegner sind und unsere unversöhnlichen Gegner, das wissen wir ja längst. Oder vor dem Publicum? Wenn wir da ängstlich wären, wenn Se. Majestät der König sich scheute, gegenüber der demokratischen Presse des Auslandes und des Inlandes zu thun, was er für Seine Schuldigkeit gegen Sein Land und gegen die Monarchie hält, dann könnten wir weit kommen; und daß davon bei uns nicht die Rede ist, können Sie ja schon daraus schließen, daß wir die Maßregel in Preußen überhaupt getroffen haben. Wir sind uns der Tragweite des Widerspruchs vollständig bewußt gewesen. Wir haben die Maßregel vorbereitet bei unseren Nachbarn, — nicht um deren Zustimmung zu haben, sondern um sie in die Lage zu bringen, daß sie die Ausgewiesenen aufnehmen können, und nicht dadurch Verlegenheit entstehe, daß sie zu massenhaft auf ein Mal kommen. Die Maßregel wird durchgeführt werden; und daß ich mich fürchtete, mich zu ihr zu bekennen, und deshalb die Discussion scheute, — das können Sie mir doch wahrhaftig nicht sagen. Wir werden Ihnen im Preußischen Landtag, wo die Sache hin gehört, den Beweis liefern, daß wir die Verantwortlichkeit für diese Maßregel voll auf uns nehmen. 1. 12. 1885.

Die Frage: „Weiß die Reichsregierung" — eine Behörde, die es gar nicht gibt [2]) —, „weiß sie dies und das?" — ist doch eine Verhöhnung der Realitäten. Wie soll denn die Reichsregierung, sie mag gedacht werden wie sie will, zu der der Reichskanzler gehört, nicht von dem wissen, was der Ministerpräsident in Preußen gethan hat? Also diese Art von Stilistik zeigt ja schon die Unaufrichtigkeit in der Tendenz dieser Interpellation. Sie haben eine Motivirung gebraucht und schwer gefunden. Deshalb haben Sie die Unmöglichkeit fingirt, daß Sie der Reichsregierung vielleicht eine große Neuigkeit mittheilten,

(Heiterkeit.)

---

[1]) Abg. Windthorst: „Hat man etwa in Preußen zu befürchten, daß Das, was dort geschehen ist, hier von der Tribüne vor dem ganzen deutschen Volke verhandelt wird?" (StB. 134 a).

[2]) Vgl. Bd. VIII 21. 113. 404.

1. 12. 1885. indem*) Sie sie darauf aufmerksam machten: Sehen Sie mal, was die preußische Regierung für Unfug anrichtet; wissen Sie denn das? Und wenn Sie es wissen, hat der Bundesrath nicht längst den König von Preußen mit Execution bedroht, falls er das nicht unterließe? So ungefähr. Das liegt darin.

Meine Herren, ich möchte doch dringend empfehlen, daß wir uns gegenseitig ernsthaft nehmen. Wenigstens ich nehme den Reichstag ernsthaft; aber ich bitte, nehmen Sie den Bundesrath und die Regierungen auch ernsthafter, als es nach dieser Fassung der Interpellation: „Weiß die Reichsregierung davon?" — wirklich der Fall zu sein scheint. Das ist wirklich — — doch ich will kein Wort mehr darüber aussprechen.

Also um auch meinerseits zu beweisen, daß wir die Verantwortung gar nicht scheuen, nachdem einmal der Herr Vorredner eine Thür geöffnet hat, durch die man ohne Competenzbedenken in einen Meinungsaustausch über die Frage treten kann, eben so gut wie früher über die Frankfurter Polizei[1]), aber nicht ad hoc[2]) und expreß im Wege der Interpellation, — da will ich ihm schon jetzt sagen, daß ich die Maßregel der preußischen Regierung für eine außerordentlich weise und nothwendige halte und für sie eintrete und sie aufrecht erhalten werde im Preußischen Landtage. Wenn uns das Ausland, so wie der Herr Vorredner zu wünschen scheint, was aber nicht der Fall ist, darin hemmen wollte, so rechnen wir auf die verfassungstreue Unterstützung des Reichs zu ihrer Durchführung. Dazu sind wir vollständig berechtigt durch die Verfassung.

Der Herr Vorredner hat diese Frage ganz analog wie die, die uns neulich beschäftigte[3]), die Frage der französischen Missionäre, für Culturkampfzwecke zurecht gestutzt. Es scheint sein Bedürfniß zu sein, sobald der Reichstag zusammenkommt und die parlamen-

*) S. 136b.

[1]) Der Abg. Windthorst rechtfertigte unter Anderem die Competenz des Reichstags zu einer Interpellation damit, daß eine frühere Interpellation über Erlasse des Polizeipräsidenten von Frankfurt, die sich auf die zur Competenz des Reichs gehörige Fremdenpolizei bezogen, Beantwortung gefunden habe" (StB. 134a).

[2]) S. o. S. 51.

[3]) S. o. S. 271 ff.

tarische Thätigkeit beginnt, irgend welche Drachenzähne [1]) zwischen 1. 12. 1885.
die Regierungen und den Reichstag zu säen und nur Lärm und Staub aufzuwirbeln, damit ja nicht der Gedanke der Versöhnung und Beilegung aufkomme. Dazu scheut er kein Bündniß.

Die Coalition, die, 168 Köpfe stark, in der Interpellation uns gegenüber tritt und der preußischen Regierung speciell, ist bei Weitem die Mehrheit der bisher anwesenden Reichstagsabgeordneten. Es ist mir gemeldet worden, daß am vorigen Sonnabend 170 Abgeordnete anwesend gewesen sind — glücklicher Weise [2]) wurde nicht ausgezählt —; 168 sind hier unterzeichnet. Es werden wohl Einige darunter stehen, die gerade den Tag nicht da waren; aber es ist immer die Majorität. Der Herr Vorredner, der Führer des conservativen Centrums, der Hort der monarchischen Einrichtungen, tritt uns hier in der Unterschrift entgegen im Bunde mit 68 Mitgliedern des Centrums und 35 Freisinnigen. Nun, das ist nicht einmal die vollständige anwesende Fraction; einige Unterschriften fehlen: wahrscheinlich haben sich Einige die staatsrechtliche Frage doch genauer überlegt, als die Uebrigen. 21 Socialdemokraten, also die ziemlich vollständige Fraction, hat der Herr Vorredner auch auf Seite seiner Theorie, ferner 15 Elsaß-Lothringer Protestler, wie natürlich; 7 Welfen — das ist nicht wunderbar —, 3 von der Volkspartei, 1 Dänen und einen der Herren, die keiner Fraction angehören; außerdem natürlich die 17 oder 18 Polen.

Mit dieser homogenen und nationalen Coalition

(Große Heiterkeit.)

tritt der Herr Vorredner dem Stifter und ersten Kaiser des Reichs entgegen in Seinen nationaldeutschen Bemühungen, um Seine Unterthanen in verschiedenen Grenzprovinzen vor den außerordentlichen Fortschritten der Polonisirung sicher zu stellen, die in den letzten vier Jahrzehnten, seit dem Beginn der Regierung Friedrich Wilhelms IV., unter der Förderung der localen Geistlichkeit polnischer und deutscher Zunge, gemacht worden sind. Der Herr Vorredner

---

[1]) Anspielung auf die Sage von Jason, der Drachenzähne säte und die daraus emporwachsenden Riesen durch einen dazwischen geworfenen Stein mit einander in Streit brachte, so daß sie sich gegenseitig erschlugen.

[2]) Weil dann die Beschlußunfähigkeit constatirt worden wäre.

1. 12. 1885. wünschte, daß die Polonisirung*) fortschreite; mit ihm seine socialdemokratischen und elsaß-lothringischen und polnischen Eideshelfer. Ja natürlich wünschen Sie das; aber wenn Sie einem Reichskanzler, der dieser Coalition nicht beitritt und bei der Polonisirung der Deutschen in unseren Grenzprovinzen nicht mit helfen will, das Gehalt versagen wollen, dann, meine Herren, können wir — um mit einem gemeinen Berliner Ausdrucke zu sprechen — die Reichsbude überhaupt nur zumachen;

(Heiterkeit.)

dann zerstören Sie das Gebäude, das mühsam und sorgfältig aufgerichtet ist durch die Arbeit der Regierung, durch die Versöhnlichkeit der Stämme, durch die Tapferkeit unserer Heere, mit deren Blut es gekittet ist; — Sie untergraben ganz einfach das Fundament. Und ich finde es wenig pietätvoll, wenn Sie das um einer so leichten Frage willen thun und die centrifugalen Kräfte, die sehr gewaltthätig, wenn sie auftreten, sich entwickeln, auf die Probe stellen, — um der Ausweisung einiger russischer und galizischer Polen willen, die der König von Preußen nach den ihm zweifellos zustehenden Rechten für nothwendig hält.

Ich habe gesprochen, nachdem die Discussion über diese Sache von dem Herrn Vorredner — ich glaube, nicht zum Vortheil der Sache — fortgesetzt worden ist. Was er gesprochen hat, wird in der Oeffentlichkeit mehr auf der nationalen Seite, die der Kaiser vertritt und ich auf Befehl des Kaisers hier vertrete, als auf der confessionellen ins Gewicht fallen. Es ist ja — ich will es nicht einen Kunstgriff nennen — aber, nach einem Lieblingsausdruck des Herrn Vorredners, dieselbe rhetorische Verschiebung, die bei den Kamerunmissionären versucht wurde [1]): daß es sich nämlich um confessionelle Dinge handle, wo es sich doch wesentlich um nationale handelte. Damals wollten wir keine französischen Missionäre haben; der Herr Vorredner aber meinte, auf die Nationalität käme es nicht an, sondern nur auf die katholische Confession. Er sagte, ohne Jesuiten könne die katholische Kirche in Kamerun überhaupt ihre Missionsthätigkeit nicht handhaben, und ohne französische

---

*) S. 137a.

[1]) Vgl. oben S. 284 ff.

Jesuiten namentlich nicht. Das wird nun hier auf diese Aus- 1. 12. 1885.
weisungen heute auch angewendet und gesagt, es seien Katholiken ausgewiesen [1]). Ob die Herren katholisch sind? Ich bin überzeugt, es sind sehr viele Evangelische unter den Ausgewiesenen, wenigstens haben wir Keinen nach der Confession gefragt, sondern das Kennzeichen für die Ausweisung ist ausschließlich die Nationalität, und es ist unwahr und wirkt als eine — wie ich gern zugebe, von dem Herrn Vorredner vielleicht nicht beabsichtigte — Verleumdung der Intentionen der Regierung, wenn behauptet wird, daß der Katholicismus der Grund der Ausweisungen ist. Der Polonismus und die polnische Propaganda ist der Grund der Ausweisungen gewesen. Zufällig sind die meisten Polen Katholiken; aber ich bin überzeugt, daß der Herr Vorredner mit der Absicht, aus dieser Flasche wieder Oel auf die Lampe des Culturkampfes zu gießen, bei unserer öffentlichen Meinung doch nicht durchkommen wird. Die Mehrzahl der Deutschen steht auf Seite des Reichs und nicht auf Seite der Polen. Das war in den Zeiten der politischen Unreife — ich erinnere mich, in den Jahren 1830 und 1832, wie ich auf der Universität war, da war deutsche sentimentale Polenschwärmerei, die Schwärmerei für jeden ausländischen, antideutschen Revolutionär, mochte er einen Namen haben, wie er wollte, ganz allgemein. Das war ganz allgemein in allen deutschen Kleinstädten. Der spießbürgerliche Liberalismus sang damals „jeszcze Polska“ [2]) u. s. w., und überall gab es wehmüthige und thränenreiche Lamentationen; es galt für liberal, gebildet und anständig, daß der nationale Deutsche, der Vertreter der deutschen Einheit, zunächst für den Polen schwärmte. Sie werden sich erinnern, daß es ebenso für die italienischen und französischen Revolutionäre der Fall war. Diese Ausländerei noch weiter mit zu machen und sie unter einem

---

[1]) Abg. Windthorst: „Die unglücklichen Leute sind ausgewiesen wegen Verschiebung in Beziehung auf die Confessionen; denn die Ausgewiesenen sind zum großen Theil Katholiken (Widerspruch rechts) — zur großen Majorität. Ich bin überzeugt, daß von den Ausgewiesenen 90 Procent Katholiken sind. (Zurufe: Polen!) Ja, das kommt hier nicht in Frage; ich habe es hier mit der einfachen Confession zu thun, und ich könnte sogar, wenn die Berichte erst verificirt sind . . ., nachweisen, daß man die katholischen Polen ausgewiesen, die Protestanten aber nicht behelligt hat" (StB. 135a).

[2]) Noch ist Polen nicht verloren, vgl. Bd. IX 235.

1. 12. 1885. confessionellen*) Vorwande, unter dem Vorwande, daß diese Ausländer nebenher Katholiken wären, bei uns einzuschwärzen, das, glaube ich, wird Ihnen nicht gelingen. Wenigstens die Regierungen und namentlich die preußische werden Sie damit nicht fortreißen. Ich freue mich, die Herren auf demselben fahlen Pferde im Preußischen Landtage wieder zu sehen; — da werden wir uns noch entschiedener aussprechen, als wie ich es hier vermag.

(Bravo! rechts.)

Auch die folgenden Redner kamen auf die Ausweisungsfrage zurück, den Versuch des Abg. v. Jazdzewski dagegen, ausführlich die Interpellation zu begründen, wies der Vicepräsident Frhr. v. Franckenstein unter Hinweis auf den zu Anfang der Sitzung gefaßten Beschluß zurück. Die Interpellation v. Jazdzewski wurde auf die Tagesordnung der 25. Sitzung am 15. Januar 1886 gestellt. Dazu wurden noch folgende vier Anträge eingebracht:

1. Ein Antrag der Abg. Liebknecht und Genossen:

Der Reichstag wolle beschließen:

In Erwägung, daß die Massenausweisungen von russischen und österreichischen Staatsangehörigen polnischer und russischer Nation geeignet sind, völkerrechtliche Verwickelungen mit dem Ausland herbeizuführen;

in Erwägung, daß die völkerrechtliche Vertretung Deutschlands laut Art. 11 der Reichsverfassung Reichsangelegenheit ist;

in fernerer Erwägung, daß die Fremdenpolizei, in deren Bereich jene Ausweisungen fallen, nach Art. 4 der Reichsverfassung der „Beaufsichtigung des Reichs und der Gesetzgebung desselben“, mithin der Competenz des Reichstags unterliegt;

in Erwägung endlich, daß die Interessen der Deutschen im Ausland, welche nach Art. 3 der Reichsverfassung Anspruch auf den Schutz des Reichs haben, durch die fragliche Maßregel der preußischen Regierung aufs Schwerste geschädigt und weiter bedroht sind, indem dem Auslande, namentlich den Regierungen Rußlands und Oesterreichs, ein Grund zu Repressalien geliefert und der Bedrängung des Deutschthums in jenen Ländern ein Schein von Berechtigung gegeben wird,

---

*) S. 137b.

den Herrn Reichskanzler aufzufordern, die nöthigen Schritte zu thun, damit jene, die Interessen des deutschen Volks schwer schädigende Maßregel alsbald rückgängig gemacht werde. 1. 12. 1885.

2. Ein Antrag der Abg. v. Jazdzewski und Genossen:

Der Reichstag wolle beschließen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, in Ausführung des Art. 4 Nr. 1 der Reichsverfassung, einen dahin gehenden Gesetzentwurf baldigst vorzulegen, in welchem:

1. fremden Unterthanen, inwiefern dieselben die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gefährden, der freie und ungehinderte Aufenthalt innerhalb des Reichsgebiets gewährleistet und in welchem
2. den Stipulationen der Wiener Verträge, welche den Bewohnern der ehemals polnischen Landestheile innerhalb des preußischen Staatsgebiets Freiheit des Verkehrs und des Aufenthalts garantiren, gebührend Rechnung getragen werde.

3. Ein Antrag der Abg. Ausfeld und Genossen:

Der Reichstag wolle beschließen zu erklären:

daß die von der preußischen Regierung verfügten Ausweisungen russischer und österreichischer Staatsangehörigen nach ihrem Umfang und nach ihrer Art durch das nationale Interesse nicht gerechtfertigt sind, humane Rücksichten außer Acht lassen und materielle Interessen von Reichsangehörigen beeinträchtigen.

4. Ein Eventualantrag der Abg. Windthorst und Genossen zu der von den Abg. Ausfeld und Genossen beantragten Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen:

die Ueberzeugung auszusprechen:

daß die von der Königlich preußischen Regierung verfügten Ausweisungen russischer und österreichischer Unterthanen nach ihrem Umfange und nach ihrer Art nicht gerechtfertigt erscheinen und mit dem Interesse der Reichsangehörigen nicht vereinbar sind.

Die Discussion über Interpellation und Anträge füllte auch noch die ganze 26. Sitzung am 16. Januar 1886 aus, ohne daß sich ein Vertreter der verbündeten Regierungen auch nur als Zuhörer daran betheiligt hätte. Die Anträge 1 bis 3 wurden abgelehnt, die Reso-

1. 12. 1885. lution Windthorst angenommen. Doch lehnte der Bundesrath am 23. Januar ab, die Resolution in Berathung zu ziehen, da die Competenz der preußischen Regierung zu den in der Resolution erwähnten Ausweisungsmaßregeln eine zweifellose und ausschließliche sei. — Ueber die Behandlung der Frage im Abgeordneten- und Herrenhause vgl. unten Abth. IV zum 28. Januar 1886 [1]).

Das Branntweinmonopol.

Nachdem der Reichstag den verbündeten Regierungen das Tabakmonopol verweigert hatte, dessen Einführung mit einem Schlage den financiellen Bedürfnissen des Reichs und seiner financiellen Abhängigkeit von den Particularstaaten abhelfen und andererseits die Mittel bieten konnte, den Bedrängnissen der Particularstaaten durch die zu erwartenden Ueberweisungen zu begegnen, blieb ihnen zunächst nichts Anderes übrig, als durch Erhöhung bestehender Abgaben der dringendsten Noth zu steuern. Aber das Bedürfniß nach einer umfassenden Steuerreform blieb und wurde mit jedem Jahre dringlicher namentlich in Preußen empfunden, wo der Druck der directen Steuern kaum noch erträglich war. Fürst Bismarck trat deshalb dem Gedanken näher, durch die Monopolisirung des Branntweinverkaufs dem Reiche eine ergiebige Einnahmequelle zu erschließen. Am 8. Januar 1886 brachte Preußen den Antrag beim Bundesrath ein, am 18. Februar nahm dieser den preußischen Entwurf im Wesentlichen an, am 22. Februar ging er dem Reichstag zu mit folgender allgemeiner

Begründung.

22. 2. 1886. Bei der vor nunmehr acht Jahren begonnenen Reichssteuerreform haben die verbündeten Regierungen sich von vorn herein die Aufgabe gestellt, aus den der Gesetzgebung des Reichs vorbehaltenen, ohne jeden Zweifel noch größerer Leistungen fähigen und in den anderen Culturstaaten auch weit ergiebiger gestalteten Einnahmequellen die ausreichenden Mittel zu gewinnen, um die financiellen Bedürfnisse des Reichs zu befriedigen und darüber

[1]) In der chronologischen Ordnung der Reden würden hier die beiden Reden vom 28. und 29. Januar 1886 folgen müssen, die in Abtheilung IV mitgetheilt sind.

hinaus den Einzelstaaten diejenigen Einnahmequellen zu überweisen, 22. 2. 1886.
die sie zur Erhaltung ihrer financiellen Selbständigkeit und zur Erfüllung ihrer eigenen Aufgaben bedürfen, aber aus den ihnen verbliebenen Einnahmequellen nicht zu gewinnen vermögen. Dieser Zweck ist seitdem unablässig verfolgt, auch mancher Schwierigkeiten und Hemmnisse ungeachtet, schon zu einem guten Theile erreicht worden. Die unser Zollwesen, die Tabaksteuer, die Stempelsteuer betreffenden Gesetze und deren Erfolge in den Haushaltsetats sowohl des Reichs als auch der Einzelstaaten, geben hiervon Zeugniß. Mancher andere Schritt auf demselben Wege aber ist bisher vergeblich gethan worden, das große und weite Ziel also auch um so weniger schon vollständig zu erreichen gewesen. Dies darf bei der Natur der Sache und den obwaltenden politischen Parteiverhältnissen im Reich nicht Wunder nehmen, geschweige entmuthigen und zu zeitweiligem oder dauerndem Verlassen des begonnenen Unternehmens führen. Das bezeichnete Ziel ist ein durch die Existenz des Reiches selbst dergestalt unmittelbar gegebenes, nothwendiges, seine Erreichung ein so eminentes und unersetzliches Mittel zur Festigung des Reichs gegen alle Gefahren und zur dauernden Zusammenhaltung aller seiner Glieder, daß die verbündeten Regierungen von demselben nicht ablassen können und dürfen, daß sie vielmehr, bis es endlich ganz und voll erreicht sein wird, immer erneute Bemühungen, dahin zu gelangen, werden machen müssen.

In dieser Ueberzeugung und im Hinblick auf die theils schon anerkannten, theils nicht länger zurückzudrängenden Mehrbedürfnisse des Reiches selbst, sowie auf die notorisch weit größeren Bedürfnisse der meisten Einzelstaaten, unter denen die umfassende und nachhaltige Erleichterung des Druckes der Communal- und theilweise auch der Schullasten obenan steht, haben die verbündeten Regierungen sich angelegen sein lassen, die Weiterführung der Reichssteuerreform jetzt auf einem Gebiete vorzubereiten, auf dem es wohl möglich und unbedenklich erscheint, einen großen Schritt zu dem gesteckten Ziele hin zu machen, auf dem Gebiete der Branntweinbesteuerung.

Daß der Branntwein ein vorzügliches Object der Besteuerung bildet und sehr hohe, dem Maß der zu befriedigenden dringenden Bedürfnisse des Reichs und der Einzelstaaten annähernd entsprechende

22. 2. 1886. Erträge zu liefern vermag, wird fast allseitig anerkannt und ist Angesichts des thatsächlichen Ergebnisses seiner Besteuerung in anderen Ländern nicht zu bestreiten [1]).

Neben der verstärkten Heranziehung des Branntweins zur Tragung der Staatslasten wird aber bei einer Reform der Branntweinsteuer als zweites nicht minder wichtiges Ziel die Bekämpfung der allgemein beklagten und verurtheilten Branntweinpest ins Auge zu fassen sein. Welchen Einfluß der übermäßige Branntweingenuß auf die Sittlichkeit und die wirthschaftlichen Verhältnisse der Trinker hat, wie dadurch der Wohlstand zahlreicher Familien untergraben und die Verderbniß der nachwachsenden Generation vorbereitet wird, ist allgemein bekannt. Die rasche Zunahme der verheerenden Wirkungen des Alkoholismus veranschaulicht die Anlage B [2]).

---

[1]) Anlage A.

Land	Einwohnerzahl	Netto-Einnahme aus dem Branntwein	
		im Ganzen	pro Kopf
Frankreich	37 500 000	237 500 000 Francs	6,33 Francs
England	36 000 000	15 000 000 Pfd. St.	0,41 Pfd. St.
Rußland	86 000 000	250 000 000 Rubel	3 Rubel
Ver. Staaten von Nordamerika	50 000 000	74 500 000 Dollars	1,5 Dollar
Belgien	5 500 000	27 000 000 Francs	4,9 Francs
Niederlande	4 500 000	22 000 000 Gulden	4,9 Gulden
Schweden	4 500 000	19 500 000 Kronen	4,33 Kronen

[2]) Nach Anlage B. wurden in allgemeinen Krankenhäusern wegen chronischen Alkoholismus und Säuferwahnsinns untergebracht:

1877: 4272, das ist von je 100 000 Einwohnern 10,0,
1878: 4051, „ „ „ „ „ „ 9,5,
1879: 4540, „ „ „ „ „ „ 10,6,
1880: 4200, „ „ „ „ „ „ 9,3,
1881: 4143, „ „ „ „ „ „ 9,2,
1882: 5003, „ „ „ „ „ „ 11,1,
1883: 7040, „ „ „ „ „ „ 15,6,
1884: 8954, „ „ „ „ „ „ 19,8;

in Irrenanstalten wegen Erkrankung an „delirium potatorum“:

1877: 813, das ist von je 100 000 Einwohnern 1,9,
1878: 1004, „ „ „ „ „ „ 2,3,
1879: 1039, „ „ „ „ „ „ 2,4,
1880: 1008, „ „ „ „ „ „ 2,2,
1881: 1148, „ „ „ „ „ „ 2,5,

Danach hat die Zahl der in den allgemeinen Krankenhäusern wegen chronischen Alkoholismus und Säuferwahnsinns neu aufgenommenen Kranken seit dem Jahre 1881 in ganz außer Verhältniß zur Zunahme der Bevölkerung stehender Weise sich vermehrt. 22. 2. 1886. Während ihre Zahl in jenem Jahre für das Deutsche Reich 4143 (oder 9,2 auf 100000 Einwohner) betrug, war sie im Jahre 1884 auf 8954 (oder 19,8 auf 100000 Einwohner) gestiegen. Sie hat sich demnach im Laufe von drei Jahren mehr als verdoppelt. Die Zunahme vertheilt sich zwar nicht gleichmäßig über das ganze Reich, vielmehr hat den bei Weitem größten Antheil daran Preußen, wo die Zahl der Fälle von 2821 im Jahre 1881 auf 7001 im Jahre 1884 gestiegen ist; aber auch in den meisten anderen Bundesstaaten ist die Zahl der Fälle während des gleichen Zeitraums gewachsen. Auch bei der Zahl der in den Irrenanstalten des Deutschen Reichs an delirium potatorum behandelten Kranken ist eine im Wesentlichen auf die Irrenanstalten Preußens entfallende Zunahme ersichtlich. Diesem die einzelnen Familien sowohl als auch die Gemeinden und den Staat ernstlich bedrohenden Nothstande entgegen zu wirken, erscheint dringend geboten.

Weitgehende Meinungsverschiedenheiten bestehen freilich über den Weg, welcher bei uns zur Reform der Branntweinbesteuerung einzuschlagen sei, und den einander gegenseitig verwerfenden Urtheilen wird man dahin zustimmen müssen, daß in keinem der dieserhalb bisher gemachten Vorschläge eine annehmbare Lösung der Aufgabe zu finden ist, weil sie sämmtlich unter den bei uns obwaltenden Verhältnissen überhaupt nicht oder nur mit offenbar überwiegenden Nachtheilen und Gefahren zur Erreichung der vorbezeichneten Ziele führen würden.

Zunächst könnte eine Erhöhung der Maischraumsteuer in Betracht kommen. Diese Steuer, die für Preußen bereits seit dem Jahre 1820 in Wirksamkeit ist, in der Folgezeit in dem gesammten Gebiete der norddeutschen Branntweinsteuergemeinschaft Eingang gefunden hat, auch in Belgien, Dänemark, Württemberg, sowie in beschränktem Maße in Bayern besteht, hat durch den ihr inne-

---

1882: 1418, das ist von je 100000 Einwohnern 3,1,
1883: 1484, „ „ „ „ „ „ 3,3,
1884: 1447, „ „ „ „ „ „ 3,2.

22. 2. 1886. wohnenden Antrieb, aus einem möglichst kleinen Maischraum die größtmögliche Ausbeute an Alkohol zu erzielen, in dem Gebiete der Branntweinsteuergemeinschaft eine außerordentliche Ausbildung des technischen Betriebes der Branntweinindustrie bewirkt. Auch hat sie den Anbau der Kartoffel, welche zur Gewinnung der höchsten Ausbeute an Alkohol aus einem möglichst kleinen Maischraume am meisten geeignet ist, in hohem Grade gefördert und hiermit auf die Landwirthschaft und die gesammte ländliche Bevölkerung, namentlich in den sandigen, für keine andere Fruchtart eine lohnende Cultur bietenden Bodenflächen der östlichen Provinzen Preußens auf das Segensreichste eingewirkt.

Andererseits sind die mit der Maischraumsteuer verbundenen Nachtheile nicht zu verkennen. Vor Allem hat sie eine erhebliche Ungleichheit der Besteuerung zur Folge, da das Maß der auf dem Branntwein lastenden Steuer von der Ausbeute an Alkohol abhängt, welche aus dem Maischraume erzielt wird. Diese Ausbeute aber schwankt je nach Material und Betriebseinrichtungen zwischen $3\frac{1}{2}$ bis 11 Procent, und in demselben Maße verschieden ist daher auch die Steuerbelastung des Branntweins. Die Folge davon ist eine bedeutende Beeinträchtigung der kleineren, mit unvollkommenen technischen Betriebseinrichtungen versehenen Brennereien. Einen Beleg dafür gewährt die Anlage C [1]). Dieselbe bezieht sich zwar

---

[1]) Anlage C. bietet folgende Uebersicht der Brennereiverhältnisse in den sieben östlichen Provinzen Preußens in dem Zeitraum von 1845 bis 1884:

Jahr	Zahl der in Betrieb gewesenen Brennereien in den östlichen Provinzen Preußens, welche an Maischraumsteuer jährlich entrichtet haben:				Gesammtzahl der in Betrieb gewesenen Brennereien	Gesammtbrutto-Einnahme	Davon aus landwirthschaftlichen Brennereien
	unter 150 M.	von 150 bis 1500 M.	von 1500 bis 15 000 M.	über 15 000 M.		Mark	
1845	591	2185	1887	115	4778	13 527 398	593 217
1854	389	1173	2036	123	3721	15 189 789	465 558
1864	112	615	2160	529	3416	28 922 307	970 989
1874	69	402	1815	1011	3297	39 365 220	593 775
1883/84	50	393	1699	1209	3351	44 803 787	386 331

nur auf die sieben östlichen Provinzen Preußens. Da indes die in letzteren aufkommende Maischraumsteuer mehr als zwei Drittel der gesammten deutschen Bruttoeinnahmen an Branntweinsteuer ausmacht (vgl. Anlage D) [1]), so genügen die Daten, um eine Uebersicht darüber zu gewinnen, welche Folgen die Maischraumbesteuerung für die kleineren Brennereien gehabt hat. Hiernach sind seit dem Jahre 1845, während sich die Bruttoeinnahme von 13 527 398 Mark auf 44 803 787 Mark hob, die unter 150 Mark jährlich Steuer zahlenden Brennereien von 591 auf 50, die von 150 bis 1500 Mark steuernden von 2185 auf 393 und die von 1500 bis 15 000 Mark steuernden von 1887 auf 1699 zurückgegangen. Nur die mehr als 15 000 Mark Steuer zahlenden Brennereien haben sich von 115 auf 1209 vermehrt. Im Ganzen hat also in diesen besonders auf die Branntweinproduction angewiesenen Provinzen die Zahl der Brennereien um 1427 abgenommen. Gleichzeitig ist die Steuereinnahme aus den als „landwirthschaftliche" steuernden Brennereien von 593 217 Mark auf 386 331 Mark herabgegangen, die durchweg kleineren (nicht über 1030 ½ Liter Bottichraum pro Tag bemaischenden) Brennereien, welche unter diese Kategorie fallen, haben mithin trotz des ihnen gewährten Steuernachlasses der Concurrenz der großen Betriebe gegenüber nicht ihre volle Production aufrecht erhalten können. Aehnliche Erscheinungen sind auch anderwärts hervorgetreten. 22. 2. 1886.

Ferner tritt der im Maischraumsteuersystem liegende Antrieb, aus dem Maischraum eine möglichst hohe Alkoholausbeute zu erstreben, vielfach zu einem irrationellen Dickmaischverfahren, welches das Zurückbleiben eines Theiles des Alkohols in der Schlempe bedingt. Die durch diese Materialverschwendung jährlich entstehenden Verluste belaufen sich auf Millionen.

Sobann bereitet diese Besteuerungsart große Schwierigkeiten in Bezug auf eine gerechte Regelung der Ausfuhrvergütung, da bei der Verschiedenheit der aus dem Maischraum gewonnenen Alkoholausbeute und somit auch der in Wirklichkeit auf dem Brannt-

---

[1]) Nach Anlage D. waren im Jahre 1883/84 von insgesammt 40 211 der deutschen Branntweinsteuergemeinschaft angehörigen Brennereien 32 518 im Betrieb. Die Brutto-Einnahme an Branntweinsteuer betrug 61 176 817 Mark.

22. 2. 1886. wein ruhenden Steuer die Ausführungsvergütung sich häufig entweder zu Ungunsten des Exportirenden zu niedrig oder zum Nachtheil des Fiscus zu hoch gestaltet und im letzteren Falle zu einer Ausfuhrprämie wird.

Endlich sind mit diesem Besteuerungsmodus gewisse, behufs Verhütung von unerlaubten Vergrößerungen des Maischraums unerläßliche Controlen verbunden, durch welche die Freiheit des Betriebes erheblich beschränkt wird.

Diese Nachtheile aber würden sich offenbar in noch weit stärkerem Maße fühlbar machen, wenn eine Erhöhung der Maischraumsteuer einträte.

Von vielen Seiten ist ferner zur Erzielung höherer Einnahmen vom Branntwein die Einführung einer Fabricatsteuer in Vorschlag gebracht.

Der charakteristische Unterschied dieser Besteuerungsform von der Maischraumsteuer besteht darin, daß sie eine gleichmäßige Steuerbelastung des gewonnenen Branntweins ohne Rücksicht auf die Menge und Art des verwendeten Rohmaterials und die Größe des Betriebs herbeiführt; bei den eigenartigen Productionsbedingungen Deutschlands stehen der Fabricatsteuer aber gerade mit Rücksicht auf die vorbezeichnete Wirkung so ernste Bedenken entgegen, auch würden sich die durch den vorliegenden Gesetzentwurf angestrebten Ziele mit ihr so wenig erreichen lassen, daß sie als für deutsche Verhältnisse durchaus ungeeignet zu bezeichnen ist.

Unter der Herrschaft der Maischraumsteuer hat sich die Brennereiindustrie in ihrem Haupttheile, wie schon oben erwähnt, in den humusarmen, sandigen Gegenden des Ostens und Nordostens Deutschlands als wichtigstes landwirthschaftliches Nebengewerbe angesiedelt, diesen ganz vorzugsweise auf den Anbau der Kartoffel angewiesenen Gegenden die Möglichkeit gewährend, ihr Hauptproduct nutzbringend zu verwenden, mit Hilfe der Brennereirückstände einen vermehrten Viehbestand zu unterhalten und durch diesen wiederum reichlicheren Dünger zur Bestellung der Felder zu gewinnen. Mit Einführung der Fabricatsteuer würde der in dem Princip der Maischraumbesteuerung liegende Antrieb, die Kartoffel als vortheilhaftestes Maischmaterial zu verwenden, in Fortfall kommen, mit geringeren Kosten würde aus anderen Fruchtsorten,

namentlich aus Rüben, Branntwein hergestellt werden können, 22. 2. 1886.
Zuckerfabriken würden in Jahren, in welchen die Branntweinbereitung vortheilhafter als die Zuckerfabrication erschiene, ihre Rüben auf Alkohol statt auf Zucker zu verarbeiten in der Lage sein, wie dies in Frankreich bereits vielfach geschieht, und der Brennereibetrieb würde nicht mehr ein den Zwecken der Landwirthschaft dienendes Nebengewerbe bleiben, sondern unter völliger Loslösung von dieser sich zu einzelnen selbständigen Großbetrieben mit bedeutendem Capital concentriren, wie dies das Beispiel des die Fabricatsteuer besitzenden England beweist, in welchem im Jahre 1882/83 nur noch 13 Brennereien existirten, welche durchschnittlich jährlich je 7 500 000 Mark Steuer zahlten. Die Brennereien der auf den Kartoffelbau angewiesenen Gegenden würden sich dieser Concurrenz gegenüber nicht halten können, sondern ihren Betrieb erheblich beschränken, wo nicht ganz einstellen müssen, der Preis der Kartoffeln würde beträchtlich sinken und hierdurch in den weiten, auf den Kartoffelbau angewiesenen Gegenden nicht nur der Brennereibesitzer, sondern jeder an die Brennereien Kartoffeln verkaufende Landwirth schwer geschädigt werden, eine Verringerung des mit Hilfe der Schlempe erhaltenen Viehstandes und folglich auch der Düngergewinnung müßte eintreten, das Sinken der Löhne für die ländlichen Arbeiter, welche, heute ganz besonders in Folge des gewinnbringenden Baues der Hackfrucht, lohnende Beschäftigung finden, wäre unvermeidlich. Die gesammten Existenzbedingungen sehr großer und wichtiger Volksschichten in jenen Gegenden würden somit empfindlich geschädigt, ihre Kaufkraft bedeutend verringert und hierdurch wiederum alle diejenigen Geschäfts- und Industriezweige in wesentliche Mitleidenschaft gezogen werden, deren Abnehmer jene Bevölkerungsclassen sind.

Diesen verderblichen Wirkungen der Fabricatsteuer ließe sich nur durch Contingentirung der bestehenden und Concessionszwang für neu zu errichtende Brennereien entgegenwirken; die gleichen Mittel, welche die §§ 4 und 5 des vorliegenden Monopolgesetzentwurfs [1]) vorschlagen, würden also auch bei der Fabricatsteuer

---

[1]) § 4: Alle Brennereien, welche am 1. October 1885 vorhanden waren, dürfen in Zukunft jährlich so viel rohen Branntwein bereiten, als sie vorher

22. 2. 1886. nothwendig werden, oder es müßte die Branntweinbereitung aus den der Kartoffel mit einer gefährlichen Concurrenz drohenden Stoffen überhaupt verhindert und somit über das Maß der durch das Monopol gebotenen Eingriffe in die wirthschaftlichen Verhältnisse noch hinausgegangen werden.

Jedoch auch diese Mittel würden den beabsichtigten Erfolg nur theilweise haben, vollends aber würde die Fabricatsteuer sich unfähig erweisen, die mit der Reform der Branntweinsteuer zu erstrebenden Ziele zu erreichen.

Um mit der Fabricatsteuer eine der Steuerfähigkeit des Branntweins einiger Maßen entsprechende Einnahme zu erstreben, müßte die jetzt 16 bis 17 Mark pro Hektoliter reinen Alkohols betragende Steuer mindestens verachtfacht werden. Den Producenten gegenüber würde dies trotz Contingentirung, Concessionszwang und Ausschließung einzelner Stoffe von der Branntweinbereitung gleichbedeutend mit der Schließung fast aller kleineren Brennereien sein,

---

regelmäßig hergestellt haben. Für die einzelnen Brennereien werden die Branntweinmengen, welche sie hiernach zu bereiten befugt sein sollen, Seitens der Landesregierung im Vernehmen mit der Monopolverwaltung und nach Anhörung des Gutachtens einer aus einem höheren Verwaltungsbeamten als Vorsitzenden, zwei Oberbeamten der Steuerverwaltung und drei Sachverständigen zusammengesetzten Commission unter billiger Berücksichtigung der wirthschaftlichen Verhältnisse festgesetzt. Die Commission kann zum Zwecke ihrer gutachtlichen Aeußerung Einsicht in die über den Brennereibetrieb geführten Bücher nehmen.

Brennereien, welche am 1. October 1885 zwar vorhanden waren, aber einen regelmäßigen Betrieb nicht gehabt haben, oder welche am 1. October 1885 erst in der Herstellung begriffen waren, sollen künftig in derselben Weise und unter gleicher Berücksichtigung der wirthschaftlichen Verhältnisse zur Branntweinbereitung verstattet werden.

Für kleine Brennereien, welche keinen regelmäßigen Betrieb gehabt haben, wird die Menge rohen Branntweins, welchen sie bereiten dürfen, unter billiger Berücksichtigung der wirthschaftlichen Verhältnisse, Seitens der Landesregierung festgesetzt.

§ 5: Zur späteren Anlegung neuer, sowie zur Erweiterung bestehender Brennereien bedarf es besonderer Erlaubniß. Sofern das Bedürfniß dazu im landwirthschaftlichen Interesse nachgewiesen ist, kann die Erlaubniß durch die Landesregierung im Einvernehmen mit der Monopolverwaltung und unter Festsetzung der Branntweinmenge, deren Bereitung der einzelnen Anstalt andauernd jährlich gestattet sein soll, ertheilt werden.

Gleicher Weise kann einer Brennerei in einzelnen Jahren die Bereitung einer größeren Branntweinmenge, als für die betreffende Anstalt ein für alle Mal festgesetzt ist, gestattet werden.

da weitaus die Mehrzahl ihrer Besitzer nicht die Mittel besäße, so bedeutende Summen zu verauslagen. Daß insbesondere die in Bayern, Württemberg und Baden zu Tausenden vorhandenen Kartoffelbrennereien kleinster Art unter solchen Verhältnissen nicht fortbestehen könnten, ist zweifellos. Die Höhe der Steuer würde also einen ähnlichen Erfolg wie ohne Contingentirung und dergleichen die übermächtige Concurrenz haben: Loslösung des Brennereibetriebes von der Landwirthschaft und Concentration desselben in wenigen großen und capitalkräftigen Fabriken. 22. 2. 1886.

Eine entsprechende Wirkung wäre den mit dem Branntweinhandel beschäftigten Gewerben gegenüber unvermeidlich; auch hier würden die mit geringeren Mitteln ausgestatteten Betriebe den gesteigerten Anforderungen an das Capital nicht entsprechen können und sich, ohne auf eine Entschädigung von Seiten des Reiches rechnen zu dürfen, zur Aufgabe ihrer Thätigkeit gezwungen sehen. Die übrigen würden sich für die ihnen erwachsenden größeren Auslagen durch bedeutend erhöhte Preise entschädigen müssen. Den Consumenten gegenüber würde dies eine über diejenige Preissteigerung, welche im Interesse der Bekämpfung der Trunksucht gerechtfertigt und geboten erscheint und in dem Monopolpreise zum Ausdruck gelangt, erheblich hinausgehende Vertheuerung des sich in berechtigten Grenzen haltenden Branntweingenusses bedeuten, hierdurch aber würde ein so erheblicher Consumrückgang eintreten, daß der financielle Erfolg der Fabricatsteuer ernstlich gefährdet erschiene.

Eben so wenig bietet die Fabricatsteuer die Mittel, um den schädlichen Folgen des übermäßigen Branntweingenusses mit genügender Sicherheit entgegentreten zu können. Denn ein eben so großes Gewicht, wie auf die Verminderung der Quantität, ist im sanitären Interesse auf die Verbesserung der Qualität des zum Consum gelangenden Branntweins zu legen. Es kommen in allen aus mehligen Substanzen hergestellten Branntweinen, besonders dem Kartoffelbranntwein, neben dem Hauptproduct des Gährungsprocesses, dem Aethylalkohol, die sogenannten schweren Alkohole vor. Diese Stoffe, von welchen die Amylalkohole unter dem Namen der Fuselstoffe am bekanntesten sind, wirken ganz besonders verderblich und intensiv auf die Functionen des menschlichen Organismus und sind die vornehmlichsten Ursachen der nachhaltigen Säuferleiden.

22. 2. 1886. Sie lassen sich nur durch eine äußerst sorgfältige Reinigung entfernen, alsdann ist aber die Schädlichkeit des Kartoffelbranntweins nicht größer, wie die des von vornherein fuselfreien Weingeistes. Der jetzt zum Consum gelangende billigere Branntwein ist jedoch zu einem außerordentlich großen Theile — die Schätzungen Sachverständiger gehen bis zu zwei Dritteln des ganzen Consums — ungenügend oder gar nicht gereinigt oder besteht gar aus den billigsten, an jenen giftigen Stoffen besonders reichen Anfangs- und Endproducten des Destillationsprocesses. Häufig werden jetzt dem Branntwein auch andere schädliche Substanzen zugesetzt, um ihn berauschender und stärker zu machen. Die Fernhaltung solcher Stoffe von dem Trinkbranntwein ist danach eines der wichtigsten Erfordernisse, um den verderblichen Wirkungen der Trunksucht Einhalt zu thun. Dies zu erreichen, würde es, so lange die Trinkbranntweinfabrication der Privatthätigkeit überlassen bliebe, rigoroser Strafbestimmungen und tief in den Gewerbebetrieb eingreifender polizeilicher Vorschriften bedürfen, ihr Erfolg würde aber unter einer hohen Steuer nur ein äußerst geringer sein, denn es liegt auf der Hand, daß mit der Steigerung des Alkoholpreises auch der Antrieb zur gewinnbringenden Vermischung des Trinkbranntweins mit Fuselstoffen und anderen schädlichen oder berauschenden und den Geschmack des Trinkers reizenden Stoffen von geringerem Werthe wächst.

Ganz ähnlich wie hinsichtlich der Fabricatsteuer liegen die Verhältnisse bezüglich einer Consumtionssteuer vom Branntwein, wie sie in Frankreich besteht. Denn da auch diese Steuer auf dem Fabricate nach Maßgabe seiner Menge und Stärke ruht, so gleicht sie nach Wesen und Wirkungen der Fabricatsteuer und unterscheidet sich von der letzteren nur insofern, als sie nicht an der Productionsstätte, sondern erst beim Uebergang des Branntweins in den Consum erhoben wird. Fast alle Gründe, welche gegen die Einführung der Fabricatsteuer sprechen, kommen daher in gleicher Weise der Consumtionssteuer gegenüber zur Geltung; da bei ihr aber eine Ueberwachung des sämmtlichen Branntweins bis zu seiner Consumtion erforderlich wäre, so würde außerdem der gesammte Handel und Verkehr mit Branntwein den einschneidendsten Controlen zu unterwerfen sein, welche in Deutschland bei Weitem lästiger empfunden

werden und schwieriger durchführbar sein würden, als in dem von 22. 2. 1886.
Alters her an Octrois gewöhnten Frankreich.

Sämmtliche eben erörterte Besteuerungsarten sind hiernach durchaus ungeeignet, die bei einer Reform in der Besteuerung des Branntweins ins Auge zu fassenden Ziele zu erreichen. Das einzige Mittel hierzu bietet bei sorgfältiger Erwägung aller in Betracht kommenden Verhältnisse ein den Grundsätzen des vorliegenden Entwurfs folgendes Branntweinmonopol.

Der Entwurf überläßt die Herstellung rohen Branntweins der privaten Gewerbsthätigkeit (§ 1) [1]. Eine Einwirkung der Monopolverwaltung auf die Production ist nur insoweit vorgesehen, als unbedingt nothwendig erscheint, um einer übermäßigen Production entgegen zu wirken (§§ 4 und 5) [2].

Dagegen soll der Bezug sämmtlichen inländischen rohen Branntweins von den Herstellern, der Bezug von Branntwein aller Art aus dem Auslande, die Reinigung des Branntweins und dessen weitere Verarbeitung zu alkoholischen Getränken für den inländischen Bedarf, sowie der weitere Verkauf von Branntweinen aller Art ausschließlich dem Reiche zustehen und für Rechnung desselben betrieben werden. Der Absatz im Großen wird durch Agenten, der Absatz im Kleinen durch Verschleißer erfolgen (§§ 2 und 3) [3].

---

[1]) § 1: Die Herstellung rohen Branntweins bleibt der privaten Gewerbsthätigkeit überlassen, unterliegt aber der in diesem Gesetz bestimmten Ordnung.

[2]) S. o. S. 321 f.

[3]) § 2: Der Bezug sämmtlichen inländischen rohen Branntweins von den Herstellern, der Bezug von Branntweinen aller Art aus dem Auslande, die Reinigung des Branntweins und dessen weitere Verarbeitung zu alkoholischen Getränken, sowie der weitere Verkauf von Branntweinen aller Art stehen mit den in diesem Gesetze gemachten Ausnahmen ausschließlich dem Reiche zu und werden für Rechnung desselben betrieben (Branntweinmonopol).

§ 3: Die Verwaltung des Branntweinmonopols führt das dem Reichskanzler unterstellte Monopolamt, dessen Vorstand vom Kaiser auf Vorschlag des Bundesraths ernannt wird.

Für den Absatz im Großen werden von dem Monopolamt im Einvernehmen mit den Landesregierungen Agenten, für den Absatz im Kleinen von den Landesregierungen Verschleißer bestellt. Die Agenten und Verschleißer werden von den Organen sowohl der Monopolverwaltung, als auch der Zoll- und Steuerverwaltung beaufsichtigt und controlirt.

Die Controlirung der zur Branntweinbereitung bestimmten gewerblichen Anstalten, sowie aller nach den Vorschriften dieses Gesetzes einer Controle unter-

22. 2. 1886. Wichtige Ausnahmen sind im Interesse der privaten Erwerbsthätigkeit zugestanden, indem Gastwirthen, Kaufleuten und dergleichen der Verkauf von Branntwein gestattet werden kann (§ 29) [1]) und indem die Reinigung des für ausländische Märkte bestimmten Branntweins und die Herstellung alkoholischer Getränke zur Ausfuhr der Privatindustrie überlassen bleibt (§ 31) [2]).

Der Brennereibesitzer hat den gesammten gewonnenen Branntwein an die Monopolverwaltung abzuliefern (§ 21) [3]), auf diese gehen mit der Abnahme Eigenthum und Gefahr über (§ 22) [4]).

---

liegenden Personen, die Abfertigung und Controlirung der Einfuhr, Ausfuhr und Durchfuhr, sowie die Bewachung der Grenzen gegen die unerlaubte Einfuhr von Branntweinen aller Art erfolgen durch die mit der Verwaltung der Zölle und Verbrauchssteuern des Reichs beauftragten Landesbehörden, welche auch im Uebrigen bei allen Maßregeln zur Sicherung des Branntweinmonopols vorzugsweise mitzuwirken haben. Die hiernach den Zoll- und Steuerbehörden zugewiesene Amtsthätigkeit unterliegt der Ueberwachung durch die Organe der Reichscontrole für Zölle und Verbrauchssteuern. Für die durch den bezeichneten Dienst den Bundesstaaten erwachsenden Kosten wird nach Maßgabe der vom Bundesrath zu erlassenden Bestimmungen Vergütung aus der Reichscasse gewährt.

Die Beamten der Monopolverwaltung sind befugt, den auf die Controle der Brennereien bezüglichen Dienstverrichtungen beizuwohnen, beziehungsweise von denselben Kenntniß zu nehmen.

[1]) § 29: Gastwirthen, Restaurateuren, Inhabern von Cafés und Conditoreien, Vorständen von Casinos, Ressourcen und dergleichen kann nach den von der Landesregierung im Einvernehmen mit der Monopolverwaltung zu treffenden Bestimmungen die Erlaubniß zum Ausschank von Branntwein ohne Beschränkung auf die von den Verschleißern inne zu haltenden Preise ertheilt werden. Dieselben dürfen ihren Bedarf nur von den von der Monopolverwaltung bestellten Agenten und Verschleißern beziehen.

Mit denselben Maßgaben kann Kaufleuten die Erlaubniß zum flaschenweisen Verkauf von Trinkbranntwein in unverletzter Originalverpackung der Monopolverwaltung und zum Verkaufe denaturirten Branntweins ertheilt werden.

Den Verschleißern und denjenigen anderen Personen, welchen die Erlaubniß zum Branntweinausschank ertheilt worden, ist es gestattet, auf Verlangen von Consumenten Trinkbranntweine aller Art zum Zwecke des sofortigen Genusses unter einander oder mit anderen Stoffen zu mischen und zu verabfolgen.

[2]) § 31: Die Reinigung des für das Ausland bestimmten Branntweins und die Herstellung von alkoholischen Getränken aus demselben zum Absatz im Auslande kann in dazu geeigneten Privatanstalten bewerkstelligt werden.

[3]) § 21: Der Brennereibesitzer hat den gesammten gewonnenen Branntwein an die Monopolverwaltung abzuliefern . . .

[4]) § 22: Die Monopolverwaltung übernimmt nach Maßgabe der hierfür zu erlassenden Controlvorschriften den gesammten gewonnenen Branntwein in

Um die Monopolverwaltung zu sichern, daß in der That der gesammte im Inlande producirte Branntwein in ihre Hände gelangt, haben gewisse Betriebseinrichtungen und Controlen vorgeschrieben werden müssen (§§ 6 bis 16). Für die kleinen Brennereien sind indessen sehr wesentliche Erleichterungen zugestanden (§ 17) [1]). 22. 2. 1886.

Die Ankaufspreise des Branntweins werden innerhalb gesetzlich bemessener Grenzen vom Bundesrath bestimmt (§ 23) [2]). Ebenso wird von dem Bundesrath innerhalb gesetzlich bemessener Grenzen der Tarif festgesetzt, nach welchem der Preis beim Verkauf alkoholischer Getränke im Inlande von der Monopolverwaltung zu erheben ist. Zu anderen Zwecken als zur Herstellung alkoholischer

---

der Brennerei unter Feststellung seiner Menge, Stärke und Beschaffenheit und gegen Ertheilung einer Empfangsbescheinigung an den Brennereibesitzer ...

[1]) § 17: Denjenigen Brennereien, welche in einem Betriebsjahre aus mehligen Stoffen höchstens eine Branntweinmenge von 100 Hektoliter reinen Alkohols herstellen und eine Brennereivorrichtung mit unmittelbarer Feuerung benutzen, oder welche nur Abfälle der eigenen Biererzeugung verwenden, oder welche in einem Betriebsjahre höchstens 70 Hektoliter anderer nicht mehliger Stoffe verarbeiten, ist unter Nachlaß der in den §§ 6 bis 9 und 14 bis 16 angeordneten Betriebseinrichtungen und Controlen der Betrieb bei Einhaltung der hierüber zu erlassenden Verwaltungsvorschriften mit der Maßgabe zu gestatten, daß die Mindestmenge des zu ziehenden reinen Alkohols im Voraus von der Steuerbehörde bindend festgesetzt wird. In Fällen, in welchen es sich örtlicher oder zeitlicher Verhältnisse wegen, insbesondere wegen günstigen Ausfalls der Ernte, als Bedürfniß erweist, können kleine Brennereien nicht mehliger Stoffe nach den vorstehenden Vorschriften behandelt werden, auch wenn sie mehr als 70 Hektoliter dergleichen Stoffe verarbeiten.

[2]) § 23: Der den Brennereibesitzern für den abgelieferten Branntwein zu zahlende Preis wird durch einen von dem Bundesrath festzusetzenden Tarif bestimmt.

Für die Gestaltung dieses Tarifs soll bis auf Weiteres die Maßgabe gelten, daß bei Kartoffelbranntwein ein Preis von mindestens 30 und höchstens 40 Mark für das Hektoliter reinen Alkohols, bei anderen Branntweinarten aber ein auf der Grundlage des Tarifsatzes für Kartoffelbranntwein angemessen berechneter Preis zu bestimmen ist. Für Trinkbranntwein, welcher aus Getreide, Kern- oder Steinobst, Beerenfrüchten, Wurzeln, Weinhefe, Trestern und dergleichen bereitet ist, wird jedoch unter billiger Berücksichtigung der seitherigen Preise dieser Branntweingattungen ein dem höheren Werth derselben entsprechender Preis festgesetzt. Der Bundesrath ist ermächtigt, bei Kartoffelbranntwein, welcher von einer täglich nicht mehr als 10½ Hektoliter Bottigraum bemaischenden Brennerei abgeliefert wird, einen Zuschlag bis zu 2 Mark für das Hektoliter reinen Alkohols zu gewähren. ...

22. 2. 1886. Getränke wird der Branntwein zu ermäßigten Preisen abgegeben (§ 26)[1].

Zum Schutz gegen die Gefahr von Defrauden dienen amtliche Revisionen, ferner eine Geräthe- und Transportcontrole (§§ 32 bis 37). Privatpersonen, welche nicht als Agenten oder Verschleißer der Monopolverwaltung fungiren, dürfen nur eine bestimmte Menge von Branntwein in ihrem Besitz haben (§ 39)[2]. Fremde Ansprüche auf den für die Monopolverwaltung bereiteten Branntwein sind ausgeschlossen (§ 41)[3].

Die erforderlichen Strafbestimmungen enthalten die §§ 42 bis 70.

Die Hauptbestimmungen des Gesetzes sollen mit dem 1. August 1888 in Kraft treten.

In den Uebergangsbestimmungen (§§ 72 bis 84) sind wesentliche Vorschriften über die Behandlung des am 1. August 1888 im Inlande lagernden Branntweins, ferner über die zu zahlenden Entschädigungen getroffen.

---

[1]) § 26: Der von der Monopolverwaltung beim Verkauf von Branntwein im Inlande zu erhebende Preis wird durch einen vom Bundesrath festzusetzenden Tarif mit der Maßgabe bestimmt, daß bei ordinärem Trinkbranntwein ein Preis von mindestens 2 Mark und höchstens 3 Mark für das Liter reinen Alkohols anzusetzen ist.

Zur Herstellung von Genußmitteln, welche nicht als alkoholische Getränke anzusehen sind, wird Branntwein zu von dem Bundesrath festzusetzenden abgeminderten Preisen abgegeben.

Für gewerbliche Zwecke, einschließlich der Essigbereitung, für wissenschaftliche, für Heizungs- und Beleuchtungszwecke verabfolgt die Monopolverwaltung Branntwein zu den Ankaufspreisen.

Für Branntwein, welcher zur Herstellung von zum Export gelangenden Fabricaten Verwendung findet, kann nach Maßgabe der Bestimmungen des Bundesraths eine noch weitergehende Preisermäßigung bewilligt werden.

[2]) § 39: Außer den Branntweinagenten und Verschleißern darf ohne besondere Erlaubniß der Steuerbehörde Niemand mehr als 50 Liter Branntwein besitzen, sofern nicht die dieses Maß übersteigende Menge sich in unverletzter Originalverpackung der Monopolverwaltung befindet.

Auf den im § 26 Absatz 2 bis 4 bezeichneten Branntwein findet diese Bestimmung keine Anwendung.

[3]) § 41: Auf für die Monopolverwaltung bereiteten Branntwein können Ansprüche irgend welcher Art, durch welche die Ablieferung an die Monopolverwaltung verhindert oder beeinträchtigt werden würde, mit rechtlicher Wirkung nicht erhoben werden, auch nicht aus einem vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes entstandenen Rechtstitel.

Die Schlußbestimmungen (§§ 85 bis 89) beziehen sich auf den 22. 2. 1886.
Ausschluß einzelner Theile des Reichsgebiets von den Bestimmungen des Gesetzes, auf den Maßstab für die Vertheilung der Einnahmen unter die Bundesstaaten, auf das Verhältniß zu den Communen, sowie auf die Einführung des Gesetzes in den zur Branntweinsteuergemeinschaft nicht gehörenden Staaten.

Die beigefügte Ertragsberechnung schließt mit einem Reinertrage des Monopols von rund 303 Millionen Mark ab. Eine angemessene Einnahme aus dem Branntwein wird daher auf dem eingeschlagenen Wege erreicht.

Daneben bietet das Monopol, und nur das Monopol, die wirksamsten Waffen zum Kampfe gegen den Alkoholismus. Nicht nur tritt mit dem in dem Entwurf angesetzten Verkaufspreis von 2 bis 3 Mark für das Liter reinen Alkohols bei ordinärem Trinkbranntwein eine erhebliche Vertheuerung des Branntweins ein, sondern es ist auch eine bedeutende Verminderung der Branntweinschänken dabei möglich und in Aussicht genommen. Zugleich bedeutet das Monopol allen anderen Besteuerungsformen gegenüber einen wichtigen sanitären Fortschritt, indem nur bei ihm volle Sicherheit gegen giftige und verfälschte Fabricate geboten werden kann.

Gewährt daher das Monopol dem Consumenten schon nach dieser Richtung hin wesentliche Vortheile, so belastet es ihn auch nicht in dem Maße, wie jede andere Steuer, welche einen gleich hohen Ertrag abzuwerfen bestimmt ist. Denn das Monopol ist die einzige Verbrauchssteuerform, welche den Consumenten, also denjenigen, der nach der Absicht des Gesetzes besteuert werden soll, unmittelbar trifft. Es bedarf also nicht, wie bei den anderen Verbrauchssteuern, einer Ueberwälzung der Steuer vom Producenten oder Händler auf den Consumenten; Letzterer spart daher den hierbei unvermeidlichen und mit der Höhe der Steuer wachsenden Preisaufschlag.

Keine der übrigen Steuerformen bietet ferner die Möglichkeit, mit der steigenden Güte des Steuerobjects die Steuerbelastung entsprechend zu erhöhen, die Monopolverwaltung dagegen hat es in der Hand, die Preise so zu normiren, daß in dem Preise der geringeren Waare ein niedrigerer Steueraufschlag, als in demjenigen der besseren Fabricate enthalten ist, und hierdurch den

22. 2. 1886. Consumenten nach dem größeren oder geringeren Grade von Luxus, welcher in seinem Consum liegt, zu besteuern . . .

In der vorliegenden Form vereinigt ferner das Monopol die Vorzüge der Maischraumsteuer mit denjenigen der Fabricatsteuer: einerseits schützt es die Brennereiindustrie in ihren bisherigen Productionsgebieten und Bedingungen unter Ausschluß jeder Concurrenz, andererseits gewährt es ihr die Freiheit zur Benutzung eines beliebig großen Maischraumes und ermöglicht damit die vollständige Ausbeutung des Maischmaterials und die Gewinnung einer besseren, alkoholfreien Schlempe. Wenn der Entwurf sich mit verhältnißmäßig leichten Controlen glaubt begnügen zu können, so darf hieraus nicht gefolgert werden, daß bei Einführung einer Fabricatsteuer die gleichen Controlen als ausreichend zu erachten sein würden, denn das Monopol bietet durch die Concentration des gesammten Branntweinhandels in der Hand des Reiches den zuverlässigsten Schutz gegen umfassendere Hinterziehung, namentlich gewerbsmäßiger Art; unter der Herrschaft einer Fabricatsteuer würde dagegen der Mangel jenes Schutzes durch ganz wesentlich verschärfte, den Betrieb erheblich erschwerende Controlen ersetzt werden müssen.

Endlich führt das Monopol zwar zur Unterdrückung einer großen Zahl selbständiger Handels- und Gewerbebetriebe, allein der vorliegende Entwurf gewährt den Betroffenen eine Entschädigung [1]). Die übrigen Steuerformen schließen die Privatindustrie principiell

---

[1]) Nach dem Entwurf sollte an Entschädigungen gezahlt werden:

a) Realentschädigung für Rectifications-, Destillations- und Lageranstalten, so weit sie nicht angekauft werden	60 000 000	Mark.
b) Personalentschädigung:		
1. für Rectification	20 000 000	„
2. „ Destillation	50 000 000	„
3. „ Großhandel	20 000 000	„
4. „ Kleinhandel und Ausschank	330 000 000	„
5. „ technisches und kaufmännisches Hilfs- und Arbeitspersonal	10 000 000	„
	490 000 000	Mark.

Zu Unterstützungen mit Rücksicht auf den durch Einführung des Monopols entzogenen oder geschmälerten Erwerb bestimmte der Entwurf 50 Millionen Mark.

nicht aus, sobald sie aber einen hohen Ertrag abwerfen sollen, ist die nothwendige Folge die Vernichtung zahlreicher, namentlich kleiner Existenzen, ohne daß denselben eine Entschädigung zu Theil wird. Der Eingriff in das Erwerbsleben dieser Personen ist daher bei Einführung des Monopols der weniger gewaltsame. Daß bei Maßregeln von so hoher Wichtigkeit die Verletzung von Sonderinteressen sich völlig vermeiden ließe, ist undenkbar [1]). 22. 2. 1886.

Der Reichstag trat in seiner 58. Sitzung, Donnerstag den 4. März 1886, in die erste Berathung der Vorlage ein. Die verbündeten Regierungen vertrat Finanzminister v. Scholz, da Fürst Bismarck durch Krankheit an persönlicher Betheiligung behindert war. Er erörterte zunächst die Bedürfnißfrage: In Preußen arbeite der Etat schon seit einem Decennium mit einem nicht zu beseitigenden Deficit. Die Ausgaben hätten durch die Sparsamkeit der Regierungsvorschläge nicht vermindert werden können; diese seien sogar oft als zu sparsam bezeichnet worden. Ebenso mißlich sei es um die Einnahmen bestellt. Die Landessteuern könnten nicht mehr erhöht werden. Neben dem Deficit sehe man ein stets wachsendes Bedürfniß des Landes auf dem Gebiete der Communal- nnd Schullasten, dem bald und gründlich abgeholfen werden müsse, wenn schlimmen Entwickelungen vorgebeugt werden solle. In dieser Lage bleibe Nichts übrig, als immer wieder auf das Reich zurück zu kommen, unter dessen Verschluß die gerade jetzt werthvollsten, weil leicht ertragreicher zu gestaltenden Einnahmequellen der indirecten Besteuerung gelegt seien. Aehnlich wie in Preußen lägen die Verhältnisse und Bedürfnisse in den meisten übrigen Bundesstaaten. Die Finanzlage des Reichs aber sei eine recht knappe und genüge nur eben dem Augenblick, nicht aber für die großen und unabweislichen Ausgaben, die die Verzinsung der wachsenden Schuld, der Bau des Nordostseecanals, die weitere Ausbildung der Relictenversorgung, die Neuregelung des Pensionswesens, die allgemeine Besoldungsaufbesserung mit sich bringen würden. Zu alle Dem genüge aber nicht eine Mehreinnahme von 20 bis 30 Millionen, sondern nur eine solche von dem zehnfachen Betrage. Nun seien die Zölle und Verbrauchssteuern von Salz, Bier und Tabak und die Reichsstempelabgaben einer wesentlichen Erhöhung nicht mehr fähig, namentlich nachdem Bier und Tabak, von denen recht wohl noch viel gewonnen werden könnte, es verstanden hätten, gewisser Maßen die Natur des Noli me tangere zu gewinnen. 4. 3. 1886.

---

[1]) StB. Anl. Nr. 165 S. 827a—830b.

4. 3. 1886. Dagegen sei seit längerer Zeit auf Zucker und Branntwein als durchaus geeignete Objecte hingewiesen worden, von denen eine erhebliche Vermehrung der Reichseinnahmen zu gewinnen sei. Da aber nach dem Verlauf der über die Zuckervorlage geführten Verhandlungen kaum mehr als eine Sanirung dieser alten herabgekommenen Einnahmequelle zu erwarten sei, so bleibe nur der Branntwein übrig. Diesen gehörig zu besteuern, seien die Regierungen häufig und mit einem gewissen Vorwurf, daß es bisher unterblieben sei, aufgefordert worden. In allen anderen Ländern liefere die Branntweinsteuer unvergleichlich höhere Erträge als in Deutschland, den Regierungen habe der Gedanke auch schon oft nahe gelegen, diesen Mangel auszugleichen. Nicht launenhafte Abneigung, sondern die Schwierigkeit, eine unseren Verhältnissen entsprechende Form der Branntweinbesteuerung zu finden, habe sie abgehalten. Nun seien sie zu der Ueberzeugung gekommen, daß nur das Monopol allen Verhältnissen Rechnung trage. Minister v. Scholz entwickelte hierauf Hauptgedanken und Absichten des Entwurfs und entkräftete die Einwürfe, die gegen die politische Tendenz und die wirthschaftliche Wirkung des Monopols in der oppositionellen Presse und in den öffentlichen Versammlungen erhoben worden waren. Er schloß mit der Bitte um vorurtheilsfreie Prüfung der Vorlage. Abg. v. Huene erklärte darauf, daß das Centrum nach wie vor die allerschwersten Bedenken gegen Staatsmonopole überhaupt habe und einhellig auch gegen das Branntweinmonopol stimmen werde. Da aber das von den Regierungen beigebrachte Material Beachtung verdiene, so sei das Centrum nicht für eine Abweisung a limine, sondern für commissarische Berathung, von deren Verlauf es dann abhängen werde, ob eine Verständigung in der Zukunft sich finden werde. Neben den wirthschaftlichen und rechtlichen Bedenken bezeichnete er die Verstärkung der Macht des Staates als eines der Hauptbedenken seiner Partei gegen das Monopol. In langer Rede eiferte der Abg. Richter gegen das Monopol, als Anwalt der 100000 Wirthe, die verstaatlicht werden sollten, während der Privaterwerb der circa 3000 großen Brenner nicht in die Verstaatlichung hineingezogen werden solle. Denen solle vielmehr auf Kosten der Gesammtheit ein Geschenk von durchschnittlich 20000 Mark jährlich gemacht werden, und um zu beweisen, was für „arme Leute" dabei bedacht werden sollten, verlas er eine Liste der großen Brenner Schlesiens fürstlicher, adliger und bürgerlicher Herkunft. Den Ausdruck „Schnapspolitik", den er früher gebraucht (s. Bd. X 79), um eine Finanzpolitik zu charakterisiren, die durch eine den natürlichen Verhältnissen nicht entsprechende Berücksichtigung des Brennereibetriebes in der Steuerpolitik beherrscht werde, müsse er dieser Vorlage gegenüber erst recht aufrecht erhalten. Der Reichstag müsse aussprechen, daß er jedes Monopol ablehne; der fortgesetzten Beunruhigung im Lande durch monopolistische Pläne der verbündeten Regierungen müsse ein Ende

gemacht werden. „So kann," schloß er, „so darf nicht mehr lange in Deutschland regiert werden, wenn nicht die Erwerbsverhältnisse des Volkes aufs Aeußerste geschädigt werden und große Kreise unseres Volks durch solche fortgesetzte Beunruhigung mit Steuer- und Monopolprojecten immer mehr der Noth und dem Elende entgegen getrieben werden sollen. Meine Herren, mit solchem Regierungssystem kann man nicht transigiren, kann man nicht pactiren; derartige Vorschläge amendirt man nicht, darüber verhandelt man nicht; hiergegen ist es Pflicht und Schuldigkeit jedes Volksvertreters, entschieden, energisch, rückhaltlos in den Kampf zu treten." Der Abg. v. Wedell-Malchow sprach sich für das Monopol aus, ohne doch Namens der conservativen Partei eine bestimmte Erklärung abzugeben. 4. 3. 1886.

Am zweiten Verhandlungstage (5. März 1886) eröffnete die Discussion der Abg. Buhl mit der Erklärung, daß die nationalliberale Partei die Monopolvorlage geprüft habe und zu der Ueberzeugung ihrer Unannehmbarkeit gekommen sei; gleichzeitig aber erklärte er die Bereitwilligkeit seiner Partei, eine auf anderem Wege zu erreichende höhere Besteuerung des Branntweins in Berathung zu ziehen. Ablehnend sprachen sich weiter die Abg. Kröber, Schumacher, Simonis, Rickert aus, die Polen gaben durch den Abg. v. Sczaniecki die Erklärung ab, daß sie sich ihre Entscheidung noch vorbehielten; der der Reichspartei angehörige Abg. v. Kardorff bemerkte, daß seine Partei an und für sich vor dem Worte „Monopol" sich nicht fürchte, aber sehr ernsthaft prüfen werde, ob die Schäden, die durch einen so schweren Eingriff in das wirthschaftliche Leben hervorgebracht würden, nicht so groß seien, daß sie Bedenken tragen müsse, eine solche Vorlage anzunehmen. Namens der verbündeten Regierungen sprachen an diesem Tage Finanzminister v. Scholz zur Widerlegung der von den Abg. Huene, Richter und Buhl gegen das Monopol erhobenen Einwände, und der bayrische Bundesrathsbevollmächtigte Graf Lerchenfeld, um den vom Abg. Kröber erhobenen Vorwurf zurückzuweisen, daß die bayrische Regierung ein Reservatrecht preisgegeben habe. 5. 3. 1886.

Am dritten Tage der ersten Berathung (6. März 1886) nahm Staatsminister v. Boetticher das Wort, um dem lebhaften Bedauern des Reichskanzlers darüber Ausdruck zu geben, daß er durch seinen Gesundheitszustand abgehalten sei, an der ersten Berathung der Monopolvorlage sich zu betheiligen: „Fürst Bismarck wünschte schon in dieser Berathung über die Gründe, weshalb er den preußischen Antrag auf Einführung des Branntweinmonopols im Bundesrath lebhaft befürwortet hat, weshalb er der Ueberzeugung ist, daß das Monopol die zweckmäßigste und vortheilhafteste Besteuerung des Branntweins darstellt, sich zu äußern. Nur das bestimmte und entschiedene Verbot des Arztes, sich aus dem Zimmer zu begeben, hält ihn ab, hier im Reichstage zu erscheinen. Fürst Bismarck hofft aber zuversichtlich, daß die 6. 3. 1886.

6. 3. 1886. Verhandlungen in der Commission, an die ja, wenn die Anzeichen nicht trügen, diese Vorlage verwiesen werden wird, ihm Gelegenheit geben werden, seine Anschauungen über Bedeutung und Werth der Vorlage dort aus einander zu setzen und eventuell sie hier in der zweiten Berathung darzulegen.

Der zweite Auftrag, dessen ich mich zu entledigen habe, ist der, daß der Herr Reichskanzler den Gerüchten entgegen zu treten wünscht, welche, wie ihm zu Ohren gekommen ist, über seine neueste Stellung zu der Vorlage im Umlauf sich befinden. Meine Herren, auch mir ist gestern das Gerücht zugekommen, daß der Herr Reichskanzler bezüglich seiner Stellung zur Monopolvorlage eine Schwenkung gemacht habe; auch mir ist gesagt worden, es sei das Gerücht verbreitet, als wünsche der Herr Reichskanzler gar nicht die Annahme des Monopols. Ich bin erstaunt gewesen darüber, daß ein solches Gerücht überhaupt hat Glauben finden können; denn die innere Unwahrscheinlichkeit einer solchen Schwenkung sollte für Jeden, der politisch zu beobachten und politisch zu denken gewohnt ist, auf der Oberfläche liegen.

(Sehr richtig! rechts. — Ruf: Na! Na! — Heiterkeit.)

Es ist sehr auffallend, daß dies Gerücht gerade Boden gefunden hat in Kreisen, die sonst sehr gern bereit sind, dem Herrn Reichskanzler einen Vorwurf daraus zu machen, daß er von einmal concipirten Plänen nicht lasse, daß er mit denselben wieder komme und immer wieder komme, auch wenn sie keine Aussicht auf Annahme besitzen.

Nun, meine Herren, an diesen Gerüchten ist nicht ein Wort wahr. Der Herr Reichskanzler steht, wie ich bereits vorher zu bemerken die Ehre gehabt habe, auf dem Boden, daß er das Monopol als die zweckmäßigste Form der Branntweinbesteuerung erkennt. Der Herr Reichskanzler würde aber auch, selbst wenn er nicht so fest auf dem Boden stände, auf welchem er sich befindet, vermöge seiner politischen und verantwortlichen Stellung sich weit davon entfernt halten, eine Vorlage, welche die verbündeten Regierungen beschlossen haben, preiszugeben oder auch nur nach Außen hin den Schein zu erwecken, als ob eine solche Vorlage von ihm nicht gewünscht werde.

Für den Fall, daß meine Worte, in die ja füglich ein Zweifel nicht zu setzen ist, gleichwohl noch Bedenken erregen sollten, stehe ich nicht an, einen Passus aus dem Schreiben vorzulesen, welches mir heute vom Herrn Reichskanzler zugegangen ist und in welchem er an mich die Bitte richtet, hier neben der Entschuldigung für seine Behinderung an der Theilnahme an dieser Berathung zugleich seinen Standpunkt darzulegen, den er nach wie vor der Monopolvorlage gegenüber einnimmt. Er sagt:

Ich lege Werth darauf, daß dies

— nämlich die Entkräftung des Gerüchts —

auch durch Ihre gütige Vermittelung ohne Aufschub geschehe, 6. 3. 1886.
da ich auch nur für kurze Zeit den Verdächtigungen nicht ausgesetzt bleiben möchte, welche für meinen politischen Charakter und für meine Aufrichtigkeit meinen Mitarbeitern gegenüber in jenen geflissentlich verbreiteten Gerüchten liegen.

(Abg. Richter: Wer hat es denn verbreitet?)

Daß ich nach wie vor in dem Monopol die zweckmäßigste Besteuerung des Branntweins sehe, ist Ihnen bekannt.

Nun, meine Herren, mir ist die Colportage solcher Gerüchte nicht neu;

(Rufe links: Wo denn?)

sie ist schon früher bei fast allen wichtigen Vorlagen der Regierung bemerkbar geworden ... Man hat sich immer ein Gewerbe daraus gemacht,

(Rufe links: Wer denn?)

vor dem entscheidenden Momente zu sagen: Der Herr Reichskanzler will nicht mehr, es ist das Gescheidteste, wir lassen die Vorlage fallen.

Ich wünsche Nichts sehnlicher, als daß diese Bemerkungen dazu beigetragen haben mögen, in Zukunft dieses Gewerbe unmöglich zu machen und die Ueberzeugung zu verbreiten, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen unter allen Umständen an den Vorlagen, welche die Regierungen dem hohen Hause machen, auch festhalten, und daß in specie bei dieser Vorlage ihre ungeheuchelte und ungetheilte Ueberzeugung dahin geht, daß es die beste Form der Branntweinbesteuerung ist, die wir Ihnen vorschlagen ..."

Es sprachen darauf noch die Abg. Fürst v. Hatzfeldt-Trachenberg (conservativ), Oechelhäuser (nationalliberal), v. Helldorff (deutschconservativ), Bamberger (deutsch-freisinnig) und Windthorst (Centrum) im Sinne der von ihren Parteigenossen bereits abgegebenen Erklärungen. Der Letztere trat für commissarische Berathung ein, jedoch nicht um der Sache selbst willen, die durch die Discussion schon entschieden sei, sondern einzig und allein aus dem Grunde, weil der Reichskanzler sich bereit erklärt habe, in der Commission zu erscheinen, und der Reichstag sich nicht wohl weigern könne, die Erläuterungen und Erklärungen des ersten Rathgebers der Krone anzuhören. Dem Antrage entsprechend, verwies das Haus die Vorlage an eine Commission von 28 Mitgliedern.

In der Commission erschien Fürst Bismarck nicht; die Debatten des Reichstags und vor Allem die Aussprache Windthorsts hatten ihn belehrt, daß er doch nur tauben Ohren predigen würde, und sich zur Belustigung von Herrn Windthorst und Richter in rednerischen Leistungen zu ergehen, dazu hatte er, wie die „Norddeutsche Allgemeine

12./16. 3. 1886. Zeitung" am 9. März 1886 mittheilte, keine Lust. Die Commission hielt ihre erste Sitzung am 12. März; sie lehnte einen Antrag des Abg. Frege auf Einsetzung einer Subcommission zum Zwecke der Prüfung des financiellen Ertrags des Monopols mit 17 gegen 8 und demnächst § 1 der Vorlage mit 19 gegen 6, § 2 mit 20 gegen 5 Stimmen ab. In der zweiten Sitzung der Commission, am 16. März, beantragte der Abg. Oechelhäuser folgende Resolution:

In Erwägung, daß die Bedürfnisse des Reichs und vieler Einzelstaaten, insbesondere Preußens, eine Erhöhung der bisherigen Einnahmen dringend erfordern;

in fernerer Erwägung, daß der Branntwein sich als das geeignetste Object für Erzielung ansehnlich höherer Einnahmen empfiehlt,

ersucht der Reichstag die verbündeten Regierungen, in der nächsten Session unter Berücksichtigung der Bedeutung der Brennerei als landwirthschaftliches Nebengewerbe einen Gesetzentwurf zum Zwecke einer höheren Besteuerung des Branntweins einzubringen, auch in Erwägung zu ziehen, durch welche Mittel dem Verkaufe gesundheitsschädlichen Trinkbranntweins vorgebeugt und die überhandnehmende Trunksucht bekämpft werden kann.

Die Resolution wurde mit den 14 Stimmen des Freisinns und Centrums gegen 9 Stimmen der Conservativen und Nationalliberalen abgelehnt, trotzdem die Vertreter der verbündeten Regierungen erklärt hatten, daß sie — nach Ablehnung des Monopols — die Resolution mit Freuden begrüßten, da sie immerhin als Mittel zur Verständigung darüber dienen könne, ob sich auf einem anderen als dem von den verbündeten Regierungen vorgeschlagenen Wege die durch die Vorlage angestrebten Ziele erreichen ließen.

In der

74. Sitzung des Deutschen Reichstags

Freitag 26. März 1886,

26. 3. 1886. auf deren Tagesordnung die zweite Berathung des Monopolentwurfs gesetzt war, theilte Abg. Frhr. v. Hertling das Ergebniß der Commissionsberathung mit: den Antrag auf Ablehnung der Vorlage. Nach ihm erhob sich Fürst Bismarck zu folgender Rede*):

Wenn ich jetzt in der zweiten Lesung das Wort für die Annahme des Monopols ergreife, so schmeichle ich mir natürlich nicht

*) StB. 1651b.

mit der Hoffnung, auf die Abstimmung damit einen wesentlichen Einfluß zu üben; ich halte es indessen doch für meine Pflicht, obschon es mir nach dem Zustande meiner Gesundheit schwer wird, vor dem Hause die Gründe darzulegen, welche mich bestimmt haben, den Antrag auf Einführung des Monopols auch meinerseits zu stellen und lebhaft zu unterstützen. 26. 3. 1886.

Daß ich damit auf die Annahme einen Einfluß üben könnte, dazu ist, wie gesagt, keine Aussicht. Nach der Lage unserer parlamentarischen Verhältnisse werden wichtigere Fragen ja doch in der Regel entschieden, bevor sie überhaupt in die erste Lesung gelangen; sie werden entschieden innerhalb der Fractionen [1]). Wenn dort festgelegt ist, wie jede Fraction sich dazu stellen will, so hat die erste Lesung oder die weitere Behandlung in der Regel einen mehr ornamentalen Charakter. Die Entscheidung über das Monopol, die in den Fractionen bereits getroffen war — ja zum Theil bereits getroffen war, bevor die Vorlage überhaupt von irgend Jemand gekannt sein konnte —, ist ziemlich schnell erfolgt.

Ich will nun gar nicht von dieser letzteren Entscheidung sprechen, die vor der Vorlage erfolgte, und die eben nur mit dem bekannten Wort charakterisirt werden kann: „Ich kenne die Absichten der Regierung zwar nicht, aber ich mißbillige sie." [2]) Von dieser will ich nicht sprechen, sondern nur von der Besiegelung, die sie erfahren hat. Schon am 4. März — am 4. März war die erste Lesung — konnte doch wohl Jeder merken, daß das Schicksal dieser Vorlage entschieden war, entschieden in der kurzen Zeit vom 22. Februar, wo sie an das Haus gelangt ist, bis zum 4. März — also, mich dünkt, in zwölf Tagen. Eine Vorlage, an der die verbündeten Regierungen etwa sechs Monate mit großer Sorgfalt gearbeitet hatten, über die sie unter einander correspondirt, die sie von ihren Technikern hatten prüfen lassen, — die als vollständig unbrauchbar zu verwerfen, bedurfte das hohe Haus nur der Zeit von zwölf Tagen. Die Thatsache, daß die Vorlage in eine Commission geschickt, eine Commission zu ihrer Begutachtung

[1]) Vgl. Bd. X 278.

[2]) „Die Gründe der Regierung kenne ich nicht; aber ich muß sie mißbilligen", Aeußerung des Abg. Julius Kell in der Sitzung der Zweiten sächsischen Kammer vom 15. Februar 1849.

26. 3. 1886. gewählt wurde, ließ mich hoffen, daß in dieser eine weitere Prüfung der Sache dennoch ausnahmsweise stattfinden könnte. Der Zweck der Wahl einer Commission ist doch in der Regel der, das Gesammtergebniß der Discussion der ersten Lesung zu prüfen, namentlich nach den Thatsachen, den Zahlen, den Bedürfnißfragen, die geltend gemacht worden sind, um nachher dem Hause ein begründeteres Votum darüber geben zu können, als der Einzelne sich bilden kann. Es ist früher auch in ähnlicher Weise verfahren worden. Ich erinnere mich, daß bei einer der wiederholten Steuervorlagen, die in den letzten sechzehn bis siebzehn Jahren gemacht worden sind — mich dünkt, 1869 war die erste, aber es war in einer der späteren — die gewählte Commission die Finanzminister der größeren Staaten zu ihren Sitzungen einlud, dort die Bedürfnißfrage*) mit diesen eingehend prüfte, wobei jeder Finanzminister das Bedürfniß seines Staates darlegte, und danach zu einer Ansicht über die Bedürfnißfrage kam. Ist das Bedürfniß einmal verneint, — ja, dann ist überhaupt die Vorlage unnütz; dann ist die Verwerfung ja ganz natürlich. Wird das Bedürfniß aber bejaht, dann muß doch auf irgend eine Weise Rath geschafft werden; denn die Ausgaben im Deutschen**) Reich, in den Staaten und in den Gemeinden, zu denen das Bedürfniß nachgewiesen ist, für diese muß auf irgend eine Weise Fürsorge getroffen werden.

Untersuchungen der Art haben die verschiedenen Minoritätsanträge im Auge gehabt, wie zum Beispiel der von Herrn Oechelhäuser[1]) auf Einsetzung einer Subcommission; die Commission hat aber nicht für angemessen gefunden, darauf einzugehen, — ohne die Gründe dafür anzugeben.

Der Herr Finanzminister[2]) hatte bei der ersten Vorlage den Reichstag gebeten, die Arbeit, die uns vorliegt, als eine gemeinsame zu betrachten, bei welcher Sie den Regierungen im Interesse des deutschen Volkes und der richtigen Vertheilung der Lasten, die das Volk zu tragen hat, Ihre Mitwirkung nicht versagen möchten. Nun, meine Herren, diese Mitwirkung ist aber nach dem Verlauf

---

*) StB.: Bedürfnißfragen.

**) S. 1652a.

[1]) Muß heißen: Frege.

[2]) v. Scholz.

der Sache ganz absolut versagt worden; Sie haben es abgelehnt, das Bedürfniß unserer Vorlage, die Richtigkeit der Angaben, die Richtigkeit der Ziffern irgend zu prüfen; Sie sind mit einer überraschenden Schnelligkeit damit fertig geworden. Sie haben es ferner abgelehnt, auch nur eine leise Andeutung über die Art und Weise zu geben, wie dem Bedürfniß, von dessen Vorhandensein die Regierungen überzeugt sind — das beweist die Vorlage —, nach Ihrer Meinung abzuhelfen sei. Es ist der Versuch gemacht worden; darauf ist gesagt worden — ungefähr, mit anderen Worten —: Wir werden uns den Kopf der Regierung nicht zerbrechen und ihr nicht Steuervorlagen auf dem Präsentirteller entgegenbringen. Nun, meine Herren, ich nehme ein ähnliches Beispiel aus meinem täglichen, aus meinem ministeriellen Leben. Ein Rath, mein Untergebener, macht mir eine Vorlage für einen Zweck, den er als einen gemeinschaftlichen ansieht, und ich sage ihm: Ich theile Ihre Absicht überhaupt nicht, — nun gut, dann ist die Sache erledigt. Wenn Sie das Bedürfniß bestreiten, ist es gut. Wenn ich diesem Rath aber sage: Ihre Arbeit taugt Nichts, machen Sie eine andere, machen Sie andere Vorschläge! und er sagt: Ja, in welcher Richtung? Was sind die Fehler dieser Vorlage? — und ich antworte ihm darauf: Das geht mich gar Nichts an; ich erwarte von Ihnen Rath, aber ich bin nicht berufen, Ihnen welchen zu ertheilen; Sie sind der Rath des Ministeriums, schaffen Sie mir eine andere Vorlage; das ist Ihre Sache — nun, dann wird der Rath vielleicht höflich schweigen, und wenn er die Thür hinter mir zumacht von meinem Arbeitszimmer, so wird er über mich in Ausdrücken denken oder sprechen, 26. 3. 1886.

(Heiterkeit.)

die parlamentarisch zu wenig anwendbar sind, als daß ich die Vergleichung auf die Commission hier weiterführen könnte.

(Heiterkeit rechts.)

Ich glaube, der betreffende Rath wird in seinem Urtheil über mein Interesse für unsere gemeinschaftliche Aufgabe und über meine wohlwollende Höflichkeit, die ich meinen Untergebenen sonst gegenüber entwickelt habe, wohl die Zustimmung aller Derer haben, die von diesem Vorgange Kenntniß bekommen; so glaube ich auch, daß die Urtheile, die wir von der Regierungsseite aus Höflichkeit nicht aus-

26. 3. 1886. sprechen, aber innerlich uns doch bilden, auch im deutschen Volke ziemlich allgemein getheilt werden, überall da, wo man nicht das parlamentarische Interesse über das Interesse des Vaterlandes stellt.

(Sehr richtig! rechts.)

Man spielt mit uns; man läßt uns eine Art Blindekuh spielen. Wir wissen nicht, man sagt uns nicht, wie wir es etwa besser machen könnten; man läßt uns errathen. Es gibt ja solche Spiele, wo man Jemanden herausschickt, um einen versteckten Gegenstand zu suchen; dabei gibt man ihm aber doch die Hilfe, daß die Musik sich verstärkt oder abschwächt, je nachdem er dem Ort näher kommt*). Selbst diese kleine Aufmunterung**) wird uns hier vollständig versagt; man begnügt sich damit, wie es bei diesem Gesellschaftsspiel ja stets stattfindet, daß man mit Interesse die mehr oder weniger unbeholfenen oder geschickten Versuche desjenigen, den man suchen läßt, betrachtet und seine kritischen Bemerkungen darüber macht.

In dieser Weise, glaube ich auch, hatte ich die Aufforderung des Herrn Abg. Dr. Windthorst zu verstehen, mich an den Commissionsverhandlungen zu betheiligen [1]). Ich hätte dort ungefähr die Rolle gespielt, wie die Juden an den Wassern von Babylon: Lieber, singe uns ein Lied von Zion, damit wir uns an Deinem Kummer erfreuen [2]).

(Heiterkeit rechts.)

Diese Art von Zurückhaltung, von Imstichlassen des Ministeriums bei der Arbeit und bei dem Suchen nach den Mitteln, anerkannte Schäden in unserem öffentlichen Leben zu mildern, ist schwer erklär-

---

*) StB.: je nachdem er den Ort näher kennt.

**) S. 1652b.

[1]) Abg. Windthorst (in der 60. Sitzung vom 6. März): „Ich kann nicht finden, daß die heutige Discussion ... Material gebracht hätte, welches die Nothwendigkeit commissarischer Prüfung näher gelegt hätte, als die gestrige Discussion es gethan. Nur ein Moment ist für mich entscheidend ..., das ist, daß der Herr Reichskanzler uns hat erfahren lassen, er sei durch Krankheit verhindert zu erscheinen, und werde in der Commission Erläuterungen und Erklärungen geben. Bei der Bedeutung des Gegenstandes ... halte ich es für durchaus entsprechend, daß der Reichstag diese Gelegenheit dem ersten Rathgeber der Krone nicht versagt ..., obwohl ich sonst ... nicht gerade weiß, daß für die Commission noch besondere Aufgaben wären" (StB. 1374a).

[2]) Vgl. Psalm 137, 3.

lich, wenn man nicht den Irrthum sich vergegenwärtigt, der fast 26. 3. 1886.
allgemein unsere Verhandlungen beherrscht, als ob die Regierung die Verpflichtung hätte, ihrerseits mehr Patriotismus, mehr Fürsorge für das öffentliche Wohl zu haben und sich dafür abzumühen, als ob allen übrigen Mitarbeitern, dem gesammten Reichstag, nur die angenehme Aufgabe wäre, der Regierung je nach der Stimmung, die gerade die Mehrzahl beherrscht, je nach dem Fractionsbedürfniß Nein zu sagen und sie abzuweisen, als ob die Regierungen und die Minister irgend ein Interesse pro domo [1]) in der Sache hätten.

Meine Herren, wenn unser Vaterland geschädigt wird, — wir können es eben so gut vertragen wie jedes Reichstagsmitglied und jeder Abgeordnete. Wenn uns das mehr zu Herzen geht als Anderen, so spricht das für unsere Liebe zum Vaterland. Es wird Jeder sich die Geschicke des öffentlichen Gemeinwesens in dem Maße zu Herzen nehmen, in dem er sein Vaterland liebt; und es ist ja eine schmeichelhafte Voraussetzung, die diesem ganzen Irrthum zu Grunde liegt, daß die Regierungen mehr Interesse an dem öffentlichen Wohl nehmen, als ein Abgeordneter zu nehmen verpflichtet ist.

Indessen, meine Herren, Interessen pro domo haben die Minister nicht. Der Einzige unter — ich glaube — fast allen deutschen Ministern, der bei dieser Vorlage irgend ein persönliches Interesse haben könnte, bin ich, indem ich, wie der Herr Abg. Richter bei irgend einer Gelegenheit sagte, ein großer Brenner vor dem Herrn bin. Er hat diese Andeutungen ja neulich vervollständigt in der Weise, daß er sein Wort von der Schnapspolitik wiederholte und mir dabei Schuld gab, daß ich in den Versammlungen der letzten Jahre — ich weiß nicht mehr, wie er sich ausdrückte, ich habe es hier; aber ich will Sie nicht aufhalten mit dem Nachsuchen —, es ging ungefähr darauf hinaus, daß ich in der Gesetzgebung mein persönliches Interesse an der Brennereifrage bethätigte [2]).

---

[1]) D. i. ein persönliches Interesse, vgl. Bd. VI 101. 294. 315, VIII 256. 275. 278. 386.

[2]) Abg. Richter (in der Sitzung vom 4. März 1886): „Der Herr Reichskanzler hat im Abgeordnetenhause erwähnt, daß ich seiner Zeit von einer Schnapspolitik gesprochen, seine wirthschaftliche Politik als eine Schnapspolitik gekennzeichnet habe. Das ist richtig, und ich bin nicht in der Lage, gegenüber

26. 3. 1886. Nun, meine Herren, es liegt doch in dieser Andeutung, die der Herr Abg. Richter offen ausgesprochen hat, eine Behauptung, die, wenn sie wahr wäre, mich in der öffentlichen Achtung herabsetzen müßte. Wenn der Herr Abg. Richter das nicht unter dem Schutz des parlamentarischen Privilegiums, andere Leute beleidigen zu dürfen, gesagt hätte, so würde ich ihn einfach vor Gericht fordern und den Beweis der Wahrheit von ihm gewärtigen. Er würde ihm recht schwer zu führen sein, da meines Wissens analoge Verhandlungen, in denen ich diese Vorliebe für die Brennerei hätte beweisen können, in den letzten Jahren gar nicht stattgefunden haben. Es ist einmal eine Branntweinbesteuerungsfrage im Landtage gewesen, so viel ich mich erinnere; aber eine Besteuerung der Brennerei ist hier noch nie in Frage gekommen.

Es wäre ja für mich ein Leichtes, dergleichen grobe Injurien zu erwidern und auch den Herrn Abg. Richter zu beschuldigen, daß er seine Stellung als Abgeordneter in seinem Privatinteresse ausbeute; indessen ich verzichte darauf*). Ich finde es unter meiner Würde, mich auf einen Streit der Art einzulassen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es wäre ja bedauerlich — und der Herr Abg. Richter wäre doppelt im Unrecht, dergleichen gesagt zu haben —, wenn er damit irgendwie Glauben fände. Es ist für das Ansehen und die Bedeutung des Deutschen Reiches ziemlich gleichgültig, was man in der Welt von dem Herrn Abg. Richter denkt; es ist aber für das Deutsche Reich nicht gleichgültig, was man von dessen erstem Beamten, seinem Kanzler, denkt.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich könnte deshalb mit sehr viel mehr Sicherheit, Niemand zu schädigen, Das, was ich etwa dem Herrn Abg. Richter als Balken

---

dieser Vorlage den Ausdruck irgendwie zurückzunehmen. Ich habe von einer Schnapspolitik . . . im Jahre 1883 bei der Erörterung der Spritclausel . . . in dem Sinne gesprochen, daß unsere Wirthschaftspolitik, unsere Finanzpolitik in ganz hervorragender Weise beherrscht werde durch eine den natürlichen Verhältnissen nicht entsprechende Berücksichtigung des Brennereibetriebes in der Steuerpolitik. Diese zu der wirthschaftlichen Bedeutung ganz außer Verhältniß stehende Berücksichtigung des Brennereibetriebes finde ich gerade in dieser Vorlage rücksichtslos und bis zum Extrem durchgeführt" (StB. 1308b).

*) S. 1653a.

in seinem Auge [1]) vorzuhalten hätte, hier vortragen. Aber, wie gesagt, ich glaube, ich habe das nicht nöthig; ich glaube, die Stellung, die ich mir im öffentlichen Leben seit dreißig Jahren erworben habe, ist zu fest, als daß der Herr Abg. Richter mich aus derselben herunterzerren könnte. Sein Gewicht ist zu leicht dazu. 26. 3. 1886.

(Bravo! rechts.)

Er hat in derselben Rede die ganze Monopolvorlage in der Hauptsache als ein Geschenk dargestellt, welches den schlesischen Magnaten, die er zum Theil namentlich aufführte, gemacht werden sollte; er hat sich bei dieser Aufzählung der einzelnen Kategorien des schlesischen Adels, wie ich aus dem stenographischen Bericht ersehen habe, eines mehrfachen Beifalls und großer Heiterkeit zu erfreuen gehabt [2]), wie das sehr leicht in Deutschland in allen größeren Kreisen zu erreichen ist, wenn man Nachtheiliges vom Adel spricht; nur muß es eben gerade der deutsche Adel sein. Das ist ein charakteristisches Zeichen, wie schwer es ist, den Beifall des Landsmanns zu erwerben, und wie richtig bei uns das Sprichwort ist, daß kein Prophet in seinem Lande gilt [3]). Der fremde Adel, schon der böhmische und ungarische Magnat neben dem schlesischen, — da hat man „alle Achtung“.

(Heiterkeit.)

Ein englischer Lord, — da nimmt man den Hut ab nicht nur in England, sondern auch hier bei uns in Deutschland. Ein fran=

---

[1]) Vgl. Evang. Matth. 7, 3 ff.

[2]) Abg. Richter: „Es sind im Kreise Oels 37 Brennereien. Von diesen 37 Brennereien gehören 8 dem König von Sachsen, 2 dem Kronprinzen, 5 einer Reihe von Grafen: Dyhrn, Kospoth, York v. Wartenberg, Saurma u. s. w., dann Herrn v. Kardorff und anderen seiner Standesgenossen. Im Kreise Wartenberg gehören die 4 Brennereien bis auf eine einzige der Familie des Prinzen Biron v. Kurland. Ich habe nun darauf hin, weil mir die Besitzverhältnisse immer interessanter schienen, die Zahlen für ganz Schlesien aufgemacht, und ich habe gefunden, daß von oben herab gerechnet die Brennereien in Besitz sind: 8 dem König von Sachsen gehörig, 2 dem Kronprinzen, dann 2 Meiningen und Braunschweig, 6 Königliche Fideicommißbrennereien, dann 10 Brennereien, die Domainen verschiedener Verbände gehören, 4 Brennereien von Prinzen, 8 Brennereien von Herzögen, 10 Brennereien von Fürsten, 76 Brennereien von Grafen, darunter zwei Reichsgrafen, 29 Brennereien von Freiherren, darunter auch die Freiherren v. Rothschild in Wien ..., 98 Brennereien im Besitze adliger Personen und 153 Brennereien im Besitz von bürgerlichen Leuten“ (StB. 1307 a).

[3]) Ev. Luc. 4, 24.

26. 3. 1886. zösischer Marquis, — das hat doch ein gewisses historisches flavour[1]) von Rokoko und von Feinheit; das läßt man auch passiren; man ist nicht geärgert, mit einem Marquis zu verkehren. Ein spanischer oder italienischer duca[2]), — der hat etwas Exotisches; der hat schon an und für sich durch seinen ausländischen Charakter etwas Anziehendes. Aber ein deutscher Graf und gar ein „Reichsgraf", wie der Abgeordnete wiederholte unter großem Beifall, — das ärgert jeden Biedermann sehr, daß die auch Brennereien haben, und daß diese staatlich geschützt werden sollen.

Diese gerade! Wenn der Herr Abg. Richter gesagt hätte: Ein Geschenk soll gemacht werden den kleinen Brennereien und den größeren, die auf unsicheren Füßen stehen, die verschuldet sind, die vielleicht vorweg verkaufen müssen, dann hätte er etwas nicht ganz so Unwahres gesagt; denen soll wirklich unter die Arme gegriffen werden. Die schlesischen Magnaten werden aber wohl meistens in der Lage sein, in der ich selbst bin, nämlich, daß sie auf den Jahresüberschuß ihrer Brennereien zum Leben nicht nothwendig angewiesen sind, sondern daß sie die Krisis, welcher dieses Gewerbe unterliegt, ruhig abwarten können. In deren Interesse würde es — wenn sie ein eigenes Interesse verfolgten — im Gegentheil liegen, daß man die Krisis wirken läßt, daß man sie nach Möglichkeit verschärft.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben ein naheliegendes Beispiel in der Zuckerindustrie. Da sind schon Manche zu Grunde gegangen, die weniger*) fest standen; die Wohlfundirten halten es länger aus. Wir haben viele Beispiele in Amerika, in England. Ich erinnere an die großen Operationen, die seit Jahrzehnten von**) englischen Industriellen in der Weise gemacht wurden, daß dieselben die Ueberproduction begünstigten; die Krisis wurde dadurch verschärft; die stärksten und reichsten Fabricanten verkauften mit Schaden immer wohlfeiler, und nachdem alle ihre Nebenbuhler zu Grunde gegangen waren, gingen sie mit dem Preise in die Höhe und waren die

*) S. 1653b.
**) StB.: an.
[1]) Geschmack.
[2]) Herzog.

Concurrenz los. So würde auch, wenn gar Nichts geschieht, die Krisis von selbst schon die Contingentirung vollziehen, aber leider zu Gunsten der Reichen und zum Nachtheil der Armen. 26. 3. 1886.

(Sehr richtig! rechts.)

Die schlesischen Magnaten werden nicht diejenigen sein, die leiden; unter den bürgerlichen Schlesiern, unter denen der Herr Abg. Richter nur einiger Reicheren wohlwollend gedachte, ohne ihren Namen zu nennen, da werden gerade nur diese Reichen vielleicht die Krisis überstehen; die glücklichen Jahre, wo man zwischen den Gräbern der Concurrenten sich etabliren, das Seinige besser ausbauen und ausbeuten kann, die werden eben nur diese reichen Fideicommißbesitzer und Grafen und Herren erleben. Ich dachte, der Herr Abg. Richter wäre mit den Processen, wie sie sich im wirthschaftlichen Leben vollziehen, vertraut genug, um sich zu sagen, daß, wenn hier überhaupt ein Geschenk gegeben wird, dasselbe den ärmeren Gewerbetreibenden zu Theil wird, indem durch die Staatsgesetzgebung die überwiegende Concurrenz der Reichen gehemmt und wirkungslos gemacht wird. Warum ist denn Niemand bei der Frage des Tabakmonopols darauf gekommen, daß in demselben ein Geschenk für den Tabakbauer läge, der sich doch müßte*) auch von der Regierung zu Preisen, bei denen er bestehen und leben kann, seinen gebauten Tabak abnehmen lassen**), er mag reich oder arm sein? Wenn das nicht geschieht, so geht einfach diese Cultur, diese Industrie, aus der der Staat seine Rente zieht, ein. Das ist eine ganz natürliche Sache. Ich bedauere, daß diese Hetzerei gegen reiche Leute und gegen den Stand der schlesischen Edelleute hier Anklang gefunden hat. Für dergleichen ist ja Platz genug bei den Wahlen; hier hat es auch gar keinen Nutzen weiter, es stimmt ja Niemand deshalb anders — nur der Classenhaß wird einiger Maßen verschärft und vertieft.

Es handelt sich aber hier gar nicht einmal um die Frage der Brennerei, sondern wesentlich um die Frage des Kartoffelbaues. Ich werde nachher noch auf die Preis- und Arbeitsverhältnisse näher zurückkommen; ich will hier vorläufig nur hervorheben, daß

*) StB.: mußte.

**) StB.: läßt.

26. 3. 1886. die Frage nicht so liegt: Branntweinbrenner gegen Schänkwirth, sondern Kartoffelbauer gegen Schänkwirth. Jede Verminderung unseres Kartoffelbaues um auch nur ein Hektar — ich will ganz obiter [1]) tariren — entzieht einer Arbeiterfamilie den Boden ihrer Existenz, und jede Vermehrung unseres Kartoffelbaues um eine Hektare*) gibt die Möglichkeit, für eine Arbeiterfamilie mehr, zu leben, im Vergleich mit anderen Früchten, die an der Stelle gebaut werden können.

Diese socialen und wirthschaftlichen Motive sind indes gar nicht die Hauptsache, die uns zur Vorlage veranlaßt hat, sondern die Hauptsache ist das financielle Bedürfniß, das vorliegt, und das von dieser Stelle aus schon mehr als ein Mal vertreten worden ist. Das Bedürfniß schien fast von allen Parteien anerkannt zu werden; von der freisinnigen Partei habe ich Nichts gehört — aber auch vom Centrum, das nachher so geschlossen gegen die Vorlage gestimmt hat, schien der Herr Abg. v. Huene doch wenigstens das Bedürfniß zuzugeben, und von Seiten der Nationalliberalen, wie mir schien, (wurde es) ungetheilt (anerkannt)**). Die Bedürfnißfrage aber ist, je älter sie wird, eine immer dringendere. Was die deutsche Nation in den verschiedenen Formen, in welchen sie ihr politisches Leben zur Erscheinung***) bringt, an Ausgaben bedarf, das muß†) in irgend einer Gestalt doch aufgebracht werden, mag das Bedürfniß sich im Verwaltungsgebiet des Reiches, in dem der Einzelstaaten oder in dem der Gemeinden kundgeben; es schöpft das Alles aus derselben Quelle und dient Alles demselben Zweck, der deutschen Nation die Erfüllung ihres politischen Lebens zu ermöglichen.

Die meisten der Ausgaben, die durch neue Einnahmen aus dem Branntwein gedeckt werden sollen, werden bereits geleistet, aber in einer unbequemen und schwer tragbaren Weise. Es ist dies der alte Streit der directen und indirecten Steuern, über den ich hier schon öfter das Wort zu nehmen in der Lage gewesen

---

*) StB.: Fürst Bismarck sagt bald: ein Hektar, bald: eine Hektare.

**) Die in Parenthese gesetzten Worte sind Ergänzungen des Herausgebers.

***) StB.: Entscheidung.

†) S. 1654a.

[1]) Oberflächlich, vgl. Bd. VII 83. 112. 238, IX 45. 203.

bin[1]), und die Nothwendigkeit, daß die Gemeinden — wenigstens in Preußen — dermalen ihre Bedürfnisse wesentlich auf dem Wege directer Steuern aufzubringen genöthigt sind. 26. 3. 1886.

In einer der jüngsten Verhandlungen des Herrenhauses hat Herr Minister Friedenthal vorgetragen:

> Die Summe der Communalabgaben betrage sicher 250 bis 300 Millionen Mark; in Procenten der Classen- und Einkommensteuer betrage die Belastung der Städte 229, die der Landgemeinden 585 Procent; in Procenten sämmtlicher Staatssteuern betrage die Steuerlast 156 Procent in den Städten und 165 Procent in den Landgemeinden. Der Ausdruck „Nothstand" sei also vollkommen gerechtfertigt. Die Commission spreche nur von den dringenden Bedürfnissen; die Ueberweisung der gesammten Grund- und Gebäudesteuer an die Communen decke nur ein Drittel des gesammten Steuerbedürfnisses. Die Ausgestaltung der Selbstverwaltung, die Ausdehnung des Schulwesens auf dem Lande namentlich erfordere vielfach Mehrausgaben; aber die Grenze der Leistungsfähigkeit sei bereits erreicht, vielfach überschritten. Gegenüber den unaufhörlichen Anforderungen beginne sich schon ein passiver Widerstand zu organisiren. Die Volksschule, bisher ein Gegenstand der Liebe des Volkes, könnte sehr leicht ein Gegenstand der Abneigung werden. Man müsse die Kräfte der Gemeinde entlasten.

Es ist dies das Zeugniß eines Mannes, dem Sie gerade eine reactionäre oder übertrieben gouvernementale Stellung doch nicht zutrauen werden. Um dies Zeugniß zu unterstützen, erlaube ich mir noch anzuführen, daß in Preußen die Steuerexecution, die Auspfändung wegen Gemeindelasten und wegen Schullasten, in den letzten drei Jahren die Ziffer von 4½ Millionen Fällen erreicht hat. Also im Durchschnitt der Jahre sind 1½ Millionen Leute in jedem Jahre ausgepfändet worden, weil sie die directen Zuschläge zu den Staatssteuern, deren die Gemeinde und unter Umständen die Schule bedarf, nicht leisten können. Meine Herren, Sie haben ein so empfindliches Herz für die Leiden eines Schank-

[1]) Vgl. Bd. VI 298 ff., VII 112, VIII 419, IX 333, X 81 ff.

26. 3. 1886. wirths, der nicht mehr mit derselben Bequemlichkeit sein Brot hat; — haben Sie denn gar keinen Sinn für die Thatsache, daß 1½ Millionen Preußen allein ausgepfändet werden, das heißt eine Beschlagnahme in ihrem Mobiliar in jedem Jahr vorgenommen wird, weil der Reichstag nicht eine Steuerquelle bewilligen will, durch welche der Noth der Gemeinden in Preußen und den directen Beiträgen, welche auf denselben lasten, abgeholfen werden könnte?

Die Gemeindelasten und die Schullasten sind nicht die einzigen Ursachen der Zuschläge zu den directen Steuern, wie sie in Preußen erhoben werden. Sie haben aus den Angaben des Herrn Friedenthal gehört, daß er sie zusammen auf 300 Millionen schätzt. Nun sind das Zuschläge zu Steuern, die mit den Vermögensverhältnissen des Besteuerten in gar keinem nothwendigen Zusammenhang stehen; es sind Steuern, die unter den Einwohnern derselben Gemeinde eine ungleiche und ungerechte Vertheilung der Abgaben erforderlich machen. Derjenige, der keinen Grundbesitz hat, bezahlt*) seine 3 Procent Einkommensteuer; derjenige, der Grundbesitz hat, bezahlt einmal die 3 Procent Einkommensteuer und dann noch, wenn er schuldenfreien Grundbesitz hat, 5 bis 6 Procent aus seinem Grundsteuereinkommen, also im Ganzen 8 bis 9 Procent. Ist er aber verschuldet, auch nur zur Hälfte, so zahlt er 10 bis 12 Procent an Grundsteuer von seinem Vermögen [1]). Das sind Ungerechtigkeiten, die, wenn sie erträglich sind, schließlich doch die Geduld des dabei Betheiligten allmählich erschöpfen, die Verstimmungen erzeugen; und diese Verstimmungen finden nachher zu einer unbequemen Zeit einmal ihren Ausdruck**). Gerade wenn das Reich der Theilnahme und des Wohlwollens seiner Angehörigen am dringendsten bedarf, kann einmal die aufgespeicherte Empfindlichkeit der ausgepfändeten und ungerecht besteuerten Preußen zum Ausdruck kommen in einer Weise, die ich bedauern würde.

Ich brauche auf die übrigen Bedürfnißfragen, zum Beispiel die Miethssteuer, die Schule, die Nothwendigkeit, die Beamtenbesoldungen aufzubessern, nicht einzugehen. Die meisten der Ueberlastungen treffen ja das Stiefkind der Gesetzgebung in den letzten

*) S. 1654b.
**) StB.: Ausbruch.
[1]) Vgl. Bd. VIII 23 ff. 38 f., IX 394 f.

Jahrzehnten, die Landwirthschaft und den Grundbesitz; ich hatte 26. 3. 1886.
namentlich von Seiten des Centrums ein etwas lebhafteres Entgegenkommen zur Abhilfe der hauptsächlich auf der Landwirthschaft in einem großen Theile Deutschlands lastenden*) Schäden erwartet; aber es ist mir nicht gelungen.

Nun will ich auf die Bedürfnißfrage nicht tiefer eingehen; ich will annehmen, daß die Mehrheit des Hauses das Bedürfniß nicht bestreitet. Wenn das Bedürfniß aber anerkannt wird, so handelt es sich nur noch um die Art der Aufbringung, um den Gegenstand der Besteuerung. Als ein solcher ist der Branntwein von Vielen, namentlich auch von Seiten der Fortschrittspartei in vielen früheren Aeußerungen anerkannt worden, so lange die Regierung nicht Vorschläge in der Richtung machte; sobald aber die Regierung bei dem Branntwein Vorschläge macht, dann ist es ganz etwas Anderes,

(Sehr richtig! rechts.)

dann ist der Branntwein, der Branntwein des armen Mannes, tabu [1]), an dem man nicht rühren darf; dann ist der Schankwirth ein sehr einflußreicher Mann in der Welt. Ich glaube, daß kaum eine Kategorie in der wählenden Bevölkerung einem Abgeordneten, der wieder gewählt werden will, so gefährlich werden kann, wie der Schankwirth.

(Heiterkeit.)

Gefährlich ist es deshalb, den Schankwirth zu reizen [2]).

(Heiterkeit.)

Aber, meine Herren, das kann doch für die Gesetzgebung einer großen Nation nicht maßgebend sein; Deutschland kann weder im Interesse der Schankwirthe regiert werden, noch viel weniger durch die Schankwirthe. Wenn das Uebel erkannt würde, daß die Schankwirthe wegen ihres mächtigen Einflusses auf die Wahlen bei uns eine maßgebende Herrschaft bekämen, dann muß man Front machen gegen diese gefährliche Cauponokratie [3]), die uns

---

*) StB.: bestandenen.

[1]) Heilig und unantastbar.

[2]) Vgl. Schiller, Das Lied von der Glocke:
„Gefährlich ist's, den Leu zu wecken."

[3]) Schankwirthsherrschaft.

26. 3. 1886. dort zu erwachsen droht. Ich glaube nicht, daß irgend Jemand zugeben wird, daß er bei dieser Abstimmung über den Branntwein von Rücksichten auf seine Wiederwahl geleitet werde; aber im Lande wird man sich doch immer das Seinige dabei denken, und die Folgen bleiben dieselben, aus welchen Gründen Sie das Gesetz auch ablehnen.

Wenn nun der Branntwein das richtige Material zur Besteuerung ist, so fragt es sich, in welchem Stadium die Besteuerung einsetzen soll, ob in dem der Production oder in dem der Consumtion. Um uns darüber ein Urtheil zu bilden, müssen wir näher ins Auge fassen, wie sich der Erwerb in den beiden Stadien des zu besteuernden Objectes*) darstellt.

Wenn**) Sie einfach die Besteuerung im Stadium der Production verdreifachen wollen, so haben Sie dann statt circa 50 Millionen Mark 150 Millionen, also 100 Millionen Mark mehr, als wir gegenwärtig besitzen, was, wenn alle die Ausgaben gemacht werden sollen, die darauf zu übernehmen sind, wenn die gesammte Grund- und Gebäudesteuer den Gemeinden überwiesen, die Miethssteuer abgeschafft werden und andere vorher charakterisirte Wohlthaten erfolgen sollen, — doch kaum für Preußen ein ausreichendes Quantum ergibt. Aber wie wirkt dann schon diese Verdreifachung der Steuer? Auf den Verbrauch so gut wie gar nicht. Jetzt trägt das Liter Alkohol etwa 15 Pfennige Steuer; es würde dann 30 Pfennige mehr tragen. Das würde den Preis von einem Glas Branntwein noch nicht um irgend einen Bruchtheil eines Pfennigs steigern.

Wie stellt sich aber die Sache für den Producenten? Nehmen Sie eine Brennerei, die schon zu den großen und besser situirten gehört, die im Jahre 18 000 Centner Kartoffeln verarbeitet — ich nehme gerade diese Ziffer der Einfachheit der Rechnung wegen, weil zur Herstellung von einem Hektoliter vollwichtigen Alkohols gerade ungefähr 18 Centner Kartoffeln durchschnittlich erforderlich sein werden. Der Brennereibesitzer wird also von seinen 18 000 Centnern Kartoffeln, die er verbrennt, 1000 Hektoliter

*) StB.: Processes.
**) S. 1655a.

Spiritus herstellen und wird dafür nach jetzigen Preisen 34= bis 26. 3. 1886.
35=, im besten Verhältniß 36 000 Mark einnehmen. Dabei wird er 15= bis 16 000 Mark Steuer bezahlen; es werden ihm also zur Deckung seiner Brennerei und der Kosten des Kartoffelbaues circa 20 000 Mark übrig bleiben. Ich will die Unkosten der Brennerei für den Zuschuß von Gerste, der sich nie bezahlt macht, weil die Gerste theurer ist, als sie verrechnet wird und als sie hergibt, ferner für die Feuerung, für die Löhne, welche gezahlt werden, für die Verzinsung der ganzen Anlage, kurz und gut für den ganzen Betrieb, für das Verfahren, für das ganze Risico nur 10 000 Mark als Brennereiunkosten auf die 18 000 Centner berechnen; jeder Sachkundige, der gewohnt ist, Buch zu führen, wird mir sagen, daß das eine niedrige Rechnung ist. Dann erhält der Brenner für seine 18 000 Centner Kartoffeln einen Bruttoertrag von 9000 Mark, das heißt also für den Centner Kartoffeln 50 Pfennig, und da er, um 18 000 verbrennen zu können, doch mindestens etwa 21 000 bauen muß, ganz abgesehen von seinem Consum, der apart ist, so hat er nur zwischen 40 und 50 Pfennig für den Centner Kartoffeln Bruttoertrag.

Nun ist es ganz gewiß, daß man dafür den Centner Kartoffeln bei heutigen Arbeiterlöhnen*) nicht bauen kann, außer unter ganz außerordentlich günstigen Verhältnissen. Der Brenner hat also so gut wie gar keinen Reinertrag von seinem Kartoffelbau übrig, er muß aber 15 000 Mark Steuer gegenwärtig und, wenn die Steuer verdreifacht wird, 45 000 Mark Steuer zahlen, und zwar vorweg unter allen Umständen zahlen, wenn auch seine Production nicht in dem gehofften Maße einschlägt. Nur sehr reiche, sehr große Brennereien können das aushalten; wie denn auch die Erfahrung zeigt, daß jede Steigerung der Productionssteuer von**) einer überraschend starken Verminderung der Zahl der Brennereien und zwar der kleinen und periclitirenden begleitet gewesen ist. Den reichen, großen Fabriken der schlesischen Magnaten, die dem Herrn Abg. Richter vorschwebten, werden die Concurrenten beseitigt. Verdoppeln Sie die Steuer, dann übernehmen Sie auch die Verantwortung

*) StB.: Arbeiterpreisen.

**) StB.: mit.

26. 3. 1886. für die Klagen Derer, die dadurch ruinirt werden; — die schlesischen Magnaten gehören nicht dazu.

Wie stellt sich nun daneben das gewerbliche Einkommen des Schankwirths? Ich will die einfachsten Verhältnisse zu Grunde legen, das heißt ländliche Preise, wie sie dicht am Thor der Brennereien in Gegenden von wenig Verkehr, wenig Concurrenz und wenig Trinkern üblich sind, also beispielsweise wie ich sie aus meiner Varziner Begüterung kenne. Der Preis eines Liters Alkohol beträgt nach dem heutigen Preise ungefähr 3 Silbergroschen in altem Gelde, das heißt das Liter*) Alkohol zu 100 Procent. Aus dem werden von Branntwein, wie er getrunken wird, 3 Liter hergestellt; es kostet also jedes Liter Branntwein 1 Silbergroschen. Aus einem Liter Branntwein schänken Sie, wenn ich den großen Schnaps des Varziner Kruges mir vergegenwärtige, 32 Gläser, das ist ein Viertel-Achtel, ein randvoll gegossenes Achtel zum vierten Theil. Das ist ein Glas, wie es in den Städten nicht geschänkt wird; da werden aus dem Liter 64 bis 70 Gläser geschänkt. Ich habe hier die Gläser probiren lassen, von denen gehen 50 auf das Liter. Ich will nun aber ein Mal bei dem hinterpommerschen Glase von 32 auf das Liter — oder vielmehr 33 — wegen der runden Rechnung mit 100 — stehen bleiben. Dann schänken Sie also aus dem 3 Silbergroschen kostenden Liter reinen Alkohols genau 100 Schnäpse. Jeder einzelne davon kostet 5 Pfennig; mir ist ein niedrigerer Preis gar nicht bekannt. Wenn ich für die Vorlage, die wir Ihnen gemacht haben, einen Irrthum anerkennen muß, so ist es der, der nicht hier im Centrum der preußischen Verwaltung liegt, sondern der in den Berichterstattungen der preußischen Behörden aus den Provinzen seinen Grund hat: daß nämlich ein viel zu niedriger Preis für den glasweisen Ausschank angenommen worden ist. Da ist zum Beispiel für Ostpreußen angegeben, daß bei dem glasweisen Ausschank das Liter ordinären Trinkbranntweins nur zu 40 Pfennig verwerthet werde. Da müßte ja also das einzelne Glas nur etwas über 1 Pfennig kosten. Nun weiß ich nicht, warum es in Ostpreußen so viel billiger sein sollte wie in den mir bekannten pommerschen Krügen, wo unter 5 Pfennig nie

*) S. 1655 b.

ein Glas Branntwein ausgeschänkt wird. Wenn aber 32 Mal aus 1 Liter verdünnten Alkohols ein Glas à 5 Pfennig gegossen wird, so bringt man aus diesem Liter 16 Groschen, also 1,60 Mark heraus, und nicht, wie hier angegeben ist, 40 Pfennig. 26. 3. 1886.

Aus eigener Erfahrung sind mir ferner die Preisverhältnisse in Lauenburg und Holstein bekannt, und zwar um so genauer, als ich indirect zu der von mir bekämpften Classe der Schankwirthe gehöre — ich weiß nicht, in fünf oder sechs verschiedenen Gemeinden, wo ich zufällig die Localitäten mit dem Ankauf von Grund und Boden erworben habe, und das Geschäft seinen Fortgang hat. Davon zahlen mir einige, die Nichts weiter als den Ausschank haben, doch eine Pacht, die mit die höchste Verwerthung ist, die ich kenne, — sie geht in die Tausende, und ich kämpfe gegen mein eigenes Fleisch, wenn ich der Schankwirthschaft entgegentrete. Dort gibt es zwei Preise für den Branntwein: einen für die Honoratioren, nämlich 15 Pfennig für das Glas, und einen auf der anderen Seite der Straße, wo der Krug für die gemeinen Leute ist, von 10 Pfennigen, also genau das Doppelte wie in Varzin. Da wird also das Liter gewöhnlichen Branntweins schon zu 3,20 Mark ausgebracht, und das Liter Alkohol ungefähr zu 10 Mark, da, wo es [1]) 10 Pfennig kostet. Nun sind die Kosten der Verdünnung durch Wasser ja sehr einfach. Die Krüge liegen ein halbes Kilometer von den großen Brennereien, sie haben keine Kosten in der Herbeischaffung*); das Handwerkszeug, das sie brauchen, ist auch gering, und das Gewerbe hat viel Anziehendes, weil der Betheiligte doch darauf rechnet, daß, wenn er nicht das Mitessen, doch das Mittrinken hat, und weil ihm der Verkehr mit den Gästen angenehm ist; es ist auch keine sehr angreifende Beschäftigung. Wird die Qualität dadurch veredelt, daß man ein vollkommen werthloses, in einem Bruchtheil von Pfennigen gar nicht berechenbares Quantum von flüssigem Zucker oder ätherischem Oele irgend einer Frucht hinzusetzt, dann steigt der Preis des Ausschanks unter Umständen, wie Ihnen Allen bekannt sein wird, auf 25 Pfennig für ein Gläschen Liqueur. Ich darf also mit ziffermäßiger Sicherheit hieraus den Schluß ziehen,

*) StB.: Beischaffung.
[1]) D. i. das Glas.

26. 3. 1886. daß der Schankwirth von seinem Geschäfte einen Vortheil von 1000 bis 3000 Procent hat, und daß, wenn die Steuer irgendwo einsetzen soll, es wohl das Richtigste ist, mit ihm zu beginnen. Daß dabei die Schankwirthe nicht reich werden, das hat seinen einfachen Grund in dem ungeheuerlichen*) Andrang, der zu diesem bequemen und einträglichen Gewerbe vorhanden ist. Auf einem Dorfe reichen zwanzig Kunden ungefähr schon hin für einen Schankwirth, da brauchen keine Säufer dabei zu sein, sondern nur Leute, die in der Woche ein Liter Branntwein verzehren, also im Jahre 50 Liter. An 1000 Liter ist schon ein ausreichender Profit zu machen, um als kleiner Besitzer, als Häusler, zu bestehen und zu den Honoratioren**) zu gehören; Sie sehen auch in Dörfern, daß der Krug, die Schnapsschänke, immer das am besten aussehende Etablissement im ganzen Orte ist. Mir sind Dörfer bekannt, aus eigener und persönlicher Anschauung, unter 300 Einwohnern mit zwei Schnapsschänken, die dabei die prosperirendsten Einrichtungen sind. Und es ist keineswegs — wie man gewöhnlich annimmt — eine Bevölkerung, die dem Trunke ergeben ist. Ich lebe in jedem Jahre mehrere Monate auf dem Lande; aber ich erinnere mich nicht, auf meinen Gütern und in den Dörfern, die ich berühre, jemals einen Betrunkenen gesehen zu haben im Zeitraum von zehn bis fünfzehn Jahren. Die einzigen Betrunkenen, die uns in den Weg kommen, kommen aus der Stadt, sind Bauern, die vom Markte mit ihren Waaren heimkehren; die haben sich in einer Mischung von Bier und Branntwein betrunken. Die Bevölkerung auf dem Lande ist bei Weitem mäßiger, als man in der Stadt annimmt, und der Arbeiter namentlich; er nimmt zwei warme und zwei kalte Mahlzeiten am Tage. Zu den kalten Mahlzeiten nimmt nur Der keinen Branntwein, der ihn nicht bezahlen kann; wer aber zu den warmen Branntwein trinkt, hat mit seiner Frau zu thun und gilt für einen Menschen, der auf Abwege gerathen ist; das ist schon eine Seltenheit. Der Trunk ist recht eigentlich — ich spreche immer nur von den Provinzen, die ich kenne — in den Städten zu Hause, wird dort ausgebildet, wird mit Bier großgezogen und endigt mit Branntwein. Er wird auch da mit viel mehr Nachsicht behandelt. Ich habe einmal einen

*) S. 1656a.

**) StB.: Honorationen.

Officiersburschen sagen gehört: „Ja, wenn es den Herren mal passirt, dann heißt es: Sie sind heiter gewesen, und trifft es Unsereinen, dann heißt es: Das Schwein ist besoffen!" 26. 3. 1886.

(Heiterkeit.)

So ungefähr ist die Beurtheilung zwischen Stadt und Land. Wenn hier in Berlin zur Zeit des Bockbiers eine Niederlage auf den Straßen stattfindet, so daß der größte Theil der Bevölkerung, den man auf den Straßen sieht den Tag, als betrunken zu betrachten ist, dann heißt es: „Sie sind sehr heiter gewesen, sie haben dem Gambrinus glorios geopfert;" das wird mit Wohlwollen beurtheilt. Wenn aber der ländliche Arbeiter sich betrinkt, das ist wieder ganz etwas Anderes: er wird mit Verachtung dafür bestraft. Die Thatsache also, daß von zwanzig mäßigen Kunden ein Schankwirth im Dorfe leben kann, ist noch kein Zeichen, daß in der Bevölkerung gerade der Trunk zu Hause ist; im Gegentheil, sie ist viel nüchterner als die hiesige. Wenn die Schankwirthe nicht reich werden, so beruht das, wie ich schon sagte, nur auf dem übermäßigen Zudrange zu diesem bequemen Gewerbe, wie in jedem anderen Gewerbe, wo heut zu Tage Etwas zu holen ist; da sind ja gleich die Begehrlichkeiten, wie die Fliegen am Honig, vorhanden. Wenn ich hier in Berlin mal in der Lage bin, irgend einem Menschen aus der dienenden Classe förderlich zu sein, so begegne ich nur dem Wunsche, hier in Berlin einen Keller zu etabliren, eine Wirthschaft, wo man mitessen, mittrinken und seine Gäste bedienen kann; es ist das ein außerordentlich beliebtes Gewerbe, — ob für den Staat ein sehr nützliches, das ist freilich eine andere Frage. Wenn wir vor diesem Gewerbe gerade Halt machen und ihm zu Liebe den Classensteuerpflichtigen der Gemeinde weiter auspfänden lassen, ihm zu Liebe die Ungleichheiten der Steuer, die Unzufriedenheiten in den Provinzen bestehen lassen und uns damit trösten, daß unseren Schankwirthen Nichts zu Leide geschieht, dann, glaube ich, sind wir auf falschem Wege; damit*) werden Sie die Zufriedenheit, das Wohlwollen der Bevölkerung, die Sie vertreten, auf die Dauer nicht verdienen können. Es dauert lange, ehe die Wahrheit durchkommt; aber wenn sie durchkommt, dann wird sich auch danach die Situation ändern.

---

* S. 1656 b.

26. 3. 1886. Nun können Sie mir sagen: Es wird nicht Alles glasweise verschänkt. Das ist ja sehr richtig, und es ist schwer nachzuweisen, wie viel im Detailverkauf flaschenweise, und wie viel glasweise verschänkt wird; aber jeden Falls ist der glasweise Verschank bei Weitem der einträglichste und wirkt auf die Moralität und die Gesundheit am nachtheiligsten. Den Haustrunk controlirt die Frau schon; und ehe nicht auch die verdorben ist, wird im Hause Ordnung gehalten, daß der Verbrauch kein zu großer ist. Der Trunk im Wirthshause ist recht eigentlich Das, was die öffentliche Moralität schädigt, das Saufen und die Lüderlichkeit fördert und das Familienleben zerstört. Also bin ich der Meinung, daß wir dort einsetzen sollten mit der Steuer, und wenn Sie uns, wie ich vermuthen muß, das Monopol ablehnen — worüber wir erst die volle Quittung haben müssen, bevor wir die Verantwortlichkeit dafür übernehmen —, so werden wir Ihnen auch mit neuen Vorschlägen kommen, die darauf hinausgehen, den Consum des Branntweins vorzugsweise zu besteuern; über die weiteren Details muß ich die Beschlüsse der verbündeten Regierungen abwarten. Es wird aber die Absicht sein, die Consumtion vorzugsweise zu besteuern. Wir werden auch vielleicht in der Nothwendigkeit sein, um uns das Errathen zu ersparen, Ihnen gleichzeitig mehr als eine Vorlage zu machen, unter denen dann die Commission die Auswahl haben wird.

(Heiterkeit.)

Denn wenn wir in jedem Jahre nur eine Vorlage machen, und sie jedes Mal angebrachter Maßen abgelehnt wird, dann können wir ein Methusalemsalter erreichen, ehe wir dem Reiche die Wohlthaten geben, die zur Verbesserung seiner Finanzen genügen können. Wenn die Vertreter des Bundesraths sich jetzt nach dieser Ablehnung dazu herbeigelassen hätten, schon in der Commission neue Vorschläge aus eigener Initiative zu machen, — so würde man gesagt haben: Die Regierung selbst hat das Monopol unter den Tisch fallen lassen; wie man mir ja schon Schuld gegeben hat, vielleicht um die eigenen Entschließungen dadurch zu decken, daß ich von der Sache zurückgetreten wäre [1]).

(Hört! rechts.)

---

[1]) Vgl. o. S. 334.

Diese Vorlagen sind im Bundesrath bereits in Arbeit; wenn Sie inzwischen das Monopol noch annehmen wollen, so wird mir das große Freude machen, 26. 3. 1886.

(Heiterkeit.)

aber die Verantwortlichkeit für die Ablehnung des Monopols will ich keines Falls mit Ihnen theilen; sie wird später vielleicht noch für Den, der sie übernommen, nicht angenehm zu tragen sein. Wir werden Ihnen neue Vorschläge in der Richtung machen. Wenn ich eine gewisse Eile habe, dies zu Stande zu bringen, so liegt das einmal in der Länge der Termine von Jahr zu Jahr. Ich sehe schon in den Zeitungen und höre in der mündlichen Besprechung den Wunsch: Laßt uns doch jetzt mit neuen Vorlagen in Ruhe. Ja, das heißt: Laßt uns in Ruhe bis zum Januar 1887. Ich weiß nicht, wer dann noch lebt; ich weiß nicht, wie dann die Welt aussehen wird. Ich habe das dringende Bedürfniß, weil ich die Zukunft eben nicht vorhersehen kann, an der Befestigung des Reiches zu arbeiten, so lange es für mich Tag ist.

(Bravo! rechts.)

Ich bin alt und leidend und weiß nicht, ob ich noch lange dabei thätig sein kann. Aber ich halte es für meine Pflicht, Ihnen die Gründe, warum ich eilig bin, und warum ich Ihnen*) Eile in dieser Beziehung rathe, doch noch näher aus einander zu setzen.

Man hat mir oft den Vorwurf gemacht, daß ich Nichts thäte, um das Reich so zu befestigen, daß, wenn ich in meinem Amt einen Nachfolger haben muß, es auch unabhängig von dessen Persönlichkeit auf eigenen Füßen stehen könnte. Meine Herren, der Vorwurf ist sehr ungerecht; ich arbeite Tag und Nacht daran, und es ist die einzige Sorge, die ich auf dieser Welt noch habe. Aber auf dem Wege, auf dem die Herren, die mir das vorwerfen, es zu erreichen suchen, nämlich mit verantwortlichen Reichsministerien, mit Schwächung der Regierung durch Spaltung, mit Beseitigung der Verantwortlichkeit durch Einführung der Collegialität [1]), mit stärkerer Herrschaft der Parlamentsmajorität, — meine Herren, damit würden wir das Reich nicht festigen.

(Sehr richtig! rechts.)

*) S. 1657a.

[1]) Vgl. Bd. IV 185, VI 209 f. 303 ff., VII 41 f. 47 f. und die Erklärung der verbündeten Regierungen vom 5. April 1884 Bd. IX 220 ff.

26. 3. 1886. Eine Festigung des Reiches suche ich in einem starken Kriegsheere, in guten Finanzen und in der Zufriedenheit der Reichsangehörigen,

(Bravo! rechts.)

aber auch der Reichsangehörigen in den verschiedenen organischen Gebilden. Ich betrachte als Reichsangehörige den preußischen Staat, den bayerischen Staat, ich betrachte als Reichsangehörige die Bundesregierungen; und ihrer aller Zufriedenheit herbeizuführen ist meines Erachtens eine der Vorbedingungen für die Festigkeit des Reiches, wenn schwere Krisen eintreten sollten.

Man hat bei der ersten Lesung als einen besonderen Vorwurf der Monopolvorlage hervorgehoben, daß sie den Staat stärke [1]. Man hat dabei wohl keine Neigung gehabt, auszusprechen, daß der Staat, um den es sich hier handelt, das Deutsche Reich ist; man hat vielleicht nicht den Muth gehabt, sich zu fürchten vor einer Stärkung des Deutschen Reichs. Aber den Staat stärken, — ja, meine Herren, was heißt denn das? Ich fürchte, es werden noch die Jüngeren von Ihnen Zeiten erleben, wo sie sich nach einem starken Staat umsehen und sich vergebens dann danach umsehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich arbeite allerdings an der Stärkung des Staates, weil er die Kraft nicht hat, und weil auch ich im Reich die Festigkeit nicht finde, die ich vor fünfzehn Jahren in ihm zu finden und heut zu Tage zu finden hoffte. Meiner Berechnung nach sollte die Hauptstütze der Festigkeit und Einheit des Reichs der Reichstag sein; ich hatte damals zu den Dynastien nicht das Vertrauen nach meinem ganzen Vorleben wie heute; aber auf den Reichstag hatte ich mein ganzes Vertrauen gesetzt [2].

Nun, meine Herren, wenn wir die Majorität des Reichstags ansehen, so werde ich zuerst nachdenklich gemacht durch den Umstand,

---

[1]) Abg. Frhr. v. Huene: „Der Herr Minister (v. Scholz) hat . . . gemeint, man werde sich doch heut zu Tage nicht durch politische Interessen so beeinflussen lassen können, daß man dem Staate die Macht durch das Monopol nicht geben wolle. . . . Wir sagen: Wir haben nicht die Absicht, diese Machtstellung des Staates noch zu verstärken. Gerade weil er schon so viel Macht hat, gerade deshalb wollen wir nicht noch ein so schweres Object mehr in die Waagschale hinein legen" ꝛc. (StB. 1302 a).

[2]) Vgl. Bd. IX 111 f. 126. 368.

daß die Majorität eine solche ist, daß die eingestandenen Intransigenten und dauernden Gegner des Reichs im Anschluß an sie ihre Rechnung zu finden glauben. Wenn ich sehe, daß diese Majoriät den Beifall der Polen hat, die sich nie mit dem Deutschen Reich vertragen haben, den Beifall und die Unterstützung der Franzosenfreunde, den Beifall und die Unterstützung der Socialdemokraten, die für uns unmögliche Ziele erstreben, — dann werde ich bedenklich, ob ich in dieser Majorität, der alle, der diese und andere Nuancen, die ich anführen könnte, mit Hoffnung auf die Zukunft, angehören, — ob ich in der wirklich den sicheren Angelpunkt für die deutsche Einheit finden kann. Er ist mir peinlich, dieser Zweifel; aber ich kann ihn nicht ganz abweisen. Ich will Niemand Unrecht thun und Niemand verdächtigen, daß er sich der Consequenzen, die ich aus diesem Bilde ziehe, auch seinerseits vollständig bewußt wäre. 26. 3. 1886.

Es ist uns aus der englischen parlamentarischen Tradition die hier bereitwillig angenommene Regel überkommen, daß man bei jedem Abgeordneten keine anderen Gründe seiner Abstimmung*) voraussetzen darf als diejenigen, die er selbst dafür angibt, und — um es kurz zu sagen — daß die Abgeordneten unter einander und die Regierung ihnen gegenüber verpflichtet ist, alle Welt für tugendhaft und vaterlandsliebend zu halten. Das ist eine ganz natürliche englische Tradition; die französische und italienische entspricht ihr nicht. Ich will gleich sagen, warum. In England haben die parlamentarischen Traditionen sich gebildet zu Gunsten einer Aristokratie, die in den beiden Parteien, Whigs und Tories, immer noch eine kleine regierende Minorität im Lande bildet. Die hatten das dringendste Bedürfniß, gegenüber der contribuens plebs[1]) ihr Ansehen nicht herabzusetzen, und waren stillschweigend darüber übereingekommen: Unter uns, und Einer dem Andern gegenüber, sind wir verpflichtet, uns für anständige Leute zu halten und öffentlich zu erklären — für vaterlandsliebende Leute, will ich lieber sagen. Man wird deshalb in England nie gefunden haben, daß Einer dem Anderen Mangel an Patriotismus vorwirft, weil es eben eine Minorität war, die regierte, und die das Bedürfniß hatte, auch

*) S. 1657 b.

[1]) Dem steuerzahlenden Volke, vgl. VI 271, VIII 37, IX 77. 342.

26. 3. 1886. das Ansehen des Gegners nicht zu sehr herabzusetzen, weil sie doch Beide abwechselnd regieren.

Ob sich das in England nun weiter in den breiteren Formen der Vertretung halten wird, das wollen wir abwarten. Sicher ist, daß in Frankreich, wo die Gleichheit unbestritten ist, schon kein Mensch sich genirt, dem Anderen ins Gesicht zu sagen, was er von ihm hält, und daß man in Frankreich auch gar nicht diese Art von Gerechtigkeit gegen den Gegner mehr übt, daß man ihn beispielsweise in die Commission oder zu irgend Etwas wählt. Sie werden bei der jüngsten Wahl im französischen Parlament gefunden haben, daß alle Parteien sich geeinigt haben, die Conservativen von den Commissionen auszuschließen. Man ist unter sich, man debattirt mit mehr Leichtigkeit; es kürzt die Verhandlungen ja wesentlich ab. Es ist nicht im Interesse der Höflichkeit, der Liebenswürdigkeit, aber vielleicht — im Interesse des Landes, daß man auf diese Weise unmaskirt mit einander verkehrt. Wir werden uns mit der Zeit ja auch zu dieser Höhe vielleicht aufschwingen.

(Heiterkeit.)

In Italien ist es ebenso. Bei uns aber sind wird bisher noch in einem Stadium, daß es für unrecht und unparlamentarisch gilt, wenn man den Gegner nicht für tugendhaft und patriotisch hält; und ich will mich also nicht weiter aussprechen. Ich will nur sagen, daß eine Majorität im Reichstage, die gestützt ist auf nothwendig und principiell reichsfeindliche Fractionen,

(Unruhe links.)

die deren freudige Unterstützung hat, — nicht als die feste Stütze der Zukunft des Reiches angesehen werden darf, die ich vor fünfzehn Jahren geglaubt habe im Reichstage zu finden.

Wenn dies nun meine Ueberzeugung ist, so suche ich um so eifriger nach den Befestigungen der Reichseinrichtungen, wie ich sie vorher charakterisirte: die Armee, die Finanzen und Zufriedenheit. Ich halte es für das Reich nicht für nützlich, wenn es schlechte Finanzen hat; ich halte es nicht für nützlich, wenn es auf die Unterstützung der Einzelstaaten, auf deren Matricularbeiträge irgendwie angewiesen ist. Man hat den geringschätzigen Ausdruck gebraucht: Die Einzelstaaten sollen nicht Kostgänger beim Reich sein. Ja, mein Gott, sie sind doch bei dem viel bescheideneren Zollverein Kost-

gänger gewesen, und sind auch Kostgänger des Reiches durch die lex Huene[1]), und es ist ja doch dieselbe Nation, die davon lebt. Es ist ja eine ganz willkürliche Methode, die Formen, unter denen das Reich sich darstellt, zu personificiren als Individuen, die verschiedene Interessen von einander hätten. Ob*) Das, was die deutsche Nation zur Bethätigung ihres politischen Lebens gebraucht, in der Form von Communal-, von Einzelstaats- oder von Reichsabgaben aufkommt, ist vollkommen gleichgültig; es fragt sich bloß, wo es am bequemsten zu tragen ist. Und am bequemsten ist es in den indirecten Abgaben**) zu tragen, über die die Regierungen ihrer Zeit vertrauensvoll den Schlüssel dem Reichstag anvertraut haben. 26. 3. 1886.

Es fragt sich nun: Hat der Reichstag diesem Vertrauen, mit dem die Regierungen vor fünfzehn und vor zwanzig Jahren ihm die wichtigsten Einnahmequellen ihrer Staaten überantwortet haben, entsprochen? Ich will darüber kein Urtheil fällen. Aus Dem, was ich vorher sagte, ergibt es sich von selbst. Ich bin wenigstens überzeugt, daß diejenigen, die unter der Fortdauer der gegenwärtigen Zustände leiden, diejenigen, die ausgepfändet werden, die ungerechte Steuern zahlen müssen, die Gemeinden, die unerträgliche Lasten tragen müssen, die Beamten, die verkommen, der Meinung sein werden, daß das Verhalten des Reichstags dem Vertrauen, in welchem ihm die Schlüssel der Hauptrevenuen anvertraut sind, nicht entsprochen hat. Es ist dringend zu wünschen, daß nicht auch mächtigere Individualitäten, wie den König von Preußen, dasselbe Gefühl überkomme, daß die Opfer, die er seinerseits gebracht hat, indem er seine Immunitäten aus der Hand gab und sie in die Hand der vorher von mir in ihrer Zusammensetzung geschilderten Reichstagsmajorität legte, — daß diese Opfer die Herren nicht gereuen. Wenn der König von Preußen oder von Bayern oder von Sachsen die Opfer, die er der Allgemeinheit gebracht hat, bereuen sollte, — ja, meine Herren, davon ist bei einem König, der sein Volk liebt, das Bedürfniß und das Bestreben fast unzertrennlich, Dasjenige, was er zum Nachtheil seines

*) S. 1658 a.

**) StB.: Ausgaben.

[1]) Das im Preußischen Landtag angenommene Verwendungsgesetz, s. o. S. 221 Anm. 1.

26. 3. 1886. näher angehörigen Volkes aus der Hand gegeben hat, wieder zurück zu gewinnen — natürlich auf gesetzlichem Wege, wie die Polen sagen,

(Ah! links.)

und wie das ja unter dem Beifall des Abg. Dr. Windthorst und des Centrums gesagt ist: Alles auf gesetzlichem Wege, natürlich! Glauben Sie nicht, daß es mir überhaupt, wenn ich diese Saite anschlage, die Haltbarkeit des Reichs, einfällt, mit einem Staatsstreich oder dergleichen zu drohen! Die beste Hälfte meines Lebens klebt an der Herstellung dieses Reichs, und ich habe keine Neigung, kurz vor meinem Abtreten aus dieser Welt Hand an Das zu legen, woran ich selbst mitgearbeitet habe.

(Bravo! rechts.)

Ich halte es nur für meine Pflicht, nach meiner langjährigen politischen Erfahrung in den Geschäften Ihnen auch meine Sorgen, die ich für die Zukunft hege, nicht zu verhehlen, und Das, was ich befürchte, wenn der Reichstag seine Aufgabe auf diese Weise fernerhin auffassen wird.

Sie können mir ja darauf erwidern: Wenn der Reichstag den verbündeten Regierungen nicht convenirt, so kann er aufgelöst werden. Ja, auf dieses Mittel lege ich sehr wenig Gewicht; eine Auflösung würde wahrscheinlich nichts Anderes als annähernd denselben Bestand, den wir heute vor uns sehen, wieder herbeiführen, und ich glaube, daß die Verminderung des Gewichts, das man auf Neuwahlen*) und Auflösung legte, immer allgemeiner werden wird, je mehr man erkennt, wie die Manipulationen bei den Wahlen zugehen, wie wenig bekannt der Wähler mit Dem ist, was hier vorgeht, mit den Gründen und mit der ganzen Lage, weil er darüber nur einseitig durch seinen Abgeordneten unterrichtet wird, der natürlich das Bedürfniß hat, ihm die Sache so darzustellen, daß die Wähler sich selbst blamiren würden, wenn sie die Wahl eines anderen vornehmen wollten.

Daß die Wahlen nicht das Barometer der Gefühle und Empfindungen des Volkes im Allgemeinen sind, das geht einmal schon aus den arithmetischen Verhältnissen hervor. Die**) Majorität des

---

*) StB.: Einzelwahlen.

**) S. 1658b.

Reichstages, wie sie den Regierungen ablehnend und obstruirend 26. 3. 1886.
augenblicklich gegenübersteht, vertritt doch ihrerseits nur etwas — nicht mal gar viel — über die Hälfte des Reichstages, und der ganze Reichstag vertritt in seiner Gesammtheit doch mit Nothwendigkeit nur etwas mehr als die Hälfte der Deutschen. Also dieses Viertel der öffentlichen Meinung, welches in den Majoritätsabstimmungen zum Ausdruck kommt, ist nicht nothwendig die Volksmeinung.

Wenn wir in unseren eigenen Erfahrungen zurückgreifen auf die Conflictszeit in den Jahren 1859 bis 1866, da haben mehrere Auflösungen und Neuwahlen stattgefunden, und nach jeder kehrten dieselben Herren wieder, die Freunde der Regierung in verminderter Anzahl bis, glaube ich, zu elf herunter. Das war das Minimum in der kritischen Periode, und das Höchste waren dreißig oder sechzig; — ich weiß es nicht. Man sollte also glauben, daß die Politik, die die damalige preußische Regierung im Namen ihres Königs befolgte, von der Gesammtheit der öffentlichen Meinung, von der Volksmeinung auf das Strengste verurtheilt worden sei. Es wurde eine Probe darauf gemacht, die auf das Klarste bewies, daß das nicht der Fall war. Schon mitten in der Conflictszeit, vor und während des dänischen Krieges, konnte man sehen, daß die Truppen, auch die eingezogenen Landwehrleute und Jeder, der dabei betheiligt war, mit derjenigen Begeisterung, die dem Preußen und dem Deutschen im Kampfe für seinen Herd, im Kriege gegen den Feind eigen ist, für denselben eintraten, und daß von irgend einer Verstimmung, von irgend einem Echo jener berüchtigten Worte: „Diesem Ministerium keinen Groschen, und wenn der Feind auf dem Kreuzberg steht", — auch nicht die Rede war. Viel schärfer zeigte sich das, als die Mobilmachung gegen Oesterreich war. Ein Krieg gegen Oesterreich war doch wirklich Etwas, was vielen Leuten, vielen Deutschen und mir selbst gegen den Strich ging, und was unsere innersten Gefühle peinlich berührte. Ist dabei derselbe Geist, der doch, während die Feindseligkeiten im Gange waren, und nach abgeschlossenem Frieden in der Verwerfung der Reichsverfassung sich zeigte, irgendwie bei dem Volk in Waffen zum Ausdruck gekommen, auch nur in einer gelegentlichen Aeußerung, auch nur in*) einem

*) StB.: mit.

26. 3. 1886. Zeitungsartikel? Ich habe davon Nichts gehört, und ich habe seitdem auf die Frage, ob Auflösung oder Wahlen*), nicht mehr dasselbe Gewicht gelegt wie früher, als ich Abgeordneter war. Da schien mir auch das Allerwichtigste, was in Frage kommen konnte, ob ich bei der nächsten Wahl wiedergewählt werden würde, oder ob ein Anderer mich aus meiner Stelle verdrängen würde.

Ich halte es für dringend wünschenswerth und nothwendig, daß die Politik der Regierung vor einer großen volksvertretenden Versammlung öffentlich berathen und besprochen werde, daß ohne deren Zustimmung nicht die Gesetze gemacht werden, die Steuern nicht auferlegt werden, kurz und gut, daß die Regierung durch das Veto einer Volksvertretung vor Thorheiten und Einseitigkeiten bewahrt werde. Aber das einzelne Votum des Reichstags kann unter Umständen, wie ich schmerzlich bedaure, einen Zeitverlust verursachen; aber das emotionirt mich nicht in dem Maße, daß ich an dem Werke, dem ich mein Leben gewidmet habe, mich vergreifen möchte. Meine Herren, das Deutsche Reich kann Gefahren ausgesetzt sein, die nicht unmittelbar aus unseren inneren Verhältnissen herrühren. Der frühere Deutsche Bund, der Frankfurter Bundestag, beruhte auch auf sehr bündigen Verträgen, gegen die sich gar Nichts einwenden ließ, und schließlich widerstand er dem nicht sehr starken Winde von 1848 doch nicht vierundzwanzig Stunden; — ich nenne den Wind nicht sehr stark, weil kein Ausland hinter ihm war. Nichtsdestoweniger wäre der Bund im Jahre 1854 schon in die Brüche gegangen, wenn der Krimkrieg sich so weit entwickelt hätte, daß Oesterreich für die Westmächte Partei genommen**) hätte. Im Jahre 1866 wurde er von Preußen unter dem Beifall der großen Mehrzahl der deutschen Nation aufgelöst und beseitigt, weil er den Erwartungen, die die deutsche Nation von ihm gehegt hatte, nicht entsprach, weil er ihre Bedürfnisse nicht erfüllte, und vor allen Dingen, meine Herren, weil er die Realitäten nicht berücksichtigte, nämlich das Gewicht der Einzelstaaten, das Gewicht der Dynastien. Es waren ja damals im Jahre 1866 im Wesentlichen noch vorwiegend dynastische Spaltungen, die Deutschland zersetzten, und Verstim-

*) So der StB.; man erwartet: „ob Auflösung oder nicht".
**) S. 1659 a.

mungen von Regierung gegen Regierung. Zu diesen Spaltungen sind, wenn wieder ähnliche Verhältnisse eintreten, andere innere nationale und internationale, solche, die die Nation und die verschiedenen Staaten durchsetzen, gekommen. Wir hatten damals, 1866, die socialistische Bewegung nicht in diesem Maße entwickelt; wir hatten auch die nationale Zersetzung, den Haß zwischen Deutschen und Slawen, bei uns und bei unseren Freunden nicht in dem Maße entwickelt. Es können also größere europäische Bewegungen, die jetzt eintreten, in der sonderbarsten Weise complicirt werden durch Spaltungen, von denen die Länder und die Völker in sich zerklüftet und zersetzt sind. 26. 3. 1886.

Ferner erinnere ich Sie an die Zeiten der ersten französischen Revolution — ich will sagen, an die Zeit vor hundert Jahren —, als Friedrich der Große noch lebte und wenig Leute daran dachten, daß das tausendjährige Deutsche Reich seinem Ende so nahe wäre, wie es sich nachher bethätigte. Die ersten französischen Kriege im Jahre 1792 waren von einer politischen Idee getragen, von der man zu Unrecht gesagt hat — aber man hat es doch gesagt —, sie hätte le tour du monde [1]) gemacht, sie habe sich der Bewegung der ganzen Welt mitgetheilt. Immerhin ist aber so viel richtig, daß die bewegenden Ideen, welche die französischen Fahnen von 1792 ins Land brachten, der Kampf gegen Monarchie, gegen Geistlichkeit und gegen Adel, der Kampf für den dritten Stand, ein mächtiger geistiger Hebel der Siege der Franzosen waren. Wer steht Ihnen dafür, daß, falls wir wiederum einen Krieg mit demselben Lande haben sollten, nicht die Fortsetzung, gewisser Maßen der vierte Theil desselben Werkes uns dargeboten werden würde, daß wir nicht an den Fahnen der feindlichen Armee, an ihren rothen Fahnen die socialistischen Ideen angebracht sehen würden? Heut zu Tage steht die französische Armee den Arbeiterbewegungen in Decazesville gegenüber. Wir wissen nicht, ob wir den Thatsachen mehr Rechnung tragen sollen, daß sie sie im Schach hält, oder den Andeutungen von ministerieller Seite her, daß der Soldat von heute Arbeiter von gestern, und der Arbeiter von heute der Soldat von gestern ist; wir wissen nicht, wer in Frankreich bei der Be-

1) Reise um die Welt.

26. 3. 1886. wegung schließlich den Sieg davontragen wird. Kurz, wenn wieder große europäische Erschütterungen kommen sollten, — sie werden sehr viel complicirter sein als diejenigen, die wir hinter uns haben, und sie werden zum Theil internationaler Natur sein — wenn solche Bewegungen kommen, so möchte ich, daß das Deutsche Reich mit der vollen Festigkeit, die wir ihm in der Friedenszeit zu geben vermögen, diesen Möglichkeiten entgegentritt. Wir haben fünfzehn Jahre Frieden gehabt, wir haben sie bisher, wenn ich von der Thätigkeit der Kriegsministerien absehe, meines Erachtens nicht so benutzt zur Festigung*) des Reiches, wie wir sie hätten benutzen können. Namentlich die Herstellung der Zufriedenheit durch Verminderung des Druckes der öffentlichen Lasten, die Durchführung der socialen**) Reformen, die wir angefangen haben, von denen wir der kostspieligsten und schwierigsten, der Altersversorgung, noch gar nicht einmal nahe getreten sind — dazu hätten wir eine reichliche Zeit gehabt, und es ist noch tempus utile [1]). Ich sehe noch keine Gefahr, die uns unmittelbar bevorstände, obschon ich sagen muß — vielleicht zum Schaden meiner diplomatischen Reputation —, daß ich im Frühjahr 1870 auch nicht vorhergesehen habe, daß wir in wenigen Monaten in anderen Verhältnissen***) sein würden. Mir liegt — und deshalb eile ich mit den Reformen, die ich betreibe — vor Allem am Herzen, daß, wenn solche Krisen eintreten, und wenn die Festigkeit der deutschen Verfassung auf Proben gestellt wird, wie sie deren bisher nicht bestanden hat, — daß man dann sagen kann: Man hat in dem tempus utile des Friedens Nichts versäumt, sondern das Seinige gethan, um alle Welt zufrieden zu stellen. Namentlich wünsche ich, daß in solchen Fällen die Unzufriedenen möglichst wenig zahlreich sind, und daß sich unter ihnen nicht etwa auch die Regierungen der Einzelstaaten, namentlich nicht der König von Preußen befinde — unter Denen, die sich von den Ergebnissen und den Leistungen des Reichs, dem Se. Majestät der Kaiser viel Opfer gebracht hat, nicht befriedigt finden. Ich würde das für ein verhängnißvolles Ergebniß halten.

*) StB.: Festigkeit.
**) StB.: socialistischen.
***) S. 1659 b.
[1]) Nutzbare Zeit, vgl. Bd. VII 91. 184. 223.

Die Bestrebungen, die deutsche Einheit herzustellen im Jahre 1848, sind hauptsächlich durch die Mißachtung der Realitäten in Deutschland zu Wasser geworden. Zu den Realitäten gehören die Regierungen und Dynastien, und ich möchte Ihnen empfehlen — nicht, weil ich augenblicklich zur Regierung gehöre, das wird ja hoffentlich in kurzer Zeit nicht mehr der Fall sein —, aber ich möchte Ihnen im Interesse des Deutschen Reiches und für dessen Festigung*) doch empfehlen, die Regierung und ihre Vorlagen nicht so geringschätzig zu behandeln, wie es dies Mal in den Commissionsverhandlungen der Fall gewesen ist. Ich bitte Sie, mir diese Warnung nicht zu verübeln; ich weiß nicht, wann ich bei dem Zustand meiner Gesundheit wieder zu Ihnen werde sprechen können, und ob in diesem Jahre überhaupt noch ein Mal; die Zukunft steht ja bei Gott. Aber ich halte es für meine Pflicht, auf Grund der Erfahrungen, die ich im Dienste des Reiches gemacht habe, Ihnen meine Besorgnisse nicht zu verhehlen. Ich würde Sie, wenn es nicht fast wie Ironie klingt, noch heute bitten: Nehmen Sie das Monopol an; durch das Monopol befestigen Sie das Reich, durch die Ablehnung des Monopols schädigen Sie das Reich. Wenn Sie das Monopol aber verwerfen, wenn Sie wirklich die Verantwortung dafür übernehmen wollen, dem Reich und den Einzelstaaten diese Hilfsquelle abzuschneiden, dann, meine Herren, werden wir Ihnen, wie ich schon sagte, in Kurzem zunächst eine neue Vorlage machen für ein Reichsgesetz behufs Besteuerung des Branntweins in seiner Consumtion, aber auch, wenn meine Wünsche die Annahme der verbündeten Regierungen finden — was ich ja noch nicht weiß —, zu einer Besteuerung der Interessenten selbst, die dazu bestimmt sein soll, die Exportbonification auf deren eigene Kosten zu verbessern. Wenn Sie uns das auch wieder angebrachter Maßen ablehnen, — dann, meine Herren, glaube ich, daß der König von Preußen sich seinen Unterthanen, der Noth, in der sie sich befinden, und der Thatsache, daß in seinen Staaten anderthalb Millionen Auspfändungen jährlich wegen Gemeindelasten noch stattfinden, nicht länger wird verschließen können; er wird zusehen müssen, was seine preußischen Hilfsquellen ihm erlauben aus einer Gewerbe- 26. 3. 1886.

*) StB.: Schöpfung.

26. 3. 1886. und Licenzsteuer aufzubringen, und ich hege die Ueberzeugung, daß er dann an der preußischen Landesvertretung die Unterstützung finden werde, die ihm hier zu meinem Bedauern versagt wird.

(Bravo! rechts.)

Nachdem der der welfischen Partei angehörige Abg. Frhr. Langwerth v. Simmern sich wegen der wirthschaftlichen und politischen Centralisation, die es herbeiführen müßte, gegen das Monopol, der Abg. v. Fischer bedingt für das Monopol ausgesprochen hatte, antwortete der Abg. Richter dem Fürsten Bismarck. Er leugnete entschieden, jemals dem Reichskanzler ein privates, persönliches Interesse am Brennereibetriebe zum Vorwurf gemacht und als Motiv seines Handelns hingestellt zu haben, und sprach die Erwartung aus, daß die Regierungspresse, die die Reden der Opposition grundsätzlich ihren Berichten nur im dürftigsten Auszug oder gar nicht einverleibe, in diesem Falle wenigstens den Anstand beobachten werde, auch seine Verwahrung gegen die ungerechte Beschuldigung wiederzugeben. Hetzerei gegen den Adel habe ihm fern gelegen, er habe sich nur dagegen gewendet, daß man einer besonderen Classe auf Kosten der Allgemeinheit Vortheile gewährt. Die vom Reichskanzler getadelte flüchtige Behandlung der Monopolvorlage erkläre sich aus deren Ungründlichkeit. Der Reichskanzler selbst habe die Irrungen in den Ziffern über den Preis des Branntweins zugegeben. Die weitere Begründung der Vorlage aber habe neues Material auch nicht gebracht, wie er denn so leichte Reden zur Unterstützung einer Regierungsvorlage noch nie in einer Commission gehört habe. Dieselbe Klage über die leichte Arbeit der Commission habe der Reichskanzler fast wörtlich früher bei Berathung des Tabakmonopols geführt; doch brauche man sich darüber nicht zu grämen: es sei eben das Temperament, welches verschieden zum Ausdruck komme im Urtheil über Commissionsverhandlungen, je nachdem der Reichskanzler glaube, daß eine Vorlage im Plenum Aussicht habe oder nicht. Das Gleichniß vom Minister und vom Rath, das Fürst Bismarck vom Verhältniß des Reichstags zum Reichskanzler gebraucht habe, passe nicht; das parlamentarische Regierungssystem betrachte die Minister als die eigentlichen Führer der Mehrheit, fordere aber auch von ihnen, daß sie nur Vorlagen einbrächten, für die sie sich im Voraus der Zustimmung der Mehrheit versichert hätten. Daß das financielle Bedürfniß nach Mehreinnahmen an einzelnen Punkten vorhanden sei, wollte er nicht in Abrede stellen, aber jedes Gemeinwesen müsse durch eigene Steuern und Auflagen aufbringen, was es bedürfe; denn wenn eine höhere Instanz immer für die Einnahmen sorge, so wirthschafte man in den einzelnen Organisationen darauf los in dem Vertrauen, daß der Reichskanzler schon das Geld schaffen werde. Die gleichen Reden über das Bedürfniß habe der Reichskanzler übrigens schon 1879 und

1884 gehalten; immer wieder heiße es: Das Bedürfniß sei nicht gedeckt, 26. 3. 1886.
und nach jeder Bewilligung gehe der Executor ebenso munter umher wie früher. Daß die directen Steuern viel Noth und Beschwerden mit sich brächten, sei zuzugeben, die indirecten Steuern aber lasteten ganz vorzüglich und ausschließlich auf den minder wohlhabenden Classen. Die Fortschrittspartei sei für eine Branntweinbesteuerung wohl zu haben, aber nur wenn die minder wohlhabenden Classen auf der anderen Seite durch Aufhebung des Petroleumzolls und der Salzsteuer entlastet würden. Die Steuerentlastungen, die der Reichskanzler in Aussicht stelle — wie die Entlastung der Grund- und Gebäudesteuer von Zuschlägen — würden wieder nur den Besitzern zu Gute kommen. Die Aeußerungen des Reichskanzlers über die Wirkung des Monopols auf den Branntweinconsum fand er im Widerspruch mit seiner eigenen Vorlage, die Wirthe nannte er die eigentlichen Stützen der conservativen Partei, da sie durch Furcht vor Regierungschicanen gar nicht wagten, eine oppositionelle Haltung einzunehmen. Eigenthümlich berühre ihn die Ankündigung neuer Vorlagen, nachdem der Reichskanzler erst vor wenig Wochen erklärt habe, am Monopol festzuhalten; es scheine, daß der Reichskanzler, der etwas Begonnenes nie aufgebe, nun etappenweise zu erreichen suchen werde, was er durch das Monopol mit einem Schlage habe erreichen wollen. Die Eile, mit der die neuen Vorlagen nach dem Zeugniß des Reichskanzlers hergestellt würden, lasse besorgen, daß die Regierung bei Ausarbeitung ihrer Vorlagen sich nicht der Verantwortlichkeit bewußt sei, die sie habe. Im Vornherein erklärte er sich sowohl gegen eine Consumsteuer, da diese ein Händlermonopol mit sich bringe, das weit schlimmer sei als das Reichsmonopol, wie gegen eine Selbstbesteuerung der als Berufsgenossenschaft organisirten Brenner, da hierdurch ein Brennermonopol geschaffen werden würde. Was der Reichskanzler über die Eile gesagt habe, die ihn seine Vorschläge zur financiellen Befestigung des Reiches machen lasse, sei ihm nicht ganz klar. Das Reich sei doch nicht auf die Gesundheit eines einzelnen Mannes oder zweier Augen gestellt! Er habe das Vertrauen zur Krone, daß unter allen Umständen die fundamentalen Interessen des Reichs auch im Jahre 1887, gleichgültig, wer dann noch lebe, gesichert sein würden. Das Reich bedürfe nicht bloß einer starken Armee und starker Finanzen, sondern auch — und vor Allem — der Zufriedenheit seiner Bewohner. Das Monopol werde aber, indem es die Unzufriedenheit mehre, das Reich schwächen. Undenkbar sei es, daß die Fürsten aus Unzufriedenheit mit der Entwickelung, die das Reich genommen, die abgetretenen Souveränetätsrechte zurückfordern könnten, das würde Verfassungsbruch und Revolution sein. Die Hinweisung auf dunkle Gefahren der Zukunft in der Rede des Reichskanzlers nöthige die Abgeordneten, für die schweren, langwierigen Kriege, die dem Reiche bevorstünden, die Volkskräfte zu schonen und das Reich

26. 3. 1886. vor Projecten und Vorlagen zu bewahren, die in Friedenszeiten den Volkshaushalt zerstören würden, aus dem in Kriegszeiten die letzte Kraft geschöpft werden müsse, um den Krieg glücklich zu bestehen. Noch war der Beifall der Parteigenossen des Redners, in den sich das Zischen der Rechten mischte, nicht verhallt, als sich Fürst Bismarck erhob*):

Bravo! Bravo! —

(Lebhafte Heiterkeit.)

Ich theile ganz die Ansicht der Herren, die Bravo riefen; es war eine ausgezeichnete Rede; aber sie wird auch von dem Vorwurf getroffen, den der Herr Abg. Richter mir gemacht hat: sie war nicht neu. Er sagt mir, ich hielte immer dieselbe Rede [1]). Von dem Herrn Abg. Richter habe ich in den letzten zehn Jahren auch nichts Neues gehört. Es ist immer dasselbe: Keine neuen Steuern! 120 Millionen Steuern! — mehr oder weniger pathetisch, je nach Bedürfniß vorgetragen.

Also, ich möchte dem Herrn Abg. Richter doch empfehlen, daß wir, die wir — ich bin bald vierzig Jahre in der parlamentarischen Thätigkeit, Herr Richter mindestens weit über zwanzig; ich weiß nicht, wie lange wir noch zu leben haben — daß wir an uns nicht die Anforderung stellen, uns täglich etwas Neues zu sagen. Der Herr Abgeordnete ist ja viel fruchtbarer und viel geübter als ich, er hat ja Nichts weiter zu thun, als zu reden, er kann sich sehr sorgfältig darauf vorbereiten, und er bleibt auch in der Uebung, denn er redet den Tag mehrmals,

(Abg. Richter: Jetzt nicht mehr!)

und wenn er nicht redet, dann schreibt er seine Reden; diese Uebung kann ich mir leider nicht gestatten, ich rede mit Beschwerde;

---

*) StB. 1669b.

[1]) Abg. Richter: „Meine Herren, dieselben Klagen, dieselben Beschwerden sind uns ja auch nicht erspart geblieben beim Tabaksmonopol. Dieselbe Rede, fast wörtlich in einzelnen Ausführungen, die der Herr Reichskanzler heute gehalten hat über die leichte Arbeit der Commission, hat er ebenso auch über die Arbeit der Tabakmonopolcommission seiner Zeit gehalten" (StB. 1665b). „Die Ausführungen des Herrn Reichskanzlers sind ja gar nicht neu. Er hat sie schon 1879 gehalten, und da sind ihm 130 Millionen bewilligt; er hat sie 1884 gehalten, da sind ihm weitere 50 Millionen bewilligt worden. Aber die Rede bleibt immer dieselbe: Das Bedürfniß wird nicht gedeckt, der Executor . . . geht ebenso munter nach jeder Bewilligung umher, wie vorher" 2c. (StB. 1666a/b).

außerdem ist er gesund und kräftig; ich beneide ihn um seine körperliche Erscheinung, — aber: etwas Neues hat er uns nicht gesagt. 26. 3. 1886.

Er hat zu verstehen gegeben, als hätte ich besondere Absichten trotz meiner ausdrücklichen Zusicherung kundgegeben, den Staat zu schädigen und fremde Verwickelungen herbeizuführen [1]. Wer meine Rede liest, der wird finden, daß das nicht wahr ist; wer aber, wie es in den fortschrittlichen Wählerkreisen geschieht, nur die Rede des Herrn Abg. Richter liest, wird allerdings vermuthen, daß ich irgend etwas Ungeheuerliches gesagt hätte. Das ist auch eine der Schwächen unserer parlamentarischen Einrichtungen, daß die Leute, die Jemand gewählt haben, über ihn eigentlich selten die Wahrheit erfahren, insoweit er nicht für gut findet, sie ihnen selbst zu sagen. Der Herr Abg. Richter wird das vielleicht thun. — Ich habe Absichten von mir gar nicht kundgegeben, ich habe Befürchtungen ausgesprochen. Die Befürchtungen sind ja vielleicht ungegründet; der Herr Abg. Richter theilt sie nicht.

(Zuruf des Abg. Richter.)

Nun*), er ist ja bei seinem Ueberblick über die europäische Politik sehr viel competenter in seinem Urtheil, als ich zu sein mir jemals anmaßen kann; und wenn er sagt: Es ist Nichts zu befürchten, und ich sage: Ich sehe einige schwarze Punkte, — so bin ich ganz darauf gefaßt, daß man, wenigstens in allen fortschrittlichen Kreisen, dem Herrn Abg. Richter glauben wird; denn er ist eben die geborene Autorität dafür. Ich kann Nichts weiter als meine Schuldigkeit und Pflicht thun; was darauf folgt, ist mir vollständig gleichgültig; und wenn Herr Richter durch seine Rede die Nachdenklichkeit, die ich über unsere Zustände zu erzeugen gesucht habe, wieder zerstört, so muß ich es mir gefallen lassen, — ich kann ihm das nicht verbieten.

---

*) S. 1670a.

[1]) Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler hat endlich noch hingewiesen auf dunkle Gefahren in den äußeren Verhältnissen. Bei der Bedeutsamkeit, die der Herr Reichskanzler bei seiner ganzen Stellung in auswärtigen Verhältnissen einnimmt — er übersieht ja fast allein im Reiche diese auswärtigen Verhältnisse — müssen solche Andeutungen, auch wenn sie noch so leise gehalten sind, von ganz besonderem Eindruck sein. . . . Aber, meine Herren, wenn das Deutsche Reich einmal in einen Krieg gestürzt wird" 2c. (StB. 1669a/b).

26. 3. 1886. Der Herr Abg. Richter hat demnächst gesagt: Wenn je die Fürsten sich unterstehen sollten, weil die Erwartungen durch die Reichstagsmajorität und namentlich durch die Politik, wie sie der Abg. Richter verfolgt, nicht erfüllt würden, jemals auf dem bekannten welfischen und polnischen Wege des gesetzlichen Fortschritts den Versuch zu machen, wieder in den Besitz ihrer Rechte zu kommen, daß das eine revolutionäre und ganz unmögliche Sache sein würde. Das hat er mit besonderem Pathos, mit besonderer Erhebung der Stimme ausgerufen [1]). Blicken wir etwas zurück in die Lehren der Geschichte, und zwar der Geschichte, die wir Alle erlebt haben. Was ist denn 1866 Anderes geschehen, als daß die Fürsten, die ihre Rechte verkannt sahen, in erster Linie der König von Preußen, eingriffen, den Zustand, der bis dahin bestanden hatte, unter dem Beifall aller Deutschen, wenigstens der Mehrheit von ihnen, beseitigten und andere Einrichtungen einführten? Der König von Preußen hat seinerseits doch das Hauptverdienst, dieses Reich geschaffen zu haben, und ist unter der Reichspolitik, die ich vertreten habe, der erste Leidende, insofern als er mit seinen preußischen Unterthanen die Leiden mitfühlt.

Der Herr Abg. Richter hat von Steuerüberbürdung gesprochen und uns beschuldigt, daß wir sie herbeiführen [2]). Ich beschuldige ihn, daß er sie nicht erleichtern will. Die Steuerüberbürdung besteht in unseren preußischen Dorfgemeinden und Städten, und der Herr Abg. Richter müßte das wissen und weiß es auch wahrscheinlich; ich klage ihn daher vor dem Volke an, daß er nicht die

---

[1]) Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler wies von sich ab den Gedanken, daß er einem Staatsstreiche zuneige. . . . Aber . . . der Eindruck seiner Erklärung wäre unzweifelhaft ein noch bedeutsamerer gewesen, wenn der Herr Reichskanzler nicht doch dabei von der Eventualität gesprochen hätte, daß die Fürsten Deutschlands Reue empfinden könnten darüber, daß sie gewisse Souveränitätsrechte an das Reich abgetreten, und daß sie dadurch verleitet werden könnten zu dem Versuche . . ., diese Rechte wieder zurückzunehmen. Meine Herren, der Weg ist durch die Verfassung ausgeschlossen, der Weg geht nur auf den Bahnen der Revolution. Ein Fürst, der Solches unternähme, wäre ein Revolutionär, . . . bräche die Verfassung, verwirkte das Recht, das er hat" (StB. 1668b/1669a).

[2]) Abg. Richter: „Das Monopol ist keine Stärkung des Reichs, es ist eine Schwächung des Reichs. Das Ueberspannen der Steuerlast der minder wohlhabenden Classen führt nicht dazu, das Reich zu stärken, sondern überall Unzufriedenheit hervorzurufen" (StB. 1668b).

Hand dazu bieten will, diese Steuerüberbürdung bei seinen eigenen Wählern in den Gemeinden erleichtern zu helfen, 26. 3. 1886.

(Sehr richtig! rechts.)

sondern im Gegentheil, daß er im Interesse der Schankwirthe jede Erleichterung bekämpft.

Der Herr Abg. Richter hat heute gesagt, die Schankwirthe wären eigentlich die Stütze der conservativen Partei [1]). Nun, dann ist der Abg. Richter ein sehr edler Politiker, der die Feinde liebt, da er die Schankwirthe so unter seinen Schutz und seine Aegide nimmt, wie er es gethan hat. Diese Beförderer der Wahlen seiner Gegner hat der Herr Abg. Richter fast mit derselben Energie und Hingebung — heute nicht so sehr, aber bei der ersten Lesung — vertheidigt, wie seiner Zeit die Privateisenbahnen gegenüber der Verstaatlichung; da war ja auch der Herr Abg. Richter der Vorkämpfer der Gegner der Verstaatlichung; er hatte ihnen seine Beredtsamkeit zur Verfügung gestellt; damals sind wir über ihn hinweggekommen. Nun, vielleicht gelingt es uns auch dies Mal — wenn nicht gleich, aber doch später.

Der Herr Abg. Richter hat den Vertretern des Bundesraths in der Commission vorgeworfen, daß er nie leichtere Reden gehört hätte als die dort gehaltenen [2]). Der Herr Abg. Richter hat vielleicht ein schlechtes Ohr für seine eigenen Reden; ich glaube, die sind leichter gewesen. Denn Das, was er heute gesagt hat, war außerordentlich leichte Waare, vielleicht weil es so ganz aus dem Stegreif gesprochen*) war; aber er sollte doch die Frage nachgerade beherrscht und studirt haben.

---

*) S. 1670b.

[1]) Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler ... täuscht sich sehr über die wirklichen Verhältnisse der Wirthe, die durchweg die Stützen der conservativen Partei sind, und zwar zum großen Theil aus Furcht vor der Polizei. ... Wenn die Wirthe nicht theils für die Conservativen gestimmt, theils fortgeblieben wären bei den Wahlen, so säßen sehr viele der Conservativen nicht im Landtage und ... auch sehr Viele in den conservativen Reihen nicht hier" (StB. 1667a).

[2]) Abg. Richter: „Ich habe in meinem Leben noch nicht so leichte Reden gehört zur Unterstützung von Regierungsvorlagen, wie dasjenige, was die Herren in der Commission vorgebracht haben" (StB. 1665b). Unter den „Herren", die die Regierungsvorlagen vertheidigten, meinte der Abg. Richter jedoch nicht die Mitglieder des Bundesraths (vgl. die persönliche Bemerkung StB. 1672b).

26. 3. 1886. Er hat uns dann Uebereilung vorgeworfen in der Einbringung neuer Vorlagen [1]). Nun, wenn diese neue Vorlage etwas ganz Anderes, wie zum Beispiel eine Gewerbesteuer oder einen Zoll auf Apfelsinen, beträfe, dann wollte ich gar Nichts sagen; aber seit sechs Monaten ist unter Leitung des Herrn Abg. Richter die Presse dabei, die damals noch unbekannten Vorlagen, also in specie [2]) die Frage der Branntweinbesteuerung, sorgfältig zu prüfen und zu analysiren nach allen Seiten hin. Die Herren müssen doch nachgerade wissen, was sie in der Sache wollen, oder sie wissen — davon bin ich überzeugt —, was sie nicht wollen. Sie wissen vielleicht auch, was sie wollen, nur sagen sie es nicht; aber sie sind doch gewiß in der Lage, es zu sagen. Um das Monopol mit dieser Entschiedenheit, mit dieser Geringschätzung abzulehnen, müßte man doch die Frage einiger Maßen studirt haben und beherrschen. Es ist dieselbe Frage: der Branntweinbesteuerung, oder ob an ihre Stelle etwas Anderes zu setzen sei. Wenn diese Frage für den Herrn Abg. Richter eine ganz neue ist, die er erst studiren muß, dann muß ich sagen, daß er sehr voreilig bei der Ablehnung in der Commission gewesen.

Der Herr Abgeordnete hat mich dadurch in Nachtheil zu setzen gesucht, daß er mir die zu machenden Vorlagen persönlich auf den Leib schreibt und es so darstellt, als hätte ich gesagt: Ich will und ich werde*) und ich mache die Sache so [3]). Das ist vollkommen

---

*) Ergänze: die Sache so machen.

[1]) Abg. Richter: „In demselben Augenblicke, wo der Herr Reichskanzler uns den Vorwurf (der Ueberhastung in der Prüfung der Vorlage) macht, kündigt er selbst an, daß er mit der größten Ueberhastung, mit der größten Eile neue Vorlagen ausarbeitet. Ja, meine Herren, kann man denn den Vorwurf nicht vollständig zurückgeben? Ist nicht für die Ausarbeitung von Regierungsvorlagen mit der Verantwortlichkeit, die die Regierung dafür hat, nicht viel mehr . . . eine eingehendere Vorbereitung geboten, als wenn hier eine solche Vorlage vor der parlamentarischen Körperschaft erscheint?" (StB. 1667 b).

[2]) Im Besonderen, s. o. S. 256.

[3]) Abg. Richter: „(Am 16. März sprach) der Herr Minister v. Scholz, er sei der innigen Ueberzeugung, daß das Monopol durchbringen werde. . . . Nun nach zehn Tagen wird das Monopol formell auch noch aufrecht erhalten, aber so formell nur, daß die Herren auf der rechten Seite sich nicht einmal veranlaßt fühlen, trotz der großen Rede des Herrn Reichskanzlers, dafür zu stimmen . . ., und da werden uns neue Vorlagen angekündigt. Nun, meine Herren, kann es uns der Herr Reichskanzler verübeln, wenn wir den Vor-

unwahr, und das bezeichne ich als eine Entstellung, die mir nicht 26. 3. 1886.
nur hier, sondern in allen Sachen widerfährt, daß man nämlich mich als anmaßend und vorgreifend über die Entscheidung Anderer darzustellen sucht, die ihrerseits ein Recht haben, mitzureden. Das ist durchaus nicht meine Art; man sucht Keinen hinter Thüren, hinter denen man nicht selbst steht.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Richter sagt, seine Absicht in der Ablehnung sei ja nur, das Reich zu stärken, das durch das Monopol geschädigt würde [1]). Nun, in welcher Art die Partei des Herrn Abg. Richter und seine Freunde das Reich von Anfang an gestärkt haben dürften, zu stärken suchten, dafür ist die beste Ueberschrift die Thatsache der Ablehnung der Reichsverfassung im Jahre 1867.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie [2]) haben sich von Hause aus der Einführung der Reichsverfassung widersetzt, und seitdem die Reichsverfassung gegeben ist, haben sie gethan, was irgend in ihren Kräften war, um den Gang der Maschine zu erschweren, und um jede Bethätigung der Reichsverfassung zu hindern, und um jede Vorlage, die vorkam, zu beseitigen.

Der Herr Abgeordnete hat sich beklagt, daß man sich nicht nach seinem Willen und seinen Wünschen erkundige — in Anknüpfung eines Gleichnisses, das ich mit dem Rath und Minister gebrauchte —, daß man ihn gar nicht gefragt habe [3]). Ja, wenn

---

schlägen, ganz abgesehen von ihrem Inhalt . . ., auch mit Mißtrauen begegnen als einer Brücke zum Monopol, daß er Das, was er nicht auf ein Mal erreichen kann, nun etappenweise zu erreichen sucht? Man müßte ja den Herrn Reichskanzler gar nicht kennen . . ., wenn man glauben wollte, daß er, wenn er auf den ersten Anlauf Etwas nicht erreichen kann, das nun aufgibt! Nein, so ist der Herr Reichskanzler nicht" (StB. 1667 b).

[1]) S. o. S. 372 Anm. 2.

[2]) D. i. der Abg. Richter und seine Freunde.

[3]) Abg. Richter: „Meine Herren, ich . . . würde mir nie erlauben . . ., den Herrn Reichskanzler als den vortragenden Rath der Mehrheit hinzustellen; aber nachdem der Herr Reichskanzler selbst dieses Beispiel gewählt hat, muß ich doch sagen, wie ich dem vortragenden Rath antworten würde, der mir mit dieser Vorlage käme. Ich würde ihm sagen: Wie kommen Sie mir vor? Vor vier Jahren sind Sie mir schon ein Mal mit einer Monopolvorlage gekommen, Sie haben gesehen, daß ich davon Nichts wissen will, und nun kommen Sie zum zweiten Male? . . . Wie können Sie sechs Monate heimlich an einer Vor-

26. 3. 1886. ich den Herrn Abg. Richter fragen wollte, so weiß ich ganz bestimmt, was für eine Antwort ich bekomme; dessen Willen kenne ich ja ganz genau, da brauche ich mich gar nicht zu erkundigen: der will immer das Gegentheil von Dem, was die Regierung will, und die braucht nur Etwas zu wollen, dann weiß ich genau, was der Herr Abg. Richter will. Ich weiß ihn vollständig auswendig; so, wie ich mich kenne, weiß ich auch, was er ist: er ist immer das Complement zu den Absichten der Regierung. Es gibt noch kein einziges Beispiel der Abweichung; und wenn Mitglieder seiner eigenen Fraction hier unter Umständen, wie neulich bei der Colonialfrage, sich herbeigelassen haben, den Bemühungen und Anstrengungen der Regierungen entgegen zu kommen, so ist er gewiß nie dabei gewesen; er ist seinerseits vollständig intransigent jeder Vorlage der Regierung gegenüber*). Also, was soll ich mich nach dessen Ansichten noch weiter erkundigen?

Der Herr Abg. Richter hat mir vorgehalten — was ja auch ein erheblicher Beweis von Anmaßung meinerseits sei —, als wäre ich der Meinung, daß das Reich auf meinen zwei Augen basirt wäre, und daß Das, was überhaupt geschehen könnte zur Consolidation des Reiches, jetzt zu meinen Lebzeiten geschehen müßte [1]).

lage arbeiten, ohne Jemandem Etwas davon zu sagen und ohne auch vorher den Versuch zu machen, unsere Stimmung im Einzelnen davon zu kennen? Und nun verlangen Sie, weil Sie sechs Monate daran gearbeitet haben, daß ich mich auch sechs Monate hinsetzen soll, um darüber nachzudenken, weil Sie diese Zeit darauf verwandten? ... Ich weise es übrigens weit von mir weg, einen Minister, einen Reichskanzler in das Verhältniß eines vortragenden Rathes zum Parlament zu bringen. ... Die Minister sind nicht die Räthe, die Untergebenen, sondern die eigentlichen Führer, Diejenigen, die das Parlament in seiner Mehrheit führen, aber auch im lebendigen Zusammenhang sich mit der Mehrheit befinden und Vorlagen nur an das Parlament bringen, von denen sie sich im Voraus überzeugt haben, daß sie damit im Großen und Ganzen dem Willen der Mehrheit des Parlaments entsprechen" (StB. 1665b/1666a).

*) S. 1671a.

[1]) Abg. Richter: „Warum nun diese Eile? Der Herr Reichskanzler hat dafür Einiges angeführt, was man zum Theil errathen kann, was ich aber doch nicht recht verstehe. Er hat gesagt: Ich weiß nicht, wer bis zum nächsten Januar 1887 noch lebt, ich muß Vorsorge treffen; wer weiß, wie meine Gesundheit ist, wie lange ich das Ruder noch führen kann. Nun muß ich sagen: In der Weise ist doch bei uns das Deutsche Reich, sind unsere politischen Verhältnisse nicht auf die Gesundheit eines einzelnen Mannes oder zweier Augen gestellt. Das wäre doch auch gegen den Herrn Reichskanzler selbst und gegen Alles,

Nun, da hat der Herr Abg. Richter wohl nicht genau zugehört 26. 3. 1886.
oder hat sich die Sache zurechtgelegt nach seinem Bedürfniß, was ich nach seinem Wunsch gesagt haben sollte. Ich habe nichts Derartiges gesagt, sondern ich habe nur die Eile, die ich überhaupt mit der Vorlage habe, entschuldigen und motiviren wollen — wenn Sie wollen — mit der Höflichkeitsentschuldigung, daß ich gern bei der Vollendung des Werkes, dem ich den größten Theil meines Lebens gewidmet habe, noch mitwirken möchte. Der Herr Abg. Richter hat ja noch keine Eile; er hat noch eine große Zukunft vor sich.

(Heiterkeit rechts.)

Er hat ferner gesagt, ich hätte die Consumsteuer als eine schwere geschildert [1]). Das ist mir nicht erinnerlich; ich weiß nicht, wie er darauf gekommen ist. Ich habe gesagt, das Monopol sei besser, einmal, weil es größere Erträge liefere, zweitens, weil es den Betheiligten für die Unannehmlichkeiten, die sie dadurch erleiden, eine größere Entschädigung gebe, und drittens, weil es geeignet sei, die ärmeren und periclitirenden Brennereien gegen die überlegene Concurrenz der größeren und reicheren, die eintreten würde, wenn man die Conjunctur ruhig ihren Weg gehen ließe, zu schützen. Aber die Consumsteuer deshalb nicht einzuführen — daß ich Das gesagt habe, hat mir der Herr Abgeordnete untergeschoben.

Der Herr Abgeordnete hat ferner gesagt, daß ich die Absicht hätte, die Besitzer durch Aufhebung der Grundsteuer zu erleichtern [2]).

---

was er dazu beigetragen hat, dieses Reich zu schaffen, eine Anklage, wenn es so wäre: Ihr müßt Gesetze machen um jeden Preis, in athemloser Hast muß noch in diesem Jahre Etwas zu Stande kommen, wir wissen ja gar nicht, ob im nächsten Jahre Alles über den Haufen geworfen wird, ob wir da nicht vor einem Chaos stehen" ꝛc. (StB. 1668b).

[1]) Abg. Richter: „Was die Consumsteuer betrifft, so hat sich der Herr Reichskanzler selbst die Schwierigkeiten für deren Zustandekommen erhöht durch die überzeugende Darlegung, wie schädlich und schwer eine Consumsteuer wäre" (StB. 1668a). Vgl. dazu die persönliche Bemerkung des Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler sagt, ich hätte ihm vorgeworfen, daß er die Consumsteuer als schwierig bezeichnet. Ich habe kein Wort davon gesagt. Ich habe gesagt, in den Motiven seiner Vorlage ist die Consumsteuer verurtheilt!" (StB. 1672b).

[2]) Abg. Richter: „Was der Herr Reichskanzler über Steuerentlastungen in Aussicht stellt, ist auch nicht sehr verlockend. Heute haben wir wieder gehört vorzugsweise die Entlastung der Grund- und Gebäudesteuer von den Zuschlägen" (StB. 1666b).

26. 3. 1886. Er hat sich nachher kurzer Hand corrigirt, aber doch nicht ganz genau: er sah ein, daß Das, was er zu sagen beabsichtigte, unzutreffend war, und schob mir unter, daß ich die Besitzer von den Zuschlägen befreien wollte. Ich habe in meiner ersten Rede gesagt, daß ungerechte und ungleiche Besteuerungen zu denjenigen Institutionen gehören, die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen verursachen. Zu den ungerechten Besteuerungen gehört zweifellos die Grundsteuer an sich; es ist aber nicht möglich, diese Ungerechtigkeit heut zu Tage durch Aufhebung der Grundsteuer wieder gut zu machen, weil man dadurch nur eine neue Ungerechtigkeit begehen würde. Wohl aber empfiehlt es sich zur Erhaltung des Gefühls, daß die verschiedenen Classen bei uns gleichmäßig und gerecht besteuert werden, daß man diese Ungerechtigkeit der Grundsteuer nicht in jedem Jahre durch Zuschläge erneuere und eine neue Auflage dieser Ungerechtigkeit mit jedem Zuschlage mache. Zuschläge für Gemeindebedürfnisse sollten nur in dem Verhältniß zu dem Vermögen geleistet werden. Deshalb halte ich die Miethssteuer für eine Ungerechtigkeit [1]), deshalb halte ich die Zuschläge zur Häusersteuer und Zuschläge zur Grundsteuer für eine Ungerechtigkeit [2]); beide, wie ich schon vor dreißig Jahren geäußert habe — ich glaube, Herr Richter wird mir diese Wiederholung vielleicht auch wieder vorwerfen —, stehen zu dem Vermögen, der Steuerfähigkeit des davon Betroffenen eben so wenig im Verhältniß, wie etwa seine Körperlänge oder seine Haarfarbe; sie haben gar Nichts damit zu thun, was der Mann leisten kann. Deshalb hätte ich gewünscht, daß die Ungerechtigkeit in den Zuschlägen zur Grund- und Häusersteuer und die in der Miethssteuer aus der Welt geschafft würden. Aber Herr Richter hält das für unmöglich, weil der von ihm vertheidigte Diener der conservativen Wahl, der Schankwirth, dadurch beeinträchtigt würde in seiner Existenz; er vertritt seinerseits die Schankwirthe — natürlich zum Vortheil der Conservativen.

Der *) Herr Abgeordnete hat mir wiederholentlich vorgeworfen, ich sagte immer Dasselbe [3]). Ja, er hat Vieles von dem, was ich

*) S. 1671 b.

[1]) Vgl. Bd. VIII 359 ff., IX 44. 395.

[2]) Vgl. Bd. VIII 232. 415 f. IX 383 f. 394.

[3]) S. o. S. 370 Anm. 1.

sagte, seinerseits nochmals gesagt. Ich habe ihm ein Mal in einer 26. 3. 1886.
früheren Zeit vorgeworfen [1]) — was doch auch einen Beweis liefert, daß er nicht immer alle Tage etwas Neues sagt —: seine Motive und Gründe kämen mir vor wie der Triumphzug in der „Jungfrau von Orleans", wo immer dieselben Leute, die vorher kamen, noch ein Mal kommen. Dieser Vergleich hat ihn offenbar gewurmt, und heute brockt er mir Das ein, daß ich auch nicht alle Tage was Neues sage. Meine Herren, ich mache nicht den Anspruch, ein Redner und ein Redekünstler zu sein [2]), ich bin Minister, Diplomat und Staatsmann und würde mich für gekränkt halten, wenn man mich einen Redner nennte.

Der Herr Abgeordnete hat immer hervorgehoben Das, „was ich will". Auf Das, was ich will, kommt es hier gar nicht an, sondern es kommt darauf an, was Rechtens und was vernünftig ist, und darüber können wir ja verschiedener Meinung sein. Wenn Herr Richter anderer Meinung ist, so wird er es ablehnen, und anderer Meinung als ich ist er jedes Mal; ich brauche nur meine Meinung zu äußern, um die seinige festzulegen für das Gegentheil.

Wie leicht die Argumente des Herrn Richter waren, ist mir namentlich an der Stelle aufgefallen, die ungefähr dahin zu präcisiren ist: Preußen leidet Noth, — das mag ja sein; aber Preußen soll Nichts haben, weil Sachsen Nichts braucht; wenn also die Sachsen ihrerseits zufrieden sind, so sollen uns die Preußen nicht kommen; Jeder soll sehen, wie er zu Dem gelangt, was er braucht [3]). — Ja, dann müßten nicht die Einzelstaaten und namentlich Preußen die Hauptsteuerquellen, die flüssigsten und die einträg-

[1]) S. Bd. IX 51.

[2]) Vgl. Bd. IX 250.

[3]) Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler stellt es dann als feststehend hin, daß ein großes financielles Bedürfniß vorhanden sei, die Steuern zu vermehren. Das ist eine ganz falsche Fragestellung. Das Bedürfniß ist an einzelnen Punkten in öffentlichen Gemeinwesen vorhanden, es ist in anderen Gemeinwesen absolut nicht vorhanden. Es gibt einzelne Staaten, wie zum Beispiel Sachsen, die absolut kein Bedürfniß nach höheren Zuweisungen empfinden, und es gibt andere Staaten, wo die Regierungen solches wünschen. . . . Meine Herren, wir sind der Meinung: Jedes Gemeinwesen muß aufbringen, was es bedarf, durch die ihm eigenartigen Steuern und Auflagen, und wenn dies nicht geschieht, dann verliert die Verwaltung des einzelnen Gemeinwesens das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Ausgaben" (StB. 1666a).

26. 3. 1886. lichsten, an dieses Reich, an diese Majorität, die zum großen Theil von dem Herrn Abg. Richter abhängig ist, abgetreten haben. Wenn der Herr Abgeordnete gegen die Regierung auftreten will, so hat er ja einen großen Vorsprung. Anträge gegen die Regierung finden im Reichstag immer sehr viel leichter eine Majorität als Anträge für die Regierung, weil Letztere in der Nothwendigkeit ist, sechzig oder achtzig Stimmen vorzugeben. Daß die Abgeordneten, die polnische, die französische Interessen verfolgen, daß die*) Socialdemokraten, daß die Welfen unter allen Umständen gegen die Regierung stimmen, das ist ja gegeben. Also Jemand, der seinerseits auch nur einen Span mit der Regierung hat, der findet ein ganz bereites Piedestal, auf das er treten kann, das ihm einen bedeutenden Vorsprung gibt. Der Herr Abg. Richter braucht nur auf dieses Piedestal zu treten, und er überragt den ganzen Bundesrath wie König Saul um eine Kopfeslänge [1]). Da ist ja in diesem Saale gar nicht dagegen aufzukommen, wenn man den Vorsprung aller geborenen Gegner der Regierung in Betracht zieht, also auch aller geborenen Gegner des Reiches, die das Reich überhaupt gar nicht wollen oder so, wie es ist, nicht wollen, die das Deutsche Reich perhorresciren, und wenn man beachtet, was ich gerade als bedauerliches Kennzeichen der jetzigen Majorität des Reichstags angegeben habe, daß alle diese Intransigenten bei dieser Majorität ihre Rechnung finden und unter ihrem Dache sich weiter entwickeln und sich wohl fühlen.

Diese Vorwürfe der Wiederholung, die der Herr Abgeordnete mir macht, sind doch weiter nichts Anderes, als daß er mir vorhält, ich hätte mich schon oft bemüht, dem Reich zu besseren Finanzen zu helfen und die preußische Finanznoth zu mildern. Er sagt, bei dem Tabak hätte ich ganz Dasselbe gesagt [2]). Ja, wir waren in ganz derselben Lage; wir haben auch dieselbe Antwort bekommen. Wir stoßen immer auf dieselbe intransigente ablehnende Negation, die unter allen Umständen anderer Meinung als die Regierung ist.

---

*) Fehlt im StB.

[1]) Vgl. 1. Samuelis 9, 2.

[2]) S. o. S. 370 Anm. 1.

Da kann man mir doch nicht vorwerfen, daß ich immer wieder mit — ich möchte sagen — derselben Bettelei im Namen des Königs von Preußen komme. Der Herr ist sonst nicht gewohnt zu betteln. Es gibt andere Situationen, in*) denen mir von fortschrittlicher Seite vorgeworfen wird, daß ich den König von Preußen nach Canossa führe. Ja, meine Herren, ein demüthigenderes Canossa als das, dem ich hier an dieser Stelle schon in der Steuerfrage im Reichstage ausgesetzt bin, gibt es für meinen Herrn, den König von Preußen, nicht: sein erster Minister muß seit sechzehn Jahren hier bettelnd an der Thüre stehen und wird mit Steinen statt Brot [1]) und mit höhnischen Phrasen abgewiesen. — 26. 3. 1886.

(Oho! links. Bravo! rechts.)

Meine Herren, darüber lachen Sie; ich sage wieder: Wer zuletzt lacht, lacht am besten. Sie führen uns in eine Situation, wo Sie gar nicht mehr hier sein werden, und dann mögen Sie wo anders lachen. Aber hier werden Sie auf die Dauer über den König von Preußen nicht lachen können; das sage ich Ihnen gleich.

Das einzige Sachliche, was der Herr Abg. Richter an mir kritisirt hat, das war die von mir ausgegangene Bemängelung einzelner Ziffern [2]). Ja, wenn er weiter Nichts gegen die Vorlage einwenden kann, als daß die Berichte der Behörden in Königsberg, in Posen, in Stettin über die Branntweinpreise in der Provinz ungenau gewesen sind, dann sollte er doch lieber erkennen, wie schwer es für die Centralinstanz ist, sich die nöthigen Mittheilungen richtig zu verschaffen, statt der Vorlage den Vorwurf zu machen, als ob sie leichtfertig gearbeitet wäre.

Ich muß schließlich doch noch zu der persönlichen Bemerkung des Herrn Abg. Richter kommen in Bezug auf den Vorwurf, den ich ihm gemacht habe, daß er mir nämlich Dinge imputirt, wofür

*) S. 1672a.

[1]) Vgl. Bd. IV 229 ff.

[2]) Abg. Richter: „Ist denn diese Vorlage überhaupt eine gründliche? Ist sie überhaupt trotz der sechs Monate, die daran gearbeitet sind, eingehend motivirt? Nein, meine Herren, sie steht noch weit zurück hinter der Tabakmonopolvorlage. Haben wir nicht heute von dem Herrn Reichskanzler eine scharfe Kritik gehört gegen die Ziffern, die in seiner eigenen Vorlage enthalten waren?“ (StB. 1665a).

26. 3. 1886. er, wenn er es anderswo thäte, strafbar sein würde[1]). Er hat die Sache vollständig richtig verlesen; er hat wohl nur darauf gerechnet, daß in der verzwickten Satzbildung, die er verlesen hat, die Zuhörer es so genau nicht verstehen würden. Er hat aber ganz genau bestätigt, was ich gesagt habe, nämlich, daß er mich beschuldigt, meinen amtlichen Einfluß zur Begünstigung des von mir betriebenen Brennereigewerbes in der Besteuerung verwandt zu haben. Davon will er mich freisprechen, daß ich die Leute zum Trinken verleiten lasse[2]); das ist ja sehr gut von ihm. Ich glaube, er kann auch die Regierung davon freisprechen. Die eigentlichen Werber für die Völlerei im Trunk sind die 190 000 Schankwirthe, die davon leben müssen, und die sich schon so in die Gesammtheit der Trinker getheilt haben, daß jeder in der Nothwendigkeit, aber auch in der Leichtigkeit ist, seinen Gästen zuzureden, daß sie etwas mehr trinken. Dafür, daß er mich dessen nicht angeklagt hat, danke ich ihm.

Aber im Jahre 1883 bei der Erörterung der Spritclausel, „der Schnapspolitik", hat der Herr Abg. Richter davon in dem Sinne gesprochen, „daß unsere Wirthschaftspolitik, unsere Finanzpolitik in ganz hervorragender Weise beherrscht werde durch eine den natürlichen Verhältnissen nicht entsprechende Berücksichtigung des Brennereibetriebes in der Steuerpolitik". Dies in Anknüpfung an meinen Namen und mit der Beschuldigung, daß ich Schnaps-

---

[1]) Abg. Richter: „Der Herr Reichskanzler hat heute in seiner Rede hervorgehoben, daß ich ihm ein privates, persönliches Interesse an dem Brennereigewerbe hier zum Vorwurf gemacht habe, daß ich dieses als ein Motiv seines Handelns hingestellt, daß ich, wie er sich ausdrückte, grobe Injurien hier vorgebracht und meine parlamentarische Stellung zu solchen Beleidigungen, Unterschiebungen mißbraucht hätte, die außerhalb strafbar wären. Nun, meine Herren, das ist vollständig und wörtlich unwahr in jedem einzelnen Theil." Er las darauf die ganze, oben S. 341 Anm. 2 mitgetheilte Stelle aus seiner Rede vom 4. März vor und fuhr dann fort: „Es fehlt hier jede, auch nur die leiseste Hindeutung auf irgend ein privates, persönliches Verhältniß des Herrn Reichskanzlers zum Brennereibetriebe" (StB. 1664a/b).

[2]) Abg. Richter sagte in der Rede vom 4. März: „Ich habe von einer Schnapspolitik gesprochen — nicht in dem Sinne, daß ich etwa dem Herrn Reichskanzler eine übertriebene Werthschätzung des Schnapsconsums im Volkshaushalt beimesse, sondern ich habe" ꝛc. wie o. S. 341 f. Anm. 2, vgl. Bd. X 79 Anm. 1.

politik treibe. Das Betreiben der Schnapspolitik durch mich er- 26. 3. 1886.
läutert der Herr Abg. Richter dahin*), daß unsere Finanzpolitik — die Vorlagen gingen von mir aus, sie sind mit meinem Namen unterzeichnet, und ich trage die Verantwortlichkeit dafür — in ganz hervorragender Weise beherrscht werde von einer Berücksichtigung des Brennereibetriebes in der Steuerpolitik, und zwar in ganz hervorragender Weise — unterstrichen!

Nun ist das so, wie es hier steht, eine ganz aus der Luft gegriffene Unwahrheit, für die sich auch nicht einmal die Thatsache einer Verhandlung über den Gegenstand anführen läßt. Wenn der Herr Abg. Richter mit mir ein Compromiß eingehen will, daß er auf seine Immunitätsclausel, auf seine Berechtigung, mich hier zu injuriiren, straflos**), verzichten will,

(Unruhe links.)

so***) möchte ich doch vorschlagen, daß wir uns einer gerichtlichen Entscheidung unterwerfen, ob nicht eine grobe Injurie und Verdächtigung meiner Ehrlichkeit liegt in Dem, was er gesagt hat. Das überlasse ich jedem unparteiischen Menschen zu beurtheilen, der den Text liest. Der Herr Abg. Richter hat rasch darüber hinweggelesen und hat darauf gerechnet, daß in der Schnelligkeit diesem verzwickten Satz nicht gefolgt werden würde. Ich werde ihm dankbar sein, wenn er so gut sein wollte, auf seine Immunität für diesen Fall ein Mal zu verzichten; er bestreitet ja, daß er die Gefahr läuft, verurtheilt zu werden — ich werde ihm sehr dankbar sein, wenn er darüber eine Erklärung abgibt und mir in diesem Falle erlaubt, eine Klage einzureichen [1]). Insofern er mir das nicht erlaubt, werde ich immer behaupten, daß er mich auf die ungerechteste Weise unverdient gröblich injuriirt hat.

(Bravo! rechts. Unruhe links.)

---

*) StB.: darin.

**) Ergänze: zu injuriiren.

***) S. 1672 b.

[1]) Abg. Richter in persönlicher Bemerkung: „Was das Privilegium anbetrifft, so kann ich auf das Privilegium hier, was ich im Hause besitze, nicht verzichten, weil es nicht mein privates Privileg ist. Ich habe aber zehn und hundert Mal wörtlich genau dasselbe in Versammlungen gesagt, was ich hier sagte, und noch niemals trotz des Eifers, Bismarckbeleidigungen zu verfolgen, ist die Staatsanwaltschaft in der Lage gewesen, eine Anklage zu erheben" (StB. 1673 a).

26. 3. 1886. Die Discussion erstreckte sich auch noch über die 75. Sitzung des Reichstags vom 27. März 1886. Dann erfolgte die Abstimmung. Nachdem der Antrag des Abg. v. Kardorff auf Rückverweisung der Vorlage an die Commission mit 181 gegen 66 Stimmen abgelehnt worden war, fielen §§ 1 und 2 der Vorlage mit 181 gegen 3 Stimmen — die Conservativen enthielten sich der Abstimmung —, die übrigen Paragraphen, nun gegenstandslos, wurden mit gleicher Majorität verworfen. —

Ein Gesetzentwurf, betreffend die Besteuerung des Branntweins, der neben der Abänderung der schon bestehenden Maischraum- und Materialsteuer eine Verbrauchsabgabe von dem zu Genußzwecken zur Verwendung kommenden Branntwein einzuführen bezweckte, ging dem Reichstag am 16. Mai zu und wurde von ihm in zweiter Berathung am 26. Juni gleichfalls abgelehnt.

---

78. Sitzung des Deutschen Reichstags

Mittwoch 31. März 1886.

31. 3. 1886. Das Socialistengesetz vom 21. October 1878, dessen Gültigkeit in der Reichstagssession von 1884 um weitere zwei Jahre verlängert worden war (vgl. Bd. X 146), mußte am 30. September 1886 aufgehoben werden, falls der Reichstag nicht eine weitere Gültigkeitsdauer beschloß. Die verbündeten Regierungen, von der Nothwendigkeit der fortdauernden Gültigkeit des Gesetzes überzeugt, brachten daher am 10. Februar 1886 einen Gesetzentwurf an den Reichstag, betreffend die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie. Sie beantragten darin eine Verlängerung des Gesetzes um fernere fünf Jahre und rechtfertigten ihren Vorschlag in folgender

Begründung.

10. 2. 1886. Durch die zweimalige Verlängerung der Geltungsdauer des Socialistengesetzes ist von Seiten der gesetzgebenden Gewalten des Reiches einerseits die Thatsache zur Anerkennung gelangt, daß das Gesetz seinem Zweck, gegen die auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten socialdemokratischen Bestrebungen einen Damm aufzuführen, erfolgreich gedient hat

andererseits die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit der einstweiligen Fortdauer der in die Hände der verbündeten Regierungen gelegten außerordentlichen Vollmachten ausgesprochen. In beiden Beziehungen ist seit der letzten, im Jahre 1884 erfolgten Erstreckung des Gesetzes bis zum 30. September 1886 die Sachlage unverändert geblieben. Weder ist es den Gegnern des Gesetzes gelungen, in der überwiegenden Mehrheit der Nation den Glauben an seine für das Gesammtwohl ersprießlichen Wirkungen zu erschüttern, noch läßt sich behaupten, daß diese Wirkungen sich bereits in dem Maße dauernd fühlbar gemacht hätten, um einen definitiven Verzicht auf die Handhabung der zum Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen bestimmten Waffen schon jetzt als zulässig erscheinen zu lassen. 31. 3. 1886. (10. 2. 1886.)

Wenn die früheren gesetzgeberischen Verhandlungen dieses als die bisherige gemeinschaftliche Ueberzeugung der verbündeten Regierungen und des Reichstags festgestellt haben, so wird nur die Frage aufzuwerfen sein, ob etwa seit dem Erlaß des letzten Verlängerungsgesetzes thatsächliche Momente in die Erscheinung getreten sind, aus denen die Folgerung gezogen werden könnte, daß die Bedingungen für das Fortbestehen jener Ueberzeugung nicht mehr vorhanden seien. Es könnten als solche Momente in Betracht kommen einmal das Anwachsen der Zahl der socialdemokratischen Abgeordneten bei der letzten Reichstagswahl, sodann die Ermordung des Polizeiraths Rumpff zu Frankfurt am Main. Wenn — so wird argumentirt werden — das Socialistengesetz weder das durch die wachsende Zahl der socialdemokratischen Reichstagsabgeordneten erwiesene Anschwellen der Bewegung, noch die Verübung anarchistischer Attentate zu verhindern im Stande gewesen, so ist damit seine Erfolglosigkeit erwiesen, so liegt es klar vor Jedermanns Augen, daß sein etwaiger Werth für den Schutz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung außer Verhältniß steht zu den schweren politischen Bedenken, welche jedes Ausnahmegesetz, geschweige denn ein gegen die ungehinderte Ausübung wichtiger Freiheiten gerichtetes, erregen muß. Beiden Einwänden ist indessen entgegen zu halten, daß ein Gesetz nicht um deswillen von vornherein als unnöthig zu verwerfen ist, weil es den von ihm erwarteten Erfolg nicht *vollständig* erzielt hat. Die verbündeten Regierungen sind jedes Mal bei der Vorlage der die Verlängerung

31. 3. 1886. (10. 2. 1886.) des Socialistengesetzes bezweckenden Entwürfe von der Ueberzeugung ausgegangen, und sie haben auch gegenwärtig keinen Anlaß, an dieser Ueberzeugung nicht festzuhalten, daß gegenüber den Zuständen, in welche Deutschland ohne den Erlaß des Gesetzes vom 21. October 1878 durch die ungehinderte Entfaltung der Umsturzbestrebungen gerathen sein würde, die heutige, durch dieses Gesetz und seine energische Handhabung geschaffene Lage ungeachtet des nur theilweise erreichten Zieles immerhin als eine sehr hoch anzuschlagende Verbesserung betrachtet werden muß. Freilich sind die Führer der Socialdemokratie aus dem Reichstag nicht verschwunden; sie sind sogar in doppelter Anzahl in demselben erschienen. Aber es wird nicht fehlgegangen sein, wenn man annimmt, daß, was die socialdemokratische Bewegung an Breite gewonnen, sie an Intensität und revolutionärer Energie wenigstens zum Theil eingebüßt hat. Die großen Massen der hinter den socialdemokratischen Abgeordneten stehenden Wähler beginnen die ernsthafte Betheiligung ihrer Vertreter an den Aufgaben der legislativen Gewalten, namentlich zur gesetzgeberischen Lösung der socialpolitischen Probleme der Gegenwart zu verlangen. Es muß an der Hoffnung festgehalten werden, daß vor dem Ernste dieser Aufgaben die revolutionären Tendenzen bei der Parteileitung allmählich in den Hintergrund treten, oder, wenn nicht, die zur Zeit den socialdemokratischen Führern blindlings folgenden Massen zu der Einsicht gelangen werden, daß auf dem Wege der gewaltsamen Aenderung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnungen kein Heil für sie zu erwarten ist. Es wäre aber eine Illusion, zu glauben, daß dieser Zeitpunkt bereits gekommen oder auch nur in naher Aussicht stehend sei. Deshalb vermögen die verbündeten Regierungen ihrerseits die Verantwortung dafür nicht zu übernehmen, im gegenwärtigen Augenblick durch den Verzicht auf die ihnen anvertrauten außerordentlichen Vollmachten den Agitationen der Umsturzpartei wiederum Thor und Thür zu öffnen.

Die erste Berathung des Gesetzentwurfs fand am 18. und 19. Februar statt. Der Reichstag vermochte sich nicht sofort von der Nothwendigkeit der Verlängerung zu überzeugen und beschloß die Verweisung an eine Commission. Der Abg. Windthorst beantragte, wie schon im Jahre 1884, mehrfache Abänderungen des ursprünglichen Gesetzes,

durch die ein Uebergangszustand bis zur Herstellung des gemeinen Rechts geschaffen werden sollte, und außerdem die Annahme von zwei Resolutionen folgenden Wortlauts: 31. 3. 1886. (18. 2. 1886.)

Der Reichstag wolle beschließen:

1. In Erwägung, daß das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 nach der ursprünglichen Absicht der verbündeten Regierungen wie der Majorität des Reichstags eine dauernde Institution nicht werden solle, den Bundesrath zu ersuchen, dem Reichstage rechtzeitig den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, welches das gemeine Reichsrecht insoweit abändert oder ergänzt, als es dessen bedarf, um die Gesellschaft und den Staat nachhaltig und dauernd vor den besonderen Gefahren zu schützen, deren zeitweilige Abwehr das vorgenannte außerordentliche Gesetz bezweckt hat.
2. In Erwägung, daß die eigenen Mittel von Reich und Staat nicht hinreichen, um die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie in ihren eigentlichen Grundursachen zu treffen, vielmehr die Wurzel dieses Uebels nur dadurch ausgerottet werden kann, daß die Religion in das Herz des deutschen Volks wiederum weiter und tiefer eingepflanzt und darin zu frischer Lebenskraft entfaltet wird,

   den Bundesrath zu ersuchen, so weit seine Competenz reicht, dahin zu wirken, daß überall die Hemmnisse beseitigt werden, welche die verschiedenen Religionsgemeinschaften in der freien und ungeschmälerten und nur so gesegneten Wirksamkeit für Fortpflanzung und Förderung christlichen Glaubens und Lebens im deutschen Volke zur Zeit noch hindern oder beengen.

In der Commission wurden die Amendements des Abg. Windthorst in der Einzelabstimmung angenommen, die Abstimmung über das ganze, also abgeänderte Gesetz aber ergab dessen Ablehnung; ebenso wurde die Regierungsvorlage verworfen, und auch die Resolutionen Windthorsts fanden keine Mehrheit. Demnach beantragte der Abg. Fritzen als Berichterstatter Namens der Commission in der 77. Sitzung des Reichstags am 30. März beim Eintritt in die zweite Berathung des Gesetzentwurfs die Ablehnung. Hierauf vertheidigte Minister v. Puttkamer die Vorlage der verbündeten Regierungen, der Abg. Windthorst seine Anträge; der Abg. Cegielski erklärte sich Namens der polnischen Partei principiell gegen jede Ausnahmegesetzgebung, eventuell für die Milderung des Gesetzes vom 21. October 1878, der Abg. Bebel wandte sich mit Heftigkeit gegen das Gesetz und das ganze herrschende System, dessen Ausfluß es sei. Er deutete an, daß auch für Deutschland die Zeit nihilistischer Attentate kommen werde,

31. 3. 1886. wenn man fortfahre, in Deutschland mehr und mehr russische Zustände einzuführen. Die Monarchie werde freilich dabei zu Grunde gehen, und er selbst werde als einer der Ersten die Hand dazu bieten, wenn die Zustände so geworden wären. Fürst Bismarck betheiligte sich an der Generaldiscussion nicht, auch nicht an der in der 78. Sitzung, den 31. März 1886, stattfindenden Specialdiscussion der einzelnen Abänderungsanträge des Abg. Windthorst, die sammt und sonders Annahme fanden. Erst bei der Frage über die Zeitdauer der Verlängerung, für die der Abg. Windthorst und im besonderen Antrag der Abg. Frhr. v. Hertling eine Frist von zwei Jahren in Vorschlag brachten, ergriff er das Wort, nachdem der Abg. Dr. Meyer (Jena) erklärt hatte, daß die nationalliberale Partei principaliter für eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Socialistengesetzes um zwei Jahre sei, einer Verlängerung um fünf Jahre aber nur in dem Falle zustimmen werde, daß die Annahme einer kürzeren als fünfjährigen Frist die Aufgabe des ganzen Gesetzes zur Folge habe. Fürst Bismarck bemerkte dazu*):

Die verbündeten Regierungen haben die Verlängerung des Gesetzes auf fünf Jahre beantragt in der Absicht, der Bevölkerung, namentlich der der großen Städte und der größeren Fabrikbezirke, diejenige Beruhigung zu gewähren, die mit der Sicherheit einer längeren Dauer der jetzt bestehenden Ausnahmeeinrichtungen verbunden ist. Das Gefühl der Sicherheit wird nothwendig bei jeder Infragestellung der jetzigen Ausnahmemaßregeln nach kurzer Frist ein geringeres sein, als es sein würde, wenn man immerhin auf Zeit, aber doch auf einen längeren Zeitraum als bisher, die Verlängerung des Gesetzes ausspräche. Ich habe auch die Ueberzeugung gewonnen, ganz abgesehen von den Ereignissen in unserem Nachbarstaate [1]), die gestern hinreichend besprochen worden sind, insbesondere aus der gestrigen Discussion, daß die Möglichkeit, ein Ausnahmegesetz der Art zu entbehren, uns ferner liegt, als ich angenommen hatte.

Der Herr Abg. Bebel ist mit der hervorragendste Führer**) der ganzen Bewegung, die wir bekämpfen. Ich muß ihm das Zeugniß geben, daß er sich bisher mit mehr Mäßigung über die Ziele, die er verfolgt, ausgesprochen hat, als in der gestrigen

---

*) StB. 1787a.

**) S. 1787b.

[1]) Belgien.

Rede — so, wie ich sie gelesen habe. In der gestrigen Rede hat 31. 3. 1886.
er expressis verbis [1]) erklärt, daß er den politischen Mord und in specie [2]) den Fürstenmord doch nur innerhalb einer gewissen Grenze der Einrichtungen — einer Grenze, deren Ausdehnung er natürlich seiner eigenen Beurtheilung vorbehält — für unzulässig halte. Er hat, so wie ich gelesen habe, gesagt, wenn unsere Zustände den russischen ähnlich würden, dann würde er glauben, daß auch ähnliche Gegenwirkungen wie die der Nihilisten — ich glaube, er hat den Ausdruck „Gewaltthat" angewendet — eintreten würden, und er selbst würde der Erste sein, der dazu riethe oder dazu griffe [3]). Auf den Wortlaut kommt es so genau nicht an; ich glaube, daß ich seinen Gedankengang richtig wiedergegeben habe. — Der Herr Abgeordnete billigt also die Mordthaten der Nihilisten in Rußland. Die schändliche Ermordung des Kaisers Alexander II. hat ihn in seinen Ueberzeugungen nicht erschüttert; die Ermordung einzelner pflichttreuer Beamten der russischen Regierung, deren Gegenstück wir in Frankfurt erlebt haben [4]), hat ihn in seiner Ueberzeugung nicht irre gemacht, daß der Einzelne berechtigt sei, wenn die Regierung nach Grundsätzen betrieben wird, die er seinerseits nicht billigt und für unerträglich hält, zum Meuchelmord zu greifen. Zu dieser Theorie hat sich der Abg. Bebel, der Führer dieser Bewegung, bekannt; wir können also nicht daran zweifeln, daß seine Anhänger, und die mit ihm gehen, derselben Meinung sind, und daß sie auch es für erlaubt halten, bei uns in Deutschland zum

---

[1]) Ausdrücklich, vgl. Bd. IV 115, VIII 339, IX 395.

[2]) Im Besonderen, s. o. S. 256.

[3]) Abg. Bebel: „Ich habe damals (1881) die Ausführungen des „Socialdemokrat" acceptirt, indem ich erklärt habe: Das System, wie es in Rußland herrscht, muß mit Nothwendigkeit zu solchen Mitteln führen. Und, meine Herren, ich bin weiter der Meinung, daß, wenn Sie in Deutschland ein ähnliches System wie in Rußland inauguriren wollten, dieses System mit Nothwendigkeit zu demselben Ziele führen müßte. ... Und ich stehe nicht an (zu bekennen), daß ich in diesem Falle einer der Ersten wäre, der dazu die Hand böte, wenn diese Zustände hier so wären. ... Denn ein niederträchtigeres System, ein gewaltthätigeres, brutaleres System, als im modernen Rußland existirt, kann in keinem Lande gedacht werden. Und einem solchen System gegenüber kenne ich keine Rücksicht, dem gegenüber sind alle Mittel berechtigt, wie dieses System mir gegenüber alle Mittel für erlaubt hält" (StB. 1753a/b).

[4]) Ermordung des Polizeiraths Rumpff.

31. 3. 1886. Fürstenmord und zum Meuchelmorde überhaupt zu greifen, wenn unsere Einrichtungen an einer gewissen Grenze angekommen sind, die ihrer Meinung nach das Verbrechen rechtfertigt. Zu beurtheilen, wo diese Grenze liegt, werden sie sich natürlich selbst vorbehalten. Sie werden nicht mich, den Kanzler, oder den Bundesrath fragen: Ist jetzt wohl die Grenze eingetreten, wo wir morden dürfen?

(Heiterkeit.)

sondern sie werden selbst es beurtheilen und werden nachher ebenso wie die russischen Nihilisten vor dem Richter sagen: Wir haben gefunden, die Grenze war da, wo man zum Meuchelmord und zum Dolch zu greifen die Berechtigung hat. Der Mord gehört zu den allgemeinen Menschenrechten.

(Heiterkeit rechts.)

Ja, meine Herren, der Abg. Bebel hat dieses gesagt, und nachdem er so lange jetzt diese Richtung vertreten hat und der hervorragendste Führer seiner Partei gewesen ist, ist es nicht wahrscheinlich, daß dies ein augenblicklicher Einfall von ihm gewesen ist; ich glaube, er hat seinen innersten Herzensgedanken mit einer Offenheit bekannt, die ja in seinem Charakter im Allgemeinen liegen mag; aber wir müssen auch daraus schließen, welches die letzten Ziele dieser Herren sind. Wollen wir nun diese eventuellen Mordgelüste, die sich nur so lange, wie sie die Einrichtungen für vernünftig halten, den Fürstenmord versagt haben, auf fünf Jahre, oder auf drei Jahre, oder auf zwei Jahre binden? So liegt die Frage, nachdem der Herr Abg. Bebel den Meuchelmord zum Programm der Partei unter gewissen Umständen ausdrücklich erklärt hat, was er früher immer geleugnet hat.

(Widerspruch bei den Socialdemokraten. Sehr richtig! rechts.)

— Ich berufe mich auf den Wortlaut, und ich glaube, daß wir in der Unmöglichkeit sein werden, nach einem Ablauf von zwei Jahren den eventuellen Meuchelmord in unsere politischen Theorien aufzunehmen. Es liegt in dieser Aeußerung des Herrn Abg. Bebel eine Aufforderung für die gesetzgebenden Versammlungen, sich die Frage vorzulegen, ob nicht*) solchen Theorien gegenüber das Ausnahmegesetz in ein definitives verwandelt werden sollte.

(Sehr richtig! rechts.)

*) S. 1788a.

Aber, meine Herren, natürlich kann die Regierung, wenn Sie ihr Dasjenige, was sie auf fünf Jahre verlangt, nur für drei Jahre oder gar nur für zwei Jahre bewilligen wollen, ihrerseits daraus keine Frage auf Tod und Leben für dieses Gesetz machen; sie wird mit Bedauern das Minus annehmen müssen, aber sie wird das Gesetz nicht fallen lassen oder zurückziehen, wenn Sie bis auf zwei Jahre zurückgehen. Sollte aber der Termin noch kürzer, auf ein Jahr gegriffen werden, — ja, meine Herren, dann fände ich es wirklich kaum der Mühe werth; denn wenn wir heute übers Jahr schon wieder dieselbe Discussion erneuern sollen, dann — möchte ich sagen — ist die Ueberzeugung, daß dieses Gesetz zur Erhaltung unserer inneren Sicherheit und zur Sicherstellung unserer künftigen Entwickelung ein nothwendiges sei, noch nicht tief genug in unsere Bevölkerung, in unsere Wähler eingedrungen; dann leben wir lieber noch ein Jahr ohne dieses Gesetz, und dann wollen wir es wieder bringen. 31. 3. 1886.

(Bravo! rechts.)

Der Abg. Bebel, der sich zu sofortiger Erwiderung erhob, bestritt die Richtigkeit der Interpretation, die der Reichskanzler seinen Aeußerungen gegeben hatte; er habe in Bezug auf die Ermordung Alexanders II. nur wiederholt, was der „Socialdemokrat" 1881 über diese Ermordung und ihre Ursachen gesagt habe, und ähnliche Thaten des Nihilismus für Deutschland nur für den Fall vorausgesagt, daß hier die Zustände mehr und mehr den russischen ähnlich würden. Noch sei dies nicht der Fall. Die Bestimmung des Zeitpunktes, wo die Socialdemokratie nach Art der russischen Nihilisten vorzugehen habe, hänge nicht von den Socialdemokraten ab, sondern von dem Reichskanzler und den verbündeten Regierungen, je nach dem Maß des Despotismus, das sie in Deutschland einzuführen gedächten. Hätte der Reichskanzler die Ueberzeugung gehabt, daß seine Auslegung der Aeußerungen Bebels die richtige sei, so würde er eine Verlängerung des Socialistengesetzes nicht auf fünf Jahre, sondern auf unbeschränkte Zeit beantragen müssen. Gegen die Ueberschätzung seiner Person glaubte er entschiedene Verwahrung einlegen zu sollen. Die Socialdemokratie sei ein nothwendiges Product der modernen Verhältnisse und darum von den Personen unabhängig. Beweis dafür: ihre Erstarkung nach Lassalles und Marx' Tode. Weiter wendete sich der Abg. Bebel gegen den Abg. Grafen Ballestrem, der die Verlängerung des Gesetzes um mindestens zwei Jahre für nothwendig erklärt hatte, da die Socialdemokraten die ausgesprochenen Feinde der Religion, des Gottesbegriffs, der Ehe, der

31. 3. 1886. Monarchie seien. Bei Besprechung der Stellung seiner Partei zur Ehe wies er die Abgeordneten des Centrums auf die Thatsache hin, daß Fürst Bismarck selbst durch Einführung der Civilehe eine wesentliche Umgestaltung wenigstens der Form des Ehebündnisses herbeigeführt habe. Seine weiteren Ausführungen galten der Widerlegung der Anklagen, die der Abg. Stoecker gegen die Socialdemokratie erhoben hatte. Fürst Bismarck erwiderte*):

Ich könnte mich einfach auf den Anfang der Rede des Herrn Abg. Bebel beziehen[1]), um Das zu bestätigen, was ich, als ich zuletzt sprach, behauptet habe, und sagen: Habemus reum confitentem[2]). Aber hinter Dem, was der Abg. Bebel in Bezug auf meine Anschuldigung ihm gegenüber gesagt hat, kam so viel Anderes, daß es darüber vergessen werden könnte.

Ich halte es deshalb für erforderlich, zum Beweise, daß ich nicht ein Wort zu viel gesagt habe in meiner ersten Aeußerung, den mir jetzt vorliegenden stenographischen Bericht von gestern zu verlesen.

Herr Bebel hat danach gesagt:

> Herr v. Puttkamer glaubte hier insbesondere wieder auf eine Rede aufmerksam machen zu müssen, die ich einmal vor Jahren, wenn ich nicht irre, bei Berathung des Socialisten-

---

*) StB. 1792b.

[1]) Abg. Bebel: „Wenn die Aeußerungen, die soeben der Herr Reichskanzler bezüglich meiner gestrigen Auslassungen hier machte, wirklich seine feste Ueberzeugung wären, das heißt in dem Sinne, daß er glaubte, daß ich wirklich so gesprochen hätte, wie er hier andeutete, dann könnte für ihn gar nicht mehr die Frage entstehen, ob fünf, drei oder gar zwei Jahre, dann müßte er das Ausnahmegesetz nicht nur verschärfen, sondern noch verlängern.

(Zuruf des Reichskanzlers.)

Das müßte geschehen, wenn das wahr wäre, Herr Reichskanzler; es ist aber nicht wahr. ... Ich habe erklärt, daß, wie in Rußland die Dinge seien, wo der nackteste, brutalste Despotismus seine Orgien feiere, daß Parteien, wie sie unter der Form des Nihilismus sich bemerkbar machten, entständen, daß es ganz natürlich sei, daß Gewaltthaten, wie sie von Seiten der Nihilisten begangen worden, erfolgten; und ich habe gestern weiter erklärt, daß, wenn wir in Deutschland ähnliche Zustände wie die russischen voraussähen, wir allerdings der Ansicht wären, daß wir zu ganz ähnlichen Folgerungen, zu ganz ähnlichen Thaten in Deutschland kommen würden, und ich habe weiter hinzugefügt, daß ich selbst alsdann mich jeder Rücksicht gegen das bestehende System entbunden hielte" (StB. 1788a/b).

[2]) Wir haben das Geständniß des Angeklagten.

gesetzes im Jahre 1881, wenige Tage nach der Ermordung 31. 3. 1886.
des Czaren in Petersburg in diesem Hause gehalten habe. Nun, das beweist zum Mindesten, daß, wo die Gelegenheit sich bietet, Niemand von uns sich scheut, seinen Standpunkt, was immer für einer Frage gegenüber, auszusprechen. Habe ich aber damals, wie Herr v. Puttkamer mir unterstellt, den Fürstenmord verherrlicht? (Zuruf des Staatsministers v. Puttkamer.) — So?! Da wäre mir sehr interessant, wenn Sie die Stelle wörtlich genau citiren könnten.

Ich*) habe damals — und der Angriff des Herrn v. Puttkamer richtete sich auch gegen einen Artikel des „Socialdemokrat", ganz wie das heute ähnlich bei einer anderen Gelegenheit geschah, in dem ausgeführt ward, daß das System, das in Rußland herrsche, mit Nothwendigkeit den Nihilismus geboren habe, mit Nothwendigkeit zu Gewaltmitteln führe, wie sie in dem Czarenmord ihren Ausdruck gefunden hätten — ich habe damals die Ausführungen des „Socialdemokrat" acceptirt, indem ich erklärt habe: Das System, wie es in Rußland herrscht, muß mit Nothwendigkeit zu solchen Mitteln führen.

Nun, meine Herren, das ist noch nicht das Schlimmste; ich habe schon von einer anderen, conservativeren Seite in Bezug auf das Attentat von Kullmann auf mich, in Bezug auf die polnische Bewegung ziemlich analoge Aeußerungen gehört — ich glaube, es war vom Herrn Abg. Windthorst [1]) —, daß eine solche Politik solche Thaten wohl zu erzeugen geeignet sei [2]). Also das will ich

*) S. 1793 a.

[1]) Vgl. Bd. VI 224.

[2]) Abg. Windthorst war, als diese Aeußerung fiel, nicht im Hause, doch wurde sie ihm berichtet, und so erwiderte er zu seiner Vertheidigung gegen das Ende der Sitzung: „Der Herr Reichskanzler kann sich nur bezogen haben auf meine Aeußerungen in der Debatte Kullmann, welche am 4. December 1874 in diesem Hause stattgefunden hat. Da habe ich, nachdem ich den ganzen Abscheu, welchen ich gegen dieses Verbrechen hege, dargelegt hatte, gesagt, daß allerdings man sich nicht wundern könne nach den Erfahrungen der Geschichte, wenn da, wo politische und kirchliche Streitigkeiten auf einen Siedepunkt gekommen, unglückliche Menschen sich zu wahnsinnigen Unternehmungen hinreißen lassen. Meine Herren, ich denke, wenn ich die Unternehmungen als wahnsinnige bezeichnete, so ist schon dadurch genügend constatirt, daß ich die

31. 3. 1886. noch nicht so scharf angreifen; es kommt noch besser. Herr Bebel sagt weiter:

> Die Monarchie würde freilich getroffen werden, wenn Sie die Mittel anwendeten, die jetzt in Rußland üblich sind. (Große Unruhe rechts.) — Ganz gewiß, mit Nothwendigkeit!

Die „Monarchie", das ist bei uns doch der „Monarch", und in unmittelbarem Anschluß an die vorher geschehene Erwähnung der Ermordung des Kaisers Alexander doch die directe Drohung mit der Ermordung des deutschen Monarchen!

(Oho!)

— Ich höre da rufen von der socialdemokratischen Seite: Oho! Ich brauche nicht weiter zu plaidiren. Es ist die directe Drohung mit der Ermordung des Kaisers, mit der Wiederholung des Hödelschen und Nobilingschen Attentats, das Sie von sich abzuwälzen suchen. Es hängt nur von Ihrer theoretischen Beurtheilung ab, ob unsere Einrichtungen hinreichend „russisch" sind, um einen Kaisermord zu begründen. Sie setzen es in das individuelle Urtheil des Einzelnen über den Staat, über die Monarchie, über das Herkommen und über unsere gesammten Einrichtungen, über unsere Gesetze. Sie halten den Einzelnen unter Umständen berechtigt zum Morde. Das ist der ungeheure Unterschied, der Sie von der übrigen Menschheit trennt, und der Sie als Object der Ausnahmegesetze qualificirt. Niemand außer Ihnen hält den Mord für erlaubt; Sie halten ihn für erlaubt unter gewissen Umständen. Ob diese Umstände da sind, das wollen Sie Ihrer eigenen persönlichen Beurtheilung, auch der Beurtheilung der jüngsten und unreifsten Mitglieder Ihrer Partei vorbehalten, und Sie ermuntern durch solche Reden, wie die des Abg. Bebel, in der derselbe mit seiner Autorität in der Partei den Fürstenmord unter Umständen als erlaubt hingestellt hat, — dadurch ermuntern Sie geradeaus dazu. Ich glaube nicht, daß der Abg. Bebel, wenn er das nicht hier im Reichstage geäußert hätte, sich dem Staatsanwalte gegenüber hin-

---

Unternehmungen selbst auch in keiner Weise in Schutz nehme. Daneben habe ich klar und bestimmt . . . aus einander gesetzt, daß hier gar nicht irgend welche Entschuldigung für das Verbrechen selbst vorhanden sei, welches objectiv verabscheuungswürdig erscheint" &c. (StB. 1797a/b).

reichend würde salviren können wegen eventueller Aufforderung zum Verbrechen, 31. 3. 1886.

(Oho! links. — Sehr richtig! rechts.)

indem er den Fürstenmord als erlaubt erklärt durch die Umstände.

Er sagt:

> Ganz gewiß, mit Nothwendigkeit! Und ich stehe nicht an, daß ich in diesem Falle einer der Ersten wäre, der dazu die Hand böte, wenn die Zustände hier so wären —

Es brauchten hier also die Zustände nicht absolut so zu sein, sondern nur nach dem Urtheil, nach den Ansichten des Herrn Abg. Bebel. Wir haben ja vorhin schon gehört, daß er*) sagte, „so ganz russisch" wären die Zustände noch nicht; aber er schien doch anzudeuten, daß sie die Grenze streiften [1]). Sobald also die Grenze überschritten ist, ist der Fürstenmord, der Kaisermord nach der Ansicht Bebels erlaubt und geboten. Da ist gar kein Zweifel nach seiner Aeußerung.

Er sagt:

> — daß ich in diesem Falle einer der Ersten wäre, der die Hand dazu böte, wenn die Zustände hier so wären. (Hört! hört!) Ich wiederhole, wenn die Zustände hier so wären. (Große Unruhe rechts.)

Dann kommt ein hartes Urtheil über die russische Regierung, das ich nicht wiederholen will; er nennt sie eine gewaltthätige — das ist das mildeste Epitheton; er behauptet von dem System, das in Rußland existirt: „ein schlimmeres könne in keinem anderen Lande gedacht werden".

> Und einem solchen Systeme gegenüber kenne ich keine Rücksicht, dem gegenüber sind alle Mittel berechtigt, wie dieses

---

*) S. 1793b.

[1]) Abg. Bebel: „Heute sollen meine Worte von gestern die Ursache werden, daß das Gesetz um jeden Preis zu Stande kommt. . . . Meine Herren, ich muß sagen, daß das denn doch ein Zustand ist, unter dem wir uns befinden, wie er (Zuruf links) — haarsträubender, wird mir zugerufen — haarsträubender gar nicht gedacht werden kann (Zurufe rechts: russisch!). Zunächst noch nicht russisch! (Heiterkeit). . Aber, meine Herren, wenn Das, was mir geschieht, allen meinen Parteigenossen geschähe, wenn es uns überhaupt dann auch noch unmöglich gemacht würde, hier in dieses Haus einzutreten u. s. w., dann wären wir allerdings sehr nahe an russischen Zuständen angekommen" (StB. 1789a).

31. 3. 1886. System uns gegenüber alle Mittel für erlaubt hält. Ich denke, was ich Ihnen sage, ist so klar wie möglich;

— ja, das glaube ich auch —

(Heiterkeit.)

da hätten Sie keine Ursache, zu glauben, daß wir unsere wahre Meinung versteckten.

Nun, ich glaube, das genügt, um die Berechtigung meiner ersten Aeußerung vollständig nachzuweisen.

Ich wende mich noch gegen einige andere Bemerkungen des Herrn Abg. Bebel, obschon ich an und für sich das Bedürfniß, in diese Debatte einzugreifen, nicht hatte, da ich vermuthe, daß die Abstimmung eines Jeden doch schon in den Fractionsbeschlüssen festliegt, und meine Stimmmittel nicht mehr so sind, daß ich sie unnütz verwenden dürfte; aber es sind gewisse Andeutungen, die mich persönlich betreffen und die ich nicht unwiderlegt lassen kann.

Der Herr Abgeordnete hat mir Schuld gegeben, ich hätte die Civilehe eingebracht, wie er sich ausdrückte [1]). Dies ist eine thatsächliche Unwahrheit. Ich habe sie nicht eingebracht; als sie beschlossen wurde im Ministerium, bin ich gar nicht hier anwesend gewesen, sondern war krank und beurlaubt; das habe ich schon öfter wiederholt [2]).

(Oho! links.)

— Meine Herren, aus unarticulirten Tönen kann ich nichts Anderes entnehmen, als daß Sie nicht meiner Meinung sind; das weiß ich ohnehin. Sie brauchen diese ungewöhnliche Kundgebung deshalb gar nicht in Scene zu setzen. — Ich habe schließlich lieber der Civilehegesetzgebung zugestimmt, als mich, krank und abwesend, wie ich war, der Möglichkeit auszusetzen, daß vier (neue)*) Ministerportefeuilles vacant werden würden; ich war nicht im Stande, Sr. Majestät im damaligen Zustande Nachfolger zu verschaffen.

---

*) Das Wort „neue" ist zu streichen.

[1]) Abg. Bebel: „Wir haben sogar unter der Aegide des Fürsten Bismarck in dem letzten Jahrzehnt eine wesentliche Umgestaltung wenigstens der Form des Ehebündnisses vorgenommen. . . . Ich erinnere an die Einführung der Civilstandsregister. . . . Ich constatire die Thatsache, daß Fürst Bismarck ein Gesetz eingebracht hat . . ., das der Reichstag gut geheißen hat, und daß durch dieses Gesetz nach Ihrer (des Centrums) Auffassung die Ehe in ihrem eigentlichen Wesen in Frage gestellt wurde" (StB. 1789b/1790a).

[2]) Vgl. Bd. IX 172 f., X 308.

An und für sich erachte ich die Sache nicht für so schlimm, wie sie in unserer öffentlichen Meinung gehalten wird; ich halte die Eheschließung mit Luther, den ich, glaube ich, auf meiner Seite habe, für eine bürgerliche Institution, von der allerdings zu wünschen ist, daß sie auch des kirchlichen Segens nicht entbehre. Daß ich aber hierdurch Thür und Thor geöffnet hätte zur socialdemokratischen Ehe, zur Ehe auf Kündigung, ist doch gewiß eine ungerechte Beschuldigung, die der Herr Abg. Bebel gegen mich ausgesprochen hat. Die Abschaffung der Ehe ist ja in einem bestimmten Programm der Socialdemokraten, so viel ich gelesen habe, nicht ausgesprochen. Wir haben ja überhaupt kein bestimmtes Programm 31. 3. 1886.

(Zuruf von den Socialdemokraten: Doch!)

der Socialdemokratie; — außer dem Fürstenmord kenne ich kein so genau accentuirtes.

(Oho! und Lachen bei den Socialdemokraten.)

Ich*) erinnere daran, daß ich schon bei früheren Gelegenheiten getadelt habe, daß Sie sich vor einer Offenbarung der letzten Consequenzen Ihres Systems so fürchten, daß Sie sich nicht getrauen, Ihr Programm vollständig vor der Oeffentlichkeit darzulegen. Ich erlaubte mir, Sie nach einem Gedicht von Thomas Moore mit dem verschleierten Propheten zu vergleichen, dessen Macht darauf beruhte, daß er die Häßlichkeit seines Gesichts durch einen Schleier verbarg und im Uebrigen einen mächtigen geistigen Einfluß auf die Völkerschaften übte, die er führte [1]). Diese Unschönheit, dieses Unsympathische der Ziele, die Sie erstreben, verbergen Sie sorgfältig. Ich kann diese Ziele ungefähr ausgesprochen finden in Goethes Faust, in alle Dem, was Faust in seinem Zorn verflucht; er flucht Dem, was als Weib und Kind und als Besitz uns schmeichelt; er flucht der Hoffnung und dem Glauben und vor Allem der Geduld [2]). Wenn Jemand die Stelle — ich weiß sie nicht ganz aus-

*) S. 1794a.

[1]) Vgl. Bd. VII 279, X 122.

[2]) Goethe, Faust I 4 (Studirzimmer), V. 1243 ff.

Verflucht, was als Besitz uns schmeichelt,
Als Weib und Kind, als Knecht und Pflug!
Verflucht sei Mammon, wenn mit Schätzen
Er uns zu kühnen Thaten regt,

31. 3. 1886. wendig — nachlesen will, so wird er in dem Fluche, den Goethe dem Faust in den Mund legt, ziemlich genau das socialdemokratische Programm finden, das heißt die Negation von Allem, was das Leben überhaupt werthvoll macht. Der Herr Abg. Bebel warf hier mit einem gewissen drohenden Tone die Worte hin: Wenn dies und das geschähe, dann würde die Mordsfreiheit eintreten; Sie wollen also selbst ermessen, ob es zweckmäßig ist, russische Zustände bei uns einzuführen. Solche Drohungen schrecken uns nicht; denn wenn Ihre Zustände eingeführt würden, ist das Leben so wenig werth, daß ich Dem danken würde, der es mir abnimmt; dann würde der Selbstmord epidemisch werden, zu einer grassirenden Krankheit. So scheußlich würde in dem Zuchthaus, das Ihnen als letztes Staatsideal vorschwebt, die Existenz für Jedermann sein; also ehe Sie dahin kommen, schießen Sie mich ab und alle Leute, die es mit uns wohl meinen.

Herr Bebel hat ferner Lassalle aufgerufen für seine Vertheidigung[1]), vielleicht in Anknüpfung an die persönlichen Beziehungen, in denen ich zu Lassalle gestanden habe. Ich glaube, Lassalle hat noch Niemand beschuldigt, daß er Mörder wäre und den Mord gepredigt hätte, und ich glaube, er würde die Herren,

---

Wenn er zu müßigem Ergötzen
Die Polster uns zurechte legt!
Fluch sei dem Balsamsaft der Trauben!
Fluch jener höchsten Liebeshuld!
Fluch sei der Hoffnung! Fluch dem Glauben!
Und Fluch vor Allem der Geduld!

Vgl. Bd. VII 279.

[1]) Abg. Bebel: „Ich habe gestern bereits ausgeführt, daß die Socialdemokratie ein nothwendiges Product der modernen Verhältnisse sei, und von diesem Standpunkte ausgehend, bin ich der Ansicht, daß auch ich, wie ich nun einmal in diese Bahnen hineingekommen bin, nothwendig unter den Verhältnissen, unter denen ich lebte, hineinkommen mußte, und daß also, wenn ich, dem man diese übertriebene Bedeutung heute beilegte, auf irgend eine Weise ... beseitigt werden sollte, dies ebenso wenig der Bewegung irgendwie Einhalt zu thun im Stande wäre, als wie daß andere viel, viel bedeutendere Männer ..., die für unsere Ideen und Principien eingetreten, die als die Begründer dieser Ideen betrachtet werden müssen, mir im Tode vorausgegangen sind. Ich erinnere hier an Lassalle, ich erinnere an Karl Marx. Meine Herren, als vor zweiundzwanzig Jahren Lassalle starb, da war der Glaube allgemein verbreitet, daß nunmehr die socialistische Bewegung in Deutschland unabänderlich erloschen sei" 2c. 2c. (StB. 1789 a).

die sich jetzt auf ihn berufen, auf das Schärfste verurtheilen. Ich habe das schon vor Jahren gesagt [1]). 31. 3. 1886.

Er hat sich auch auf Marx berufen. Nun, ob Marx nicht in der That Mörder züchtete, das weiß ich nicht; denn soviel ich gehört habe, war der Mann, von dessen Schüssen ich die Narben noch an mir trage, Blind [2]), doch ein Zögling von Marx.

(Abg. Bebel: Gott bewahre! Nein!)

— Nicht? Nun, Sie werden das besser wissen; ich bin darin wenig bewandert.

(Heiterkeit.)

Ich habe die Verbrecherstatistik so genau nicht studirt; die Herren werden genauer damit vertraut sein.

Der Herr Abg. Bebel hat selbst gesagt, wenn das richtig wäre, was ich gesagt habe — und ich glaube, die Richtigkeit davon ist durch die Verlesung des stenographischen Berichtes vollständig bestätigt —, dann begriffe er nicht, warum ich nicht eine längere, eine immerwährende Dauer dieses Gesetzes, und nicht sehr viele Verschärfungen dazu beantragt hätte [3]). Ja, ganz einfach deshalb, weil ich dafür nach den bisherigen Erfahrungen die Majorität nicht bekommen würde. Für dasjenige Maß von Schutz der staatlichen Gesellschaft, das ich für nothwendig halte, habe ich keine Hoffnung, hier die Majorität in diesem Hause zu bekommen, und deshalb bin ich froh, wenn wir den mäßigen Schutz, den wir der Sicherheit der Bürger nach diesem Gesetze gewähren können, von Ihnen bewilligt erhalten auf fünf Jahre, wenn es sein kann. Wollen Sie ihn uns nur auf zwei Jahre geben, so sind wir nicht berechtigt, den Bürger, der über zwei Jahre wieder möglicher Weise schutzlos sein würde*), schon heute der Schutzlosigkeit, den Umtrieben preiszugeben.

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

Der Abg. Bebel ergriff in der weiteren Debatte noch einmal das Wort, um gegen die „horrende" Behauptung des Reichskanzlers

---

*) S. 1794 b.

[1]) Vgl. Bd. VII 257.

[2]) Vgl. Bd. IV 380, X 105. 123.

[3]) S. o. S. 392 Anm. 1.

31. 3. 1886. zu protestiren, daß die Socialdemokratie außer dem Fürstenmord kein Programm habe.

In der Gesammtabstimmung wurde zunächst die Verlängerung der Gültigkeit des Gesetzes um zwei Jahre angenommen, das Socialistengesetz selbst aber nach dem Antrag des Abg. Frhrn. v. Hertling unverändert — trotz der bei der Einzelabstimmung erfolgten Annahme der Windthorstschen Milderungsvorschläge — mit 173 gegen 146 Stimmen; die Resolutionen zog der Abg. Windthorst freiwillig zurück, da sie nach Verwerfung seiner Abänderungsanträge gegenstandslos geworden seien. In dritter Berathung wurde das Gesetz am 2. April 1886 mit 169 gegen 137 Stimmen angenommen.

Der Reichstag, der sich am 10. April für fünf Wochen vertagte, nahm am 17. Mai seine Sitzungen wieder auf, unterbrach jedoch, um der Commission zur Berathung des Gesetzentwurfs über die Besteuerung des Branntweins Raum für ihre Arbeiten zu verschaffen, am 25. Mai noch ein Mal seine Berathungen. Am 25. Juni abermals berufen, wurde er am 26. Juni mittels einer Allerhöchsten Botschaft, die Staatsminister v. Boetticher verlas, geschlossen.

IV.

Preußischer Landtag.

14. Januar bis 30. Juni 1886.

1. Abtheilung.

Eröffnungssitzung des Preußischen Landtags

Donnerstag 14. Januar 1886.

Thronrede des Königs*): 14. 1. 1886.

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Indem Ich Sie am Eingange einer neuen Legislaturperiode willkommen heiße, ist es Meinem Herzen Bedürfniß, von dieser Stelle nochmals Meinem Volke Meinen Königlichen Dank zu sagen für den einmüthigen und erhebenden Ausdruck der Liebe und Anhänglichkeit, der mir zu dem Tage entgegen gebracht wurde, an welchem ich auf die fünfundzwanzigjährige Dauer einer durch Gottes Gnade nach Innen und Außen reichgesegneten Regierung zurückblicken konnte.

Zu gleicher Befriedigung hat es Mir gereicht, daß bei dieser Gelegenheit auch außerhalb der Grenzen des Vaterlandes ein Maß von wohlwollender Theilnahme an Unserer Feier zu Tage getreten ist, welches den freundlichen Beziehungen des Reiches zu allen auswärtigen Regierungen und Meinem vollen Vertrauen auf die gesicherte Fortdauer des Friedens entspricht.

Im Uebrigen will Ich hiermit den Präsidenten Meines Staatsministeriums beauftragen, Ihnen weitere Mittheilungen über die Lage des Staatshaushalts und über die auf dem Gebiete der Gesetzgebung an Sie herantretenden Aufgaben zu machen.

---

*) StB. HH. 1b, AH. 2a.

14. 1. 1886. Fürst Bismarck*):

Die Finanzlage des Staates hat sich gegen das vorige Jahr, wo ihre Unzulänglichkeit Angesichts einer nothwendigen Erhöhung der Matricularbeiträge sich in erheblichem Maße geltend machte, wieder günstiger gestaltet.

Das letzte abgeschlossene Rechnungsjahr zeigt auf fast allen wichtigeren Verwaltungsgebieten erfreuliche financielle Ergebnisse. Wenn dasselbe gleichwohl keinen für das kommende Etatsjahr verfügbaren Ueberschuß hinterlassen hat, so ist dies die Folge der gesetzlichen Vorschriften über die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahnverwaltung, nach welchen der beträchtliche, über die Voranschläge erzielte Ueberschuß des Jahres auch in der Rechnung eben dieses Jahres schon zu entsprechender Mehrtilgung der Staatseisenbahnschuld hat in Ausgabe gestellt werden müssen.

Von dem laufenden Jahre sind nach den bisherigen Wahrnehmungen ganz so günstige Ergebnisse nicht zu erwarten, insbesondere wird der Ueberschuß der Eisenbahnverwaltung unter dem Einfluß einer verminderten Verkehrsentwickelung den Voranschlag vielleicht nicht voll erreichen. Dessen ungeachtet erscheint die Hoffnung berechtigt, daß**) das Gesammtergebniß auch des laufenden Jahres kein ungünstiges sein werde.

Für das nächste Jahr fällt ins Gewicht, daß inzwischen durch die gesetzliche Ueberweisung von Zollerträgen an die Communalverbände und durch die Pensionirung der Lehrer an den Volksschulen die ersten Schritte gethan sind zur Befriedigung der auf dem Gebiete der Communal- und Schullasten seit Jahren hervorgetretenen Bedürfnisse, für welche aus den bisherigen Einnahmequellen des Staates die erforderlichen Mittel weder zu beschaffen waren noch in Aussicht stehen. Die Mehrausgaben in Folge jener beiden Gesetze nehmen die Mehreinnahmen, welche der Staatscasse inzwischen durch die Reichsgesetzgebung neu zugeführt worden sind, zum größeren Theile in Anspruch, während der Reichshaushalt eine erneute Steigerung der Matricularbeiträge für das nächste Jahr vorzusehen nöthigt. — Unter diesen Umständen können auch die

---

*) StB. HH. 2a.
**) StB. AH. 2b.

größeren Ueberschüsse, auf welche bei den meisten Betriebsverwaltungen des Staates nach den sorgfältig aufgestellten Voranschlägen wiederum zu rechnen sein wird, und die beträchtliche Erleichterung der Zinslast des Staates, welche durch die Umwandlung bisher höher verzinslicher Schulden in vierprocentige gesichert ist, bei aller Sparsamkeit und Beschränkung in der Berücksichtigung neuer Bedürfnisse nicht hinreichen, um das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben im nächstjährigen Staatshaushaltsetat herzustellen. 14. 1. 1886.

Es wird daher, wenn auch in geringerem Umfange wie für das laufende Jahr, abermals der Staatscredit zur Deckung des Fehlenden in Anspruch zu nehmen sein.

Die Regierung hat hierin und in der Ueberzeugung, daß es bei den geringen Anfängen einer Erleichterung des Druckes der Communal- und Schullasten und dem Aufschube der Verbesserung der Beamtenbesoldungen nicht etwa sein Bewenden haben kann, erneuten Anlaß gefunden, auf die Weiterführung der Reichssteuerreform hinzuwirken; insbesondere hat sie sich angelegen sein lassen, reichsgesetzliche Bestimmungen zur Einführung des Branntweinmonopols vorzubereiten und zu beantragen, von deren Annahme sie ausreichende Erträgnisse zur Befriedigung der dringenden Bedürfnisse in Staat und Reich und günstige Folgen für Moral und Gesundheit erhofft.

Die Entwürfe des Staatshaushaltsetats für das nächste Jahr und eines Gesetzes wegen Aufnahme einer Anleihe*) zur Ergänzung der nächstjährigen Einnahmen des Staates werden Ihnen alsbald vorgelegt werden.

Auf dem Gebiete der industriellen Thätigkeit macht sich in einzelnen Betriebszweigen eine Stockung des Absatzes bemerkbar. Diese Erscheinung läßt sich auf eine durch die bisherigen günstigen Erfolge der gewerblichen Arbeit angeregte Steigerung der Betriebsamkeit und auf den Wunsch zurückführen, dem deutschen Fabricat im Wettbewerb mit den concurrirenden Industriestaaten den Vorsprung zu sichern. Eine Abhilfe hiergegen liegt außerhalb des Bereiches unserer Gesetzgebung. Nur die Zurückführung

---

*) StB. HH. 2b.

14. 1. 1886. unserer Production auf das Maß des Bedürfnisses wird die ungünstigen wirthschaftlichen Folgen fern zu halten vermögen, welche*) eine Anhäufung nicht absatzfähiger Erzeugnisse nach sich zieht.

Die erfreulichen Ergebnisse unserer Eisenbahnpolitik gestatten, Ihnen auch in diesem Jahre die Herstellung einer Reihe von Schienenverbindungen in verschiedenen Theilen des Landes vorzuschlagen, durch welche wichtige Verkehrsgebiete erschlossen und erhöhter wirthschaftlicher Entwickelung entgegen geführt werden sollen.

Von der Fürsorge für die Förderung der Binnenschifffahrt wird neben den weiteren beträchtlichen Forderungen für Stromregulirungen und Schifffahrtsanlagen in dem Staatshaushaltsetat eine Vorlage Zeugniß ablegen, welche die im Jahre 1883 ohne Erfolg vorgeschlagene Anlage eines Canals von Dortmund nach den Emshäfen unter zweckmäßiger Erweiterung des Projects und zugleich den dem gegenwärtigen Verkehrsbedürfniß entsprechenden Ausbau der Wasserstraße von der mittleren Oder nach Berlin bezweckt.

Nachdem in Folge der jüngst ergangenen Kreis- und Provinzialordnungen die Einführung der Verwaltungsreform sich in der Provinz Hannover in erwünschter Weise vollzogen hat und für die Provinz Hessen-Nassau in nahe Aussicht gerückt ist, bleibt die Vollendung des in seinen Grundzügen gesicherten und bewährten Reformwerkes für noch vier Provinzen der Monarchie eine wichtige Aufgabe der Gesetzgebung. Zu diesem Behufe ist zunächst der Entwurf einer Kreis- und Provinzialordnung für Westfalen ausgearbeitet worden, welche Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußnahme unterbreitet werden wird.

Das**) Zurückdrängen des deutschen Elements durch das polnische in einigen östlichen Provinzen legt der Regierung die Pflicht auf, Maßregeln zu treffen, welche den Bestand und die Entwickelung der deutschen Bevölkerung sicher zu stellen geeignet sind. Die zu diesem Zweck in Arbeit befindlichen Vorlagen werden Ihnen seiner Zeit zugehen.

---

*) StB. AH. 3a.
**) StB. AH. 3b.

König Wilhelm: 14. 1. 1886.

Geehrte Herren!

Sie ersehen aus dem Verlesenen, daß der Landesvertretung wiederum ein ausgedehntes Feld wichtiger Thätigkeit eröffnet ist. Ich hoffe, daß Ihre Arbeit auf demselben sich auch in diesem Jahre zu einer fruchtbringenden und unter Gottes Segen für die Wohlfahrt des Landes förderlichen gestalten werde.

Fürst Bismarck:

Auf Befehl Sr. Majestät des Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

8. Sitzung des Hauses der Abgeordneten

Donnerstag 28. Januar 1886.

Die große Polendebatte, die im Reichstage am 15. und 16. Januar stattgefunden und mit der Annahme der von dem Abg. Windthorst vorgeschlagenen Resolution geendet hatte, die die Ausweisungen russischer und österreichischer Unterthanen polnischer Nationalität für nicht gerechtfertigt und mit dem Interesse der Reichsangehörigen für nicht vereinbar erklärte (vgl. o. S. 297 ff.), gab den national gesinnten Elementen des preußischen Abgeordnetenhauses [1]), unter Führung des Abg. Dr. Achenbach, Veranlassung, am 23. Januar 1886 folgenden Antrag beim Hause der Abgeordneten einzubringen: 28. 1. 1885/6.

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

Unter Anerkennung des Rechts und der Verpflichtung der Königlichen Staatsregierung, zum Schutze der deutschnationalen Interessen in den östlichen Provinzen nachdrücklich einzugreifen,

1. die Genugthuung auszusprechen, daß in der Allerhöchsten Thronrede positive Maßregeln zur Sicherung des Bestandes und der Entwicklung der deutschen Bevölkerung und deutscher Cultur in diesen Provinzen in Aussicht gestellt sind,

---

[1]) Die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus am 5. November 1885 ergaben folgende Zusammensetzung: 129 Conservative, 100 Klerikale und Welfen, 68 Nationalliberale, 65 Freiconservative, 43 Deutschfreisinnige, 15 Polen, 13 Fractionslose.

28. 1. 1886. 2. die Bereitwilligkeit zu erklären, zur Durchführung dahingehender Maßregeln, insbesondere auf dem Gebiete des Schulwesens und der allgemeinen Verwaltung, sowie zur Förderung der Niederlassung deutscher Landwirthe und Bauern in diesen Provinzen die erforderlichen Mittel zu gewähren.

Zu diesem Antrage stellten das Centrum unter Führung des Abg. Windthorst und die Polen unter Führung des Abg. Szuman motivirte Gegenanträge folgenden Wortlauts:

1. Antrag des Abg. Windthorst:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

In Erwägung,

daß es unthunlich ist,

1. bisher nur angedeuteten, noch unbekannten Maßregeln der Königlichen Staatsregierung im Voraus zuzustimmen, und
2. die Gewährung von Mitteln, und zwar ohne alle Beschränkung, zur Durchführung solcher Maßregeln zu versprechen,

über den Antrag der Herren Abg. Dr. Achenbach und Genossen vom 23. d. M. zur Tagesordnung überzugehen.

2. Antrag des Abg. Szuman:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

In Erwägung,

daß keine Veranlassung vorliegt, im Voraus die im Antrage der Abg. Dr. Achenbach und Genossen betonte Bereitwilligkeit zur Bewilligung von Mitteln für Maßnahmen auszusprechen, welche erst in Aussicht genommen, und deren Bedürfniß, Tragweite und Umfang in keiner Weise feststehen;

in Erwägung,

daß der gedachte Antrag den offenbaren Zweck verfolgt, die in keiner Weise gefährdeten Interessen der deutschen Bevölkerung in den östlichen Provinzen des Staats, unter Außerachtlassung derjenigen der polnischen Bevölkerung, in ungebührlicher Weise zu fördern, und dadurch dem Art. 4 der Verfassung geradezu widerspricht;

in Erwägung,

daß durch die Wahrung der den polnischen Unterthanen Sr. Majestät des Königs durch internationale Verträge und Verheißungen der Monarchen feierlich garantirten Rechte auf Erhaltung und Schutz ihrer Sprache und Nationalität die deutschnationalen Interessen in keiner Weise geschädigt werden können;

in Erwägung endlich, 28. 1. 1886.

daß die Durchführung der geforderten Maßregeln, namentlich auch die Bewilligung von Mitteln zur ausschließlichen Förderung der Niederlassung deutscher Landwirthe und Bauern geeignet wäre, eine unzulässige Rechtsungleichheit zu schaffen und den Frieden und die Eintracht unter den Nationalitäten in den östlichen Provinzen ernstlich zu gefährden,

über den Antrag der Abg. Dr. Achenbach und Genossen zur Tagesordnung überzugehen.

Der Antrag des Abg. Dr. Achenbach in Verbindung mit den beiden Gegenanträgen stand zur Discussion in der 8. Sitzung des Abgeordnetenhauses am 28. Januar 1886. An Stelle des Antragstellers begründete der Abg. v. Rauchhaupt das Vorgehen der conservativen und nationalliberalen Mitglieder des Hauses. Er verlangte von dem Abgeordnetenhause eine bündige und klare Antwort auf die Provocation, die der Abg. Windthorst im Reichstage gegen den Preußischen Landtag gerichtet habe. Die Competenz des Preußischen Landtags, die Polenfrage zu discutiren, sei unanfechtbar; ihm komme es zu, der Majorität des Reichstags gegenüber zu beweisen, daß im preußischen Volke das Bewußtsein von Preußens deutscher Aufgabe lebendig sei, und daher die preußische Staatsregierung in allen Maßregeln, die sie zur Stärkung des deutschen Elements in den östlichen Provinzen für förderlich halte, zu unterstützen. An der Hand der Statistik wies er nach, wie sehr die polnische Bevölkerung in Westpreußen und Posen die deutsche an Zahl übertreffe, und aus den Reden der polnischen Abgeordneten zum Reichstage, wie lebendig der Gedanke der Wiederherstellung eines polnischen Reichs in den Grenzen von 1772 unter den polnischen Unterthanen der preußischen Krone durch die nationale Agitationspartei erhalten werde. Der Redner schloß: „Das preußische Volk ist sich sehr wohl bewußt, daß durch sein Blut vor Allem die deutsche Einheit gekittet ist und . . . daß es zunächst und vor Allem in den Ostprovinzen den Schutz der deutschen Bevölkerung zu übernehmen hat. Es wird nie zugeben, daß sich in unsere östlichen Provinzen, Ost- und Westpreußen, ein polnischer Keil hineinschiebt, oder daß diese Provinzen mit polnischen Elementen derartig versetzt werden, daß sie widerstandsunfähig werden. . . . Und deswegen ist unser Antrag eine feierliche Erklärung dahin, daß wir jeden Versuch zurückweisen, der darauf abzielt, der preußischen Staatsregierung bei ihrem Vorgehen in den Arm zu fallen. . . . Heute gilt es, daß sich das preußische Abgeordnetenhaus deutscher beweist, als die Majorität des Reichstags, welche den Beschluß vom 16. d. M. gefaßt hat. . . . Das preußische Volk hat Gott sei Dank den Glauben seiner Väter an den deutschen Beruf Preußens noch nicht verloren, es wird diesem Glauben treu bleiben!" Fürst

28. 1. 1886. Bismarck, der während der Rede des Abg. v. Rauchhaupt erschienen war, nahm alsbald das Wort zu folgender Rede*):

Der Passus der Thronrede, an welchen der uns heute beschäftigende Antrag anknüpft, enthält den Ausdruck der Ueberzeugung der Königlichen Regierung, daß in den Grundsätzen, nach welchen seit dem Jahre 1840 in den Landestheilen, deren Bevölkerung polnisch spricht, regiert und verwaltet worden ist, eine Aenderung absolut nothwendig sei. Wir haben durch die Geschichte die Erbschaft überkommen — Sie werden verzeihen, wenn ich bei einer Frage, die ihre Wurzeln in der Vergangenheit hat, auch einen Rückblick auf die Vergangenheit thue —, wir haben die Erbschaft überkommen, uns mit zwei Millionen polnisch sprechender Unterthanen, so gut wir können, auf denselben Gebieten, welche die Grenzen des preußischen Staates umschließen, einzuleben. Wir haben diese Situation nicht gemacht; unsere Politik kann von sich dasselbe sagen, was, ich weiß nicht mehr, auf welcher Forstakademie, geschrieben stand: Wir ernten, was wir nicht gesäet haben, wir säen, was wir nicht ernten werden.

So stehen wir auch zu der Vergangenheit, die vor 1815 liegt. Das Jahr 1815 hat dem preußischen Staat eine Grenze geschaffen, hinter die er unter keinen Umständen zurückgehen kann; er bedarf dieser Grenze zur Verbindung seiner Provinzen, zur Verbindung zwischen Breslau und Königsberg, zu seinem Verkehrsleben sowohl wie zu seiner Vertheidigung und seiner Sicherheit. Ich kann es nur als eine politische Verirrung ansehen, wenn im Jahre 1848 deutsche Politiker sich gefunden haben, die glaubten, sie könnten diese Grenze um, ich weiß nicht, welchen schmalen Grenzstreifen, mit dem der polnischen Nation auch nicht gedient sein würde, zurückverlegen.

Im Jahre 1815 hat man zuerst sich die Schwierigkeit der Situation, in die man eintrat, nicht vergegenwärtigt, wohl hauptsächlich, weil damals auf die Stimmung der Einwohner weniger Gewicht gelegt wurde, als auf die der Staatsmänner. Die Staatsmänner, die 1815 bei uns am Ruder standen, der Fürst v. Hardenberg in erster Linie, und, ich glaube, damals der erste Prä-

*) StB. 164 a.

sident der Posenschen Regierung, Herr v. Zerboni, der bedeutende 28. 1. 1886.
Besitzungen in Südpreußen jenseits der heutigen Grenze besaß, lebten noch mehr unter dem Eindruck der kurz vorher stattgehabten Verhandlungen, in welchen Preußen ein größeres polnisches Gebiet erstrebt hatte. Herr v. Zerboni besaß große Güter in demjenigen Theil von Südpreußen, welcher nicht wieder zu Preußen gekommen war. Der Wunsch, der damals vorherrschte, vielleicht bei einem späteren Ausgleich noch eine weitere Verrückung unserer Ostgrenze gegen die Weichsel hin zu gewinnen, der Wunsch, zu diesem Behufe in der polnischen Bevölkerung der zum Königreich Polen geschlagenen Landestheile Propaganda für Preußen zu machen, hat einiger Maßen die Sprache dictirt, die der Fürst v. Hardenberg damals dem Könige, seinem Herrn, den neu erworbenen polnischen Unterthanen gegenüber angerathen hat. Es war das eine Politik, die wir heut zu Tage gewiß mißbilligen können; sie war ungeschickt. Sie hatte indessen damals zu keinem vertragsmäßigen Abkommen irgend einer Art geführt. Die Proclamationen, mit denen König Friedrich Wilhelm III. Besitz von den ihm wieder zugefallenen Theilen Südpreußens ergriffen hat, enthalten die Kundgebung der Absichten des Königs, die Kundgebung der Grundsätze, nach welchen er zu regieren gedachte. Eine Verpflichtung, diese Grundsätze niemals zu ändern, wie auch immer seine polnischen Unterthanen sich benehmen könnten, ist der König in keiner Weise eingegangen,

(Oho! bei den Polen.)

und die Versprechungen, die ehrlich vom Könige gegeben, von seinen Dienern vielleicht nicht ganz in derselben Stimmung gemeint worden, sind seitdem durch das Verhalten*) der Bewohner dieser Provinz vollständig hinfällig und null und nichtig geworden.

(Lebhafter Widerspruch bei den Polen.)
(Sehr wahr! rechts.)

Ich gebe meinestheils keinen Pfifferling auf irgend eine Berufung auf die damaligen Proclamationen.

(Große Unruhe bei den Polen und im Centrum.)

Der Glaube, sich mit den Polen einleben zu können, und die

*) S. 164b.

28. 1. 1886. Abneigung, die Schwierigkeiten davon zu untersuchen, gewannen auch einen Anhalt in der Thatsache, daß man in Schlesien mit einer Million polnisch redender Unterthanen ohne jede Schwierigkeit lebte, sowie in der Erinnerung an die Zeit vor 1806, in der die Leidenschaften international nicht in dem Maße aufgeregt waren, in der ein social erträgliches Verhältniß zwischen Deutschen und Polen stattfand, vielfacher Verkehr der Polen hier in Berlin und in der Gesellschaft.

Diese Art von Vertrauensseligkeit wurde plötzlich gestört durch den Aufstand in Warschau von 1830 und durch das Auftauchen einer polnischen Frage im europäischen Sinne unter Betheiligung und Mitwirkung anderer Nationen, die seitdem nicht wieder von der Bildfläche vollständig verschwunden ist.

Welchen Eindruck dieses damals auf die preußischen Autoritäten machte, darüber haben wir ein Votum, welches der damalige commandirende General in Posen, Herr v. Grolman — ein Name, der keineswegs an reactionäre Tendenzen erinnert — über die Situation in Polen einreichte und welches das Datum vom 25. März 1832 trägt. Es liegt nicht in meiner Absicht, Sie mit der Vorlesung dieses ganzen Votums zu belästigen; ich will nur zur Charakterisirung der damaligen Situation die erste Seite vorlesen:

Als der geringe Theil

— ich bitte aber die Herren Stenographen nachzuschreiben; ich kann dieses Actenstück nicht aus den Händen geben —

> Als der geringe Theil der ehemaligen preußischen Besitzungen in Polen im Jahre 1815 unter dem Namen eines Großherzogthums Posen wieder mit dem preußischen Staate vereinigt ward, zählte dieses von ungefähr 800 000 Einwohnern bewohnte Land 350 000 Teutsche und 450 000 Polen und Juden. Durch seine Lage im Herzen des preußischen Staates, auf der Verbindung zwischen Schlesien, Preußen und Pommern, nur achtzehn Meilen von Berlin entfernt, gehört dieses Land so innig zum preußischen Staate, daß jede Idee einer Trennung von demselben als wahrer Hoch-

---

*) StB.: Grolmann.

verrath angesehen werden muß, und Jeder, der es ehrlich mit seinem Vaterlande meint, seine letzte Kraft anspannen muß, nicht allein um dieses Land dem preußischen Vaterlande zu erhalten, sondern es auch gutgesinnt, das heißt teutsch-gesinnt zu machen. 28. 1. 1886.

Ich lese noch eine Seite, die mir besonders prägnant erscheint, und die bereits einen Anklang bietet für die Maßregeln, die wir jetzt vorhaben:

> Im Großherzogthum Posen befinden sich einige Hundert polnische Güter besitzenden Edelleute, die mit ihrem Besitz, ihrem Anhange von Vettern, Schlachtschitzen*), Woiwoden**), Vögten und Hausbedienten einige Tausend Köpfe bilden, die das böse Princip der Provinz sind,

— sagt der General Grolman —

> und deren allmähliche Entfernung von dem wesentlichsten Nutzen sein würde, da noch Generationen darüber hingehen, ehe ihre polnische Natur***) sich zu einer staatsbürgerlichen preußischen ausgebildet haben wird.

(Sehr gut! bei den Polen.)

> Der anliegende Aufsatz entwickelt einige Ideen, wie Preußen von diesen gefährlichen Menschen, ohne Ungerechtigkeiten zu begehen, zu befreien ist, die mir einer Beherzigung werth scheinen, und die ich deswegen beifüge. Es ist wohl kein Zweifel, daß, wenn Preußen die ansehnlichen Kosten, die uns die Anstalten gegen die polnische Insurrection gekostet haben, in den letzten fünfzehn Jahren verwendet hätte, um die polnischen Gutsbesitzer auszukaufen, das Großherzogthum Posen eine ganz sichere preußische Provinz wäre, statt daß wir jetzt durch jeden unvorhergesehenen Zufall und vielleicht unter viel schlimmeren Verhältnissen als bisher noch zu viel größeren Opfern genöthigt sein werden u. s. w.

Das Actenstück eignet sich wegen seiner, wie Sie schon aus dieser kleinen Probe ersehen haben, scharfen und polemischen Fassung

---

*) StB.: Schlachtschützen.

**) StB.: Woyten.

***) S. 165a.

28. 1. 1886. nicht zur vollständigen Veröffentlichung; aber ich werde Dasjenige, was ohne Unhöflichkeit gegen lebende Leute veröffentlicht werden kann, doch der Presse demnächst anheimgeben[1]). Ich verzichte deshalb auf eine weitere Verlesung.

Das Ergebniß dieser in dem Grolmanschen Elaborat keimenden Auffassung war Das, was man heut zu Tage die Flottwellsche Politik nennt. König Friedrich Wilhelm III. war diesem Gedanken zugänglich, und es wurde von Seiten des Königs und des Finanzministers eine nicht sehr erhebliche Summe bewilligt, für welche Güter aus polnischen Händen aufgekauft wurden, um sie zur Vermehrung der deutschen Bevölkerung in der Provinz weiter zu veräußern. Wenn auch diese Operationen nicht überall und in jedem einzelnen Fall mit Geschick und namentlich späterhin auch nicht unter Festhaltung der ursprünglichen Bestimmung betrieben worden sind, so haben sie doch, so lange dieses System das herrschende in der Verwaltung war, einen erheblichen Zuwachs der deutschen Bevölkerung geschaffen. Das System wurde aber außer Kraft gesetzt, als im Jahre 1840 der hochselige König zur Regierung kam, der seinerseits der Meinung war, daß die wohlwollenden Gefühle, welche Er für Seine polnisch sprechenden Unterthanen hatte, das Vertrauen, welches Er zu ihnen hatte, auf der anderen Seite durch analoge Gefühle vollständig erwidert würde, und der in diesem Glauben bestärkt wurde durch eine Rundreise, die er bald nach seiner Thronbesteigung in der Provinz bei den hervorragendsten Edelleuten der polnischen Nation machte; er glaubte — ein altes Sprichwort sagt: „Zutrauen bewirkt Edelmuth" —, man habe die Polen nur unschuldig gekränkt, sie würden treue Unterthanen ihres wohlwollenden Königs sein, wenn man ihnen mit Vertrauen entgegen käme, und die Wohlthaten der preußischen Regierung im Vergleich mit den Zuständen, in denen sich die Bevölkerung früher befand — ja, ich kann, ohne unsere Nachbarn zu verletzen, wohl sagen, in denen sich auch die jenseits der Grenze lebenden Polen befanden — würden allmählich die Herzen gewinnen. Der hochselige König wurde aus diesen vertrauensvollen Empfindungen in einer gewissen unangenehmen Weise gestört durch die insurrectio-

[1]) Die Veröffentlichung ist unterblieben.

nellen Bewegungen, die vom Jahre 1846 bis 1848 in den verschiedensten Phasen stattfanden. Er mußte erleben, daß im Jahre 1848 auf den Barricaden von Berlin ein Bündniß zwischen der preußischen und ausländischen Demokratie und den Polen geschlossen wurde, was zur Folge hatte, daß kurze Zeit darauf mehrere Tausend preußische Unterthanen, theils polnisch-, theils deutschredende, im Großherzogthum*) Posen in gegenseitigen Kämpfen erschossen oder verwundet wurden. Indessen das Ergebniß der damaligen Ereignisse war doch immer ein gesetzlicher Zustand, der den polnischen Bestrebungen dieselbe Freiheit der Bewegung verfassungsmäßig und gesetzmäßig verschaffte, welche den deutschen Unterthanen gewährt war. Die Freiheit der Bewegung aber, die die Polen gewannen auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der Presse und des Verfassungslebens, hat in keiner Weise dazu beigetragen, ihr Wohlwollen und Entgegenkommen für Deutschland zu vermehren; im Gegentheil, wir sehen als Frucht davon nur eine Verschärfung der nationalen Gegensätze, das heißt eine einseitige Verschärfung auf der polnischen Seite. Die Entwickelung derselben kam die Eigenthümlichkeit des deutschen Charakters in manchen Hinsichten entgegen, einmal die deutsche Gutmüthigkeit und Bewunderung alles Ausländischen, eine Art von Neid, mit dem unsere Landsleute Denjenigen betrachten, der im Auslande gelebt und gewisse ausländische Alluren angenommen hat [1]), und dann auch die deutsche Tradition, die eigene Regierung zu bekämpfen [2]), wofür man in den Polen immer bereite Bundesgenossen zu finden sicher war, 28. 1. 1886.

(Hört! Hört! rechts.)

endlich die eigenthümliche Befähigung des Deutschen, die sich bei keiner anderen Nation wiederfindet, aus der eigenen Haut nicht nur heraus-, sondern in die eines Ausländers hineinzufahren

(Heiterkeit.)

und vollständig Pole, Franzose oder Amerikaner, kurz und gut Etwas der Art zu werden [3]). Ich erinnere mich aus meiner Kindheit:

---

*) S. 165b.

[1]) S. o. S. 251.

[2]) Vgl. Bd. VIII 186 f. 326, X 339.

[3]) S. o. S. 251.

28. 1. 1886. Die populärsten Melodien in Berlin, die ich gelernt habe, waren polnische vom alten Feldherrn:

Denkst Du daran, mein tapferer Lagienka [1]);

(Heiterkeit.)

Fordere Niemand mein Schicksal zu hören [1]);

Mein Vaterland . . .

das war aber nicht etwa das deutsche Vaterland, sondern das polnische, was der Berliner Leierkastenmann damit beklagte. Es hatte das seinen entsprechenden Zwilling in dem Interesse für alles Französische. Wer hat, der mit mir gleichalterig ist, nicht „Bertrands Abschied" zum Beispiel mit Begeisterung vortragen hören, oder die Poesien des Frhrn. v. Gaudy oder anderer zur Verherrlichung Napoleons I., der die Deutschen recht gründlich gehauen hatte, wofür sie ihm eine Dankbarkeit bewiesen, die ich durch kein zoologisches Beiwort charakterisiren mag.

(Große Heiterkeit.)

Ich erinnere an die Bewunderung des fremden Waffenglanzes in der „Mitternächtigen Parade" [2]), kurz an alle diese Schwächen der Deutschen. — Ich entsinne mich meiner Universitätszeit in Göttingen im Jahre 1832, wo eine Art Dépôt für polnische Flüchtlinge aus dem Aufstande vom Jahre 1831 sich damals befand. Ich lernte damals als junger Mensch einige der hervorragenden Leute des damaligen polnischen Reichstages kennen. Es waren interessante, liebenswürdige Leute, aber Das, was mich im Augenblick daran interessirt, ist die Erinnerung an die Begeisterung, mit der diese Polen in allen Städten Mitteldeutschlands empfangen wurden. Ich habe nachher den Empfang unserer aus siegreichen und gerechten Kriegen zurückkehrenden Armee erlebt; aber so warm war er kaum, wie der Empfang dieser polnischen Flüchtlinge in jeder deutschen Stadt,

(Oho!)

die dadurch — ich habe sie selbst gesprochen — keineswegs in ihren Bestrebungen entwaffnet, gegen Deutschland*) und Deutsche umgestimmt wurden. Ich entsinne mich, daß ich mit einem der

---

*) S. 166a.

[1]) Aus Holteis Singspiel: Der alte Feldherr.

[2]) Nächtliche Heerschau von Frhr. Joh. Christ. v. Zedlitz.

Herren zufällig über die slawischen Reminiscenzen sprach, die in 28. 1. 1886.
den Namen vieler Ortschaften meiner Heimath sich zeigten aus den früheren wendischen Zeiten her, und daß mir der sagte — die Unterredung wurde französisch geführt —: Attendez, nous leur rendrons bientôt leurs noms primitifs [1]). Sie finden es ja auch in den Aufrufen aus den Revolutionen von 1846 und 1863 bestätigt, daß die Hersteller Polens auch nicht auf eine einzige Dependenz verzichten — die Woiwodschaft Pommern gehört gerade so gut dazu wie Pomerellen, und Pomerellen gerade so gut wie Warschau selbst. Ich habe schon erwähnt, wie groß das Entgegenkommen der Bewohner der heutigen deutschen Residenz damals im Jahre 1848 gegen die Polen war. Ich erinnere mich, daß ich an der Ecke der Charlottenstraße und Linden im Publicum den Zug der Beerdigung der gefallenen Märzkämpfer angesehen habe, und daß dabei in einigem Widerspruch zu einer Trauerfeierlichkeit auf einem reich geschmückten Wagen in einem malerischen polnischen Costume Mieroslawski stand, der der eigentliche Held des Tages war. Sein Aufzug — und er sah sehr gut aus, kann ich Ihnen versichern —

(Heiterkeit.)

machte auf die Berliner fast mehr Eindruck, beschäftigte die Gemüther fast mehr als der des Königs, durch den die Absicht kundgegeben wurde, daß Preußen in Deutschland aufgehen sollte. Also die deutsche Nationalität ging damals spurlos vorüber, obschon sie durch den höchsten Träger der preußischen Nationalität repräsentirt war.

Am allerstärksten bethätigten sich die Sympathien für Polen noch einige Zeit später, wie ich bereits an dieser Stelle als preußischer Minister stand. — Es wird im nächsten Monat genau dreiundzwanzig Jahre, daß ich von dieser selben Stelle her eine Polendebatte zu führen hatte von einer Lebhaftigkeit, die, wie ich hoffe, die heutige nicht erreichen wird [2]). Ich war damals hierher gekommen und hatte das Ministerium übernommen, in der Hauptsache, um

---

[1]) Warten Sie, wir werden ihnen bald ihre ursprünglichen Namen zurückgeben.

[2]) 18. Februar 1863, vgl. Bd. II 112 ff.

28. 1. 1886. Sr. Majestät dem König meine Dienste im Kampfe für die Monarchie gegen die damals erstrebte Herrschaft der Fortschrittspartei zu leisten. Wenn ich außerdem noch persönliche und positive Nebenzwecke hatte, so waren es die, von dieser einflußreichen Stelle aus der Entwickelung der deutschen Nationalität nach Möglichkeit zu dienen.

(Bravo!)

Die Veröffentlichungen, die über meine Thätigkeit in Frankfurt a. M. seitdem stattgefunden haben [1]), werden mich überheben, die Thatsache näher nachzuweisen, daß ich die Absicht, Deutschland auf nationalem Wege zu dienen, in diese Stellung hineinbrachte und mich durch keine Anfeindung darin habe irre machen lassen. Ich wurde empfangen mit Entrüstung darüber, daß man „diesem Menschen" die wichtigste Stellung in Deutschland beilegte — dieses Epitheton habe ich damals ertragen müssen [2]). Ich zweifle gar nicht, daß unter meinen Gegnern sehr viele mit mir dieselben Ziele erstrebten; aber ich weiß nicht, ob nicht mit der Art, wie sie sich die Erreichung dieser Ziele dachten, doch immer der Nebengedanke verbunden war, daß sie entweder persönlich oder durch die Partei, der sie angehörten, eine hervorragende Rolle bei dem Uebergang in das neue Verhältniß spielen würden; vielleicht war ihnen der Gedanke unerträglich, daß ein Fremder ihnen ihre Aufgabe vorweg nähme, und zwar Jemand, mit dem Viele von ihnen kurze Zeit vorher in diesen selben Räumen im scharfen parlamentarischen Kampfe gestanden hatten. Es ist mir erinnerlich, daß damals Jemand, den ich vollständig eingeweiht hatte in meine Absichten [3]), die ich *) damals unmöglich sagen konnte, ohne sämmtliche Großmächte zu entfremden und den europäischen Seniorenconvent schleunigst gegen uns aufzubringen, daß dieser Herr — er lebt nicht mehr, sonst würde ich davon nicht sprechen —, der nach seiner amtlichen Stellung verpflichtet war, mir beizustehen damals, so wie ich ihn eingeweiht hatte, zu Anderen in meiner

---

*) S. 166b.

[1]) In dem Werke von v. Poschinger, Preußen im Bundestage 1851 bis 1859.

[2]) Vgl. Bd. VII 377.

[3]) Graf v. d. Goltz.

Abwesenheit sagte: „Nun macht dieser Mensch meine Politik und macht sie falsch!“ [1]) 28. 1. 1886.

(Lebhafte Heiterkeit.)

Das Gefühl hatten sehr viele von den Herren, die mir damals in diesen Räumen feindlich entgegen standen. Ich kann nicht dafür, daß ich damals nicht verstanden worden bin; ich habe mich namentlich in den bekannt gewordenen, und zwar nicht ganz richtig bekannt gewordenen Aeußerungen, die durch die Worte „Blut und Eisen“ gekennzeichnet waren [2]), recht deutlich darüber ausgesprochen, deutlicher fast vielleicht, als es gut war damals. Es handelte sich um militärische Fragen, und ich hatte gesagt: Legt eine möglichst starke militärische Kraft, mit anderen Worten möglichst viel Blut und Eisen in die Hand des Königs von Preußen, dann wird er die Politik machen können, die Ihr wünscht; mit Reden und Schützenfesten und Liedern macht sie sich nicht, sie macht sich nur durch „Blut und Eisen“.

(Bravo! rechts.)

Das ist die Sache. Ich wäre vielleicht verstanden worden, wenn ich nicht zu viel Rivalen auf diesem Gebiete, Deutschland herzustellen, damals gehabt hätte.

(Heiterkeit.)

In dieser Lage also befand ich mich mit einer bewußten Absicht, die ich noch nicht aussprechen durfte, weil, wenn ich es gethan hätte, mir eine Unterstützung weder bei Rußland noch Frankreich, weder bei Oesterreich noch auch bei England anders als bei dem Letzten mit Worten und bei den Anderen auch nicht einmal mit Worten zu Theil geworden wäre. — Die Saat, die ich sorgfältig cultivirte, wäre im Keim erstickt worden durch einen combinirten Druck des gesammten Europas, das unseren Ehrgeiz zur Ruhe verwiesen hätte, denn aus Liebe für uns hätte Keiner Etwas für die deutsche Sache gethan, auch nicht einmal aus Interesse.

In diesen Erwägungen befand ich mich bereits, als ich Gesandter in Petersburg war, wo ich doch berufen war, an der Auswärtigen Politik nicht bloß, sondern auch an der deutschen Politik des preußischen Staates einen persönlichen Antheil zu nehmen, und

[1]) Vgl. Bd. VIII 247.

[2]) Vgl. Bd. II 30.

28. 1. 1886. ich hatte dort die russischen Verhältnisse Polen gegenüber ziemlich aus nächster Nähe beobachten können, in Folge des großen persönlichen Vertrauens, welches mir der hochselige Kaiser Alexander schenkte. Ich hatte die Ueberzeugung gewonnen, daß im russischen Cabinet zwei Principien thätig waren: das eine, ich möchte sagen: das antideutsche, welches das Wohlwollen der Polen und der Franzosen zu erwerben wünschte, und welches hauptsächlich vertreten war durch den Reichskanzler Fürsten Gortschakoff und in Warschau durch den Marquis Wielopolski, das andere, das hauptsächlich in dem Kaiser und anderen seiner Diener seinen Sitz hatte, das auf dem Bedürfniß beruhte, die freundschaftlichen Beziehungen mit Preußen unter allen Umständen festzuhalten, — und man kann sagen: eine preußenfreundliche antipolnische, und eine*) franzosenfreundliche polnische Politik kämpften um den Vorrang im russischen Cabinet. Wer die Verhandlungen der damaligen Zeit gelesen hat, wird sich der berüchtigten Convention vom 8. Februar [1]), der sogenannten Seeschlange [2]), erinnern, die, wie der Erfolg gezeigt hat, praktisch gar kein Resultat hatte — militärisch; aber sie hatte ihre Bestimmung erfüllt**) in dem Moment, wo sie in Petersburg unterzeichnet wurde, das heißt: sie entschied über die Parteinahme der Kaiserlich russischen Politik für Preußen gegen die polnischen Bestrebungen, die bis dahin sehr zweifelhaft war.

Deshalb war meine Stellung als Auswärtiger Minister dem russischen Cabinet gegenüber einiger Maßen vorbereitet, und von allen europäischen Cabineten damals konnte man nur von diesem, ich will nicht sagen: eine Unterstützung, aber doch ein tolerari posse [3]) unserer deutschen Politik allenfalls erwarten. Ich hatte deshalb das Interesse, die Beziehungen zu Petersburg besonders zu pflegen. Wenn ich mir bewußt war, mit der Mehrzahl meiner Landsleute in diesem Raume der Volksvertreter ein und dieselben nationalen Ziele zu erstreben, so war es hart für mich, daß ich für die Erreichung dieser Ziele auch von keinem Einzigen eine Unterstützung,

---

*) Fehlt im StB.
**) S. 167 a.
[1]) Vgl. Bd. II 112 ff.
[2]) Vgl. Bd. II 128, VII 369, IX 235, X 287.
[3]) Geduldet werden können, Duldung vgl. Bd. VIII 292.

eine Mitwirkung zu diesem Zweck zu erwarten hatte; im Gegentheil, die eigenthümliche Lage, in die wir durch eine geheime Convention, der gegenüber man einen Bruch des zugesicherten Geheimnisses von mir zu erpressen suchte, gebracht waren, lieferte die Mittel, die übrigen europäischen Cabinete gegen uns zu verhetzen, ihnen gewisser Maßen Anzeige zu machen von unseren Schwächen und von Fehlern, die dies-seits begangen wären, uns — ich kann es nicht anders nennen — in Paris und in London zu verklagen wegen der russenfreundlichen Politik, die wir machten, und es war nicht ohne Erfolg. Ich habe durch einen Zufall, der im Jahre 1870 stattfand, indem eine Anzahl geheimer französischer Papiere in unsere Hände fiel, Indicienbeweise in die Hand bekommen für die Verbindungen, die damals von hiesigen Mitgliedern der Opposition mit der hiesigen französischen Gesandtschaft stattgefunden haben. 28. 1. 1886.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich werde das Geheimniß darüber auch ferner bewahren, weil ich eine Veröffentlichung nicht nützlich halte. Es sind seitdem dreiundzwanzig Jahre vergangen und manche politische Auffassung hat sich geändert, und Alle haben in der Politik Etwas gelernt seitdem; die politische Bildung ist heute eine andere.

Also es war für uns eine sehr bedenkliche, vollkommen isolirte Lage, in der wir uns bei der damaligen polnischen Debatte in diesen Räumen befanden. Beim Beginn der polnischen Insurrection fand ich in Paris noch eine so ziemlich wohlwollende Beurtheilung; man war dort mehr antirussisch, als antipreußisch. Aber, nachdem die Verhandlungen im Abgeordnetenhause stattgefunden hatten, die gewisser Maßen ein Appell des Hauses an das Ausland waren in dem Sinne, wie das englische Sprichwort sagt: Hit*) him, he has no friend (Haut ihn, er hat keinen Freund) — in der Art wurden wir denuncirt in Paris, — da wechselte die Auffassung des Kaisers Napoleon, und er fing an, auf uns zu drücken in einer unfreundlichen Weise. Und daß wir nicht in Folge dieser Verhandlungen in diesen preußisch-deutschen Räumen nachher unter die Schraube einer diplomatischen Pression genommen worden sind, bei der England, Frankreich und Oesterreich vereinigt waren, und die nur

---

*) StB.: Het.

28. 1. 1886. entweder mit einem schmählichen Rückzug oder mit der Aufnahme*) eines Krieges, zu dem Rußland 1863 geneigt war, als Verbündete Rußlands endigen konnte**), das danken wir nur den deutschfreundlichen Regungen, die schließlich der alte Lord Russell***) in England noch hatte. England lehnte es ab, sich den Absichten Frankreichs anzuschließen. In der Gefahr befanden wir uns, isolirt, und Preußen war damals nicht so stark wie jetzt, wir hatten den Deutschen Bund nicht hinter uns. Ich stand genau an dieser selben Stelle und wurde in diesen Räumen von der fast einstimmigen†) Versammlung mit einer Fluth von††) Hohn und Haß überschüttet, wo ich dachte: Nun, da ist der englische und der französische Botschafter doch noch weniger gehässig und feindlich gegen mich, als meine Landsleute im Preußischen Landtage.

(Hört! Hört! rechts. Unruhe links.)

Ja, meine Herren, Sie finden das jetzt lächerlich. Sie haben nicht an meiner Stelle gestanden, Sie haben nicht Tag und Nacht das Gefühl der Verantwortlichkeit für die Geschicke des Landes umhergetragen, was mich keine Minute verlassen hat in jener Zeit; seien Sie versichert davon.

Ich möchte Ihnen zur Bewahrheitung dessen doch von den ungeheuerlichen Actenstößen, die ich, um keinen Irrthum zu begehen, in diesen Tagen durchgesehen habe, ein paar Telegramme anführen.

Eines ist vom 6. März[1]) von dem preußischen Botschafter in London, Graf Bernstoff:

> Baron Brunnow, der heute Lord Russell gesehen, hat mir eben noch bestätigt, daß das englische Cabinet die verdächtigenden Absichten Frankreichs durchschaut und sich nicht von ihm will mit fortreißen lassen, sondern daß es die Sache Preußens in der polnischen Frage von der Rußlands trennt und die erstere jetzt als beseitigt ansieht, wenn nicht noch eine Intervention von anderer Seite stattfindet.

---

*) StB.: Aufgabe.

**) StB.: konnten.

***) StB. hier und weiter: Russel.

†) S. 167b.

††) StB.: voll.

[1]) 1863.

Ein Telegramm aus London, etwas älter, vom Februar, lautet: 28. 1. 1886.

> Zwei telegraphische Depeschen von gestern und eine von heute erhalten. Lord Russell erkennt an, daß Ew. Excellenz' Erklärung im Abgeordnetenhause die Bedeutung der Verabredungen mit Rußland abgeschwächt, glaubt aber doch nicht ganz auf die Depesche verzichten zu können, so lange die Königliche Regierung nicht erklärt, daß sie die Convention nicht ausführen will.

Das war also doch eine für jede unabhängige, großmächtliche*) Regierung demüthigende Zumuthung, daß wir das zurücknehmen sollten; darauf konnten wir auf keinen Fall eingehen. Sie finden von dieser Depesche zu der ersten einen Fortschritt in der Entwickelung der Preußenfreundlichkeit Englands. Nachdem Letzteres gesehen hatte, daß es Frankreich Ernst werden wollte, wollte es doch nicht gegen den alten Verbündeten von Waterloo Arm in Arm mit Frankreich auf diese Weise auftreten.

Unsere Situation war nicht ganz so aussichtslos, wie es den Anschein hatte, wenn man nur die drei Kaisermächte, die damals, England-Indien mit eingerechnet als Kaisermacht, die polnische Bewegung unter ihren Schutz nahmen, betrachtet. Die russische Politik war sehr geneigt, den Degen zu ziehen, und ist im Laufe des Sommers 1863 nur durch die Abmahnungen Sr. Majestät des regierenden Kaisers davon abgehalten worden. Es würde auch diese Absicht wahrscheinlich nur ausgeführt worden sein, wenn Rußland auf das Bündniß Preußens, auf das gleichzeitige Losschlagen Preußens hätte rechnen können.

Man glaubt vielleicht, daß durch einen solchen Krieg, bei all den Beschwerden, die wir damals gegen unsere deutschen Mitverbündeten hatten, eine zweckmäßigere Erledigung der deutschen Angelegenheiten oder wenigstens Förderung viel früher hätte stattfinden können, als nachher geschehen ist. Se. Majestät der König hat es sich aber stets versagt, die deutsche Frage anders als mit eigener Macht zu lösen und auch seine Zwistigkeiten mit Oesterreich anders als unter vier Augen — ich meine, im weitesten Sinne des Wortes — kurz und gut ohne fremde Hilfe zu erledigen.

---

*) StB.: großmächtige.

28. 1. 1886. Diese Erwägung, das Bedürfniß, der deutschen Entwickelung einen rein selbständigen Charakter zu bewahren*) und keiner auswärtigen Macht für irgend welche Förderung in dieser Richtung Dank schuldig zu sein, hat uns abgehalten, auf diese Richtung einzugehen.

(Bravo!)

Das oben erwähnte Telegramm vom Februar fährt fort:

Eine Sommation durch identische Noten wird nicht beabsichtigt. Das englische Cabinet will überhaupt weder Preußen drohen, noch sonst verletzen; es weiß aber, daß die öffentliche Meinung ihm nicht gestatten würde, Preußen beizustehen, wenn Frankreich es angriffe, und wünscht daher dringend, daß die Königliche Regierung durch Beobachtung völliger Neutralität der französischen Regierung jeden Vorwand entziehe.

Nun, diese öffentliche Meinung in England war doch nicht zum geringsten Theil aufgeregt durch die Debatten und die Aeußerungen, die hier stattgefunden hatten, und durch die Art, in der sie von hier aus angerufen war, wie auch die Verhandlungen des englischen Parlaments und der französischen parlamentarischen Regierung hier die Hauptrolle eigentlich in den Debatten spielten.

Bei den jüngsten Reichstagsverhandlungen ist dies nicht ganz in dem Maße geschehen und auch nicht möglich gewesen. Denn unsere Stellung ist nicht mehr eine so exponirte, wie sie es damals war; auch haben wir mehr Freunde im Ausland. Aber ich muß doch daran erinnern, daß eigentlich die Hauptargumente, die von unseren Gegnern im Reichstag geltend gemacht wurden, den Verhandlungen einer zwar befreundeten, aber immer auswärtigen Macht, der österreichischen, entnommen waren; es war immer ein Anklang, ein milder Anklang an die Debatten von 1863. Nun, die Zeiten sind ja überhaupt besser geworden.

(Heiterkeit.)

Ein anderes Telegramm aus London vom 23. Februar [1]) lautet:

Die öffentliche Meinung ist mehr und mehr aufgeregt wegen Polen, und auch die Freunde Preußens bedauern leb-

---

*) S. 168a.

[1]) 1863.

haft die Unterstützung, welche es Rußland gewährt. Die 28. 1. 1886. Sprache der französischen Blätter, namentlich des „Constitutionnel“, erschreckt hier im Publicum und läßt eine Einmischung Frankreichs befürchten. Heut ist wieder Interpellation im Unterhause.

Ich verlese Ihnen dies Telegramm, damit Sie vollständig die Stimmung würdigen können, mit der ich damals hier die Angriffe im Interesse Polens abzuwehren hatte.

Hier ist noch ein Bericht aus Paris vom 5. März [1]), von dem ich nur die Anfangszeilen verlese:

> Schon seit einigen Tagen war es nicht mehr zu bezweifeln, daß der von Frankreich gemachte und in der hiesigen Presse bereits als eine vollendete Thatsache bezeichnete Versuch, aus Anlaß der von der Königlichen Regierung mit Rußland getroffenen Verabredungen im Verein mit Oesterreich und England eine diplomatische Collectivaction gegen Preußen einzuleiten, gescheitert sei.

— Auch am Widerstande Englands! — Hier sind noch die Mittheilungen, die wir darüber an die deutschen Regierungen gerichtet haben; die verlese ich nicht. Ich werde sie vielleicht der Presse übergeben.

Ich habe noch einige Beispiele zu citiren, die meine Aeußerung über die Analogie zwischen der damaligen und jetzigen Situation im Reichstage bestätigen. Es sind inzwischen dreiundzwanzig Jahre politischer Civilisation über uns hinweggegangen, und wir sind so bösartig doch nicht mehr wie damals. Also beispielsweise ein Herr, der noch unter uns lebt und thätig ist, der Abg.*) Virchow, hielt damals eine Rede, die von Anfang bis zu Ende nur Bezug nimmt auf die Vorgänge im Auslande, auf „die Mittheilungen, welche wir theils durch das englische Parlament, theils auf dem Umwege durch den französischen Senat erhalten haben“, auf die scheinbar zuverlässigen Erklärungen der englischen und französischen Regierung“, die Aeußerungen der ‚Times‘, und die officiellen Depeschen, welche

---

*) S. 168b.

[1]) 1863.

28. 1. 1886. die französische Regierung inzwischen publicirt hatte [1]). In der Rede heißt es:

Gegenüber den Angriffen des „Staatsanzeigers" und der Amtsblätter ist es gewiß nicht ohne Werth, daß wir nun sowohl von London als Paris aus erfahren haben, daß zu einer Zeit, wo der Herr Ministerpräsident es immer noch ablehnte, irgend welche Vorstellungen von auswärtigen Regierungen erfahren zu haben, der englische Botschafter Vorstellungen erhoben hat und daß der französische Botschafter beauftragt wurde, Position zu nehmen gegen das preußische Cabinet.

— Es wurde dies mit einem gewissen Triumphe gesagt, um den eigenen Minister einer Unwahrheit ungerechtfertigter Weise zu zeihen. —

Es ist für dieses Haus kein Gegenstand großer Befriedigung, aus der Rede des französischen Ministers gehört zu haben, daß die Haltung, welche dieses Haus in der Frage angenommen hat, von entscheidendem Werth gewesen ist.

— Also diese Schmach — kann ich nur sagen — wurde uns angethan, daß der französische Minister damals offen anerkannte, die Verhandlungen im Preußischen Abgeordnetenhause wären ihm bei den feindseligen Absichten gegen Preußen von ganz besonderem Nutzen und Werth. —

(Hört! Hört! rechts.)

Wir brauchen diese Zeugnisse des Auslandes nicht; aber immerhin scheint es mir doch, daß, wenn selbst auswärtige Minister anerkennen, daß in einer Frage, welche die öffentliche Ruhe Europas in einem so hohen Maße bedroht, die Haltung dieses Hauses ganz entsprochen hat den Grundsätzen einer gesunden Politik, den Grundsätzen einer Politik, welche ebenso sehr die Interessen des eigenen Landes, wie die Interessen des europäischen Friedens wahrte — daß dann wohl dieses Haus ein Mal Anspruch erheben dürfte, von der Königlichen Regierung andere Arten von Mittheilungen entgegenzunehmen, als es bis jetzt geschehen ist.

Es geht weiter in diesem Ton:

---

1) Vgl. Bd. II 150 f.

Dasselbe erklärt jetzt der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten von Frankreich, indem er geradezu in einer Depesche an den französischen Gesandten in Berlin sagt: In unseren Augen jedoch ist der größte Uebelstand der von Preußen gefaßten Beschlüsse der, daß sie*) gewisser Maßen die polnische Frage selbst wieder ins Leben rufen*). 28. 1. 1886.

Erst durch den Lärm also, der hier im Hause geschlagen wurde über die Convention — die, ich weiß nicht durch welche Indiscretion bekannt geworden war, vielleicht durch eine russische — denn dem Fürsten Gortschakoff war sie äußerst unangenehm, er beklagte sie, der Kaiser hatte sie aber befohlen — erst durch den Lärm, der hier im Hause geschlagen wurde, wurde Europa aufmerksam gemacht, daß es hier einen Vorwand finden könnte, und erst seidem hatten wir die französischen Verstimmungen.

Herr Virchow schloß seine vorher citirte Rede mit den Worten:

so**) daß wir die Besorgniß hegen müssen, es würde nicht mehr lange dauern, wo auf das zweite Warschau ein zweites Olmütz folgen wird.

Sie wissen, daß sich diese Prophezeiungen nicht bestätigt haben.

(Heiterkeit.)

Ich muß doch, gerade weil der Rückblick auf diese damaligen Vorgänge für die Beurtheilung, die die heutige Haltung einiger Parteien im Lande finden wird, nicht ohne Wirkung sein wird, noch einige weitere Auslassungen von damals citiren. Da war der Abg. v. Unruh, derselbe Herr, der mir gegenüber früher einmal, als ich Gesandter in Petersburg war, im vertrauten Gespräch die Aeußerung gethan: „Für ein deutsches Parlament geben wir Alle eine Dictatur“ — ich glaube, er hatte seine eigene darunter verstanden —,

(Heiterkeit.)

mir wurde nachher, als wir dieses System hatten, die Dictatur niemals angeboten —

(Heiterkeit.)

Herr v. Unruh sagte [1]):

---

*) StB: er — ruft.

**) S. 169a.

[1]) Vgl. Bd. II 112 f.

28. 1. 1886. Der Herr Ministerpräsident hat die Beantwortung der Interpellation abgelehnt; wir haben dennoch Veranlassung und Stoff genug, eine so brennende Frage hier zur Sprache zu bringen.

Ich habe kein Bedürfniß, alle die Injurien zu wiederholen, die mir gesagt sind, aber die eine ist immer für gewisse politisirende Herren merkwürdig:

> Die russische Politik ist eine sehr weitsichtige und dadurch unterscheidet sie sich leider von der preußischen.

(Heiterkeit.)

Die russische und die preußische Politik einigten sich nun aber gerade, und dieser Keim von Einigkeit ist uns nachher in mancher anderen Beziehung recht nützlich gewesen. — Ich will nun zur Kennzeichnung der Tonart in der damaligen Zeit nur eine Aeußerung des Abg. Waldeck, die mir erinnerlich ist, citiren. Ja, de mortuis nil nisi bene [1]), aber wahrscheinlich hielt er das doch für gut, was er gesagt hat. Er sagte in diesen Räumen:

> Wem die Thatsache, daß Preußen die Gensdarmendienste für Rußland thut, nicht die Schamröthe auf die Stirn treibt, ist nicht werth, ein Deutscher, nicht werth, ein Preuße zu sein [2]).

Damit hatte ich mein Urtheil.

(Heiterkeit.)

Das Alles — erinnern Sie sich an den Ton und die Art, in der dergleichen vorgetragen wurde — machte hier im Hause einen niederschmetternden Eindruck — für meine Freunde vielleicht, für mich persönlich nicht.

(Heiterkeit.)

Ich habe mir damals nur erlaubt, mich mit stumpfen Nägeln zu wehren, weil ich doch über die auswärtigen Dinge keine unnöthigen Händel beginnen wollte, was ich aber doch nicht verlesen will. Es war der Streit über die Frage der Präsidialmacht, betreffend die Unterbrechung des Ministerpräsidenten [3]). Es saß damals auf dem Präsidialsitz der Abg. Behrend (Danzig). Ich habe nur geltend

---

1) Von den Todten (sprich) nur gut! vgl. Bd. X 15.

2) Vgl. Bd. II 116.

3) Vgl. Bd. II 126 ff.

gemacht, daß man, gegenüber von auswärtigen Schwierigkeiten, bei der Beschimpfung der eigenen Minister, vielleicht doch auch nach dem Urtheil der Herren, eine gewisse Grenze einhalten könnte. Es hat dabei an Warnungen für die Herren von jener Seite, auch von Seiten ihrer Freunde, nicht gefehlt. Namentlich hielt der Abg. v. Vincke eine meisterhafte Rede in der Art, wie sie Allen, die ihn gekannt haben, noch in der Erinnerung*) sein wird[1]. Er drückte darin den Wunsch aus, das das jetzige (das damalige) Ministerium den Platz räumen möchte, ohne daß er die Absicht hätte, ihm nachzufolgen: aber in der Sache selbst citirte er doch Aeußerungen der ministeriellen Gegner, die seinem richtigen politischen Urtheil alle Ehre machen. Er sagte: 28. 1. 1886.

> Aus früheren Vorgängen sind wir glücklicher Weise in der Lage, ungefähr zu wissen, wie die Herren —

die Polen nämlich —

> darüber denken.
>
> Ich will mir erlauben, ein Mitglied zu citiren, das sich neulich bei der Interpellation in den Vordergrund gestellt hat, es war das das Mitglied für Inowrazlaw[2]. Derselbe hat uns bei einer früheren Verhandlung gesagt:
>
> > Nun, meine Herren, was unsere Losung ist, was wir im Herzen, im Gemüth, im Gefühl und in der Hoffnung tragen, erlauben Sie, daß das unsere Sache ist, und wäre es auch Polen in den Grenzen des Jahres 1772. Niemand kann uns das zum Vorwurf machen.

Zu meinem Bedauern hat bei der neulichen Reichstagsdebatte gerade diese Aeußerung eines Polen eine Bestätigung durch den Herrn Abg. Windthorst gefunden. Derselbe sagte am 16. Januar 1886 — nicht etwa 1863 —:

> Wenn man eine derartige Maßregel so vertheidigt, dann sind wir allerdings weit gekommen. Sind denn unsere polnischen Mitbrüder außerhalb des Völkerrechts gestellt? Haben sie nicht auf Grund der Verträge, nach denen sie zu uns

---

*) S. 169b.

[1]) Vgl. Bd. II 134.

[2]) Kantak.

28. 1. 1886. gehören, das Recht, das zu thun und zu erstreben, was sie thun?

— also das Polen von 1772 zu erstreben! —

(Widerspruch im Centrum und bei den Polen.)

Ich lese noch weiter, meine Herren:

Die Sache ist einfach: Sie dürfen von alledem, was sie wünschen und erstreben,

— von alledem, beherzigen Sie wohl! —

Nichts durch ungesetzliche Mittel thun

— gerade wie die Welfen. —

Wenn sie aber übrigens an ihr altes Vaterland denken und wünschen, daß es wieder hergestellt werden möge, dann kann ihnen das Niemand verwehren (sehr richtig!), und ich muß gegen derartige Excesse deutsch-nationaler Gesinnung, wie sie hier zu Tage gekommen sind, meinestheils Protest einlegen.

— Deutsch-nationale Gesinnung! Zu meinem Bedauern sind wir zu dieser Gesinnung erst sehr spät*) gelangt; ich würde mich freuen, wenn ich nach dieser Seite hin ein gewisses Rumoren und Radschlagen in Deutschland bemerkte, —

(Heiterkeit.)

das ist mir aber bis jetzt noch nicht vorgekommen.

Der Herr Abg. Windthorst gibt also noch heute damit zu, was der Herr Abg. v. Vincke schon damals nicht zugab, obwohl er mein persönlicher Gegner war; er findet, daß man rebus sic stantibus[1]) sich über derartige Sachen nicht verwundern dürfe. Ich erinnere mich, daß bei einer Discussion im Reichstag über das Kullmannsche Attentat auf meine Person der Herr Abg. Windthorst sich ungefähr in derselben Art aussprach[2]), ich vergesse ihm das nicht; wem mein Leben und**) meine Gesundheit so vollständig gleichgültig ist, macht mir damit immer einen Eindruck,

(Heiterkeit.)

und ich habe immer ein gewisses Andenken an diese Zeit gehabt.

---

*) StB.: selten.

**) S. 170a.

[1]) Wenn die Dinge so stehen; vgl. Bd. IV 321.

[2]) Vgl. Bd. VI 223.

Der Herr Abg. Windthorst sagte damals — ihm selbst wird ja seine Aeußerung genau in der Erinnerung sein, und der stenographische Bericht wird dies ja bestätigen —, wenn man sich so benehme, dann dürfe man sich über solche Folgen nicht so sehr verwundern. 28. 1. 1886.

(Heiterkeit rechts.)

Also ungefähr dasselbe.

Der Abg. v. Vincke fährt in seiner Rede weiter fort:

> Wenn Ihnen das noch nicht bestimmt genug sein sollte, so will ich Ihnen noch ein anderes hervorragendes Mitglied citiren, das zu meinem innigsten Bedauern, ich weiß nicht warum, hier nicht anwesend ist. Es ist der Herr v. Niegolewski. Am 22. April 1861 hat er uns gesagt:
>
> > Glauben Sie aber nicht, daß wir unsere Hoffnungen auf die Wiederherstellung Polens aufgeben werden. Diese unsere Hoffnung versteht sich von selbst, sie ist unser Evangelium.

— Sie gehört also zu den Hoffnungen, die auch der Herr Abg. Windthorst hegt. Also aus dem eigenen Lager hat eine Stimme, die weniger durch den Haß, der damals geschürt wurde, eingenommen war, die Warnung ertheilt!

Aber meine Herren, wie ich schon erwähnt habe, es sind, seit ich auf dieser selben Stelle stand und die Aeußerungen, von denen ich einige citirt habe, gefallen sind, dreiundzwanzig Jahre vergangen; die Leidenschaften sind kühler geworden. Ich habe den Eindruck, daß unsere deutsche Volkserziehung für die europäische Politik doch zu spät begonnen hat, als daß sie 1863 schon hätte vollendet sein können. Wenn wir bedenken, wie viel milder und ruhiger wir uns gegenseitig beurtheilen, als nach den Echantillons [1]) aus der gereizten Zeit, die ich citirt habe, der Fall war, so dürfen wir uns die Hoffnung nicht versagen, daß wir auch ferner Fortschritte in der Versöhnung und gegenseitigen Anerkennung machen werden. Nur bitte ich, daran nicht die Hoffnung zu knüpfen, daß ich jemals den Anspruch unserer polnischen Collegen hier auf Wiederherstellung irgend eines polnischen Reiches innerhalb preußischer Grenzen anerkennen werde, das werde ich nie und unter keiner Bedingung.

(Bravo! rechts.)

[1]) Proben.

28. 1. 1886. Wir werden ihnen den Schutz gewähren, auf den sie von der Obrigkeit Anspruch haben, aber sobald sie innerhalb der preußischen Grenzen eine polnische Frage anregen, so sage ich auch mit meinem früheren und vielleicht späteren Collegen, dem Minister Gladstone: Hands off, Hände weg! Auch nicht um eines Haares Breite Concessionen!

(Bravo! rechts.)

Seit 1866 haben wir vom Auslande her eine Unterstützung der polnischen Bestrebungen bei uns nicht weiter zu erleben gehabt, vielleicht deshalb, weil wir stärker geworden sind, als wir damals waren, vielleicht deshalb, weil Frankreich, das das Hauptinteresse an der Wiederherstellung Polens hatte — weil eine polnische Armee immer ein französisches Corps an der Weichsel sein würde —, weil Frankreich einstweilen in der Politik andere Gedanken hat als die polnische Frage; das Ziel seiner Gedanken liegt viel näher: es denkt mehr an Deutschland, es denkt direct an uns, während es früher indirect dachte. Es sind keine französischen Bestrebungen, wie*) sie unter Kaiser Napoleon, wie sie unter Louis Philipp ziemlich harmlos stattfanden, zu Gunsten Polens weiter im Auslande bemerkbar gewesen; auch ist die europäische Politik durch die Ereignisse von 1866 und 1870 hinreichend beschäftigt gewesen, um auf Polen nicht einzugehen. Trotzdem ist aber der Kampf ums Dasein zwischen den beiden Nationen, die auf dieselbe Scholle angewiesen sind, unvermindert, man kann sagen, mit verstärkten Kräften fortgeführt. Die Zeit der Ruhe ist auf polnischer Seite keine Zeit der Versöhnung und des Einlebens gewesen, und das Eigenthümliche ist, daß in diesem Kampf nicht etwa, wie man im Auslande vielfach glaubt und wie unsere Optimisten meinen, die deutsche Bevölkerung die Siegerin ist und der Germanismus fortschreitet, sondern umgekehrt; die polnische Bevölkerung macht ganz zweifellose Fortschritte, und man fragt sich, wie das bei der angeblich so großen Unterstützung, die das deutsche Element von Seiten der Regierung hat, möglich ist. Ja, meine Herren, vielleicht lehrt das noch, daß die Unterstützung, die die Polen von Seiten der Opposition haben, stärker ist, wie dasjenige, was die Regierung

*) S. 170b.

nach der heutigen Verfassung leisten kann; aber die Thatsache, daß 28. 1. 1886.
die Polen von sich sagen können: Vexilla regis prodeunt, unsere Fahnen rücken vor [1]), — die ist ja ganz unzweifelhaft.

Wenn man über die Gründe dafür nachdenkt, so fällt mir vorzugsweise die damalige katholische Abtheilung ein, die ihrerseits schließlich bis zu ihrer Aufhebung nach meiner unmittelbaren Erfahrung, die ich als Ministerpräsident zu machen Gelegenheit hatte, rein den Charakter eines polonisirenden Organes innerhalb der preußischen Verwaltung hatte.

(Unruhe im Centrum und bei den Polen.)

Sie war unter der Leitung des Herrn Krätzig, von dem ich hoffe, daß er noch lebt, ein Institut in den Händen einiger großen polnischen Familien geworden, in deren Dienst sich diese Behörde behufs Polonisirung in allen zweifelhaften deutsch-polnischen Districten gestellt hat [2]). Deshalb trat mir die Nothwendigkeit nahe, auch meinerseits den Anträgen auf Aufhebung dieser Abtheilung zuzustimmen, und das ist eigentlich der Grund, aus dem ich überhaupt in den Culturkampf gerathen bin. Für meine persönliche Auffassung hätte es wohl gar keinen Culturkampf gegeben. —

(Lebhafter Widerspruch im Centrum.)

Ja, meine Herren, was Sie dagegen sagen können — ich lasse Ihnen Ihre Zweifel daran; es wird einige Leute vielleicht geben, die mir glauben, es ist mir aber ziemlich gleichgültig, ob mir überhaupt Jemand glaubt; aber ich habe doch das Bedürfniß, Jedem, der sich darüber informiren will, meine persönliche Meinung zu sagen. Wer mich in den Culturkampf hineingezogen hat, das ist Herr Krätzig, der Vorsitzende der katholischen Abtheilung, derjenigen Abtheilung, die innerhalb der preußischen Bureaukratie die Rechte des Königs und der Kirche zu wahren gebildet war, die aber ausschließlich eine Thätigkeit in der Richtung entwickelte, daß sie die Rechte der römischen Kirche sowohl, wie namentlich aber die polnischen Bestrebungen gegenüber dem König mit seiner Autorität und unter seinem Siegel wahrnahm. Und deshalb mußte sie aufgelöst werden.

(Oho! im Centrum und bei den Polen.)

[1]) Vgl. Bd. VI 116.
[2]) Vgl. Bd. V 208.

28. 1. 1886. Eine zweite Erklärung für den Fortschritt der Polen liegt in der Leichtigkeit, die sie für die Agitation durch die Einführung der Reichsverfassung und der Reichsgesetze über Presse und Vereine gewonnen haben. Die polnischen Herren sind nicht schüchtern gewesen in der Ausbeutung aller der Gesetze, die im Deutschen Reiche und in Preußen gegeben*) waren. Sie erkennen sie ihrerseits nicht an; sie erkennen ihre Zugehörigkeit zu Preußen nur auf Kündigung, und zwar auf vierundzwanzigstündige Kündigung an; wenn sie heute Gelegenheit hätten, gegen uns vorzugehen, und stark genug wären, so würden sie nicht einmal gegen vierundzwanzigstündige Kündigung, sondern ohne Kündigung losschlagen. —

(Große Unruhe bei den Polen.)

Ja, meine Herren, ist Einer von Ihnen, der sein Ehrenwort darauf geben kann, daß das nicht wahr ist,

(Große Heiterkeit.)

daß alle die Herren zu Hause bleiben werden, wenn die Gelegenheit sich bietet, mit ihren Banderien auszurücken, — dann will ich meine Behauptung zurücknehmen; aber das Ehrenwort verlange ich.

(Heiterkeit.)

Und daß Sie mir einreden wollen, das wäre ein Irrthum, — meine Herren, so dumm sind wir wirklich nicht, ich wenigstens nicht.

(Heiterkeit.)

Also das Zweite ist eben die reichliche Agitationsmöglichkeit, welche die Reichsgesetze geben, und die für die deutschen Abgeordneten im Reich ein Bedürfniß war, um mit den nöthigen Kampfmitteln gegen die eigene Regierung ausgerüstet zu sein. Gerade in dieser Abneigung, in diesem für alle deutschen Generationen vielleicht traditionellen Bedürfniß des Kampfes und der Kritik gegen die eigene Regierung [1]) finden die Polen wiederum eine sehr kräftige Anlehnung. Sie eignen sich Alles an, was von irgend einer Seite der preußischen Regierung vorgeworfen wird, weil deren Schwächung ja das Erste ist, was sie hier innerhalb der preußischen Grenzen überhaupt zur Realisirung und Wiederherstellung der polnischen Republik zu leisten haben.

*) S. 171a.

[1]) S. o. S. 174.

Dann hat ihnen die Reichsverfassung eine starke Anlehnung 28. 1. 1886.
an verschiedene Parteien gegeben, die ihrerseits ebenfalls bereit sind, die Regierung unter allen Umständen zu bekämpfen; in dieser Negative findet sich ja eine beträchtliche Anzahl, unter Umständen sogar die Majorität im Reichstag zusammen, eine Majorität, die ganz unfähig ist, eine positive Regierung zu bilden, eine Majorität, deren leitende Principien in den letzten Fällen, die vorlagen, von der polnischen und von der socialdemokratischen Fraction bestimmt wurden und allenfalls noch von den übrigen — ich kann wohl sagen fenischen, nihilistischen Fractionen —, womit ich keine kränkende Bezeichnung brauchen will; ich meine nur eine Fraction, die unter allen Umständen die jetzige Regierung nicht nur, sondern die jetzigen Reichseinrichtungen negirt und die sie nicht will, eine Fraction, auf welche ich ein Sprichwort anwenden möchte, das mir aus meiner Zeit als Deichhauptmann in Erinnerung ist: Wat nich will dieken, dat mut wieken, Was nicht will deichen, das muß weichen; wer nicht mitarbeiten will an dem Staat zu seinem Schutz, der gehört nicht zum Staat, der hat keine Rechte an den Staat; er soll weichen aus dem Staat. So barbarisch sind wir nicht mehr, daß wir die Leute austreiben, aber es wäre eigentlich die gerechte Antwort gegen alle diejenigen, die den Staat und seine Einrichtungen negiren, daß ihnen auch ihrerseits der staatliche Schutz in allen Beziehungen entzogen würde, desjenigen Staates, den sie negiren. Das nannte man im alten Deutschen Reich: Bann und Acht; es ist ein hartes Verfahren, zu dem wir heute zu weichmüthig sind. Aber es ist kein Grund, denjenigen Rechte am Staat einzuräumen, die ihrerseits alle Pflichten negiren. Diese Anlehnung an andere*) Parteien bedingt gerade die verhältnißmäßige Gefährlichkeit, die ich der polnischen Opposition zuschreibe. Wenn die zwei Millionen Polen ganz allein ständen, würde ich sie nicht fürchten, zumal unter der Million Oberschlesier doch die Feindseligkeit gegen den preußischen Staat nicht so entwickelt ist, wie die Leiter der Agitation es wünschen; aber in der Anlehnung an andere Staaten, an andere Parteien, die auch den Staat negiren, und die ihn auch bekämpfen, da bilden sie eine erkleckliche

---

*) S. 171b.

28. 1. 1886. Macht, eine Majorität, von der ich für die weitere Entwickelung des Deutschen Reiches wenig Heil in Zukunft erblicken kann.

Ein anderes Motiv, welches den Polen zu Gut gekommen ist, habe ich schon vorhin gekennzeichnet, das ist die schwache Entwickelung des nationalen Gefühls Deutschlands und eine gewisse Ausländerei, die uns noch immer eigenthümlich ist[1]). Wenn Sie die früheren Zeiten mit heute vergleichen, so finden Sie, daß die deutsche Sprache in allen Ländern Plätze geräumt hat, die sie früher einnahm; in den nordischen Reichen war Deutsch früher die Geschäftssprache, in Dänemark ganz gewiß, in Schweden wenigstens Verkehrssprache der gebildeten Leute. Der deutsche Buchstabendruck ist dort noch zum Theil geblieben, wird aber von denen, die uns nicht lieb haben, bekämpft. Das schlagendste Beispiel liefert Elsaß, dieser kerndeutsche Stamm, der schließlich doch nicht der Versuchung widerstehen kann, dem benachbarten Schwaben zu sagen: Wir sind vornehmer wie Ihr, denn wir sind in Paris gewesen, wir gehören zu Paris, Paris ist unser, das sind wir; Ludwig XIV., das sind wir, wir haben mit Mélac schon die Pfalz verbrannt und mit Napoleon I. sind wir siegreich in alle Hauptstädte eingezogen. — Daß dessen überhaupt ein Deutscher sich rühmen kann, das bildet auch den Stolz des antideutschen Ausländers. Dieser Bedientenstolz auf die glänzende französische Livrée, der den benachbarten Bruder Bauer, der sein Stammverwandter und Vetter ist, mit Verachtung ansieht und sagt: Wir Franzosen sind vornehmer! Kein Deutscher*) bringt es über seine Lippen, daß er sich deshalb über seine Landsleute überhebt, weil er vielleicht an dem siegreichen deutschen Krieg Theil genommen hat oder in Berlin gewesen ist. Aber denken Sie, ein Jeder an seine eigenen Erlebnisse — ein Deutscher, der in Paris gewesen ist, ist der nicht in seinen Umgebungen ein höheres Wesen?

(Widerspruch.)

ich meine gegenüber allen Denjenigen, die nicht in Paris gewesen sind; — er hat wenigstens die Unterofficierstressen. Das ist eine Kleinmüthigkeit, die ich im höchsten Grade bedaure. In Böhmen, Ungarn — Herr v. Rauchhaupt hat das schon vorher erwähnt —

*) StB.: Franzose.

[1]) S. o. S. 251.

überall geben die Deutschen ihren Besitzstand auf, ja in Polen sogar, sie sind stolzer, wenn sie als Polen zurückkommen. Wie Viele, mit die schärfsten Widersacher vom nationalen Standpunkt unter den Polen, tragen deutsche Namen — ich will gar nicht von den Huttens, Kalksteins, von den Rautenbergs sprechen, die haben sich seit Langem die Freiheiten des polnischen Adels gewöhnt höher zu schätzen, als ihr ursprünglich deutsches Blut. Aber nehmen Sie die Leute, die kurze Zeit in Polen gewesen sind. Wenn Jemand nach drei Jahren aus Amerika zurückkommt und spricht von: „Bei uns drüben" oder gebraucht englische Ausdrücke [1]), — dann imponirt er seinen Landsleuten damit und fühlt sich, wie man sagt, forscher als Ausländer. 28. 1. 1886.

(Heiterkeit.)

Wenn aber Jemand mit einem echt deutschen Namen nach Polen geht und kommt nachher zurück, ein Krauthofer als Krautowski, ein Schumann mit einem Sz geschrieben [2]), ein Wollschläger mit einer polnischen Orthographie, ja*), meine Herren, dann muß ich sagen: Es liegt darin eine Gefahr. Wenn man sich unter den übrigen Nationen umsieht, wird man keine finden, die sich avancirt vorkommt, wenn sie ihre Namen mit ausländischer Orthographie schreibt, die sich vornehmer, gewisser Maßen edelmännischer dünkt, wenn sie den Nimbus des Ausländischen an sich hat. Ja, ich wette, das ist eine schwache Seite, die unseren Gegnern manche Blöße bietet. Zunächst in Oberschlesien — wie hat sich da das polnische Element ausgebreitet! In meiner Jugend kannte man gar keine polnischen Bestrebungen in Oberschlesien. Das Erste, was ich in dieser Richtung erlebt habe, ging von geistlicher Seite aus. Es war damals im Abgeordnetenhause und ich saß dort,

(nach rechts zeigend)

und hier

(nach links zeigend)

---

*) S. 172a.

[1]) S. o. S. 251.

[2]) Dem gegenüber bemerkte der Abg. Szuman nach Schluß der Debatte, daß weder ihm noch seiner Familie in irgend welcher Weise der Vorwurf des Renegatenthums gemacht werden könne; seine Familie habe sich, so weit die Familientradition reiche, immer zur polnischen Nationalität bekannt, und in dieser wolle er leben und sterben (StB. 189a).

28. 1. 1886. saß ein Geistlicher Namens Schaffranek oder er stand vielmehr in der Regel an dieser Stelle; er hatte nämlich seinem Vorgesetzten versprochen, nicht mehr auf der Linken zu sitzen, aber nicht auf der Linken zu stimmen und zu stehen, das hatte er nicht versprochen,

(Heiterkeit. — Oho!)

und wenn die Sitzung sechs Stunden dauerte, so stand er wie eine Statue mit einer Kraft in den Stehwerkzeugen, die ich oft bewundert habe.

(Heiterkeit.)

Das war hier der erste polnische Ton für Oberschlesien. Wenn Jemand hier sein sollte, der schon damals mit mir im Landtage gewesen ist, so erinnere ich daran, daß er polnisch lang und breit sprach und namentlich von dieser Stelle ein polnisches Sprichwort citirte, das ungefähr so lautete: Wie Dies und Jenes unmöglich ist — es war ein aus dem Thierreich entnommenes Bild —, so ist es unmöglich, daß der Deutsche und Pole Freunde werden. Das war der erste Ton, den ich hier gehört habe. Es war damals bei den Ultramontanen noch nicht Gebrauch, gegen die Regierung zu stimmen — zum Beispiel die Führer der katholischen Fraction, die Gebrüder Reichensperger, haben stets mit der Regierung, sogar in der Minorität von zwanzig Stimmen votirt; aber Schaffranek zeigte schon den Finger der Zukunft. — Wie das augenblicklich sich gestaltet, das zeigt mir unter hundert anderen Documenten, die ich produciren könnte, eines, das ich deshalb vorlege, weil es mir gerade heute früh, vom 27. Januar datirt, zugekommen ist, und welches eine Meldung über einen Geistlichen Johann Marchwicki enthält. Derselbe hat vor einiger Zeit die Annahme des Anton Stankowski und des Johann Stroźynski zum Confirmandenunterricht abgelehnt, so lange dieselben bei Deutschen im Dienstverhältniß verblieben. Es wird also dort — ich schließe das nicht aus diesem einen Indicium, sondern wir haben Hunderte und Tausende der Art — die strengste Scheidung zwischen den Nationalitäten gemacht, eine Art der Verfehmung derjenigen, die sich überhaupt mit Deutschen einlassen. Ich will gar nicht von dem Grafen Czarnecki, glaube ich, hieß er, sprechen, der auf seine Windfahne einschreiben ließ: Tod den Deutschen!

Das sind Aufforderungen, die auch charakteristisch sind; aber es wird die Scheidung auch so betrieben und so erzwungen, daß für jede Benutzung eines deutschen Wortes in Gesellschaften eine Geldstrafe eintritt. 28. 1. 1886.

Also der genannte Geistliche verweigert den Kindern den Confirmandenunterricht, so lange sie bei Deutschen im Dienstverhältniß*) blieben. Die betreffende Eröffnung machte derselbe in Gegenwart aller seiner Confirmanden.

Ferner hat der Marchwicki in einer vor acht Wochen gehaltenen Predigt geäußert, es sei eine Sünde, wenn katholische Dienstboten bei deutschen Herrschaften Dienste annähmen und bei denselben verblieben.

Da soll man uns doch nicht beschuldigen, daß wir den Culturkampf in diese Sache hineinmischen. —

(Unruhe im Centrum.)

Meine Herren, mit diesem unarticulirten Ausdruck der Entrüstung widerlegen Sie mich doch nicht. — Also wir haben ihn nicht hineingemischt. Man hat uns im Reichstage vorgeworfen, wir hätten die Juden ausgewiesen. Nun, meine Herren, wir würden confessionell verdächtig geworden sein, wenn wir gesagt hätten: Alle Polen werden ausgewiesen, mit Ausnahme derer, die jüdisch sind, oder wenn wir gar die evangelischen hätten ausnehmen wollen; wir haben eben nur die Nationalität im Auge, die wir bekämpfen. Die Confession, — mein Gott, wir weisen doch Keinen um seines christlichen Bekenntnisses willen aus anderen Provinzen aus, warum gerade aus Posen? — Also der genannte Geistliche hat in der Predigt geäußert, es sei Sünde, wenn katholische Dienstboten bei evangelischen Herrschaften Dienste annähmen. Da sehen Sie, von welcher Seite her der Culturkampf hineingezogen wird! Es wird eben den Polen gesagt: „Ihr sollt Eure Religion verlieren!" Es wird der Irrthum der polnischen Sprache, die statt „evangelisches" Bekenntniß sehr häufig „deutsches" Bekenntniß sagt, sorgfältig benutzt, um zu sagen: „Ihr sollt Eurer Religion entsagen." Auf diese Weise wird gehetzt.

Meine Herren, wenn Sie das bestreiten, — ja, ich kann

*) S. 173a.

28. 1. 1886. Ihnen eine ganze Pandorabüchse, einen ganzen Sack ähnlicher Documente geben, die viel verdrießlicher für Sie sein werden, wie dieses, nach welchen die Betheiligung der Geistlichen noch viel weiter geht. Um dies zu vermeiden, habe ich es nur berührt, aber wenn Sie glauben, dergleichen offenkundige Sachen vor dem Publicum durch Ihre Hohnrufe in Parenthese discreditiren zu können, dann irren Sie sich, ich will Sie mit Beweisen überschütten, daß Sie an der Hälfte genug haben.

(Sehr gut! rechts. Rufe im Centrum: Nur zu!)

Als Beweis, welche allgemeine Wirkung*) es**) in der Gemeinde hervorgerufen hat, hat das Dienstpersonal mehrerer jüdischer und deutscher Brotherrschaften diese bereits verlassen, — sie haben also gehorcht.

Meine Herren, Sie werden mir das Zeugniß geben müssen, daß ich in meiner langen Auseinandersetzung den Culturkampf und die Stellung, die das Centrum genommen hat — Ehre, dem Ehre gebühret: immer, mit Ausnahme des Abg. Windthorst —, so wenig wie möglich berührt habe, und ich würde auch den Fall Marchwicki nicht erwähnt haben, wenn er mir nicht gerade jetzt und heute mitgetheilt wäre. Unser Eindruck ist nach alledem, in Erwägung all der Erlebnisse, die ich mich bemüht habe zu recapituliren, derjenige gewesen, daß das Bestreben, die polnische Bevölkerung, wenigstens deren Führer, den polnischen Adel, für die preußischen Staatsideen wohlwollend zu gewinnen, ein Mißgriff gewesen ist, ein Irrthum, dem wir auf die Initiative des hochseligen Königs fünfundvierzig Jahre gefolgt sind, von dem uns loszusagen aber wir für unsere Pflicht gegen unser Land und Deutschland halten,

(Bravo! rechts.)

und deshalb bleibt uns nur das Bestreben übrig, uns zu bemühen, daß wir die Verhältnißzahl zwischen der polnischen***) und deutschen Bevölkerung möglichst bessern zum Vortheil der Deutschen, um, wie der General Grolman 1832 sagte, sichere Leute, die am preußischen Staate festhalten, in jener Provinz zu gewinnen.

---

*) StB.: Entrüstung; doch paßt das Wort nicht zum Inhalt.
**) D. i. die Predigt Marchwickis.
***) S. 173a.

Diese Verhältnißzahl zu bessern ist einerseits durch Vermehrung der deutschen Bevölkerung möglich, andererseits durch Verminderung der polnischen. Für den letzteren Zweck stehen uns gesetzliche Mittel weiter nicht zu Gebote, als die Ausweisung derjenigen Polen, welche dem Lande nicht angehört haben und welche kein Recht haben, im Lande geduldet zu werden. Wir waren der Ueberzeugung, daß wir an unseren eigenen Polen genug haben, und daß wir die Ziffer der polnischen Agitatoren um die Kopfzahl der fremden, die bei uns im Lande sind, vermindern müssen. 28. 1. 1886.

Es konnte uns außerdem nicht entgehen, daß unter diesen fremden Elementen zwar sehr viele nützliche und unbefangene Arbeiter sind; aber doch auch sehr viele Solche, die das Geschäft der Agitation für polnische Zwecke auf preußischem Gebiet unter dem Schutz der preußischen Gesetze, unter der breiten Duldung der preußischen Behörden geschickter betreiben können als von ihrer russischen Heimath aus. In Oesterreich können sie es auch, aber deshalb kommen zu uns gerade aus Russisch-Polen eine erhebliche Anzahl von recht thätigen Agitatoren und Elementen, die im Vereinswesen und in der Presse die Gastfreiheit, die ihnen der preußische Staat gewährt, benutzen, um ihre Landsleute diesseits und jenseits der Grenze gegen denselben zu verhetzen. Die russische Regierung leidet ebenfalls unter dieser Agitation, die von preußischen Ortschaften ausgeht und ihr eigentliches und nächstes Ziel auf russischem Boden hat. Von den Mitteln, die wir anwenden wollen, um die Stellung der Deutschen in Posen zu kräftigen, war das nächstliegende dasjenige, das wir ohne weiteren gesetzlichen Beistand direct durch Verfügung der Regierung anwenden können, die Ausweisung. Die statistischen Daten ergeben, daß in Folge der außerordentlichen Nachsicht der preußischen Behörden die Schullasten unserer eingeborenen Gemeinden sich erhöht haben, weil die Kinder der lästigen Einwanderer beschult wurden. Aber dies brauche ich nicht als Vorwand, sondern ich bezeichne die Ausweisung als eine politische Maßregel: Wir wollen die fremden Polen los sein, weil wir an unseren eigenen genug haben.

(Bravo! rechts.)

Deshalb werden wir auch an dieser Maßregel mit unabläßiger Energie festhalten und sind über dieselbe mit unserem Nachbar

28. 1. 1886. drüben völlig einig. Es könnten noch zwanzig Reichstagsbeschlüsse, in der Art in die preußischen Gerechtsame übergreifend, gefaßt werden, das wird uns nicht ein Haar breit irre machen in unseren Entschließungen.

(Lebhaftes Bravo! rechts.)

Die Gefahren, die wir in Posen hauptsächlich zu befürchten haben, sind nicht so zahlreich, wie die Ziffer von zwei Millionen anzeigt; ich habe schon vorhin gesagt, daß fast die Hälfte dieser zwei Millionen in Schlesien wohnt, wo wir doch heute noch ohne einen einschneidenden Beistand der Sache gewachsen sind; aber in der Provinz Posen und in den polnischen Theilen von Westpreußen beruht das Widerstreben gegen die Assimilirung, gegen das Zusammenwirken mit Deutschen, die Vertiefung der Kluft, die beide Nationen trennt, doch fast ausschließlich auf dem Adel. Denn — wie auch schon das Grolmansche Elaborat sagt — der Adel mit seinem Gefolge, mit seiner zahlreichen Dienerschaft, mit seinen Dworniks und seinen Beamten liefert hauptsächlich die Elemente zur Unterhaltung der Agitation.

Nun besitzt der polnische Adel im Großherzogthum Posen gegenwärtig noch etwa 650 000 Hektare*). Die Hektare**) der Königlichen Domainen bringt im Regierungsbezirk Posen 20 Mark Pacht ein. Das ist durchschnittlich reiner Acker und Wiese; wenn man Haide und Wälder und Unland mit hinzurechnet, so vermuthe ich, daß diese 650 000 Hektare im Ganzen doch nur einen Ertragswerth von 15 Mark für die Hektare haben werden, also von 5 Thalern, also 5 Thaler Rente. 5 Mal 600 000 wären 3 Millionen, das wären 3 Procent von 100 Millionen Thalern. Nun fragt sich, ob Preußen in seinem und des Deutschen Reiches Interesse nicht unter Umständen in der Lage sein könnte, 100 Millionen Thaler auszugeben, um die Güter des polnischen Adels dafür zu gewinnen, — kurz und gut, um den Adel zu expropriiren.

(Oho!)

Das klingt ungeheuerlich, aber wenn wir für eine Eisenbahn expropriiren und die Häuslichkeit stören, Häuser und Kirchhöfe

---

*) S. die Bemerkung o. S. 346.

**) S. 173 b.

durchbrechen, lediglich zur Bequemlichkeit der Eisenbahngesellschaft, 28. 1. 1886.
wenn wir expropriiren, um eine Festung zu bauen, um eine Straße in der Stadt durchzuschlagen, wenn wir ganze Stadtviertel expropriiren, wie in Hamburg, um einen Hafen zu bauen, Häuser, die seit Jahrhunderten stehen, abbrechen: warum soll dann nicht unter Umständen ein Staat, um seine Sicherheit für die Zukunft zu erkaufen und die Unruhe los zu werden — ist die Sicherheit nicht ein höherer Zweck als der Verkehr, ist die Sicherheit für die Gesammtheit nicht ein höherer Zweck wie die Befestigung eines einzelnen festen Platzes? — warum soll denn nicht ein Staat unter Umständen zu diesem Mittel schreiten? Es wird ja keine Ungerechtigkeit verlangt, es soll nach dem vollen Werth bezahlt werden, und die Herren würden vielleicht zum Theil sehr vergnügt sein, mit dem Gelde, was sie dafür bekommen, sich in Galizien anzukaufen, oder jenseits der russischen Grenze, da sind sie viel mehr unter sich, und es würden auch Viele von ihnen vorziehen, mit diesem Vermögen sich nach dem Westen zu begeben, nach Paris oder nach Monaco.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, also so ganz ungeheuerlich, wie es auf den ersten Anblick erscheint, ist das nicht. Auch die Kosten sind nicht so groß; ich bin überzeugt, der Domainenfiscus würde nicht sehr viel dabei verlieren, und wenn er dabei 10 Procent verliert, so glaube ich, könnte man in dem Bewußtsein, daß wir endlich an unserer Ostgrenze Ruhe haben und daß wir sicher sind, dort Leute zu haben, die nicht nur auf Kündigung, die nicht nur so lange Preußen sind, bis sich eine günstige Gelegenheit zum Abfall bietet, den Rentenverlust wohl ertragen. Aber die Regierung beabsichtigt gar nicht, im jetzigen Augenblick so weit zu gehen; ich nenne diese Möglichkeit nur, damit man sich im Publicum überlegt und darüber nachdenkt, ob es nicht nützlich ist, und damit auch die Herren in Polen, die so ungern unter der preußischen Regierung leben, ihrerseits darüber nachdenken, ob sie nicht selbst einmal den Antrag stellen sollen: Findet uns ab!

(Heiterkeit.)

Unser Verlangen geht so weit noch nicht, wir werden Ihnen Maßregeln vorschlagen und zu dem Behufe Geldbewilligungen verlangen,

28. 1. 1886. über deren Höhe mit dem Herrn Finanzminister verhandelt wird, um zu dem früher charakterisirten Flottwellschen System zurückzukehren und diejenigen Güter, die freiwillig zum Verkaufe kommen, und auch diejenigen Domainen, welche sich dazu etwa eignen, zu benutzen, um auf ihnen Deutsche unter solchen Bedingungen anzusiedeln, die uns die Gewißheit oder doch die Wahrscheinlichkeit gewähren, daß sie Deutsche bleiben, also Deutsche mit deutschen Frauen, nicht mit polnischen*) Frauen. Wir wollen die Sache so weit in Händen und unter Aufsicht haben, als es erforderlich ist, um die Erreichung des Zweckes zu sichern. Zu diesem Behufe würden wir das Bedürfniß haben, ähnlich wie das bereits unter Friedrich dem Großen bei seinen Colonisationen geschehen ist, einmal eine Immediatcommission zu bilden, die unter dem Staatsministerium steht, die aber von beiden Häusern des Landtages gewählte Vertreter in ihrer Mitte zählen würde, damit beide Häuser sowohl eine Einwirkung als eine Controle dessen haben, was da geschieht. Diese Commission würde ihrerseits die Verwendung der erworbenen Güter in einer Richtung zu leiten haben, bei der der Zweck, Deutsche dort anzusiedeln, sei es als Pächter, als Zeitpächter, gesichert wäre. Wir brauchen dazu nicht einmal die Wiederherstellung der Erbpacht; eine Zeitpacht, die so berechnet ist, daß nach fünfundzwanzig oder fünfzig Jahren das Gut in das Eigenthum des Pächters übergeht, würde völlig den Bedarf decken, denn jenseits fünfzig Jahre noch zu rechnen, das überschreitet menschliche Möglichkeit. Wir werden also von Ihnen in der Hauptsache einen Credit verlangen müssen, um Güter zu kaufen, — leider bei der jetzigen gedrückten Lage der Landwirthschaft auch Güter, die in deutschen Händen sind und sich nicht mehr halten können; aber wir müssen zur Verwirklichung unseres Zweckes nehmen, was wir vorfinden. Außerdem haben wir verschiedene andere Maßregeln, die theils mit, theils ohne Novation [1]) in der Gesetzgebung ausgeführt werden können, im Sinne und die hauptsächlich darauf hinausgehen, daß wir den Polen als Beamten und als Soldaten möglichst viel Gelegenheit geben, sich in deutschen Provinzen umzusehen

(Bravo!)

*) S. 174a.

[1]) Neuerung.

und zu lernen, welches die Segnungen deutscher Civilisation sind, 28. 1. 1886.
und daß wir den deutschen Truppentheilen und den deutschen Beamten Gelegenheit geben, einmal außerhalb Posens und immer unter der Bedingung, daß sie keine Polinnen heirathen,

(Heiterkeit.)

so viel Polnisch zu lernen, daß sie innerhalb der Provinzen Posen und Westpreußen sich mit Nutzen bewegen können.

Sie werden von mir nicht verlangen — ich habe Ihre Geduld schon zu lange ermüdet —, daß ich das weiter auseinandersetze — aber das sind die Hauptzüge der Vorlage, die wir Ihnen zu machen beabsichtigen, durch Kauf, Schule, Militärdienst eine Wandlung in dem jetzigen peinlichen Zustand, in dem beide Nationen sich gespannt fortwährend gegenüber stehen, auf eine gesetzliche und friedliche Weise herbeizuführen.

Es ist das eine der Verbesserungen unserer Lage, die wir ja ohne Bewilligungen Seitens des Reichstages machen können, und in Bezug auf welche die Quellen der Finanzen noch nicht unter dem Verschluß der jetzigen Reichstagsmehrheit liegen. Wir können uns da noch in Preußen selbst helfen, im Wege einer Anleihe. So lange die Obstruction unserer Finanzquellen im Reichstage fortdauert, haben wir ja überhaupt darüber nachzudenken, wie weit*) der preußische Staat im Stande sein wird, sich selbst ohne Reichstagsmajorität zu helfen.

Die Situation habe ich Ihnen mit einem langen Rückblick auf die Vergangenheit dargelegt. Wenn ich nun noch einen Blick vorwärts in die Zukunft werfen soll, so muß ich sagen, daß der nicht ganz frei von Besorgniß ist, nicht vor auswärtigen Gefahren — ich halte keine Störung des auswärtigen Friedens für wahrscheinlich —, aber in Bezug auf die Entwickelung unserer inneren Verhältnisse. Nach der Art, wie sie eine Reichstagsmajorität nicht vorwärts kommen läßt, können wir weder auf den Beistand der**) Socialdemokraten rechnen, noch auf den der Polen, noch der Elsässer, noch auf den einzelner anderer Kategorien. Ob auf den des Centrums, das weiß ich ja nicht; da wird doch immer besorgt:

*) StB.: weiter.
**) S. 174b.

28. 1. 1886. das Reich möchte stärker werden, als die Partei ist, und wir müssen danach streben, stärker zu werden, das ist unsere Aufgabe, unsere Pflicht, dahin zu wirken. Also ich muß sagen, daß ich nach der Richtung hin etwas trübe in die Zukunft sehe.

Es ist ja möglich, daß die Vorsehung nach der Art, wie wir die außerordentliche Gunst, die uns in den letzten zwanzig Jahren zu Theil geworden ist, aufgenommen und verwerthet haben, ihrerseits findet, daß es nützlich sei, den deutschen Patriotismus noch einem Feuer europäischer Coalitionen größerer benachbarter antideutscher Nationen, noch einem härtenden und läuternden Feuer auszusetzen, mit anderen Worten, daß wir von der Vorsehung nochmals in die Lage gebracht werden, ebenso wie Friedrich der Große nach dem ersten und zweiten schlesischen Kriege, uns noch gegen Staatencoalitionen zu vertheidigen, die in unserer inneren Zwietracht ja auch immer noch eine gewisse Aufmunterung finden, —

(Sehr wahr! rechts.)

die Leute kennen unsere inneren Zustände ja nicht, sie wissen nicht, daß das Volk nicht so denkt, wie die Majoritäten in den Parlamenten votiren. Man hat das zwar 1866 schon erlebt, wo wir, belastet mit dem Zorne der Mehrheit, in diesen sogenannten Bruderkrieg, der ganz unentbehrlich war zur Schlichtung der deutschen Frage, hineingingen. Aber so denkt das Ausland nicht, das Ausland rechnet damit: Die Sache geht aus einander, sie hält sich nicht, sie ist schwach. Es wird auch auf uns die Redewendung von den thönernen Füßen angewendet, und unter den thönernen Füßen wird man die Reichstagsmajorität verstehen. Man wird sich aber irren, denn dahinter stehen noch eiserne.

(Bravo! rechts.)

Es kann ja auch sein, daß unsere inneren Verwickelungen den verbündeten Regierungen die Nothwendigkeit auferlegen, ihrerseits — und Preußen an ihrer Spitze — danach zu sehen, ne quid detrimenti res publica capiat [1]), die Kraft einer jeden einzelnen unter ihnen und den Bund, in dem sie mit einander stehen, nach Möglichkeit zu stärken und sich, so weit sie es gesetzlich und ver-

---

[1]) Daß der Staat keinen Schaden leide.

fassungsmäßig können, von der Obstructionspolitik der Reichstags- majorität unabhängig zu stellen. 28. 1. 1886.

(Hört! Hört! rechts.)

Ich gehöre nicht zu den Advocaten, noch nicht zu den Advocaten einer solchen Politik, und sie läuft meinen Bestrebungen aus den letzten Jahrzehnten im Grunde zuwider. Aber ehe ich die Sache des Vaterlandes ins Stocken und in Gefahren kommen lasse, da würde ich doch Sr. Majestät dem Kaiser und den verbündeten Fürsten die entsprechenden Rathschläge geben und auch für sie einstehen. Ich halte den Minister für einen elenden Feigling, der nicht unter Umständen seinen Kopf und seine Ehre daran setzt, sein Vaterland auch gegen den Willen von Majoritäten zu retten.

(Lebhafter Beifall rechts.)

Ich wenigstens werde bereit sein, zu leiden, was mich trifft, wenn ich es versuchen sollte. Aber auf diese Weise uns gewisser Maßen, ähnlich wie das in unseren westlichen Nachbarstaaten ja leider zum Theil der Fall ist, das Erbe einer großen Zeit und die Errungenschaften unserer tapferen Kriegsheere durch innere Frictionen vernichten und aufreiben zu lassen, dazu will ich unter keinen Umständen die Hand bieten, und ich werde, wenn Gott mir*) Leben und Gesundheit schenkt und mir die Gnade des Kaisers erhält, Mittel und Wege finden, dem entgegen zu wirken. Einstweilen bin ich dankbar für das Entgegenkommen, das ich durch den Antrag, über den wir verhandeln, in dieser Versammlung gefunden habe, und Sie können darauf rechnen, daß wir in gegenseitigem Vertrauen mit Ihnen Hand in Hand gehen werden.

(Wiederholter lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen. Zischen links und im Centrum.)

Der Abg. Windthorst nahm sofort das Wort zur Erwiderung. Er constatirte zunächst, daß er und seine Freunde sich heut in der Defensive befänden, denn sie hätten den Antrag nicht eingebracht, dessen Hauptzweck übrigens sei, das Votum des Reichstags im Preußischen Landtag zum Gegenstand der Discussion und Kritik zu machen. Sicherlich werde es bald heißen, daß die Haltung des Centrums ein Abkommen mit Rom unmöglich gemacht habe; dem gegenüber wolle er

*) S. 175a.

28. 1. 1886. feststellen, daß das Centrum an der Herbeiführung dieser heiklen Discussion völlig unschuldig sei. Womit er den Zorn des Reichskanzlers sich zugezogen habe, das wisse er nicht. Denn wenn er auch nach Geburt und Erziehung Hannover angehöre und lange Zeit seinem angestammten Herrscherhause gedient habe, so wisse er doch ganz genau, welche Pflichten er jetzt habe, und könne versichern, daß er diese Pflichten zu keiner Zeit und in keinem Punkte vernachlässigt habe. An Beobachtung seines Verhaltens habe es nicht gefehlt, auch nicht an stillen Versuchern, aber seine Gefühle werde er sich nicht verkümmern lassen. Der Polen Liebe zu ihrer Heimath und ihrer Geschichte begreife er; sollten sie freilich versuchen, ihre Wünsche auf ungesetzlichem Wege durch Gewalt zur Erfüllung zu bringen, so sei er der Erste, der dies verurtheile. Seine Aeußerung über das Kullmannsche Attentat vom Jahre 1874 halte er noch heute aufrecht; wer kirchliche Wirren herbeiführe, dürfe sich darüber nicht wundern, wenn wahnwitzige Menschen sich in der Aufregung zu Verbrechen hinreißen ließen; den kirchlichen Streit aber habe in der muthwilligsten Weise die preußische Regierung heraufbeschworen. Die katholische Abtheilung im Cultusministerium sei an dem Culturkampf ganz unschuldig. Es gebe keinen loyaleren Unterthanen als den Geheimrath Krätzig, und er halte es für unzulässig, ihn zu verdächtigen. In Wahrheit sei die katholische Abtheilung nur aufgehoben worden, weil das Cultusministerium den Einblick katholischer Augen in die Acten nicht vertrage. Auch die Vertheidigung der Polen durch das Centrum rechtfertige den Culturkampf nicht. Die Polen seien vollberechtigte preußische Unterthanen, und ihre Rechte gegen Beeinträchtigung zu vertheidigen, sei Pflicht eines jeden Preußen. Die Rechte der Polen ruhten auf den Versprechungen der preußischen Könige; heute habe er freilich gehört, daß die Proclamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling werth sei. Die Proclamation an die Polen fuße auf den Wiener Verträgen; wenn man heute diese Proclamation für einen Mißgriff erkläre, so decke sich das mit der Anschauung, daß die ganze Regierung Friedrich Wilhelms IV. ein Mißgriff gewesen sei. Alle Maßregeln wider die Polen widersprächen dem Art. 4 der Verfassung, nach dem alle Preußen vor dem Gesetz gleich seien, und seien identisch mit der Proclamirung eines Ausnahmezustandes und mit der Aufhebung der Rechtssicherheit in Deutschland und Preußen. Er wünsche nicht die Zurückdrängung des deutschen Elements in den bedrohten Provinzen und sei bereit, jede unzulässige und ungesetzliche Verdrängung der Deutschen durch die Polen durch gesetzliche Mittel zu bekämpfen, aber einen Zuwachs der polnischen Bevölkerung, der sich auf Grund natürlicher Vermehrung ergebe, vermöge man nicht zu hindern. Einem Verbot fernerer Einwanderung und einer Zurückdrängung aller beunruhigend und agitatorisch auftretenden Elemente werde er nicht entgegen treten, aber Massenaustreibungen ohne jeden Grund, wie sie

Preußen plane, widersprächen den Principien des christlichen Völkerrechts. Die Vertheidigung der Maßregel als einer politischen, wie sie der Reichskanzler heute versucht habe, stehe in Widerspruch mit den Aeußerungen des Ministers des Innern, den wahren Grund habe man den auswärtigen Regierungen mitgetheilt: es handle sich um eine vorbedachte Maßregel gegen das Vordringen des Katholicismus. Auch den armen polnischen Mädchen, die man nicht mehr heirathen dürfe, widmete der Abg. Windthorst einige mitleidige Worte. Den geschichtlichen Ueberblick über die Entwickelung der polnischen Verhältnisse seit 1815 bezeichnete er als absolut irrelevant für die vorliegende Frage, denn die Vergangenheit beweise Nichts für die Gegenwart. Seitdem die Polen bei Düppel und in den Kriegen gegen Oesterreich und Frankreich sich als gute Preußen bewiesen hätten, sei es ungerecht und undankbar, sie als Vaterlandsverräther und schlechte Unterthanen hinzustellen. Gegenüber den geheimnißvollen und dunklen Reden des Reichskanzlers über Das, was die verbündeten Regierungen einer mißfälligen Reichstagsmajorität gegenüber thun könnten, gezieme sich ruhiges Abwarten; bei dem Charakter des Reichskanzlers, seiner Offenheit und seinem Muth dürfe man hoffen, daß er alsbald dem Lande klaren Wein einschenke, damit man wisse, wo hinaus er wolle. Zum Schlusse suchte er die Bedeutung des Antrags Achenbach dadurch herabzusetzen, daß er ihn als einen vom Reichskanzler selbst bestellten bezeichnete; die Nr. 2 des Antrags, die der Regierung Mittel ohne jede Begrenzung zur Verfügung stelle, beweise, bis zu welchem Grade der Unselbständigkeit die vereinigte Armee der Conservativen und Nationalliberalen der Regierung gegenüber gelangt sei. Nachdem hierauf der Cultusminister v. Goßler festgestellt hatte, daß die Auflösung der katholischen Abtheilung im Cultusministerium thatsächlich wegen ihrer staatsfeindlichen Haltung und ihrer Polonisirungsbestrebungen erfolgt sei, berichtigte der Abg. Wehr die Angaben Windthorsts über die Genesis des Antrags, um ihn dann im zweiten Theile der Rede nochmals ausführlich zu begründen. Alsdann wurde ein Vertagungsantrag angenommen und nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen die Sitzung geschlossen. Die Debatte wurde in der 28. 1. 1886.

9. Sitzung des Hauses der Abgeordneten

Freitag 29. Januar 1886

wieder eröffnet mit einer Rede des Abg. v. Stablewski. Er entnahm der Rede des Reichskanzlers, daß Deutschland an einem geschichtlichen Wendepunkt stehe, in dem die nackte Machtpolitik den Sieg über die Grundsätze der Humanität, des Christenthums, der Freiheit, ja selbst über die monarchischen Principien davon tragen solle; denn der Reichs- 29. 1. 1886.

29. 1. 1886. kanzler habe die Parole zu einem erbarmungslosen Ausrottungskriege ausgegeben, wie man sie in dem Buche des Atheisten und düsteren Menschenhassers, des Philosophen des Unbewußten, lese. Wirkliche Gründe habe der Reichskanzler nicht beigebracht, denn die historischen Reminiscenzen aus der polnischen Revolutionszeit, die pikanten Causerien über die einstige Sympathie der Deutschen für die polnischen revolutionären Bestrebungen ständen absolut in keiner Verbindung mit der augenblicklichen Situation und hätten nur den Zweck, die Regungen der Gefühle der Humanität und des Christenthums zu ersticken und den nationalen Fanatismus gegen die Polen anzufachen. Die Aeußerungen über die Proclamation von 1815 und den geringen Werth der Berufung auf die Königlichen Worte und Verträge erinnerten an das „Pfeifen der Socialisten auf die Gesetze“, und seltsam berühre die Kritik der Politik der bisherigen preußischen Könige. Mit Ausnahme des Aufstandes von 1848, der unter Mitwirkung der preußischen Regierung gegen Rußland organisirt worden sei, habe unter den polnischen Unterthanen der preußischen Krone nie eine revolutionäre Bewegung existirt, die zu den jetzigen Ausnahmemaßregeln berechtige. Wenn man von den Polen verlange, daß sie die Hoffnung auf die Wiederherstellung Polens aufgeben sollten, so fordere man von ihnen geradezu, in die Absichten Gottes einzugreifen und sich ein Urtheil über die Weltökonomie Gottes anzumaßen. Die Polen hätten nie daran gedacht, die Pflichten als Unterthanen der preußischen Krone verletzen zu wollen, und sollten nun in Bann und Acht gethan werden; aber alle Drohungen von Expropriation und Ausweisung würden sie nicht schrecken, sondern alle Herzen des unglücklichen Volks zu einer um so innigeren Liebe der heiligen Güter des Glaubens und seiner Nationalität entflammen. Den wahren Grund der Verfolgung des polnischen Elements sah auch er in der katholischen Confession des Volks, denn die behauptete Zunahme der Polen, die von der Regierung als Grund angegeben werde, widerspreche aller Statistik, die das gerade Gegentheil beweise. Von den Massenausweisungen der Polen aus Preußen sei ein ungünstiger Rückschlag auf alle in fremden Ländern wohnenden deutschen Minoritäten zu erwarten. Der Antrag sei ein Ausdruck des Chauvinismus, der auch in Deutschland eine Krankheit zu werden scheine. Nach dem Abg. v. Stablewski begründete der Minister des Innern v. Puttkamer noch ein Mal die von Seiten der preußischen Regierung zum Schutz des Deutschthums ergriffenen Maßregeln, indem er gleichzeitig den übertriebenen Schilderungen von Härte und Barbarei entgegen trat und durch Mittheilung der in Betreff der Ausweisungen von ihm erlassenen Verfügungen der Behauptung widersprach, daß nicht das nationale, sondern das confessionelle Moment das Vorgehen der preußischen Regierung bestimme. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorf beleuchtete die Maßregeln, die von der Militärverwaltung getroffen

worden seien, um dem Fortschreiten des Polonismus entgegen zu treten, 29. 1. 1886.
und die Gefahren, die die polnische Agitation für die Erhaltung der militärischen Tugenden der polnisch-preußischen Soldaten haben müsse. Alsdann nahm Fürst Bismarck das Wort, um auf die Rede des Abg. Windthorst vom 28. Januar zu erwidern, deren Inhalt er mittlerweile aus einer parlamentarischen Correspondenz kennen gelernt hatte*):

Ich bin gestern in der Unmöglichkeit gewesen, dem Herrn Abg. Windthorst, der nach mir sprach, zu antworten, weil der geehrte Herr in der Richtung von mir abgewandt sprach; in Folge dessen geht, wie ich schon öfter bemerkt habe, auf dem Ministersitz hier mehr als die Hälfte dessen, was dorthin gesprochen wird, verloren. Es war mir unmöglich, ihm zu folgen, und ich bitte ihn, darin den einzigen Grund zu sehen, warum ich ihn nicht bis zu Ende angehört habe. Ich habe mich auf das unvollkommene Stenogramm beschränken müssen, das ich seitdem über seine Rede habe erhalten können; dasselbe gibt mir in einigen Punkten Anlaß zu einer Erwiderung, auf die ich indessen verzichtet haben würde, wenn nicht auch solche Punkte darin wären, die mich in meiner**) Stellung als Minister zu einer Berichtigung nothwendig zwingen.

Zu den ersteren rechne ich die Thatsache, daß der Herr Abgeordnete, als er zu sprechen begann, ein gewisses Gefühl der Ueberraschung und der Neuheit kundgab, indem er sagte, daß er sich heut hier in der Defensive befinde[1]). Ich bitte daraus zu entnehmen, wie sehr er an die Aggressive gewöhnt ist,

(Heiterkeit.)

daß das sein eigentlich natürliches, gewöhnliches Fahrwasser ist.

(Oh! Oh! im Centrum.)

Mit der Erwägung wird er auch zugleich eine Antwort auf die Frage finden, die im Laufe seiner Erörterungen vorkommt, womit er eigentlich meinen Zorn auf sich gezogen habe[2]). Er hat

---

*) StB. 206a.

**) S. 206b.

[1]) Abg. Windthorst: „Meine Herren, ich lege zunächst ein großes Gewicht darauf, festzustellen, daß meine Freunde und ich insbesondere uns heute absolut in der Defensive befinden" (StB. 175a).

[2]) Abg. Windthorst: „Der Herr Reichskanzler hat in Ironie gesagt: „Ehre, dem Ehre gebührt" — „Windthorst ausgenommen!" (Zuruf: Umgekehrt!)

29. 1. 1886. den gar nicht auf sich gezogen; aber man wird doch von Jedermann verlangen, daß er, wenn er angegriffen wird, sich einiger Maßen wehre; und wenn ich die Angriffe, mit denen er mich seit einigen Jahren beehrt, mit Stillschweigen strafen wollte, so würde das eine Unterschätzung seiner Person und ihrer Bedeutung sein.

(Heiterkeit rechts.)

Also der Herr Abgeordnete ist gewohnheitsmäßig in der Aggressive begriffen, natürlich gegen mich. Was ihn augenblicklich davon abhält, auch hier den Vorstoß seinerseits mit dem Angriff zu pariren, hat er einiger Maßen angedeutet durch die Erwähnung des Herrn v. Schlözer, unseres Gesandten bei der päpstlichen Curie, dessen Verhandlungen er nicht stören wolle [1]). Vielleicht ist also die Enthaltsamkeit von dem ganz unprovocirten Angriff noch obenein eine nicht ganz freiwillige.

(Ach! im Centrum.)

Der Herr Abgeordnete hat dann — und das habe ich das Bedürfniß, richtig zu stellen — von stillen Versuchern, die ihm häufig nahe getreten wären, gesprochen [2]). Wenn ihm die nahe getreten sind, so bitte ich ihn, überzeugt zu sein, daß ich in keinem Causalnexus mit dieser Operation irgendwie gestanden habe.

(Heiterkeit rechts.)

Ich habe viel zu viel zu thun, um mich auf solche unfruchtbaren

---

Ja, ja! er hat anerkennen wollen — ironisch —, daß mir Ehre gebührte, er hat gesagt, daß er Windthorst ausnehme, wenn er bei dem Culturkampf nicht verweile. ... Ich kann dem Herrn Reichskanzler meinerseits nur danken, daß er mich in einer solchen Weise erwähnt, ich kann ihm die Versicherung geben, daß jeder derartige Angriff von seiner Seite mir neue Freunde verschafft. Woher der Zorn kommt, weiß ich nicht, ich habe dazu niemals einen Anlaß gegeben" (StB. 175b).

[1]) Abg. Windthorst: „Ich stelle noch ein Mal fest: Wir befinden uns in der Defensive, wir sind nicht Schuld daran, daß heute die Sache vorkommt, man würde uns mit Unrecht vorwerfen, daß wir diese sehr heikle ... Discussion herbeigeführt hätten — in dem Moment, wo angeblich Verhandlungen mit Rom stattfinden, die unter Umständen gestört werden können. Ich constatire das sehr klar und bestimmt, denn ich weiß sicher, daß es nicht lange dauern wird, so hat Herr v. Schlözer den Auftrag, anzuzeigen, daß unsere Haltung ein Abkommen unmöglich macht" (StB. 175b).

[2]) Abg. Windthorst: „An Beobachtung in Beziehung auf mich hat es nicht gefehlt und fehlt es auch heute nicht; auch an stillen Versuchern hat es nicht gefehlt" (StB. 176a).

Bemühungen, wie die Bekehrung des Herrn Abgeordneten zu meinen Ansichten, jemals einzulassen. Ich halte ihn für absolut intransigent, gepanzert durch das dreifache Erz des Welfen 29. 1. 1886.

(Ruf: Polen! Große Heiterkeit.)

— auf diese Weise wären es vier, so lange waren es drei — ich wollte sagen, des Welfen, des Führers im Culturkampf und seiner fortschrittlichen Sympathien. Der Herr Abgeordnete würde meines Erachtens, wenn er nicht im Centrum säße, keineswegs der conservativen Partei, sondern der fortschrittlichen angehören. Ich erinnere mich, daß er schon, als er hannoverscher Minister war, von seinen Collegen als das liberale Mitglied des Ministeriums bezeichnet wurde.

(Ah! im Centrum.)

Ich beabsichtige nicht, ihm daraus einen Vorwurf zu machen. Ich sage nur, dies Alles hält mich ab, einen so aussichtslosen Versuch, wie er ihn hier mit den „stillen Versuchern“ andeutet, ihm gegenüber zu machen. Daran bin ich vollständig unschuldig, ich habe ihn aufgegeben.

(Heiterkeit rechts.)

Der*) Herr Abgeordnete hat ferner im Verlauf seiner Rede gesagt: „Wollten die Polen die Erfüllung ihrer Herzenswünsche durch Gesetzlosigkeiten erreichen, so würde ich das zu allererst verurtheilen und bekämpfen“ [1]). Also ganz so, wie die Welfen, die ja auch von sich sagen, sie wollten die Selbständigkeit des Königreichs Hannover nur auf gesetzlichem Wege erstreben. Nun, der Herr Abgeordnete bekennt sich dadurch theils direct, theils indirect doch immer als einen unbetheiligten, wenn nicht wohlwollenden Zuschauer bei dem Bestreben einer starken Fraction, die legale Zersetzung unserer Verfassungszustände herbeizuführen;

(Ah!)

---

*) S. 207a.

[1]) Abg. Windthorst: „Ich begreife es, daß die Polen im Herzen die Vergangenheit, die Liebe zu ihrer Heimath, zu ihren Eltern, zu ihrer Geschichte bewahren. Sie würden nach meiner Ansicht charakterlose Leute sein, wenn sie es nicht thäten. ... Wenn die Polen oder irgend ein anderer Volkstheil des preußischen Staates es versuchen sollte, mit irgend welchen ungesetzlichen Maßregeln durch Gewalt Das zu erreichen, was das Herz etwa wünscht, so würde ich der Erste sein, der dies verurtheilte, und mich verpflichtet halten ..., sie zu bekämpfen“ (StB. 176a).

29. 1. 1886. die legale Zersetzung entweder auf der einen Seite oder auf der anderen, die wird geduldet. Man sagt: Wir werden mit legalen Mitteln unsere Zwecke durchsetzen, die Losreißung von Provinzen im Osten und im Centrum des Reichs; aber gewiß werden wir keine Gewalt brauchen; wir werden uns legal bemühen. Meine Herren, die Möglichkeit, da zu scheiden, sich der Verurtheilung eines Strebens nach legaler Zersetzung des Reichs und des eigenen Vaterlandes vollständig zu enthalten und dennoch zu behaupten, daß man die Tendenzen nicht begünstige, — die Möglichkeit leuchtet mir nicht ein. Jeden Falls bin ich in der Nothwendigkeit, diese legale Zersetzung ebenso wie die Gewaltthätigkeit nachdrücklich zu bekämpfen.

Der Herr Abgeordnete sagt ferner:

> Die Polen sind vollberechtigte preußische Unterthanen [1]).

Das bestreite ich ja gar nicht; das sind die Socialdemokraten auch. Die Polen sind aber unsichere preußische Unterthanen,

(Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.)

und inwieweit Einer, der sich selbst dazu bekennt, ein unsicherer Unterthan, wie ich es gestern nannte [2]): auf tägliche Kündigung preußischer Unterthan zu sein, vollberechtigt ist und den Anspruch darauf hat, das ist ja eine Erwägung der Regierung. Sie sehen, wir leben nicht in einem Staat von richterlicher Regierung, sondern in einem Staat, der monarchisch und vernünftig regiert wird, so regiert wird, wie es nöthig ist, ihm die Ruhe und den Frieden seiner Bürger zu erhalten, ihn gegen innere und äußere Gefahren zu schützen. Und da können wir nicht immer die volle Gleichberechtigung eines jeden Anderen zum Ausdruck bringen.

Der Herr Abgeordnete sagt weiter:

> Wenn sie in ihren Rechten beeinträchtigt werden, so vertheidigen wir dieselben so energisch wie unsere eigenen.

Was nennt der Redner seine eigenen Rechte? Doch wohl die der

---

[1]) Abg. Windthorst: „Die Polen sind vollberechtigte preußische Unterthanen wie wir auch, und wenn wir sehen, daß ihre Rechte beeinträchtigt werden, so halte ich mich für verpflichtet, ihre Rechte genau so scharf zu vertheidigen, wie meine eigenen" (StB. 177a).

[2]) S. o. S. 434.

Deutschen. Nun, ich behaupte, er vertheidigt die Rechte der Polen energischer wie die der Deutschen. 29. 1. 1886.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich habe nicht gefunden, daß er die deutsche Nationalität mit derselben Energie und derselben Begeisterung hier vertrete wie die polnische und ihre dem Lande schädlichen Ansprüche mit derselben....

(Ruf: Zur Sache!)

— Ich glaube, da rief mich Einer der Herren zur Sache. Ich weiß nicht, wer es war. Ich will dem Herrn bemerken, daß er gar kein Recht hat, mich zur Sache zu rufen; ich spreche hier, was ich will, ich spreche kraft meines verfassungsmäßigen Rechtes, hier zu reden, und ob ich bei der Sache bin oder nicht, das kann der Herr, der das ausrief, von seinem Standpunkte aus gar nicht beurtheilen.

(Bravo! rechts.)

Es*) wäre mir lieb, wenn der Herr sich nennte; hier über zehn Köpfe weg mich auf dieser Stelle, in dieser Weise anzurufen, das kann ich mit den gewöhnlichen Gebräuchen der Höflichkeit nicht in Uebereinstimmung bringen.

(Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Präsident[1]): Meine Herren, ich bitte solche Zwischenrufe zu unterlassen, sie gehören nicht hierher.

Fürst Bismarck (fortfahrend):

Ich vermisse an dem Herrn das Maß von landesüblicher Schüchternheit, das wir bei den Leuten, mit denen wir zu verkehren haben, doch nur ungern vermissen.

Der Abgeordnete, der mich genöthigt hat, hier heute zu erscheinen und das Wort zu ergreifen, hat gesagt:

> Heute haben wir freilich gehört, daß die Proclamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling werth sei[2]).

---

*) S. 207b.

[1]) v. Köller.

[2]) Abg. Windthorst: „Heute haben wir freilich gehört, daß die Proclamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling werth sei (Hört! Hört! im Centrum. — Rufe rechts: Hat er nicht gesagt! — Widerspruch im Centrum.) Ich will mich freuen, wenn der stenographische Bericht etwas Anderes enthält; aber es ist hier gesagt, die Berufung auf die Proclamation — die des Königs Unterschrift trägt — gelte keinen Pfifferling" (StB. 177a).

29. 1. 1886. Meine Herren, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, daß die Berufung jener Herren auf die Proclamation eines preußischen Königs keinen Pfifferling werth sei.

(Sehr richtig!)

Nun, ist dies Wort nicht sehr wesentlich? Hat der Abgeordnete mit seinem scharfen Judicium diesen wesentlichen Unterschied nicht aufgefaßt, oder liegt hier Etwas vor, was an die bekannte Redensart aus dem Wallensteinschen Gastmahl Schillers erinnert: „Vor Tische las man es anders"? [1])

(Heiterkeit.)

Durch diese kleine Wendung sieht es ganz so aus und kann namentlich im Lande — bezüglich Sr. Majestät des Königs habe ich keine Besorgniß, der kennt mich zu lange — aber es könnte ja im Lande den Eindruck machen, als hätte ich mich unehrerbietig über die Monarchie und die Vorfahren des Monarchen ausgedrückt. Hat der Abgeordnete die Absicht gehabt, dies zu erreichen, ja, so wird er bei den Leuten, an denen mir Etwas liegt, wahrhaftig wenig Glauben finden. Ich bin aber nichtsdestoweniger der Pflicht nicht überhoben, dies richtig zu stellen. Ich habe gesagt: Die Berufung darauf ist keinen Pfifferling werth. Und um Ihnen dies noch näher zu documentiren, habe ich die Proclamation von damals mitgebracht. Die meisten Leute sprechen davon, ohne sie zu kennen. Ich habe gestern gesagt [2]), dieses Actenstück enthält weiter Nichts als ein Programm, nach welchem Se. Majestät der damalige König zu regieren beabsichtigte: er that seinen wiedererworbenen Unterthanen kund, daß er diese Absichten habe. Ich habe aber hinzugefügt, daß damit keineswegs eine Verpflichtung ausgesprochen war, an diesen Absichten unentwegt und unter allen Umständen, wie auch die Polen sich benehmen möchten, festzuhalten. Es ergibt sich dies schon daraus, daß die Proclamation kein zweiseitiges Actenstück irgend welcher Art ist. Sie enthält keinen Vertrag, sie ist durchaus keine magna charta [3]) für Verschwörungen jeder Art,

---

[1]) Schiller, Wallenstein, Die Piccolomini IV 7, V. 2246:
Tiefenbach (zu Colalto): Ich merkt' es wohl, vor Tische las man's anders.

[2]) S. o. S. 411.

[3]) Großer Freibrief.

und wenn der Abg. Windthorst das Wort Verträge gebrauchte [1], 29. 1. 1886.
indem er von der Proclamation sprach, so kann ich zu seiner Entschuldigung nur annehmen, daß er selbst das Actenstück nicht gelesen hat. Von einem Vertrage zwischen dem König Friedrich Wilhelm III. und den Polen — es waren damals, wie wir aus dem Grolmanschen Votum ersehen, circa 450000 in der Provinz Posen vorhanden — ist gar nicht die Rede, es wäre auch gar nicht möglich gewesen. Der König hatte damals für jede neu- oder wiedererworbene Stadt oder Provinz ein ähnliches Besitzergreifungspatent erlassen — er wäre dann durch fünfzehn bis zwanzig verschiedene Verträge nach verschiedenen Richtungen hin gebunden gewesen*) und hätte dem Einen und dem Anderen**) gerecht werden müssen. Gleich hinter dieser Proclamation an die Einwohner des Großherzogthums Posen folgt die Proclamation an die Einwohner der Stadt und des Gebietes von Danzig, des Kulmschen und des Michelauschen Kreises und an die Einwohner der Stadt und des Gebietes von Thorn, ebenfalls vom 15. Mai. Hat denn die Stadt Danzig darum ein Sonderrecht gegenüber anderen im preußischen Lande, worauf sie sich berufen könnte, wenn die Gesetzgebung geändert werden sollte? Auf diesen Unsinn wird wohl kein Mensch kommen.

Um den ewigen Berufungen auf die Rechte, die aus dem Patent und der Proclamation hergeleitet werden sollen, ein Ende zu machen, erlaube ich mir, beide hier zu verlesen. Das Patent wegen der Besitznahme des an Preußen zurückfallenden Theiles des Herzogthums Warschau vom 15. Mai 1815 lautet:

> Vermöge der mit den am Congresse zu Wien theilnehmenden Mächten geschlossenen Uebereinkunft sind mehrere Unserer früheren polnischen Besitzungen zu Unseren Staaten zurückgekehrt. Diese Besitzungen bestehen in dem zum Herzogthume Warschau gekommenen Theile der preußischen Erwerbungen vom Jahre 1772, der Stadt Thorn mit einem für

*) StB.: gewesen sein.

**) S. 208a.

[1]) Abg. Windthorst: „Meine Herren, ich bin der Meinung, daß diese Verträge heute gelten, wie sie immer gegolten haben" (Zuruf: Keine Verträge!) (StB. 177a).

29. 1. 1886. dieselbe neu bestimmten Gebiete, in dem jetzigen Departement Posen, mit Ausnahme eines Theils des Powitzschen und des Peyserschen Kreises; und in dem bis an den Fluß Prosszna belegenen Theile des Kalischer Departements, mit Ausschluß der Stadt und des Kreises dieses Namens.

Von diesen Landschaften kehrte der Kulm- und Michelausche Kreis in den Grenzen von 1772, ferner die Stadt Thorn nebst ihrem neu bestimmten Gebiete zu Unserer Provinz Westpreußen zurück, zu welcher auch, wegen des Strombaues, das linke Weichselufer, jedoch bloß mit den unmittelbar an den Strom grenzenden oder in dessen Niederungen befindlichen Ortschaften, gelegt wird.

Sie sehen schon aus der Natur dieser Details, daß von der Kundgebung irgend einer Verpflichtung, namentlich von einem vertragsmäßigen Verhältniß, in diesem Patent keine Rede ist. Dann heißt es:

> Dagegen vereinigen Wir die übrigen Landschaften, welchen Wir von Westpreußen den jetzigen Cronschen und den Caminschen Kreis als ehemalige Theile des Netzedistricts hinzufügen, zu einer besonderen Provinz, und werden dieselbe unter dem Namen des Großherzogthums Posen besitzen, nehmen auch den Titel eines Großherzogs von Posen in Unseren Königlichen Titel und das Wappen der Provinz in das Wappen Unseres Königreichs auf.
>
> Indem Wir Unserem Generallieutenant v. Thümen den Befehl gegeben haben, den an Uns zurückgefallenen Theil Unserer früheren polnischen Provinzen mit Unseren Truppen zu besetzen, haben Wir ihm zugleich aufgetragen, denselben in Gemeinschaft mit Unserem zum Oberpräsidenten des Großherzogthums Posen ernannten Wirklichen Geheimen Rathe v. Zerboni di Sposetti förmlich in Besitz zu nehmen.
>
> Da die Zeitumstände es nicht gestatten, daß Wir die Erbhuldigung persönlich empfangen,

— es ist also nicht mal ein Huldigungsrevers oder Etwas der Art vorgekommen —

> so haben Wir zur Annahme derselben den zu Unserem Statthalter im Großherzogthum Posen ernannten Herrn Fürsten

Anton Radziwill Liebden ausersehen und ihn bevollmächtigt, in Unserem Namen die deshalb nöthigen Verfügungen zu treffen. Des zu Urkund ꝛc. ꝛc. 29. 1. 1886.

Daß*) hier Nichts von einem Vertrag drin steht, werden Sie mir zugeben.

Vom gleichen Tage ist ohne Bezeichnung als Besitzergreifungspatent, lediglich als eine Aussprache des Wohlwollens des Königs in Bezug auf Seine Provinz Posen an die „Einwohner des Großherzogthums Posen" das Folgende bekannt gegeben mit der Unterschrift: „Friedrich Wilhelm".

Indem Ich durch Mein Besitznahme-Patent vom heutigen Tage denjenigen Theil der ursprünglich zu Preußen gehörigen, an Meine Staaten zurückgefallenen Districte des bisherigen Herzogthums Warschau in ihre uralten Verhältnisse zurückgeführt habe, bin Ich bedacht gewesen, auch Eure Verhältnisse festzusetzen; auch Ihr habt ein Vaterland, und mit ihm einen Beweis Meiner Achtung für Eure Anhänglichkeit an dasselbe erhalten. Ihr werdet Meiner Monarchie einverleibt, ohne Eure Nationalität verleugnen zu dürfen. Ihr werdet an der Constitution theilnehmen, welche Ich Meinen getreuen Unterthanen zu gewähren beabsichtige,

— das ist geschehen —

und Ihr werdet wie die übrigen Provinzen Meines Reiches eine provinzielle Verfassung erhalten.

Eure Religion soll aufrecht erhalten und zu einer standesmäßigen Dotirung ihrer Diener gewirkt werden. Eure persönlichen Rechte und Euer Eigenthum kehren wieder unter den Schutz der Gesetze zurück, zu deren Berathung Ihr künftig zugezogen werden sollt.

Eure Sprache soll neben der deutschen in allen öffentlichen Verhandlungen gebraucht werden, und Jedem unter Euch soll nach Maßgabe seiner Fähigkeiten**) der Zutritt zu den öffentlichen Aemtern des Großherzogthums, sowie zu allen Aemtern, Ehren und Würden Meines Reiches offen stehen.

---

*) S. 208b.

**) StB.: Fähigkeit.

29. 1. 1886. Mein unter Euch geborener Statthalter wird bei Euch residiren.

— Ist das auch etwa eine ewige Einrichtung? —

Er wird Mich mit Euren Wünschen und Bedürfnissen, und Euch mit den Absichten Meiner Regierung bekannt machen.

— Dazu ist die Einleitung, die ich schon verlas. —

Euer Mitbürger, Mein Oberpräsident

— das war Herr v. Zerboni —

wird das Großherzogthum nach den von Mir erhaltenen Anweisungen organisiren

— also auch keine bestimmte Organisation ist versprochen worden —

und bis zur vollendeten Organisation in allen Zweigen verwalten. Er wird bei dieser Gelegenheit von den sich*) unter Euch gebildeten Geschäftsmännern den Gebrauch machen, zu dem sie ihre Kenntnisse und Euer Vertrauen eignen. Nach vollendeter Organisation werden die allgemein vorgeschriebenen Ressortverhältnisse eintreten.

Es ist Mein ernstlicher Wille, daß das Vergangene einer völligen Vergessenheit übergeben werde.

— Das ist wohl nicht der Fall gewesen. —

(Heiterkeit.)

Meine ausschließliche Sorgfalt gehört der Zukunft; in ihr hoffe Ich die Mittel zu finden, das über seine Kräfte angestrengte, tief erschöpfte Land noch ein Mal auf den Weg zu seinem Wohlstande zurückzuführen.

Wichtige Erfahrungen haben Euch gereift. Ich hoffe, auf Eure Anerkenntniß rechnen zu dürfen.

Nun**), in dieser Hoffnung hat der König sich vollständig getäuscht.

(Heiterkeit rechts.)

Das ist Nichts weiter als der Ausdruck eines für Seine Unterthanen wohlwollenden Königlichen Herzens über die Art und Weise, wie Er Seine Polen regieren wollte. Wie Sie mir aber ein juristisches Titelchen zur Unterlage irgend eines Anspruchs daraus herleiten

*) Dieses „sich“ findet sich auch in dem Originalabdruck der Urkunde.
**) S. 209a.

können, das möchte ich noch erst mal erleben. Ich habe mir ab- 29. 1. 1886.
sichtlich, so sauer es mir wird, die Mühe gegeben, den Wortlaut zu verlesen, damit dieses in dunklen Nimbus gehüllte Actenstück, „Besitzergreifungspatent", wie es immer genannt wird, mehr als bisher bekannt werde. — Also ich wiederhole, daß die Berufung, von der ich gestern sprach, auf die Behauptung sich bezieht, die Polen könnten aus der Proclamation Rechte herleiten. Vor der Proclamation habe ich alle Ehrerbietung, die ich meinem Monarchen schuldig bin; darüber wird kein Zweifel sein.

Ebenso hat der Herr Abgeordnete meine ehrerbietige und dankbare Gesinnung für den König Friedrich Wilhelm IV. in Zweifel zu ziehen gesucht, indem er sagte: Nennt man doch jetzt schon die ganze Regierung Friedrich Wilhelms IV. einen Mißgriff[1]. Nun, meine Herren, wo habe ich das gesagt? Ich habe gesagt: Der Glaube, der 1840 den hochseligen König bewog, das Flottwellsche System zu unterbrechen und ein anderes, der polnischen Aristokratie wohlgefälligeres einzuführen, war der Irrthum eines edlen Herzens — so ungefähr habe ich mich ausgedrückt. Aber wie weit davon ist der Sprung bis zu der Behauptung, es würde jetzt — also doch wohl von mir — die ganze Regierung Friedrich Wilhelms IV. als ein Mißgriff bezeichnet! Das erinnert mich wieder an das: „Vor Tisch las man es anders." — Aber vielleicht, semper haeret aliquid[2]. Wir haben — der Herr Abg. Windthorst und ich — immer in so großen und bedeutsamen Verhältnissen mit einander zu kämpfen, wir sind Beide alte Leute und kennen uns lange: ich sollte meinen, wir könnten uns gegenüber auf solche kleinen Kniffe und Pfiffe, dem Andern Eins anzuhängen, doch wohl verzichten.

(Große Heiterkeit.)

Ich möchte wenigstens mich dagegen verwahren, daß ich meinerseits die persönlichen Eigenschaften meines Gegners jemals in einer ähnlichen Weise verdächtigt habe. Ich habe immer nur seine politische

---

[1]) Abg. Windthorst: „Schon in Wiener Verträgen liegen die Grundsätze, die nachher proclamirt worden sind, und wenn man heute erklärt, das wäre ein Mißgriff gewesen, so kennen wir das ja. Nach dieser Auffassung ist ja die ganze Regierungszeit Friedrich Wilhelms IV. ein Mißgriff gewesen" (StB. 177a). — Vgl. oben S. 292 Anm. 3.

[2]) Immer bleibt Etwas hängen, vgl. Bd. VIII 116, X 355.

29. 1. 1886. Richtung bekämpft; ich habe nicht einmal die Gesinnung, mit der er auf seinen jetzigen Monarchen sieht, einer Kritik zu irgend einer Zeit zu unterziehen versucht.

Der Herr Vorredner sagt ferner:

> In der Verfassung steht: Die Preußen, also auch die polnischen Preußen, sind vor dem Gesetze gleich. Es ist hier ein mit der Verfassung unvereinbarer Ausnahmezustand proclamirt worden [1]).

Nun, meine Herren, diese Gleichheit vor dem Gesetz erleidet doch manche Unterschiede. Man könnte mit demselben Recht sie auch in dem Falle anwenden, daß wegen einer Eisenbahn ein preußischer Unterthan expropriirt wird; derselbe könnte nun verlangen, daß alle Preußen, die ja vor dem Gesetze gleich sind, auch expropriirt werden sollen.

(Oh! Oh! im Centrum.)

— Ganz genau stimmt das mit dieser Logik. Ich habe von der Möglichkeit gesprochen, den polnischen Adel zu expropriiren — und ich glaube, darauf bezieht sich das „vor dem Gesetz gleich". Auch die Socialdemokraten haben ganz gewiß vollen Anspruch auf die Gleichheit vor dem Gesetze; man könnte nun umgekehrt schließen, daß die Polen*) auch den Anspruch auf ein ähnliches Verfahren der Gesetze, wie es den Socialdemokraten gegenüber besteht, deduciren können. So weit sind wir nun gar nicht gegangen. Aber das ist doch wohl nur eine ornamentale Phrase und kein durchschlagendes Argument.

Dann sagt der Herr Abgeordnete weiter in Bezug auf die Möglichkeit der Expropriation des gesammten polnischen Adels, über die ich mich aussprach:

---

*) S. 209 b.

[1]) Abg. Windthorst: „Meine Herren, aber wenn auch das Alles, was in den Proclamationen versprochen ist, nicht wäre, in der Verfassung steht deutlich und klar § 4: Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Und es ist alles Das, was bisher Unberechtigtes gegen die Polen geschehen ist, respective nach den heutigen Ankündigungen noch geschehen soll, mit diesem Paragraphen nicht in Einklang zu bringen. Es ist die Proclamirung eines vollständigen Ausnahmezustandes, der unter keinen Umständen tolerirt werden kann" (StB. 177 b).

Wo bleibt denn da die Rechtssicherheit in Deutschland und in Preußen [1])? 29. 1. 1886.

Die ist ja noch in keiner Weise beeinträchtigt. Ja, wenn wir einfach confisciren wollten, wie man das in anderen Ländern wohl thut, wenn man die Güter unentgeltlich einzöge! Das ist ja viel, viel wohlfeiler.

(Heiterkeit.)

Ich sehe nicht ein, wie er darauf kommt. Es ist dies ein Act der Nothwendigkeit, in dem der preußische Staat sich befindet dem polnischen Adel gegenüber. Im Kriege geschieht auch Manches, wobei man die Gleichheit vor dem Gesetz vollständig aus den Augen verliert. Ein Staat, der um seine Existenz kämpft, ist schließlich im Kriege und im Frieden nicht immer in der Lage, sich in den gewohnten Geleisen zu halten, und darin, daß er das nicht ist, besteht gerade die Rechtssicherheit. Wenn wir das anders auffassen wollten, dann würden wir in die Lage kommen, wie sie ein französischer Staatsmann vor etwa zwanzig Jahren mit den Worten schildert: C'est la légalité qui nous tue [2]) — Wir halten an dem Gesetz fest und wenn wir darüber zu Grunde gehen. Dieses „la légalité nous tue" hat eben sein Gegengewicht in dem Nothwehrrecht des Staates, sobald seine Existenz gefährdet ist und in Zweifel geräth.

Der Herr Abgeordnete hat gesagt, er wünsche durchaus nicht, daß in irgend einem Landestheil das deutsche Element zurückginge [3]).

---

[1]) Abg. Windthorst: „Wenn ich ... gehört habe, daß man so weit geht, glauben zu machen, es könne kommen und es sei denkbarer Weise in der Ordnung, daß man die sämmtlichen adligen Polen expropriire und aus dem Lande jage ..., dann, muß ich sagen, hört Alles auf, und dann ist keine Classe von Unterthanen mehr sicher. ... Wo bleibt da irgend welche Rechtssicherheit in Deutschland und im Lande Preußen?" (StB. 177b).

[2]) Uns tödtet die Gesetzlichkeit.

[3]) Abg. Windthorst: „Meines Theiles habe ich gar kein Hehl, daß ich absolut nicht wünsche, daß in den betreffenden Landestheilen das deutsche Element zurückgedrängt wird, und wenn das polnische Element in unzulässiger und ungesetzlicher Weise das deutsche bedrängt, dann werde ich ganz gern mitwirken, um solche unzulässige Unternehmungen zu bekämpfen und zu beseitigen. Wenn aber die Polen von selbst, nach der Naturentwickelung, sich vermehren und ein größeres Contingent für ihre Bevölkerung stellen, so kann ich daran Nichts ändern; das ist eben der Lauf der Natur" (StB. 178a).

29. 1. 1886. Ja, er wünscht eine Menge Sachen nicht, er wünscht auch Attentate auf meine Person nicht: er wünscht nicht, daß die deutsche Nationalität irgendwie zurückgehe, aber er läßt es zu und er thut thatsächlich Alles, was dieses Zurückdrängen des deutschen Elementes zu erleichtern und möglich zu machen geeignet ist. Also ich finde da doch keine vollständige Entschuldigung seines Verhaltens. Manche Leute sagen schon: Thut nach meinen Worten und nicht nach meinen Werken; der Abgeordnete aber verlangt sogar: Beurtheilt mich nach meinen Worten, aber sehet meine Werke gar nicht an. Ich kann mich damit nicht begnügen, ich bin gewohnt, dem Gegner auf die Finger zu sehen.

Nur beiläufig will ich bemerken, daß der Redner mich doch bei den polnischen Damen nicht in Verdacht bringen möge, als hätte ich ihre Liebenswürdigkeit bezweifelt [1]); im Gegentheil, es gibt keine höhere Anerkennung dieser Eigenschaft, als die, daß ich von der Bedeutung ihres politischen Einflusses spreche und von den gefährlichen Wirkungen ihrer Liebenswürdigkeit. Diese Bewunderung der polnischen Damen theile ich vollkommen, aber an der Regierung des preußischen Staates möchte ich ihnen doch so wenig wie möglich Antheil gönnen.

(Große Heiterkeit.)

Dann hat der Herr Vorredner wieder, wie schon oft, die Andeutung gemacht, die Polen, das 18. Regiment habe sich bei Düppel und das V. Armeecorps in Frankreich tapfer geschlagen, habe man das vergessen? [2]) Nein, meine Herren, das hat man gewiß nicht vergessen. Der Herr Kriegsminister hat schon vorher in dem Sinne gesprochen, und ich brauche seiner Anerkennung der Polen

---

[1]) Abg. Windthorst: „Und nun gar die armen polnischen Mädchen? Die soll man auch nicht heirathen dürfen, wenn man dort wohnen will! Ich fürchte, daß der Herr Reichskanzler mit diesem Gedanken nicht durchdringt, denn man hat mir gesagt, daß die polnischen Damen sehr liebenswürdig seien" (StB. 178 b).

[2]) Abg. Windthorst: „Hat man denn vergessen, wie das 18. Regiment unter der Führung des Pfarrers Simon, der das Kreuz ihnen vorantrug, die Düppeler Schanzen erobert hat? Hat man vergessen, wie der Commandirende des V. Corps gerade mit dem V. Corps die Hauptschlachten in dem Kriege gegen Oesterreich focht? Hat man vergessen, wie dasselbe Corps und die polnischen Regimenter mit einer seltenen Bravour alle Kämpfe in Frankreich mitgekämpft?" (StB. 179 a).

als Soldaten Nichts hinzuzufügen; vor Düppel liegt gewiß eine 29. 1. 1886.
Menge polnischer Soldaten und Bauern begraben, aber ich frage: Liegt*) da ein einziger polnischer Edelmann begraben, und liegt in Frankreich ein polnischer Edelmann begraben?

(Zuruf: Ja!)

Hat der polnische Adel in demselben Maße wie der polnische Bauern- und Bürgerstand sich mit seinem Blut an der Vertheidigung des preußischen Staates nach allen Seiten hin betheiligt? Darüber erwarte ich doch noch einen Beweis, und bis zum erfolgten Beweis bestreite ich das. Er hat seine Tapferkeit überall, über alle Bedenken erhaben, nach allen Seiten hin bewiesen, aber leider selten oder nie im Interesse des preußischen Staats, sehr häufig im entgegengesetzten Interesse. Sie haben aus meiner gestrigen Aeußerung gesehen, daß ich alle die Maßregeln, die ich vorschlage, nicht gegen Polen im Allgemeinen richte. Den polnischen Bauer halte ich im Gegentheil für einen treuen preußischen Unterthan, wenn er nicht durch andere Einflüsse künstlich zu anderer Meinung verleitet wird. Der polnische Bauer weiß sehr gut, wie es seinem Vater und Großvater ergangen ist, und wie es in anderen Ländern geht, er wünscht keine Rückkehr zu einem unabhängigen Polen und zu einer neuen Adelsrepublik; deshalb hängt er in letzter Instanz immer an seinem preußischen König und Herrn. Wir**) haben über den nicht zu klagen; wir wollen seine Sprache nicht anfeinden, wir wollen ihm nur die Möglichkeit geben, Deutsch zu verstehen und ihm die Vortheile der Zugehörigkeit zum preußischen Staat durch das Organ, durch das Licht, das von deutscher Seite hineinfällt, noch mehr vor Augen führen.

Ich bitte doch, da einen strengen Unterschied zu machen, dies fest zu halten und mir nicht wieder mit dem Argument zu kommen, daß die polnischen Soldaten für Preußen ihr Blut vergossen haben und daß es eine Undankbarkeit wäre, wenn man nicht in Anerkennung dessen die Hand dazu bieten wollte, die erste Stufe zur Wiederherstellung der polnischen Republik und Adelsherrschaft ihnen selbst zu erbauen.

---

*) S. 210a.
**) StB.: sie.

29. 1. 1886. Das Argument ist gerade so hinfällig, wie das analoge, das von Seiten der Centrumspartei uns mitunter vorgehalten wird: die katholischen Soldaten hätten ebenso gut für Deutschland gekämpft wie die protestantischen. Ja, meine Herren, das hat Niemand anders erwartet, und das ist sehr natürlich. Haben Sie irgendwie je die Befürchtung gehabt, daß, wenn das Vaterland in Gefahr wäre, unsere katholischen Landsleute zu Hause bleiben würden? Ich habe sie niemals gehabt, weder für die katholischen noch für die polnischen.

(Bravo! rechts.)

Aber ein Argument für unsere Gesetzgebung kann ich aus der Thatsache, daß Jeder von uns als Soldat seine Schuldigkeit thut, doch nicht entnehmen.

Die übrigen Aeußerungen des Herrn Abg. Windthorst will ich mit Stillschweigen übergehen; nur insoweit, als sie sich decken mit einer Aeußerung, die der Abg. Richter gestern im Reichstag machte, muß ich noch auf dieselben zurückkommen. Wenn der Bericht richtig ist, so hat der Abg. Richter die Auszählung der Präsenzzahl im Reichstag damit motivirt, daß der Reichskanzler im Landtage mit dem Staatsstreich drohe, um das Branntweinmonopol durchzubringen [1]).

(Heiterkeit.)

Meine Herren, Sie werden das Alle gleich mir gelesen haben. Ich habe es ja nicht gehört, aber in allen Zeitungen steht's, auch in dem mir hier vorliegenden Berichte:

> Abg. Richter (zur Geschäftsordnung): In diesem Augenblick bedroht der Herr Reichskanzler*) im Abgeordnetenhaus

---

*) S. 210 b.

[1]) Gegen den Schluß der Rede Windthorsts am 28. Januar eilte der Abg. Richter nach dem Reichstag und unterbrach dort die Verhandlung mit folgender Bemerkung zur Geschäftsordnung: „Meine Herren, im Abgeordnetenhause droht der Herr Reichskanzler für den Fall, daß hier das Branntweinmonopol abgelehnt werden sollte, wenn Obstructionspolitik getrieben wird, mehr oder minder deutlich mit Staatsstreichen gegen dieses Haus. Unter diesen Umständen scheint es mir nicht angemessen, daß wir gleichzeitig mit der wichtigen Verhandlung im Abgeordnetenhause unsere Berathungen fortsetzen und dadurch den 75 Mitgliedern dieses Hauses, die zugleich Mitglieder des preußischen Abgeordnetenhauses sind, es erschweren, an jenen Verhandlungen Theil zu nehmen. Ich beantrage deshalb die Vertagung und melde mich zugleich zur Geschäftsordnung, um die Beschlußfähigkeit des Hauses zu bezweifeln" (StB. 791 a). — Die Auszählung ergab Beschlußunfähigkeit, die Vertagung fand demnach statt.

für den Fall, daß der Reichstag Obstructionspolitik treibt, also das Branntweinmonopol ablehnt, den Reichstag mehr oder minder deutlich mit Staatsstreichen. (Hört! Hört!) 29. 1. 1886.

Nun, meine Herren, inwieweit das wahr ist, was der Herr Abg. Richter gesagt hat, dafür habe ich ja hier drei- bis vierhundert Zeugen; dieselben werden mir bekunden, daß der Abg. Richter eine objective, ihm selbst ohne Zweifel als solche nicht bekannte Unwahrheit ausgesprochen hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe von Staatsstreichen überhaupt nicht gesprochen. Nachdem der Herr Abgeordnete dieses Thema einmal hier mit der gegenwärtigen Debatte verknüpft hat, ja, könnte ich doch viel eher ihn anklagen, daß er für seine Schnapspolitik — er hat das Wort auf mich einmal angewendet [1]), aber ich kann ihm dasselbe jetzt mit vollem Recht zurückgeben, da er an der Spitze der alliirten Schankwirthe Vorlagen der Reichsregierung, die sie noch gar nicht gemacht hat, gegenüber tritt, — daß er dafür im Lande wirkt und das Wohl des Landes dadurch mehr gefährdet, als ich durch meine angebliche Staatsstreichdrohung.

Ich habe eine solche Drohung nicht ausgesprochen und bin überzeugt, der Abg. Richter kann doch kaum einen anderen Grund gehabt haben, dies zu sagen, als damit es mit dem Reichstagsprotokoll in die Zeitungen komme. Das wird auch geschehen — ich muß also auch meine Widerlegung dagegen in die Zeitungen bringen.

Ich habe gestern weiter Nichts gethan, als einen besorglichen Blick in die Zukunft zu werfen, wie es mit uns werden werde, wenn im Reichstage die Majorität, die jetzt da ist, die herrschende bleibt. Vom Branntweinmonopol sehe ich dabei ganz ab; wenn die Herren das ablehnen, dann werden wir es nicht haben, wir werden auch die Gelder nicht haben, die wir davon erwarten; wir werden die Bedürfnisse nicht befriedigen, wie wir erwartet haben, wir werden auch den Gemeinden nicht zu Hilfe kommen, die Noth leiden, und wir werden die directen Steuern nicht mindern. Das Alles ist ja für uns sehr bedauerlich, aber es trifft die Personen,

---

[1]) Vgl. Bd. X 79, oben S. 341. 382. 383.

29. 1. 1886. die gerade in der Regierung sind, nicht viel härter als die Anderen; wir müssen uns das Uebel gefallen lassen, wir gehören zu den Achivi, die plectuntur [1]), wenn der Reichstag solche Beschlüsse faßt.

(Heiterkeit.)

Der Punkt, auf den ich gestern hindeutete — der Abg. Richter nennt es Staatsstreich, während ich behaupte, daß in einem besseren als in dem Windthorstschen Sinne dieser Staatsstreich sich in ganz legalen Bahnen bewegen werde — der Punkt ist der, daß, wenn der Reichstag die Erwartungen nicht erfüllt, die Deutschland von ihm hegt, die verbündeten Regierungen ihrerseits sehen müssen, wie sie sich helfen können, ohne der Verfassung und dem Reichstage Gewalt anzuthun. Das nächstliegende Mittel ist, daß sie sich ihren eigenen Landtagen wieder mehr nähern, die Beziehungen zu ihnen pflegen und stärken und sich von den vergeblichen Bemühungen, beim Reichstage irgend Etwas im Interesse des Reichs zu erreichen, ausruhen. Wir haben keine Verpflichtung, uns im Reichstage vertreten zu lassen; von der Berechtigung, die wir dazu haben, würden wir dann vielleicht einen spärlicheren Gebrauch machen als bisher, und ich würde öfter die Freude haben, in diesen Räumen Sie wiederzusehen.

(Bravo! rechts.)

Wir*) werden uns dann vielleicht an Ihr Wohlwollen wenden müssen, mit einer ähnlichen Vorlage, wie wir sie vor drei Jahren schon einmal gemacht haben, um zu sehen, ob wir den Schnaps, dessen Besteuerung uns der Reichstag in der von uns vorgebrachten Form verweigert, nicht etwa in der Form einer Licenzsteuer, als Gewerbesteuer treffen können — oder etwas dem Annäherndes.

(Hört!)

Es wird, glaube ich, für die dabei zunächst betheiligten Schankwirthe nützlich sein, zu erwägen, daß, wenn es gelingt, den Monopolstrom aufzuhalten, man sich naturgemäß in Preußen in erster Linie gegen die Schankwirthe wenden wird, und zwar nicht nur gegen diejenigen, die Branntwein ausschänken, sondern gegen das Gewerbe im Allgemeinen. Wir werden bis zu einem gewissen Grade die Gewerbe-

*) S. 211 a.

[1]) Vgl. Bd. III 136, X 53, oben S. 192.

steuer so weit steigern können, daß wir eine Erhöhung des Brannt- 29. 1. 1886.
weinpreises damit erzwingen und eine Verminderung des Gebrauches. Wir werden auf dem Wege der preußischen Gesetzgebung und der preußischen Instruction die Bedürfnißfrage so stellen können, daß wir nicht mehr auf 190 oder gar 150 Einwohner eine Schankwirthschaft behalten, ohne daß deshalb der Ertrag der Gewerbesteuer, die die Schankwirthe zu zahlen haben, vermindert wird. Die übrig bleibende Zahl der Schankwirthe würde immer dieselbe Masse Steuern aufbringen müssen, die verlangt wird, und diese Steuer würde so hoch sein, daß sie den Branntwein, wenn nicht um den vollen Betrag der Monopolpreise, doch so erheblich steigerte, daß wir anstatt des Betrages von 14 Millionen, den wir bei der geringen Licenzsteuer vor drei Jahren ins Auge gefaßt hatten, vielleicht den zehnfachen Betrag erwarten können.

(Sehr richtig!)

Das würde uns schon erheblich weiter helfen. Ich glaube, daß dann doch die Schankwirthe sich nach der Monopolmöglichkeit, die ihnen geboten war, zurücksehnen werden, da das Monopol doch den Hauptgegenstand des Schankbetriebes, das Bier, vollständig frei läßt. Eine Gewerbesteuer von dieser Höhe auf die Schankwirthe gelegt, bei der gemeinsamen Haftbarkeit für den Gesammtbetrag, der den Preis des Liters Branntwein auf eine rentable Höhe steigern würde — das würde, glaube ich, den Herren noch unbequemer werden.

Ich weiß nicht, ob dem Herrn Abg. Richter diese Darlegung meiner Absichten genügt. Der Abg. Windthorst hat, glaube ich, gesagt, man habe das Recht, zu fordern, daß den dunklen Drohungen, die ich ausgesprochen habe, ein etwas deutlicherer Ausdruck gegeben werde[1]). Das ist vor der Hand klar genug.

(Ruf des Abg. Dr. Windthorst: Vor der Hand!)

---

[1]) Abg. Windthorst: „Dann haben wir sehr geheimnißvolle, dunkle Reden gehört über Das, was die verbündeten Regierungen etwa thun könnten gegenüber einer Reichstagsmajorität, die nicht gefällt, und es kam mir allerdings vor, als ob das Reminiscenzen seien von Gerüchten oder gar vielleicht die Bestätigung derselben, daß allerlei wundersame Dinge geplant würden, die denkbarer Weise auf eine Dictatur hinausgehen" (StB. 179 b). „Wir müssen diese Drohungen näher kennen lernen, und bei der Offenheit, die sich der Herr

29. 1. 1886. In anderer Beziehung werden wir, da der Reichstag die Hilfe, auf die wir, glaube ich, verfassungsmäßig und nach der Ueberzeugung der Nation einen Anspruch haben, in einer unseres Erachtens unbilligen Weise versagt hat, eben andere Wege finden. Es werden dadurch, was ich sehr beklage — denn ich muß ja der Politik, die ich bisher verfolgt habe, einiger Maßen Halt gebieten —, es werden dadurch die Beziehungen der Bundesstaaten zum Reichstage sich mindern, ihr Bett wird etwas trockener gelegt werden, als es bisher der Fall ist. Die Hoffnungen, die wir an die Belebung gerade dieses Organes des Reiches geknüpft haben, haben sich eben nicht verwirklicht. Wenn auf diese Weise die Lebendigkeit der Beziehungen der Bundesstaaten zum Reichstage sich mindert und wenn das lange dauert, dann kann es in der That bedenkliche Folgen haben. Solche Sachen rosten dabei ein und veralten, und es wird kaum möglich sein, trotz aller Bestrebungen*) der verbündeten Regierungen das Ansehen des Reichstages auf der Höhe zu erhalten, auf der wir es zu erhalten wünschen, wenn der Reichstag uns nicht Gelegenheit gibt, Geschäfte mit ihm zu machen.

(Heiterkeit.)

Die Beispiele des Auslandes sind ja darin oft recht lehrreich. Wir sind bei uns nach den Parteiverhältnissen in einer sehr ähnlichen Situation, wie die englische Nation. Dort ist auch eine Basis intransigenter Opposition in Gestalt einer nationalen Oppositionspartei, der Irländer, der Parnelliten, die es ihrerseits als ersten Wunsch betrachten, vom britischen Reiche getrennt zu werden, und die deshalb auf die Schicksale, auf die Art, wie es dem britischen Reiche in seiner jetzigen Zusammensetzung ergeht, nicht ein so sehr großes Gewicht legen. Gedeiht es dem Lande zum Schaden, dann machen sie sich nicht viel daraus; ihr Hauptziel ist: Los von England!

Diesen Parnelliten analog haben wir bei uns eine Anzahl Intransigenten, die theils vermöge ihrer Neigung zur Wiederher-

---

Reichskanzler immer zuweist, bei dem Muthe, den er beweist ..., muß er es seinem Charakter entsprechend halten, uns klaren Wein einzuschenken" (StB. 180a).

*) S. 211b.

stellung Polens, theils vermöge ihrer Neigung zu Frankreich, 29. 1. 1886.
theils — —

(Oho! links.)

Sie fühlen sich getroffen, meine Herren? Das hätte ich kaum erwartet,

(Große Heiterkeit rechts.)

ich bin überrascht. Wen's juckt, der kratzt sich unwillkürlich.

(Heiterkeit rechts.)

Ich hatte nicht die Absicht, diese Worte an Sie zu richten; hätten Sie mit Ihrem Oho! etwas gewartet, so wäre es herausgekommen, daß ich die Elsasser meinte; — aber so? Sie gehören auch dazu?! Das ist mir neu.

(Heiterkeit.)

Also kurz und gut: Wir haben eine Anzahl von intransigenten Parteien, die man wohl unsere Fenier nennen könnte, weil sie eben denselben staatlichen Zweck mit uns nicht anerkennen und nicht verfolgen. Sie sind ja an sich nicht mächtig genug, weder in England die Parnelliten, noch hier die Polen und sonstigen Auslandsliebhaber bei uns; aber nun treten ihnen gewisse Elemente hinzu, die zwar nicht den gleichen Zweck des Nihilismus und so weiter mit ihnen verfolgen, die aber doch lieber noch eine Zeitlang mit ihnen gehen wollen, als daß sie Anderen das Regieren möglich machten oder erleichterten. So tritt dort die englische — Fortschrittspartei kann ich sie nur nennen — auf die Seite der Parnelliten; dadurch entsteht eine Majorität, die, wie wir in diesen Tagen gesehen haben, wieder einen Regierungswechsel herbeiführt. Ganz ähnliche Verhältnisse haben wir bei uns: Wir haben einen gewissen Stock von Intransigenten uns gegenüber, ein Piedestal, auf das Jeder springt, der der augenblicklichen Regierung Verlegenheiten bereiten und sie angreifen will. Der hat dann die Herren immer zu seiner Verfügung. Daß nun bei uns das Centrum dieser Versuchung nicht widersteht, das wundert mich so sehr nicht; denn in confessionellen Fragen gehen die Leidenschaften so hoch, daß sie das Urtheil für die Stellung, die der Gegner einnimmt, doch in sehr hohem Grade trüben. Um so mehr wundert es mich selber, daß unsere Fortschrittspartei, und namentlich diejenigen Herren darunter, die früher das schöne Wort „nationalliberal“ für sich in Anspruch nahmen,

29. 1. 1886. auf diese Weise mitgehen, und ich darf wohl sagen, auf dem Rechtsboden des Deutschen Reiches in einer Weise loswirthschaften, daß ich mich freuen will, wenn er das auf die Dauer aushält. In England*) ist das Mittel gegen eine derartige Opposition sehr leicht gegeben: man sagt zu den Führern der betheiligten Opposition: Gut, ich trete zurück; sei Du so gut und übernimm das Ministerium. In England gilt es für unpatriotisch, ja, ich kann sagen, für unanständig, Opposition zu machen, wenn man nicht bereit ist, denjenigen, denen man opponirt, die Regierung aus der Hand und sie selbst zu übernehmen, um es besser zu machen. Ich befinde mich nun seit bald einem Vierteljahrhundert ausschließlich einer unfruchtbaren, negirenden Kritik gegenüber, und noch nie bin ich in der Lage gewesen, meine Gegner mit irgend einer Aussicht auf Erfolg auffordern zu können: Nun gut, versuchen Sie es mal; ich will mich mal auf die Bank der Opposition setzen, —

(Bewegung.)

spielen Sie das Stück auf der Bühne weiter, ich will ins Parquet gehen und zusehen und klatschen oder zischen. Das ist ja bei uns anders. Es ist so leicht, so unfruchtbar, Alles zu negiren, Alles schlecht zu finden — jedes Ding hat ja zwei Seiten — und sicher zu sein, daß man nie auf die Probe gestellt werden kann, selbst zu versuchen, es besser zu machen. La critique est aisée, et l'art est difficile [1]). Ein Kritiker, wie Lessing, hat sich noch nie damit geschmeichelt, daß er selbst, wenn er Laokoon kritisirte, im Stande wäre, irgend ein Bildhauer zu sein. Ich kann versichern, die Politik ist keine Wissenschaft, die man lernen kann, sie ist eine Kunst [2]), und wer sie nicht kann, der bleibt besser davon!

(Heiterkeit.)

In England ist das anders, und Gladstone wird jetzt zum zweiten oder dritten Male zeigen, ob er im Stande ist, den Staatswagen zu fahren; wenn sich ihm eine Majorität dafür versagt, oder wenn er nicht im Stande ist, die Parnelliten zu befriedigen, so wird wiederum vielleicht Salisbury eintreten. Ich habe diese

---

*) S. 212a.

[1]) Die Kritik ist leicht, die Kunst schwer, vgl. Bd. X 48. 244.

[2]) Vgl. Bd. II 231, V 223, X 48.

Ablösung hier nicht. Sie würden es kaum für ernsthaft halten, 29. 1. 1886.
wenn ich sie im Reiche oder hier versuchte. Im Reiche könnte ich doch nur den Herrn Abg. Windthorst als den Hervorragendsten der Opposition bitten, das Amt des Reichskanzlers zu übernehmen.

(Heiterkeit. Sehr gut!)

Ich würde mich freuen, ihn im Amte zu sehen, ich fürchte aber, er nimmt es nicht an,

(Heiterkeit.)

und ich fürchte noch Eins: Se. Majestät der Kaiser hat vielleicht nicht dieselbe Ueberzeugung von seiner Zuverlässigkeit und seiner Begabung, wie ich. Ich habe wenigstens auf meinen Sondirungen bei Sr. Majestät früher einmal keine Neigung dafür gefunden.

(Große Heiterkeit.)

Ich habe Se. Majestät ernstlich gebeten, mir die Genugthuung zu gewähren, meinen Gegnern doch einmal das Ministerium anzubieten, ihnen Gelegenheit zu geben, daß sie alle die Fehler und Missethaten, deren sie mich anklagen, ihrerseits nun vermeiden und den Staat zur Befriedigung der Mehrzahl seiner Einwohner regieren. Aber ich kann meinen Allergnädigsten Herrn gegen Seinen Willen nicht zwingen. Er hat mir gesagt, er sei zu hoch bei Jahren, um Experimente zu machen.

(Heiterkeit.)

Ebenso ist es hier im Abgeordnetenhause; wenn die höchste vertretende Körperschaft im Lande, der Reichstag, ohne allen Beruf und Anlaß dem preußischen Ministerium ein Mißtrauensvotum gibt, ohne irgendwie provocirt zu sein*), lediglich unter dem Eindruck der aggressiven Triebkraft, von der der Abg. Windthorst Zeugniß ablegte, dann wäre es bei regelmäßigen constitutionellen Verhältnissen doch natürlich, daß ein preußisches Ministerium, dessen Präsident zugleich Reichskanzler ist, und der zugleich die preußischen Stimmen im Reich zu führen und zu vertreten hat, zurücktritt. Es ist nun möglich, daß Sie hier, der Abg. Windthorst immer voran, bereit sind, meine Stelle als Ministerpräsident zu übernehmen und dann als Führer der Majorität an der Spitze zu stehen, dem Abg. Bebel vielleicht dann das Ministerium des Innern anzuvertrauen, den

---

*) S. 212b.

29. 1. 1886. Abg. Richter und Rickert das Finanz- und Handelsministerium zu geben.

(Heiterkeit. Oho!)

Ja, meine Herren, das wäre doch eine ganz natürliche Sache, wer sollte es denn anders thun? Wenn man nicht die Nachfolger aus diesen Herren, die das Regieren unmöglich machen oder erschweren, nimmt, dann kann man sie ja gar nicht in die Lage bringen, zu zeigen, daß sie es besser können; dann kommt das Volk ja gar nicht zu seiner Rechnung; dann sieht es nicht, ob diese großen und lichtvollen Kritiker im Stande sind, irgend Etwas besser zu machen, als die bisherigen Minister. Damit das Land sich die Folgen und die Verantwortlichkeit seiner Wahlen klar vor Augen hält, würde ich noch heute, wenn ich irgend Se. Majestät dazu vermögen könnte, was ich leider bis jetzt nicht konnte, darauf bestehen, daß dieser Versuch gemacht werde; das Land würde dann sehen, wohin es mit den von ihm und seiner Majorität gewählten Staatsmännern kommt, und wir selbst würden es sehen. Vielleicht irren wir uns in ihnen, vielleicht machen sie es so ausgezeichnet, daß ich der Erste bin, der zu dem Herrn Windthorst sagt: Pater peccavi [1]), bleiben Sie an Ihrer Stelle. Daß dieser Versuch nie gemacht werden kann, ist eine Härte für mich, die Sie zu etwas mehr Schonung, ich will nicht sagen, für meine Person, aber in Ihren Angriffen auf die Consistenz und Weiterentwickelung des Reiches veranlassen sollte; ein Sicherheitsventil, wie der Ministerwechsel in England, ist nun einmal bei uns nicht vorhanden, wenigstens für den Augenblick functionirt es nicht.

Nun, ich hoffe, Herr Richter und seine Freunde werden sich nun einiger Maßen über die gefährlichen Gedanken meines Staatsstreiches zur Durchführung des Monopols beruhigt haben, und ich erwarte von ihm, daß er nun auch die Ehrlichkeit haben werde, in den vielen Blättern, die von ihm abhängig sind, kund zu geben, er habe sich geirrt in seiner Behauptung, als er ohne Grund vor dem Reichstage in das Sprachrohr gestoßen. Ich beabsichtige keinen Staatsstreich in Bezug auf das Monopol, nicht einmal eine Auflösung, kann ich Ihnen sagen.

(Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

---

[1]) Vater, ich habe gesündigt! Vgl. Bd. VI 351.

Nachdem der Reichskanzler geendet hatte, theilte der Präsident mit, daß ein neuer Antrag zu dem Antrag Achenbach von dem Abg. Beseler und Genossen ihm überreicht worden sei folgenden Inhalts: 29. 1. 1886.

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen zu erklären:

Daß es Vorlagen, welche positive Einrichtungen zur Erhaltung und zur Pflege der deutschen Bevölkerung in den östlichen Provinzen, namentlich auf dem Gebiete des Schulwesens und im Einklang mit der Gleichberechtigung der Staatsbürger bezwecken, die sorgfältigste Prüfung angedeihen lassen wird, wie es das nationale Interesse erheischt.

Dann ging die Debatte weiter; sie füllte auch noch die ganze 10. Sitzung vom 30. Januar aus, ohne daß sich übrigens Fürst Bismarck noch daran betheiligte. Nachdem die Discussion geschlossen war, beantragten die Abg. Richter und v. Schorlemer-Alst die Verweisung aller vier Anträge an die Budgetcommission. Als dieser Antrag in namentlicher Abstimmung mit 234 gegen 153 Stimmen abgelehnt worden war, erklärten die Abg. v. Schorlemer-Alst Namens des Centrums, der Abg. Kantak Namens der Polen, der Abg. Virchow Namens der Deutschfreisinnigen, daß diese Parteien sich an den weiteren Abstimmungen nicht betheiligen würden, weil jeder Abstimmung § 27 der Geschäftsordnung entgegen stehe, wonach Anträge, die Geldbewilligungen in Zukunft herbeizuführen bestimmt seien, vorher einer Commission überwiesen werden müßten. Die nun folgende namentliche Abstimmung über den Antrag Achenbach ergab dessen Annahme mit 244 Stimmen. — Vgl. Rede vom 15. April 1886, Bd. XII Abth. I.

Personen-Register.

Sach-Register.

Berichtigungen und Nachträge.

(Vgl. Bd. X 522.)

Bd. I 71 Z. 16 u. 17. Die beiden Verszeilen stammen aus einem Gedichte von Braß, das bei dem Festmahl der Deputirten der Linken im Café de l'Europe gesungen worden war, vgl. „Kreuzzeitung" 24. März 1849 Nr. 70 Beil. Berl. Zusch.
Bd. II 19 Z. 23/24 v. o. lies: 30. September statt: November.
158 Z. 30 v. o. lies: divos statt: vivos.
Bd. IX 229 Anm. 2 lies: Mikado statt: Taikun.
Bd. X 70 Z. 7 v. u. lies: Holland statt: Holstein.
293 Z. 1 v. u. lies: Bd. XII Abth. I statt: Bd. XI Abth. IV.

An alle Leser dieser Ausgabe der Reden ergeht die dringende Bitte, dem Herausgeber alle bei der Lectüre bemerkten Irrthümer mitzutheilen, damit sie am Schluß des 12. Bandes berichtigt werden können.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.